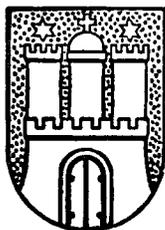


Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 31. Januar 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 1

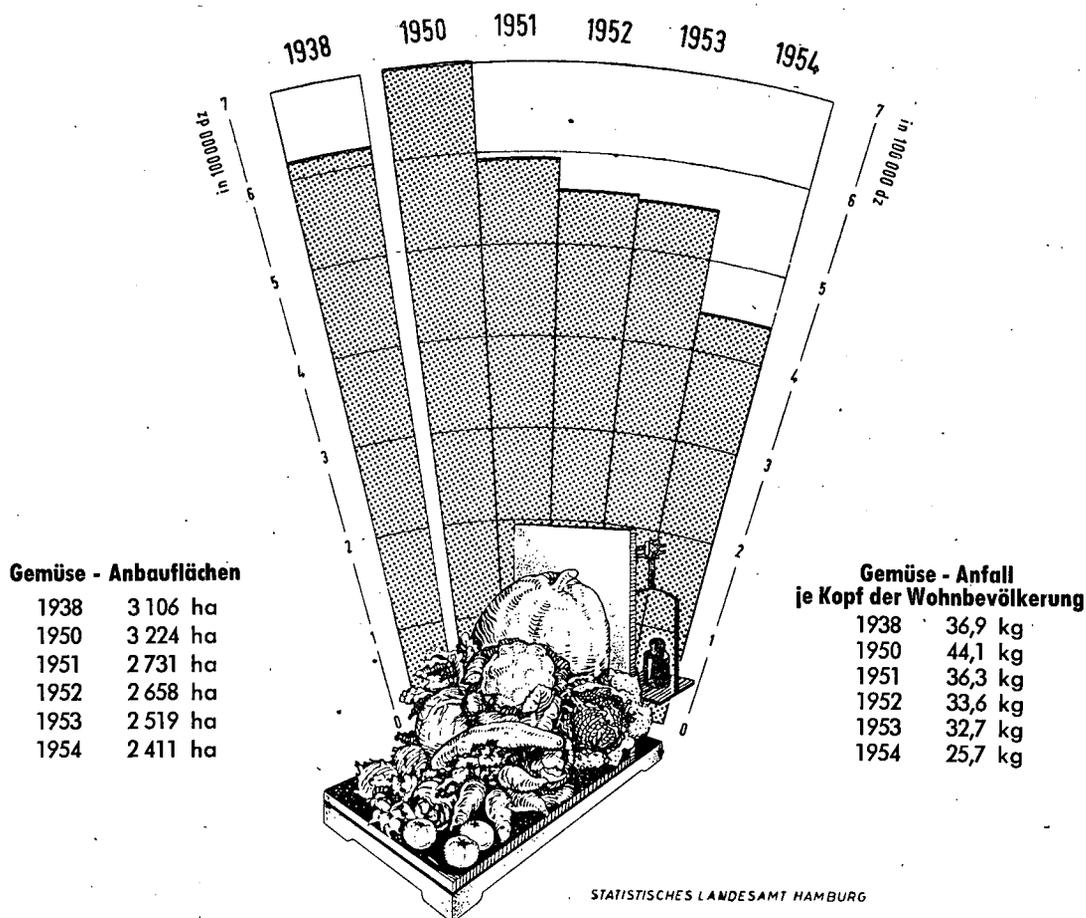


Ergebnisse landwirtschaftlicher Erhebungen in Hamburg 1954

INHALT:

1. Die Bodenbenutzung
2. Die Eingliederung von Vertriebenen als Betriebsinhaber in die Landwirtschaft
3. Die Ernte an Getreide, Hackfrüchten und Rauhfutter
4. Der Gemüseanbau
5. Die Gemüseernte
6. Die Obsternte
7. Der Anbau landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte
8. Die Ernte landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte

Die Gesamtmenge der Gemüseernten in Hamburg in den Jahren 1950 bis 1954 im Vergleich zur Vorkriegszeit



1. Die Bodenbenutzung 1954

Ein vorläufiger Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Bodenbenutzungserhebung 1954 ist bereits im September v. J. in der Schriftenreihe „Hamburger Statistische Informationen“ (Reihe H, Nr. 5/54) bekanntgegeben worden. Im Folgenden werden nun die endgültigen Zahlen der Bodenbenutzungsaufnahme dargestellt, die nur unwesentlich von den seinerzeit veröffentlichten Daten abweichen.

Hinsichtlich der methodischen Einzelheiten kann auf die früheren Ausführungen in dieser Zeitschrift (Jg. 1950, Heft 20) verwiesen werden. Es sei aber hier nochmals erwähnt, daß bei der Bodenbenutzungserhebung — wie auch bei allen anderen Erhebungen in der Landwirtschaft — die Flächen der Betriebe nicht nach ihrer Belegenheit in der Gemeinde, sondern nach ihrer Zugehörigkeit zu einem landwirtschaftlichen Betrieb (Betriebsprinzip im Gegensatz zum Belegenheits-, Katasterprinzip) erfaßt werden. Man wird diese Tatsache, daß unter den bei den Verwaltungsbezirken aufgeführten Anbauflächen auch Flächen enthalten sein können, die in anderen Gebietsteilen oder sogar außerhalb Hamburgs belegen sind, bei der örtlichen Verteilung der Flächen innerhalb des hamburgischen Gebiets beachten müssen. Daraus erklärt es sich z. B., daß im Bezirk Hamburg-Mitte umfangreiche Waldflächen nachgewiesen werden, weil in diesem Bezirk die Verwaltungsstellen, die diese Waldflächen bewirtschaften, ihren Dienstsitz haben.

Weitere Schrumpfung der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Nach dem Ergebnis der Bodenbenutzungserhebung 1954 gliedert sich die Wirtschaftsfläche Hamburgs folgendermaßen:

Hauptarten der Bodenbenutzung	1953 Fläche in ha	1954		Veränderung 1953 - 1954 in vH
		Fläche in ha	vH der Wirtschaftsfläche	
Landwirtschaftl. Nutzfläche	39 232	38 951	51,3	- 0,7
Forsten und Holzungen . . .	3 560	3 576	4,7	+ 0,4
Öd- und Unland ¹⁾	4 361	4 361	5,7	± 0,0
Gebäude- und Hofflächen . .	12 486	12 584	16,6	+ 0,8
Wegeland u. Eisenbahnen . .	7 097	7 119	9,4	+ 0,3
Gewässer	6 208	6 211	8,2	+ 0,05
Friedhöfe, öffentl. Parks, Sportpl., Flug- u. Übungsplätze	2 949	3 129	4,1	+ 6,1
Wirtschaftsfläche insgesamt	75 893	75 931	100	+ 0,05

¹⁾ einschl. unkultivierter Moorflächen

Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die mit 38 951 ha rd. 51 vH der Gesamtwirtschaftsfläche umfaßt, entfällt im Durchschnitt nur etwa ein Drittel (34,4 vH) auf Ackerland; im Bezirk Bergedorf dagegen nimmt das Ackerland mehr als 60 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. Die Fläche des nicht erwerbsmäßigen Zwecken dienenden Gartenlandes, also die der Haus- und Kleingärten einschließlich der in allen Stadtteilen weit verbreiteten Schrebergärten, ist fast so groß wie die Fläche des Ackerlandes. Bei einem Gesamtanteil des Gar-

tenlandes von rd. 34 vH beläuft sich der Vornhundertersatz für Hamburg-Nord auf 72 vH und für Hamburg-Mitte und Altona auf je 58 vH der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche. Am geringsten ist er im Bezirk Bergedorf, wo der Erwerbsgartenbau vorherrschend ist und eine Abgrenzung gegen das Kleingartenland kaum noch in Erscheinung tritt. Die Wiesen und Weiden, deren Fläche 10 580 ha (27,2 vH) der landwirtschaftlichen Nutzfläche umfassen, geben insbesondere der Landwirtschaft im Harburger Bezirk das Gepräge, wo beispielsweise im Stadtteil Moorburg 76,3 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf diese Kulturart entfallen. Flächenmäßig weniger ins Gewicht fallen Obstanlagen, Baumschulen und Korbweidenanlagen mit einer Fläche von insgesamt 1584 ha (4,0 vH), wobei aber zu berücksichtigen ist, daß der Obstbau im Hamburger Teil des Alten Landes den wichtigsten Zweig der landwirtschaftlichen Nutzung darstellt. Fast ein Zehntel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird hier obstbaulich genutzt. Zum Vergleich sei erwähnt, daß der Anteil der für den Obstbau genutzten Fläche im größten geschlossenen Obstbaugbiet des Bundesgebiets, im niedersächsischen Landkreis Stade, nur 7,5 vH beträgt. Im einzelnen teilt sich die landwirtschaftliche Nutzfläche wie folgt auf:

Kulturarten	1953 Fläche in ha	1954		Veränderung 1953 - 1954 in vH
		Fläche in ha	vH der landw. Nutzfl.	
Ackerland	13 639	13 401	34,4	- 1,7
Gartenland	13 324	13 386	34,4	+ 0,5
Obstanlagen	1 387	1 386	3,5	- 0,1
Baumschulen und Korbweidenanlagen	199	198	0,5	- 0,5
Wiesen	4 062	4 011	10,3	- 1,3
Weiden	6 621	6 569	16,9	- 0,8
Landw. Nutzfläche insges. .	39 232	38 951	100	- 0,7

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der vorjährigen Erhebung¹⁾ kann man feststellen, daß sich der seit Jahren anhaltende Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche auch 1954 fortgesetzt hat. Noch vor dem zweiten Weltkrieg wurden in Hamburg 41 221 ha landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzt. 1953 waren es 39 232 ha und heute nur noch 38 951 ha. Eine entsprechende Zunahme ist vor allem bei den Flächen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, wie Gebäude- und Hofflächen, Wegeland, Sport-, Flug- und Übungsplätzen festzustellen. Die verhältnismäßig starke Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche im letzten Jahr ist darauf zurückzuführen, daß Ländereien der öffentlichen Hand, die sich bisher als Pachtflächen in Bewirtschaftung von Landwirtschafts- und Gartenbaubetrieben befanden, wieder zurückgenommen und anderen Zwecken zugeführt worden sind; darüber hinaus sind aber auch Flächen privater Landwirtschaftsbetriebe der Zunahme und Ausweitung der städtischen Siedlungen zum Opfer gefallen. An der Einschränkung der

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“ 1954, Nr. 1, S. 2

Übersicht 1

Endgültiges Ergebnis der Bodenbenutzungserhebung 1954 nach Bezirken (Flächen in Hektar)

Haupt- und Kulturarten Ackernutzung	Bezirk							Hamburg insgesamt
	Hamburg- Mitte	Altona	Eims- büttel	Hamburg- Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg	
Haupt- und Kulturarten								
Ackerland	488	592	647	307	3 212	6 273	1 882	13 401
Gartenland								
a) Haus- und Kleingärten	1 657	1 639	1 436	1 264	3 229	733	2 557	12 515
b) Ziergärten	21	238	66	133	292	48	73	871
Obstanlagen	271	19	21	10	69	189	807	1 386
Baumschulen und Korbweiden- anlagen	9	44	38	14	51	17	25	198
Wiesen ¹⁾	160	241	223	85	564	1 077	1 661	4 011
Viehweiden	306	464	416	126	1 219	1 918	2 120	6 569
Landwirtschaftliche Nutzfläche zus.	2 912	3 237	2 847	1 939	8 636	10 255	9 125	38 951
Forsten und Holzungen	²⁾ 558	377	169	101	1 045	158	1 168	3 576
Unkultivierte Moorflächen	34	77	83	19	331	59	203	806
Öd- und Unland	107	231	70	64	311	1 290	1 482	3 555
Gebäude und Hofflächen	2 385	1 749	1 353	1 625	2 317	1 302	1 853	12 584
Wegeland und Eisenbahnen	1 182	739	641	805	1 344	1 129	1 279	7 119
Gewässer	2 778	702	89	178	184	1 092	1 188	6 211
Friedhöfe, öffentliche Parks, Sportplätze	312	481	157	824	295	130	246	2 445
Flug- und Übungsplätze	68	105	—	304	207	—	—	684
Wirtschaftsfläche insgesamt	10 336	7 698	5 409	5 859	14 670	15 415	16 544	75 931
Ackernutzung								
Getreide und Hülsenfrüchte	268	333	341	133	1 665	2 339	838	5 917
darunter:								
Winterroggen	146	192	185	71	870	669	353	2 486
Sommerroggen	6	8	32	10	43	21	8	128
Winterweizen	16	—	—	0	41	561	87	705
Sommerweizen	4	—	8	—	23	92	22	149
Wintergerste	1	—	—	2	38	99	3	143
Sommergerste	9	6	1	3	42	47	11	119
Hafer	43	29	42	21	261	504	271	1 171
Menggetreide	43	97	72	25	331	269	76	913
Körnermais	—	1	1	—	1	1	0	4
Speisebohnen (zum Ausreifen)	—	0	0	—	0	3	1	4
Ackerbohnen (zum Ausreifen)	—	0	0	—	—	56	3	59
Wicken	—	—	—	1	—	1	—	2
Süßlupinen	—	—	—	—	1	—	—	1
Hülsenfruchtgemenge und Mischfrucht	—	—	—	—	12	16	3	31
Sonst. Arten von Getreide und Hülsenfrüchten	—	—	—	—	2	—	—	2
Hackfrüchte	149	168	174	77	911	942	651	3 072
davon:								
Frühkartoffeln	13	7	6	5	24	169	47	271
Mittelfrühe Kartoffeln	47	51	34	20	227	187	104	670
Spätkartoffeln	24	38	60	26	261	148	217	774
Zuckerrüben	—	—	9	—	50	30	11	100
Futterrüben	45	40	33	7	149	375	232	881
Kohlrüben	18	30	31	18	191	22	32	342
Futtermöhren	1	0	0	—	1	2	0	4
Sonstige Hackfrüchte	1	2	1	1	8	9	8	30
Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse	45	55	64	65	268	2 368	322	3 187
Handelsgewächse	—	—	20	—	—	10	—	30
Futterpflanzen	23	34	32	18	354	596	62	1 119
davon:								
Klee in Reinsaat, auch im Ge- misch mit Gräsern	4	23	13	5	235	252	38	570
Luzerne	1	—	—	—	8	2	—	11
Ackerwiesen	11	3	9	6	60	192	12	293
Ackerweiden	2	7	5	1	33	125	10	183
Sonstige Futterpflanzen	5	1	5	6	18	25	2	62
Zum Unterpflügen bestimmte Hauptfrüchte	1	1	2	9	7	2	3	25
Brache	2	1	14	5	7	16	6	51
Ackerland zusammen	488	592	647	307	3 212	6 273	1 882	13 401

1) Einschließlich Streuwiesen. — 2) davon 545 ha, die das Forstamt Hamburg in schleswig-holsteinischen Landkreisen bewirtschaftet.

landwirtschaftlichen Nutzfläche sind fast alle Bezirke beteiligt, namentlich aber der Bezirk Wandsbek, der allein 178 ha der landwirtschaftlich genutzten Fläche in einem Jahr einbüßte.

Gegenüber dem Vorjahr wurden das Ackerland um 238 ha = 1,7 vH, die Wiesen um 51 ha = 1,3 vH und die Viehweiden um 52 ha = 0,8 vH verkleinert. Demgegenüber ist auch in diesem Jahr die Fläche der Haus- und Kleingärten um 62 ha oder 0,5 vH vergrößert worden.

Teilweise erhebliche Veränderungen im Anbau

In welcher Weise das zur Verfügung stehende Ackerland verwandt wird, zeigen die Übersichten 1 und 2. Von den Nutzungsarten des Ackerlandes steht der Getreidebau mit einer Fläche von 5818 ha = 43,4 vH der Ackerfläche an erster Stelle; der weitaus größte Teil der Fläche wird mit Roggen und Hafer bestellt. Das Gemüse nimmt mit einer Anbaufläche von 3187 ha etwa 24 vH der Ackerfläche ein. Dabei muß beachtet werden, daß es sich bei dieser Erhebung nur um die Grundfläche des Gemüse-, Blumen- und Zierpflanzenanbaus handelt; die einzelnen Gemüsearten — unter Berücksichtigung der mehrfachen Nutzung im

Haupt-, Vor-, Zwischen- und Nachanbau — werden in einer besonderen Gemüseanbauerhebung (vgl. S. 7) erfaßt. Der Anteil der Gemüsefläche am Ackerland ist im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders hoch. Während der Vomhundertsatz im Durchschnitt des Bundes etwa 1 vH beträgt und in den einzelnen Ländern nicht über 2 vH hinausgeht (außer in Bremen mit rd. 7 vH), ist der Anteil der Gemüsefläche in Hamburg — wie erwähnt — mit 23,8 vH um ein Vielfaches höher. Als dritte Gruppe unter den Ackerfrüchten heben sich die Hackfrüchte heraus, die auf 3072 ha = 22,9 vH des Ackerlandes gebaut werden. Gegenüber den bisher genannten Ackerfrüchten tritt die übrige Nutzung des Ackerlandes in ihrer Flächenausdehnung stark zurück.

Bei fast gleichgroßer Getreidefläche (+ 0,6 vH) wie 1953 ist die Brotgetreidefläche durch verstärkten Anbau von Winterroggen und Winterweizen um 11,3 vH ausgeweitet worden, während sich die Futtergetreidefläche in demselben Ausmaß verringert hat. An der Einschränkung ist infolge starker Auswinterungsschäden hauptsächlich Wintergerste beteiligt. Ein entsprechender Ausgleich durch stär-

Übersicht 2

Die Nutzung des Ackerlandes in den Jahren 1953 und 1954

Fruchtarten	1953		1954		Veränderung 1953 - 1954	
	Fläche ha	Anteil am Ackerland vH	Fläche ha	Anteil am Ackerland vH	ha	vH
Getreide	5 783	42,4	5 818	43,4	+ 35	+ 0,6
davon:						
Winterroggen	2 213	16,2	2 486	18,5	+ 273	+ 12,3
Sommerroggen	141	1,0	128	0,9	- 13	- 9,2
Winterweizen	504	3,7	705	5,3	+ 201	+ 39,9
Sommerweizen	229	1,7	149	1,1	- 80	- 34,9
Wintermenggetreide	38	0,3	10	0,1	- 28	- 73,7
Brotgetreide zusammen	3 125	22,9	3 478	25,9	+ 353	+ 11,3
Wintergerste	219	1,6	143	1,1	- 76	- 34,7
Sommergerste	132	1,0	119	0,9	- 13	- 9,8
Hafer	1 288	9,4	1 171	8,7	- 117	- 9,1
Sommermenggetreide ¹⁾	1 019	7,5	907	6,8	- 112	- 11,0
Futtergetreide zusammen	2 658	19,5	2 340	17,5	- 318	- 12,0
Hülsenfrüchte²⁾	108	0,8	99	0,7	- 9	- 8,3
Hackfrüchte	3 198	23,4	3 072	22,9	- 126	- 3,9
darunter:						
Frühkartoffeln	310	2,3	271	2,0	- 39	- 12,6
Spätkartoffeln	1 485	10,9	1 444	10,8	- 41	- 2,8
Zuckerrüben	83	0,6	100	0,7	+ 17	+ 20,5
Futterrüben	917	6,7	881	6,6	- 36	- 3,9
Kohlrüben	353	2,6	342	2,6	- 11	- 3,1
Gemüse, Erdbeeren und andere Gartengewächse	3 281	24,1	3 187	23,8	- 94	- 2,9
Handelsgewächse	37	0,3	30	0,2	- 7	- 18,9
Futterpflanzen	1 171	8,6	1 119	8,4	- 52	- 4,4
darunter:						
Klee in Reinsaat	48	0,4	30	0,2	- 18	- 37,5
Kleegras	578	4,2	540	4,0	- 38	- 6,6
Ackerwiese	310	2,3	293	2,2	- 17	- 5,5
Ackerweide	181	1,3	183	1,4	+ 2	+ 1,1
Sonstige Ackerflächen	61	0,4	76	0,6	+ 15	+ 24,6
Ackerland insgesamt	13 639	100	13 401	100	- 238	- 1,7

¹⁾ einschließlich Körnermais.

²⁾ einschließlich Buchweizen und alle anderen Arten von Getreide und Hülsenfrüchten.

keren Anbau von Sommergetreide fand nicht statt. Die Haferanbaufläche bleibt — wie in den Vorjahren — weiter rückläufig.

Unter den Hackfrüchten ist die Kartoffelfläche um 4,5 vH verkleinert worden. Gegenüber 1953 wurden weniger Früh- und Spätkartoffeln, aber mehr mittelfrühe Sorten angebaut. Die Anbauverschiebung erklärt sich wohl zum Teil daraus, daß mittelfrühe Kartoffeln wie Bona, Flava, Concordia u. a. vom Verbraucher als Speisekartoffeln bevorzugt werden.

Die Fläche des erwerbsmäßigen Gemüseanbaues ist ebenfalls um ein Geringes eingeschränkt

worden. Ungünstige Absatz- und Preisverhältnisse im Erntejahr 1953 mögen die Gründe dafür gewesen sein.

Der Anbau von Futterpflanzen auf dem Ackerland zeigt in den letzten Jahren einen ständigen Rückgang. Abgenommen haben im letzten Berichtsjahr vor allem die Flächen von Klee und Klee gras. Zum Teil erklärt sich dies aus der verstärkten Futtergewinnung durch Zwischenfruchtanbau sowie der Ertragssteigerungen der Wiesen- und Weiden erträge.

2. Die Eingliederung von Vertriebenen als Betriebsinhaber in die Landwirtschaft nach der Bodenbenutzungserhebung 1954

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Eingliederung von Vertriebenen in den Wirtschaftsprozess der Bundesrepublik sind auf Wunsch des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Rahmen der letztjährigen Bodenbenutzungserhebung wiederum alle land- und forstwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe, deren Inhaber — Eigentümer oder Pächter — Vertriebene sind, gesondert erfaßt. Im Sinne dieser Erhebung sind Vertriebene „Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit, die ihren Wohnsitz in den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung oder im Ausland (nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1937) hatten und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, Flucht, Ausweisung oder Aussiedlung verloren haben“. Die Ergebnisse werden erstmalig in dieser Zeitschrift bekanntgegeben.

Zunahme der von Vertriebenen bewirtschafteten Landwirtschaftsbetriebe

Die Eingliederung von Vertriebenen als selbständige Landwirte hängt im wesentlichen von dem Umfang des zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Kulturbodens ab. Hamburg als Stadtstaat kann naturgemäß nur in geringem Maße ehemaligen vertriebenen Landwirten eine neue Existenz als Betriebsinhaber bieten, da die Voraussetzungen zur Übernahme von Landwirtschafts- oder Gartenbaubetrieben begrenzt sind. Trotzdem ist die Zahl der von Vertriebenen bewirtschafteten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahren laufend gestiegen, wie aus der folgenden Aufstellung ersichtlich ist:

Jahre	Betriebe insgesamt	Betriebsfläche		Landwirtsch. Nutzfläche	
		insgesamt	Durchschnitt je Betrieb	insgesamt	Durchschnitt je Betrieb
	Zahl	ha	ha	ha	
1952	102	642	6,29	548	5,37
1953	117	715	6,11	611	5,22
1954	137	806	5,88	690	5,04

Die Gesamtgröße der von Vertriebenen bewirtschafteten 137 Betriebe beträgt in Hamburg 806 ha oder im Durchschnitt je Betrieb 5,88 ha, die landwirtschaftliche Nutzfläche, von deren Ausdehnung die Marktleistung weitgehend abhängig ist, umfaßt 690 ha oder 5,04 ha im Durchschnitt je Betrieb. Die

Durchschnittsfläche der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 0,5 ha und mehr Fläche einschl. der Betriebe des erwerbsmäßigen Gemüse-, Obst- und Gartenbaus unter 0,5 ha Gesamtfläche ist mit 5,96 ha je Betrieb nur wenig größer.

An der Gesamtzahl der bei der Bodenbenutzungserhebung 1954 erfaßten 5190 Betriebe sind die Vertriebenen mit einem Anteil von 2,6 vH beteiligt. Im Vergleich zu den anderen Landwirtschaftsbetrieben ist der Vomhundertsatz der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den von Vertriebenen bewirtschafteten Betrieben besonders hoch. Fast 86 vH der Gesamtfläche der Betriebe, deren Inhaber Vertriebene sind, entfallen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche und gut zwei Drittel der Nutzfläche wird als Ackerland verwendet. Die entsprechenden Daten sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe betragen 51,3 vH bzw. 34,4 vH.

Drei Fünftel aller Vertriebenenbetriebe kleiner als 2 ha

Betrachtet man die von Vertriebenen bewirtschafteten Betriebe nach Betriebsgrößenklassen, so sieht man, daß in der Hansestadt Hamburg entsprechend der Betriebsstruktur in der Landwirtschaft die kleineren Betriebe bis 2 ha Betriebsfläche bei weitem vorherrschend sind. Es handelt sich bei vielen dieser Wirtschaften um die Erzeugung von Gemüse, Obst und Blumen für den Hamburger Markt; hierbei spielen die günstigen Absatzmöglich-

Übersicht 3

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Jahre 1954, deren Inhaber Heimatvertriebene sind

Größenklassen nach der Betriebsfläche	Betriebe, deren Inhaber Vertriebene sind		Betriebsfl.	Landw. Nutzfläche	darunter Ackerland
	Zahl	vH			
				ha	
unter 2 ha	83	60,6	74	63	53
2 bis „ 5 „	22	16,0	64	58	36
5 „ „ 10 „	7	5,1	52	46	27
10 „ „ 20 „	10	7,3	125	110	72
20 „ „ 50 „	13	9,5	385	339	209
50 ha und darüber	2	1,5	106	74	45
insgesamt	137	100	806	690	442
dagegen 1953	117	.	715	611	412
„ 1952	102	.	642	548	374

keiten der fast 2-Millionen-Stadt eine große Rolle. Die nächsthöhere Betriebsgrößenklasse (von 2 bis unter 5 ha) ist mit 16 vH an der Gesamtzahl der Betriebe vertreten.

Ungefähr die Hälfte, nämlich 51,8 vH der von Vertriebenen bewirtschafteten Betriebe befinden sich im Bezirk Bergedorf, und zwar überwiegend in den Vierlanden. Somit wird nochmals bestätigt, daß die Mehrzahl der Inhaber von Flüchtlingsbetrieben ihren Erwerb in gartenbaulicher Betätigung gefunden haben. Weitere 18 vH dieser Betriebe sind im Bezirk Wandsbek und der Rest in den

übrigen Bezirken ansässig geworden. Besonders hervorzuheben ist, daß 12 heimatvertriebene Familien im kultivierten Ohemoor im Bezirk Eimsbüttel angesiedelt wurden.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Gesamtzahl der bei der Volks- und Berufszählung 1950 ermittelten von Vertriebenen bewirtschafteten Bodenflächen unter 0,5 ha (Haus- und Kleingärten, landwirtschaftliche und gärtnerische Kleinbetriebe) auf 4051 Fälle belief, d. s. 3 vH der insgesamt in Hamburg festgestellten Haushaltungen mit bewirtschafteten Kleinflächen unter 0,5 ha.

3. Die Ernte an Getreide, Hackfrüchten und Rauhfutter 1954

Die außergewöhnlich ungünstigen Witterungsverhältnisse des letzten Jahres haben zu beträchtlichen Verlusten sowohl beim Getreide als auch bei den Hack- und Rauhfutterfrüchten geführt. Nach den Berichten der amtlichen Ernteberichterstatter konnten durch den langanhaltenden Regen nur etwa ein Drittel des Getreides und etwa die Hälfte der Hackfrüchte normal eingebracht werden. Große Mengen von Brotgetreide können nur noch als Futtergetreide Verwendung finden, da der Feuchtigkeitsgehalt des Kornes teilweise sehr groß ist. In einer Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben hat das schlechte Ernteergebnis zu Schäden geführt, deren Ausmaß eine Existenzgefährdung darstellt. Besondere Hilfsmaßnahmen, die den am schwersten Betroffenen Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage bringen sollen, wurden vom Hamburger Staat durch Gewährung von Zinserleichterungen und niedrig verzinslichen Krediten aus öffentlichen Mitteln für Saatgut, Dünger- und Futtermittel eingeleitet.

Mehr Brotgetreide, weniger Futtergetreide

Die ermittelten endgültigen Hektarerträge blieben bei allen Getreidearten unter den im allgemeinen hohen Erträgen vom Vorjahr (vgl. Übersicht 4). Insbesondere bei der Gerste, beim Winterweizen und -roggen, sowie beim Menggetreide sind die größten Ernteeinbußen je Hektar zu verzeichnen.

Die Gesamt-Getreideernte belief sich im Jahr 1954 auf insgesamt 132 653 dz (1953 = 145 703 dz); somit wurden 13 000 dz oder 9 vH weniger Getreide als im Jahr 1953 geerntet. Die Minderernte ist vor allem beim Futtergetreide entstanden, dessen Gesamtmenge um 21,6 vH kleiner war als 1953. Bestimmend für den kleineren Ertrag der Futtergetreideernte war die Einschränkung der Anbaufläche um 11,9 vH und der niedrigere Hektarertrag (22,3 dz gegen 25,0 dz im Jahre 1953). Die Brotgetreideernte ist mit 80 373 dz etwas größer als 1953, obwohl der Hektarertrag von 24,7 dz im Jahre 1953 auf 22,4 dz zurückging. Für die größere Ernte war die erweiterte Anbaufläche ausschlaggebend, die mit 3584 ha die Anbaufläche von 1953 um 390 ha = 12,2 vH übertraf.

Trotz schlechter Witterung im Bundesgebiet mengenmäßig eine gute Getreideernte

Im Bundesgebiet hat das Jahr 1954 bei Getreide im Gegensatz zu Hamburg mengenmäßig eine

Rekordernte erbracht, die alle übrigen Getreideernten der Nachkriegszeit übertraf. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis vor allem auf hohe Hektarerträge sowie — außer bei Gerste — auch auf eine weitere Vergrößerung des Anbaus. Die Gesamt-Getreideernte im Bundesgebiet belief sich auf insgesamt 12,6 Mio t gegen 12,0 Mio t im Jahr 1953. Bemerkenswert ist, daß die Roggenernte nahezu um ein Viertel höher liegt als im Vorjahr. Da der Ausfall beim Winterweizen durch eine Mehrernte beim Sommerweizen ausgeglichen ist, ergibt sich eine um rd. 500 000 t größere Brotgetreideernte als im Vorjahr, wobei allerdings nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß ein gewisser Teil des Brotgetreides infolge Qualitätsminderung nur als Futtergetreide verwertet werden kann. Die Ernte an Futter- und Industriegetreide liegt dagegen nur gering über der vorjährigen.

Bei den Hackfrüchten und beim Rauhfutter Mindererträge

Auf der Gesamt-Kartoffelanbaufläche von 1700 ha sind 386 226 dz (388 179 dz 1953) gewachsen. Von der Gesamternte entfielen gut vier Fünftel auf die mittelfrühen, mittelspäten und späten Sorten und der Rest auf Frühkartoffeln. Die Ernte an Kartoffeln erreichte trotz höherer Hektarerträge nicht die Höhe des Vorjahres, da der andauernde Rückgang des Anbaus während der letzten Jahre sich auch noch 1954 fortgesetzt hat.

Verhältnismäßig geringe Ergebnisse hat infolge der ungünstigen Witterung im allgemeinen die Rüben- und Rauhfutterernte erbracht. Besonders niedrig war die Ernte an Futterrüben, die sich auf 340 108 dz belief. Bestimmend für den kleineren Ertrag war die Verkleinerung der Anbaufläche um über 100 ha und der niedrigere Hektarertrag (394,1 dz gegen 457,1 dz im Jahre 1953). Eine ähnliche Entwicklung zeigt die Ernte von Kohlrüben (vgl. Übersicht 5). Die Hektarerträge der Futterpflanzen ergeben sowohl bei Klee und Luzerne als auch bei Dauer- und Ackerwiesen beachtliche Mindererträge. Die Gesamternte von rd. 238 000 dz, von der nur 50 vH als Heu gewonnen wurde, lag um 20,4 vH unter der des Vorjahres, so daß in diesem Winter zusammen mit einer Rüben-ernte von etwa 450 000 dz eine außerordentlich schlechte Futterbasis aus heimischer Erzeugung zur Verfügung steht.

Übersicht 4

Die Veränderungen der Getreideernte 1954 gegenüber 1953

Fruchtarten	Erntefläche in ha		Veränderung 1953 - 1954 in vH	Hektarerträge in dz		Veränderung 1953 - 1954 in vH	Gesamtertrag in dz		Veränderung 1953 - 1954 in vH
	1953	1954 ¹⁾		1953	1954 ²⁾		1953	1954	
Getreide									
Winterroggen	2 262	2 566	+ 13,4	24,0	21,6	- 10,0	54 288	55 426	+ 2,1
Sommerroggen	144	132	- 8,3	21,0	19,6	- 6,7	3 024	2 587	- 14,5
Winterweizen	515	723	+ 40,4	28,8	25,6	- 11,1	14 832	18 509	+ 24,8
Sommerweizen	234	153	- 34,6	25,2	23,7	- 6,0	5 897	3 626	- 38,5
Wintermenggetreide	39	10	- 74,4	25,6	22,5	- 12,1	998	225	- 77,5
Brotgetreide zusammen	3 194	3 584	+ 12,2	24,7	22,4	- 9,3	79 039	80 373	+ 1,7
Wintergerste	220	141	- 35,9	28,8	25,3	- 12,2	6 336	3 567	- 43,7
Sommergerste	133	117	- 12,0	25,4	21,8	- 14,2	3 378	2 551	- 24,5
Hafer	1 293	1 131	- 12,5	24,5	22,5	- 8,2	31 679	25 448	- 19,7
Sommernenggetreide	1 019	959	- 5,9	24,8	21,6	- 12,9	25 271	20 714	- 18,0
Futtergetreide zusammen	2 665	2 348	- 11,9	25,0	22,3	- 10,8	66 664	52 280	- 21,6
Getreide insgesamt	5 859	5 932	+ 1,2	24,9	22,4	- 10,0	145 703	132 653	- 9,0

1) Im Gegensatz zu den Übersichten 1 und 2 berichtigte Flächen unter Berücksichtigung der bei den Nachkontrollen zur Bodenbenutzungserhebung in Schleswig-Holstein gewonnenen Berichtigungsfaktoren.

2) Nach den im Rahmen der „Besonderen Erntermittlungen“ in Schleswig-Holstein ermittelten Werten; Hamburg ist sowohl von der Durchführung der „Nachkontrollen“ als auch von den „Besonderen Erntermittlungen“ ausgenommen.

Übersicht 5

Die Veränderungen der Hackfrucht- und Rauhfutterernte 1954 gegenüber 1953

Fruchtarten	Erntefläche in ha		Veränderung 1953 - 1954 in vH	Hektarerträge in dz		Veränderung 1953 - 1954 in vH	Gesamtertrag in dz		Veränderung 1953 - 1954 in vH
	1953	1954 ¹⁾		1953	1954		1953	1954	
Kartoffeln²⁾									
Frühkartoffeln	306	269	- 12,1	168,1	166,5	- 1,0	51 439	44 789	- 12,9
Spätkartoffeln	1 466	1 431	- 2,4	229,7	238,6	+ 3,9	336 740	341 437	+ 1,4
Rüben									
Zuckerrüben	83	97	+ 16,9	321,2	271,8	- 15,4	26 660	26 365	- 1,1
Futterrüben	976	863	- 11,6	457,1	394,1	- 13,8	446 130	340 108	- 23,8
Kohlrüben	377	336	- 10,9	430,6	343,9	- 20,1	162 336	115 550	- 28,8
Rauhfutter									
Klee	667	624	- 6,4	66,6	58,5	- 12,2	44 422	36 504	- 17,8
Luzerne	10	12	+ 20,0	83,3	62,8	- 24,6	833	754	- 9,5
Dauerwiesen	3 882	3 816	- 1,7	61,1	48,9	- 20,0	237 190	186 602	- 21,3
Ackerwiesen	331	293	- 11,5	51,6	49,3	- 4,5	17 080	14 444	- 15,4

1) Siehe Anmerkung 1 zu Übersicht 4.

2) Für Kartoffeln siehe Anmerkung 2 zu Übersicht 4.

4. Der Gemüseanbau 1954

nach der Erhebung über den endgültigen Anbau von Gemüse

Wie im Jahr 1953 beruhen die Ergebnisse der endgültigen Gemüse-Anbauerhebung, die im Juli v. J. stattfand, auf der Grundlage aller für Erwerbszwecke gemüsebautreibender Betriebe, dagegen geben die Ergebnisse vom Februar 1954 lediglich ein Bild über den Umfang des geplanten Gemüseanbaus der hauptsächlichsten Gemüsearten (vgl. „Hamburger Statistische Informationen“, Reihe H, Nr. 2/54).

Gemüseanbau weiterhin rückläufig

Der erwerbsmäßige Anbau von Gemüse auf dem Freiland hatte im Berichtsjahr einen Umfang von 2411 ha; er blieb gegenüber 1953 um rd. 110 ha oder 4,4 vH zurück¹⁾. Ein Vergleich dieser Zahlen mit den Ergebnissen der früheren Erhebungen zeigt nicht nur einen ständigen Rückgang der Gemüseanbauflächen, sondern auch einen Rückgang der Zahl der Betriebe, die den Gemüseanbau für den Verkauf betreiben. Während im Jahr der Währungsreform noch 3561 Gemüseanbaubetriebe mit einer

Gemüsefläche von 2894 ha ermittelt wurden, so sind es heute nur noch 3015 Betriebe mit einem Gemüseanbau von 2411 ha. Diese Anbauentwicklung dürfte einmal auf die z. T. ungünstigen Absatz- und Witterungsverhältnisse und zum anderen auf eine stärkere Ausweitung des Blumen- und Zierpflanzenanbaus zurückzuführen sein. Neben einer Schrumpfung des Anbaus ist weiterhin eine Verlagerung von Grobgemüse- zum Feingemüsebau zu beobachten, die nach den letzten Ergebnissen noch nicht zum Abschluß gekommen zu sein scheint. Bei den einzelnen Gemüsearten ergibt sich seit der vorletzten Erhebung eine z. T. recht unterschiedliche Entwicklung, wie die Übersicht 6 zeigt.

Weitere Einschränkung des Kohlanbaus

Die seit Jahren zu beobachtende Einschränkung der Kohlanbauflächen hat auch im Berichtsjahr angehalten. So war die Anbaufläche der Kohlarten,

1) Vgl. „Hamburg in Zahlen“ 1954, Nr. 1, S. 6

Übersicht 6

Die Veränderungen im Gemüseanbau auf dem Freiland 1954 gegenüber 1953

Gemüsearten	Anbauflächen		Veränderung 1953 - 1954 in vH
	1953	1954	
	ha		
Weißkohl	193,90	174,17	- 10,2
Rotkohl	88,94	68,90	- 22,5
Wirsingkohl	173,34	166,00	- 4,2
Grünkohl	79,94	58,63	- 26,7
Rosenkohl	167,09	132,30	- 20,8
Blumenkohl	325,22	327,88	+ 0,8
Kohlrabi	49,84	51,91	+ 4,2
Kohl Gemüse zusammen	1 078,27	979,79	- 9,1
Kopfsalat	161,91	166,11	+ 2,6
Winterendivien	4,37	3,93	- 10,1
Feldsalat	10,08	8,41	- 16,6
Spinat	179,77	174,82	- 2,8
Blatt Gemüse zusammen	356,13	353,27	- 0,8
Grüne Pflückerbsen	15,10	12,02	- 20,4
Grüne Pflückbohnen	154,90	166,51	+ 7,5
Dicke Bohnen	31,52	26,10	- 17,2
Gurken	39,86	33,41	- 16,2
Tomaten	157,60	180,61	+ 14,6
Frucht Gemüse zusammen	398,98	418,65	+ 4,9
Möhren	141,19	130,97	- 7,2
Rote Bete	4,45	3,04	- 31,7
Meerrettich	41,29	40,94	- 0,8
Sellerie	160,65	160,98	+ 0,2
Porree	140,15	137,74	- 1,7
Speisezwiebeln	14,32	12,03	- 16,0
Wurzel Gemüse zusammen	502,05	485,70	- 3,3
Sonstiges Gemüse	186,00	173,11	- 6,9
Gemüse insgesamt	2 521,43	2 410,52	- 4,4

die gegenüber dem Vorjahr am stärksten eingeschränkt worden ist, insgesamt um fast 100 ha oder 9,8 vH kleiner als 1953; fast 90 vH des Gesamtrückganges des Anbaus entfallen somit auf die Kohlarten. Stärkere Rückgänge sind besonders bei Grünkohl um 26,7 vH, bei Rotkohl um 22,5 vH, bei Rosenkohl um 20,8 vH und bei Weißkohl um 10,2 vH zu erkennen. Der Blumenkohl, die wichtigste Gemüseart Hamburgs, wurde auf 328 ha angebaut; im Vergleich zum Vorjahr ist der Anbau fast unverändert geblieben, dagegen ist der Kohlrabianbau um 4,2 vH vergrößert worden.

Von der allgemeinen Anbaubeschränkung ist auch das Wurzelgemüse betroffen; der Anbau ist hier um 3,3 vH zurückgegangen. An dieser Verminderung sind bis auf Sellerie alle Wurzelgemüsearten beteiligt. Erhebliche Einbußen weisen die Anbauflächen bei Rote Beete (- 31,7 vH), bei Speisezwiebeln (- 16,0 vH) und bei Möhren (- 7,2 vH) auf.

In etwa gleichbleibendem Umfang wie in dem Vorjahr wurde das Blattgemüse angebaut. Kopfsalat konnte seine Fläche geringfügig ausdehnen (+ 2,6 vH), während Spinat, Feldsalat und Winterendivien Einbußen zu verzeichnen hatten.

Zunahme des Fruchtgemüseanbaus

Die Ausweitung der Fruchtgemüseflächen insgesamt um 4,9 vH wird vor allem durch die Ausdehnung des Anbaus für Tomaten und Grüne Pflückbohnen verursacht, die gegenüber

dem Vorjahr um 14,6 vH auf 180,6 ha bzw. um 7,5 vH auf 166,5 ha erweitert wurden. Damit hat der Anbau von Tomaten nach der starken Einschränkung im Jahre 1953 nunmehr wieder fast den Stand von 1952 erreicht. Gurken, Dicke Bohnen und Grüne Pflückerbsen, die ebenfalls zum Fruchtgemüse rechnen, sind dagegen in geringerem Umfang als im Vorjahr angebaut worden.

Anbau von Erdbeeren weiterhin rückläufig

Bei Erdbeeren ist seit Jahren ein anhaltender Rückgang des Flächenumfangs festzustellen. Im Berichtsjahr wurden noch 286 ha festgestellt, d. s. 25 ha oder 8,1 vH weniger als 1953.

Gemüseanbau in Unterglasanlagen ebenfalls eingeschränkt

Der Anbau von Gemüse in Gewächshäusern und Frühbeeten ergab für die hauptsächlichsten Arten (Blumenkohl, Kopfsalat, Gurken, Tomaten und Kohlrabi) eine Fläche von 1,23 Mio qm, d. s. um 126 743 qm oder 9,4 vH weniger als im Jahre 1953. Die Tomaten, als bedeutende Gemüseart sowohl auf dem Freiland wie im Unterglasanbau Hamburgs, wurden auf 401 137 qm angebaut; gegenüber dem Vorjahr ist der Tomatenanbau um 11,9 vH eingeschränkt worden, was besonders im Vergleich zu der Zunahme des Anbaus auf dem Freiland bemerkenswert ist.

Der Gurkenanbau unter Glas weist die gleiche rückläufige Tendenz auf wie der Freilandgurkenanbau. Mit 327 818 qm ist der Anbau um 13,9 vH verkleinert worden. Von den fünf ausgewählten Gemüsearten in Unterglasanlagen ist weiterhin die Anbaufläche von Kopfsalat vermindert worden, dagegen ist der Blumenkohl- und Kohlrabianbau im Vergleich zum Vorjahr ausgedehnt worden, wie die folgende Zusammenstellung zeigt:

Gemüsearten in Gewächshäusern und Frühbeeten	Anbauflächen		Veränderung 1953 - 1954 in vH
	1953	1954	
	qm		
Blumenkohl	174 590	181 828	+ 4,1
Kohlrabi	19 874	27 093	+ 36,3
Kopfsalat	322 605	288 165	- 10,7
Gurken	380 641	327 818	- 13,9
Tomaten	455 074	401 137	- 11,9
Gemüse insgesamt	1 352 784	1 226 041	- 9,4

Recht aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Betrachtung über die Aufteilung der Gemüsefläche in Unterglasanlagen in den einzelnen Bundesländern. Von den fünf hier aufgeführten Gemüsearten liegt Hamburg bei Blumenkohl mit einem Gesamtanbau von 181 828 qm vor Baden-Württemberg mit 110 493 qm und bei Tomaten mit einem Gesamtanbau von 401 137 qm vor Nordrhein-Westfalen mit 334 300 qm bei weitem an der Spitze. Fast ein Drittel des Blumenkohl-anbaus in Unterglas des gesamten Bundesgebietes entfällt auf Hamburg. Von den insgesamt im Bundesgebiet im letzten Jahr ermittelten 7,3 Mio qm Unterglasflächen ist allein Hamburg mit 1,2 Mio qm beteiligt.

In allen Bundesländern starker Rückgang des Gemüseanbaus

Im Bundesgebiet belief sich der Gesamtanbau von Gemüse auf 59 000 ha im Jahre 1954 gegen 69 000 ha im Jahre 1953; damit ist der Anbau um 14,6 vH zurückgegangen. Die Einschränkungen erstrecken

sich auch hier auf fast sämtliche Gemüsearten. Stärker als im Bundesdurchschnitt war die Abnahme der Anbauflächen hauptsächlich in den Ländern Schleswig-Holstein (— 22,0 vH), Niedersachsen (— 18,0 vH) und Nordrhein-Westfalen (— 15,9 vH). Auch in allen anderen Ländern sind erheblichere Einbußen als in Hamburg zu verzeichnen.

5. Die Gemüsernte 1954

Der Ausfall der Gemüsernte 1954 kann nach den Schätzungen der amtlichen Bericht-erstatte als wenig gut bezeichnet werden. Die Ursache hierfür ist in dem für die Gemüsekulturen ungünstigen Witterungsverlauf des Jahres 1954 zu erblicken. Besonders unzulänglich waren in den für die Entwicklung der Gemüsekulturen entscheidenden Sommermonaten die hohen Niederschlagsmengen, die stellenweise beträchtlichen Schaden angerichtet haben. In den Niederungen der Hauptanbauggebiete von Gemüse an der Elbe standen zeitweise die Gemüsefelder sogar unter Wasser; hier waren die Ernteverluste besonders hoch.

Gemüseerntemenge ein Fünftel geringer als 1953

Die Berechnung der Gemüsernte im erwerbsmäßigen Gemüseanbau auf dem Freiland ergab 1954 eine Gesamtmenge von 445 875 dz, was gegenüber 557 145 dz im Jahre 1953 einem Rückgang um 20 vH entspricht¹⁾. Im Vergleich zum fünfjährigen Mittel (1948—53) war die Gemüsernte sogar um ein Drittel kleiner. Der Minderertrag des letzten Jahres von über 111 000 dz ist sowohl auf die bereits erwähnte Anbaueinschränkung als auch auf die durch die ungünstige Witterung verminderten Hektarerträge zurückzuführen.

Faßt man die einzelnen Gemüsearten zu Gemüsegruppen zusammen, so nimmt das Kohlgemüse im hamburgischen Gemüseanbau flächen- und ertragsmäßig die erste Stelle ein. Die Gesamtkohl-ernte ging von 270 573 dz im Jahre 1953 auf 208 948 dz zurück. Niedrigere Ernten gegenüber 1953 sind vor allem bei Rotkohl (— 40,8 vH), Grünkohl (— 36,5 vH), Rosenkohl (— 30,6 vH) und bei Weißkohl (— 27,3 vH) zu erkennen. Obgleich die Blumenkohlanbaufläche im letzten Jahr unverändert geblieben ist, hat sich infolge schlechterer Erträge je Flächeneinheit der Gesamtanfall an Blumenkohl im Jahre 1954 um 15,1 vH vermindert.

Wie die nachstehende Übersicht 7 weiter zeigt, ist im Vergleich zum Vorjahr bei fast allen anderen Gemüsearten ebenfalls ein zu Teil beträchtliche Abnahme der durchschnittlichen Hektarerträge und der Gesamternten zu verzeichnen. So ergab z. B. die Ernteschätzung für Tomaten mit 158,4 dz pro Hektar den seit 1948 niedrigsten Ertrag. Größere Mindererträge pro Hektar sind weiterhin bei den anderen Feingemüsearten, wie z. B. Gurken, Erbsen, Bohnen, Salaten, Frühkohlrabi festzustellen. Diese stark verminderte Produktion ist auf die Preisentwicklung nicht ohne Einfluß geblieben; nach dem Index für die Lebenshaltung lagen die Gemüsepreise im Herbst v. J. um rund 50 vH höher als zur gleichen Zeit des Jahres 1953.

Unterteilt man die Gesamtgemüsernte nach ihrem jahreszeitlichen Anfall, so entfielen

	1953	1954
auf Frühgemüse	234 531 dz	208 322 dz
auf Sommer- und Herbst- gemüse	135 706' dz	100 227 dz
auf Wintergemüse	186 908 dz	137 326 dz

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Erntemenge bei Frühgemüse um 11,2 vH, bei Sommer- und Herbstgemüse um 26,1 vH und bei Wintergemüse um 26,5 vH vermindert.

Gemüseerntemenge im Bundesgebiet um 29 vH kleiner

Im Bundesgebiet belief sich die gesamte Gemüserntemenge auf dem Freiland auf 0,94 Mio t gegen 1,32 Mio t im Jahre 1953. Stärker als im Bundesdurchschnitt war die Abnahme der Erntemengen in den Ländern Schleswig-Holstein mit — 44,7 vH, Bremen mit — 31,4 vH und Niedersachsen mit — 31,4 vH. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern weist das Land Hessen gegenüber dem Vorjahr nur eine verhältnismäßig unbedeutende Verminderung (— 4,6 vH) auf.

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“ 1954, Nr. 1, S. 7

6. Die Obsternte 1954

Begünstigt durch gutes und sonnenwarmes Frühjahrswetter wurde das Wachstum des Obstes sehr gefördert, so daß sich bei allen Obstarten ein guter Fruchtansatz bilden konnte. Auch in der weiteren Entwicklung des Obstes traten nennenswerte Schäden durch Obstschädlinge oder Krankheiten nicht in Erscheinung. Eine gewisse Beeinträchtigung in dem Wachstum des Obstes brachten dann aber während der Sommermonate die lang anhaltenden Niederschläge, die sich vor allem auf die Qualität des Obstes nachteilig auswirkten. Im allgemeinen wurde im Erntejahr 1954 wiederum eine gute Durchschnittsernte eingebracht.

Die Gesamterntemengen errechnen sich nach den bei der Obstbaumzählung 1951 ermittelten Baum-

zahlen auf 615 369 dz Baumobst und 106 568 dz Beerenobst, was einer Zunahme gegenüber 1953¹⁾ um 0,4 bzw. 1,2 vH entspricht.

Höhere Kernobsternte, niedrigere Steinobsternte

Nach den Ergebnissen der Ernteschätzungen durch die amtlichen Obstbericht-erstatte wurde für Hamburg — wie aus der Übersicht 8 zu entnehmen ist — die gesamte Apfelernte 1954 auf 349 882 dz berechnet. Gegenüber dem Vorjahr mit einem Gesamtertrag von 324 508 dz ist die letzte Ernte um 7,8 vH höher ausgefallen. Der durchschnittliche Ertrag der ertrag-

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“ 1954, Nr. 1, S. 8

Übersicht 7

Ernteerträge 1953 und 1954

Gemüsearten	Hektarertrag		Gesamternte		Veränderung 1953-1954		Durchschnittlicher Hektarertrag 1954 im Bund
	1953	1954	1953	1954	je ha	Gesamternte	
	in dz				in vH		in dz
Frühweißkohl	332,0	288,4	25 564	21 630	- 13,1	- 15,4	255,0
Herbstweißkohl	468,8	352,8	16 408	9 878	- 24,7	- 39,8	414,4
Dauerweißkohl	406,0	327,1	33 292	23 223	- 19,4	- 30,2	329,2
Weißkohl zusammen	388,0	314,5	75 264	54 731	- 18,9	- 27,3	366,7
Frührotkohl	248,9	210,9	4 480	3 375	- 15,3	- 24,7	227,1
Herbstrotkohl	295,2	230,1	6 494	3 682	- 22,1	- 43,3	265,6
Dauerrotkohl	312,6	230,0	15 318	8 510	- 26,4	- 44,4	257,0
Rotkohl zusammen	295,4	225,6	26 292	15 567	- 23,6	- 40,8	254,1
Frühwirsingkohl	295,4	265,3	44 901	40 326	- 10,2	- 10,2	203,8
Herbstwirsingkohl	283,3	231,8	5 384	2 550	- 18,2	- 52,6	237,4
Dauerwirsingkohl	274,0	229,1	548	687	- 16,4	+ 25,4	240,8
Wirsingkohl zusammen	293,8	262,4	50 833	43 563	- 10,7	- 14,3	223,2
Grünkohl	188,3	162,2	15 062	9 570	- 13,9	- 36,5	135,5
Rosenkohl	112,0	98,4	18 702	12 984	- 12,1	- 30,6	80,4
Frühblumenkohl	226,9	226,9	43 565	41 069	-	- 5,7	171,7
Spätblumenkohl (einschl. mittelfrüher)	229,8	148,9	30 563	21 889	- 35,2	- 28,4	152,6
Blumenkohl zusammen	228,1	191,9	74 128	62 958	- 15,9	- 15,1	158,7
Frühkohlrabi	201,2	181,3	8 853	7 977	- 9,9	- 9,9	146,4
Spätkohlrabi	239,8	199,8	1 439	1 598	- 16,7	+ 11,0	183,3
Kohlrabi zusammen	205,8	184,1	10 292	9 575	- 10,5	- 7,0	158,8
Frühjahrskopfsalat	168,5	159,3	16 008	14 182	- 5,5	- 11,4	141,0
Sommer- und Herbstkopfsalat	156,1	122,6	9 520	9 315	- 21,5	- 2,2	117,9
Winterkopfsalat	135,4	84,2	812	84	- 37,8	- 89,7	97,0
Kopfsalat zusammen	162,6	142,1	26 340	23 581	- 12,6	- 10,5	126,8
Feldsalat (Ackersalat)	98,6	90,9	986	727	- 7,8	- 26,3	61,8
Winterendivien	186,5	126,8	746	507	- 32,0	- 32,0	141,3
Frühjahrsspinat	164,5	178,8	20 727	22 171	+ 8,7	+ 7,0	108,5
Herbstspinat	144,2	128,7	6 779	6 179	- 10,7	- 8,9	103,6
Winterspinat	126,4	106,6	885	320	- 15,7	- 36,2	65,8
Spinat zusammen	157,7	163,8	28 391	28 670	+ 3,9	+ 1,0	95,7
Frühe Möhren	211,7	208,0	13 125	11 024	- 1,7	- 16,0	189,3
Späte Möhren	364,9	252,8	28 827	19 716	- 30,7	- 31,6	281,4
Möhren zusammen	297,5	234,7	41 952	30 740	- 21,1	- 26,7	249,2
Rote Bete (Rote Rüben)	271,3	224,7	1 085	674	- 17,2	- 37,9	233,2
Meerrettich	119,0	98,8	4 881	4 050	- 17,0	- 17,0	79,4
Schwarzwürzeln	121,7	107,6	730	753	- 11,6	+ 3,2	109,9
Sellerie	241,4	192,0	38 865	30 907	- 20,5	- 20,5	183,9
Porree (Lauch)	214,9	191,6	30 086	26 442	- 10,8	- 12,1	161,9
Steckzwiebeln	139,9	104,9	1 259	839	- 25,0	- 33,4	179,2
Saatzwiebeln	158,9	135,0	636	405	- 15,0	- 36,3	181,7
Winterzwiebeln	140,0	134,4	140	134	- 4,0	- 4,3	144,4
Zwiebeln zusammen	145,4	114,8	2 035	1 378	- 21,0	- 32,3	177,1
Spargel (ertragfähiger)	27,3	24,0	27	48	- 12,1	+ 77,8	30,5
Grüne Pflückerbsen	94,5	89,8	1 418	1 078	- 5,0	- 24,0	93,0
Buschbohnen	110,8	79,2	13 407	10 856	- 28,5	- 19,0	78,4
Stangenbohnen	124,9	93,2	4 247	2 796	- 25,4	- 34,2	106,6
Grüne Pflückbohnen zusammen	113,9	81,7	17 654	13 652	- 28,3	- 22,7	83,0
Dicke Bohnen	130,3	124,1	4 170	3 227	- 4,8	- 22,6	118,7
Einlegegurken	169,5	95,2	4 068	1 428	- 43,8	- 64,9	94,4
Schälgurken	198,3	132,3	3 173	2 382	- 33,3	- 24,9	111,4
Gurken zusammen	181,0	115,5	7 241	3 810	- 36,2	- 47,4	96,6
Rhabarber	296,3	267,0	32 889	29 904	- 9,9	- 9,1	244,6
Tomaten	218,5	158,4	34 523	28 672	- 27,5	- 16,9	172,2
Sonstige Gemüsearten	190,2	155,9	12 553	8 107	- 18,0	- 35,4	149,1
Freiland-Gemüse insgesamt	221,2	184,9	557 145	445 875	- 16,4	- 20,0	160,9

fähigen Apfelbäume stellte sich im Berichtsjahr auf 38,1 kg gegen 35,3 kg im Vorjahr. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen in Hamburg aus der eigenen Erzeugung 20,2 kg.

Die Birnen brachten nur eine geringe Mehrernte. Die Gesamtmenge an Birnen betrug 125 477 dz bei einem durchschnittlichen Baumertrag von 33,9 kg je Baum, d. s. 0,4 vH mehr als im Vorjahr.

Unterschiedliche Steinobst- und Beerenobsterträge

Beim Steinobst, dessen Erträge rd. 23 vH der gesamten Baumobsternte ausmachen, lagen 1954 die

Erträge um 14,6 vH niedriger als 1953. An Pflaumen und Zwetschen, die an der Steinobsternte mit 53,9 vH beteiligt sind, wurde ein um ein Viertel geringerer Ertrag verzeichnet. Durchschnittlich wurden je Baum nur 22,1 kg, d. s. um 8 kg weniger als 1953, geerntet. Aber auch bei den Mirabellen und Renekloden war die Ernte um gut ein Zehntel niedriger. Für alle anderen Steinobstarten wurden gegenüber 1953 höhere Erträge ermittelt, und zwar bei den Pfirsichen + 52,2 vH, bei den Aprikosen + 15,6 vH und bei den Kirschen fast 5 vH.

Übersicht 8

Die Obsternte 1953 und 1954

Obstarten	Zahl der ertragfähigen Bäume ¹⁾	Ertrag je Baum ¹⁾ in kg		Gesamtertrag in dz		Veränderung 1953 - 1954 in vH
		1953	1954	1953	1954	
Äpfel	918 302	35,3	38,1	324 508	349 882	+ 7,8
Birnen	370 560	33,7	33,9	124 960	125 477	+ 0,4
Kernobst zusammen²⁾	1 288 862	34,9	36,9	449 468	475 359	+ 5,8
Süßkirschen	61 506	26,3	28,6	16 202	17 584	+ 8,5
Sauerkirschen	233 822	16,6	17,1	38 748	40 067	+ 3,4
Pflaumen, Zwetschen	339 575	30,2	22,1	102 629	75 046	- 26,9
Mirabellen, Renekloden	17 484	16,8	14,9	2 945	2 601	- 11,7
Aprikosen	1 647	6,6	7,6	109	126	+ 15,6
Pfirsiche	36 000	7,2	10,9	2 587	3 937	+ 52,2
Steinobst zusammen	690 034	23,7	20,2	163 220	139 361	- 14,6
Walnüsse	4 863	10,9	13,3	530	649	+ 22,5
Baumobst insgesamt	1 983 759	30,9	31,0	613 218	615 369	+ 0,4
Johannisbeeren	1 282 639	4,1	4,3	51 961	55 164	+ 6,2
Stachelbeeren	982 902	3,6	3,8	35 789	37 106	+ 3,7
Himbeeren (qm)	471 770	1,3	1,1	5 940	5 131	- 13,6
Erdbeeren	³⁾	49,6	44,5	11 606	9 167	- 21,0

1) bzw. Sträucher bei Johannis- und Stachelbeeren.

2) Ergebnisse der Obstarten nach Baumformen sind in den „Hamburger Statistischen Informationen“ Reihe H, Nr. 6/54 veröffentlicht.

3) 1953 = 234 ha, 1954 = 206 ha Erdbeeren.

Die Beerenernte war bei den einzelnen Beerenarten im Jahre 1954 unterschiedlich. Johannis- und Stachelbeeren ergaben bei einem Gesamtertrag von 55 164 bzw. 37 106 dz um 6,2 bzw. 3,7 vH mehr als 1953. Bedeutend niedriger als im Vorjahr war das Erntergebnis bei den Himbeeren und Erdbeeren.

Obsternte im Bundesgebiet

Im Bundesgebiet brachte das Baumobst im Jahre 1954 eine Gesamternte von 2,68 Mio t gegen

2,46 Mio t im Jahre 1953. Im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem bei den Äpfeln ein erheblicher Mehrertrag zu verzeichnen (+ 30,1 vH), wogegen die Birnenernte um 10,6 vH kleiner ist. An Steinobst wurden rd. 651 000 t gegen 772 000 t im Vorjahr geerntet, wobei die Kirschenenernte um 27,3 vH höher, die der Pflaumen und Zwetschen um 31,4 vH niedriger als 1953 ist. Unter Zusammenfassung der Ernte aller Obstarten, einschließlich Beerenobst, ergibt sich im Bundesgebiet eine durchschnittliche Erzeugung von 58,2 kg Obst je Kopf der Bevölkerung gegenüber 54,2 kg im Jahre 1953.

7. Der Anbau landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte 1954

In einer Nacherhebung zur Bodenbenutzungserhebung wird im Oktober jeden Jahres der Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten ermittelt. Diese Erhebung erstreckt sich auf alle bei der Vorerhebung im März festgestellten Betriebe mit wenigstens 0,5 ha Gesamtfläche.

Zwischenfrüchte werden als Untersaaten im Getreide oder als Stoppelsaaten nach Abernten des Getreides oder einer anderen Hauptfrucht zur Gründung, vorwiegend jedoch zur Futter-

gewinnung angebaut. Ein besonderer Vorteil des Anbaus liegt darin, daß diese Pflanzen noch bis weit in den Herbst hinein für die Futterversorgung herangezogen werden können. Dadurch wird die Verwendung der für den Winter bestimmten Futtermittel hinausgeschoben. Nur etwa ein Drittel ist für die Gründüngung bestimmt.

Den Hauptanteil mit durchschnittlich mehr als 90 vH des Gesamtanbaues nahmen die Sommerzwischenfrüchte ein. Der Anteil der Zwischenfrucht-

Fruchtarten	Anbauflächen				
	1950	1951	1952	1953	1954
	ha				
Sommerzwischenfrüchte	820	778	987	1125	689
davon					
zur Futtergewinnung	563	486	662	784	483
dar. Klee gras und Klee ¹⁾	324	228	396	531	354
Hülsenfrüchte ²⁾ und Serradella	128	132	113	51	47
Stoppelrüben und Steckrüben	45	62	62	135	32
Futterkohl ³⁾	36	39	58	45	35
zum Unterpflügen	257	292	325	341	206
dar. Klee gras und Klee	72	125	170	196	115
Hülsenfrüchte und Serradella	159	160	112	102	72
Winterzwischenfrüchte	86	72	61	100	41
darunter					
Wintergetreide z. Grünfütterung (z.B. Futterroggen)	17	20	8	16	11
Inkarnatklee, auch mit Beimischung von Gräsern	36	33	30	40	15
Sprengraps u. -rüben, Wintergraps u. -rüben	11	7	11	23	7
Landw. Zwischenfrüchte insgesamt	906	850	1048	1225	730

¹⁾ soweit im Anbaujahr genutzt.

²⁾ z. B. Ackerbohnen, Wicken und Peluschken, Lupinen, auch im gemischtem Anbau.

³⁾ Feldkohl, Kuhkohl, Markstammkohl.

anbaufläche am Ackerland ohne Gemüse- und Erwerbsgartenland betrug in Hamburg im Durchschnitt der letzten Jahre 9,5 vH. Zum Vergleich sei angeführt, daß dieser Satz 1953 im Bundesdurchschnitt 9,0 vH und in den Ländern mit stärkerem landwirtschaftlichem Charakter wie Schleswig-Holstein 7,2 vH, Niedersachsen 14,2 vH, Nordrhein-Westfalen 19,9 vH und Bayern 7,6 vH ausmachte.

Nach dem Ergebnis der letzten Erhebung 1954 erreichte der Zwischenfruchtanbau bei weitem nicht den Umfang der Vorjahre (vgl.

Übersicht 9). Gegenüber 1953 ist die Fläche der Sommerzwischenfrüchte zur Futtergewinnung um 38,4 vH, der Winterzwischenfrüchte zur Futtergewinnung um 59 vH und der Gründungszwischenfrüchte um 39,6 vH zurückgegangen. Somit ist die Gesamtfläche der Zwischenfrüchte um 40,4 vH kleiner als 1953 und um 27,5 vH kleiner als im Durchschnitt der Jahre 1950/53, was in erster Linie auf die äußerst ungünstige Witterung, die eine Bestellung der Stoppelsaaten für lange Zeit verhinderte, zurückzuführen sein dürfte.

8. Die Ernte landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte 1954

Von den zur Futtergewinnung angebauten Sommerzwischenfrüchten werden auf dem Wege des Berichterstattdienstes die Erträge ermittelt, die

in der nachstehenden Übersicht zusammengefaßt sind.

Übersicht 10

Die Sommerzwischenfrüchternte 1953 und 1954

Fruchtarten	Erntefläche in ha		Hektarertrag ¹⁾ in dz		Gesamternte in dz		Veränderung 1953 - 1954 in vH
	1953	1954	1953	1954	1953	1954	
Stoppelklee und Serradella . . .	539	364	153,1	124,7	82 521	45 391	- 45,0
Hülsenfrüchte	43	37	123,6	119,1	5 315	4 407	- 17,1
Senf, Sommerraps und Rüben .	15	10	107,4	114,3	1 611	1 143	- 29,1
Mais und Sonnenblumen	2	3	220,0	195,6	440	587	+ 33,4
Stoppelrüben und Steckrüben . .	135	32	265,2	223,8	35 802	7 162	- 80,0
Futterkohl	45	35	211,6	213,6	9 522	7 476	- 21,5

¹⁾ an Grünmasse bzw. Wurzelertrag

Es zeigt sich, daß die Sommerzwischenfrüchte trotz der überreichlichen Niederschläge im allgemeinen noch gute Hektarerträge aufweisen. Dagegen ist die Gesamternte an Sommerzwischenfrüchten zur Futtergewinnung infolge der starken

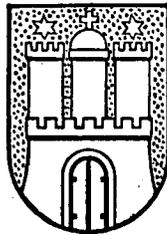
Einschränkung der Anbaufläche beträchtlich niedriger als im Jahr 1953.

Dipl.-Volkswirt Hohmann / Zenke

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 10. Februar 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 2

Die Preise in Hamburg im Jahre 1954

1954 war ein Jahr, in dem sich die Lebenshaltungskosten kaum verändert haben. Die Preisbewegungen waren im allgemeinen nicht groß, und Plus und Minus kamen schließlich fast ganz zum Ausgleich. Nur um 0,6 vH wich in den Jahresdurchschnitten die Preisindexziffer für die Lebenshaltung von der des Vorjahres ab. Eine solche Beständigkeit war seit 1948/49 noch nicht zu verzeichnen gewesen; denn von 1949 auf 1950 war der Index um 8,4 vH gesunken, von 1950 auf 1951 zog er um 7,2 vH an, um weitere 2,5 vH holte er bis 1952 auf, 1953 ging er wieder um 2,4 vH zurück.

Das ist der äußere Verlauf der Indexziffer für die **g e s a m t e** Lebenshaltung (der mittleren Verbrauchergemeinschaft, auf die wir unsere Aussagen zunächst beschränken). Die größte Veränderung wies im Jahre 1954 die Teilindexziffer für Getränke und Tabakwaren auf, und zwar rückte sie gegenüber 1953 um 7,3 vH nach unten. Die Wirkung auf den Gesamtindex war aber nicht groß, weil die Genussmittel nur mit rd. 5 vH am Gesamthaushalt beteiligt sind. Die Ersparnis war für die „Indexfamilie“ kaum 1,50 DM im Monat. Das wurde dadurch mehr als aufgewogen, daß 1954 die Ernährungsausgaben, preislich bedingt, um 2,2 vH höher waren als im Jahr zuvor, was nach dem Indexschema für die vierköpfige Familie etwa 3,50 DM im Monat ausmachte. Eine Mehrausgabe war auch in der Bedarfsgruppe Heizung und Beleuchtung zu vermerken, deren spezieller Index um 3,9 vH stieg; das bedeutete Mehrkosten für den „Indexhaushalt“ von allmonatlich 70 Pf. Entspannend wirkte wiederum, daß die Preistendenz bei den Gegenständen des Wohnbedarfs und in den Bekleidungsbranchen weiterhin rückläufig gewesen ist. In den anderen Bedarfsgruppen, die von den Teilindices für Wohnungsmiete, für Reinigung und Körperpflege, für Bildung und Unterhaltung und für Verkehr umschrieben werden, waren im Jahre 1954 die prozentualen Veränderungen der Indexziffern immer weniger als ± 1 .

Die größte Aufmerksamkeit findet die Preisbewegung bei **Nahrungsmitteln**; denn die Hausfrau spürt diese Ausgaben tagein, tagaus an ihrer Haushaltskasse. Die Gesamttendenz bei den Nahrungsmittelpreisen war, wie wir eben gesehen haben, leicht steigend. Aber wie sah es im einzelnen aus?

Die Brotpreise wurden im Frühjahr 1954 etwas hinaufgesetzt, was sich am deutlichsten beim Weißbrot ausprägte, das sich (je 1000 g) von 83 auf 88 Pf verteuerte, während bei dem ungleich häufiger gekauften Roggen-Mischbrot die Preiserhöhung etwa 3 Pf und beim Schwarzbrot 1 bis 2 Pf betrug. Kleingebäck blieb im Preis unverändert. In den Jahresdurchschnitten 1953 und 1954 ergab sich für Brot und Backwaren bei indexmäßiger Berücksichtigung der Verbrauchsmengen eine Zunahme der Preise um 2,5 vH. Bei Nahrungsmitteln war ähnliches nicht zu verzeichnen; die Preise zeigten sogar eher eine Neigung nach unten. Bemerkenswert ist der Rückgang der Reispreise, die von Januar bis Dezember 1954 um rd. 16 vH hinuntergingen. Dagegen holten freilich die Preise für gelbe und grüne Erbsen um 18 vH auf, zum anderen blieben aber Linsen und weiße Bohnen ziemlich preisstetig. Für Zucker blieben die alten Festpreise bestehen. Kakao verteuerte sich zu Beginn der zweiten Jahreshälfte und zog die Schokolade mit, deren Preise im letzten Quartal 1954 jedoch wieder etwas abbröckelten. Von den Trockenfrüchten waren Rosinen einigermaßen preiskonstant, während getrocknete Pflaumen sich fühlbar verteuerten, was auf die Preise für Dörrobst nicht ohne Einfluß blieb. Pflanzenfett und Speiseöl zeigten keine größere Preisbewegung. Die preislich schwierigste Gruppe unter den pflanzlichen Nahrungsmitteln war 1954 das **G e m ü s e**. Die Ungunst des Wetters hatte die Ernten verschlechtert und die Preise nach oben gedrückt. Aus der folgenden Übersicht geht das deutlich hervor:

Gemüsearten	Oktober	Oktober	Jahresdurchschnitt	
	1953	1954	1953	1954
1 kg	Pf			
Weißkohl	15	28	22	31
Rotkohl	18	54	24	43
Rosenkohl	82	128	107	126
Steckrüben	16	24	17	21
Möhren	20	62	47	49
Porree	34	60	67	84
Brechbohnen	120	172	107	146
Spinat	50	76	68	74

Im Gegensatz zu den Gemüsepreisen haben sich die Preise für **K a r t o f f e l n** von Oktober zu Oktober

nicht verändert; im Jahresdurchschnitt 1954 lagen sie allerdings um 7 vH höher als im Mittel 1953. Ähnlich verlief übrigens auch — um noch die wichtigste Obstart zu nennen — die Preisgestaltung bei Äpfeln.

Für die **pflanzliche Nahrung** im ganzen errechnete sich (immer im gewogenen Mittel des Indexschemas) von Oktober 1953 auf Oktober 1954 eine Erhöhung der Preise um 5 vH, wogegen bei einem Vergleich der Jahresdurchschnitte 1953 und 1954 nur eine leichte Steigerung um 1,3 vH in die Erscheinung tritt.

Die Preise für **Milch** blieben während des ganzen Jahres 1954 unverändert. Die Preise für **Käse** ließen, im Jahresmittel gesehen, um ein geringes nach. **Butter** war im Jahresdurchschnitt um 10 Pf, von Dezember zu Dezember um 34 Pf je kg teurer. Die **Margarine**preise waren stetig — bis auf den bislang wohl besonders niedrig gehaltenen Preis für die Tafelmargarine, der etwas angehoben wurde. Bei **Eiern** lag es ähnlich wie bei Käse: im Jahresdurchschnitt waren die Preise leicht nachlassend.

Der spezielle Preisindex für **Fleisch** hat sich 1954 wieder aufwärts bewegt, nachdem er zwischen 1952 und 1953 abwärts gerichtet gewesen war. Im Laufe des Jahres 1954 haben sich Rindfleisch, Schweinefleisch und Kalbfleisch (jeweils im einfachen Mittel der ladenüblichen Sorten) um etwa 7 vH, Hammelfleisch sogar um 11 vH erhöht. Auch bei Wurstwaren machte sich eine Verteuerung, wenn auch nur von 5 vH, geltend. Merkwürdig teurer waren im Berichtsjahr auch die **Fische**; jahresdurchschnittlich kosteten 1954 Seelachs 80, Kabeljau 97, Salzheringe 112 Pf je kg, gegen 72, 86 und 102 Pf im Durchschnitt 1953.

Die **Nahrungsmittel tierischen Ursprungs** laut Indexschema zusammengenommen, zeigten in den Jahresdurchschnitten 1953 und 1954 eine Preiserhöhung um 3 vH, während sich von Dezember zu Dezember ein Anstieg von nur 1,6 vH errechnet. Der Preisverlauf bei Milch, Käse, Butter, Eiern, Margarine hat die Preisaufschläge bei Fleisch, Fleischwaren und Fischen in der Zusammenrechnung abgeschwächt.

Die Preisindexziffer für die **gesamte Ernährung** stieg, in den Jahresdurchschnitten 1953 und 1954 gesehen, von 112,4 auf 114,9 (1950 = 100) oder von 178,5 auf 182,3 (1938 = 100), das heißt, wie schon oben gesagt, um 2,2 vH. Auf die Dezembermonate 1953 und 1954 bezogen, stehen sich die Indexziffern 113,7 und 117,1 (1950 = 100) oder 180,4 und 185,9 (1938 = 100) gegenüber. So gesehen, beträgt die **Steigerung 3,0 vH**.

An die Ernährung reihen sich die **Genußmittel**: Kaffee, Tee, Bier, Spirituosen und Tabakwaren. Daß hier eine Verbilligung eingetreten ist, darauf wurde schon im Anfang hingewiesen. Im Juni 1953 wurde die Tabaksteuer und im September 1953 die Kaffee- und die Teesteuer gesenkt. Kaffee wurde damit um etwa 4,50 DM je $\frac{1}{2}$ kg und Tee um 70 Pf je 50 g billiger. Der Preis für die gängigste Zigarette ging von 10 auf $8\frac{1}{3}$ Pf und der Preis für 50 g Feinschnitt z. B. von 160 auf 135 Pf zurück. Bier ist im Preise absolut gleichgeblieben, die Spirituosenpreise haben sich nur unbedeutend nach unten verschoben.

Der Gruppenindex für diese Genußmittel sank, jahresdurchschnittlich betrachtet, von 90,5 auf 83,9 (1950 = 100) oder von 261,2 auf 242,1 (1938 = 100). Das ist der obengenannte **Rückgang um 7,3 vH**.

Ernährung, Getränke und Tabakwaren insgesamt führten im Jahresdurchschnitt 1954 eine Preisindexziffer von 110,8 (1950 = 100) oder von 186,9 (1938 = 100) gegen 109,6 bzw. 184,8 im Jahre 1953. Es verbleibt also, wenn man die Genußmittel einbezieht, eine **Indexerhöhung** um nur noch **1 vH**.

Wohnung, Heizung und Beleuchtung und Hausrat sind die nächsten Indexgruppen.

Im Bereich der **Wohnungsmieten** haben sich keine allgemeinen Veränderungen vollzogen. Allerdings haben sich in Einzelfällen vertraglich vom Mieter zu tragende Nebenkosten erhöht (Feuerkassenprämie, Kehrsteuer, Sielbenutzungsgebühr, Zuschlag für Treppenreinigung), wie sich aus unseren vierteljährlichen Umfragen bei 300 Mietern in Alt-, Neu- und Neustbauwohnungen ergeben hat. Daraus leitet sich (in der Annahme, daß die auf Zufallsauswahl beruhenden Angaben verallgemeinerungsfähig sind) die sehr leichte Erhöhung der Mietpreisindexziffer von 107,5 auf 107,7 (1950 = 100) in den Jahresdurchschnitten 1953 und 1954 ab. Schönheitsreparaturen an der Wohnung, die in der Regel der Mieter zu übernehmen hat, sind im Jahre 1954 kostenmäßig praktisch unverändert geblieben.

Für die Bedarfsgruppe **Heizung und Beleuchtung** war eine fühlbare Verteuerung festzustellen, weil seit Frühjahr 1954 der Hausbrand im Preise gestiegen ist. Das ist weniger bei Braunkohlenbriketts, die sich um rund 10 vH verteuerten, als bei Steinkohlen in Erscheinung getreten. Z. B. kosteten die Gasflammenkohlen früher 4,48 DM, ab April 1954 5,25 DM, die Eiformbriketts früher 4,89, später 5,90 DM, die Eßfußkohlen früher 5,14, ab 1. 4. 1954 sogar 6,45 DM je 50 kg frei Keller/Boden. Diese Preiserhöhungen schwächten sich in der Indexberechnung dadurch ab, daß die Preise für Gas und für elektrischen Strom wie schon seit Jahren dieselben geblieben sind. Der Gruppenindex für Heizung und Beleuchtung stellte sich jeweils in den Jahresdurchschnitten 1953 und 1954 auf 110,5 und 114,8 (1950 = 100) oder auf 167,5 und 174,0 (1938 = 100). Die **Steigerung** liegt, wie schon anfangs gesagt, bei **3,9 vH**.

Beim **Hausrat** ist der seit der Währungsreform günstigste Preisstand von 1950 nahezu wieder erreicht worden. Bald alle Waren, deren Preise wir statistisch beobachten, zeigten im Jahre 1954 Verbilligungen. Möbel wurden gegenüber 1953 (im gewogenen Mittel der Indexberechnung) um 2,7 vH, Betten, Decken, Gardinen usw. um 4 vH, Bett- und Hauswäsche um 4,7 vH, Porzellan-, Steingut- und Glaswaren um 2,2 vH im Preise gesenkt. Preiserhöhungen gab es nur einzeln, so bei Öfen und Herden. Der **Index für Hausrat** ging von 103,5 auf 100,7 (1950 = 100) oder von 192,0 auf 186,9 (1938 = 100) **zurück**, d. h. um **2,7 vH**.

Die Ausgaben für **Bekleidung** sind am Gesamthaushalt der „Indexfamilie“ mit etwa 12 vH beteiligt. Das ist reichlich ein Drittel dessen, was nach

Übersicht 1

Hamburger Kleinhandelspreise (Pf) für Gemüse, Kartoffeln und Äpfel 1952—1954

Waren	Jahre	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jahres- durchschnitt
1 kg Weißkohl	1952	22	22	26	40	36	28	20	24	22	20	18	17	25
	1953	17	17	16	20	56	30	25	17	16	15	14	14	22
	1954	14	16	20	28	40	34	50	40	40	28	28	30	31
1 kg Rotkohl	1952	30	38	50	64	54	—	38	30	24	26	24	24	36
	1953	24	25	27	34	36	—	32	20	18	18	17	17	24
	1954	17	18	20	28	50	—	60	48	68	54	54	60	43
1 kg Wirsingkohl	1952	30	34	40	46	60	24	20	38	38	26	24	24	34
	1953	24	24	30	36	96	28	30	20	18	18	17	17	30
	1954	17	18	30	34	—	30	52	44	46	40	36	36	35
1 kg Wurzeln	1952	48	52	66	88	68	98	62	54	50	46	46	50	61
	1953	54	52	52	56	62	130	50	27	22	20	19	19	47
	1954	19	21	22	23	48	68	78	66	66	62	58	60	49
1 kg Spinat	1952	92	—	260	74	36	50	54	54	60	66	80	86	83
	1953	—	—	154	80	34	58	54	52	62	50	66	68	68
	1954	—	—	—	146	34	36	60	52	76	76	86	96	74
1 kg Zwiebeln.	1952	96	80	74	92	86	114	88	68	78	68	70	70	82
	1953	74	86	106	124	120	94	66	54	44	42	40	40	74
	1954	40	46	52	48	48	42	44	46	44	44	52	58	47
1 kg Porree	1952	48	64	68	84	34	42	86	52	46	42	44	52	55
	1953	96	92	92	110	82	102	58	46	38	34	28	28	67
	1954	40	92	84	82	102	130	120	88	96	60	56	58	84
1 kg Tomaten	1952	—	126	140	126	236	268	100	120	86	66	118	146	140
	1953	218	122	154	150	342	276	90	90	58	84	154	98	153
	1954	258	138	186	188	194	214	150	98	86	164	167	178	168
5 kg Kartoffeln	1952	118	114	116	133	125	112	92	104	98	98	98	98	109
	1953	104	103	99	94	90	110	133	96	88	90	95	101	100
	1954	112	121	118	115	121	121	115	95	90	89	93	94	107
1 kg Äpfel	1952	104	106	106	104	104	—	—	74	70	76	76	82	91
	1953	72	78	80	84	98	126	106	88	88	78	78	82	88
	1954	82	88	92	88	104	144	—	92	92	82	82	82	93

Übersicht 2

Preisentwicklung wichtiger Nahrungsmittel in Hamburg

Waren	Preis je Einheit in DM im Jahresdurchschnitt			Veränderung in vH	
	1950	1953	1954	1950—1953	1953—1954
1 Mischbrot, 1500 g	0,74	1,02	1,05	+ 41,9	+ 2,9
1 Liter Vollmilch	0,33	0,38	0,38	+ 15,2	—
1 Ei, Größe B	0,23	0,24	0,22	— 4,3	— 8,3
1 kg Markenbutter	5,46	6,22	6,32	+ 15,8	+ 1,6
1 kg Import-schmalz	2,99	2,40	2,94	— 1,7	+ 22,5
1 kg Tafelmargarine	1,87	1,23	1,30	— 30,5	+ 5,7
1 kg Margarine	2,43	2,00	2,01	— 17,3	+ 0,5
1 kg Rindfleisch, Hochrippe	3,78	4,27	4,60	+ 21,7	+ 7,7
1 kg Schweinefl., Schinken	3,96	4,47	4,92	+ 24,2	+ 10,1
1 kg Schweinefl., Nacken	4,16	4,71	5,09	+ 22,4	+ 8,1
1 kg Kalbfleisch, Keule	4,28	5,83	6,15	+ 43,7	+ 5,5
1 kg Hammelfleisch	3,43	3,93	4,41	+ 28,6	+ 12,2
1 kg Streichmettwurst	5,21	5,18	5,33	+ 2,3	+ 2,9
5 kg Kartoffeln	0,82	1,00	1,07	+ 30,5	+ 7,0
1 kg Weißkohl	0,24	0,22	0,31	+ 29,2	+ 40,9
1 kg Rotkohl	0,30	0,24	0,43	+ 43,3	+ 79,2
1 kg Wurzeln	0,34	0,47	0,49	+ 44,1	+ 4,3
1 kg Erbsen	0,90	0,88	0,93	+ 3,3	+ 5,7
1 kg Seelachs	0,62	0,72	0,80	+ 29,0	+ 11,1
1 kg Fischfilet v. Rotbarsch	1,66	1,79	1,97	+ 18,7	+ 10,1
1 kg Heringe, grün	0,64	0,65	0,69	+ 7,8	+ 6,2
1 kg Kaffee, geröstet	29,74	28,88	22,93	— 22,9	— 20,6

Abzug der „festen“ Ausgaben für Ernährung, für Miete, Heizung und Beleuchtung, von den Einnahmen verbleibt. Bei der Bedeutung, die somit die Bekleidungsgruppen bei durchschnittlichem Einkommen haben, war es in den vergangenen Jahren recht beachtlich, daß die Bekleidungspreise eine ausgeprägte Rückläufigkeit aufwiesen. Der Rückgang hat sich freilich von 1953 auf 1954 kaum noch fortgesetzt, es ist aber auch keine Umkehr zu verzeichnen gewesen; denn der Index für 1954 errechnete sich um 1 vH niedriger als der für 1953.

Bei einem Index von 95,7 (1950 = 100) lagen die Bekleidungspreise 1954 um 4,3 vH unter dem Preisstand von 1950 und um 16,4 vH unter den Preisverhältnissen von 1949. Der Preisindex für Bekleidung ist (abgesehen von dem besonders gelagerten Index für Getränke und Tabakwaren) der einzige unter den Gruppenindizes, der unter dem Niveau des Basisjahres 1950 liegt. Bekleidung war also im Jahre 1954 billiger als in jedem anderen Jahr seit der Währungsreform, wenn auch nur unbedeutend billiger als 1953. Sieht man die statistischen Anschlagelisten über die Bekleidungspreise durch, dann sieht man, daß die Tendenz nach unten sich noch fast überall andeutete; aber der Effekt war im Gesamtergebnis nicht mehr groß: der im Indexschema vorgesehene Gesamtaufwand für Bekleidung verminderte sich nur von 40,17 auf 39,67 DM für die 4köpfige Familie im Monat. Aber dabei muß man natürlich den Preisabbau in den Vorjahren mit heranziehen. Neuere Preisminderungen (seit 1952), die nennenswert waren, etwa im Ausmaß von 5 vH und mehr, traten mehr oder weniger in allen Teilgebieten auf, bei Waren der Ober- wie der Unterbekleidung. Besonders sichtbar war der weitere Rückgang der Preise für Damenstrümpfe; Perlonstrümpfe kosten heute weniger als halb so viel wie im Jahre 1950.

Reinigung und Körperpflege heißt die nächste Bedarfsgruppe. Hier werden die Preise für Seifen, Wasch- und Putzmittel, Friseurleistungen, Rasierklingen, Zahnpasta und andere Körperpflegemittel verrechnet. Von 1953 auf 1954 hat sich nichts wesentlich verändert; der Familienaufwand in der Indexberechnung verschob sich rechnerisch nur von 12,44 auf 12,49 DM im Monat. Steigt man ins Einzelne, dann sieht man, daß die Friseurleistungen im statistischen Durchschnitt etwas teurer geworden sind. Auf der Basis 1950 betrug der Preisindex für Reinigung und Körperpflege für 1954 103,1 gegen 102,6 für 1953.

Der Preisindex für Bildung und Unterhaltung ist mit 109,6 (1950 = 100) und 148,2 (1938 = 100) gegenüber 1953 so gut wie gleich geblieben. Eine unwesentliche Erhöhung um 0,1 Punkt verblieb als Saldo aus Preisermäßigungen bei Papierwaren und aus leichten Preiserhöhungen — die Kinoeintrittspreise und die Vereinsbeiträge errechneten sich durchschnittlich um ein Geringes höher und der Monatsbezug der Tageszeitungen stieg 1954 von 3,30 auf 3,60 im August und 3,95 DM im Dezember.

In den Preisindex für Verkehr ging der Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel im Jahre 1954 mit unveränderten Tarifen ein. Dasselbe gilt für die Postgebühren, soweit sie im Indexschema Berücksichtigung finden (was auf „Drucksachen“, deren Porto ab 1.7.1954 erhöht worden ist, nicht zutrifft). Billiger geworden sind Fahrräder (in den Jahresdurchschnitten 1953 und 1954 von 164 auf 157 DM) und ein wenig auch die Fahrradbereifung. Das hat immerhin bewirkt, daß der Gruppenindex Verkehr von 117,1 auf 116,1 (1950 = 100) oder von 180,0 auf 178,5 (1938 = 100) zurückgegangen ist.

Schließen wir nun des besseren Überblicks wegen die besprochenen Indexziffern zusammen, einmal auf Basis 1950, zum anderen auf Basis 1938. Wie

Übersicht 3

Preisindex für die Lebenshaltung für die mittlere Verbrauchergruppe nach Bedarfsgruppen gegliedert

Ausgabengruppen	1953			1954			Jahresdurchschnitt		Veränderung ¹⁾ 1953-1954 in vH
	Dezember	Januar	April	Juli	Oktober	Dezember	1953	1954	
	1950 = 100								
Ernährung	113,7	114,1	114,4	115,2	116,1	117,1	112,4	114,9	+ 2,2
Getränke u. Tabakwaren .	83,0	83,2	83,9	84,1	83,9	83,9	90,5	83,9	- 7,3
Wohnung	107,5	107,6	107,7	107,7	107,7	107,7	107,5	107,7	+ 0,2
Heizung und Beleuchtung	110,3	110,3	116,7	115,8	116,5	116,3	110,5	114,8	+ 3,9
Hausrat	101,9	101,8	101,2	99,9	100,1	100,4	103,5	100,7	- 2,7
Bekleidung	96,1	95,9	95,8	95,6	95,6	95,5	96,9	95,7	- 1,2
Reinigung u. Körperpflege	102,6	102,7	103,1	103,2	103,2	103,3	102,6	103,1	+ 0,4
Bildung und Unterhaltung	107,8	107,8	109,2	109,2	110,6	112,3	109,5	109,6	+ 0,1
Verkehr	116,6	116,4	116,2	116,1	116,0	115,9	117,1	116,1	- 0,8
Gesamtlebenshaltung . . .	107,0	107,2	107,8	108,1	108,6	109,2	107,3	107,9	+ 0,6
	1938 = 100								
Ernährung	180,4	181,0	181,6	182,9	184,3	185,9	178,5	182,3	+ 2,2
Getränke u. Tabakwaren .	239,7	240,3	242,1	242,8	242,2	242,1	261,2	242,1	- 7,3
Wohnung	110,1	110,2	110,3	110,3	110,3	110,3	110,1	110,3	+ 0,2
Heizung und Beleuchtung	167,1	167,1	176,8	175,5	176,5	176,2	167,5	174,0	+ 3,9
Hausrat	189,1	189,0	187,8	185,5	185,8	186,4	192,0	186,9	- 2,7
Bekleidung	200,8	200,4	200,2	199,8	199,8	199,6	202,5	199,9	- 1,2
Reinigung u. Körperpflege	174,6	174,9	175,6	175,7	175,7	175,8	174,7	175,4	+ 0,4
Bildung und Unterhaltung	145,8	145,8	147,7	147,7	149,6	151,9	148,1	148,2	+ 0,1
Verkehr	179,2	178,9	178,7	178,5	178,3	178,1	180,0	178,5	- 0,8
Gesamtlebenshaltung . . .	170,5	170,8	171,8	172,2	173,1	174,0	171,0	172,0	+ 0,6

¹⁾ Veränderung auf Grund der mit 2 Dezimalen berechneten Indexziffer (1938 = 100).

eingangs bemerkt, sind es die Indexziffern für die **mittlere Verbrauchergruppe**.

Außer den Indexziffern für eine mittlere Verbrauchergruppe werden seit September 1952 auch Preisindizes für eine **untere** und eine **gehobene Verbraucherschicht** errechnet. Mit den Ergebnissen hat sich das Statistische Landesamt im vorigen Jahr eingehend befaßt. ¹⁾ Es hat sich gezeigt, daß die Bewegung der drei Meßziffern keine charakteristi-

schen Unterschiede aufwies, obgleich sich die Ziffern auf drei recht verschiedene Haushaltseinkommen (175, 300 und 525 DM im Monat) bezogen. Etwas Ähnliches ist auch über die mehrschichtige Indexberechnung im Jahr 1954 zu sagen. Wir drücken das in der nachstehenden kleinen Übersicht aus.

¹⁾ „Hamburg in Zahlen“ 1954, Heft 3: Die Preise in Hamburg im Jahre 1953, dargestellt für mehrere Einkommensschichten.

Übersicht 4

Preisindexziffern für die Gesamtlebenshaltung

Verbrauchergruppen	1 9 5 4												dagegen Dezember 1953
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
	1950 = 100												
mittlere	107,2	107,0	107,3	107,8	107,4	107,4	108,1	107,8	108,2	108,6	109,1	109,2	107,0
untere	108,8	108,9	109,3	110,1	109,6	109,5	110,3	109,8	110,2	110,5	111,0	111,5	108,4
gehobene	105,9	105,6	105,8	106,3	106,1	106,2	106,7	106,6	107,0	107,4	108,0	107,8	105,9
	1938 = 100												
mittlere	170,8	170,5	171,0	171,8	171,1	171,1	172,2	171,8	172,3	173,1	173,9	174,0	170,5
untere	171,3	171,5	172,2	173,4	172,6	172,5	173,7	173,0	173,6	174,1	174,8	175,5	170,7
gehobene	173,1	172,6	173,0	173,8	173,5	173,6	174,4	174,4	174,9	175,7	176,6	176,3	173,1

Bei der Basierung auf 1950 kommt der unteren Verbrauchergruppe stets die höhere Indexziffer zu, was seine Ursache mit darin hat, daß der Rückgang der Genußmittelpreise hier weniger zur Geltung kommt als bei der mittleren und der gehobenen Verbrauchergruppe, die in ihren „Warenkörben“ mit größeren Quantitäten bedacht werden konnten. Bei der Basierung auf 1938 hingegen fallen der gehobenen Verbrauchergruppe die höchsten Meßziffern zu, wobei sich die immerhin noch überhöhten Preise für Genußmittel hier bei größeren Mengen stärker auswirken. Aber es gibt auch andere Gründe. Es fragt sich — wir haben das im vorigen Jahr an Hand der Mengenverzeichnisse der drei Indexziffern genau untersucht — welchen preislichen Veränderungen die einzelnen Waren in dem jeweiligen Berichtszeitraum unterworfen gewesen sind. Gab es Preisabschläge oder Preisaufläge bei Waren, die z. B. im „Warenkorb“ der

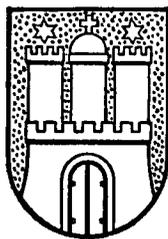
unteren Gruppe eine verhältnismäßig größere Rolle spielen als in den Warenkörben der mittleren und der oberen Gruppe, dann wird selbstverständlich der „untere“ Index stärker beeinflusst als der „mittlere“ und der „gehobene“. Lag es entgegengesetzt, bezogen sich die Preisveränderungen auf Waren, die ihres an sich hohen Preisniveaus wegen stärker von den wirtschaftlich gehobenen Schichten konsumiert werden, dann berührt das den Index für die untere Gruppe nicht oder kaum, den für die gehobene aber vielleicht recht fühlbar. Die Unterschiede zwischen den drei Indexreihen waren 1954 aber nicht groß, und sie sind es auch 1953 nicht gewesen. Das ist erklärlich, denn schließlich sind ja die Preise aller Waren und Leistungen, die Inhalt der „Warenkörbe“ sind, irgendwie untereinander verknüpft und stammen aus ein und demselben großen Preisgefüge.

Dr. Urban / Scholz

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 2. März 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 3

Weitere Ergebnisse landwirtschaftlicher Erhebungen in Hamburg im Jahre 1954

- INHALT: 1. Der Viehbestand
2. Milcherzeugung und -verwendung
3. Die Schlepperverwendung in der Landwirtschaft

Das erste Heft dieses Jahres der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ gab anhand umfassender Zahlennachweise einen Überblick über den Anbau und die Ernte landwirtschaftlicher Produkte. Es enthält die Ergebnisse der Bodenbenutzungs- und Gemüseanbauerhebung 1954, ferner die Ergebnisse der von den ehrenamtlichen Berichterstattern im letzten Jahr durchgeführten Ertragsermittlungen von Getreide, Hack- und Zwischenfrüchten, Gemüse und Obst.

In dem vorliegenden Heft wird nun das Zahlenmaterial der allgemeinen **Viehzählung** vom 3. De-

zember 1954 dargestellt. Die vorläufigen Hauptergebnisse dieser Erhebung sind bereits in der vom Statistischen Landesamt herausgegebenen Schriftenreihe „Hamburger Statistische Informationen“, Reihe H, bekanntgegeben worden. Der zweite Abschnitt enthält die Ergebnisse der monatlich durchgeführten **Milcherzeugungs- und -verwendungserhebung**. Am Schluß dieses Heftes sind die Daten des **Schlepperbestandes** in der Landwirtschaft Ende 1954 aufgeführt.

1. Der Viehbestand am 3. Dezember 1954

Ein Rückblick auf die Entwicklung der Hamburger Viehwirtschaft seit dem Höchststand 1949/50 bis Ende 1953 zeigt eine im allgemeinen stetige Bestandsverminderung bei den meisten Tierarten; sie hat teilweise ein erhebliches Ausmaß angenommen. Die nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnisse der letzten Viehzählung Anfang Dezem-

ber 1954 lassen im großen und ganzen eine Fortsetzung der bisherigen vorherrschenden Entwicklungstendenz erkennen.

Über die Veränderungen in der Viehhaltung während der letzten fünf Jahre unterrichtet im einzelnen die **Übersicht 1**.

Übersicht 1 Veränderungen im hamburgischen Viehbestand von 1950 bis 1954¹⁾
(nach den allgemeinen Viehzählungen im Dezember jeden Jahres)

Vieharten	Bestand 1950 Stück	Zu- bzw. Abnahme gegen Vor- jahr in vH	Bestand 1951 Stück	Zu- bzw. Abnahme gegen Vor- jahr in vH	Bestand 1952 Stück	Zu- bzw. Abnahme gegen Vor- jahr in vH	Bestand 1953 Stück	Zu- bzw. Abnahme gegen Vor- jahr in vH	Bestand 1954 Stück	Zu- bzw. Abnahme gegen Vor- jahr in vH
Pferde	6 578	— 4,0	5 710	— 13,2	5 261	— 7,9	4 843	— 7,9	4 332	— 10,6
Rindvieh	17 064	— 0,8	16 740	— 1,9	16 916	+ 1,1	17 100	+ 1,1	16 909	— 1,1
darunter Milchkühe	9 041	+ 0,8	8 929	— 1,2	8 576	— 4,0	8 540	— 0,4	8 055	— 5,7
Schweine	33 326	+ 18,6	33 819	+ 1,5	30 597	— 9,5	27 454	— 10,3	28 067	+ 2,2
Schafe	4 484	— 30,1	4 017	— 10,4	3 745	— 6,8	3 723	— 0,6	2 866	— 23,0
Ziegen	5 207	— 7,9	4 697	— 9,8	4 227	— 10,0	3 762	— 11,0	3 104	— 17,5
Hühner	701 988	+ 12,6	666 768	— 5,0	601 751	— 9,8	607 766	+ 1,0	578 777	— 4,8
Gänse	13 821	— 22,0	11 876	— 14,1	11 103	— 6,5	14 029	+ 26,4	13 011	— 7,3
Enten	10 618	— 10,3	9 674	— 8,9	8 351	— 13,7	9 180	+ 9,9	10 058	+ 9,6
Bienenvölker	8 330	— 13,7	8 270	— 0,7	8 198	— 0,9	7 867	— 4,0	7 638	— 2,9

1) ohne Schlachthöfe und Viehmärkte

Anhaltende starke Abnahme der Pferde-, Schaf- und Ziegenhaltung

Eine ausgesprochene Abwärtsentwicklung weist seit der Währungsreform die Pferdehaltung auf. Nachdem im Jahre 1947 ein Bestand von 7119 Pferden erreicht worden war, setzte in den darauffolgenden Jahren ein anhaltender Abbau der Pferdehaltung ein. Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat sich der Bestand um fast die Hälfte (—47,7 vH) und gegenüber dem höchsten Nachkriegsstand um 45,3 vH vermindert. Der Grund für diese Entwicklung wird sowohl bei den land- und forstwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betrieben als auch bei den Betrieben des Transportgewerbes in der Verdrängung der tierischen Zugkraft durch stärkere Inanspruchnahme motorischer Kräfte zu suchen sein.

Übersicht 2

Veränderungen im Bestand der wichtigsten Vieharten und -gattungen

Vieharten und -gattungen	Bestand am. 3. Dezember		Veränderung 1953-1954 in vH
	1953	1954	
	in Stück		
Pferde	4 843	4 332	— 10,6
davon			
unter 1 Jahr alt (Füllen)	159	118	— 25,8
1 bis noch nicht 5 J. alt	1 141	917	— 19,6
5 bis noch nicht 9 J. alt	1 625	1 417	— 12,8
9 bis noch nicht 14 J. alt	1 422	1 359	— 4,4
14 Jahre und älter	496	521	+ 5,0
Rindvieh	17 100	16 909	— 1,1
davon			
Kälber (unt. 3 Monate alt)	1 027	1 112	+ 8,3
Jungvieh (3 Monate bis 2 Jahre alt)	6 038	6 133	+ 1,6
davon			
männliches Jungvieh	723	936	+ 29,5
weibliches Jungvieh	5 315	5 197	— 2,2
Anderes Rindvieh (2 Jahre alt und älter)	10 035	9 664	— 3,7
darunter			
Milchkühe	8 540	8 055	— 5,7
Färsen, Starke	1 285	1 364	+ 6,1
Schweine	27 454	28 067	+ 2,2
darunter			
Ferkel (unt. 8 Wochen alt)	4 977	5 814	+ 16,8
Jungschweine (8 Wochen bis 1/2 Jahr alt)	10 305	9 887	— 4,1
Zuchtsauen (1/2 Jahr und älter)	1 551	1 663	+ 7,2
davon			
trächtig	1 003	1 010	+ 0,7
nicht trächtig	548	653	+ 19,2
Schlacht- u. Mastschweine	10 556	10 636	+ 0,8
Schafe	3 723	2 866	— 23,0
davon			
unter 1 Jahr alt	1 322	957	— 27,6
1 Jahr und älter	2 401	1 909	— 20,5
darunter			
zur Zucht benutzte weibl. Schafe	2 053	1 510	— 26,4
Ziegen	3 762	3 104	— 17,5
davon			
unter 1 Jahr alt	259	248	— 4,2
1 Jahr alt und älter	3 503	2 856	— 18,5
darunter			
weibliche Ziegen	3 458	2 805	— 18,9

Besonders stark war wieder der Rückgang bei den Jungpferden. Die Fohlen büßten, wie die Übersicht 2 zeigt, ein Viertel und die ein- bis fünfjährigen Pferde ein Fünftel ihres Bestandes von 1953 ein. Aber auch die Zahl der fünf- bis neunjährigen Pferde, der für Nutzleistungen besonders wichtigen Altersklasse, ging um 12,8 vH zurück. Eine Ausnahme machen nur die älteren Pferde (14-jährig und mehr), deren Zahl um 5 vH höher lag als im Jahre 1953. Nach dieser Entwicklung muß auch weiterhin mit einer Einschränkung der Pferdehaltung gerechnet werden.

Recht beachtlich ist aber die Zahl der Pferde, die in Hamburg für reit- und fahrsportliche Zwecke gehalten werden. Allein auf den Rennbahnen Farmsen, Bahrenfeld, Horn und in den Reithallen wurden bei der letzten Zählung 836 Pferde ermittelt, d. s. 19,3 vH des Gesamtbestandes. Wenn man ferner berücksichtigt, daß auch noch weitere Pferde lediglich zum Reiten benutzt werden, so ergibt sich, daß gut ein Fünftel aller Pferde zu sportlichen Zwecken verwendet werden. Demgegenüber ist das Pferd als Zugkraft in den gewerblichen Unternehmungen, mit Ausnahme von einigen Brauerei- und Wäschereibetrieben, die aus Tradition noch Pferde halten, fast ganz verdrängt worden.

Bei den Schafen und Ziegen ist gegenüber 1953 ein weiterer Rückgang um 23 bzw. 17,5 vH zu verzeichnen. Da sich die Abnahme sowohl auf die Jungtiere als auch auf die älteren weiblichen Tiere erstreckt, dürfte in Zukunft noch mit einer Fortdauer der bereits seit Jahren zu beobachtenden rückläufigen Bewegung in der Schaf- und Ziegenhaltung zu rechnen sein. Die Ursache für die Einschränkung der Schafhaltung ist wohl darauf zurückzuführen, daß das Schaf im Bundesgebiet seine Bedeutung als Wolllieferant infolge der Konkurrenz des Weltmarktes immer mehr verloren hat und nur noch als Fleischlieferant von einiger Wichtigkeit ist; ferner wird aber auch das Fehlen ausreichender Weidemöglichkeiten im großstädtischen Raum dazu beigetragen haben, den Schafbestand zu dezimieren. Ähnliche Gesichtspunkte waren auch bei den Ziegen ausschlaggebend. Die Gewinnung von Milch und teilweise auch von Fleisch zur Eigenversorgung ist in den letzten Jahren mehr und mehr in Wegfall gekommen, da Kuhmilch und Fleisch wieder in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen.

Geringe Veränderungen der Rindvieh- und Schweinehaltung

Als einziger Zweig der Nutztviehhaltung hat sich die Rindviehzucht, im ganzen gesehen, seit 1950 auf etwa gleicher Höhe gehalten, wobei aber nicht verkannt werden darf, daß die Milchkuhhaltung in der gleichen Zeit um 10,9 vH eingeschränkt wurde. Insbesondere im letzten Jahr, also von Ende 1953 bis Ende 1954, ist die Zahl der Milchkühe um 485 Stück oder 5,7 vH zurückgegangen. Diese Unterbrechung der bisherigen Entwicklung steht, abgesehen von den geringen Futtererträgen des letzten Jahres, in der Hauptsache mit der Forderung nach tuberkulosefreier

Übersicht 3

Die Viehbestände am 3. Dezember 1954 in den hamburgischen Bezirken

Stadtteile Bezirke	Pferde	Rindvieh				Schweine				Schafe	Ziegen	Federvieh		Bienen- völker	
		ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	darunter					Hühner ¹⁾	Gänse und Enten		
			Jung- vieh 3 Mon. b. unt. 2 Jahre alt	Kühe und Färsen zu- sam- men	dar- unter Milch- kühe		Jung- schwei- ne 8 Woch. bis unt. 1/2 Jahr alt	Zucht- sau- en 1/2 Jahr alt und älter	Schlacht- schwei- ne 1/2 Jahr alt und älter						
		Stück													
Bez. Hambg.-Mitte 1954	362	683	223	409	314	1 499	593	73	516	325	41	70 679	2 336	346	
dagegen 1953	333	630	245	347	309	1 418	549	66	611	475	63	63 217	2 114	315	
darunter (im Jahre 1954)															
Billstedt	64	255	62	181	147	520	223	28	155	47	20	18 687	566	140	
Finkenwerd.u.Waltersh.	149	419	156	224	164	814	284	41	301	243	11	10 162	418	34	
Bez. Altona 1954	652	1 135	355	678	597	2 130	1 063	116	591	277	43	69 336	2 133	996	
dagegen 1953	684	1 084	339	654	591	2 317	984	100	769	305	80	76 141	2 341	1 111	
Bez. Eimsbüttel 1954	165	761	212	472	394	2 546	1 043	162	689	300	60	69 948	2 802	846	
dagegen 1953	270	814	250	512	439	2 283	913	188	699	455	88	73 468	2 902	887	
darunter (im Jahre 1954)															
Niendorf	32	154	44	105	92	675	224	41	146	148	21	18 161	845	186	
Schnelsen	57	376	119	227	192	990	375	53	347	80	10	15 029	880	163	
Eidelstedt	22	199	38	121	93	708	345	65	145	38	13	13 601	517	199	
Bez. Hambg.-Nord 1954	234	246	90	151	111	888	337	42	260	116	11	46 485	1 084	901	
dagegen 1953	296	238	90	129	122	1 024	406	51	348	196	20	50 667	1 028	992	
Bez. Wandsbek 1954	902	3 052	867	1 967	1 725	6 079	2 299	377	2 330	903	128	163 620	5 656	2 739	
dagegen 1953	937	3 175	948	2 014	1 833	6 197	2 609	364	2 138	1 196	192	182 436	5 983	2 788	
darunter (im Jahre 1954)															
Farmsen	359	125	26	77	75	602	266	4	312	30	5	11 861	243	311	
Bramfeld u. Steilshoop	27	136	44	83	71	681	243	99	147	80	13	30 667	793	201	
Poppenbüttel	27	169	75	84	74	536	164	23	283	18	4	11 759	289	294	
Hummelsbüttel	74	404	110	258	212	345	158	26	112	30	2	5 810	273	31	
Lemsahl-Mellingstedt	30	239	65	162	142	969	373	18	442	44	4	4 885	266	117	
Duvenstedt	60	364	105	235	217	433	202	38	96	273	10	4 014	300	53	
Wohldorf-Ohlstedt	39	206	68	111	89	423	134	35	147	23	3	3 484	339	220	
Bergstedt	50	168	51	111	103	437	110	45	142	35	9	5 577	258	96	
Volksdorf	43	154	45	105	84	223	79	7	106	28	4	7 449	217	266	
Rahlstedt	105	784	186	549	482	866	343	54	289	205	42	28 095	1 440	464	
Bez. Bergedorf 1954	908	5 016	1 782	2 872	2 409	6 752	1 890	334	2 976	398	2 475	61 840	4 781	1 048	
dagegen 1953	1 065	4 991	1 645	3 022	2 521	6 389	2 000	284	2 923	468	2 888	61 277	4 737	1 033	
darunter (im Jahre 1954)															
Curslack	83	416	163	225	195	390	130	25	150	38	164	3 175	222	103	
Altengamme	135	633	212	366	321	643	202	23	329	83	324	2 836	60	55	
Neuengamme	100	722	254	422	356	549	124	29	267	21	392	3 722	44	43	
Kirchwerder	127	866	321	464	375	1 558	326	61	796	9	1 201	9 129	2 994	111	
Ochsenwerder	54	518	173	301	246	963	328	35	406	16	147	3 770	216	2	
Reitbrook	57	351	119	213	165	375	114	32	123	12	47	1 550	39	—	
Allermöhe	114	491	200	261	225	344	98	16	167	37	59	2 859	122	44	
Billwerder	97	459	161	280	220	429	143	40	106	91	20	6 221	322	85	
Moorfleet	37	171	62	92	85	279	39	7	137	10	17	2 029	31	2	
Tatenberg	8	75	23	43	36	132	53	—	63	9	22	723	11	—	
Spadenland	18	81	18	60	53	218	72	1	73	1	16	664	17	—	
Bez. Harburg 1954	1 109	6 016	2 604	2 953	2 505	8 173	2 662	559	3 274	547	346	96 869	4 277	762	
dagegen 1953	1 258	6 168	2 521	3 200	2 725	7 826	2 844	498	3 068	628	431	100 560	4 104	741	
darunter (im Jahre 1954)															
Neuland und Gut Moor	99	578	220	328	268	333	94	21	151	61	33	5 944	322	12	
Marmstorf	42	199	65	118	100	420	133	42	161	29	7	3 944	276	34	
Wilh'burg u. Georgsw.	109	361	123	206	178	1 082	246	46	621	112	52	26 749	1 194	99	
Moorwerder	86	322	120	187	166	448	133	30	182	25	47	2 277	214	4	
Altenwerder	68	451	147	285	247	329	104	9	167	12	2	3 192	103	—	
Moorburg	76	914	322	528	455	711	336	46	248	26	12	3 134	211	15	
Hausbruch	23	137	50	69	62	262	93	19	78	25	22	4 643	101	33	
Neugraben-Fischbek	114	518	179	298	262	983	370	48	422	74	47	11 095	282	96	
Francop	93	611	368	198	157	724	172	77	215	40	17	1 484	201	8	
Neuenfelde	290	1 513	874	492	399	1 870	668	153	568	48	43	6 167	559	59	
Hamburg insgesamt²⁾	4 332	16 909	6 133	9 502	8 055	28 067	9 887	1 663	10 636	2 866	3 104	578 777	23 069	7 638	
dagegen 1953 ²⁾	4 843	17 100	6 038	9 878	8 540	27 454	10 305	1 551	10 556	3 723	3 762	607 766	23 209	7 867	

1) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

2) ohne Schlachthöfe

Milch in Zusammenhang, wodurch die Rinderhalter veranlaßt wurden, alle noch mit Tuberkulose behafteten Tiere auszumerzen. Es darf nämlich nach der vom Senat erlassenen Verordnung über Trinkmilch und Markenmilch und nach der Verordnung über die Preisberechnung und Prüfung der an Meiereien gelieferten Milch vom 16. November 1954 (Hamburgisches Gesetz und Verordnungsblatt S. 123 u. 124) ab 1. April 1956 Trinkmilch nur noch aus anerkannt tuberkulosefreien Beständen verkauft werden. Das wird zur Folge haben, daß die Rinderhalter auch in diesem Jahr noch weitere Mengen an Vieh abstoßen werden.

Der seit 1951 zu beobachtende Rückgang der Schweinehaltung ist nunmehr zum Stillstand gekommen. Mit einem Bestand von 28 067 Stück ergibt sich, obgleich die Zahl der Schweinehalter um fast 10 vH zurückging, gegenüber 1953 ein Mehr von 2,2 vH. An der Bestandsvermehrung waren mit Ausnahme von Jungschweinen (8 Wochen bis 1/2 Jahr alt) alle Alters- und Geschlechtsklassen beteiligt. Die stärkste Zunahme ist bei den Ferkeln (+ 16,8 vH) und bei den Zuchtsauen (+ 7,2 vH) festzustellen. Aus diesen Bestandszahlen kann jedoch nicht ohne weiteres auf die Entwicklung der Schweinebestände geschlossen werden, da die Einzelhaltung von Schweinen in landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetrieben und in nicht-landwirtschaftlichen Haushaltungen in Hamburg eine verhältnismäßig große Rolle spielt. Es gibt z. B. unter den rd. 7000 Schweinehaltern nur rd. 250 Betriebe mit 20 und mehr Schweinen.

Unterschiedliche Entwicklung in der Geflügelhaltung

Gegenüber der Vorjahrszählung Ende 1953 hat sich die Gesamtzahl der Hühner um 4,8 vH vermindert. Die Einbuße im Bestand der Legehennen um 8,1 vH ist beachtenswert. An Gänsen wurden 7,3 vH weniger gezählt, während sich die Zahl der

Enten um 9,6 vH vergrößert hat. Die Zahl der Bienenvölker zeigt weiterhin eine rückläufige Tendenz.

Auch in den Bundesländern geringere Viehhaltung

Nach dem vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Bericht über die vorläufigen Ergebnisse der allgemeinen Viehzählung Dezember 1954 wurden für das gesamte Bundesgebiet folgende Daten ermittelt:

Viehart	Bestand am 1)		Veränderung 1953-1954 in vH
	3. Dez. 1953	3. Dez. 1954 ²⁾	
	in 1000 Stück		
Pferde	1 270,8	1 170,9	- 7,9
Rindvieh	11 641,0	11 516,2	- 1,1
dar. Milchkühe	5 862,7	5 770,9	- 1,6
Schweine	12 435,1	14 505,2	+ 16,6
Schafe	1 352,4	1 223,1	- 9,6
Ziegen	1 023,5	890,3	- 13,0
Hühner	55 366,1	55 025,1	- 0,6
Gänse	2 261,2	2 200,3	- 2,7
Enten	1 121,8	1 224,2	+ 9,1
Bienenvölker	1 604,5	1 478,7	- 7,8

¹⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamts, vgl. Statistische Berichte (III/15/38).

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Diese Aufstellung zeigt, daß der Viehbestand im großen und ganzen auch im Bundesdurchschnitt bei fast allen Tierarten, mit Ausnahme der Schweine und der Enten gegenüber dem Vorjahr kleiner geworden ist. Abweichend von der Entwicklung in Hamburg ist die wesentlich stärkere Zunahme der Schweinebestände hervorzuheben; im Bundesgebiet ist ihre Zahl gegenüber 1953 um 16,6 vH gestiegen (in Hamburg nur + 2,2 vH). In der Pferde-, Schaf- und Ziegenhaltung haben sich die Bestände im Bundesgebiet ebenfalls vermindert, jedoch sind die Veränderungen geringer als in Hamburg. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei der Hühner- und Gänsehaltung. Demgegenüber ist die Zahl der Bienenvölker im Bundesdurchschnitt wesentlich stärker zurückgegangen als in Hamburg.

2. Milcherzeugung und Milchverwendung 1954

Bei einem Bestand von 8540 Milchkühen und einer durchschnittlichen Jahresleistung von 3565 kg Milch je Kuh belief sich die Gesamt-erzeugung von Milch im Jahre 1954 auf 30,4 Mio kg gegenüber 32,5 Mio kg im Jahre 1953. Da sich der Milchkuhbestand gegenüber dem Vorjahr nur unerheblich verringert hat, beruht die Abnahme des Gesamtmilchaufkommens auf einer verminderten Milchleistung der Kühe. Im Durchschnitt des letzten Jahres bleibt der Milchertrag je Kuh um 225 kg gegenüber 1953 zurück, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Milchleistung des Jahres 1953 infolge der recht guten Futter- und Weideverhältnisse besonders hoch war. Demgegenüber waren im letzten Jahr die Voraussetzungen für die Milcherzeugung besonders ungünstig. Die lang anhaltende Schlechtwetterperiode und die damit verbundene schlechte Futterernte dürfte wesentlich zu dem o. a. Rückgang der Milchleistung beigetragen haben.

Von der insgesamt in Hamburg erzeugten Milch kommen rd. 25,1 Mio kg oder 82,6 vH zur Ab-lieferung. Der weitaus größte Teil — 23,0 Mio kg — geht an Molkereien und der Rest wird unmittelbar an Verbraucher verkauft. In den Betrieben der Kuhhalter verbleiben 17,4 vH der produzierten Milch, die jedoch nicht ausschließlich zur menschlichen Ernährung dient, sondern zu einem erheblichen Teil auch an Kälber verfüttert wird.

In der Verwendung der erzeugten Milch sind im Laufe der beiden letzten Jahre Veränderungen sowohl in der absoluten Höhe als auch im Verhältnis zur insgesamt erzeugten Menge eingetreten. Während die Ablieferungsmenge an Molkereien und Händler um 11,3 vH zurückgegangen ist, zum großen Teil als Folge der verminderten Erzeugung, sind die von den kuhhaltenden Betrieben unmittelbar an Verbraucher abgegebenen und

Die Kuhmilcherzeugung und -verwendung 1954

Monate	Kuhmilcherzeugung ¹⁾					Verwendung der erzeugten Kuhmilch im Jahre 1954						
	1954			1953		1954	1953					
	Monatlicher Milchertrag je Kuh im Durchschnitt der					i n s g e s a m t		Ablieferung an		im Haushalt des		Ver- fütert an Kälber
	Kontroll- Kühe	übrigen Kühe	sämtlichen Milchkühe				Molker.u. Händler	Verbrauch. unmittelb.	frisch ver- braucht ²⁾	verarbeitet zu Landbutter ³⁾		
in kg		in vH	in kg		in 1000 kg		in 1000 kg					
Januar	282	253	264	7,4	234	2 255	2 004	1 652	169	222	7	204
Februar	258	247	251	7,1	225	2 145	1 931	1 542	161	211	7	223
März	353	280	308	8,7	309	2 629	2 650	1 967	198	221	7	235
April	396	287	329	9,2	342	2 809	2 929	2 120	153	279	8	249
Mai	437	371	396	11,1	435	3 384	3 733	2 676	168	282	8	251
Juni	474	363	406	11,3	446	3 463	3 827	2 810	171	271	8	204
Juli	446	347	385	10,8	399	3 289	3 422	2 575	225	289	7	191
August	388	290	327	9,2	349	2 795	2 995	2 209	202	282	7	95
September	315	238	268	7,5	294	2 286	2 517	1 707	199	279	7	93
Oktober	264	194	220	6,1	240	1 881	2 237	1 308	183	266	7	118
November	225	184	199	5,6	261	1 701	2 061	1 156	171	212	7	155
Dezember	229	201	212	6,0	256	1 809	2 198	1 258	154	199	7	191
insgesamt	4 067	3 255	3 565	100	3 790	30 446	32 504	22 980	2 154	3 013	87	2 209

¹⁾ Für die Berechnung der Gesamtmilcherzeugung wurde 1954 ein durchschnittlicher Kuhbestand von 3261 Kontrollkühen und 5279 nicht unter Leistungskontrolle stehenden Kühen zugrunde gelegt

²⁾ Eigenbedarf, Altenteil und Deputat

³⁾ und -käse

im Haushalt der Erzeuger als Frischmilch verbrauchten und verfütterten Mengen um 12,9 vH gestiegen. Dementsprechend hat sich der Ablieferungssatz an Molkereien und Händler von 79,7 vH im Jahre 1953 auf 75,5 vH im Jahre 1954 ermäßigt, während sich die Prozentsätze für Selbstverbrauch, Verfütterung und für Ab-Hof-Verkauf von 20,3 auf 24,5 vH erhöht haben.

Die volkswirtschaftliche Seite des Wertes der Milcherzeugung erhellt sich aus den folgenden Zahlen:

Wert der erzeugten Kuhmilch 1952 bis 1954

Jahre	Zahl der Milchkühe	Durchschnittlicher			
		Milchertrag je Kuh	Erzeuger- preis ¹⁾	Erzeugerelös je Kuh	
		kg	Pf / kg	DM	Mio DM
1952	8 929	3 166	26,6	842	7,52
1953	8 576	3 790	26,5	1 004	8,61
1954	8 540	3 565	26,9	959	8,19

¹⁾ Auszahlungspreis frei Molkerei.

Bei einem Durchschnittsjahresmilchertrag pro Kuh von 3565 kg im Jahre 1954, belief sich der Erzeugerelös bei rd. 8500 Milchkühen und einem Erzeugerpreis von 26,9 Pf je kg auf insgesamt 8,19 Mio DM oder 959 DM je Kuh. Im Vergleich zum Vorjahr ist infolge der verminderten Milchleistung der Erlös um rd. 5 vH zurückgegangen.

Abschließend sei noch kurz auf den Absatz von Milch durch Molkereien eingegangen. Die an der Milchversorgung Hamburgs beteiligten 72 Molkereien haben nach den Berichten über die Molkereiwirtschaft in den Jahren 1952 bis 1954 folgende Mengen an Trinkmilch abgesetzt ¹⁾:

Art der Angaben	1952	1953	1954
	in 1000 kg		
Vollmilch	125 894	135 170	136 334
Mager- u. Buttermilch	12 559	13 723	11 082
insgesamt	138 453	148 893	147 416
Ø je Monat	11 538	12 408	12 285
Ø je Tag	379	408	404

Der Milchabsatz der Molkereien stellte sich im Jahre 1954 auf 147,4 Mio kg oder 404 000 kg im Tagesdurchschnitt. Der weitaus größte Teil des Absatzes besteht aus Vollmilch; in Form von Mager- und Buttermilch werden nur etwa 8 vH der Gesamtmenge aufgenommen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Trinkmilchabsatz der Molkereien um 1,0 vH vermindert. Da die hamburgische Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 1,6 vH zugenommen hat, ergibt sich 1954 ein Minderabsatz an Trinkmilch je Kopf von 2,7 vH gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt entfielen auf den Kopf der Bevölkerung im letzten Jahr 84,9 kg und 1953 87,3 kg Trinkmilch aus den Molkereien.

Bei der Berechnung der insgesamt für die Stadt Hamburg anfallenden Milchmengen muß schließlich noch auf den Direktverkauf der hamburgischen Kuhhaltungen unmittelbar an den Verbraucher Rücksicht genommen werden. Einschließlich des o. a. Ab-Hof-Verkaufs ergeben sich folgende Milchmengen, wobei der unmittelbare Verbrauch im Haushalt des Erzeugers nicht eingeschlossen ist:

	1953	1954
	in 1000 kg	
Absatz durch Molkereien	148 893	146 774
Ab-Hof-Verkauf	1 899	2 155
insgesamt	150 792	148 929

¹⁾ Nach Angaben der Behörde für Ernährung u. Landwirtschaft.

3. Die Schlepperverwendung in der Landwirtschaft Ende 1954

Bei der Mitte des Jahres 1953 durchgeführten Schleppererhebung wurden in der hamburgischen Land- und Forstwirtschaft 425 Betriebe mit 451 betriebseigenen Ackerschleppern und 1288 Betriebe — vorwiegend Gartenbaubetriebe — mit 1588 Einachsschleppern und Bodenfräsen ermittelt. Diese Daten sind infolge der starken Aufwärtsentwicklung der Schlepperbestände inzwischen weitgehend überholt. Um nun einen Einblick in das starke Vordringen der Motorisierung zu gewinnen, sind für die Zeit vom 16. Mai 1953 bis 31. Dezember 1954 die Neuzugänge an Ackerschleppern festgestellt worden. Als Grundlage für diese Ermittlung dienten die Unterlagen des Kraftfahrtbundesamtes über die amtlichen Neuzulassungen von den im Besitz von Landwirten befindlichen Zugmaschinen; für die Einordnung der Schlepper in Betriebsgrößenklassen ist das Zahlenmaterial der Bodenbenutzungserhebung 1954 herangezogen. Bei dieser Aufbereitung konnten nur die betriebseigenen Ackerschlepper, nicht dagegen die Einachsschlepper und Bodenfräsen sowie die Gemeinschafts-, Genossenschafts- und Lohnschlepper berücksichtigt werden, da diese Kategorien in den o. a. Unterlagen des Kraftfahrtbundesamtes nicht enthalten sind.

Übersicht 5 Neuzulassungen von betriebseigenen Ackerschleppern in der Zeit vom 16. Mai 1953 bis 31. Dezember 1954

Größenklassen nach der landw. Nutzfläche	Neuzulassungen von Schleppern insges.	davon mit einer Leistung				
		bis 12 PS	über 12 bis 17 PS	über 17 bis 24 PS	über 24 bis 34 PS	über 34 PS
unter 5 ha	16	9	4	3	—	—
5 bis unter 10 ha	27	5	9	6	7	—
10 bis unter 20 ha	65	14	26	13	12	—
20 bis unter 50 ha	69	—	8	29	30	2
50 ha und darüber	9	2	—	2	4	1
insgesamt	186	30	47	53	53	3

In der Zeit vom 16. Mai 1953 bis 31. Dezember 1954 wurden in der hamburgischen Landwirtschaft 186 Schlepper neuzugelassen. Hiervon entfällt der weitaus größte Teil auf die Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 10 bis unter 20 ha und von 20 bis unter 50 ha, die

allein 72 vH aller seit Mai 1953 zugelassenen Schlepper auf sich vereinigen. Die Aufgliederung der Schlepper nach PS-Leistungsklassen zeigt, daß der Schwerpunkt der neuen Schlepper sowohl bei den Typen leichter als auch mittlerer Leistungsfähigkeit liegt.

Die volle Bedeutung der vorliegenden Zahlen läßt sich erst beurteilen, wenn man sie in Vergleich zu den Ergebnissen früherer Erhebungen setzt. Einem solchen Versuch stehen aber nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegen. Wie schon eingangs erwähnt, konnte lediglich die Zahl der Neuzulassungen ermittelt werden, nicht dagegen die Zahl der Zu- und Abgänge von gebrauchten Schleppern. Geht man davon aus, daß in der Zeit vom Mai 1953 bis Ende 1954 keine wesentliche Veränderung in dem Bestand gebrauchter Schlepper eingetreten ist, so ergibt sich seit 1949 folgende Entwicklungsreihe:

Übersicht 6

Der Bestand an betriebseigenen Schleppern 1949 bis 1954

Größenklassen nach der landw. Nutzfläche	Schlepperbestand			Veränderung Mai 1953 — Dez. 1954 vH
	Mai 1949	Mai 1953	Dez. 1954	
unter 5 ha	37	68	84	+ 23,5
5 bis unter 10 ha	34	68	95	+ 39,7
10 bis unter 20 ha	55	121	186	+ 53,7
20 bis unter 50 ha	91	154	223	+ 44,8
50 ha und darüber	28	40	49	+ 22,5
insgesamt	245	451	637	+ 41,2

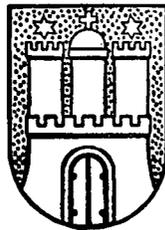
Wie die vorstehende Übersicht zeigt, hat sich die Zahl der Schlepper von Mai 1953 bis Dezember 1954 um 41,2 vH erhöht. Innerhalb der einzelnen Größenklassen ist die stärkste Zunahme der Schlepper bei den mittelbäuerlichen Betrieben von 10 bis unter 20 ha zu verzeichnen, deren Zahl um über 50 vH höher liegt als im Mai 1953. Aber auch in den übrigen Größenklassen ist der Zugang an Schleppern, der zwischen 22 und 45 vH schwankt, recht beachtlich.

Dipl.-Volkswirt H o h m a n n

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 14. März 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 4

Die Pfandhäuser in Hamburg im Jahre 1954

Auch im Jahre 1954 hat sich die Zahl der Leihhäuser in Hamburg erhöht. Im April wurden in Eimsbüttel und Wandsbek-Marienthal, im Oktober in Harburg und im Dezember in St. Pauli 4 weitere private Pfandleihen eröffnet. Insgesamt waren am Ende des Jahres 1954 38 gewerbliche und 5 staatliche Leihanstalten in Betrieb, die sich wie folgt über das Hamburger Stadtgebiet verteilen:

Stadtteile	Zahl der Leihhäuser		
	gewerbliche	staatliche	zusammen
St. Pauli	9	1	10
Neustadt	6	1	7
Barmbek	3	1	4
Eimsbüttel	3	1	4
Winterhude	3	—	3
St. Georg	2	—	2
Hoheluft-Ost	2	—	2
Harburg	1	1	2
Ottensen	1	—	1
Ohlsdorf	1	—	1
Dulsberg	1	—	1
Eilbek	1	—	1
Altona-Altstadt	1	—	1
Bergedorf	1	—	1
Rotherbaum	1	—	1
Billstedt	1	—	1
Marienthal	1	—	1
insgesamt:	38	5	43

In diesen 43 Leihanstalten wurden im vergangenen Jahre 1 042 881 Verpfändungen einschl. der Pfanderneuerungen vorgenommen, wobei zusammen 16 047.877 DM an Darlehen gewährt wurden. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1953 ein weiteres Ansteigen sowohl der Zahl der Verpfändungen, als auch der Summe aller Darlehnsbeträge um rd. 8 vH.

Diese Erhöhung fällt allein den privaten Leihhäusern zu, die sich — wie schon erwähnt — durch Eröffnung neuer Betriebe auch in den entfernteren Stadtteilen neue Gebiete erschlossen haben, während die staatlichen Anstalten den Geschäftsumfang der Vorjahre nicht wieder erreichen konnten.

An der Gesamtzahl der Verpfändungen waren die staatlichen Pfandleihen im Jahre 1954 mit

17,0 vH beteiligt, an der Summe aller gewährten Darlehen jedoch mit 25,6 vH (Übersicht 1).

Die ständig wachsende Inanspruchnahme des Kleinpandkredites in Hamburg wird erst richtig deutlich, wenn man die Summe der von allen Leihhäusern gegebenen Darlehen in Beziehung setzt zur Bevölkerungszahl. Es errechnen sich dann folgende Darlehnsbeträge pro Jahr und Kopf für jeden Hamburger Einwohner

1951 = 6,34 DM
1952 = 7,80 „
1953 = 8,72 „
1954 = 9,24 „

Genau wie in den Vorjahren wurden 1954 sowohl die gewerblichen als auch die staatlichen Leihhäuser im Weihnachtsmonat Dezember am wenigsten aufgesucht. Mit zusammen 71 950 Verpfändungen lag dieser Monat um 17,2 vH unter dem Monatsdurchschnitt, während der Juni, der mit insgesamt 93 481 Verpfändungen das höchste Ergebnis im Jahre 1954 erbrachte, den Monatsdurchschnitt um 7,7 vH überstieg.

Monate	Zahl der Verpfändungen ¹⁾	Summe der Darlehnsbeträge
Januar	90 314	1 355 372
Februar	78 794	1 212 660
März	91 867	1 410 327
April	88 704	1 332 850
Mai	91 997	1 395 575
Juni	93 481	1 417 496
Juli	87 607	1 337 890
August	87 397	1 326 101
September	87 226	1 328 719
Oktober	87 285	1 358 152
November	86 259	1 355 302
Dezember	71 950	1 217 433
1954 zusammen	1 042 881	16 047 877
Monatsdurchschnitt	86 907	1 337 323

¹⁾ einschl. Erneuerungen.

Das Durchschnittsdarlehen je Pfand hielt sich mit 15,39 DM für alle Leihhäuser auf der

Übersicht 1

Der Pfandverkehr in den Hamburger Leihhäusern

Art der Leihhäuser	Zahl der Betriebsstätten ¹⁾	Zahl der Verpfändungen ²⁾		Summe der Darlehensbeträge DM		Durchschnittlicher Darlehensbetrag je Pfand DM	Zahl der versteigerten Pfänder	Summe der Versteigerungserlöse DM	Durchschnittlicher Versteigerungserlös je Pfand DM	Verfallquote (Spalte 7 in vH von Spalte 2)	
		absolut	vH	absolut	vH						
											1
Gewerbliche	1951	26	489 440	72,5	5 504 718	53,0	11,20	32 143	448 035	13,94	6,6
	1952	28	614 079	72,8	7 401 200	56,7	12,05	45 633	558 795	12,90	7,4
	1953	34	745 705	77,2	9 851 651	66,3	13,21	69 082	892 760	12,92	9,3
	1954	38	865 666	83,0	11 939 270	74,4	13,79	89 819	1 116 823	12,43	10,4
Staatliche	1951	4	185 475	27,5	4 887 239	47,0	26,35	15 964	530 440	33,23	8,6
	1952	5	229 196	27,2	5 642 492	43,3	24,62	12 279	326 926	26,62	5,4
	1953	5	219 942	22,8	5 011 384	33,7	22,79	17 009	381 345	22,42	7,7
	1954	5	177 215	17,0	4 108 607	25,6	23,18	14 636	352 579	24,09	8,3
Leihhäuser zus.	1951	30	674 915	100	10 391 957	100	15,40	48 107	978 475	20,33	7,1
	1952	33	843 275	100	13 043 692	100	15,47	57 912	915 721	15,81	6,9
	1953	39	965 647	100	14 863 035	100	15,39	86 091	1 271 105	14,80	8,9
	1954	43	1 042 881	100	16 047 877	100	15,39	104 455	1 350 450	12,92	10,0

¹⁾ Stand am Jahresende. — ²⁾ einschl. Erneuerungen.

Übersicht 2

Der Pfandverkehr der gewerblichen Leihhausbetriebe

Zeit	Verpfändungen ¹⁾	Summe der Darlehensbeträge DM	Durchschnittl. Darlehensbetrag je Pfand DM	Versteigerte Pfänder	Versteigerungserlös DM	Durchschnittl. Versteigerungserlös je Pfand DM
1951 zusammen	489 440	5 504 718	11,20	32 143	448 035	13,94
1952	614 079	7 401 200	12,05	45 633	558 795	12,90
1953	745 705	9 851 651	13,21	69 082	892 760	12,92
1954						
Januar	74 180	1 008 515	13,60	6 292	72 192	11,47
Februar	63 725	852 625	13,38	6 947	80 100	11,53
März	75 629	1 039 342	13,74	7 251	84 982	11,72
April	73 842	995 826	13,49	7 714	89 266	11,57
Mai	75 337	1 027 094	13,63	7 499	90 192	12,03
Juni	77 112	1 045 690	13,56	7 520	88 478	11,77
Juli	72 241	980 728	13,58	7 591	91 500	12,05
August	72 841	996 358	13,68	8 071	101 927	12,63
September	72 503	1 006 469	13,88	7 453	98 921	13,27
Oktober	73 633	1 029 298	13,98	7 980	104 977	13,16
November	73 064	1 035 786	14,18	7 863	110 290	14,03
Dezember	61 559	921 539	14,97	7 638	103 998	13,62
1954 zusammen	865 666	11 939 270	13,79	89 819	1 116 823	12,43

¹⁾ einschl. Erneuerungen.

Übersicht 3

Der Pfandverkehr der staatlichen Leihanstalten

Zeit	Verpfändungen				Eingelöste Pfänder		Versteigerte Pfänder			Verein- nahme Gebühren DM
	insgesamt		darunter Erneuerungen		Zahl	Darlehen DM	Zahl	Darlehen DM	Versteige- rungserlös DM	
	Zahl	Darlehen DM	Zahl	Darlehen DM						
1951 zusammen	185 475	4 887 239	40 488	1 774 661	168 668	4 655 780	15 964	407 191	530 441	643 052
1952	229 196	5 642 492	43 934	1 786 397	203 132	5 230 185	12 279	223 428	326 926	598 822
1953	219 942	5 011 384	44 679	1 772 490	215 843	5 059 423	17 009	277 315	381 345	624 075
1954										
Januar	16 134	346 857	3 394	128 022	11 808	305 228	1 531	26 672	35 410	43 023
Februar	15 069	360 035	3 374	133 606	13 275	329 701	1 535	19 975	27 821	42 905
März	16 238	370 985	3 369	131 853	15 203	366 487	1 389	18 684	26 172	44 642
April	14 862	337 024	3 111	123 627	16 425	370 157	1 405	24 939	33 764	54 134
Mai	16 660	368 481	3 129	125 358	14 313	333 243	1 263	22 088	33 862	43 899
Juni	16 369	371 806	3 066	128 342	14 198	338 780	1 123	19 290	26 534	43 683
Juli	15 366	357 162	3 389	134 292	15 844	364 739	1 253	19 052	30 281	45 060
August	14 556	329 743	2 869	127 151	13 347	321 059	1 112	17 274	26 100	40 889
September	14 723	322 250	3 004	110 685	15 054	325 490	1 032	18 231	29 288	40 889
Oktober	13 652	328 854	2 925	133 290	15 437	359 808	845	12 242	22 628	42 945
November	13 195	319 516	3 049	117 035	14 432	343 046	1 109	18 095	29 862	43 599
Dezember	10 391	295 894	2 674	113 326	17 068	429 460	1 039	17 085	30 857	48 845
1954 zusammen	177 215	4 108 607	37 353	1 506 587	176 404	4 187 198	14 636	233 627	352 579	534 513

gleichen Höhe wie im Vorjahr. Bei den öffentlichen Pfandleihen war dieser Durchschnittsbetrag allerdings fast doppelt so groß wie bei den privaten Betrieben (DM 23,18 : DM 13,79). In den Vorjahren lag diese Relation ähnlich. Es hat sich demnach nichts daran geändert, daß nach wie vor die Beleihung von wertvollen Pfändern gegen höhere Darlehen bei den staatlichen Leihanstalten häufiger vorkommt als bei den gewerblichen.

Die Verfallquote, die sich grob gerechnet aus dem Verhältnis der Anzahl der versteigerten und verkauften Pfänder zu der Gesamtzahl der Verpfändungen ergibt, betrug für das Jahr 1954 10,4 vH für die gewerblichen, 8,3 vH für die staatlichen und 10,0 vH für alle Leihhäuser zusammen. **Von je 100 versetzten Pfändern wurden also 90 wieder eingelöst.** Die restlichen 10 verfielen und mußten versteigert werden. Gegenüber den Vorjahren hat sich die Verfallquote etwas erhöht (Übersicht 1).

Aus den Übersichten 2 und 3 geht die Aufteilung des Pfandverkehrs der gewerblichen und der öffentlichen Leihhausbetriebe auf die einzelnen Monate des Jahres 1954 hervor.

Die Übersicht 4 zeigt die durchschnittlichen Darlehnsbeträge in den staatlichen Leihanstalten. Hier fällt die große Differenz der Durchschnittsdarlehen je Pfand zwischen den erneuerten und den versteigerten Pfändern besonders auf (1954 : DM 40,33 und DM 15,97). Das bestätigt die Tatsache, daß die Darlehnsnehmer nach Ablauf der Beleihung

Übersicht 4

Die durchschnittlichen Darlehnsbeträge und Versteigerungserlöse in den staatlichen Leihanstalten

Zeit	Durchschnittl. Darlehnsbetrag je Pfand für:				Durchschnittl. Versteigerungserlös je Pfand DM
	alle Verpfändungen DM	die Erneuerungen DM	die eingelöst. Pfänder DM	die versteigerten Pfänder DM	
1951 zus.	26,35	43,83	27,60	25,51	33,23
1952 „	24,62	40,66	25,75	18,20	26,62
1953 „	22,79	39,67	23,44	16,30	22,42
1954					
Januar	21,50	37,72	25,85	17,42	23,13
Februar	23,89	39,60	24,84	13,01	18,12
März	22,85	39,14	24,11	13,45	18,84
April	22,68	39,74	22,54	17,75	24,03
Mai	22,12	40,06	23,28	17,49	26,81
Juni	22,71	41,86	23,86	17,18	23,63
Juli	23,24	39,63	23,02	15,21	24,17
August	22,65	44,32	24,05	15,53	23,47
September	21,89	36,85	21,62	17,67	28,38
Oktober	24,09	45,57	23,31	14,49	26,78
November	24,28	38,38	23,77	16,32	26,93
Dezember	28,48	42,38	25,16	16,44	29,70
1954 zus.	23,18	40,33	23,74	15,97	24,09

ungsfrist bei Zahlungsunfähigkeit ihre wertvollen Pfänder wohl durchweg erneuern, während sie unter diesen Umständen die weniger wertvollen Pfandstücke schon leichter verfallen lassen. Die verfallenen Pfänder bei den öffentlichen Pfandleihen sind im Jahresdurchschnitt 1954 mit etwa zwei Drittel ihres Wertes beliehen worden. Sie erbrachten je Pfand einen durchschnittlichen Erlös

von 24,09 DM. Der durchschnittliche Darlehnsbetrag dieser Pfänder betrug — wie schon erwähnt — 15,97 DM.

Informationshalber seien an dieser Stelle auch noch die bei Versteigerungen der öffentlichen Leihanstalten erzielten Gold- und Silberpreise mitgeteilt:

Monate	Schmelzwerte	
	für 1 g 14 karät. Gold DM	für 1 g Feinsilber Pf
Januar 1950	4,00	8
Juni 1950	4,20	9
Dezember 1950	4,20	12
Januar 1951	5,00	10
Juni 1951	3,50	12
Dezember 1951	4,00	11
Juni 1952	3,20	9
Dezember 1952	3,20	10
Juni 1953	2,90	8
Dezember 1953	2,80	8
Juni 1954	2,60	8
Dezember 1954	2,60	8

Die Größenklassengliederung der Darlehnsbeträge wird in der Übersicht 5 dargestellt. Die Kleinstdarlehen in Höhe von 1—10 DM machten im Jahre 1954 fast die Hälfte (46,9 vH) aller Beleihungsfälle aus. Gut ein Viertel (26,3 vH) der Pfänder wurden mit 11—20 DM beliehen, so daß etwa drei Viertel aller Fälle auf diese kleinen Darlehen entfielen.

In den staatlichen Leihanstalten wurden in erster Linie Wertgegenstände (Gold- und Silberwaren, Uhren usw.) versetzt. 42,9 vH der Verpfändungen entfielen 1954 — ähnlich wie in den Vorjahren — auf diese Pfandart. An nächster Stelle stehen Kleidungsstücke mit 26,4 vH und Leinen (Bett-, Haus- und Küchenwäsche) mit 17,9 vH (Übersicht 6). Nach Auskunft der gewerblichen Pfandleiher nimmt dort die Beleihung von Bekleidungsgegenständen allgemein die erste Stelle ein. Das drückt sich auch in der Differenz des Durchschnittsdarlehns zwischen den gewerblichen und öffentlichen Leihhäusern aus; das Durchschnittsdarlehen war — wie bereits angegeben — bei den staatlichen Pfandleihen bedeutend höher als bei den gewerblichen.

Der Umsatz je Beschäftigten lag im Monatsdurchschnitt des Jahres 1954 mit 460 Verpfändungen pro Person bei den privaten Leihhäusern günstig. Hier wird bei voller Ausnutzung des Geschäftsbetriebes mit einem Umsatz von etwa 500 Pfändern je Beschäftigten im Monat gerechnet, der damit fast erreicht wurde (Übersicht 7). Die staatlichen Pfandleihen verzeichneten monatlich 400 Verpfändungen je Beschäftigten, hatten dafür aber auf Grund der wertvolleren Pfänder mit 9254 DM je Beschäftigten und Monat einen um etwa 46 vH höheren Darlehnsumsatz als die gewerblichen Betriebe.

Meyenbörg

Übersicht 5 Die Verpfändungen in den staatlichen Leihanstalten nach Darlehnsbeträgen

Zeit	Zahl der Verpfändungen ¹⁾	Zahl der Verpfändungen, gegliedert nach der Höhe der Darlehnsbeträge in DM							
		1-4	5-10	11-20	21-30	31-50	51-100	101-500	über 500
1951 zusammen	185 475	18 757	69 972	50 291	20 841	16 321	10 608	5 215	450
„ vH	100	10,1	34,0	27,1	11,2	8,8	5,7	2,8	0,3
1952 zusammen	229 196	22 276	82 725	61 137	24 155	17 448	10 895	4 866	694
„ vH	100	11,9	36,1	26,7	10,5	7,6	4,8	2,1	0,3
1953 zusammen	219 942	28 617	79 415	58 105	22 915	16 251	9 607	4 567	465
„ vH	100	13,0	36,1	26,4	10,4	7,4	4,4	2,1	0,2
1954									
Januar	16 134	1 891	5 910	4 478	1 654	1 175	682	323	21
Februar	15 069	1 884	5 266	4 080	1 667	1 172	660	300	40
März	16 238	2 076	5 842	4 284	1 704	1 207	718	383	24
April	14 862	1 961	5 356	3 877	1 509	1 067	735	319	38
Mai	16 660	2 202	6 095	4 497	1 658	1 142	719	313	34
Juni	16 369	2 144	5 537	4 318	1 872	1 330	789	346	33
Juli	15 366	2 012	5 311	4 026	1 633	1 218	751	385	30
August	14 556	1 972	4 964	3 519	1 678	1 240	856	295	32
September	14 723	2 037	5 129	3 594	1 756	1 177	715	300	15
Oktober	13 652	1 631	4 201	3 495	1 992	1 264	716	321	32
November	13 195	1 538	4 207	3 521	1 633	1 168	773	323	32
Dezember	10 391	1 052	3 067	2 899	1 449	983	647	254	40
1954 zusammen	177 215	22 400	60 855	46 588	20 205	14 143	8 761	3 862	371
„ vH	100	12,6	34,3	26,3	11,4	8,0	5,0	2,2	0,2

¹⁾ einschl. Erneuerungen.

Übersicht 6 Die Verpfändungen in den staatlichen Leihanstalten nach Warengattungen

Zeit	Zahl der Verpfändungen ¹⁾	Zahl der Fälle, in denen versetzt wurden				
		Betten	Kleidungsstücke	Leinen	Wertgegenstände	Sonstige Gegenstände
1951 zusammen	185 475	1 303	48 300	38 622	73 139	24 111
„ vH	100	0,7	26,1	20,8	39,4	13,0
1952 zusammen	229 196	2 162	64 930	47 746	84 852	29 506
„ vH	100	0,9	28,3	20,9	37,0	12,9
1953 zusammen	219 942	1 951	61 966	42 772	84 978	28 275
„ vH	100	0,9	28,2	19,4	38,6	12,9
1954						
Januar	16 134	122	4 406	2 859	6 740	2 007
Februar	15 069	135	3 827	2 788	6 496	1 823
März	16 238	145	4 063	3 003	7 018	2 009
April	14 862	127	3 925	2 658	6 336	1 816
Mai	16 660	145	5 004	2 874	6 698	1 939
Juni	16 369	151	4 706	2 941	6 637	1 934
Juli	15 366	114	3 883	2 819	6 745	1 805
August	14 556	106	3 834	2 451	6 463	1 702
September	14 723	117	3 770	2 604	6 456	1 776
Oktober	13 652	94	3 611	2 355	5 981	1 611
November	13 195	74	3 411	2 375	5 784	1 551
Dezember	10 391	67	2 440	1 960	4 642	1 282
1954 zusammen	177 215	1 397	46 880	31 687	75 996	21 255
„ vH	100	0,8	26,4	17,9	42,9	12,0

¹⁾ einschl. Erneuerungen.

Übersicht 7 Der Umsatz je Beschäftigten in den Hamburger Leihhäusern im Jahre 1954

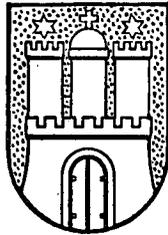
Art der Leihhäuser	Zahl der Beschäftigten ¹⁾	Zahl der Verpfändungen ²⁾	Summe der Darlehnsbeträge in DM	Umsatz je Beschäftigten			
				Zahl der Verpfändungen		Summe der Darlehen in DM	
				im Jahr	im Monat	im Jahr	im Monat
Gewerbliche	157 ³⁾	865 666	11 939 270	5 514	460	76 046	6 337
Staatliche	37	177 215	4 108 607	4 790	400	111 043	9 254
Leihhäuser zusammen	194	1 042 881	16 047 877	5 376	448	82 772	6 898

¹⁾ im Jahresdurchschnitt. — ²⁾ einschl. Erneuerungen. — ³⁾ einschl. Geschäftsinhaber.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 23. März 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 5

Das Tabakgewerbe, der Tabakhandel

und die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg in den Rechnungsjahren 1947 bis 1952
im Vergleich mit der Vorkriegszeit

INHALT

A. Das Tabakgewerbe in Hamburg

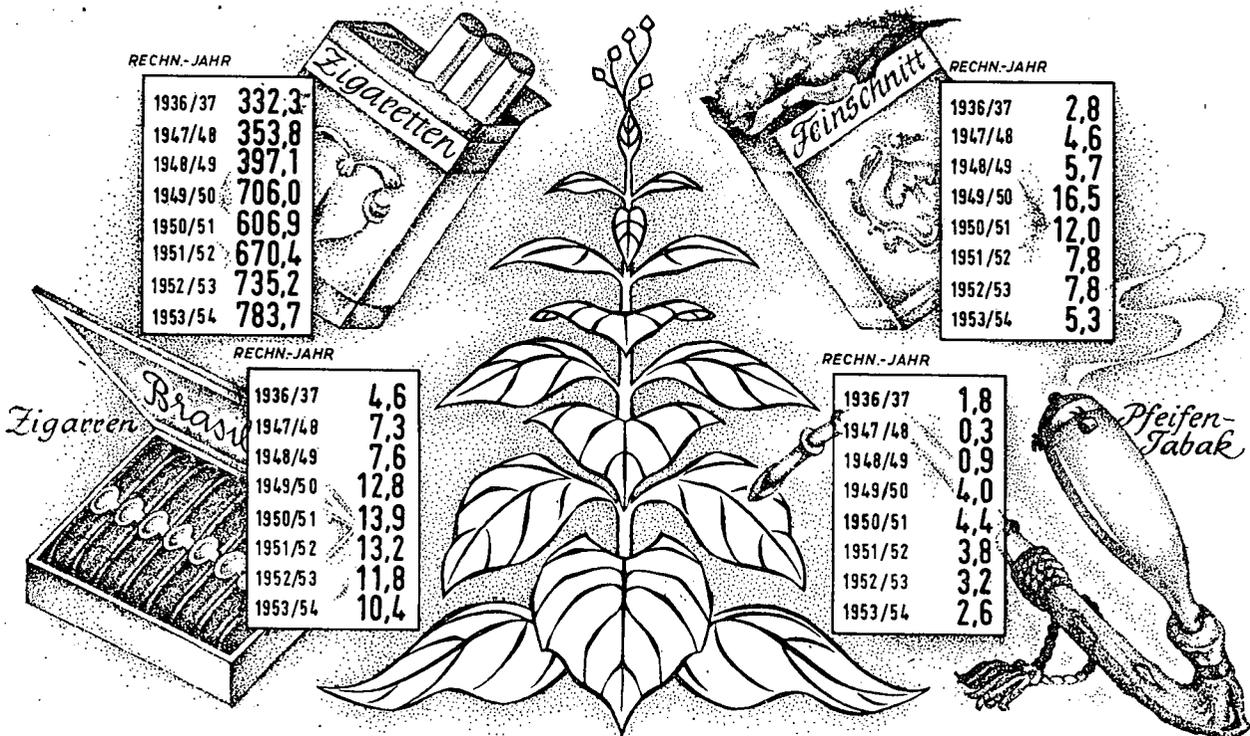
1. Die Herstellungsbetriebe
2. Rohtabakversorgung und -verarbeitung
3. Die Herstellung der einzelnen Tabakerzeugnisse
 - a) Zigaretten
 - b) Zigarren
 - c) Feinschnitt
 - d) Pfeifentabak

B. Die Tabakwarenhändler in Hamburg

C. Die Tabakwarenversteuerung

1. Die Entwicklung der Abgabentarife
2. Die Ist-Einnahmen aus der Tabaksteuer
3. Die Versteuerung der einzelnen Erzeugnisse
 - a) Gesamtüberblick
 - b) Zigaretten
 - c) Zigarren
 - d) Feinschnitt
 - e) Pfeifentabak

Der Kleinverkaufswert der in Hamburg versteuerten Tabakerzeugnisse
in den Jahren 1947 bis 1953 im Vergleich zur Vorkriegszeit
in Millionen RM/DM



A. Das Tabakgewerbe in Hamburg

1. Die Herstellungsbetriebe

Einem Gewerbezweig, der wie das Tabakgewerbe auf die Einfuhr ausländischer Rohstoffe angewiesen ist, bietet Hamburg als wichtiger Einfuhrplatz günstige Voraussetzungen für seine Entwicklung. So konnte das Tabakgewerbe zu einem bedeutenden Faktor im Hamburger Wirtschaftsleben werden. 1953 entfiel fast ein Drittel aller in der Hamburger Nahrungs- und Genussmittelindustrie getätigten Umsätze auf das Tabakgewerbe. Im gesamten Bereich der hamburgischen Industrie waren es 1953 etwa 11 vH aller Umsätze, die der tabakverarbeitenden Industrie zugerechnet wurden.

Aber nicht nur innerhalb Hamburgs Industrie nimmt das Tabakgewerbe eine bedeutende Stellung ein, auch im Vergleich zum Umsatz der gesamten tabakverarbeitenden Industrie im Bundesgebiet ist der hamburgische Anteil beachtlich. In den Jahren von 1951 bis 1953 wurden rd. 17 vH des Gesamtumsatzes der Tabakindustrie durch Betriebsstätten im Hamburger Raum erzielt.

Bei diesen Verhältniszahlen ist jedoch zu beachten, daß sie auf Grund der Umsätze von Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten berechnet wurden. Alle kleineren Betriebe blieben also unberücksichtigt; ihr Umsatz ist nicht erheblich. Zahlenmäßig fallen sie dagegen stark ins Gewicht und bestimmen das Bild, wenn man die Entwicklung des Tabakgewerbes an Hand der Zahl der Herstellungsbetriebe betrachtet. 169 Betriebe des Tabakgewerbes waren am 31. März 1949 bei den Zollämtern in Hamburg angemeldet. Seitdem hat sich die Zahl der Betriebe laufend verringert. Bis zum März 1953 sind 73 Betriebe ausgeschieden, nur 20 Betriebe wurden neu angemeldet. Damit ergibt sich für den Stichtag 31. März 1953 die Zahl von 116 angemeldeten Betrieben, von denen jedoch nur 104 Betriebe gearbeitet haben. Am 31. März 1937 waren es noch 357 arbeitende Betriebe.

Übersicht 1

Die tabakgewerblichen Herstellungsbetriebe¹⁾ in Hamburg

Stichtage	Zahl der angemeldeten Betriebe		Neuanmeldungen	Abmeldungen
	insgesamt	davon ruhten am Stichtag		
			im Laufe des Rechnungsjahres ²⁾	
31. März 1937	453	96	12	21
31. März 1947	157	7	8	3
31. März 1948	156	9	7	8
31. März 1949	169	6	18	5
31. März 1950	162	4	8	15
31. März 1951	151	17	2	13
31. März 1952	136	21	6	21
31. März 1953	116	12	4	24

¹⁾ Die Betriebe sind auf Grund der amtlichen Anmeldungen gezählt, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Betriebe handelt, die mit anderen eine wirtschaftliche Einheit bilden. Besondere Betriebsstätten eines Zigarrenherstellungsunternehmens sind jedoch zusammen mit dem Hauptbetrieb nachgewiesen.

²⁾ 1. April bis 31. März.

Bei den abgemeldeten und ruhenden Betrieben handelte es sich in der Hauptsache um Kleinbetriebe und schwache Mittelbetriebe des Zigarren-

gewerbes, in denen meist nur die Inhaber mit Familienangehörigen oder wenigen Arbeitern tätig waren. Der Grund für den Abgang dieser Betriebe lag in der mangelnden Rentabilität, hervorgerufen durch die hohen Steuersätze und Kleinverkaufspreise für Zigarren, die viele ehemalige Zigarrenraucher veranlaßt haben, sich dem Rauchtabak zuzuwenden. Aber auch die Unrast des heutigen Lebens, die vielen nicht mehr die Zeit zum geruh-samen Genuß einer Zigarre läßt, hat oftmals die Zigarette an die Stelle der Zigarre treten lassen. Die Zigarrenindustrie hat nicht ohne Grund den Slogan geprägt „Alles mit der Ruhe und 'ner guten Zigarre“.

Nicht selten sind auch in der Zeit der Tabakbewirtschaftung Zigarren- und Rauchtakherstellungsbetriebe, die wirtschaftlich nicht mehr lebensfähig waren, mit ihren Kontingenten von besser fundierten Betrieben übernommen worden.

Eine Gliederung der arbeitenden Betriebe nach der Beschäftigtenzahl läßt den Strukturwandel der Herstellungsbetriebe noch klarer erkennen. So hat sich die Zahl der Betriebe ohne Betriebsarbeiter im 2. Halbjahr 1952 gegenüber dem 2. Halbjahr 1936 von 295 auf 71 gesenkt, während die Zahl der Betriebe mit 1 bis 10 Betriebsarbeitern in der gleichen Periode nur von 57 auf 33 zurückgegangen ist. Dagegen ist die Zahl der Betriebe mit mehr als 10 Betriebsarbeitern nahezu konstant geblieben. Relativ ausgedrückt ist der Anteil der Kleinstbetriebe ohne Betriebsarbeiter von 81,1 vH im 2. Halbjahr 1936 auf 62,8 vH der Gesamtbetriebe im 2. Halbjahr 1952 gesunken.

Übersicht 2

Die Tabakwarenherstellungsbetriebe¹⁾ in Hamburg gegliedert nach der Zahl der beschäftigten Betriebsarbeiter

Rechnungsjahre bzw. Rechnungshalbjahre	Betriebe, die gearbeitet haben	Von den Betrieben arbeiteten im Laufe des Rechnungsjahres (-halbjahres) mit					
		kei-nem	1 bis 10	mehr als 10	kei-nem	1 bis 10	mehr als 10
		absolut			vH		
II. 1936	364	295	57	12	81,1	15,7	3,2
1947	155	105	41	9	67,7	26,5	5,8
1948	168	102	47	19	60,7	28,0	11,3
1949	171	101	51	19	59,1	29,8	11,1
1950	153	94	47	12	61,4	30,7	7,9
I. 1951	138	89	38	11	64,4	27,5	8,1
II. 1951	122	74	38	10	60,7	31,1	8,2
I. 1952	113	67	35	11	59,3	31,0	9,7
II. 1952	113	71	33	9	62,8	29,2	8,0

¹⁾ vgl. Anmerkung 1 der Übersicht 1.

Um die kleineren und mittleren Betriebe zu stützen, sind durch die im „Zweiten Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes“ vom 7. August 1951 sowie im heute gültigen Tabaksteuergesetz Stützungsmaßnahmen für diese Betriebe auf dem Wege von Steuererleichterungen eingeführt worden.

Die in den letzten Jahren wirksame Tendenz der Betriebsvergrößerung kommt deutlich in dem Steigen der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl zum Ausdruck. Diese ist in Hamburg von 1947 bis 1953 auf mehr als das Fünffache gestiegen. Am Stichtag 31. März 1953 stellte sich die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten je Betrieb auf 32 Angestellte und Arbeiter (bei einem Bundesdurchschnitt von 39 Beschäftigten). Der Bundesdurchschnitt liegt also höher. Obwohl in Hamburg als Zentrum der westdeutschen Zigarettenindustrie einige Zigarettenherstellungsbetriebe mit sehr großer Belegschaft ansässig sind, drückt doch die Vielzahl der kleinen und kleinsten, anderen Tabakwarenherstellungsbetriebe die durchschnittliche Beschäftigtenziffer sehr stark nach unten. Hinzu kommt, daß in der Zigarettenindustrie der Herstellungsprozeß weitgehend mechanisiert ist, was z. B. in der Zigarren-

industrie in bezug auf die Menge des verarbeiteten Rohtabaks nicht so sehr der Fall ist.

Übersicht 3

Zahl der arbeitenden Betriebe¹⁾ in Hamburg und der im Tabakgewerbe beschäftigten Angestellten und Arbeiter

Stichtage	Betriebe, die gearbeitet haben	Am Stichtag beschäftigte Angestellte und Arbeiter	Durchschnittlich Beschäftigte je Betrieb
31. März 1937	357	4 775	13
31. März 1947	150	959	6
31. März 1948	147	1 214	8
31. März 1949	163	2 787	17
31. März 1950	158	3 435	22
31. März 1951	134	3 895	29
31. März 1952	115	3 580	31
31. März 1953	104	3 335	32

¹⁾ vergl. Anmerkung 1 der Übersicht 1.

2. Rohtabakversorgung und -verarbeitung

Im Rechnungsjahr 1952 hat die hamburgische Tabakwarenindustrie rd. 84 000 dz Rohtabak verarbeitet. Gegenüber 1948 ist damit der Verbrauch auf mehr als das Doppelte gestiegen. In der gleichen Zeit ist der Anteil des inländischen Rohtabaks am Gesamtverbrauch von 16,2 vH im Jahre 1948 auf 1,8 vH im Jahre 1952 gefallen, ist also heute praktisch bedeutungslos geworden. Nur in der Herstellung von steuerbegünstigtem Feinschnitt, bei der eine Beimischung von mindestens 50 vH inländischen Tabaks vorgeschrieben ist, werden noch größere Mengen verarbeitet. In der Zigarettenherstellung ist die Verwendung inländischen Tabaks heute in Hamburg nicht mehr gegeben.

Dennoch sei hier kurz auf die inländische Tabakversorgung, wie sie sich in der Statistik darstellt, eingegangen. Da der Anteil Hamburgs als Stadtstaat an der Erzeugung inländischen Tabaks bedeutungslos ist (in Hamburg war 1952 nur ein gewerblicher Tabakanbaubetrieb ansässig), seien hier kurz die Verhältnisse im Gebiet der Bundesrepublik geschildert.

an dachreifem trockenem Tabak im Erntejahr 1952 im Bundesgebiet bei 24,6 dz gegen 25,3 dz im Vorjahr. Die von den Pflanzern erzielten Durchschnittspreise lagen mit 261 DM für den dz rund 10 vH höher als im Vorjahre (236 DM). Im einzelnen wurden Haupt- und Obergut, auf die der größte Teil der Ernte entfällt, mit rd. 182 DM je dz wesentlich niedriger bewertet als Gruppen und Sandblatt/Mittelgut, deren Durchschnittspreise sich auf 321 DM je dz stellten. Gegenüber 1936 sind damit von den Pflanzern um rd. 75 vH höhere Durchschnittspreise für den dz Rohtabak erzielt worden. Hier soll noch erwähnt werden, daß für im Erntejahr 1952 in Hamburg angebaute Tabake Spitzenpreise von 630 DM je dz gezahlt worden sind.

Übersicht 5

Die Rohtabakeinfuhr¹⁾ in das Gebiet des ehemaligen Reichs bzw. in die Bundesrepublik

Rechnungsjahre	Menge des eingeführten Rohtabaks	Wert ²⁾ des eingeführten Rohtabaks	Durchschnittlicher Wert des eingeführten Rohtabaks
	dz	1000 RM/DM	RM/DM je dz
1932	746 238	126 896	170,05
1933	811 943	124 303	153,09
1934	872 447	119 661	137,16
1935	875 325	127 280	145,41
1936	868 762	125 242	144,16
1950	465 778	205 393	440,97
1951	465 988	227 775	488,80
1952	511 829	257 514	503,13

¹⁾ Nach der Statistik des Außenhandels.

²⁾ Frei deutsche Grenze ohne Einfuhrzoll.

Übersicht 4

Die inländische Tabakerzeugung

Erntejahre ¹⁾	Menge in dachreifem, trockenem Zustand	Gesamtwert der Tabakernte	Von den Pflanzern erzielter Durchschnittspreis für 1 dz in RM/DM
	dz	Mio. RM/DM	
1936 ²⁾	328 859	48,7	148,19
1952 ²⁾	230 592	60,2	261,07

¹⁾ 1. Juli bis 30. Juni.

²⁾ 1936 = damaliges Reichsgebiet einschl. Saarland; 1952 = Bundesgebiet.

Die inländische Tabakernte war im Erntejahr 1952 infolge äußerst ungünstiger Witterungsbedingungen sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht unbefriedigend. Es wurden im Bundesgebiet rd. 230 000 dz dachreifer Tabak im Gesamtwert von 60,2 Millionen DM geerntet, gegen 269 000 dz im Gesamtwert von 63,5 Millionen DM im Vorjahre. Je Hektar mit Tabak bebauter Fläche lag der Ertrag

Für die Versorgung der westdeutschen Tabakwirtschaft ist jedoch vor allem die Einfuhr von Bedeutung. Die Menge des eingeführten Rohtabaks belief sich 1952 auf rd. 512 000 dz im Werte von 257,5 Millionen DM. Damit würden 1952 rd. 10 vH mehr Rohtabake eingeführt als im vorhergehenden Jahr. Diese Mehreinfuhr dürfte vor allem auf den größeren Bedarf der Zigarettenindustrie zurück-

zuführen sein, da deren Produktion nahezu ausschließlich auf der Verwendung ausländischer Provenienzen basiert.

Die Preisentwicklung zeigt seit 1950 eine stetig steigende Tendenz. 1952 lag der Durchschnittswert für ausländischen Rohtabak mit 503,13 DM je dz frei. deutsche Grenze ohne Einfuhrzoll um rd. 250 vH über dem entsprechenden Preis von 1936. Während also 1936 die Preise für inländischen und ausländischen Rohtabak auf fast gleicher Höhe gelegen haben, übertrafen 1952 die Preise für ausländischen Tabak die für inländischen Tabak um nahezu das Doppelte. Dabei sind die Rohtabakpreise in den einzelnen Lieferländern recht unterschied-

lich. Bei den Zigaretten tabaken weisen die Bezüge aus den USA mit 557,58 DM je dz den höchsten Durchschnittswert auf (1951 = 513,53 DM). Es folgen die griechischen Tabake mit 529,35 DM je dz (1951 = 508,54 DM). Dagegen waren Orienttabake aus der Türkei mit 439,38 DM je dz wesentlich billiger. Eine Sonderstellung nimmt Indonesien mit 987,43 DM je dz Zigarrentabake ein, die überwiegend als Deck- und Umblatt Verwendung finden. Für die Zigarrenherstellung werden jedoch im allgemeinen brasilianische Tabake bevorzugt (307,42 DM je dz), die — ebenso wie die Tabake aus Columbien (237,60 DM je dz) — eine rückläufige Preisentwicklung aufwiesen.

Übersicht 6

Die Rohtabakeinfuhr¹⁾ nach Herkunftsländern

Erzeugungsländer	Eingeführte Mengen an Rohtabak im Rechnungsjahr					
	1936			1951		
	1936	1951	1952	1936	1951	1952
	in dz			in vH der Gesamteinfuhr		
Gesamteinfuhr	868 762	465 988	511 829	100	100	100
darunter aus						
USA	50 969	236 948	228 869	5,9	50,8	44,7
Griechenland	192 104	51 644	71 435	22,1	11,1	14,0
Türkei	105 014	57 197	59 554	12,1	12,3	11,6
Brasilien	118 242	50 113	53 738	13,6	10,8	10,5
Indonesien	218 501	18 507	27 770	25,2	4,0	5,4
Bulgarien	110 681			12,7		
Columbien	12 918	22 485	22 058	1,5	4,8	4,3
Italien	288	4 776	9 747	0,0	1,0	1,9
Dominikanische Republik	14 324	7 686	9 132	1,6	1,6	1,8
Jugoslawien	4 974	4 582	3 319	0,6	1,0	0,5

¹⁾ Nach der Statistik des Außenhandels; 1936 = Einfuhr in das Deutsche Reich; 1951 und 1952 = Einfuhr in die Bundesrepublik.

Die Gliederung der Einfuhrmengen nach Herkunftsländern zeigt die nach 1945 eingetretene veränderte Geschmacksrichtung des deutschen Rauchers. So stand 1952 die USA mit rd. der Hälfte des eingeführten Rohtabaks an der Spitze der Lieferländer (1936 nur 5,9 vH). In neuester Zeit ist jedoch eine Steigerung der Einfuhr von Orienttabaken auf Kosten der USA-Tabake zu beobachten. Vor allem in der Zigarettenindustrie steigt der Anteil der Orienttabake an der Gesamtmenge der verarbeiteten Rohtabake, jedoch hat sich die reine Orientzigarette noch nicht wieder durchsetzen können.

Übersicht 7

Die Rohtabakeinfuhr über den Hamburger Hafen im Rechnungsjahr 1952

Erzeugungsländer	Rohtabakeinfuhr in die Bundesrepublik			Wert	Durchschnittspreis
	insgesamt	davon wurden über den Hamburger Hafen eingeführt			
		dz	dz	vH	des über Hamburg in die Bundesrepublik eingeführten Rohtabaks 1000 DM DM je dz
Ges.-Einfuhr	511 829	256 180	50,1	122 037	476,37
darunter aus					
USA	228 869	108 150	47,3	54 453	503,50
Griechenland	71 435	64 330	90,1	31 012	482,08
Türkei	59 554	45 640	76,6	23 795	521,36
Indonesien	27 770	670	2,4	350	522,39
Brasilien	53 738	10 000	18,6	3 519	351,90
Columbien	22 058	4 550	20,6	1 244	273,41

Die Bedeutung Hamburgs als größter deutscher Seehafen spiegelt sich auch in der Rohtabakeinfuhr wieder. So ist im Rechnungsjahr 1952 rd. die Hälfte

des in die Bundesrepublik eingeführten Rohtabaks über den Hamburger Hafen gegangen. Außerdem wurden rd. 84 000 dz Rohtabak über Hamburg in die Ostzone eingeführt. An Tabakfertigwaren sind 1952 u. a. rd. 17 t Rauchtobak, 3 t Zigarren und 212 t Zigaretten im Gesamtwert von 3,3 Millionen DM im Hamburger Hafen angelandet worden. Bei diesen Waren handelt es sich aber zum überwiegenden Teil nicht um für den Inlandverbrauch bestimmte Güter, sondern um Bordbedarf für die in Hamburg anlandenden Seeschiffe.

Nach diesem Hinweis auf die Versorgungslage der westdeutschen Tabakwarenindustrie wenden wir uns nunmehr wieder der Rohtabakverarbeitung in den hamburgischen Tabakwarenherstellungsbetrieben zu.

Die Verarbeitung von Rohtabakblättern — einschließlich gerissener und geschnittener Zigarreneinlage — war in den Rechnungsjahren 1946 und 1947 wegen der fast völlig zum Erliegen gekommenen Einfuhr ausländischen Rohtabaks auf rd. ein Fünftel der Vorkriegszeit, d. h. auf rd. 20 000 dz jährlich, zusammengeschrumpft.

Erst nach der Währungsreform, als die Einfuhr ausländischer Tabakblätter wieder angelaufen war, stieg auch die Rohtabakverarbeitung sprunghaft an. Während im Rechnungsjahr 1948 schon wieder rd. 40 000 dz Rohtabak verarbeitet wurden, konnte diese Menge bereits im folgenden Jahre mit rd. 78 000 dz nahezu verdoppelt werden. Nach einem vorübergehenden Rückgang der Verarbeitung im Rechnungsjahr 1950 wurde dann 1952 mit rd. 84 000 dz ein neuer Höchststand in der hamburgischen Rohtabakverarbeitung erreicht.

Übersicht 8

Die Rohtabakverarbeitung in Hamburg

Rechnungsjahre	Verarbeitete Mengen					
	Rohtabak					Tabak- ersatzstoffe ²⁾
	Tabakblätter		geschnittene -gerissene - Zigarreneinlage		Sonstiger Rohtabak ¹⁾ (Rippen, Stengel, Abfälle)	
	aus dem					
	Ausland	Inland	Ausland	Inland		
Doppelzentner						
1936	99 922	2 398	—	84	2 177	1
1946	14 279	4 731	27	65	131	3
1947	6 294	14 825	30	197	176	13
1948	33 218	6 221	92	196	338	9
1949	75 703	1 007	491	507	778	1
1950	71 226	784	544	133	517	0
1951	76 114	912	275	19	332	0
1952	82 733	1 357	156	137	433	1

¹⁾ In der Spalte „Sonstiger Rohtabak“ sind Doppelzählungen enthalten, da die bei der Verarbeitung von Rohtabak anfallenden Rippen und Stengel einmal als Rohtabak und sodann bei ihrer weiteren Verarbeitung nochmals erfaßt werden.

²⁾ Bei der Verarbeitung von Tabakersatzstoffen handelt es sich in der Hauptsache um künstliches Umblatt für die Zigarrenherstellung, das der Zigarre ein gleichmäßiges Aussehen verleihen soll.

Den größten Anteil an der gesamten Rohstoffverarbeitung hatte 1952 mit 94,2 vH die Zigarettenindustrie. Auf die Feinschnitt- und Zigarrenher-

stellung entfielen 2,6 vH bzw. 2,1 vH, wogegen der Rohstoffbedarf der Pfeifentabakhersteller noch geringer war (1,1 vH der Gesamtverarbeitung).

Übersicht 9

Die Rohtabakverarbeitung¹⁾ in Hamburg

Art der Erzeugnisse	Rechnungsjahr							
	1949		1950		1951		1952	
	dz	vH	dz	vH	dz	vH	dz	vH
Zigaretten	71 177	91,6	65 596	90,2	72 760	94,1	79 519	94,2
Zigarren	2 055	2,6	3 315	4,6	1 789	2,3	1 765	2,1
Feinschnitt	3 431	4,4	2 661	3,7	1 852	2,4	2 187	2,6
Pfeifentabak	1 045	1,4	1 115	1,5	919	1,2	912	1,1
insgesamt	77 708	100	72 687	100	77 320	100	84 383	100

¹⁾ Tabakblätter und geschnittene — gerissene — Zigarreneinlage.

Die vorstehende Übersicht läßt die auch für das gesamte Bundesgebiet zutreffende Zunahme der Rohtabakverarbeitung für die Erzeugung von Zigaretten auf Kosten der übrigen Tabakerzeugnisse deutlich erkennen. So sind vor allem für die Herstellung von Feinschnitt im Jahre 1952 wesentlich geringere Anteile an der Gesamtverarbeitung gegenüber 1949 festzustellen, was darauf schließen läßt, daß ein größerer Teil der „Selbstdreher“ von Zigaretten heute öfter einmal zur fertigen Zigarette greift.

Die Gliederung der 1952 verarbeiteten Rohtabakmengen nach der Herkunft des Rohtabaks zeigt, daß 95,9 vH der insgesamt in Hamburg verarbeiteten Auslandtabake in der Zigarettenindustrie verwandt werden. Die hamburgische Zigarettenindustrie verwendet heute ausschließlich ausländischen Tabak. Die sogenannte „Schwarze Zigarette“ zu 7½ Pf das Stück, bei der eine Beimischung von mindestens

50 vH Inlandtabak vorgeschrieben ist, wird in Hamburg nicht hergestellt.

Größere Mengen Inlandtabak wurden 1952 nur bei der Herstellung von Feinschnitt in den Preisklassen von 24 bis 35 DM für das Kilogramm verarbeitet. Diese Sorten, bei denen wie bei der „Schwarzen Zigarette“ eine Beimischung von mindestens 50 vH deutschen Tabaks vorgeschrieben ist, werden heute am meisten gekauft. Von den 1952 insgesamt in Hamburg verarbeiteten deutschen Tabaken entfielen 62,3 vH auf die Herstellung von Feinschnitt. Auch die Zigarrenindustrie war am Verbrauch inländischer Tabake mit 31,7 vH der Gesamtmenge maßgeblich beteiligt. Das Mischungsverhältnis von inländischem zu ausländischem Tabak lag hier 1952 bei rd. 27 zu 73 vH. Dagegen haben die Pfeifentabakhersteller nur rd. 10 vH Inlandtabak zur Herstellung ihrer Erzeugnisse verwandt.

Übersicht 10

Die Rohtabakverarbeitung in Hamburg nach der Herkunft des Tabaks

Art der Erzeugnisse	Rechnungs-jahr	Verarbeiteter Rohtabak ¹⁾				
		ausländ.	inländ.	zusammen	ausländ.	inländ.
		Doppelzentner			vH	
Zigaretten	1948	32 277	5 168	37 445	86,2	13,8
	1949	71 071	106	71 177	99,9	0,1
	1950	65 593	3	65 596	100,0	0,0
	1951	72 757	3	72 760	100,0	0,0
	1952	79 517	2	79 519	100,0	0,0
Zigarren	1948	419	706	1 125	37,2	62,8
	1949	1 360	695	2 055	66,2	33,8
	1950	2 853	462	3 315	86,1	13,9
	1951	1 536	253	1 789	85,9	14,1
	1952	1 291	474	1 765	73,1	26,9
Feinschnitt	1948	522	481	1 003	52,0	48,0
	1949	2 838	593	3 431	82,7	17,3
	1950	2 287	374	2 661	85,9	14,1
	1951	1 259	593	1 852	68,0	32,0
	1952	1 256	931	2 187	57,4	42,6
Pfeifentabak	1948	92	62	154	59,7	40,3
	1949	925	120	1 045	88,5	11,5
	1950	1 037	78	1 115	93,0	7,0
	1951	837	82	919	91,1	8,9
	1952	825	87	912	90,5	9,5
insgesamt	1948	33 310	6 417	39 727	83,8	16,2
	1949	76 194	1 514	77 708	98,1	1,9
	1950	71 770	917	72 687	98,7	1,3
	1951	76 389	931	77 320	98,8	1,2
	1952	82 889	1 494	84 383	98,2	1,8

¹⁾ Tabakblätter und geschnittene — gerissene — Zigarreneinlage.

3. Die Herstellung der einzelnen Tabakerzeugnisse

a) Zigaretten

Die Zahl der in Hamburg arbeitenden Zigarettenherstellungsbetriebe hat sich von 4 Betrieben im Rechnungsjahr 1946 auf 10 Betriebe im Rechnungsjahr 1952 erhöht. Bei diesen 10 Betrieben handelt es sich ausschließlich um „Einheitsbetriebe“, die nur Zigaretten herstellen, bei denen die Produktion

also nicht mit der von Feinschnitt und Pfeifentabak gekoppelt ist. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Betrieb lag im 2. Halbjahr 1952 bei 253 Angestellten und Arbeitern. In dieser Zahl kommt die großbetriebliche Struktur der hamburgischen Zigarettenindustrie deutlich zum Ausdruck. Im Bundesdurchschnitt lag die Beschäftigtenzahl je Betrieb im gleichen Zeitraum bei 213.

Übersicht 11

Die Zigarettenherstellung in Hamburg

Rechnungs-jahre	Betriebe, die gearbeitet haben Anzahl	Von den Betrieben wurden				insgesamt hergestellt
		versteuert	unversteuert			
			als Deputate abgegeben	ausgeführt	an Sonstige abgegeben	
Millionen Stück						
1946	4	2 042,0	1,7	0,4	—	2 044,1
1947	5	2 032,5	2,6	1,6	—	2 036,7
1948	12	3 524,4	4,6	27,4	—	3 556,4
1949	12	6 509,3	14,5	50,7	0,5	6 575,0
1950	11	5 818,9	15,9	58,7	0,1	5 893,6
1951	10	6 542,4	15,5	58,0	—	6 615,9
1952	10	7 166,6	14,4	43,6	—	7 224,6

Die Gesamtherstellung von Zigaretten in Hamburg hat sich von 1946 bis 1952 von 2,0 Milliarden auf 7,2 Milliarden Stück verstärkt. Im gesamten Bundesgebiet wurden 1952 rd. 31,5 Milliarden Stück hergestellt. Damit beläuft sich der Anteil Hamburgs an der Gesamtproduktion im Bundesgebiet auf 22,9 vH. Hamburg steht damit an der Spitze aller Länder der Bundesrepublik. Der in den letzten Jahren stetig gestiegenen Zigarettenproduktion in Hamburg, die nur von 1949 auf 1950 durch Produktionsverlagerungen in Betriebsstätten außerhalb

Hamburgs unterbrochen wurde, steht jedoch keine entsprechende Ausfuhr gegenüber. Diese ist im Gegenteil von 1951 auf 1952 um rd. ein Viertel zurückgegangen.

Die auf den ersten Blick gewaltig anmutende Zahl von 31,5 Milliarden Stück hergestellter Zigaretten in der Bundesrepublik verliert an Bedeutung, vergleicht man sie einmal mit der Produktion der USA. Dort wurden 1950 rd. 392 Milliarden Stück hergestellt. Im gleichen Zeitraum belief sich die

Menge der erzeugten Zigaretten in der Bundesrepublik auf 23,6 Milliarden Stück. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet ergibt sich für 1950 in den USA eine Produktion von rd. 2600 Stück gegen rd. 500 Stück in Westdeutschland.

Im 2. Halbjahr 1952 haben in Westdeutschland 40 Zigarettenherstellungsbetriebe, darunter 32 Einheitsbetriebe, gearbeitet. Für die Versorgung des westdeutschen Marktes waren jedoch nur 10 Großbetriebe mit einer Halbjahreserzeugung von über 500 Millionen Stück ausschlaggebend. Interessant ist ein Vergleich dieser vollmechanisierten verhältnismäßig nur wenige Arbeitskräfte benötigenden Betriebe mit der Zigarettenindustrie vor dem 1. Weltkrieg. 1907 haben im damaligen Reichsgebiet 876 Zigaretteineinheitsbetriebe gearbeitet. Von diesen arbeiteten nur 14, das sind 1,6 vH, mit reiner Maschinenarbeit, während 834 Betriebe, das sind 95,2 vH, nur reine Handarbeit kannten. Die damalige Zigarettenindustrie beschäftigte in großer Zahl Heimarbeiter, und zwar überwiegend weibliche Kräfte, die je nach den örtlichen Verhältnissen mit 1,00 M bis 2,50 M für 1000 Stück Zigaretten entlohnt wurden. Die Tagesleistung eines Heimarbeiters belief sich auf 1000 bis 1500 Stück. Insgesamt wurden 1907 rd. 5,7 Milliarden Stück hergestellt.

Beschäftigen wir uns noch einmal kurz mit den von den Zigarettenherstellern unentgeltlich an die Betriebsangehörigen abgegebenen Deputat-Zigaretten. Der Anteil dieser Zigaretten an der Gesamt-

produktion lag 1952 bei 0,2 vH. Nach den heutigen Tarifvereinbarungen erhalten weibliche Betriebsangehörige ein Kontingent von 300, männliche Betriebsangehörige ein solches von 600 Stück im Monat. Für das 2. Halbjahr errechnet sich die durchschnittlich an jedes Betriebsmitglied abgegebene Menge an Deputat-Zigaretten auf 466 Stück. Daraus ergibt sich ein Anteil von 44,8 vH weibliche Beschäftigte in der Zigarettenindustrie.

b) Zigarren

Ausgehend von 143 Betrieben im Rechnungsjahr 1946 erreichte die Zahl der arbeitenden Zigarrenherstellungsbetriebe im Jahre 1949 mit 153 Betrieben ihren Höhepunkt in der Nachkriegszeit. In den folgenden Jahren ging diese Zahl dann durch die schlechte wirtschaftliche Lage der Zigarrenindustrie immer mehr zurück, bis im 2. Halbjahr 1952 nur noch 95 Betriebe in der Zigarrenherstellung tätig waren. Von diesen 95 Herstellern, darunter 93 „Einheitsbetriebe“, zählten 68 zu den Kleinstbetrieben ohne Betriebsarbeiter, während 25 weitere Betriebe nur 1 bis 10 Betriebsarbeiter beschäftigten. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer (Angestellte, Betriebsarbeiter und Heimarbeiter) lag bei 7, während sie im Bundesdurchschnitt in der gleichen Zeit 27 betrug. Hieraus erhellt sich schon die geringe Bedeutung der Zigarrenherstellung in Hamburg im Verhältnis zu der Gesamterzeugung im Bundesgebiet.

Übersicht 12

Die Zigarrenherstellung in Hamburg

Rechnungsjahre	Betriebe, die gearbeitet haben	Von den Betrieben wurden				insgesamt hergestellt
		versteuert	unversteuert			
	Anzahl		1000 Stück	als Deputate abgegeben	ausgeführt	an Sonstige abgegeben ¹⁾
1946	143	5 676	80	—	—	5 756
1947	145	11 435	216	1	—	11 652
1948	150	21 973	252	1 252	29	23 506
1949	153	28 517	316	345	11 338	40 516
1950	138	37 899	482	167	15 840	54 388
1951	123	31 479	281	274	5 282	37 316
1952	97	25 911	234	142	776	27 063

¹⁾ In der Hauptsache an Steuerlager abgegeben.

Von 1946 bis 1950 stieg die Gesamterzeugung von Zigarren — einschließlich Zigarillos und Stumpfen — von 5,8 auf 54,4 Millionen Stück. In den folgenden Jahren sank sie dann bis auf 27,1 Millionen Stück im Rechnungsjahr 1952. Dagegen weist die Produktion im Bundesgebiet in den letzten Jahren eine ununterbrochene Zunahme auf und erreicht 1952 mit 4,6 Milliarden Stück ihren höchsten Stand. **Hamburg war also 1952 nur mit 0,6 vH an der Gesamterzeugung von Zigarren im Bundesgebiet beteiligt.** Hauptstandorte der Zigarrenherstellung liegen in den Ländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Im Gegensatz zu der Erzeugung von Zigaretten liegt die Bundesrepublik bei der Produktion von Zigarren — umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung — mit 96 Stück weit vor den USA (1950 nur

36 Stück). Die Zigarre ist in den USA im Verhältnis zur Zigarette bedeutend teurer, als dies in Westdeutschland der Fall ist.

Von der ab November 1948 wieder gegebenen Möglichkeit, hergestellte Zigarren zunächst unversteuert in ein Steuerlager überführen zu können, wurde in den Jahren 1949 und 1950 reger Gebrauch gemacht. Der Grund für die Einrichtung der Steuerlager war die Ansicht der Hersteller, daß eine gute Zigarre mindestens ein halbes Jahr lagern mußte, um die richtige Reife zu erreichen und damit einen vollen Genuß zu gewährleisten. Da die Industrie sich nicht in der Lage sah, die bei der Entfernung aus dem Betrieb fällige Tabaksteuer sofort zu entrichten und dann diese erheblichen Kapitalien für längere Zeit zu blockieren, wurde durch die Steuerlagerordnung gestattet, Zigarren

unter Zollaufsicht in sogenannten Steuerlagern steuerfrei zu lagern und erst bei der Entfernung aus diesen zu versteuern. Für diese Lagerung wurde eine Verwaltungsgebühr von $\frac{1}{2}$ vT des Steuerwertes erhoben, die neuerdings auf $\frac{1}{2}$ vH, also um das 10fache erhöht worden ist. In den letzten Jahren wurden jedoch die hergestellten Zigarren meist sofort nach der Fertigstellung dem Verbrauch zugeführt. In der Bundesrepublik waren es im 2. Halbjahr 1952 rd. 15 vH der insgesamt hergestellten Zigarren, die zunächst in Steuerlager überführt wurden.

Die Zigarrenausfuhr ist in Hamburg unbedeutend. Ebenso wie bei den Zigaretten handelt es sich bei den ausgeführten Mengen besonders um Schiffsbedarf für die Seeschiffe.

Aus den Meldungen über die unentgeltlich an Angestellte und Arbeiter abgegebenen Zigarren errechnet sich ein Durchschnitt von 30 Deputatzigarren je Monat und Betriebsangehörigen.

c) Feinschnitt

Die Produktion von Feinschnitt in Hamburg lag in den letzten Jahren bei 9 Betrieben, darunter nur ein Einheitsbetrieb. Die Mehrzahl der Feinschnittshersteller koppelte ihre Erzeugung mit der von Pfeifentabak, es waren durchweg alles Kleinbetriebe.

Übersicht 13

Die Feinschnittsherstellung in Hamburg

Rechnungs-jahre	Be-triebe, die ge-arbeitet haben	Von den Betrieben wurden				insge-samt herge-stellt
		ver-steuert	unversteuert			
			als Depu-tate ab-gegeben	ausge-führt	an Son-stige ab-gegeben	
Anzahl	Doppelzentner					
1946	4	304	1	—	—	305
1947	5	611	1	9	—	621
1948	9	1 266	15	11	7	1 299
1949	10	4 229	4	2	4	4 239
1950	9	3 163	8	—	—	3 171
1951	9	2 187	9	—	—	2 196
1952	9	2 235	7	0	—	2 242

Ebenso wie im Bundesgebiet, weist auch in Hamburg die Feinschnittsherstellung in den letzten Jahren eine rückläufige Tendenz auf. Während im ersten Jahr nach der Währungsreform in Hamburg rd. 4200 dz fabriziert wurden, waren es 1952 nur noch rd. 2200 dz, eine Menge, die gegenüber der Gesamterzeugung im Bundesgebiet (137 581 dz) nur von geringer Bedeutung ist. **Nach wie vor steht**

B. Die Tabakwarenhändler in Hamburg

Die Zahl der Händler mit fertigen Tabakerzeugnissen hat sich in den letzten Jahren ständig erhöht. Am 31. März 1953 waren in Hamburg 8626 Betriebe bei den Zollstellen gemeldet. Gegenüber dem Stichtag 31. März 1947 ist damit eine Zunahme von 67,2 vH zu verzeichnen. Damit ist jedoch die Anzahl der Tabakwarenhändler gegen Ende des Rechnungsjahres 1936 (11 986 Betriebe) noch nicht wie-

Bremen in der Gesamtproduktion an führender Stelle.

Die in Hamburg hergestellten Mengen wurden fast ausschließlich versteuert dem Verbrauch zugeführt. Unversteuert ausgeführt oder an Betriebsangehörige abgegeben wurden nur unbedeutende Mengen.

d) Pfeifentabak

In den letzten Jahren waren in Hamburg nur wenige Pfeifentabakhersteller tätig. 1952 waren es 9 Betriebe, und zwar alles Kleinbetriebe, die die Produktion von Pfeifentabak mit anderen Tabakerzeugnissen, in der Regel Feinschnitt, gekoppelt hatten.

Übersicht 14

Die Pfeifentabakherstellung in Hamburg

Rechnungs-jahre	Be-triebe, die ge-arbeitet haben	Von den Betrieben wurden			insge-samt herge-stellt
		ver-steuert	unversteuert		
			als Depu-tate ab-gegeben	ausge-führt	
Anzahl	Doppelzentner				
1946	6	52	0	—	52
1947	5	45	—	—	45
1948	8	235	0	—	235
1949	10	1 406	—	—	1 406
1950	11	1 466	0	—	1 466
1951	11	1 213	—	—	1 213
1952	9	1 118	—	0	1 119

Wie die Herstellung von Feinschnitt ist auch die von Pfeifentabak in den letzten Jahren sowohl im Bundesgebiet wie auch in Hamburg ständig zurückgegangen. Im Rechnungsjahr 1952 betrug die Erzeugung von Pfeifentabak im Bundesgebiet 44 600 dz gegen 47 624 dz im Vorjahre. Der Anteil Hamburgs an der Gesamterzeugung im Bundesgebiet betrug 1952 nur 2,5 vH.

Die Gesamterzeugung von Rauchtobak — Feinschnitt und Pfeifentabak — lag im Rechnungsjahr 1952 im Bundesgebiet bei 182 181 dz gegen 204 125 dz im Vorjahre. Das entspricht einer Produktionsverminderung von 10,8 vH. Für Hamburg lauten die entsprechenden Produktionszahlen für 1952 auf 3361 dz und für 1951 auf 3409 dz. Der Rückgang der Rauchtobakherstellung betrug also in Hamburg nur 1,4 vH.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 1952 im Bundesgebiet 376 g hergestellter Rauchtobak, während die entsprechende Menge in den USA 1950 bei 708 g gelegen hat.

der erreicht. Auf je 1000 Einwohner kamen am 31. März 1953 rd. 5 Verkaufsstellen gegen rd. 7 am 31. März 1937. Anders gesagt waren es Ende 1952 in Hamburg 196 Einwohner, die durchschnittlich von einem Tabakwarenhändler versorgt wurden. Im Bundesdurchschnitt waren es 143 Einwohner und in Westberlin 220 Einwohner, auf die am 31. März 1953 eine Verkaufsstelle entfiel.

Die seit 1946 zu beobachtende Zunahme der Tabakwarenhändler ist vor allem bei den Unternehmen zu verzeichnen, die den Tabakwarenhandel im Nebenberuf ausüben, wie z. B. Gast- und Schankwirte, Lebensmittelhändler usw. Während die Zahl dieser Betriebe von 3376 Ende 1946 auf 6180 Ende 1952 oder um 83 vH zugenommen hat, ist beim Tabakwarenfachhandel im gleichen Zeitraum nur eine Steigerung von 1782 auf 2446 Betriebe oder 37 vH eingetreten. Damit macht der Anteil der Fachgeschäfte Ende 1952 nur noch rd. ein Viertel aller Tabakwarenhändler aus. Von den am 31. März 1953 angemeldeten 6180 Händlern, die Tabakwaren nur nebenberuflich verkauften, standen die Gast- und Schankwirte mit 42,2 vH an erster Stelle, gefolgt von den Lebensmittelhändlern mit 26,9 vH. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Gast- und Schankwirte in der Regel nur Zigarren und Zigaretten vorrätig halten.

Übersicht 15

Die Tabakwarenhändler in Hamburg

Stichtage	Zahl der Tabakwarenhändler				Auf 1 Händler mit Tabakwaren kamen im Durchschnitt Einwohner
	Fachgeschäfte	Im Nebenberuf	zusammen	auf je 1000 Einwohner	
31. März 1937	3 896	8 090	11 986	7,19	139
31. März 1947	1 782	3 376	5 158	3,65	274
31. März 1948	1 743	3 458	5 201	3,56	281
31. März 1949	1 801	3 685	5 486	3,63	275
31. März 1950	1 972	4 295	6 267	4,02	249
31. März 1951	2 276	5 317	7 593	4,68	214
31. März 1952	2 496	5 667	8 163	4,92	203
31. März 1953	2 446	6 180	8 626	5,11	196

Die Tabakwarenhändler im Nebenberuf verteilen sich folgendermaßen:

Hauptberufe	Stichtag		
	31. März 1953	31. März 1952	31. März 1937
Gast- und Schankwirte, Hotelbesitzer	2 610	2 363	5 013
Trinkhallenbesitzer	237	258	261
Lebensmittel- und Kolonialwarenhändler	1 664	1 580	1 639
Friseure	103	100	311
Sonstige Händler	1 566	1 366	866
insgesamt	6 180	5 667	8 090

Im Tabakwarenfachhandel waren am 31. März 1953 insgesamt 590 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, gegen 364 Arbeitnehmer am gleichen Stichtag 1947. Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl je Betrieb errechnet sich damit für Ende 1952 auf 0,24 Personen gegen 0,20 Personen Ende 1946. Es handelt sich bei diesen Betrieben also ganz überwiegend um solche, in denen der Inhaber allein oder mit Familienangehörigen tätig ist. Wenn demnach trotz der erheblichen Zunahme des Tabakwarenkonsums die Zahl der im Tabakwarenhandel Beschäftigten sich nur geringfügig erhöht hat, so dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß der Kundschaftsverkehr in den Spezialgeschäften nicht entsprechend der Ausweitung des Konsums gestiegen ist, weil heute durch die nebenberuflich tätigen Tabakwarenhändler und durch Zigarettenautomaten ein größerer Teil des Bedarfs gedeckt wird.

Nach der Umsatzsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1950 betrug der Gesamtumsatz der 1976 erfaßten Tabakwareneinzelhändler (Fachgeschäfte) rd. 118,1 Millionen DM. Der Jahresumsatz dieser Betriebe lag demnach 1950 im Durchschnitt bei rd. 60 000 DM. für den einzelnen Betrieb. Im Großhandel wurden 1950 von 145 erfaßten Unternehmen 128,3 Millionen DM umgesetzt.

C. Die Tabakwarenversteuerung

1. Die Entwicklung der Abgabentarife

Tabakzoll und Tabaksteuer sind die beiden Abgaben, mit denen heute der Verbrauch von Tabak und Tabakwaren belastet ist. Die Höhe der Abgabentarife hat seit dem Inkrafttreten des ersten Tabaksteuergesetzes des Kaiserreiches im Jahre 1879 bis zur Jetztzeit starken Schwankungen unterlegen. Während damals alle Tabakerzeugnisse aus inländischem Tabak mit einer Steuer von 20 Mark je dz belastet gewesen sind, mußte für eingeführte Tabakwaren ein Eingangszoll von 85 bis 270 Mark für den Doppelzentner entrichtet werden. Diese Abgabentarife sind im Laufe der Zeit sehr stark aufgegliedert worden. Wie sich die steuerliche Belastung des Tabakwarenverbrauchs in den letzten 75 Jahren gewandelt hat, zeigt an Hand der in dieser Zeitspanne erlassenen wichtigsten Gesetze die umstehende Übersicht 16.

Höchstbelastungen der Tabakerzeugnisse sind in den Zeiten kurz nach den beiden Weltkriegen zu verzeichnen, insbesondere nach dem zweiten, als die Gesetzgebungsbefugnisse auf die Besatzungsmächte übergegangen waren. Auf die Darstellung der Tarife in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg ist in der Übersicht 16 verzichtet worden, da die wechselvolle Steuergesetzgebung in dieser Zeit wegen der verfallenden Währung kein brauchbares Bild zu vermitteln erlaubt.

Die heutigen Steuersätze liegen bei Zigarren wieder auf der Höhe der Vorkriegszeit, bei Rauchtobak haben sie die damaligen Sätze sogar unterschritten. Dagegen ist der Steuersatz für Zigaretten heute höher als vor dem Kriege, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die damals gesondert

Übersicht 16

Die Entwicklung der Abgabentarife auf Tabak und Tabakwaren

Art der Abgaben	Abgabentarife im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes vom								
	16. Juli 1879	3. Juni 1906	12. Juni 1916	13. Dez. 1934	30. Okt. 1941	17. Mai 1946	21. Okt. 1948	28. Juni 1951	6. Mai 1953
A. Tabaksteuer für	in vH des Kleinverkaufspreises								
Zigarren	—	—	—	23	48 ^{2/3})	90	46	28—33	23
Zigaretten	—	10 ¹⁾	·	30 ¹⁾	53 ^{1/4})	80	60	58	55 ^{1/3} —57 ^{2/3}
Feinschnitt	—	20 ¹⁾	·	50	66 ^{2/3})	90	55	50—53	31—47 ^{2/3}
Pfeifentabak	—	—	—	32	54 ^{2/3})	80	45	43	28
	in M/RM/DM für 1000 Stück								
Zigarettenhüllen	—	2	7 ²⁾	1	·	10	5	4,80	1
B. Tabakmaterialsteuer	in M/RM/DM für 1 Doppelzentner								
	—	—	—	430	430	850	550	550	—
C. Tabakersatzstoffabgabe	—	—	—	60	140	700	200	200	200
D. Tabakzoll³⁾ für Tabakblätter									
unbearbeitet	85	85	130	180	180	180	180	180	180
bearbeitet	85	85	280	388	388	388	388	388	390
Geschnittenen Rauchtobak									
feingeschnitt.	180	700	1 100	9 000	9 000	9 000	9 000	9 000	9 000
anderer	180	180	1 100	5 000	5 000	5 000	5 000	5 000	5 000
Zigarren	270	270	700	7 500	7 500	7 500	7 500	7 500	7 500
Zigaretten	270	700	1 500	9 000	9 000	9 000	9 000	9 000	9 000

¹⁾ Steuersatz für die gängigste Preisklasse. — ²⁾ einschl. Kriegsaufschlag. — ³⁾ ohne Zollzuschlag nach dem Wert.

erhobene Tabakmaterialsteuer auf Rohtabak, der in Zigarettenherstellungsbetriebe eingebracht wird, 1953 in die Tabaksteuer eingebaut wurde. Eine

spezifizierte Darstellung der Entwicklung der Tabaksteuersätze in der Zeit nach 1945 bringt die folgende Übersicht.

Übersicht 17

Die Entwicklung der Tabaksteuersätze nach 1945

Art der Tabakwaren	Abgabentarife							
	bis 16. 5. 46 ¹⁾	ab 17. 5. 46	ab 6. 9. 46	ab 5. 12. 46	ab 8. 11. 48	ab 20. 2. 50	ab 1. 7. 51	ab 8. 6. 53
	in vH des Kleinverkaufspreises							
Zigarren	23 ²⁾	90	75—80	70—80	46	30—35	28—33	23
Zigaretten	24—45 ²⁾	80—90	80—90	75—80	60	60	58	55 ^{1/3} —57 ^{2/3}
Feinschnitt								
steuerbegünstigter	38 ²⁾	—	—	—	—	—	50	31—37 ^{1/2}
anderer	50 ²⁾	90	80	75	55	55	53	47 ^{2/3}
Pfeifentabak	32 ²⁾	80	75	70	45	45	43	28
	in RM/DM für 1000 Stück							
Zigarettenhüllen	1 ²⁾	10	10	10	5	5	4,80	1

¹⁾ Nach dem Tabaksteuergesetz vom 13. Dez. 1934.

²⁾ dazu ab 30. Okt. 1941 der Kriegsaufschlag in Höhe von 50 vH des Kleinverkaufspreises.

Die heutigen Zollsätze auf Tabak und Tabakwaren sind seit dem Jahre 1931 nahezu unverändert geblieben. Während der zur inländischen Erzeugung von Tabakwaren benötigte eingeführte Rohtabak mit 180 bzw. 390 DM je Doppelzentner zu verzollen ist, je nachdem, ob es sich um unbearbeitete oder bearbeitete Tabakblätter handelt, werden die Fertigwaren mit einem Zoll von 5000 bis 9000 DM für den Doppelzentner belegt. Wir haben es hier also mit typischen Schutzzöllen zu tun, denn bei einer Zollbelastung von z. B. 90 DM je kg Feinschnitt, zuzüglich einer Ausgleichsteuer in Höhe von 4 vH des Einfuhrwertes, wozu noch die Tabaksteuer in Höhe von fast 50 vH des Kleinverkaufs-

preises kommt, wird eine Einfuhr fertiger Fabrikate nahezu unmöglich gemacht. So erklären sich auch die hohen Verbraucherpreise für Importzigarren, die zum Teil zu Einzelpreisen von beispielsweise 4,60 DM, 6 DM, 7,50 DM und sogar 9 DM das Stück auf dem Markt angeboten werden.

Auf die Höhe der absoluten steuerlichen Belastung des Tabakwarenverbrauchs ist neben dem Steuersatz (Anteil der Steuer am Endverbraucherpreis) vor allem die Höhe des Kleinverkaufspreises von Einfluß, die wiederum von der Gestaltung des Abgabentarifes bestimmt wird. Hierauf werden wir noch bei der Besprechung der einzelnen Tabakerzeugnisse zurückkommen.

2. Die Ist-Einnahmen aus der Tabaksteuer

Ein Vergleich der Tabaksteuereinnahmen des Deutschen Reichs mit denen der Bundesrepublik zeigt deutlich, wie sich die in den Jahren nach 1945 stark heraufgesetzten Steuertarife und Kleinverkaufspreise auf die Höhe des Aufkommens ausgewirkt haben. Während 1936 im damaligen Reichsgebiet 840,5 Millionen RM aus der Tabaksteuer vereinnahmt wurden, waren es 1952 allein im Gebiet der Bundesrepublik 2,3 Milliarden DM, die der Raucher dem Staat für den Genuß von Tabakwaren entrichtet hat. Somit ergibt sich für 1952, wenn die Gebiets- und Bevölkerungsveränderungen unberücksichtigt bleiben, gegenüber 1936 eine Mehreinnahme an Tabaksteuer von 175,8 vH. Ein richtiges Bild gibt jedoch ein Vergleich der je Kopf der Bevölkerung aufgebrachten Tabaksteuereinnahmen. Diese haben sich von 12,48 RM im Jahre 1936 auf 47,70 DM im Jahre 1952 erhöht. Das entspricht einer Steigerung von 282,2 vH. Je Kopf der Bevölkerung wurde 1952 also fast viermal soviel Tabaksteuer entrichtet als vor dem Kriege.

Übersicht 18

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer

Rechnungs-jahre	Tabaksteuereinnahmen ¹⁾			
	im Deutschen Reich bzw. im Bundesgebiet		in Hamburg	
	absolut	je Kopf der Bevölkerung	absolut	in vH der Spalte 1
	in Mio RM/DM	in RM/DM	in Mio RM/DM	
	1	2	3	4
1930	1 058,0	16,46	.	.
1931	793,7	12,28	.	.
1932	762,0	11,74	.	.
1933	742,9	11,39	.	.
1934	802,6	12,24	.	.
1935	812,9	12,31	.	.
1936	840,5	12,48	.	.
1949	2 190,6	45,93	461,1	21,1
1950	2 100,6	44,06	388,7	18,5
1951	2 227,6	46,22	396,4	17,8
1952	2 318,0	47,70	435,9	18,8

¹⁾ Kassenmäßige Einnahmen.

Im Rechnungsjahr 1952 liegt Hamburg erstmalig mit 18,8 vH der Gesamttabaksteuereinnahmen unter den Ländern des Bundesgebietes an erster Stelle. Bremen, das bis dahin an führender Stelle gelegen hatte, fiel mit 17,2 vH auf den zweiten Platz zurück, gefolgt von Bayern mit 14,8 vH des Gesamtaufkommens an Tabaksteuer.

Übersicht 19

Die Tabaksteuereinnahmen im Bundesgebiet

Länder	Kassenmäßige Einnahmen im Rechnungsjahr				Veränderung 1951-1952 in vH
	1951		1952		
	in Mio DM	in vH	in Mio DM	in vH	
Baden-Württemb.	258,6	11,6	273,4	11,8	+ 5,7
Bayern	309,9	13,9	342,6	14,8	+ 10,6
Bremen	442,8	19,9	399,0	17,2	- 9,9
Hamburg	396,4	17,8	435,9	18,8	+ 10,0
Hessen	38,3	1,7	30,6	1,3	- 20,1
Niedersachsen	213,4	9,6	244,4	10,5	+ 14,5
Nordrhein-Westf.	171,1	7,7	168,3	7,3	- 1,6
Rheinland-Pfalz	150,8	6,8	171,2	7,4	+ 13,5
Schleswig-Holst.	246,5	11,0	252,7	10,9	+ 2,5
Bundesgeb. insges.	2 227,6	100	2 318,0	100	+ 4,1

Die Veränderungen im Gesamtaufkommen an Tabaksteuer 1952 gegenüber dem Vorjahre sind in den einzelnen Ländern des Bundesgebietes recht unterschiedlich gewesen, wie aus der vorstehenden Übersicht hervorgeht. Die höchste Steigerung weist das Land Niedersachsen auf, während die Tabaksteuereinnahmen Hessens 1952 um ein Fünftel geringer waren als im Vorjahre. Hamburg verzeichnete 1952 ein Mehr von 10 vH gegenüber 1951. Da auf die Abgrenzung der Steuereinnahmen von Rechnungsjahr zu Rechnungsjahr mehrere Faktoren buchungs- und kassentechnischer Natur einwirken, lassen sich aus dem Vergleich des Aufkommens in den beiden Rechnungsjahren keine exakten Rückschlüsse auf die jeweilige Situation des Tabakgewerbes in diesen Ländern ziehen.

3. Die Versteuerung der einzelnen Erzeugnisse

Grundlage für die in diesem Abschnitt gebrachten statistischen Daten bilden die monatlichen Nachweisungen der Zollämter über die in ihrem Gebiet an die Herstellungsbetriebe ausgelieferten Steuerzeichen, aus denen die Kleinverkaufswerte und auch die Mengen der einzelnen versteuerten Tabakwaren errechnet werden.

a) Gesamtüberblick

Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg hat sich — gemessen an dem Verkauf von Steuerwertzeichen — nach 1945 gegenüber der Vorkriegszeit sehr stark erhöht. Besonders im ersten Jahr nach der Währungsreform erreichte der Steuerwert aller ausgelieferten Tabaksteuerzeichen mit rd. 440 Millionen DM den bisher höchsten Stand, da damals

nach Aufhebung der Rationierung, nach Senkung der Tabaksteuertarife und der Kleinverkaufspreise sowie mit dem Einsetzen großer Importe von Rohtabak der Tabakwarenausstoß einen gewaltigen Auftrieb erfuhr. Hauptsächlich durch Produktionsverlagerungen der hamburgischen Zigarettenindustrie nach Orten außerhalb Hamburgs sank dann 1950 der Gesamtsteuerwert auf 377 Millionen DM. In der Folge stieg er dann bis 1952 wieder bis auf 435 Millionen an.

Besonders stark erhöhte sich die Versteuerung von Zigaretten, die 1952 bei einem Steuerwert von 426 Millionen DM einen neuen Nachkriegshöchststand erreichte, während bei allen anderen Tabakwaren in den letzten Jahren erhebliche Rückgänge — vor allem bei Feinschnitt — zu verzeichnen sind.

Übersicht 20

Der Steuerwert der in Hamburg ausgelieferten Tabaksteuerzeichen

Rechnungs-jahre	Steuerwert der ausgelieferten Tabaksteuerzeichen				
	insgesamt	davon für			
		Zigaretten	Zigarren	Fein-schnitt	Pfeifen-tabak
in 1000 RM/DM					
1936	105 783	103 065	1 050	1 087	581
1947	274 396	265 299	5 499	3 392	207
1948	282 747	274 030	4 424	3 766	528
1949	440 230	423 573	5 774	9 090	1 792
1950	377 142	364 159	4 379	6 615	1 988
1951	401 723	392 020	3 994	4 076	1 633
1952	435 246	426 431	3 515	3 934	1 365

Ähnlich wie die Entwicklung der Steuerwerte ist auch die der Kleinverkaufswerte aller ausgelieferten Steuerzeichen verlaufen. Diese liegen 1952 insgesamt mit rd. 758 Millionen DM noch über dem bisherigen Höchststand von 1949. Auch bei den Kleinverkaufswerten ist die Konsumausweitung der Zigarette auf Kosten der übrigen Tabakerzeugnisse eindeutig zu erkennen.

Übersicht 21

Der Kleinverkaufswert der in Hamburg ausgelieferten Tabaksteuerzeichen

Rechnungs-jahre	Kleinverkaufswert der ausgelieferten Tabaksteuerzeichen				
	insgesamt	davon für			
		Zigaretten	Zigarren	Fein-schnitt	Pfeifentabak
in 1000 RM/DM					
1936	341 551	332 326	4 564	2 845	1 816
1947	366 073	353 823	7 329	4 626	295
1948	411 291	397 052	7 642	5 709	888
1949	739 296	705 958	12 826	16 529	3 982
1950	637 293	606 938	13 911	12 027	4 417
1951	695 124	670 359	13 229	7 787	3 750
1952	757 981	735 226	11 788	7 791	3 176

Der Gesamtkleinverkaufswert aller Tabakwaren belief sich im Bundesgebiet 1952 auf rd. 4,5 Milliarden DM gegen 4,3 Milliarden DM im Vorjahre.

Die aus den Steuerwerten berechneten Gesamtaufwendungen der Bevölkerung des westdeutschen Zollgebiets für Tabakerzeugnisse aller Art betragen im Rechnungsjahr 1950 77,96 DM, 1951 85,36 DM und im Rechnungsjahr 1952 rd. 90 DM je Kopf der Bevölkerung gegen 34,84 RM je Kopf der Bevölkerung des deutschen Zollgebiets im Jahre 1936.

b) Zigaretten

Aus dem Wert der ausgelieferten Steuerzeichen errechnet sich die Anzahl der in Hamburg versteuerten Zigaretten für das Rechnungsjahr 1952 auf 7,2 Milliarden Stück. **Damit hat die hamburgische Zigarettensteuer bereits wieder 83,7 vH der Menge der im Rechnungsjahr 1936 versteuerten Zigaretten erreicht.** Gegenüber 1951 beträgt die Steigerung 10,2 vH.

Übersicht 22

Versteuerte Zigaretten in Hamburg

Rechnungs-jahre	Menge	Steuerwert	Kleinverkaufswert
	in Mio Stück	in 1000 RM/DM	
1936	8 540,7	103 065	332 326
1947	2 141,0	265 299	353 823
1948	2 733,2	274 030	397 052
1949	6 708,2	423 573	705 958
1950	5 824,4	364 159	606 938
1951	6 486,7	392 020	670 359
1952	7 151,0	426 431	735 226

Wenn auch die Menge der 1952 versteuerten Zigaretten noch nicht wieder den Stand von 1936 erreichen konnte, lagen Steuerwert und Kleinverkaufswert dieser Zigaretten infolge der höheren Steuertarife und Kleinverkaufspreise weit über den entsprechenden Werten von 1936. So ist der Steuerwert auf mehr als das Vierfache angestiegen, während der Kleinverkaufswert aller versteuerten Zigaretten um 121 vH zugenommen hat.

Wie schon in der Übersicht 17 dargestellt, haben die Steuersätze für Zigaretten in den Jahren nach 1945 beträchtliche Heraufsetzungen erfahren, so daß im Rechnungsjahr 1947 der durchschnittliche Anteil der Tabaksteuer am Verbraucherpreis bei Zigaretten rd. 75 vH betragen hat. Die in den folgenden Jahren durchgeführten Steuersenkungen drückten diesen Anteil bis auf 58 vH im Jahre 1952 zurück. In diesen Sätzen ist die Tabakmaterialsteuer jedoch noch nicht enthalten. Rechnet man diese dazu, so stellen sich die ebengenannten Steueranteile am Kleinverkaufswert auf rd. 80 vH im Jahre 1947 und rd. 64 vH im Jahre 1952. Damit ist der durchschnittliche Steuersatz 1952 immer noch etwa um die Hälfte höher als in den Jahren 1930 bis 1936 (damals rd. 45 vH) und um mehr als das Fünffache gestiegen gegenüber der Zeit der Einführung der Tabaksteuer auf Zigaretten im Jahre 1906 (damals rd. 12 vH).

Übersicht 23

Die Steuerbelastung der Zigarette ¹⁾

Rechnungs-jahre	Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für 10 Zigaretten		Durchschnittliche Steuerbelastung von 10 Zigaretten		
	in Rpf/Pf	im Vergleich zu 1936 in vH	in vH des Kleinverkaufspreises	in Rpf/Pf	
				absolut	im Vergleich zu 1936 in vH
1936	38,91	100,0	31,01	12,07	100,0
1947	165,26	424,7	74,98	123,91	1 026,6
1948	145,27	373,3	69,02	100,27	830,7
1949	105,24	270,5	60,00	63,14	523,1
1950	104,21	267,8	60,00	62,53	518,1
1951	103,34	265,6	58,48	60,43	500,7
1952	102,81	264,2	58,00	59,63	494,0

¹⁾ Ohne Tabakmaterialsteuer und ohne Tabakzoll.

Für die Steuerbelastung der Zigarette sind zwei Komponenten maßgebend; einmal ist es der durchschnittliche Steuersatz, zum anderen der Kleinverkaufspreis. Betrachten wir zunächst einmal die Entwicklung der Kleinverkaufspreise, die die Höhe der Verbrauchsbelastung entscheidend beeinflussen.

Ein Blick auf die in Hamburg versteuerten Zigaretten nach den Preisklassen macht dies sofort offenkundig. Während 1936 die 4-Rpf-Zigarette im Verbrauch an erster Stelle stand, war es 1947 die 16-Rpf-Zigarette und in den folgenden Jahren die 10-Pf-Zigarette, die den höchsten Absatz aufwies. Im Durchschnitt wurden 1936 für 10 Zigaretten 39 Rpf bezahlt, während es 1947 mehr als das Vierfache dieses Betrages war, nämlich 165 Rpf und 1952 immer noch 103 Pf waren, die für den Bezug von 10 Zigaretten entrichtet worden sind. Vor dem 1. Weltkrieg im Jahre 1913 lag der durchschnittliche Kleinverkaufspreis für 10 Zigaretten bei etwa 23 Pf, wobei zu berücksichtigen ist, daß damals ein großer Teil der versteuerten Zigaretten aus dem Ausland eingeführt und zu verhältnismäßig hohen Preisen auf dem Markt abgesetzt worden ist. Heute ist die Einfuhr von Zigaretten durch die hohen Schutzzölle praktisch gleich Null.

Das eben aufgezeigte Ansteigen der Kleinverkaufspreise hat neben der Verteuerung der Rohstoffe und den gestiegenen Produktionskosten vor allem auch seine Ursache in der Erhöhung des durchschnittlichen Abgabentarifes, der gegenüber der Vorkriegszeit auf etwa das Doppelte gestiegen ist. Diese Erhöhung der Abgabentarife mußte in Verbindung mit den gestiegenen Kleinverkaufspreisen zu einer gegenüber der Vorkriegszeit gewaltig vermehrten Verbrauchsbelastung der Zigarette führen. **Während 1936 im Kaufpreis einer Zigarette durchschnittlich 1,2 Rpf Tabaksteuer enthalten war, waren es 1947 rd. zehnmals soviel, nämlich 12,4 Rpf, und 1952 immer noch rd. fünfmal soviel, nämlich 6 Pf.** Einschließlich der Tabakmaterialsteuer belief sich der Betrag, mit dem der Staat am Genuß jeder gerauchten Zigarette im früheren Reichsgebiet bzw. in der Bundesrepublik partizipierte, auf $\frac{1}{4}$ Pf im Jahre 1907, auf 2,2 Rpf 1930, auf 1,5 Rpf 1936, auf 13 $\frac{1}{4}$ Rpf 1947 und auf 6,5 Pf im Jahre 1952. Hierzu kommt noch die als Zoll auf dem eingeführten Rohtabak lastende Abgabe, die 1952 rd. 0,2 Pf für das Stück ausmachte.

Die Gliederung der in Hamburg versteuerten Zigaretten nach Preisklassen zeigt die beherrschende Stellung der 10-Pf-Zigarette, die im November 1948 auf dem Markt zugelassen worden ist. Während noch 1947 die 16-Rpf-Zigarette mit 85,8 vH aller versteuerten Zigaretten den Markt beherrschte, gefolgt von der 20-Rpf-Zigarette mit 13,8 vH, entfielen 1948 bereits 29,6 vH auf die Preisklasse zu 10 Pf das Stück, an die sich die 16-Pf-Zigarette mit 24,7 vH und die 20-Pf-Zigarette mit 23,9 vH der Gesamtmenge anschlossen. Von 1949 bis 1952 ist dann der Anteil der 10-Pf-Zigarette von 78,4 vH bis auf 88,8 vH aller versteuerten Zigaretten angewachsen, während den zweiten Platz die 12 $\frac{1}{2}$ -Pf-Zigarette belegte.

Von den rd. 2,5 Milliarden Zigaretten, die 1952 im Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahre mehr versteuert worden sind, entfallen allein 664 Millionen Stück auf Hamburg. Damit hat die Hansestadt ihre Zigarettenversteuerung 1952 um rd. 10 vH gegenüber 1951 steigern können und ihre Stellung als Zentrum der westdeutschen Zigarettenindustrie mit 23,3 vH aller im Bundesgebiet versteuerten Zigaretten weiter gefestigt.

Übersicht 24

Die Zigarettenversteuerung im Bundesgebiet

Länder	Menge der versteuerten Zigaretten im Rechnungsjahr				Veränderung 1951-1952 in vH
	1951		1952		
	Mio Stück	vH	Mio Stück	vH	
Baden-Württembg.	2 327,1	8,2	2 750,1	9,0	+ 18,2
Bayern . . .	4 687,5	16,6	5 246,5	17,1	+ 11,9
Bremen . . .	4 813,0	17,0	4 233,3	13,8	- 12,0
Hamburg . . .	6 486,7	23,0	7 151,0	23,3	+ 10,2
Hessen . . .	268,1	1,0	132,5	0,4	- 50,6
Niedersachsen . . .	3 402,2	12,0	3 883,9	12,6	+ 14,2
Nordrhein-Westfalen . . .	234,3	0,8	452,0	1,5	+ 92,9
Rheinland-Pfalz . . .	2 220,5	7,9	2 672,7	8,7	+ 20,4
Schleswig-Holstein . . .	3 823,8	13,5	4 184,2	13,6	+ 9,4
Bundesgebiet insg.	28 263,2	100	30 706,2	100	+ 8,6

Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für eine Zigarette

	im Rechnungsjahr		
	1950	1951	1952
im Bundesgebiet	10,15 Pf	10,14 Pf	10,15 Pf
in Hamburg	10,42 Pf	10,33 Pf	10,28 Pf

An der Mehrversteuerung von Zigaretten sind nahezu alle Länder der Bundesrepublik beteiligt. Sehen wir von Hessen ab, dessen Produktion im Rahmen der Gesamtversteuerung im Bundesgebiet bedeutungslos ist, so bleibt nur das Land Bremen, dessen Zigarettenversteuerung um rd. 580 Millionen Stück oder 12 vH zurückgegangen ist.

Der Verbrauch je Einwohner im Bundesgebiet belief sich 1952 auf 597 Stück. Damit überschritt der Zigarettenverbrauch erstmalig nach 1945 den Stand von 1936, der bei 570 Stück je Einwohner gelegen hat.

Die in den letzten Jahren zu verzeichnende Absatzsteigerung der Zigaretten dürfte vor allem durch die infolge Lohn- und Gehaltserhöhungen verbesserte Einkommenslage der Konsumenten bedingt sein. Auffällig ist, daß das höhere Einkommen den Zigarettenraucher nicht zur Bevorzugung besserer Sorten veranlaßt hat, wie aus dem Sinken des durchschnittlichen Kleinverkaufspreises zu entnehmen ist, sondern vielmehr zu einer quantitativen Ausweitung des Konsums geführt hat. So ist die Annahme berechtigt, daß von der Bedarfsseite her auch die Voraussetzungen für eine weitere Zunahme des Zigarettenverbrauchs vorliegen.

Neben der verbesserten Einkommenslage der Konsumenten dürfte auch die äußerst aktive Werbung der Zigarettenindustrie, sowie die Wiederauflage alter Zigarettenmarken, die in der Vorkriegszeit ein Qualitätsbegriff waren, den Mehrabsatz bedingt haben. Wieweit 1952 jedoch die versteuerte Zigarette ihren Absatz auf Kosten des Schmuggels erweitern konnte, ist schwer zu schätzen. Wenn auch der Grenzschnuggel durch die Maßnahmen der Zollverwaltung zurückgedrängt worden ist, so hat dafür der weit schwerer zu bekämpfende Schmuggel

mit Besatzungszigaretten zugenommen. Nach vorsichtigen Schätzungen werden monatlich etwa 300 Millionen Stück Zigaretten unversteuert auf den Markt gebracht.

Für die Herstellung der 1952 im Bundesgebiet auf den Markt gebrachten Zigaretten wurden etwa je zur Hälfte USA-Virgin- und Orienttabake verwendet. Damit lag der Anteil der Orienttabake an der Gesamtverarbeitung zwar höher als im Vorjahre, der Absatz der reinen Orientzigarette war jedoch weiterhin gering (rd. 5 vH).

c) Zigarren

Die hamburgische Zigarrenversteuerung, die mit 52,7 Millionen Stück im Jahre 1950 weit die Menge der vor dem Kriege versteuerten Zigarren übertraf, ist seitdem im Gegensatz zu der Situation im Bundesgebiet jährlich um rd. 6 Millionen Stück zurückgegangen. Im Jahre 1952 lag sie mit 40,8 Millionen Stück allerdings immer noch um rd. 5 Millionen Stück über dem Jahresergebnis 1936.

Übersicht 25

Versteuerte Zigarren in Hamburg

Rechnungs-jahre	Menge	Steuerwert	Kleinverkaufswert
	1000 Stück	1000 RM / DM	
1936	35 333	1 050	4 564
1947	8 417	5 499	7 329
1948	16 546	4 424	7 642
1949	33 131	5 774	12 826
1950	52 712	4 379	13 911
1951	46 906	3 994	13 229
1952	40 786	3 515	11 788

Die nach 1945 durch die Besatzungsmächte vorgenommenen Erhöhungen der Abgabentarife auf Zigarren führten zu einer beträchtlichen Heraufsetzung der Kleinverkaufspreise und damit zu einem bedeutenden Ansteigen der Steuer- und Kleinverkaufswerte aller versteuerten Zigarren. Der Tabaksteuersatz für Zigarren, der bis zum 16. Mai 1946 bei 23 vH des Kleinverkaufspreises gelegen hatte, wurde nunmehr auf 90 vH festgesetzt, bis Ende 1946 jedoch wieder auf 70 bis 80 vH ermäßigt. 1947 lag der durchschnittliche Steuersatz für Zigarren bei rd. 75 vH. Die in den folgenden Jahren durchgeführten weiteren Steuerermäßigungen drückten diesen Tarif bis auf rd. 30 vH im Jahre 1952 herunter. 1953 wurde der Steuersatz für Zigarren dann wieder auf 23 vH wie in der Vorkriegszeit ermäßigt.

Übersicht 27

Die Zigarrenversteuerung im Bundesgebiet

Länder	Menge der versteuerten Zigarren im Rechnungsjahr				Veränderung 1951-1952 in vH
	1951		1952		
	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	
Baden-Württemberg	1 859 238	45,4	1 978 301	45,7	+ 6,4
Bayern	247 778	6,1	291 274	6,7	+ 17,6
Bremen	69 257	1,7	76 660	1,8	+ 10,7
Hamburg	46 906	1,1	40 786	0,9	- 13,0
Hessen	288 048	7,0	297 096	6,9	+ 3,1
Niedersachsen	118 969	2,9	111 589	2,6	- 6,2
Nordrhein-Westfalen	1 329 564	32,4	1 410 178	32,5	+ 6,1
Rheinland-Pfalz	110 878	2,7	92 566	2,1	- 16,5
Schleswig-Holstein	27 517	0,7	33 354	0,8	+ 21,2
Bundesgebiet insgesamt	4 098 155	100	4 331 804	100	+ 5,7

Ebenso wie die Steuersätze haben auch die Kleinverkaufspreise starken Schwankungen unterlegen. 1936 machte in Hamburg der Anteil der Preisklasse 10 Rpf 45,7 vH aller versteuerten Zigarren aus, der durchschnittliche Kleinverkaufspreis belief sich auf 12,92 Rpf. 1947 wurden 35,4 vH aller Zigarren in der Preisklasse zu 65 Rpf das Stück versteuert, während der durchschnittliche Kleinverkaufspreis sich auf 87,08 Rpf stellte. Im Jahre 1951 dominierte erstmalig wieder die 10-Pf-Preisklasse mit 18,3 vH aller versteuerten Zigarren, Stumpfen und Zigarillos. Nahezu das gleiche Bild zeigt das Ergebnis der Zigarrenversteuerung im Jahre 1952. Der durchschnittliche Kleinverkaufspreis lag in diesem Jahre bei 28,90 Pf für das Stück, während er sich im ganzen Bundesgebiet auf 18,46 Pf stellte.

Übersicht 26

Die Steuerbelastung¹⁾ der Zigarre

Rechnungs-jahre	Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für eine Zigarre		Durchschnittliche Steuerbelastung einer Zigarre		
	in Rpf/Pf	im Vergleich zu 1936 in vH	in vH des Kleinverkaufspreises	in Rpf/Pf	
				absolut	im Vergleich zu 1936 in vH
1936	12,92	100,0	23,00	2,97	100,0
1947	87,08	674,0	75,03	65,34	2 200,0
1948	46,18	357,4	57,86	26,72	899,7
1949	38,71	299,6	45,02	17,43	586,9
1950	26,39	204,3	31,48	8,31	279,8
1951	28,20	218,3	30,19	8,51	286,5
1952	28,90	223,7	29,82	8,62	290,2

¹⁾ Nur Tabaksteuer.

Ebenso wie bei der Zigarette ist die durchschnittliche Steuerbelastung der Zigarre gegenüber der Vorkriegszeit stark angewachsen. Während 1936 noch jede in Hamburg versteuerte Zigarre dem Staatshaushalt 2,97 Rpf an Tabaksteuer zufließen ließ, war es 1947 das 22fache und 1948 das 9fache dieses Betrages, das der Staat für den Genuß einer Zigarre vereinnahmte. Bis 1952 sank dann die durchschnittliche Steuerbelastung einer Zigarre auf 8,62 Pf.

Wenn auch der durchschnittliche Kleinverkaufspreis gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als das Doppelte gestiegen ist, so hat doch die höhere Steuerbelastung in Verbindung mit erhöhten Produktionskosten in den letzten Jahren zu einer fühl-

baren Beeinträchtigung der Rentabilität der Zigarrenherstellungsbetriebe geführt, so daß eine Vielzahl insbesondere kleinerer Betriebe schließen mußte. Auch eine an sich erforderliche Lohn-erhöhung konnte in diesem Gewerbe-
zweig nicht vorgenommen werden. Die 1953 erfolgte Senkung des Steuersatzes von 28 vH auf 23 vH sollte vor allem eine Korrektur des Lohntarifes ermöglichen.

Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für eine Zigarre

	im Rechnungsjahr		
	1950	1951	1952
im Bundesgebiet.	19,12 Pf	18,80 Pf	18,46 Pf
in Hamburg	26,39 Pf	28,20 Pf	28,90 Pf

Im Rahmen der Gesamtbesteuerung von Zigarren im Bundesgebiet spielt Hamburg eine völlig untergeordnete Rolle. Mit 40,8 Millionen Stück machte der Anteil der in Hamburg versteuerten Zigarren nicht einmal 1 vH der Gesamtmenge der im Rechnungsjahr 1952 im Bundesgebiet zur Besteuerung gekommenen Zigarren aus. Führendes Land in der Zigarrenbesteuerung ist Baden-Württemberg, wo 1952 rd. die Hälfte aller Zigarren versteuert wurden. An dem Aufschwung der Zigarrenbesteuerung im Bundesgebiet in den letzten Jahren sind nahezu alle Bundesländer beteiligt. Hamburg weist dagegen einen verhältnismäßig hohen Rückgang auf, allerdings liegt der durchschnittliche Kleinverkaufspreis der versteuerten Zigarren in Hamburg weit über dem Bundesdurchschnitt. Bei einem Vergleich der Länderergebnisse ist noch zu berücksichtigen, daß die in einem Land versteuerten Zigarren nicht in dem gleichen Land hergestellt zu sein brauchen, da große Mengen aus Steuerlagern versteuert werden, die von Herstellern aus verschiedenen Ländern beschickt werden, was insbesondere auch für Hamburg zutrifft.

Je Einwohner wurden im Bundesgebiet 1952 89 Stück gegenüber 85 Stück im Vorjahre verbraucht. Im Vergleich zu 1938 (Reichsdurchschnitt: 133 Stück) liegt der Verbrauch noch um rd. ein Drittel niedriger.

d) Feinschnitt

Wie im Bundesgebiet hat auch in Hamburg die Bevorzugung der fabrikmäßig hergestellten Zigarette in den letzten Jahren zu einem beachtlichen Absatzrückgang bei Feinschnitt geführt. Die versteuerten Mengen erreichten 1952 mit 224 t nur noch 53 vH der Menge des Jahres 1949.

Übersicht 28

Der versteuerte Feinschnitt in Hamburg

Rechnungs-jahre	Menge	Steuerwert	Kleinverkaufswert
	Kilogramm	1000 RM / DM	
1936	266 465	1 087	2 845
1947	65 212	3 392	4 626
1948	103 781	3 766	5 709
1949	420 289	9 090	16 529
1950	313 072	6 615	12 027
1951	212 226	4 076	7 787
1952	223 920	3 934	7 791

Ebenso wie bei Zigaretten und Zigarren ist auch bei Feinschnitt ein starkes Ansteigen der Steuer- und Kleinverkaufswerte nach 1945 zu beobachten. Die Gründe sind die gleichen wie bei den anderen Tabakerzeugnissen, nämlich Erhöhung der Abgabentarife und der Kleinverkaufspreise. So stieg der Tabaksteuersatz für Feinschnitt von 50 vH des Kleinverkaufspreises vor dem Kriege auf 90 vH im Jahre 1946 an, ging jedoch dann bis 1952 auf 53 vH zurück. Das neue Tabaksteuergesetz von 1953 senkte den Tarif weiter auf rd. 48 vH. Der Tabaksteuersatz liegt also bei Feinschnitt heute unter dem Vorkriegsstand. Ab 8. August 1951 ist auch wieder ein steuerbegünstigter Feinschnitt mit einem Beimischungszwang von mindestens 50 vH Inlandtabak zugelassen. Für diesen Feinschnitt wurde der Steuersatz auf 50 vH und ab 8. Juni 1953 auf 31 bis 37½ vH des Verbraucherpreises festgesetzt. Die Einführung dieser steuerermäßigten Tabaksorten, auf die 1952 rd. 88 vH des gesamten versteuerten Feinschnitts entfiel, hat jedoch den Absatzrückgang nicht verhindern können, auch weil die Kleinverkaufspreise heute noch weit über denen der Vorkriegszeit liegen.

1936 entfielen 84,4 vH des in Hamburg versteuerten Feinschnitts auf die Preisklasse zu 10 RM für das kg. 1947 war die meistgefragte Preisklasse mit 71,2 vH der Gesamtmenge die zu 75 RM und mehr für das kg. Im Jahre 1952 war die niedrigste Preisklasse zu 32 DM das kg mit 63,8 vH des insgesamt versteuerten Feinschnitts auch die meistgekauft.

Übersicht 29

Die Steuerbelastung¹⁾ des Feinschnitts

Rechnungs-jahre	Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für 1 Kilogramm Feinschnitt		Durchschnittliche Steuerbelastung von 1 Kilogramm Feinschnitt		
	in RM / DM	im Vergleich zu 1936 in vH	in vH des Kleinverkaufspreises	in RM / DM	
				absolut	im Vergleich zu 1936 in vH
1936	10,68	100,0	38,21	4,08	100,0
1947	70,93	664,1	73,32	52,01	1 274,8
1948	55,01	515,1	65,97	36,29	889,5
1949	39,33	368,3	55,00	21,63	530,1
1950	38,42	359,7	55,00	21,13	517,9
1951	36,69	343,5	52,34	19,20	470,6
1952	34,80	325,8	50,49	17,57	430,6

¹⁾ Nur Tabaksteuer.

Der durchschnittliche Kleinverkaufspreis für ein Kilogramm Feinschnitt, der 1936 bei 10,68 RM lag, stieg 1947 auf 70,93 RM und sank dann bis 1952 auf 34,80 DM. Dementsprechend ist auch die Steuerbelastung des Feinschnitts von 4,08 RM je Kilogramm im Jahre 1936 auf 52,01 RM im Jahre 1947 angestiegen und dann wieder bis auf 17,57 DM im Jahre 1952 zurückgegangen.

Die hohen Zigarettenpreise veranlaßten zahlreiche Raucher, sich ihre Zigaretten selbst zu drehen, wozu in der Hauptsache der Feinschnitt verwendet wurde. Mit dem Abbau der Zigarettenpreise reicht der geringe Preisvorteil im Verhältnis zu dem bestehenden Qualitätsunterschied zwischen selbstgedrehter und fabrikmäßig hergestellter Zigarette offenbar nicht mehr aus, um den Raucher zum Selbstdrehen im gleichen Umfang wie bis dahin zu bestimmen. Die abnehmende Zahl der

„Selbstdreher“ und der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang des Rauchens aus der Pfeife führte zu einer spürbaren Abnahme des Feinschnittkonsums. Da sich der Absatzrückgang in Verbindung mit steigenden Produktionskosten recht nachteilig auf die Rentabilität besonders der kleineren Betriebe ausgewirkt hat, sieht das neue Tabaksteuergesetz vom Mai 1953 eine besondere Vorschaltklasse von 24 DM je kg vor, die diesen Betrieben einen gewissen Anteil am Absatz sichern soll. Auch für den inländischen Tabakanbau sind die Steuererleichterungen für Feinschnitt von Bedeutung, denn 1951 lieferte dieser rd. 40 vH des zur Herstellung von Feinschnitt verwendeten Tabaks.

Übersicht 30

Die Feinschnittversteuerung im Bundesgebiet

Länder	Menge des versteuerten Feinschnitts im Rechnungsjahr				Veränderung 1951-1952 in vH
	1951		1952		
	dz	vH	dz	vH	
Baden-					
Württemberg	6 585	4,3	3 605	2,7	- 45,3
Bayern	2 650	1,7	3 027	2,2	+ 14,2
Bremen	96 660	62,6	86 821	64,0	- 10,2
Hamburg	2 122	1,4	2 239	1,6	+ 5,5
Hessen	1 014	0,6	572	0,4	- 43,6
Niedersachsen	5 811	3,8	4 553	3,3	- 21,6
Nordrhein-					
Westfalen . .	33 816	21,9	28 763	21,2	- 14,9
Rheinland-					
Pfalz	5 511	3,6	6 062	4,5	+ 10,0
Schleswig-					
Holstein . . .	234	0,1	102	0,1	- 56,4
Bundesgebiet	154 403	100	135 744	100	- 12,1
insges.					

Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für 1 kg Feinschnitt

	im Rechnungsjahr		
	1950	1951	1952
im Bundesgebiet	36,50 DM	35,04 DM	34,42 DM
in Hamburg	38,42 DM	36,69 DM	34,80 DM

An der Gesamtversteuerung von Feinschnitt im Bundesgebiet ist Hamburg im Jahre 1952 nur mit 1,6 vH beteiligt gewesen. Hauptsteuerungsländer waren Bremen mit 64,0 vH und Nordrhein-Westfalen mit 21,2 vH. Gegenüber 1951 hat die Menge des versteuerten Feinschnitts im Bundesgebiet um rd. 12 vH abgenommen. An diesem Rückgang sind mehr oder weniger bis auf Hamburg und Rheinland-Pfalz alle Länder beteiligt. Hamburg weist eine Zunahme von 5,5 vH oder — in absoluten Zahlen — 117 dz auf, die jedoch im Rahmen der Gesamtversteuerung im Bundesgebiet bedeutungslos ist.

Je Kopf der Bevölkerung des Bundesgebiets berechnet sich der Verbrauch an Feinschnitt im Jahre 1952 auf 276 g gegen 315 g im Vorjahre. Er liegt damit jedoch immer noch etwas höher als der Vorkriegsstand im Reichsgebiet von 1938 (267 g).

e) Pfeifentabak

Die Menge des in Hamburg versteuerten Pfeifentabaks (Grobschnitt) erreichte 1952 mit 103 t nur

knapp ein Drittel der im Jahre 1936 versteuerten Menge, da der Grobschnitt in der Hauptsache aus der halblangen und langen Pfeife geraucht wird, eine Art des Rauchens, die immer weniger Anhänger findet.

Übersicht 31

Der versteuerte Pfeifentabak in Hamburg

Rechnungs-jahre	Menge	Steuerwert	Kleinverkaufswert
	Kilogramm	1000 RM / DM	
1936	323 372	581	1 816
1947	4 859	207	295
1948	21 098	528	888
1949	129 814	1 792	3 982
1950	144 316	1 988	4 417
1951	119 264	1 633	3 750
1952	102 877	1 365	3 176

Wenn auch die Menge des versteuerten Pfeifentabaks sehr zusammengeschrumpft ist, so sind dagegen der Steuerwert und der Kleinverkaufswert, wie bei allen anderen Tabakerzeugnissen, beträchtlich angestiegen. Der Steuersatz für Pfeifentabak, der vor dem Kriege 32 vH des Kleinverkaufspreises ausmachte, stieg 1946 auf 80 vH. Bis 1952 ging er dann allmählich auf 43 vH zurück. 1953 erfolgte eine nochmalige Tabaksteuersenkung auf 28 vH des Kleinverkaufspreises.

Im gleichen Zeitraum sind die durchschnittlichen Kleinverkaufspreise je kg Pfeifentabak von 5,62 RM im Jahre 1936 auf 60,78 RM im Jahre 1947 gestiegen und liegen 1952 bei 30,87 DM, also immer noch mehr als fünfmal so hoch wie 1936. Während es 1936 die Preisklassen 3 RM bis 5 RM je kg Pfeifentabak waren, die den größten Absatz (71,8 vH der Gesamtmenge) aufwiesen, war es 1947 die Preisklasse 60 RM je kg, die mit 86,9 vH des insgesamt versteuerten Pfeifentabaks an erster Stelle rangierte. 1952 wies die Preisklasse zu 20 DM je kg mit 26,3 vH der Gesamtmenge den größten Absatz auf.

Übersicht 32

Die Steuerbelastung¹⁾ des Pfeifentabaks

Rechnungs-jahre	Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für 1 Kilogramm Pfeifentabak		Durchschnittliche Steuerbelastung von 1 Kilogramm Pfeifentabak		
	in RM/DM	im Vergleich zu 1936 in vH	in RM/DM		
			in vH des Kleinverkaufspreises	absolut	im Vergleich zu 1936 in vH
1936	5,62	100,0	32,00	1,80	100,0
1947	60,78	1 081,5	70,00	42,55	2 363,9
1948	42,10	749,1	59,41	25,01	1 389,4
1949	30,68	545,9	45,00	13,81	767,2
1950	30,61	544,7	45,00	13,77	765,0
1951	31,44	559,4	43,54	13,69	760,6
1952	30,87	549,3	43,00	13,27	737,2

¹⁾ Nur Tabaksteuer.

Von allen Tabakwaren ist es der Pfeifentabak, dessen Steuerbelastung nach 1945 die höchste Steigerung erfahren hat. Einer durchschnittlichen Steuerbelastung von 1,80 RM je kg im Jahre 1936 stand 1947 eine solche von 42,55 RM je kg und 1952 noch eine solche von 13,27 DM je kg gegenüber. 1952 betrug die Steuerbelastung des Pfeifentabaks also immer noch mehr als das Siebenfache des

Standes von 1936. Diese Entwicklung mußte zwangsläufig zu einer starken Einschränkung des Verbrauchs von Pfeifentabak führen, da der Grobschnitt überwiegend von älteren Herren, insbesondere Rentnern, geraucht wird, deren Einkommensverhältnisse den derart gestiegenen Verbraucherpreisen nicht mehr entsprechen.

Übersicht 33

Die Versteuerung von Pfeifentabak im Bundesgebiet

Länder	Menge des versteuerten Pfeifentabaks im Rechnungsjahr				Veränderung 1951-1952 in vH
	1951		1952		
	dz	vH	dz	vH	
Baden-Württemberg	3 829	7,9	3 509	8,1	— 8,4
Bayern	14 494	30,0	14 084	32,5	— 2,8
Bremen	1 685	3,5	1 363	3,1	— 19,1
Hamburg	1 193	2,5	1 029	2,4	— 13,7
Hessen	933	1,9	585	1,3	— 37,3
Niedersachsen	768	1,6	768	1,8	—
Nordrhein-Westfalen	18 945	39,3	17 327	39,9	— 8,5
Rheinland-Pfalz	6 041	12,5	4 436	10,2	— 26,6
Schleswig-Holstein	371	0,8	291	0,7	— 21,6
Bundesgeb. insg.	48 259	100	43 392	100	— 10,1

Mit 2,4 vH der Menge des 1952 im Gebiet der Bundesrepublik versteuerten Pfeifentabaks ist der

Anteil Hamburgs an der Gesamtversteuerung bedeutungslos. Hauptstandorte der Pfeifentabakindustrie liegen in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Bayern. Gegenüber 1951 weisen alle Länder der Bundesrepublik einen Rückgang der versteuerten Mengen auf.

Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für 1 kg Pfeifentabak

	im Rechnungsjahr		
	1950	1951	1952
im Bundesgebiet	20,57 DM	20,06 DM	19,59 DM
in Hamburg	30,61 DM	31,44 DM	30,87 DM

Die schon bei anderen Tabakerzeugnissen festgestellte Tatsache, daß die durchschnittlichen Kleinverkaufspreise in Hamburg zum Teil weit über dem Bundesdurchschnitt liegen, ist auch beim Pfeifentabak zu beobachten. Bei diesem Erzeugnis waren die hamburgischen Durchschnittspreise in den letzten Jahren rd. um die Hälfte höher als im ganzen Bundesgebiet.

Je Einwohner ist der Pfeifentabakverbrauch, der in den Nachkriegsjahren immer unter dem Vorkriegsstand gelegen hat, im Jahre 1952 weiter auf 89 g gesunken (1938: 201 g) gegen 99 g im Vorjahre.

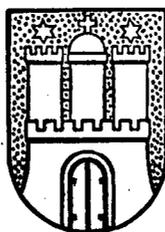
Feindt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 6. April 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 6

Vieh und Fleisch in Hamburg im Jahr 1954

Am Hamburger **Viehmarkt** war im Berichtsjahr die Rinderzufuhr erheblich gestiegen, in fast allen Monaten, besonders im Herbst, war die Zufuhr größer als im Jahr vorher. Das kann damit zusammenhängen — auch eine später zu erwähnende Gewichtsabnahme der Rinder deutet darauf hin —, daß wegen der durch hohe Niederschläge und kühles Wetter bedingten geringen Futterernte mehr Tiere als sonst dem Schlachtviehhandel zugeführt worden sind. Das Resultat des inländischen Angebots aus den 12 Monaten war ein Plus von mehr als 13 000 Stück oder von 16 vH. Dabei hatte schon das Vergleichsjahr 1953 einen Zuwachs von reichlich 20 000 Rindern zu verzeichnen gehabt. Die Auftriebszahlen lauteten:

1950	59 757
1951	67 182
1952	62 932
1953	83 478
1954	96 744

Am **Schweinemarkt** war bereits im Jahre 1951 mit rd. 400 000 Stück ein relativ großer Auftrieb erreicht worden, und diese Größenordnung wurde 1954 wie 1953 gehalten. Nur vorübergehend,

im Jahre 1952, war sie auf 440 000 hinaufgegangen, so daß es den Anschein haben konnte, die Zahl steuere wieder dem Marktvolumen etwa der zwanziger Jahre zu, das sich auf weit über 500 000 belief.

Am **Kälbermarkt** blieb das Angebot steigend; der Auftrieb war mit 57 528 Stück der größte seit 1949. Vergleicht man aber wieder mit den zwanziger Jahren (in den dreißiger Jahren haben anfangs die Wirtschaftskrise und später die Lenkungsmaßnahmen das Marktbild beeinträchtigt), dann klafft doch noch ein großer Abstand; denn im Durchschnitt der Jahre 1925/29 wurden 76 269 Kälber in Hamburg vermarktet, davon 69 710 aus den jetzt westdeutschen Gebieten.

Am **Schafmarkt** wurden 1954 rd. 5400 (8,6 vH) Tiere weniger aufgetrieben als im vorherigen Jahr. Mißt man an dem Jahr 1949, das seitdem die größte Zufuhr brachte, beträgt der Rückgang sogar 22 vH. Aber 1949 mag darin ungewöhnlich gewesen sein, weil sich damals eine gewisse Ausweitung der Schafhaltung aus der Zeit vor der Geldstabilisierung auf den Markt auswirkte, der zudem erst wenig mit Rindern, Kälbern und Schweinen beschickt war.

Übersicht 1

Die Zufuhren von inländischem Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt

Monate	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH
1954								
Januar	6 039	6,2	4 375	7,6	27 757	6,9	4 847	8,5
Februar	6 017	6,2	4 897	8,5	29 780	7,4	4 836	8,5
März	7 690	7,9	7 083	12,3	44 048	11,0	3 816	6,7
April	5 500	5,7	5 312	9,2	34 944	8,7	3 064	5,3
Mai	4 984	5,2	5 174	9,0	32 226	8,1	2 742	4,8
Juni	6 496	6,7	5 331	9,3	34 216	8,5	7 473	13,1
Juli	7 253	7,5	3 464	6,0	25 911	6,5	4 900	8,6
August	7 903	8,2	2 730	4,8	26 394	6,6	4 994	8,7
September	12 840	13,3	3 736	6,5	34 840	8,7	6 696	11,7
Oktober	12 244	12,6	3 574	6,2	27 900	7,0	4 930	8,6
November	10 800	11,2	4 828	8,4	34 878	8,7	5 488	9,6
Dezember	8 978	9,3	7 024	12,2	47 597	11,9	3 394	5,9
insgesamt	96 744	100	57 528	100	400 491	100	57 180	100
dagegen 1953	83 478		55 566		403 639		62 587	

Soweit Übersicht 1. Übersicht 2 zeigt die **Herkunftsgebiete**. An der Steigerung der Rinderzufuhren war Schleswig-Holstein mit 7000 und Niedersachsen mit reichlich 5000 Stück beteiligt. Der Marktanteil Niedersachsens erhöhte sich leicht auf 29,1 vH, der Schleswig-Holsteins lag genau bei $\frac{2}{3}$. Am Schweinemarkt hielt Schleswig-Holstein seine Zufuhren und steigerte sie sogar, wenn auch nur um einige 1000 Stück, während Niedersachsen 7000 Tiere weniger auf den Hamburger Markt schaffte. Ähnlich gelagert war es bei Kälbern und Schafen: Schleswig-Holstein holte auf, Niedersachsen blieb hinter seinen Zufuhren vom Jahr vorher zurück.

Aus dem **Ausland** (bisher war nur von Vieh inländischer Herkunft die Rede) kamen 16 700 Rin-

der und 29 500 Schweine. Herkunftsland war wieder Dänemark, abgesehen von einem kleinen Posten Schweine aus Portugal, die im Rahmen einer größeren Schweineeinfuhr von dort in das Bundesgebiet per Schiff über Bremerhaven Hamburg erreichten. Die Rindereinfuhr war wesentlich geringer als 1953 und nicht mehr weit ab von dem niedrigen Stand im Jahre 1949, der Zeit des Wiederanfangs. Daß es sich bei der Einfuhrmenge 1954 von rd. 16 700 Stück für den Hamburger Markt nur um eine verhältnismäßig kleine handelt, möge daraus hervorgehen, daß im Durchschnitt der Jahre 1925/29 rd. 45 000 Rinder aus Dänemark über Hamburg zur Einfuhr kamen. Die an sich nicht mehr bedeutende Schweineeinfuhr stieg 1954 gegenüber dem Vorjahr von 22 618 auf 28 995 Stück.

Übersicht 2

Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach Herkunftsgebieten

Herkunftsgebiete	Zufuhr von							
	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen
	1953				1954			
Schleswig-Holstein . . .	57 513	26 846	299 619	38 567	64 546	29 720	303 494	41 111
Landgebiet Hamburg . .	1 947	1 113	15 306	722	2 372	1 156	15 242	781
Niedersachsen	23 110	27 570	88 714	13 221	28 200	26 603	81 720	6 725
Hessen	340	26	—	440	498	2	6	48
Nordrhein-Westfalen . .	81	11	—	8 822	152	37	25	7 704
Baden-Württemberg . . .	43	—	—	201	131	—	—	—
Bayern	444	—	—	614	845	10	4	811
Inland zusammen	83 478	55 566	403 639	62 587	96 744	57 528	400 491	57 180
Ausland (Dänemark) . . .	22 583	20	22 618	—	16 731	6	28 995	—
(Portugal)	—	—	—	—	—	—	492	—
Gesamtzufuhr	106 061	55 586	426 257	62 587	113 475	57 534	429 978	57 180

Übersicht 3

Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach der Art der Transportmittel

Vieharten	1953			1954		
	Lastwagen	Eisenbahn	zusammen	Lastwagen	Eisenbahn	zusammen
	a) absolute Zahlen					
Rinder	59 298	24 180	83 478	69 458	27 286	96 744
Kälber	41 508	14 058	55 566	44 290	13 238	57 528
Schweine	327 944	75 695	403 639	319 219	81 272	400 491
Schafe	16 085	46 502	62 587	15 887	41 293	57 180
	b) Verhältniszahlen					
Rinder	71,0	29,0	100	71,8	28,2	100
Kälber	74,7	25,3	100	77,0	23,0	100
Schweine	81,2	18,8	100	79,7	20,3	100
Schafe	25,7	74,3	100	27,8	72,2	100

Übersicht 4

Die Zufuhren von Schlachtvieh mit der Eisenbahn zum Hamburger Viehmarkt

aus Richtung	1953				1954			
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Flensburg, Husum, Kiel	14 800	4 864	50 175	26 111	15 761	5 105	59 609	28 070
Lübeck	43	9	127	1	38	2	4	23
Stade, Bremen, Hannover	9 337	9 185	24 853	20 390	11 487	8 131	21 659	13 200
insgesamt	24 180	14 058	75 695	46 502	27 286	13 238	81 272	41 293

Die Art der **Viehtransportmittel**, ob Lastwagen oder Eisenbahn, war 1954 kaum anders als 1953, wie die Übersicht 3 auch in Verhältniszahlen erkennen läßt. Mit der Eisenbahn wurden 28 vH der Rinder, 23 vH der Kälber und 20 vH der Schweine auf den Weg nach Hamburg gebracht; bei den Schafen waren es wieder über 70 vH. Übersicht 4 ergänzt Übersicht 3 hinsichtlich der Schienenwege.

Übersicht 5 sagt über die **Entfernung zwischen den Absendeorten und Hamburg** gestaffelt in km aus. Vergleicht man die Jahre 1953 und 1954,

so fällt auf, wie gering die Abweichungen in den Relationen sind, was auch schon früher festzustellen gewesen war und was auf gut eingefahrene Lieferbeziehungen hindeutet.

Im Umschlag und **Versand von Rindern**, einem bedeutsamen Zweig des Hamburger Viehmarktes, hat es im Berichtsjahr volumenmäßig so gut wie keine Veränderungen gegeben. Für den **Fernversand** (über Entfernungen von mehr als 50 km) wurden 1954 wie 1953 rd. 15 000 Rinder aus dem Markt genommen; das waren freilich 1954 nur

Übersicht 5

Die Zufuhren von Schlachtvieh zum Hamburger Viehmarkt nach der Entfernung der Herkunftsgebiete

Entfernungen	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	
	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954
	a) absolute Zahlen							
unter 50 km	14 974	17 010	12 274	13 069	108 137	107 597	5 163	6 348
50 km bis unter 100 km	32 261	38 226	29 589	31 069	174 449	174 889	7 293	6 364
100 km bis unter 150 km	27 991	30 364	12 042	11 834	105 947	106 656	8 509	9 103
150 km bis unter 200 km	5 629	6 472	1 058	917	7 781	4 978	19 385	20 013
200 km bis unter 300 km	1 715	3 046	566	590	7 325	6 336	12 160	6 789
300 km bis unter 400 km	421	650	37	39	—	31	9 403	7 752
400 km und darüber . .	487	976	—	10	—	4	674	811
insgesamt	83 478	96 744	55 566	57 528	403 639	400 491	62 587	57 180
	b) Verhältniszahlen							
unter 50 km	17,9	17,6	22,1	22,7	26,8	26,9	8,2	11,1
50 km bis unter 100 km	38,6	39,5	53,2	54,0	43,2	43,7	11,7	11,1
100 km bis unter 150 km	33,6	31,4	21,7	20,6	26,3	26,6	13,6	15,9
150 km bis unter 200 km	6,7	6,7	1,9	1,6	1,9	1,2	31,0	35,0
200 km bis unter 300 km	2,1	3,1	1,0	1,0	1,8	1,6	19,4	11,9
300 km bis unter 400 km	0,5	0,7	0,1	0,1	—	0,0	15,0	13,6
400 km und darüber . .	0,6	1,0	—	0,0	—	0,0	1,1	1,4
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

15,4 vH, 1953 aber 18,0 vH des Auftriebs aus dem Inland. Die Versandquote ist also etwas zurückgegangen.

Das am meisten Bemerkenswerte aus dem Hamburger Versandgeschäft 1954 sind die **erstmaligen Lieferungen von Rindern in die sowjetisch besetzte Zone**, und zwar nach Sachsen und Ostberlin. Damit sind, was insbesondere Sachsen angeht, wirtschaftliche Verbindungen wieder aufgenommen worden, die mehr als zwei Jahrzehnte unterbrochen gewesen sind. Bis zum Ende der zwanziger Jahre hatte der Rinderversand vom Hamburger Markt nach Provinz Sachsen und Land Sachsen 7 000 bis 9 000 Stück jährlich betragen. 1954 waren es 1 687 Stück, die in die Ostzone und Ostberlin versandt wurden. Dem steht gegenüber, daß Nordrhein-Westfalen, das Hauptabnahmeland des Hamburger Marktes, 1879 Rinder weniger kaufte als im Vorjahr.

In den Zahlen der Übersicht 6 ist auch der vom Hamburger Lebendviehmarkt ausgehende **Nahverkehr** eingegliedert. Hier handelt es sich um Vieh, das auf dem Viehmarkt von Schlachtern und Fleischwarenfabrikanten, die entweder in den nicht schlachthofgebundenen Ortsteilen Hamburgs oder in der schleswig-

holsteinischen oder niedersächsischen Umgebung Hamburgs ansässig sind, gekauft worden ist, um in den Gewerbestätten der Käufer geschlachtet zu werden. Dieser Nahverkehr hat bei Rindern um rd. 13 vH zugenommen; er umfaßte rd. 12 000 Stück (nur 3 000 Stück weniger als der Fernversand), wovon über 8 500 für Hamburger Ortsteile und 3 200 für die schleswig-holsteinischen Nachbargebiete bestimmt waren.

Vom Kälbermarkt wurden im Jahre 1954 über 2 400 Tiere mit der Eisenbahn und 3 000 Tiere per Lastwagen abtransportiert. Die Eisenbahntransporte gingen hauptsächlich ins Oldenburgische, wobei es sich um nüchterne Kälber für die Würstchenfabrikation gehandelt hat. Von den 3 000 „durch das Tor“ abgerollten Kälbern blieben rd. 2 100 auf Hamburger Gebiet, während etwa 700 in den angrenzenden schleswig-holsteinischen Kreisen zur Schlachtung kamen.

Der Versand, das heißt der Fernversand von Schweinen, machte mit etwa 17 900 Stück knapp 4½ vH des Auftriebs aus. Ähnlich war es in den vergangenen Jahren gewesen. Hauptempfangsländer waren 1954 wieder Nordrhein-Westfalen, dann Niedersachsen, dann Bayern. Niedersachsen bezog etwa 2 300 Stück mehr, Süddeutschland etwa 4 000 Stück weniger. Der Nahversand vom Ham-

Übersicht 6

Der Versand von Lebendvieh vom Hamburger Viehmarkt

Empfangsgebiete	1953			1954		
	Versand insgesamt	davon mit		Versand insgesamt	davon mit	
		Eisenbahn	Lastwagen		Eisenbahn	Lastwagen
Rinder						
Schleswig-Holstein	4 441	2 035	2 406	4 364	586	3 778
<i>davon im Umkreis von</i> <i>50 km von Hamburg</i>	2 085	36	2 049	3 222	21	3 201
Niedersachsen	3 013	2 399	614	3 682	2 934	748
<i>davon im Umkreis von</i> <i>50 km von Hamburg</i>	439	12	427	278	6	272
Bremen	134	122	12	81	81	—
Nordrhein-Westfalen	8 308	7 019	1 289	6 429	5 279	1 150
Rheinland-Pfalz	14	—	14	158	158	—
Baden-Württemberg	135	131	4	129	129	—
Hessen	1 223	1 198	115	1 386	1 350	36
Bayern	112	94	18	98	98	—
Berlin	201	154	47	396	383	13
Sowjetische Besatzungszone Hamburg ¹⁾	—	—	—	1 687	1 687	—
insgesamt	25 753	13 062	12 691	26 969	12 685	14 284
Kälber						
Schleswig-Holstein	566	—	566	884	32	852
<i>davon im Umkreis von</i> <i>50 km von Hamburg</i>	470	—	470	708	—	708
Niedersachsen	1 834	1 743	91	2 254	2 223	31
<i>davon im Umkreis von</i> <i>50 km von Hamburg</i>	27	—	27	10	—	10
Nordrhein-Westfalen	95	95	—	204	204	—
Berlin	3	—	3	—	—	—
Hamburg ¹⁾	2 000	—	2 000	2 139	—	2 139
insgesamt	4 498	1 838	2 660	5 481	2 459	3 022
Schweine						
Schleswig-Holstein	6 299	31	6 268	5 715	89	5 626
<i>davon im Umkreis von</i> <i>50 km von Hamburg</i>	5 193	—	5 193	5 290	—	5 290
Niedersachsen	4 991	2 555	2 436	6 927	3 517	3 410
<i>davon im Umkreis von</i> <i>50 km von Hamburg</i>	1 602	—	1 602	2 214	—	2 214
Bremen	67	—	67	1 333	1 333	—
Nordrhein-Westfalen	7 163	7 086	77	7 195	7 135	60
Rheinland-Pfalz	—	—	—	196	161	35
Baden-Württemberg	1 084	1 084	—	375	375	—
Hessen	1 155	1 155	—	1 014	853	161
Bayern	5 610	5 610	—	2 375	2 375	—
Berlin	484	391	93	192	127	65
Ausland (Schweiz)	—	—	—	60	60	—
Hamburg ¹⁾	22 406	—	22 406	19 941	—	19 941
insgesamt	49 259	17 912	31 347	45 323	16 025	29 298
Schafe						
Schleswig-Holstein	1 016	70	946	551	85	466
<i>davon im Umkreis von</i> <i>50 km von Hamburg</i>	181	—	181	293	—	293
Niedersachsen	153	31	122	321	38	283
<i>davon im Umkreis von</i> <i>50 km von Hamburg</i>	89	—	89	67	—	67
Nordrhein-Westfalen	436	436	—	130	130	—
Hessen	40	—	40	26	26	—
Baden-Württemberg	—	—	—	157	157	—
Berlin	87	87	—	150	150	—
Hamburg ¹⁾	1 650	—	1 650	1 402	—	1 402
insgesamt	3 382	624	2 758	2 737	586	2 151

1) nicht schlachthofgebundene Ortsteile.

burger Viehmarkt, der bei Schweinen größer ist als der Fernversand (1954: 27 445 gegen 17 878), war etwas rückläufig, da in die Hamburger schlachthoffreien Ortsteile 10 vH weniger Tiere gebracht wurden als im Jahre 1953. Der Versand in die

schleswig-holsteinische Nachbarschaft blieb fast derselbe, die nächsten niedersächsischen Kreise nahmen etwas mehr auf.

Ein größeres Versandgeschäft in Schafen bestand auch 1954 nicht. Hauptsächlich handelt es

Übersicht 7

Versand von Lebendvieh vom Hamburger Viehmarkt mit der Eisenbahn

Jahre	Schleswig-Holstein Niedersachsen Bremen	Nordrhein- Westfalen Rheinland-Pfalz Hessen	Baden- Württemberg Bayern	Westberlin	Sowjetische Besatzungszone	Ausland (Schweiz)	insgesamt
Rinder							
1953	4 556	8 127	225	154	—	—	13 062
vH	34,9	62,2	1,7	1,2	—	—	100
1954	3 601	6 787	227	383	1 687	—	12 685
vH	28,4	53,5	1,8	3,0	13,3	—	100
Kälber							
1953	1 743	95	—	—	—	—	1 838
vH	94,8	5,2	—	—	—	—	100
1954	2 255	204	—	—	—	—	2 459
vH	91,7	8,3	—	—	—	—	100
Schweine							
1953	2 586	8 241	6 694	391	—	—	17 912
vH	14,4	46,0	37,4	2,2	—	—	100
1954	4 939	8 149	2 750	127	—	60	16 025
vH	30,8	50,8	17,2	0,8	—	0,3	100
Schafe							
1953	101	436	—	87	—	—	624
vH	16,2	69,9	—	13,9	—	—	100
1954	123	156	157	150	—	—	586
vH	21,0	26,6	26,8	25,6	—	—	100

Übersicht 8

Der vom Viehmarkt ausgehende Versand in die nicht dem Schlachthofzwang unterliegenden Gebiete Hamburgs 1954

Bezirke	Zahl der Einwohner in den nicht schlachthofgebundenen Ortsteilen 3. Viertelj. 1954	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Bezirk Hamburg-Mitte (hier nur Finkenwerder, Billstedt)	43 078	172	76	1 182	26
Bezirk Altona (hier nur Lurup, Osdorf, Nienstedten, Blankenese, Iserbrook, Rissen)	81 720	744	473	1 787	385
Bezirk Eimsbüttel (hier nur Lokstedt, Niendorf, Schnelsen, Eidelstedt, Stellingen)	81 490	5 918	1 100	6 338	418
Bezirk Hamburg-Nord (hier nur Langenhorn)	32 573	4	—	116	5
Bezirk Wandsbek (hier Wandsbek, Jenfeld, Tonndorf, Farmsen, Bramfeld, Steilshoop, Wellingsbüttel, Sasel, Poppenbüttel, Lemsahl-Mellingstedt, Duvenstedt, Wohldorf-Ohlstedt, Bergstedt, Volksdorf, Rahlstedt)	234 944	831	446	8 862	509
Bezirk Bergedorf (Lohbrügge, Bergedorf, Curslack, Altenгамme, Neuengamme, Kirchwerder, Ochsenwerder, Reitbrook, Allermöhe, Billwerder, Moorfleet, Tatenberg, Spadenland)	80 760	649	44	307	57
Bezirk Harburg (hier Neuland, Gut Moor, Rönneburg, Langenbek, Sinstorf, Marmstorf, Moorwerder, Altenwerder, Hausbruch, Neugraben-Fischbek, Francop, Neuenfelde, Cranz)	41 864	241	—	1 349	2
insgesamt	596 429	8 559	2 139	19 941	1 402

Übersicht 9

Versand von Lebendvieh mit dem Lastwagen vom Hamburger Viehmarkt in einen Umkreis von 50 km von Hamburg

Empfangsgebiete	1953				1954			
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Schleswig-Holstein								
Kreis Pinneberg	1 347	343	2 853	130	2 024	590	3 404	219
Kreis Steinburg	37	—	16	—	165	31	51	—
Kreis Segeberg	177	5	1 213	—	454	31	1 040	12
Kreis Stormarn	337	74	727	51	195	18	174	62
Herzogtum Lauenburg . .	151	48	384	—	363	38	621	—
zusammen	2 049	470	5 193	181	3 201	708	5 290	293
Niedersachsen								
Kreis Lüneburg	283	15	240	65	168	1	404	57
Kreis Harburg	55	8	7	23	38	5	8	6
Kreis Stade	89	4	1 355	1	66	4	1 802	4
zusammen	427	27	1 602	89	272	10	2 214	67

sich bei dem Abtrieb vom Marktgelände um die Belieferung der schlachthoffreien Außenbezirke Hamburgs. Auf weitere Entfernungen als 50 km kamen rd. 1000 Tiere zum Versand, d. s. weniger als 2 vH des Auftriebs.

Der (immer auf mehr als 50 km bezogene) Fernversand von Schlachtvieh vom Hamburger Viehmarkt war bei Rindern zu 85 vH, bei Schweinen zu 90, bei Kälbern zu 94 und bei Schafen (relativ geringe Entfernungen spielten hinein) zu 60 vH Transport auf der Schiene. Im Nahverkehr war es auch in Beziehung auf die Nachbarländer, von seltenen Ausnahmen abgesehen, natürlich Transport auf der Straße. Übersicht 7 und die letzten Spalten von Übersicht 6 bringen darüber die Zahlen.

In den Übersichten 8 und 9 sind die Zielorte des Nahverkehrs für Hamburg nach den 7 Bezirken, für Schleswig-Holstein und Niedersachsen nach den Landkreisen aufgeführt. Im Hamburger Bild zeigt sich nicht etwa eine „Streuung“ der Zufuhren gemäß dem Bevölkerungsstand der vom Schlachthofzwang freien Ortsteile (wir haben

die Einwohnerzahlen zur Orientierung in der Übersicht mit genannt), sondern es massieren sich vor allem die Rinderzufuhren im Außenbereich des Bezirks Eimsbüttel und die Schweinezufuhren außer im gleichen Bezirk in den äußeren Teilen des Bezirks Wandsbek. Setzt man Eimsbüttel und Wandsbek ab, wo eine überbezirkliche Fabrikation die Zahlen ausschlaggebend bestimmt, dann bleibt für das ganze Jahr 1954 als „Versand“ vom Viehmarkt in die vom Schlachthofzwang freien Ortsteile der übrigen 5 Bezirke eine Kolonne von nur noch 1810 Rindern, 593 Kälbern, 4741 Schweinen und 475 Schafen. Das war allerdings nicht die einzige Versorgung mit Lebendvieh; denn es besteht in Hamburg (auch für die schlachthofgebundenen Ortsteile) keinerlei Zwang, nur auf dem Viehmarkt zu kaufen, sondern es kann auch unmittelbar vom Lande gekauft werden, wovon insbesondere die in den äußeren Ortsteilen ansässigen Schlachter Gebrauch machen, weil sie auch auf dem eigenen Gewerbegrundstück schlachten können. In der Statistik der Schlachtvieh- und Fleischbeschau werden wir auf diesen Zusammenhang wieder stoßen. In der Über-

Übersicht 10

Die durchschnittlichen Lebendgewichte der Schlachttiere (Inland)

Monate	Durchschnittliche Lebendgewichte in kg									
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	Ziegen
1954										
Januar	496,5	393,0	511,0	425,0	473,1	72,2	117,6	55,5	547,0	41,3
Februar	492,0	391,0	506,0	421,0	465,1	68,7	114,2	58,7	531,5	42,7
März	494,0	396,0	513,0	422,5	471,9	69,4	114,4	56,6	562,0	40,9
April	487,0	399,0	511,0	423,5	468,5	75,0	113,7	51,0	488,0	42,4
Mai	473,0	415,5	498,0	415,5	461,8	85,6	116,2	56,5	571,0	40,7
Juni	471,5	395,0	489,5	406,0	451,6	98,2	115,7	57,4	545,5	34,4
Juli	464,0	353,0	492,5	410,0	442,7	104,8	117,5	54,8	562,5	38,2
August	473,0	351,0	487,0	405,0	439,2	113,4	120,5	51,8	533,5	39,3
September	477,0	326,0	488,5	414,5	443,5	111,4	123,2	52,4	533,5	39,3
Oktober	476,0	330,0	493,5	407,5	456,6	80,4	120,4	51,8	486,0	40,9
November	484,5	321,0	495,5	410,0	458,7	71,8	117,3	51,9	489,5	40,7
Dezember	490,0	325,0	501,5	416,0	450,5	71,8	113,4	51,2	578,0	40,4
Jahresdurchschnitt	479,6	362,7	498,4	413,8	455,5	82,1	116,7	54,2	534,4	40,2
dagegen 1953	495,2	379,5	501,0	424,7	461,6	81,3	115,2	55,1	516,0	40,4

sicht 9, die sich auf die Kreise Pinneberg, Steinburg, Segeberg, Stormarn und Lauenburg wie auf die Kreise Lüneburg, Harburg und Stade als Empfangsgebiete bezieht, ist eine nennenswerte Abweichung vom Vorjahr insofern zu verzeichnen, als — mit Ausnahme von Stormarn — die schles-

wig-holsteinischen Kreise — weit voran Pinneberg — ihre Rinderkäufe am Hamburger Markt gesteigert haben. Pinneberg hat auch bei den anderen Viehgattungen zusätzlich aufgenommen.

Die durchschnittlichen Lebendgewichte der am Viehmarkt gehandelten inländischen Rin-

Übersicht 11

Die Schlachtungen¹⁾ von Inlandsvieh auf den Hamburger Schlachthofanlagen

Monate	Schlachtungen (Stückzahl) in den Schlachthöfen														
	St. Pauli	Altona	Harburg	Berge-dorf	Schlacht-höfe ins-gesamt	St. Pauli	Altona	Harburg	Berge-dorf	Schlacht-höfe ins-gesamt	St. Pauli	Altona	Harburg	Berge-dorf	Schlacht-höfe ins-gesamt
1954	Rinder					Kälber					Schweine				
Januar . . .	4523	51	253	15	4842	3500	21	211	24	3756	22155	2163	1470	72	25860
Februar . . .	4519	44	241	15	4819	4193	33	311	32	4569	24205	2294	1490	45	28034
März . . .	4779	63	251	25	5118	6314	37	445	31	6827	33855	4773	1720	58	40406
April . . .	5314	75	278	17	5684	4824	39	411	38	5312	26952	4279	1921	40	33192
Mai . . .	3877	51	244	12	4184	4586	40	242	15	4883	25920	2501	1657	49	30127
Juni . . .	3784	37	234	13	4068	4605	34	273	9	4921	26526	2764	1802	60	31152
Juli . . .	6016	57	292	9	6374	3005	14	170	3	3192	21656	1688	1516	59	24919
August . . .	4897	49	259	12	5217	3101	28	136	4	3269	24478	2333	1556	70	28437
September . . .	7028	162	305	15	7510	2509	19	144	7	2679	22476	1516	1603	80	25675
Oktober . . .	8446	566	353	21	9386	3190	28	143	20	3381	23375	1327	1644	94	26440
November . . .	7197	477	326	12	8012	4992	21	241	23	5277	34808	2234	2043	113	39198
Dezember . . .	6446	115	373	15	6949	4647	40	329	26	5042	33044	1732	2306	101	37183
insgesamt	66826	1747	3409	181	72163	49466	354	3056	232	53108	319450	29604	20728	841	370623
dageg. 1953	55477	575	2845	203	59100	48801	336	3156	347	52640	321616	24857	21096	1074	368643
1954	Schafe					Pferde					Ziegen				
Januar . . .	4894	27	80	8	5009	552	—	83	2	637	61	2	—	23	86
Februar . . .	4479	26	67	7	4579	520	—	83	1	604	48	3	—	18	69
März . . .	3411	24	58	6	3499	655	—	86	—	741	109	8	1	40	158
April . . .	3041	32	56	7	3136	501	—	105	1	607	115	11	19	44	189
Mai . . .	2599	17	36	2	2654	410	—	81	—	491	144	12	15	32	203
Juni . . .	6553	73	203	15	6844	440	—	71	—	511	84	9	20	15	128
Juli . . .	4872	34	161	11	5078	437	—	86	2	525	81	1	28	19	129
August . . .	4696	23	158	9	4886	509	—	95	1	605	125	—	—	39	164
September . . .	5380	27	249	21	5677	517	—	111	1	629	177	3	3	46	229
Oktober . . .	5108	27	224	9	5368	471	—	137	1	609	304	—	—	47	351
November . . .	5170	28	218	7	5423	576	—	108	—	684	278	—	1	79	358
Dezember . . .	2859	23	51	6	2939	503	—	112	—	615	194	—	2	34	230
insgesamt	53062	361	1561	108	55092	6091	—	1158	9	7258	1720	49	89	436	2294
dageg. 1953	57406	386	1739	90	59621	5609	—	974	17	6600	1223	66	18	409	1716

¹⁾ einschl. Notschlachtungen.

Übersicht 12

Die gewerblichen Schlachtungen in Hamburg auf Grund der Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischschau

Monate	Zahl der untersuchten Schlachtungen								
	Pferde	Rinder		Kälber		Schweine		Schafe	Ziegen
		inländische	ausländische	inländische	ausländische	inländische	ausländische		
1954									
Januar	710	6 221	1 673	4 264	—	29 586	2 731	5 202	90
Februar	690	6 067	1 522	5 271	1	31 861	1 548	4 732	75
März	847	6 315	1 244	7 764	—	45 218	849	3 640	157
April	712	6 771	1 630	6 058	—	37 431	1 080	3 281	212
Mai	572	5 196	1 178	5 337	2	34 200	1 691	2 796	208
Juni	583	5 127	1 606	5 234	—	34 713	2 303	7 187	146
Juli	598	7 516	1 349	3 451	—	28 266	3 315	5 359	134
August	679	6 419	1 251	3 451	—	32 228	2 208	5 173	167
September	734	8 700	1 130	3 019	2	29 361	2 150	6 024	238
Oktober	714	10 690	1 392	3 845	—	30 073	4 453	5 684	364
November	796	9 328	1 501	5 920	—	43 601	4 053	5 657	382
Dezember	686	8 149	1 324	5 685	—	41 502	3 135	3 090	235
insgesamt	8 321	86 499	16 800	59 299	5	418 040	29 516	57 825	2 408
dagegen 1953	7 681	72 847	22 345	59 055	5	422 446	22 659	62 534	1 823

Übersicht 13

Anteil der auf den Schlachthofanlagen vorgenommenen Schlachtungen an der Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen in Hamburg

Vieharten	Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen	darunter in den Schlachthofanlagen überhaupt		Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen	darunter in den Schlachthofanlagen überhaupt		
			vH			vH	
		1953			1954		
		Inlandstiere					
Rinder	72 847	59 100	81,1	86 499	72 163	83,4	
Kälber	59 055	52 640	89,1	59 299	53 108	89,6	
Schweine	422 446	368 643	87,3	418 040	370 623	88,7	
Schafe	62 534	59 621	95,3	57 825	55 092	95,3	
Pferde	7 681	6 600	85,9	8 321	7 258	87,2	
Ziegen	1 823	1 716	94,1	2 408	2 294	95,3	
		Auslandstiere					
Rinder	22 345	22 345	100,0	16 800	16 800	100,0	
Kälber	5	5	100,0	5	5	100,0	
Schweine	22 659	22 659	100,0	29 516	29 516	100,0	

der sind von 1953 auf 1954 weiter zurückgegangen, von 461 auf 455 kg. Die Ochsen hatten ein minderes Gewicht von 16, die Bullen von 17, die Färsen von 11, die Kühe aber nur von gut 2 kg. Stellt man die Durchschnittsgewichte aus 1954 den gleichen Berechnungen aus 1938 gegenüber, dann ergibt sich für 1954 eine Differenz bei Ochsen von - 4 kg, bei Kühen von + 9 kg, bei Färsen von + 44 kg und bei Bullen von - 189 kg (weil meist nur noch jüngere Tiere auf den Markt kommen). Ob das Jahr 1938 hierin aber „normal“ war, kann bezweifelt werden.¹⁾

Das durchschnittliche Gewicht der Kälber war im Jahre 1954 nicht viel anders als 1953, ebenso das Gewicht der Schweine. In beiden Fällen war eine leichte Gewichtszunahme zu verzeichnen. Die

Übersicht 14

Prozentuale Verteilung der gewerblichen Rinderschlachtungen nach Vieharten

Jahre	Gewerbliche Schlachtungen		davon entfielen . . . in vH auf					
			Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen
			über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt		
	überhaupt	vH						
	Inlandstiere							
1953	72 847	100	10,2	1,8	4,2	10,2	46,4	27,2
1954	86 499	100	10,6	1,9	3,7	9,1	47,5	27,2
	Auslandstiere							
1953	22 345	100	3,1	—	2,2	—	84,2	10,5
1954	16 800	100	5,9	—	4,8	—	81,8	7,5

Schafe hingegen ließen im 2. Halbjahr an Gewicht nach, so daß der Jahresdurchschnitt 1954 um ein Geringes niedriger war als im Jahr vorher.

Zwischen dem Viehmarkt und den öffentlichen Schlachthanlagen besteht eine enge wirtschaftliche Verflechtung, die in bezug auf den Schlachthof St. Pauli auch eine räumlich unmittelbare ist. Auf den öffentlichen Schlachthanlagen in St. Pauli, Altona, Harburg, Bergedorf wurden im Jahre 1954

¹⁾ In unserer Arbeit „Vieh- und Fleischgroßmarkt, Schlachtungen und Fleischverbrauch in Hamburg seit der Währungsreform 1948 im Vergleich mit früher“, „Hamburg in Zahlen“ 1953, Heft 16, ist wiederholt davon ausgegangen, daß 1938 für einen Vergleich nicht unbedingt geeignet ist

inländische Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen in der aus Übersicht 11 ersichtlichen Zahl geschlachtet. Die Mengen sind etwas größer als die Zufuhren am Viehmarkt, reduziert um den Nah- und Fernversand, weil den Schlachthöfen auch Tiere zugeführt werden, die nicht auf dem Viehmarkt gehandelt worden sind.

Der Anteil des Schlachthofes St. Pauli (des Zentralschlachthofes) an der Gesamtzahl der öffentlichen Schlachtungen von Vieh inländischer Herkunft betrug

	1954 vH	dagegen 1953 vH
bei Rindern	92,6	93,9
Kälbern	93,1	92,7
Schweinen	86,2	87,2
Schafen	96,3	96,3
Pferden	83,9	85,0
Ziegen	75,0	71,3

Die Zahl der Schlachtungen inländischen Viehs in den öffentlichen Schlachthanlagen überhaupt ist an der Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen in Hamburg, die durch die (Bundes-) Statistik der Schlachtvieh- und Fleischschau festgestellt wird, bei Rindern mit 83 vH, bei Kälbern mit 89, bei Schweinen mit 89, Schafen mit 95, bei Pferden mit 87 und bei Ziegen mit 95 vH beteiligt (Übersicht 13). In den Relationen hat sich gegenüber 1953 ebenfalls nichts wesentlich verändert.

Insgesamt, d. h. in den öffentlichen Schlachthanlagen und in den Gewerberäumen von Schlachtern, Großschlachtern usw. in den Ortsteilen ohne Schlachthofzwang, wurden im Berichtsjahr 1954 rd. 86 500 Rinder, 59 300 Kälber, 418 000 Schweine, 57 800 Schafe, 8300 Pferde und 2400 Ziegen gewerblich geschlachtet. Dazu kam das eingeführte Vieh, 16 800 Rinder und 29 500 Schweine, das ausschließlich auf dem Schlachthof St. Pauli zur Schlachtung kam.

Wir verweisen auf die einzelnen Tabellen. Übersicht 11 orientiert über die Schlachtungen auf den öffentlichen Schlachthanlagen, deren Beanspruchung monatsweise vorgeführt wird. Nach Monaten gegliedert ist auch die Übersicht 12, die sich auf die Gesamtzahl der gewerblichen Schlachtungen

Die gewerblichen Schlachtungen in Hamburg 1954

Beschaubezirke	Zahl der Schlachtungen, an denen die Schlacht-tier- und Fleischschau vorgenommen wurde											
	Pferde	Ochsen		Bullen		Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
		über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt	über 2 Jahre alt	bis zu 2 Jahren alt							
Schlächthof St. Pauli . . .	6 091	7 781	975	2 762	6 582	30 195	18 531	66 826	49 466	319 450	53 062	1 720
Schlächthof Harburg . . .	1 158	352	56	212	172	1 373	1 244	3 409	3 056	20 728	1 561	89
Schlächthof Altona . . .	—	110	89	21	141	1 120	266	1 747	354	29 604	361	49
aus bakt. Untersuchungen	13	—	—	1	2	172	36	211	231	142	13	3
zusammen	7 262	8 243	1 120	2 996	6 897	32 860	20 077	72 193	53 107	369 924	54 997	1 861
Außerhalb der öffentlichen Schlachthöfe geschlachtet:												
Bezirk Hamburg-Mitte . (hier nur Finkenwerder, Billstedt)	378	20	66	—	56	144	354	640	558	2 911	223	1
Bezirk Altona (hiernur Lurup, Osdorf, Nienstedten, Blanckese, Iserbrook, Sülldorf, Rissen)	—	160	21	20	189	236	478	1 104	802	4 524	572	—
Bezirk Eimsbüttel (hier nur Lokstedt, Niendorf, Schnelsen, Eidelstedt, Stellingen)	353	271	167	83	216	6 176	847	7 760	1 308	9 558	783	5
Bezirk Hamburg-Nord . . (hier nur Langenhorn)	—	—	1	—	—	7	8	16	16	174	42	—
Bezirk Wandsbek (hier Wandsbek, Jenfeld, Tonndorf, Farmsen, Bramfeld, Steilshoop, Wellingsbüttel, Sasel, Poppenbüttel, Hummelsbüttel, Lehmsahl-Mellingstedt, Duvestedt, Wohldorf-Ohlstedt, Bergstedt, Volksdorf, Rahlstedt)	163	238	47	109	121	666	559	1 740	1 412	15 380	787	6
Bezirk Bergedorf (Lohbrügge, Bergedorf, Curslack, Altengamme, Neuengamme, Kirchwerder, Ochsenwerder, Reitbrook, Allermöhe, Billwerder, Moorfleet, Tatenberg, Spadenland)	165	105	131	14	241	445	649	1 585	1 555	6 965	247	533
Bezirk Harburg (hier nur Neuland, Gut-Moor, Rönneburg, Langenbek, Sinstorf, Marmstorf, Moorwerder, Altenwerder, Moorburg, Hausbruch, Neugraben - Fischbek, Francop, Neuenfelde, Cranz)	—	102	112	11	145	581	510	1 461	541	8 604	174	2
Hamburg insgesamt . . .	8 321	9 139	1 665	3 233	7 865	41 115	23 482	86 499	59 299	418 040	57 825	2 408
davon Schlachtungen auf den Hamburger Schlachthofanlagen, einschließlich Schlachthaus Bergedorf	7 271							72 374	53 339	370 765	55 105	2 297
Privatschlachtstätten	1 050							14 125	5 960	47 275	2 720	111
Hausschlachtungen	—	1	25	32	54	204	131	447	140	14 068	151	23

Übersicht 16

**Nicht vom Viehmarkt bezogenes,
in den vom Schlachthofzwang freien Ortsteilen
gewerblich geschlachtetes Vieh**

Ortsteile im Bezirk	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
Hamburg-Mitte	468	482	1729	197
Altona	360	329	2737	187
Eimsbüttel	1842	208	3220	365
Hamburg-Nord	12	16	58	37
Wandsbek	909	966	6518	278
Bergedorf	936	1511	6658	190
Harburg	1220	541	7255	172
insgesamt	5747	4053	28175	1426

erstreckt. Die nächste Tabelle führt die oben schon erwähnten prozentualen Anteile der Schlachthöfe am Gesamtvolumen auf, Übersicht 14 gruppiert die Rinderschlachtungen nach Rindergattungen; reichlich vier Fünftel des aus Dänemark eingeführten Viehs waren Schlachtkühe.

Übersichten 15 und 16 sind von lokalem Kolorit; sie sind im Zusammenhang mit Über-

sicht 8 zu verstehen, die sich auf das Abfahren der Tiere vom Viehmarkt in die nicht dem Schlachthofzwang unterliegenden Ortsteile Hamburgs bezog. Als Ergänzung dazu stellt nun Übersicht 15 dar, wieviel Vieh in den gleichen Ortsteilen überhaupt gewerblich geschlachtet worden ist. Die Differenzen zwischen den einen und den anderen Zahlen ist der „Zukauf“, meist wohl unmittelbar vom Lande. Der gesamte Umsatz in den vom Schlachthofzwang freien Ortsteilen wird übrigens durch den Viehmarktversand dorthin und den „Zukauf“ nicht vollständig wiedergespiegelt; denn ein Teil der Schlachter in jenen Ortsteilen schlachtet das Vieh, das er am Viehmarkt gekauft hat, auf den öffentlichen Schlachthanlagen, oder aber die Schlachter kaufen auf dem Fleischgroßmarkt hinzu, wie es übrigens für die ganze Stadt die Regel bildet.

In den Darlegungen über den Viehmarkt (Übersicht 10) brachten wir die durchschnittlichen Lebendgewichte des dort gehandelten inländischen Schlachtviehs; das vor Abschluß des Kaufs (Ausstellung des Schlußscheins, von dem

Übersicht 17

Die durchschnittlichen Schlachtausbeuten der Schlachttiere (Inland)

Monate	Durchschnittliche Schlachtausbeute in vH							
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe
1954								
Januar	56,7	56,7	51,8	56,0	53,9	56,4	79,4	52,1
Februar	56,7	56,5	51,3	55,9	53,7	56,2	79,1	52,1
März	56,9	56,5	51,2	56,3	53,6	55,9	79,1	51,6
April	57,3	56,5	50,9	56,5	53,6	55,2	79,1	51,8
Mai	57,2	56,7	50,9	56,8	53,6	56,9	79,2	51,5
Juni	56,8	56,6	51,0	56,3	53,3	55,0	79,2	51,6
Juli	56,8	55,7	51,3	56,1	53,9	56,8	79,5	51,5
August	56,8	55,5	51,1	56,0	53,8	57,3	79,7	51,4
September	57,0	55,0	50,5	55,9	53,8	56,3	79,9	51,3
Oktober	57,2	55,6	50,0	56,0	53,4	55,1	79,6	51,4
November	57,0	55,4	50,3	56,1	52,6	55,0	79,4	51,1
Dezember	56,9	56,2	50,7	56,0	53,2	55,4	79,1	51,4
Jahresdurchschnitt	57,1	56,3	50,9	56,2	53,6	55,9	79,3	51,5
dagegen 1953	56,9	56,1	51,3	56,2	53,8	55,6	79,3	51,4

Übersicht 18

Die durchschnittlichen Schlachtgewichte der Schlachttiere (Inland)

Monate	Durchschnittliche Schlachtgewichte in kg									
	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	Ziegen
1954										
Januar	281,6	222,7	264,7	238,0	255,1	40,7	93,4	28,9	273,6	18,6
Februar	278,9	221,0	259,5	235,3	249,8	38,6	90,3	30,6	265,7	19,2
März	281,2	223,7	262,7	238,0	253,1	38,8	90,5	29,2	281,1	18,4
April	279,1	225,5	260,2	239,2	251,1	41,4	89,9	26,4	244,0	19,1
Mai	270,6	235,6	253,6	236,0	247,3	48,7	92,0	29,1	285,6	18,3
Juni	267,7	223,5	249,6	228,5	240,7	54,0	91,6	29,6	272,8	15,5
Juli	263,5	196,5	252,7	230,0	238,8	59,5	93,4	28,2	281,2	17,2
August	268,6	194,9	248,9	226,9	236,1	65,0	96,0	26,6	266,7	17,7
September	271,8	179,4	246,8	231,7	238,4	62,7	98,4	26,9	266,7	17,7
Oktober	272,2	183,5	246,8	228,3	243,8	44,3	95,8	26,6	242,9	18,4
November	276,1	177,7	249,2	229,9	241,5	39,5	93,1	26,5	244,7	18,3
Dezember	278,7	182,6	254,2	232,8	239,6	39,8	89,7	26,4	288,9	18,2
Jahres- durchschnitt	273,7	204,1	253,9	232,5	244,1	45,9	92,6	27,9	267,2	18,1
dagegen 1953	282,0	212,9	256,9	238,5	248,5	45,2	91,3	28,3	257,9	18,2

Übersicht 19

Die durchschnittlichen Lebendgewichte, Schlachtgewichte und Schlachtausbeute der Ausländertiere

Monate	Ochsen	Bullen	Kühe	Färsen	Rinder insgesamt	Kälber	Schweine
1954 Durchschnittliche Lebendgewichte in kg							
Januar	503,0	609,0	538,0	470,0	533,0	—	199,0
Februar	493,0	624,0	533,0	458,0	531,8	180,0	201,0
März	515,0	632,0	528,0	463,0	527,2	—	146,6
April	488,0	605,0	521,0	449,0	519,3	—	216,0
Mai	475,0	605,0	513,0	433,0	511,4	191,0	211,0
Juni	490,0	606,0	507,0	436,0	512,7	—	196,0
Juli	474,0	604,0	506,0	440,0	507,1	—	187,0
August	484,0	607,0	494,0	442,0	493,2	—	192,0
Sept.	480,0	584,0	503,0	447,0	500,7	175,0	187,0
Oktober	468,0	588,0	507,0	429,0	497,9	—	163,0
Novemb.	477,0	539,0	526,0	437,0	514,1	—	161,0
Dezemb.	489,0	638,0	519,0	448,0	512,0	—	169,0
Jahresdurchschnitt	482,3	605,8	517,5	445,5	513,2	182,4	181,0
dagegen 1953	484,8	592,8	520,2	454,1	513,7	199,8	185,0
1954 Durchschnittliche Schlachtgewichte in kg							
Januar	292,0	353,0	291,0	273,0	291,4	—	159,0
Februar	286,0	362,0	288,0	266,0	290,1	99,0	161,0
März	299,0	367,0	285,0	269,0	286,8	—	116,8
April	283,0	351,0	281,0	260,0	282,7	—	173,0
Mai	276,0	351,0	277,0	251,0	281,4	100,0	169,0
Juni	284,0	351,0	274,0	253,0	281,8	—	157,0
Juli	271,0	350,0	273,0	255,0	277,9	—	149,0
August	281,0	352,0	267,0	256,0	269,8	—	154,0
Sept.	278,0	342,0	272,0	259,0	274,4	96,0	150,0
Oktober	271,0	341,0	274,0	249,0	273,2	—	130,0
Novemb.	277,0	313,0	284,0	253,0	281,0	—	129,0
Dezemb.	284,0	370,0	280,0	260,0	280,5	—	135,0
Jahresdurchschnitt	279,4	351,4	279,5	258,4	280,9	98,2	144,8
dagegen 1953	281,1	343,9	284,7	263,4	284,8	109,6	147,7
1954 Durchschnittliche Schlachtausbeute in vH							
Januar	58,0	58,0	54,1	58,1	54,7	—	79,9
Februar	58,0	58,0	54,0	58,1	54,6	55,0	80,1
März	58,1	58,1	54,0	58,1	54,4	—	79,7
April	58,0	58,0	53,9	57,9	54,4	—	80,1
Mai	58,1	58,0	54,0	58,0	55,0	52,4	80,1
Juni	58,0	57,9	54,0	58,0	55,0	—	80,1
Juli	57,2	57,9	54,0	58,0	54,8	—	79,7
August	58,1	58,0	54,0	57,9	54,7	—	80,2
Sept.	57,9	58,6	54,1	57,9	54,8	54,9	80,2
Oktober	57,9	58,0	54,0	58,0	54,9	—	79,8
Novemb.	58,1	58,1	54,0	57,9	54,7	—	80,1
Dezemb.	58,1	58,0	53,9	58,0	54,8	—	79,9
Jahresdurchschnitt	57,9	58,0	54,0	58,0	54,7	53,8	80,0
dagegen 1953	58,0	58,0	54,7	58,0	55,4	54,9	79,8

eine Durchschrift für die Statistik verwendet wird) über die Waage geht. Diese Lebendgewichtswerte werden verallgemeinernd — sie stammen ja auch von reichlich vier Fünfteln des Schlachtkontingents in Hamburg — als für alle Schlachtungen im hamburgischen Gebiet gegeben angesehen. Auf der Basis dieser Lebendgewichtszahlen kommen zwecks

Errechnung der Schlachtgewichte die bundeseinheitlichen nach Handelsklassen gegliederten Ausbeutesätze zur Anwendung, wobei wiederum die Art, wie am Viehmarkt das Vieh klassifiziert wurde, als zutreffend für die gesamten Schlachtungen in Hamburg angesehen wurde. Die sich hiernach ergebende Schlachtausbeute in vH des Lebendgewichts ersehen wir aus Übersicht 17. Diese Tabelle auf Übersicht 10 bezogen, führt dann zu den durchschnittlichen Schlachtgewichten, die wir, nach Monaten gegliedert, für die einzelnen Viehgattungen in Übersicht 18 finden.

Die Qualitätsmerkmale des Schlachtviehs waren im Jahre 1954 fast die gleichen wie im Jahre 1953; bei Rindern war die Ausbeute in vH vom Lebendgewicht um 0,2 niedriger, bei Kälbern war sie um 0,3, bei Schafen um 0,1 vH höher, bei Schweinen blieb sie vollkommen gleich. Daher sind die Unterschiede in den Schlachtgewichten nahezu gleich dem Verhältnis der Lebendgewichte 1953 und 1954 zueinander.

Für sich verwogen wird das eingeführte Vieh, sowohl lebend als geschlachtet. Aus den tatsächlichen Schlachtgewichten und den (wie beim Inlandvieh) einzeln festgestellten Lebendgewichten wird monatsweise die durchschnittliche Schlachtausbeute effektiv ermittelt.

Die aus Dänemark eingeführten 16 731 Rinder — 899 Ochsen, 841 Bullen, 13 844 Kühe und 114 Färsen — waren durchweg schwerer als das Vieh aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das zeigt näher der Vergleich zwischen den Übersichten 10 und 19. Das höhere Lebendgewicht brachte im Durchschnitt auch prozentual höhere Schlachtausbeuten. Beide Faktoren zusammen bewirkten, daß die Differenz zwischen den Schlachtgewichten der inländischen und der ausländischen Rinder verhältnismäßig etwas größer war als der Unterschied in den Lebendgewichten. Ungleich höher waren die Gewichtsunterschiede zwischen den dänischen und den hiesigen Schlachtschweinen. Aber zur Einfuhr kamen fast ausschließlich sogenannte 'Specksauen, die ein ihnen angemessenes Gewicht von durchschnittlich 180 kg hatten, während das Gewicht der hiesigen Tiere sich auf knapp 117 kg stellte.

Wir kommen nun zur Berechnung des Fleisch-anfalls, indem wir zunächst die Zahl der Schlachtungen von inländischen Tieren (Übersicht 12) mit deren durchschnittlichen Schlachtgewichten (Übersicht 18) multiplizieren. Das rechnerische Ergebnis (Übersicht 20 Spalte 3) stellt sich dar in einem Fleischanfall von 21,1 Millionen kg Rindfleisch, 2,7 Millionen kg Kalbfleisch, 38,7 Millionen kg Schweinefleisch, 1,6 Millionen kg Hammelfleisch und 2,2 Millionen kg Pferdefleisch.

Hierzu kam das Fleisch aus den Schlachtungen des eingeführten Viehs, soweit es nicht zum Versand gekommen ist. Darüber unterrichtet näher die Übersicht 21. Versandt wur-

Übersicht 20

Der Fleischanfall aus den gewerbl. Schlachtungen (Inlandstiere) und die Zufuhren von Fleisch

Monate	Zahl der Schlachtungen Stück	durchschnittliches Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 1×Spalte 2)	Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch einschl. Innereien in kg aus dem		Gesamtfleischanfall kg (Spalte 3-5)
				Inland	Ausland	
	1	2	3	4	5	6
1954 Rindfleisch						
Januar	6 221	255,1	1 586 977	555 580	—	2 142 557
Februar	6 067	249,8	1 515 537	519 637	—	2 035 174
März	6 315	253,1	1 598 327	587 284	—	2 185 611
April	6 771	251,1	1 700 198	578 328	5 007	2 283 533
Mai	5 196	247,3	1 284 971	542 950	—	1 827 921
Juni	5 127	240,7	1 234 069	539 999	3 903	1 777 971
Juli	7 516	238,8	1 794 821	523 378	—	2 318 199
August	6 419	236,1	1 515 526	577 007	5 697	2 098 230
September	8 700	238,4	2 074 080	633 785	—	2 707 865
Oktober	10 690	243,8	2 606 222	589 779	—	3 196 001
November	9 328	241,5	2 252 712	594 840	—	2 847 552
Dezember	8 149	239,6	1 952 500	527 698	1 140	2 481 338
insgesamt	86 499	244,1	21 115 940	6 770 265	15 747	27 901 952
dagegen 1953	72 847	248,5	18 102 480	6 818 936	640 661	25 562 077
1954 Kalbfleisch						
Januar	4 264	40,7	173 545	124 641	—	298 186
Februar	5 271	38,6	203 461	148 693	1 854	354 008
März	7 764	38,8	301 243	199 262	1 073	501 578
April	6 058	41,4	250 801	151 572	—	402 373
Mai	5 337	48,7	259 912	112 538	—	372 450
Juni	5 234	54,0	282 636	105 939	—	388 575
Juli	3 451	59,5	205 335	84 021	—	289 356
August	3 451	65,0	224 315	82 704	—	307 019
September	3 019	62,7	189 291	116 522	—	305 813
Oktober	3 845	44,3	170 334	139 785	—	310 119
November	5 920	39,5	233 840	173 889	—	407 729
Dezember	5 685	39,8	226 263	137 875	—	364 138
insgesamt	59 299	45,9	2 720 976	1 577 441	2 927	4 301 344
dagegen 1953	59 055	45,2	2 669 286	1 618 075	—	4 287 361
1954 Schweinefleisch						
Januar	29 586	93,4	2 763 332	242 360	165 513	3 171 205
Februar	31 861	90,3	2 877 048	230 945	108 833	3 216 826
März	45 218	90,5	4 092 229	239 890	139 055	4 471 174
April	37 431	89,9	3 365 047	213 701	26 114	3 604 862
Mai	34 200	92,0	3 146 400	185 063	45 553	3 377 016
Juni	34 713	91,6	3 179 711	177 068	40 507	3 397 286
Juli	28 266	93,4	2 640 044	178 136	48 162	2 866 342
August	32 228	96,0	3 093 888	215 844	98 421	3 408 153
September	29 361	98,4	2 889 122	208 296	34 034	3 131 452
Oktober	30 073	95,8	2 880 993	203 674	94 294	3 178 961
November	43 601	93,1	4 059 253	185 635	48 324	4 293 212
Dezember	41 502	89,7	3 722 729	234 891	64 690	4 022 310
insgesamt	418 040	92,6	38 709 796	2 515 503	913 500¹⁾	42 138 799
dagegen 1953	422 446	91,3	38 569 320	2 936 973	1 465 727 ¹⁾	42 972 020
1) einschl. Speckzufuhren 1954 = 612 009 kg, 1953 = 1 046 894 kg.						
1954 Hammelfleisch						
Januar	5 202	28,9	150 338	38 255	—	188 593
Februar	4 732	30,6	144 799	30 948	—	175 747
März	3 640	29,2	106 288	55 607	—	161 895
April	3 281	26,4	86 618	44 460	—	131 078
Mai	2 796	29,1	81 364	30 005	—	111 369
Juni	7 187	29,6	212 735	75 424	9 962	298 121
Juli	5 359	28,2	151 124	66 470	—	217 594
August	5 173	26,6	137 602	90 801	—	228 403
September	6 024	26,9	162 046	85 162	—	247 208
Oktober	5 684	26,6	151 194	64 108	—	215 302
November	5 657	26,5	149 911	66 175	—	216 086
Dezember	3 090	26,4	81 576	40 072	—	121 648
insgesamt	57 825	27,9	1 615 595	687 487	9 962	2 313 044
dagegen 1953	62 534	28,3	1 769 712	802 738	—	2 572 450

Noch: Übersicht 20

Monate	Zahl der Schlachtungen Stück	durchschnittliches Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 1 x Spalte 2)	Zufuhren von frischem und gekühltem Fleisch einschl. Innereien in kg aus dem		Gesamtfleischanfall kg (Spalte 3-5)
	1	2	3	Inland	Ausland	6
1954						
Pferdefleisch						
Januar	710	273,6	194 256	55 775	—	250 031
Februar	690	265,7	183 333	43 873	—	227 206
März	847	281,1	238 092	45 253	—	283 345
April	712	244,0	173 728	46 863	—	220 591
Mai	572	285,6	163 363	43 413	—	206 776
Juni	583	272,8	159 042	31 338	—	190 380
Juli	598	281,2	168 158	34 040	—	202 198
August	679	266,7	181 089	44 333	—	225 422
September	734	266,7	195 758	55 603	—	251 361
Oktober	714	242,9	173 431	66 815	—	240 246
November	796	244,7	194 781	72 853	—	267 634
Dezember	686	288,9	198 185	59 283	—	257 468
insgesamt	8 321	267,2	2 223 216	599 442	—	2 822 658
dagegen 1953	7 681	257,9	1 980 930	671 879	—	2 652 809
1954						
Ziegenfleisch						
Januar	90	18,6	1 674	1 421	—	3 095
Februar	75	19,2	1 440	913	—	2 353
März	157	18,4	2 889	1 333	—	4 222
April	212	19,1	4 049	2 169	—	6 218
Mai	208	18,3	3 806	1 643	—	5 449
Juni	146	15,5	2 263	994	—	3 257
Juli	134	17,2	2 305	860	—	3 165
August	167	17,7	2 956	1 657	—	4 613
September	238	17,7	4 213	1 762	—	5 975
Oktober	364	18,4	6 698	2 526	—	9 224
November	382	18,3	6 991	3 691	—	10 682
Dezember	235	18,2	4 277	1 316	—	5 593
insgesamt	2 408	18,1	43 561	20 285	—	63 846
dagegen 1953	1 823	18,2	33 179	19 731	—	52 910

den von 16 800 Stück geschlachteter Rinder 4485, so daß 12 315 Stück Hamburg verblieben, die bei einem durchschnittlichen Schlachtgewicht von 281 kg einen Fleischanfall von 3,4 Millionen kg brachten. Hinzuzurechnen ist eine ebenso große Menge Schweinefleisch aus 23 766 von 29 516 Schlachtungen (Differenz = Versand) dänische Schweine.

Bald doppelt so groß wie die in Hamburg gebliebene Menge Rindfleisch aus der Einfuhr von Lebendvieh waren im Jahre 1954 die Fleischzufuhren aus dem Inland. Monatlich waren es mehr als eine halbe Million kg, im Jahresergebnis fast 6,8 Millionen kg, damit ungefähr ebenso viel wie im Vorjahr. Fast ausgeblieben waren im Berichtsjahr die Rindfleischzufuhren aus dem Ausland, die im Jahre 1951 mit 2 Millionen kg eingesetzt hatten und 1952 1,6 Millionen kg betrugten; nachdem es dann 1953 nur noch 640 000 kg gewesen waren, kamen 1954 nur noch sporadisch kleine Posten herein (zusammen 15 747 kg).

Insgesamt waren es 31,3 Millionen kg Rindfleisch, über die der Markt verfügte. Außerdem waren bei Zusammenrechnung von Schlachtungen und Fleischzufuhren 4,3 Millionen kg Kalbfleisch und 2,3 Millionen kg Hammelfleisch im Angebot.

Waren die Importe von Rindfleisch im Berichtsjahr auf ein Minimum zurückgegangen, so spielte der Import von Schweinefleisch, d. h. in erster Linie Speck, 1954 noch eine bemerkenswerte Rolle, wenngleich die Einfuhr von 1 465 000

auf 913 000 kg abgesunken ist. Ein wichtigerer Aktivposten für die Schweinefleischbilanz 1954 lag aber darin, daß aus der Einfuhr dänischer Schweine über 23 700 Stück, damit 3,4 Millionen kg Schweinefleisch (1953 1,6 Millionen) dem Hamburger Markt verblieben. Das überschritt, anders als 1953, die Zufuhren aus dem Inland (2,5 Millionen kg) ganz beträchtlich. Insgesamt konnte der Markt mit 45,5 Millionen kg Schweinefleisch rechnen. Auf die Übersichten 20 und 21 sei nochmals verwiesen.

Zu den 31,3 Millionen kg Rindfleisch, 4,3 Millionen kg Kalbfleisch, 2,3 Millionen kg Hammelfleisch, 45,5 Millionen kg Schweinefleisch sind noch 2,1 Millionen kg Räucherwaren hinzuzufügen, die von außerhalb dem Hamburger Fleischgroßmarkt zugeführt wurden (Übersicht 22). Das macht summa summarum einen **Fleischanfall in Höhe von 88,6 Millionen kg**. Dem steht aus 1953 eine Vergleichsgröße von **85,6 Millionen kg** und aus 1952 eine Menge von **81,4 Millionen kg** gegenüber. Das Marktvolumen hat also langsam, aber stetig zugenommen.

Der erhöhte Fleischanfall bedeutet aber nicht ohne weiteres eine Erhöhung des Fleischverbrauchs in Hamburg, denn in gesteigertem Maße ist seit 1951 Rindfleisch und Schweinefleisch aus Hamburger Schlachtungen vom Hambur-

Der Fleischanfall aus den Schlachtungen der Ausländstiere

Monate	Schlachtungen Stück	davon für den		durchschnittl. Schlachtgewicht kg	Fleischanfall kg (Spalte 3 × Spalte 4)
		Versand Stück	Hamburger Markt Stück		
	1	2	3	4	5
1954 Rindfleisch					
Januar	1 673	414	1 259	291,4	366 873
Februar	1 522	739	783	290,1	227 148
März	1 244	409	835	286,8	239 478
April	1 630	500	1 130	282,7	319 451
Mai	1 178	263	915	281,4	257 481
Juni	1 606	564	1 042	281,8	293 636
Juli	1 349	317	1 032	277,9	286 793
August	1 251	317	934	269,8	251 993
September	1 130	370	760	274,4	208 544
Oktober	1 392	137	1 255	273,2	342 866
November	1 501	263	1 238	281,0	347 878
Dezember	1 324	192	1 132	280,5	317 526
insgesamt	16 800	4 485	12 315	280,9	3 459 667
dagegen 1953	22 345	8 473	13 872	284,8	3 950 746
1954 Kalbfleisch					
Februar	1	—	1	99,0	99
Mai	2	—	2	100,0	200
September	2	—	2	96,0	192
insgesamt	5	—	5	98,2	491
dagegen 1953	5	—	5	109,6	548
1954 Schweinefleisch					
Januar	2 731	429	2 302	159,0	366 018
Februar	1 548	377	1 171	161,0	188 531
März	849	109	740	116,8	86 432
April	1 080	260	820	173,0	141 860
Mai	1 691	492	1 199	169,0	202 631
Juni	2 303	502	1 801	157,0	282 757
Juli	3 315	736	2 579	149,0	384 271
August	2 208	459	1 749	154,0	269 346
September	2 150	780	1 370	150,0	205 500
Oktober	4 453	613	3 840	130,0	499 200
November	4 053	676	3 377	129,0	435 633
Dezember	3 135	317	2 818	135,0	380 430
insgesamt	29 516	5 750	23 766	144,8	3 442 609
dagegen 1953	22 659	11 745	10 914	147,7	1 611 998

ger Markt versandt worden. Einen wesentlichen Anstoß hierzu haben die wachsenden Exportmöglichkeiten der westdeutschen Fleischwarenindustrie gegeben, die sich zur Eindeckung ihres Bedarfs an Rohmasse zunehmend des Hamburger Fleischgroßmarktes bediente. Wir haben bereits in unserer Abhandlung über 1953¹⁾ darauf hingewiesen, daß die Statistik den Fleischversand, nachdem er so bedeutend geworden ist, in die Hamburger Fleischbilanz miteinbeziehen müsse, ebenso wie der Versand von Lebendvieh und der Versand aus den hiesigen Schlachtungen des eingeführten Viehs Objekte der statistischen Erfassung sind. Demzufolge sind inzwischen die erforderlichen quantitativen Feststellungen über den Fleischversand gemacht worden. Sie haben zum Resultat gehabt, daß der Versand in das übrige Bundesgebiet (vor allem Nordrhein-Westfalen) im Jahre 1950 mit

schätzungsweise 2 Millionen kg eingesetzt hat, daß er sich aber 1951 schon auf 6,1, 1952 auf 8,9 und 1953 auf 11,9 Millionen kg belief, wobei Schweinefleisch mit (nacheinander) 45, 36, 57 und 67 vH und Rindfleisch mit den komplementären Sätzen beteiligt war. Von 1953 auf 1954 zeichnet sich nun eine besonders große Steigerung ab, nämlich auf 18,4 Millionen kg, davon 11,1 Millionen kg Schweinefleisch und 7,3 Millionen kg Rindfleisch. Kürzt man entsprechend die bislang genannten Daten über den Fleischanfall, dann verbleibt für 1954 eine Masse von 68,9 Millionen kg gegen 72,8 Millionen kg im Jahre 1953. Das ist eine immerhin beachtliche Minderung der in Hamburg verbliebenen Fleischmenge. Wieweit dies im örtlichen Fleischverbrauch zum Ausdruck gekommen ist, möchten wir offenlassen; denn es bleibt noch eine Unbekannte. Und zwar ist nach wie vor nicht bekannt, welche Mengen Fleisch- und Wurstwaren nach Hamburg außerhalb seines Fleischgroßmarktes

¹⁾ „Vieh und Fleisch in Hamburg im Jahr 1953“ in „Hamburg in Zahlen“ 1953, Heft 9.

Übersicht 22

Zufuhren an Räucherwaren
zum Hamburger Fleischgroßmarkt

Monate — Jahre	Menge in kg
1950	1 246 779
1951	1 569 713
1952	1 706 135
1953	1 998 003
1954	
Januar	135 571
Februar	136 003
März	159 308
April	154 026
Mai	151 744
Juni	167 404
Juli	190 317
August	187 438
September	201 491
Oktober	191 852
November	207 065
Dezember	228 719
1954 insgesamt	2 110 938

hereinkommen und andererseits welche Mengen von der hamburgischen Fleischwarenindustrie nach außerhalb Hamburgs versandt werden. Bekannt sind nur die wertmäßigen **Exportumsätze der Hamburger Fleischwarenindustrie**. Es waren 1951 25,5, 1952 11,4, 1953 13,7 und 1954 12,6 Millionen DM. Das mögen mengenmäßig zuletzt ungefähr 3 Millionen kg gewesen sein (die aus dem Hamburger Markt genommen sind). Ob jedoch der inländische

Übersicht 24

Der Fleischanfall aus den gewerblichen Schlachtungen der Inlands- und Auslandstiere
einschl. Zufuhren und Versand von Fleisch in 1000 kg 1953 und 1954

Fleischgewinnung	Rindfleisch	Kalbfleisch	Schweinefleisch	Hammelfleisch	Pferdefleisch	Ziegenfleisch	Fleischanfall insgesamt
	1953						
Schlachtungen (Inlandstiere)	18 102	2 669	38 569	1 770	1 981	33	63 124
Schlachtungen (Auslandstiere)	3 951	1	1 612	—	—	—	5 564
Zufuhren von Fleisch (Inland)	6 819	1 618	2 937	803	672	20	12 869
Zufuhren von Fleisch (Ausland)	641	—	1 466	—	—	—	2 107
Zufuhren von Räucherwaren	—	—	1 998	—	—	—	1 998
zusammen	29 513	4 288	46 582	2 573	2 653	53	85 662
abzüglich Beanstandungen	195	31	172	3	13	0	414
abzüglich Herausnahme durch die Einfuhr- und Vorratsstelle	576	—	—	—	—	—	576
abzüglich Versand von Fleisch	3 970	—	7 919	—	—	—	11 889
insgesamt	24 772	4 257	38 491	2 570	2 640	53	72 783
	1954						
Schlachtungen (Inlandstiere)	21 116	2 721	38 710	1 616	2 223	44	66 430
Schlachtungen (Auslandstiere)	3 460	1	3 443	—	—	—	6 904
Zufuhren von Fleisch (Inland)	6 770	1 577	2 516	687	599	20	12 169
Zufuhren von Fleisch (Ausland)	16	3	930	10	—	—	959
Zufuhren von Räucherwaren	—	—	2 111	—	—	—	2 111
zusammen	31 362	4 302	47 710	2 313	2 822	64	88 573
abzüglich Beanstandungen ¹⁾	200	30	180	3	12	0	425
abzüglich Herausnahme durch die Einfuhr- und Vorratsstelle	795	—	116	—	—	—	911
abzüglich Versand von Fleisch	7 313	—	11 068	—	—	—	18 381
insgesamt	23 054	4 272	36 346	2 310	2 810	64	68 856

¹⁾ Für 1954 sind die Beanstandungen geschätzt.

Übersicht 23

Versand von Fleisch und Fleischwaren
vom Hamburger Fleischmarkt
(ohne Fleisch von geschlachtetem Auslandsvieh)

Jahre — Monate	Rindfleisch kg	Schweinefleisch kg	zusammen kg
1953	3 969 870	7 918 781	11 888 651
1954			
Januar	376 390	602 347	978 737
Februar	401 009	779 233	1 180 242
März	525 875	919 812	1 445 687
April	531 731	933 630	1 465 361
Mai	665 437	946 562	1 611 999
Juni	544 316	1 014 231	1 558 547
Juli	522 925	829 930	1 352 855
August	464 527	787 896	1 252 423
September	675 184	969 200	1 644 384
Oktober	948 169	1 043 038	1 991 207
November	943 935	1 092 870	2 036 805
Dezember	713 978	1 149 389	1 863 367
1954 insgesamt	7 313 476	11 068 138	18 381 614

übergebiethliche Verkehr mit Fleischwaren einen Mengensaldo für Hamburg nach der einen oder nach der anderen Richtung ergibt, das eben kann nicht gesagt werden. Im übrigen gibt aber die Übersicht 24 vom Fleischanfall in Hamburg ein abgerundetes Bild.

Und wie war es mit den Preisen?

Alle **Lebendviehpreise** haben vom Jahr 1953 auf das Jahr 1954 **angezogen**. Ochsen, Kühe und Färsen

sind um etwa 6 DM per Zentner teurer geworden; beste Mastkälber, die schon im vorigen Jahr entgegen der damaligen Tendenz im Preise gestiegen waren, wurden um weitere 5 DM höher notiert, mittlere Mast- und Saugkälber gingen um mindestens 7 DM, Schweine um etwa 6 DM, beste Mast-

lämmer gar um 11 DM und beste Schafe um 7,50 DM je 50 kg im Preise hinauf. Prozentual waren es bei Rindern im gewogenen Mittel rd. 8 vH, bei Kälbern rd. 4,5, bei Schweinen 6 und bei Hammeln gut 12 vH, um die sich die Preislage von 1953 auf 1954 an hob.

Übersicht 25

Durchschnittspreise in DM am Hamburger Viehmarkt für 50 kg Lebendgewicht

Monate — Jahre	Ochsen	Kühe	Kälber		Schweine		Beste Mastlämmer	Beste Schafe
	vollfleischige	höchsten Schlachtwertes	beste Mast- u. Saugkälber	mittlere Mast- u. Saugkälber	von 150 kg und mehr	von 100 kg bis 119,5 kg		
1953								
Januar	90,10	75,60	141,60	121,00	116,10	113,50	81,10	72,30
Dezember	96,10	77,00	151,80	130,40	132,20	129,90	75,90	62,30
1954								
Januar	99,00	79,00	148,80	130,10	135,90	133,60	80,30	69,40
Februar	98,50	79,90	133,90	118,00	134,00	131,10	87,50	76,10
März	99,30	81,70	152,10	133,00	131,40	129,90	96,00	87,60
April	100,30	84,90	155,00	135,30	121,10	121,30	104,10	87,10
Mai	98,80	83,30	153,40	133,50	118,90	117,70	95,50	75,00
Juni	102,80	89,70	149,90	133,00	127,30	127,60	97,50	82,90
Juli	98,10	86,20	152,80	136,20	130,00	129,80	97,40	84,60
August	97,70	87,10	159,50	140,90	126,30	125,50	97,40	83,20
September	93,90	84,60	159,80	141,80	130,00	129,40	90,00	76,30
Oktober	90,80	80,70	164,40	145,30	130,80	128,30	89,30	75,00
November	94,80	83,20	170,50	149,80	123,10	119,90	94,80	78,40
Dezember	99,70	81,30	160,00	139,30	118,70	117,00	94,80	74,00
Jahres- durchschnitt	97,60	83,60	155,00	136,20	127,30	125,80	93,70	79,10
dagegen 1953	91,60	77,00	150,00	128,80	120,90	118,40	82,40	71,60

Übersicht 26

Die Fleischpreise für 50 kg in DM im Großhandel

Monate — Jahre	Ochsenfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch	Hammelfleisch beste Qualität
	beste Qualität	mittlere Qualität	beste Qualität	mittlere Qualität		
1953						
Januar	147,20	138,20	216,90	175,00	151,30	155,00
Dezember	158,30	149,30	230,00	195,50	178,00	148,00
1954						
Januar	161,60	149,70	217,50	182,50	180,90	153,10
Februar	162,80	152,10	201,30	171,90	178,80	166,60
März	165,00	153,50	228,80	188,80	178,40	183,10
April	171,00	159,00	230,50	193,50	165,80	209,50
Mai	171,90	158,10	226,30	193,80	162,50	189,40
Juni	174,60	162,50	225,60	198,80	172,80	193,10
Juli	172,30	159,80	231,00	204,00	176,80	191,00
August	171,30	161,00	238,50	206,30	173,10	191,90
September	169,50	158,00	242,00	211,00	179,80	179,80
Oktober	164,10	152,20	245,60	212,50	178,80	175,00
November	169,70	157,80	253,10	221,30	168,10	188,40
Dezember	174,30	162,00	246,80	210,00	161,00	189,80
Jahresdurchschnitt	169,00	157,20	232,25	199,50	173,10	184,20
dagegen 1953	155,30	144,80	226,00	187,10	161,50	158,40

Übersicht 27

Kleinhandels-Verkaufspreise für Fleisch für 1/2 kg im gewogenen Durchschnitt in Pfennigen

Fleischarten	Jan.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jahres- durchschnitt	Veränderung 1953-1954 in vH	
	1953		1954														1954
Rindfleisch	199	204	210	210	210	211	212	215	216	216	217	216	215	216	213,6	200,0	+ 6,8
Kalbfleisch	250	258	263	253	255	266	262	264	264	261	271	270	276	269	264,4	248,5	+ 6,4
Schweinefleisch	193	221	222	219	216	211	208	215	220	217	217	218	213	212	215,6	199,5	+ 8,1
Hammelfleisch	202	205	208	214	226	250	250	250	241	241	243	238	238	240	236,5	211,5	+ 11,8

Die Preiserhöhungen haben sich naturgemäß im **Großhandel wie im Kleinhandel fortgepflanzt**, nachdem Groß- und Kleinhandel im Jahre 1953 auch die derzeitigen vom Lebendviehmarkt ausgehenden Preisnachlässe bei Rindern und Hammeln weitergegeben oder geringe Preiserhöhungen wie bei Kälbern und Schweinen zumeist aufzufangen gehabt hatten. Von 1953 auf 1954 (im Jahresmittel) verteuerte sich im Kleinhandel, also in den Ladenschlachtereien, Rindfleisch

um 6,8 vH, Kalbfleisch um 6,4, Schweinefleisch um 8,1 und Hammelfleisch um 11,8 vH. Berücksichtigt man, daß von 1952 auf 1953 die Fleischpreise rückläufig gewesen waren, so kann man bei Rindfleisch sagen, daß 1954 die Preise ähnlich waren wie 1952; bei den übrigen Fleischarten aber war die Verteuerung im Jahre 1954 höher als die Verbilligung im Jahr vorher.

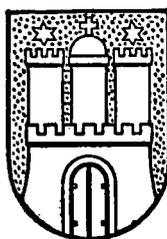
Dr. Urban/Kleinsorge

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 12. April 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 7

Die Löhne in der hamburgischen Industrie im Jahre 1954

Allgemeiner Überblick

Nach den vierteljährlichen Lohnsummenerhebungen, die für einen bedeutsamen Ausschnitt der gewerblichen Wirtschaft die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und die von der Belegschaft verdienten Brutto-lohnsummen erfaßt, sind die Verdienste und Arbeitszeiten auch im Jahre 1954 weiter gestiegen. Der durchschnittliche Brutto-Stundenverdienst der männlichen und weiblichen Industriearbeiter aller Gewerbegruppen hat sich von 181,4 Pf im Jahresdurchschnitt 1953 auf 186,7 Pf im Jahresdurchschnitt 1954 erhöht (+ 2,9 vH). Auch die durchschnittliche Wochenarbeitszeit zeigt

eine leicht steigende Tendenz, und zwar von 48,8 auf 49,0 Stunden und erreichte damit einen neuen Nachkriegshöchststand. Entsprechend der Aufwärtsentwicklung der Arbeitszeit hat der Umfang der in den Wochenarbeitszeiten enthaltenen, mit einem Zuschlag bezahlten Über-, Sonn- und Feiertagsstunden zugenommen. Die durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste sind — bedingt durch die längere Arbeitszeit — prozentual etwas stärker gestiegen als die Stundenverdienste. Die Zunahme von 1953 auf 1954 betrug im Durchschnitt des Jahres 3,3 vH, das bedeutet absolut gesehen einen Einkommenszuwachs von wöchentlich rd. 3 DM.

Übersicht 1

Die Veränderungen der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten und Bruttoverdienste 1954 gegenüber 1953 nach Leistungsgruppen

Leistungsgruppen	Wochenarbeitszeiten			Brutto-Stundenverdienste			Brutto-Wochenverdienste		
	JD 1953 in Stunden	JD 1954	Verändg. 1953-1954 in vH	JD 1953 in Pf	JD 1954	Verändg. 1953-1954 in vH	JD 1953 in DM	JD 1954	Verändg. 1953-1954 in vH
Männl. Facharbeiter	49,6	49,9	+ 0,6	209,6	216,3	+ 3,2	104,00	107,97	+ 3,8
„ angel. Arbeiter	49,8	50,0	+ 0,4	187,5	192,2	+ 2,5	93,46	96,05	+ 2,8
„ Hilfsarbeiter	48,7	49,3	+ 1,2	167,4	172,6	+ 3,1	81,60	85,06	+ 4,2
Alle männl. Arbeiter	49,5	49,8	+ 0,6	197,7	203,4	+ 2,9	97,86	101,33	+ 3,5
Weibl. Fach- u. angel. Arb.	46,3	46,1	— 0,4	127,3	131,5	+ 3,3	58,93	60,72	+ 3,0
„ Hilfsarbeiter	46,4	46,0	— 0,9	118,9	121,2	+ 2,0	55,17	55,83	+ 1,2
Alle weibl. Arbeiter	46,4	46,1	— 0,6	122,9	126,0	+ 2,5	56,98	58,08	+ 1,9
Alle Arbeiter	48,8	49,0	+ 0,4	181,4	186,7	+ 2,9	86,48	91,41	+ 3,3

Im Gegensatz zu den ersten Jahren nach der Währungsreform hielt sich die Lohnbewegung im Berichtsjahr, im ganzen betrachtet, in verhältnismäßig engen Grenzen, obgleich in der Mehrzahl der erfaßten Gewerbegruppen zum Teil nicht unerhebliche Tariflohnerhöhungen wirksam geworden sind. Hierbei darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die tariflichen Lohn erhöhungen im wesentlichen erst in der zweiten Jahreshälfte eingetreten sind, sie kommen somit in den hier wiedergegebenen Durchschnittsjahreszahlen nur abgeschwächt zum Ausdruck. Aber auch der im 1. Vierteljahr 1954 festgestellte Rückgang des Stundenverdienstes (— 1,4 vH), in der Hauptsache eine Folge der Verminderung der Zahl der zuschlagspflichtigen Über-

stunden, hat die Gesamtentwicklung der Verdienste nicht unbedeutend beeinflußt.

Brutto-Stundenverdienste weniger gestiegen als in den Vorjahren

Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste der Industriearbeiter haben, abgesehen von den im Verlauf jeden Jahres wiederkehrenden Saisonschwankungen, seit Kriegsende ständig zugenommen. Gegenüber dem jeweiligen Vorjahr sind sie

- 1951 um 18,6 Pf oder 12,9 vH
- 1952 um 11,5 Pf oder 7,1 vH
- 1953 um 7,6 Pf oder 4,4 vH
- 1954 um 2,3 Pf oder 2,9 vH

gestiegen. Diese Zunahmen sind zu einem Teil auf die infolge der längeren Arbeitszeit erhöhten Mehrarbeitszuschläge und auf die außertariflichen Zulagen, jedoch vorwiegend auf die Tariflohn-erhöhungen zurückzuführen. Inwieweit noch weitere Faktoren die Entwicklung der Stundenverdienste beeinflusst haben können, so z. B. Verschiebungen in der Zusammensetzung der einbezogenen Lohnempfänger in den einzelnen Gewerbegruppen nach Leistungsgruppen, Alter, Familienstand, Lohnart und dergleichen, läßt sich aus der bisher angewandten Methode nicht feststellen. Es ist aber anzu-

nehmen, daß der seit der Währungsreform zu beobachtende allgemeine wirtschaftliche Auftrieb nicht unbeträchtliche strukturelle Veränderungen der Arbeiterschaft mit sich gebracht hat, die einen steigenden oder senkenden Einfluß auf die Lohnhöhe ausüben. Untersucht man nämlich die Beschäftigten nach dem Geschlecht, so stellt man fest, daß die Zahl der männlichen Arbeiter seit 1950 um etwa ein Drittel zugenommen hat, während die Zahl der weiblichen Arbeiter, die durchschnittlich weit geringere Verdienste aufweisen, nur um 7 vH höher liegt.

Übersicht 2

Brutto-Stundenverdienste der Industriearbeiter im Durchschnitt der Jahre 1953 und 1954 nach Gewerbegruppen

Gewerbegruppen	1953			1954			Veränderung 1953-1954 in vH		
	Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste in Pf						männl.	weibl.	alle
	männl.	weibl.	alle	männl.	weibl.	alle			
Gewerbegruppen insgesamt	197,7	122,9	181,4	203,4	126,0	186,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,9
darunter									
Nichteisenmetall-Industrie . . .	199,0		198,4	199,8		199,4	+ 0,4		+ 0,5
Gießerei-Industrie	194,1		193,9	198,8		198,6	+ 2,4		+ 2,4
Metallverarbeit. Industrie . . .	189,9	134,8	185,5	194,9	137,6	190,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,5
davon									
Stahlbau				198,5		198,3			
Maschinenbau				196,8	124,7	195,9			
Straßen- und Luftfahrzeugbau				208,1		207,5			
Schiffbau	188,8		188,6	193,5		193,5	+ 2,5		+ 2,6
Elektrotechnische Industrie . .	189,6	137,5	173,4	192,8	141,1	177,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,1
Feinmech. und opt. Industrie	187,8	128,0	172,3	189,4	126,8	171,0	+ 0,9	- 0,9	- 0,8
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenherstellung	185,5	133,3	161,7	189,8	135,8	164,2	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,5
Chemische Industrie einschl. Kautschuk- u. Mineralöl-Ind. . . .	199,6	129,1	173,7	203,9	132,5	179,7	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,5
davon									
Chemische Industrie	176,4	118,0	150,7	180,7	122,7	155,4	+ 2,4	+ 4,0	+ 3,1
Kautschuk-Industrie	211,5	135,6	176,9	217,8	139,8	185,3	+ 3,0	+ 3,1	+ 4,7
Mineralöl-Industrie	203,8		203,1	206,9		206,5	+ 1,5		+ 1,7
Industrie der Steine u. Erden	178,8		178,8	185,1		185,1	+ 3,5		+ 3,5
Baugewerbe m. Baunebengew.	216,3		215,3	224,2		223,3	+ 3,7		+ 3,7
Bautischl., Möbelh. u. s. Holzw.	176,4	110,1	165,4	181,9	112,4	167,6	+ 3,1	+ 2,1	+ 1,3
Papierverarb. Industrie	178,1	115,4	131,4	178,1	116,2	130,9		+ 0,7	- 0,4
Buchdruckgewerbe	221,6	117,8	187,6	229,5	122,0	194,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,8
Flachdruckgewerbe	219,5	114,4	176,1	221,6	115,0	178,6	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,4
Textilindustrie	164,1	123,4	133,2	166,4	127,4	137,7	+ 1,4	+ 3,2	+ 3,4
Bekleidungs-Industrie	163,9	113,4	124,7	166,2	115,6	127,7	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,4
Nahrungs- u. Genußm.-Ind. . . .	180,0	119,2	153,2	188,9	123,4	160,1	+ 4,9	+ 3,5	+ 4,5
Brauergewerbe	201,8		201,6	205,4		205,1	+ 1,8		+ 1,7
Kunststoffverarb. Industrie	175,3	116,8	142,7	180,3	115,0	147,2	+ 2,9	- 1,5	+ 3,2

Wie schon eingangs bemerkt, sind im Laufe der letzten Jahre die Stundenverdienste laufend gestiegen, doch zeigt sich, daß die absoluten und prozentualen Veränderungen immer geringer geworden sind. Während der durchschnittliche Stundenverdienst von 1950 auf 1951 noch um 18,6 Pf oder 12,9 vH zugenommen hat, beträgt der Steigerungssatz im Berichtsjahr nur 5,3 Pf oder 2,9 vH.

Überblickt man die in den einzelnen Gewerbegruppen festgestellten Verdienänderungen, so ergeben sich für das Jahr 1954 insbesondere in der Kautschuk-Industrie, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, im Buchdruckgewerbe, im Baugewerbe, in der Industrie der Steine und Erden, in der Textilindustrie, in der kunststoffverarbeitenden Industrie und in der chemischen Industrie höhere Stundenverdienste als im Jahresdurchschnitt 1953; die Steigerungsziffern liegen für diese Gewerbe zwischen 3,1 und 4,7 vH. In der Nichteisenmetall-Industrie, in der Bautischlerei und Möbelherstellung sowie im Flachdruckgewerbe sind die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste nur um 0,5 bis 1,4 vH höher. Andererseits ist nur

in der papierverarbeitenden Industrie ein geringer Verdienstrückgang von 0,4 vH zu verzeichnen.

Die Erhöhung der tatsächlichen Stundenverdienste erklärt sich — wie bereits erwähnt — in der Hauptsache aus den in der Zeit vom 1. Dezember 1953 bis 30. November 1954 zwischen den Sozialpartnern abgeschlossenen Tarifverträgen (vgl. Übersicht 3). Während im Jahre 1953 und Anfang 1954 im ganzen gesehen nur eine verhältnismäßig geringe Bewegung der Tariflöhne zu beobachten war, sind in der darauffolgenden Zeit in fast allen hier erfaßten Gewerbegruppen Tarifierhöhungen vereinbart worden, die das gesamte Lohnniveau der gewerblichen Wirtschaft nicht unbedeutend beeinflusst haben. Betrachtet man nun die seit Dezember 1953 eingetretenen Tariflohnänderungen im einzelnen, so fällt auf, daß in der vorwiegend montierenden Elektro-Industrie und im Elektro-Handwerk die Tariflohnsätze sowohl am 1. 12. 1953 als auch am 1. 11. 1954 neu festgesetzt worden sind; der tarifliche Zeitlohnsatz der männlichen Facharbeiter (Ecklohn) brachte eine Erhöhung um 13 Pf auf 1,81 DM. In einer Reihe von Zweigen der Nah-

rungs- und Genußmittel-Industrie sind weitere Tarifloohnerhöhungen wirksam geworden, deren Ausmaß zwischen 1,8 und 6 vH schwankte, sowie in Sparten der Industrie der Steine und Erden. Vor allem aber müssen die tariflichen Vereinbarungen in der metallverarbeitenden Industrie und im Baugewerbe erwähnt werden, denn diese beiden Wirtschaftszweige mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Arbeitern bestimmen weitgehend das Lohnniveau Hamburgs. Der ab 15. 5. 1954 gültige Tarifvertrag im Baugewerbe sieht eine Erhöhung des Ecklohnes um 2 vH auf 2,07 DM vor (eine neue Vereinbarung mit einer Erhöhung um 5,8 vH auf 2,19 DM gilt ab 1. 4. 1955); die Tarifabmachung in der allgemeinen Metallindustrie und im Metallhandwerk sowie im Zentralheizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungsbau brachte ab 6. 9. bzw. 1. 9. 1954 eine Verbesserung des tariflichen Zeitlohnsatzes der männlichen Facharbeiter um 5,2 bzw. 4,5 vH.

Weitere Einzelheiten zur Entwicklung der Tariflohnsätze können aus der Übersicht 3 entnommen werden.

In der Abstufung der Gewerbegruppen nach der Höhe des durchschnittlichen Stundenverdienstes lassen sich seit 1953 trotz des unterschiedlichen Ausmaßes der Verdiensterhöhung keine entscheidenden Änderungen erkennen. An der Spitze der Lohnskala stehen die Arbeiter im Baugewerbe mit einem Durchschnittsverdienst von 223,3 Pf je Stunde, in der Mineralölindustrie, im Braugewerbe, in der NE-Metall-Industrie und in der Gießerei-Industrie, also Gewerbegruppen, die zum weitaus größten Teil nur männliche Arbeitskräfte beschäftigen. Am niedrigsten sind die Stundenlöhne der Arbeiter in der Bekleidungsindustrie (127,7 Pf), in der papierverarbeitenden Industrie und in der Textilindustrie.

Übersicht 3

Anderungen von Tariflohnsätzen vom 1. 12. 1953 bis 30. 11. 1954 (ohne Firmentarife)

Wirtschaftsbereiche	Tag der Lohnänderung	Zeit-(Eck-)lohn des männlichen Facharbeiters vor nach der Tarifierhöhung in Pf		Zunahme in vH
		vor	nach	
Vorwiegend montierende Elektro-Industrie und Elektro-Handwerk	1. 12. 1953 ¹⁾	168	173	3,0
Norddeutsche Handlungsmühlen	1. 12. 1953 ¹⁾	167	171	2,4
Brot- u. Backwarenindustrie u. Bäckerhandwerk	1. 2. 1954 ¹⁾	164	167	1,8
Sperrholzindustrie	1. 3. 1954	149	155	4,0
Spirituosenindustrie	15. 3. 1954 ¹⁾	145	149	2,8
Kühlhäuser und Eisfabriken	1. 4. 1954 ¹⁾	183	189	3,3
Kaffeeverarbeitung und Kaffeemittelindustrie	12. 4. 1954	155	160	3,2
Sägerei und Holzbearbeitung	1. 5. 1954	157	163	3,8
Zigarettenindustrie	1. 5. 1954	238 ²⁾	243 ²⁾	2,1
Kalksandsteinindustrie	1. 5. 1954	154 ³⁾	160 ³⁾	3,9
Baugewerbe	15. 5. 1954	203	207	2,0
Fischindustrie	1. 6. 1954 ¹⁾	160	165	3,1
Ölmühlenindustrie	28. 6. 1954	177	181	2,3
Betonsteinindustrie	1. 7. 1954	183	187	2,2
Graphisches Gewerbe	1. 7. 1954 ¹⁾	174	180	3,4
Braugewerbe	1. 7. 1954 ¹⁾	186	192	3,2
Margarine- und Kunstspeisefett-Industrie	13. 7. 1954	175 ⁴⁾	179 ⁴⁾	2,3
Mälzereien	1. 8. 1954 ¹⁾	186	192	3,2
Nährmittelindustrie	1. 8. 1954 ¹⁾	150	157	4,7
Kautschuk-, Asbest- und Kunststoffverarbeitende Industrie	1. 8. 1954 ¹⁾	155	161	3,9
Papierverarbeitende Industrie	7. 8. 1954	157	163	3,8
Ziegelindustrie	19. 8. 1954 ¹⁾	154	158	2,6
Obst- und Gemüseverarbeitung	23. 8. 1954 ¹⁾	145	153	5,5
Schälmaschinenindustrie	1. 9. 1954 ¹⁾	156	163	4,5
Zentralheizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungsbau	1. 9. 1954 ¹⁾	200	209	4,5
Allgemeine Metallindustrie u. allgemeines Metallhandwerk	6. 9. 1954 ¹⁾	154	162	5,2
Chemische Industrie	24. 9. 1954 ¹⁾	133 ³⁾	138 ³⁾	3,8
Holzverarbeitende Industrie	18. 10. 1954 ¹⁾	175	183	4,6
Tischlerhandwerk	18. 10. 1954 ¹⁾	175	185	5,7
Fleischwarenindustrie und Schlachterhandwerk	18. 10. 1954 ¹⁾	167	177	6,0
Vorwiegend montierende Elektro-Industrie und Elektro-Handwerk	1. 11. 1954 ¹⁾	173	181	4,6

- ¹⁾ Lohnwoche, in die der angegebene Stichtag fällt
²⁾ Als Zeit-(Eck-)lohn gilt der Lohn des Betriebsarbeiters
³⁾ " " " " " " " " Hilfsarbeiters
⁴⁾ " " " " " " " " angelernten Arbeiters

Geringe Zunahme der Wochenarbeitszeit

Die Länge der Arbeitszeit ist ein wichtiger Gradmesser der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie für die Charakteristik der Verdienstlage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Besonders heute, wo von den Arbeitnehmerverbänden eine Herabsetzung der

tariflichen Arbeitszeit gefordert wird, ist eine Darstellung der Arbeitszeitverhältnisse von besonderem Interesse.

Seit etwa 30 Jahren beträgt die tarifliche Arbeitszeit, wenn man von der im Steinkohlenbergbau seit dem 1. April 1953 geltenden neuen Regelung der Schichtzeiten, die eine Verkürzung der Arbeitszeit

unter Tage von 8 auf 7½ Stunden brachte, absieht, 48 Stunden in der Woche, während sie vor dem ersten Weltkrieg mit 54 bis 60 Stunden angegeben wurde. Der Staat versuchte Anfang der dreißiger Jahre, in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit, die gesetzliche Arbeitszeit durch Notverordnungen herabzusetzen, erzielte aber damit nicht den gewünschten Erfolg. Der Grund liegt wohl darin, daß sich die Arbeitszeit nur bis zu einer bestimmten Grenze, die hauptsächlich durch die Betriebsunkosten bedingt ist, verringern läßt. Die tarifliche Norm der 48-Stunden-Woche wurde in den Jahren 1936/39 etwa eingehalten. In den folgenden Jahren nahm die Arbeitszeit immer mehr zu und erreichte im Krieg in den Rüstungsindustrien sogar 60 und mehr Stunden in der Woche.

Die seit der Währungsreform erfolgte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung kam auch in der Arbeitszeit zum Ausdruck, die, wenn man von den jahreszeitlichen Schwankungen absieht, ständig zugenommen hat. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Arbeiter betrug im Jahresdurchschnitt

1948	42,3 Stunden
1949	46,9 „
1950	48,1 „
1951	48,5 „
1952	48,5 „
1953	48,8 „
1954	49,0 „

In den Gewerbegruppen verlief die Entwicklung der Arbeitszeit im Berichtsjahr nicht einheitlich. Der Rückgang der Wochenarbeitszeit in einer Reihe von Wirtschaftsbereichen, insbesondere in der Industrie der Steine und Erden, in der Kautschuk-Industrie, in der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie sowie im Braugewerbe, wurde vor allem durch die Zunahme in der Gießerei-Industrie, in der Bekleidungs-Industrie und im Baugewerbe überdeckt, so daß die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Arbeiter von 1953 auf 1954 leicht gestiegen ist (+ 0,4 vH). Betrachtet man die Geschlechter getrennt, so fällt auf, daß die männlichen Arbeiter eine Zunahme der Wochenarbeitszeit um durchschnittlich 0,3 Stunden oder 0,6 vH aufzuweisen haben, während bei den weiblichen Arbeitern sogar ein leichter Rückgang (um 0,3 Stunden = 0,6 vH) festzustellen ist.

Oberhalb der Durchschnitts-Wochenarbeitszeit der hamburgischen Industrie lag im letzten Jahr vor allem die Arbeitszeit in den Produktionsgüter-Industrien, wie z. B. Mineralöl-Industrie (51,2 Std.), metallverarbeitende Industrie (50,9 Std.), Industrie der Steine und Erden, Gießerei- und Nichteisenmetall-Industrie, die gegenüber den vorwiegend Konsumgüter produzierenden Industrien wenig weibliche Arbeitskräfte beschäftigen. Die geringste Wochenarbeitszeit haben weiterhin die Arbeiter in der Textilindustrie (44,8 Std.) und in der Bekleidungsindustrie (46,7 Std.) aufzuweisen.

Entsprechend der Aufwärtsentwicklung der Wochenarbeitszeit ist insgesamt auch die durchschnittliche Zahl der zuschlagspflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden leicht gestiegen. Sie betrug im Berichtsjahr 2,7 Stunden je Woche und Arbeiter und lag damit um 0,4 vH über dem Stand des Jahres 1953. Am

höchsten war die Zahl der Überstunden in der Nichteisenmetall-Industrie mit 5,2 Stunden. Dann folgten die Industrie der Steine und Erden, die metallverarbeitende und die Gießerei-Industrie. Unter den Gewerbegruppen waren an der Erhöhung der Mehrarbeitszeit seit 1953 besonders die Textilindustrie, die Gießerei-Industrie und das Baugewerbe beteiligt. Der Anteil der zuschlagspflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden an der Gesamtarbeitszeit ist nicht unbedeutend. Er beträgt in der Gesamtindustrie 5,5 vH und schwankt in den einzelnen Gewerbegruppen zwischen 2 und 10 vH.

Weiterer Anstieg der Wochenverdienste

Die durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste sind gegenüber 1950 aus den eingangs erwähnten Gründen merklich gestiegen; sie betragen

im Jahre	bei den	
	Männern	Frauen
1950	76,52 DM	43,84 DM
1951	87,03 DM	51,23 DM
1952	93,33 DM	53,88 DM
1953	97,86 DM	56,98 DM
1954	101,33 DM	58,08 DM

Auch hier kann man feststellen, daß das Ausmaß der Steigerungen sehr unterschiedlich war. Während die Aufwärtsentwicklung im Jahre 1950/51 noch verhältnismäßig groß war, haben sich in den darauffolgenden Jahren die Lohnerhöhungen zusehends verlangsamt. Von 1950 bis 1951 stieg der durchschnittliche Wochenverdienst der männlichen Arbeiter um 13,7 vH und der der weiblichen Arbeiter um 16,9 vH, wogegen im Berichtsjahr nur noch eine Steigerung von 3,5 bzw. 1,9 vH festgestellt wurde. Im Durchschnitt aller Arbeiter lagen die Brutto-Wochenverdienste 1954 um rd. 32 vH über dem Stand von 1950. Betrachtet man die Wochenlöhne der Arbeiter nach dem Geschlecht, so ergibt sich jeweils der gleiche Prozentsatz.

Das letzte Jahr brachte zwar für die Gesamtarbeiterschaft eine Steigerung des Wochenlohnes um 3,3 vH, doch waren die Veränderungen in den einzelnen Gewerbegruppen sehr unterschiedlich. Besonders beachtliche Steigerungen der Wochenverdienste, die 4 vH und mehr ausmachen, liegen in der Gießerei-Industrie (+ 7,1 vH), im Baugewerbe, in der Bekleidungs-Industrie und in der chemischen Industrie vor. Nur in der papierverarbeitenden Industrie und im Braugewerbe ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der im wesentlichen mit dem Rückgang der zuschlagspflichtigen Überstunden zusammenhängt. Bei einem durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienst der männlichen Arbeiter von 101,33 DM lagen die Arbeiter des Buchdruckgewerbes mit 114,41 DM um 12,9 vH darüber, während sich die Arbeiter der Textilindustrie mit 81,25 DM um 19,8 vH unterhalb des Gesamtdurchschnitts bewegten. Für die Arbeiterinnen wurde der höchste Wochenverdienst in der metallverarbeitenden Industrie mit 64,77 DM ermittelt, der geringste in der Bautischlerei und Möbelherstellung mit 51,47 DM. Diese Zahlen zeigen also, daß die Wochenverdienste der männlichen Arbeiter (32,7 vH) wesentlich stärker um den jeweiligen Gesamtdurchschnitt streuen, als die der Arbeiterinnen (22,9 vH).

Übersicht 4

**Wochenarbeitszeiten und zuschlagspflichtige Überstunden der Industriearbeiter
im Durchschnitt der Jahre 1953 und 1954 nach Gewerbegruppen**

Gewerbegruppen	1953			1954			Veränderung 1953-1954 in vH	
	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit			Durchschnittliche Wochenarbeitszeit			Wochen- arbeits- zeit	zuschlags- pflichtige Überstd.
	insges.	darunter zuschlags- pflichtige Überstunden	vH	insges.	darunter zuschlags- pflichtige Überstunden	vH		
	Stunden	überhaupt	vH	Stunden	überhaupt	vH		
Gewerbegruppen insgesamt	48,8	2,6	5,3	49,0	2,7	5,5	+ 0,4	+ 3,8
darunter								
Nichteisenmetall-Industrie	49,8	5,0	10,0	50,3	5,2	10,3	+ 1,0	+ 4,0
Gießerei-Industrie	48,2	2,3	4,8	50,5	3,4	6,7	+ 4,8	+ 47,8
Metallverarbeitende Industrie	50,3	3,2	6,4	50,9	3,6	7,1	+ 1,2	+ 12,5
davon								
Stahlbau				51,1	3,4	6,7		
Maschinenbau				50,9	3,4	6,7		
Straßen- und Luftfahrzeugbau				46,7	1,5	3,2		
Schiffbau	51,9	4,3	8,3	52,2	4,7	9,0	+ 0,6	+ 9,3
Elektrotechnische Industrie	49,3	1,9	3,9	49,3	2,0	4,1	+ 0	+ 5,3
Feinmechanische und optische Industrie	49,2	1,9	3,9	48,9	1,8	3,7	- 0,6	- 5,3
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren- herstellung	47,8	1,9	4,0	48,4	2,2	4,5	+ 1,3	+ 15,8
Chemische Industrie einschl. Kautschuk- und Mineralöl-Industrie	48,8	1,8	3,7	48,6	1,7	3,5	- 0,4	- 5,6
davon								
Chemische Industrie	48,4	1,9	3,9	49,0	2,0	4,1	+ 1,2	+ 5,3
Kautschuk-Industrie	48,4	1,7	3,5	47,2	1,3	2,8	- 2,5	- 23,5
Mineralöl-Industrie	50,9	2,0	3,9	51,2	2,1	4,1	+ 0,6	+ 5,0
Industrie der Steine und Erden	52,1	4,6	8,8	50,6	4,1	8,1	- 2,9	- 10,9
Baugewerbe einschl. Baunebengewerbe	47,0	2,2	4,7	47,8	2,7	5,6	+ 1,7	+ 22,7
Bautischlerei, Möbelherstellung und sonstige Holzwaren	48,2	2,2	4,6	47,7	1,3	2,7	- 1,0	- 40,9
Papierverarbeitende Industrie	49,9	3,1	6,2	49,5	2,8	5,7	- 0,8	- 9,7
Buchdruckgewerbe	49,2	2,7	5,5	48,9	2,5	5,1	- 0,6	- 7,4
Flachdruckgewerbe	49,2	3,0	6,1	49,6	2,9	5,8	+ 0,8	+ 3,3
Textilindustrie	44,6	0,6	1,3	44,8	0,9	2,0	+ 0,4	+ 50,0
Bekleidungs-Industrie	45,8	1,4	3,1	46,7	1,7	3,6	+ 2,0	+ 21,4
Nahrungs- und Genußmittel-Industrie	49,1	3,1	6,3	48,2	2,7	5,6	- 1,8	- 12,9
Braugewerbe	50,3	2,7	5,4	49,2	1,4	2,8	- 2,2	- 48,1
Kunststoffverarbeitende Industrie	47,7	1,0	2,1	48,0	1,3	2,7	+ 0,6	+ 30,0

Übersicht 5

**Brutto-Wochenverdienste der Industriearbeiter im Durchschnitt der Jahre 1953 und 1954
nach Gewerbegruppen**

Gewerbegruppen	1953			1954			Veränderung 1953-1954 in vH		
	Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste in DM						männl.	weibl.	alle
	männl.	weibl.	alle	männl.	weibl.	alle			
Gewerbegruppen insgesamt	97,86	56,98	88,48	101,33	58,08	91,41	+ 3,5	+ 1,9	+ 3,3
darunter									
Nichteisenmetall-Industrie	99,12		98,78	100,56		100,32	+ 1,5		+ 1,6
Gießerei-Industrie	93,63		93,53	100,31		100,19	+ 7,1		+ 7,1
Metallverarbeitende Industrie	96,23	62,86	93,34	99,86	64,77	96,75	+ 3,8	+ 3,0	+ 3,7
davon									
Stahlbau				101,29		100,21			
Maschinenbau				100,24	58,32	99,67			
Straßen- und Luftfahrzeugbau				97,24		96,89			
Schiffbau	97,90		97,75	100,97		100,92	+ 3,1		+ 3,2
Elektrotechnische Industrie	96,02	63,86	85,40	96,99	66,61	87,25	+ 1,0	+ 4,3	+ 2,2
Feinmech. und opt. Industrie	93,08	61,70	84,77	93,32	60,75	83,51	+ 0,3	- 1,5	- 1,5
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenherstellung	90,98	61,94	77,30	95,05	63,27	79,40	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,7
Chemische Industrie einschl. Kautschuk- u. Mineralöl-Ind.	100,18	60,16	84,80	102,31	60,69	87,30	+ 2,1	+ 0,9	+ 2,9
davon									
Chemische Industrie	88,16	54,85	72,93	91,58	57,67	76,15	+ 3,9	+ 5,1	+ 4,4
Kautschuk-Industrie	105,53	63,28	85,57	106,90	62,82	87,51	+ 1,3	- 0,7	+ 2,3
Mineralöl-Industrie	103,72		103,22	105,92		105,65	+ 2,1		+ 2,4
Industrie der Steine u. Erden	93,24		93,24	93,53		93,53	+ 0,3		+ 0,3
Baugewerbe m. Baunebengew.	101,76		101,26	106,57		106,27	+ 4,7		+ 4,9
Bautischlerei, Möbelherstel- lung und sonst. Holzwaren	85,95	50,20	79,68	87,57	51,47	79,86	+ 1,9	+ 2,5	+ 0,2
Papierverarbeitende Industrie	93,75	56,60	65,57	93,52	56,52	64,81	- 0,2	- 0,1	- 1,2
Buchdruckgewerbe	111,70	55,02	92,16	114,41	57,34	95,21	+ 2,4	+ 4,2	+ 3,3
Flachdruckgewerbe	110,66	54,37	86,63	111,62	55,88	88,67	+ 0,9	+ 2,8	+ 2,4
Textilindustrie	79,93	53,65	59,46	81,25	55,35	61,63	+ 1,7	+ 3,2	+ 3,6
Bekleidungs-Industrie	78,87	51,23	57,13	82,00	53,15	59,69	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,5
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	91,42	56,16	75,22	95,68	56,03	77,19	+ 4,7	- 0,2	+ 2,6
Braugewerbe	101,48		101,33	101,09		100,96	- 0,4		- 0,4
Kunststoffverarb. Industrie	84,94	54,93	68,05	88,70	53,91	70,60	+ 4,4	- 1,9	+ 3,7

Arbeitszeiten und Verdienste in den Bundesländern

Die nachstehende Übersicht 6 gibt schließlich an Hand der in den Ländern des Bundes festgestellten Ergebnisse der Lohnsummenstatistik Aufschluß über das gegenwärtige Lohnniveau und über die

Entwicklung der Löhne und Arbeitszeiten der Industriearbeiter. Dabei dürfen die bereits erwähnten, im Charakter der Lohnsummenerhebungen liegenden Vorbehalte nicht unberücksichtigt bleiben.

Übersicht 6

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttoverdienste der Industriearbeiter in den Bundesländern 1954 (ohne Bergbau)

Länder	Wochenarbeitszeiten		Brutto-Stundenverdienste		Brutto-Wochenverdienste	
	JD 1954 in Stunden	Veränderung 1953-1954 in vH	JD 1954 in Pf	Veränderung 1953-1954 in vH	JD 1954 in DM	Veränderung 1953-1954 in vH
Männliche Arbeiter						
Schleswig-Holstein	50,8	+ 0,6	176,7	+ 2,9	89,74	+ 3,3
H a m b u r g	49,8	+ 0,6	203,4	+ 2,9	101,33	+ 3,5
Niedersachsen	48,6	+ 1,7	176,2	+ 2,8	85,65	+ 4,6
Bremen	50,8	+ 2,6	186,7	+ 2,0	94,87	+ 4,7
Nordrhein-Westfalen	49,5	+ 1,0	192,1	+ 2,6	95,11	+ 3,6
Hessen	49,6	+ 1,8	183,3	+ 1,9	90,83	+ 3,6
Rheinland-Pfalz	48,9	+ 1,5	173,5	+ 3,2	84,79	+ 4,6
Baden-Württemberg	49,6	+ 2,3	181,5	+ 2,5	90,00	+ 4,8
Bayern	49,5	+ 2,3	170,4	+ 3,3	84,40	+ 5,7
Bundesgebiet	49,5	+ 1,4	183,8	+ 2,8	90,96	+ 4,3
Weibliche Arbeiter						
Schleswig-Holstein	47,4	+ 0,6	107,1	+ 3,5	50,73	+ 4,3
H a m b u r g	46,1	- 0,6	126,0	+ 2,5	58,08	+ 1,9
Niedersachsen	46,5	+ 1,5	114,8	+ 2,8	53,41	+ 4,3
Bremen	46,4	- 2,3	122,5	+ 2,0	56,86	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	45,7	+ 1,1	117,4	+ 2,0	53,61	+ 3,0
Hessen	45,7	+ 0,4	115,2	+ 3,2	52,72	+ 3,9
Rheinland-Pfalz	45,7	+ 0,2	102,2	+ 2,9	46,66	+ 3,1
Baden-Württemberg	45,7	+ 0,9	117,3	+ 3,8	53,65	+ 4,7
Bayern	46,1	+ 0,9	114,5	+ 2,6	52,83	+ 3,8
Bundesgebiet	45,9	+ 0,9	115,9	+ 2,7	53,21	+ 3,6
Alle Arbeiter						
Schleswig-Holstein	50,0	+ 0,4	161,5	+ 2,9	80,77	+ 3,3
H a m b u r g	49,0	+ 0,4	186,7	+ 2,9	91,41	+ 3,3
Niedersachsen	48,2	+ 1,7	164,9	+ 2,7	79,53	+ 4,4
Bremen	50,2	+ 2,0	177,9	+ 2,5	89,26	+ 4,6
Nordrhein-Westfalen	48,6	+ 1,0	175,5	+ 2,5	85,32	+ 3,5
Hessen	48,6	+ 1,3	167,4	+ 1,1	81,38	+ 2,4
Rheinland-Pfalz	48,1	+ 1,1	157,4	+ 2,6	75,74	+ 3,7
Baden-Württemberg	48,3	+ 1,9	160,8	+ 2,6	77,65	+ 4,5
Bayern	48,4	+ 1,9	152,6	+ 3,0	73,85	+ 5,0
Bundesgebiet	48,6	+ 1,5	166,8	+ 2,6	80,99	+ 4,0

Quelle: Wirtschaft u. Statistik, Heft 2, Februar 1955, S. 107 und Statistische Berichte — Arb.-Nr. VI/41 — des Statistischen Bundesamts.

Im Durchschnitt aller Männer und Frauen sind die Arbeitszeiten und Verdienste auch in allen übrigen Ländern 1954 gegenüber 1953 gestiegen. Die längste durchschnittliche Wochenarbeitszeit haben das Land Bremen und Schleswig-Holstein mit 50 und mehr Stunden, die kürzeste Rheinland-Pfalz mit 48,1 Stunden aufzuweisen. Wenn man von Bremen absieht, so haben im allgemeinen die Länder mit höheren Wochenarbeitszeiten nur eine relativ geringe Bewegung zu verzeichnen, während in den Ländern mit niedrigeren Arbeitszeiten das Ausmaß der Erhöhungen größer ist.

Unter der Einwirkung der Tarifloohnerhöhungen sind die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste für alle Arbeiter von 1953 auf 1954 in allen Ländern — von Hessen, das einen verhältnismäßig niedrigen Anstieg (1,1 vH) hatte, abgesehen — fast gleichmäßig gestiegen; der Steigerungssatz schwankt zwischen 2,5 und 3 vH. Bei den im ganzen geringen Veränderungen der Arbeitszeit folgen die Brutto-Wochenverdienste im großen und ganzen der Bewegung der Stundenverdienste.

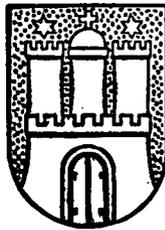
Hohmann, Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 16. April 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 8

Die Baukosten in Hamburg

Wir haben in unserer Berichterstattung in dieser Schriftenreihe, abgesehen von den kurzen Mitteilungen, die zwischendurch in den „Hamburger Statistischen Informationen“ gegeben worden sind, zeitlich anzuknüpfen an unsere Darstellung der Baukosten am Jahresende 1953 (vgl. „Hamburg in Zahlen“ 1953, Hefte 26 und 28). Damals war die Preisindexziffer für den Wohnungsbau, die seit längerer Zeit abwärts gerichtet gewesen war, ziemlich zum Stillstand gekommen. Sie lautete für November 1953 (1936 = 100) auf 238,1. Die nächste Erhebung der Baukosten fand im Februar 1954 statt und brachte als Resultat die Indexziffer 237,8. Gegenüber dem höchsten Stand vom Mai 1952 (249,1) war damit ein Rückgang um 4,5 vH zu verzeichnen. Bei der Größe der Investitionen im Wohnungsbau war dies wohl beachtlich.

Dann kam aber wieder eine Wende. Es verteuerten sich die Ziegelsteine und andere irdene Baustoffe; es verteuerte sich vor allem das Holz. Auch Baueisen sowie Kupfer, Blei und Zink zogen im Preise an, was auf die Kosten der Ausbauarbeiten nicht ohne Einfluß blieb. Außerdem erhöhten sich ab Mai 1954 die Bauarbeiterlöhne um 4 Pf je Stunde.

Dies und anderes bewirkte, daß der Baukostenindex im Jahre 1954 langsam aber stetig anstieg. Von 237,8 im Februar rückte er auf 241,1 im Mai, dann auf 243,9 im August und 247,9 im November 1954. Im Februar 1955 stand er schließlich auf 250,0; das Bauen war also genau 2½mal so teuer wie im Jahre 1936.

Übersicht 1

Preisindex für den Wohnungsbau 1936 = 100

Indexgruppen	1954				1955	Anteile in vH		
	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	Febr.	1954 Febr.	Nov.	1955 Febr.
	a) Baustoffe, Bauleistungen							
Erdabfuhr	400,0	400,0	400,0	403,3	406,7	1,0	1,0	1,0
Baustoffe frei Bau	260,2	263,1	270,4	280,1	282,2	31,9	32,9	32,9
davon								
Mauersteine	234,0	237,2	241,6	243,4	245,3	10,3	10,3	10,3
Kalk	210,7	209,9	209,9	209,9	209,9	1,5	1,4	1,4
Sand und Kies	169,6	171,1	171,8	172,9	176,7	1,8	1,8	1,8
Zement	212,2	212,2	212,2	208,1	208,1	1,5	1,4	1,4
Baugips	201,5	201,5	204,4	204,4	204,4	0,1	0,1	0,1
Bauholz	325,2	330,0	347,3	374,8	377,5	12,7	13,9	13,9
Baueisen	316,8	316,8	317,4	324,1	325,8	2,9	2,9	2,9
Dachziegel	218,6	221,8	224,9	227,5	227,5	1,1	1,1	1,1
Löhne ¹⁾	214,7	218,7	218,9	218,9	218,9	33,0	32,3	32,0
Handwerkerarbeiten	227,8	230,4	231,8	234,8	239,7	25,3	25,0	25,3
Baunebenleistungen	287,2	291,2	294,6	299,4	301,9	8,8	8,8	8,8
davon								
Planung und Bauleitung	259,1	262,7	265,7	270,1	272,4	6,5	6,5	6,5
Baupolizeiliche Gebühren	292,4	296,4	299,9	304,8	307,4	0,5	0,5	0,5
Zinsen für Baugeld des Bauherrn	467,8	474,3	479,8	487,7	491,8	1,8	1,8	1,8
Gesamtindex	237,8	241,1	243,9	247,9	250,0	100,0	100,0	100,0

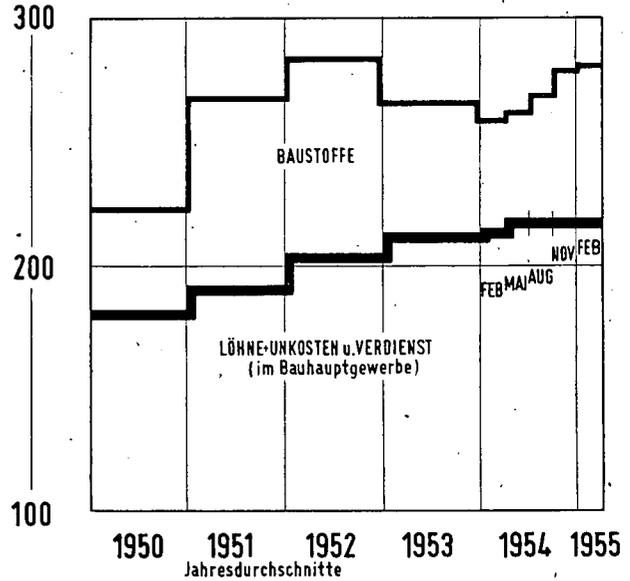
¹⁾ im Bauhauptgewerbe einschl. Unkosten- und Verdienstanteile.

Noch: Übersicht 1

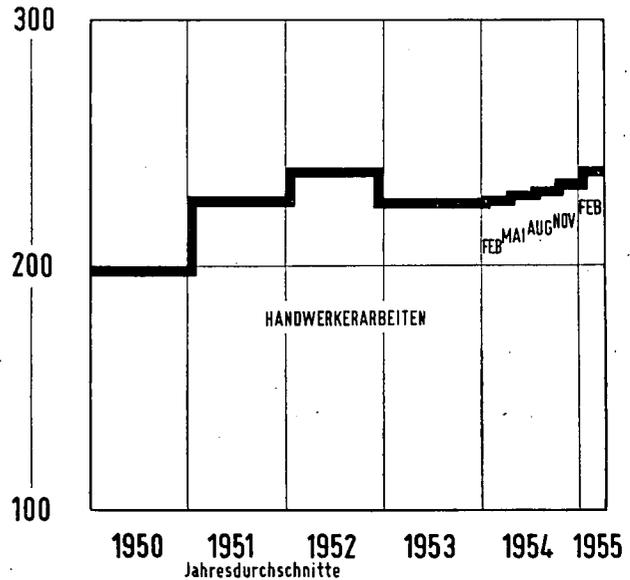
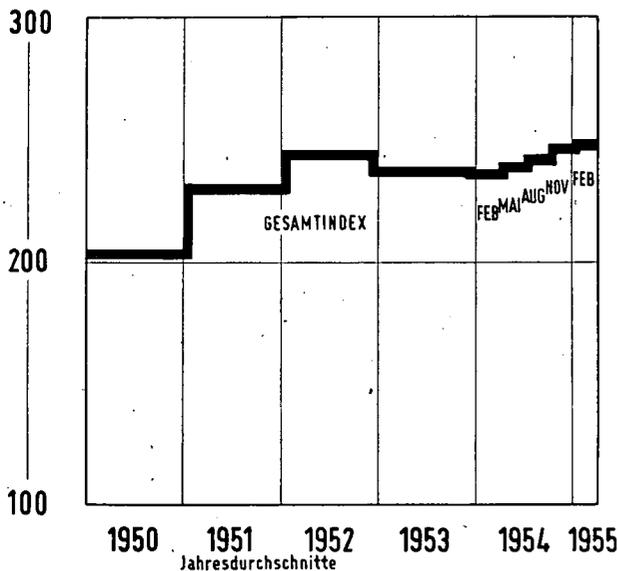
Indexgruppen	1954				1955	Anteile in vH		
	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	Febr.	1954		1955
						Febr.	Nov.	Febr.
b) Roh- und Ausbaurbeiten								
Rohbaurbeiten	239,7	243,3	246,9	251,7	252,8	61,5	62,0	61,7
davon								
Erdarbeiten	400,0	400,0	400,0	403,3	406,7	1,0	1,0	1,0
Maurerarbeiten	218,0	221,5	223,2	223,7	224,5	26,9	26,5	26,3
Betonarbeiten	232,5	235,3	235,6	236,6	237,2	13,8	13,4	13,4
Zimmererarbeiten	285,2	290,0	301,5	319,0	320,6	15,9	17,0	16,9
Dachdeckerarbeiten	239,5	242,3	246,7	255,2	256,7	2,8	2,9	2,9
Klempnerarbeiten	285,7	290,9	294,0	303,1	306,7	1,1	1,2	1,2
Ausbaurbeiten	222,7	225,3	226,4	228,6	232,7	29,7	29,2	29,5
davon								
Putz- und Stuckarbeiten	210,6	213,7	213,8	213,8	214,0	5,5	5,3	5,3
Tischlerarbeiten	225,2	226,1	226,4	230,3	232,6	8,6	8,6	8,5
Glaserarbeiten	164,4	162,1	158,6	159,8	157,5	0,6	0,5	0,5
Malerarbeiten	213,8	212,2	216,1	216,4	218,6	2,5	2,4	2,4
Tapezierarbeiten	268,2	269,0	269,9	273,2	276,2	0,9	0,9	0,9
Ofen- und Herdarbeiten	215,4	218,1	219,1	219,1	221,2	4,0	3,9	4,0
Sanitäre Anlagen u. Rohrleitungen	239,1	245,9	248,3	252,1	264,3	7,0	7,0	7,3
Elektrische Anlagen	230,2	235,3	237,9	244,0	253,4	0,6	0,6	0,6
Baunebenleistungen	287,2	291,2	294,6	299,4	301,9	8,8	8,8	8,8
Gesamtindex	237,8	241,1	243,9	247,9	250,0	100,0	100,0	100,0

Die Verteuerung ist bei den einzelnen Gütern und Leistungen teilweise recht unterschiedlich. Das kommt auch noch bei gruppenweiser Betrachtung der Kostenelemente zum Ausdruck: im Februar 1955 errechnete sich jeweils als spezielle Indexziffer (immer 1936 = 100) für die Baustoffe 282,2, für die Bauarbeiterlöhne mit den Kalkulationszuschlägen 218,9, für die Handwerkerarbeiten am Ausbau 239,7, für Planung und Leitung 272,4, für baupolizeiliche Gebühren 307,4 und für Baugeldzinsen 491,8.

Die letzteren drei Positionen erscheinen in der Indexberechnung betragsmäßig zusammen mit rd. 9 vH der Baukosten. Mit je knapp einem Drittel partizipieren die Baustoffe sowie die Löhne u. w. d. a., und die übrigen 25 vH entfallen auf die Rechnungen der Handwerker aus den Baunebengewerben. Diese Anteile haben sich in der Berichtszeit nur unbedeutend verändert. Ein wenig zugenommen hat der



Preisindex für den Wohnungsbau
1936 = 100



Kostenanteil der Baustoffe; mit 32,9 vH nähert er sich wieder dem Verhältnis von 1952.

Um etwa 8 vH haben sich in der Berichtszeit die Hintermauerungssteine verteuert, von durchschnittlich 74,55 DM (1000 Stück frei Bau) im Februar 1954 auf 80,60 DM im Februar 1955. Kalksandsteine und Deckensteine zeigten dagegen keine größeren Preisveränderungen. Ebenso nicht der Kalk, der sich eher etwas verbilligte. Eindeutig billiger, von 78,50 auf 77,00 DM je t wurde der Portland-Zement. Baugips wiederum stieg im Preis um 1 DM je t, die Preise für Mauersand und Betonkies tendierten ebenfalls nach oben.

Markante Preiserhöhungen traten bei Bauholz zutage. Nachdem die Preise seit Anfang 1952 rückläufig gewesen waren, begann die Entwicklung im Frühjahr 1954 umzuschlagen. Zwischen Februar 1954 und Februar 1955 wurden bei dem wichtigsten Bauholz für den Rohbau, dem Kantholz, Preiserhöhungen von durchschnittlich über 20 vH verzeichnet, und bei Schalbretern und Dachlatten waren es um 17—18 vH. Nur die Preise für Fußbodenbretter, zumeist Importware, zogen merklich weniger, um 7 vH, an. **Im ganzen, im gewogenen Mittel der Indexberechnung, ergab sich für Bauholz vom vorigen auf dieses Jahr eine Preissteigerung um 16 vH. Sie stand über allen anderen Materialvertierungen;** für Mauersteine z. B. errechnete sich im gewogenen Mittel (der Ziegel-, der Kalksand- und der Deckensteine) eine Erhöhung um noch nicht ganz 5 vH, für Baueisen eine Zunahme der Preise um knapp 3 vH. Bei dieser Ungleichheit hat sich der Wertanteil des Bauholzes an der gesamten Bauleistung von 12,6 vH im Februar 1954 auf 14,0 vH im Februar 1955 erhöht; nur deshalb ist der Kostenanteil der Baustoffe überhaupt wie erwähnt gestiegen.

Übersicht 2

Preisentwicklung ausgewählter Baustoffe in DM

Baustoffe	1954				1955
	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	Febr.
Hintermauersteine	74,55	76,45	78,80	79,55	80,60
Kalksandsteine	61,45	61,30	61,45	61,60	61,65
Portlandzement	78,50	78,50	78,50	77,00	77,00
Dachpfannen	240,50	244,10	247,70	250,70	250,70
Balken, Kantholz	189,00	192,60	206,10	227,90	228,50
Schalbretter für Dachschalung	204,65	206,10	219,05	239,60	240,00
Schalbretter für Betonschalung	165,25	173,05	177,05	192,10	195,35
Formeisen	584,00	584,00	585,00	600,00	600,00
Stabeisen	630,50	630,50	631,50	641,00	649,00

Übersicht 3

Indexziffer der Grundstoffpreise im Bundesgebiet¹⁾ 1938 = 100

Grundstoffe	1954											
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Roheisen	459	459	459	459	459	459	459	459	459	459	459	459
Stabstahl	355	355	355	355	355	355	355	348	349	352	357	358
Kupfer	490	491	494	499	502	502	502	500	503	526	534	526
Blei	520	501	513	549	563	574	572	566	593	628	637	618
Zink	491	480	480	507	509	512	500	483	513	526	521	525

¹⁾ Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Bundesamts, Arb.-Nr. VI/2.

Damit steht rechnerisch auch im Zusammenhang, daß der Anteil der Bauarbeiterlöhne (der Löhne der Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Gipser, Dachdecker sowie der Poliere) an den gesamten Baukosten von 33,0 auf 32,0 vH leicht zurückgegangen ist; denn die Lohnkosten sind in der Berichtszeit nur um 2 vH gestiegen. Es betragen seit dem 15. Mai 1954 die Tariflöhne je Stunde für

	DM	DM
Maurer	2,07	Dachdecker . . . 2,19
Zimmerer	2,07	Bauhilfsarbeiter . 1,77
Gipser	2,37	Dachdecker- hilfsarbeiter . . 1,87

An den lohnbedingten Zuschlägen für soziale Leistungen, anteilige Gehälter, Bürokosten usw. und der Höhe der Zuschläge für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis, Gewinn und Umsatzsteuer hat sich nach den Erfahrungen der hamburgischen Bauverwaltung nichts geändert; im Index wurden deshalb gleichbleibend Zuschläge von 72 vH oder auf die Dachdeckerlöhne von 77 vH verrechnet.

Aus den Material- und Lohnkosten errechnen sich die Kosten des Rohbaus. Sie werden für Februar 1955 gekennzeichnet durch die Indexziffer 252,8 gegen 239,7 im Februar 1954 (immer Jahresdurchschnitt 1936 = 100). **Die Rohbaukosten sind also in den letzten 12 Monaten um 5,5 vH gestiegen.** Von den sehr teuren, aber nicht ins Gewicht fallenden, den Bau vorbereitenden Erdarbeiten abgesehen (Indexziffer hierfür 406,7), sind — der Holzpreise wegen — die Zimmererarbeiten am teuersten (Index 320,6), wogegen die Maurerarbeiten (224,5), die Betonarbeiten (237,2) und auch noch die Dachdeckerarbeiten (256,7) für den Auftraggeber verhältnismäßig günstiger im Preise liegen. Anders liegt es wiederum bei den Klempnerarbeiten am Rohbau, für die sich der Index auf 306,7 stellt.

Letzteres ist mitbedingt durch die Blei- und Zinkpreise. Wir sprachen schon im Anfang davon, daß sie gestiegen sind, ebenso der Kupferpreis. Auf der Basis 1938 = 100 wurden im Rahmen der Indexziffern die Grundstoffpreise im Bundesgebiet für Kupfer, Blei und Zink notiert im Januar 1954: 490, 520, 491, für Dezember 1954: 526, 618, 525. Es liegen also Erhöhungen bei Kupfer und Zink um etwa 7 vH, bei Blei gar um 19 vH der an sich schon weit überdurchschnittlich hohen Ausgangspreise vor (die allerdings 1950/52 noch beträchtlich höhere gewesen waren).

Alle einschlägigen Handwerkerarbeiten am Roh- und Ausbau wurden in ursächlicher Verbindung damit im Preise erhöht. Jeweils von Februar 1954

bis Februar 1955 stiegen die Preise (einschl. der handwerklichen Arbeit des Einbauens) für 1 m Dachrinne von 11,50 auf 12,10 DM, 1 m Regenabfallrohr von 8,10 auf 8,65, 1 qm Zinkblechbelag von 23,10 auf 25,15, 1 m Abflußrohr von 20,60 auf 22,75, 1 m Wasserleitungsrohr von 8,20 auf 8,50, 1 m Gasrohr von 8,35 auf 9,05 DM und für eine elektrische Brennstelle von 13,35 auf 14,70 DM, alles im einfachen Durchschnitt der von uns erhobenen Einzelpreise. Teurer wurden auch die sanitären Einrichtungen: die Aborteinrichtung um 10, die Badeeinrichtung um 14 vH. Küchenherde blieben im Preise gleich, bei Zimmeröfen war eine Preiserhöhung um etwa 4 vH zu verzeichnen. Die kräftige Erhöhung der Holzpreise, wie sie bei dem im Rohbau verwendeten Bauholz mehr oder weniger in Erscheinung getreten ist, hat sich bei den Tischlerarbeiten, dem Einbau von Fenstern, Türen und Treppen, erst wenig bemerkbar gemacht; immerhin war die Preistendenz steigend: die Preise vom Februar 1955 lagen um 3 vH über den vorjährigen. Wohl als fast einzige Ausbaurarbeit ist die Verglasung nicht nur nicht teurer, sondern etwas billiger geworden, von 7,15 auf 6,85 DM je qm. Allerdings sind, auch die Malerarbeiten hervorzuheben, die sich im Preise ziemlich gehalten haben, nur der Ölfarbenastrich hat sich um etwa 4 vH verteuert. Ähnlich so das Tapezieren.

Übersicht 4

Preisentwicklung ausgewählter Handwerkerarbeiten in DM

Handwerkerarbeiten ¹⁾	1954				1955 Febr.
	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	
Dachrinne	11,50	11,65	11,80	12,00	12,10
Regenabfallrohr . . .	8,10	8,25	8,35	8,50	8,65
Zinkblechbelag	23,10	23,60	23,80	24,85	25,15
Abflußrohr	20,60	21,45	21,70	21,70	22,75
Aborteinrichtung . . .	87,50	88,20	88,25	92,30	96,80
Badeeinrichtung . . .	541,35	555,00	561,30	574,40	617,00
Ausgußbecken	62,45	64,20	64,45	65,30	70,05
Geschoßtreppen	37,40	37,80	38,05	38,95	39,20
Fenster mit Beschlag	100,80	101,25	101,50	103,00	103,95
Verglasung	7,15	7,05	6,90	6,95	6,85

¹⁾ Material einschl. der handwerklichen Arbeit des Einbauens

Im ganzen stellte sich die Preisindexziffer für die Ausbaurarbeiten am Rohbau im Februar 1955 auf 232,7 (wieder 1936 = 100), d. h. um 4,5 vH höher als im Februar 1954. Relativ am billigsten sind die Glaserarbeiten geblieben, für die sich ein spezieller Index von nur 157,5 errechnet. Am meisten im Preise gestiegen sind gegenüber der Zeit vor dem Kriege die Tapezierarbeiten (276,2), sodann die Lieferungen und Leistungen der Klempner und Mechaniker (264,3), während sich die Putz- und Stuckarbeiten (214,0), die Malerarbeiten (218,6), die Ofen- und Herdarbeiten (221,2), schließlich auch noch die Tischlerarbeiten (232,6) davon nach unten abheben. Aber es kommt selbstverständlich auf die Wertanteile am Ganzen an, und da stehen die Tischlerarbeiten mit 8,5 und die Klempner- und Mechanikerarbeiten mit rd. 8 vH Anteil an den Gesamtkosten des Baus den anderen Handwerkerarbeiten voran, auf die sich nur noch rd. 8,5 vH der gesamten Bauleistung vereinigen.

Über die sonstigen Kosten ist nicht viel zu sagen. Mit der Bausumme (Rohbau und Ausbau), die von Anfang 1954 auf Anfang 1955 im Schnitt um 5 vH gestiegen ist, haben sich auch, weil prozentual darauf bezogen, die Kosten der Planung und Leitung, die baupolizeilichen Gebühren und die Zinsen für Baugeld ohne weiteres miterhöht.

Der Gesamtindex der Wohnungsbaukosten stieg in den 12 Monaten, die hier Berichtszeit gewesen sind, um 5,1 vH. Er stand, wie bekannt, im Februar 1955 auf 250,0, wenn man den Jahresdurchschnitt 1936 gleich 100 setzt. Nimmt man in derselben Weise den Durchschnitt 1950 zur Ausgangsbasis, dann lautet die Indexziffer für Februar 1955 auf 122,0 und für den Jahresdurchschnitt 1954 auf 118,4.

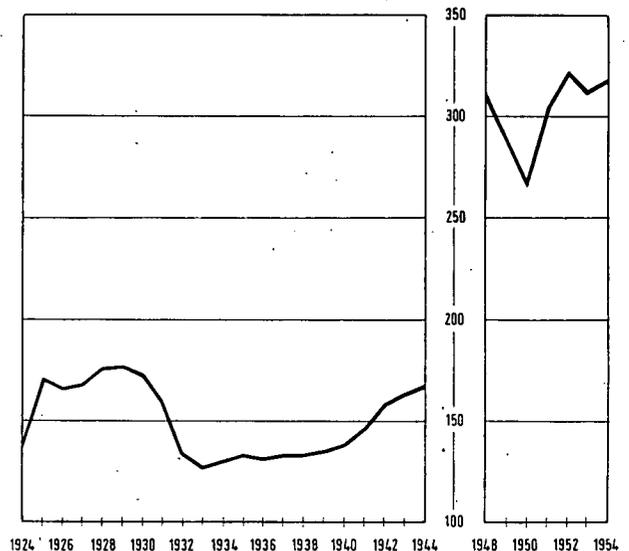
Übersicht 5

Preisindex für den Wohnungsbau Jahresdurchschnitte 1951 — 1954 1936 = 100

Indexgruppen	1951	1952	1953	1954	Veränderung 1953- 1954 in vH
Erdabfuhr	342	386	396	401	+ 1,1
Baustoffe frei Bau . .	269	285	267	268	+ 0,8
Löhne ¹⁾	192	205	213	218	+ 2,4
Handwerkerarbeiten	228	240	227	231	+ 1,7
Bauleistungen					
am Gebäude	227	241	235	239	+ 1,6
Planung u. Baultg. . .	252	267	260	264	+ 1,6
Baupoliz. Gebühren	284	302	294	298	+ 1,6
Zinsen für Baugeld des Bauherrn	532	555	482	477	- 0,9
Gesamtindex	232	246	239	243	+ 1,5

¹⁾ für die Verarbeitung der Baustoffe etmschl. Unkosten und Verdienstanteile

Preisindex für den Wohnungsbau Gesamtindex 1913 = 100



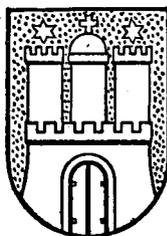
Die nächste Preiserhebung im Wohnungsbau wird im Mai 1955 durchgeführt. Dabei wird zur Geltung kommen, daß die Löhne der Bauarbeiter vom 1. April 1955 an erhöht worden sind, was sich auf die Preisindexziffer für den Wohnungsbau in einer Steigerung um etwa 2 vH auswirken wird.

Dr. Urban

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 20. April 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 9

Der Personenverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel im Jahre 1954

I. Der Personenverkehr nach Flugarten

Die Zahl der Landungen auf dem Flughafen Fuhlsbüttel ging von 20 123 im Jahre 1953 auf 16 500 oder um 18,0 vH und die Zahl der Starts im gleichen Zeitraum von 20 122 auf 16 504 oder um 18,0 vH zurück. Dieser Rückgang im Flugverkehr ist ausschließlich auf verminderte Charter-, Rund- und Extra-Flüge zurückzuführen. Im planmäßigen Verkehr wurden dagegen 168 Starts und 156 Landungen mehr gezählt als im Vorjahr.

Übersicht 1

Landungen und Starts nach Flugarten 1953 u. 1954

Flugarten	Landungen		Starts	
	1953	1954	1953	1954
Planmäßige Flüge	8 743	8 899	8 746	8 914
Extraflüge	260	199	263	201
Außerplanmäßige Flüge	11 120	7 402	11 113	7 389
davon				
Charterflüge	7 125	4 649	7 073	4 635
Rundflüge	3 090	1 626	3 090	1 626
Privatflüge	242	146	241	146
Medizinische Flüge	37	21	36	21
Reklameflüge	1)	341	1)	343
Übrige Flüge	626	619	673	618
insgesamt	20 123	16 500	20 122	16 504

1) Für 1953 in den übrigen Flügen nachgewiesen.

Insgesamt kamen im Jahre 1954 168 205 Fluggäste in Hamburg an, wogegen 143 553 Passagiere Hamburg auf dem Luftwege verließen. Die Differenz zwischen Ankunft und Abgang (24 652 Passagiere) erklärt sich fast ausschließlich durch den Flüchtlingsverkehr; denn 22 736 Flüchtlinge wurden im Jahre 1954 nach Hamburg geflogen. Über die Flüchtlingstransporte in den einzelnen Monaten der Jahre 1953 und 1954 unterrichtet nachstehende Übersicht.

Übersicht 2

Die mit Flugzeugen nach Hamburg gebrachten Flüchtlinge

Monate	1953	1954	Veränderung 1953-1954
Januar	2 668	2 534	— 134
Februar	4 010	1 792	— 2 218
März	10 679	1 970	— 8 709
April	10 786	1 909	— 8 877
Mai	9 551	1 987	— 7 564
Juni	5 279	1 949	— 3 330
Juli	10 081	1 458	— 8 623
August	3 191	2 388	— 803
September	2 942	1 875	— 1 067
Oktober	2 210	1 667	— 543
November	2 879	1 852	— 1 027
Dezember	2 432	1 355	— 1 077
insgesamt	66 708	22 736	— 43 972

Die Abnahme der Flüchtlingsbeförderung gegenüber dem Vorjahr (— 43 972 Personen) ist wesentlich größer als der zahlenmäßige Rückgang der in Hamburg ausgestiegenen Fluggäste (28 171), woraus hervorgeht, daß die verringerte Flüchtlingsbeförderung z. T. durch eine Intensivierung des regulären Flugverkehrs kompensiert wurde. Sieht man nämlich vom Flüchtlingsverkehr ab, zeigt der reguläre Passagierverkehr eine Zuwachsrate von 12,2 vH; 15 801 Fluggäste wurden 1954 im „Eingang“ mehr gezählt als 1953. An der Verstärkung des Luftverkehrs hatten vor allem die planmäßigen Maschinen Anteil.

Die Zahl der von Hamburg abreisenden Fluggäste erhöhte sich im Vergleich zu 1953 um 15 241 auf 143 553 Passagiere oder um 11,9 vH. Die Zunahme kam auch hier im wesentlichen durch eine verstärkte Beförderungsleistung der planmäßigen Maschinen (+ 18 126 Fluggäste) zustande, daneben

erhöhte sich, wenn auch in geringem Maße, der Verkehr mit Charter-Flugzeugen (+ 3028 Fluggäste). Die Zahl der Rundfluggäste verringerte sich im Vergleich mit dem Vorjahr etwa um die Hälfte.

Übersicht 3

Der luftwärtige Personenverkehr nach Flugarten in den Jahren 1953 und 1954

Flugarten	Fluggäste			
	ausgestiegen		zugestiegen	
	1953	1954	1953	1954
Planmäßige Flüge . . .	146 714	154 086	112 177	130 303
Extrافلüge	5 429	2 494	1 725	1 889
Außerplanmäßige Flüge	44 233	11 625	14 410	11 361
davon				
Charterflüge	30 727	4 173	1 006	4 034
Rundflüge	12 223	6 120	12 223	6 120
Privatflüge	350	206	335	209
Medizinische Flüge	157	77	157	85
Übrige Flüge	776	1 049	689	913
insgesamt	196 376	168 205	128 312	143 553
dar. Flüchtlinge	66 708	22 736	—	—

Vergleicht man die Beförderungszahlen des Jahres 1954 mit den Vorjahren und der Vorkriegs-

zeit, so wird die Intensivierung des Luftverkehrs besonders deutlich. Schon 1949 (April — Dezember) war die höchste Beförderungsleistung der Vorkriegszeit, die in das Jahr 1937 fällt, im Eingang und im Ausgang weit überschritten. Seit 1949 hat sich der Luftverkehr mit hohen Zuwachsraten verstärkt¹⁾, so daß im Jahre 1954, was den planmäßigen Verkehr anbetrifft, im Eingang rd. die 6¹/₂fache, im Ausgang rd. die 5¹/₂fache und im Durchgang rd. die 7fache Beförderungsleistung des höchsten Vorkriegsjahres erreicht wurde.

¹⁾ Vergleiche „Hamburg in Zahlen“, Heft 13, Jahrg. 1954

Übersicht 4

Der Flugverkehr in den Jahren 1937, 1938 und 1951 bis 1954

Jahre	Ausgestiegene Fluggäste	dar. im planmäßigen Verkehr	Zugestiegene Fluggäste	dar. im planmäßigen Verkehr	Durchgereiste Fluggäste
1937		23 665		24 383	4 573
1938		21 821		21 747	5 487
1951	100 264		85 522		25 968
1952	127 661		90 513		38 657
1953	196 376	146 714	128 312	112 177	33 097
1954	168 205	154 086	143 553	130 303	33 656

II. Der Personenverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel nach Herkunfts- und Zielorten

1. Inlandsverkehr

Von den rd. 16 500 Flügen des Jahres 1954 sind rd. 7900 dem Inlandsverkehr, rd. 5800 dem Auslandsverkehr und rd. 2800 den Platz- und Lokalflügen zuzurechnen; 98 357 Passagiere flogen im Verlauf des Jahres 1954 von deutschen Flughäfen nach Hamburg-Fuhlsbüttel, wogegen nur 73 234 von Hamburg nach innerdeutschen Flughäfen reisten. Die Differenz (25 123) erklärt sich — wie bereits erwähnt — fast ausschließlich durch den Flüchtlingsverkehr. Im Auslandsverkehr wurden 63 168 ankommende und 63 639 abreisende Passagiere gezählt; hier entsprachen sich also Ein- und Ausreisende zahlenmäßig weitgehend.

Die weitaus meisten von Hamburg abfliegenden Inlandspassagiere, nämlich 58 838 bzw. 80,3 vH der nach deutschen Flughäfen fliegenden Personen, hatten als Reiseziel Berlin, 8017 flogen im Laufe des Jahres 1954 nach Frankfurt, 3069 nach Düsseldorf und 1186 nach München. In diesen Zahlen sind diejenigen Reisenden mitenthalten, die über den ausgewiesenen deutschen Zielhafen hinaus ihre Luftreise mit anderen Maschinen fortsetzten, denn die ausgewiesenen Beförderungsziffern stellen nur den Direktverkehr (ohne Umsteiger) dar. Es ist dem Statistischen Landesamt zur Zeit noch nicht möglich, die Zahl der Umsteiger mit ihrem endgültigen Reiseziel zu erfassen. Aus diesem Grunde sind die für die deutschen und europäischen Zielhäfen ausgewiesenen Fluggäste zahlenmäßig über-

höht, wogegen der Personenverkehr zur Luft von Hamburg nach Übersee zahlenmäßig zu gering dargestellt ist.

Betrachtet man den direkten Reiseverkehr im Jahre 1954 von Hamburg-Fuhlsbüttel nach deutschen Flughäfen insgesamt, so ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Zuwachsrate von 7,2 vH (4895 Passagiere). Im einzelnen war die Entwick-

Übersicht 5

Der Flugverkehr nach innerdeutschen Flughäfen 1953 und 1954

Flughäfen	Beförderte Personen		Veränderung 1953-1954
	1953	1954	
Berlin	53 770	58 838	+ 5 068
Bremen	573	302	— 271
Düsseldorf	3 101	3 069	— 32
Frankfurt	7 907	8 017	+ 110
Hannover	529	451	— 78
Köln-Bonn	31	498	+ 467
München	940	1 186	+ 246
Nürnberg	160	203	+ 43
Stuttgart	1 328	610	— 718
übrige Flughäfen	—	60	+ 60
insgesamt	68 339	73 234	+ 4 895

lung unterschiedlich. Eine Verstärkung erfuhr der Passagierverkehr von Hamburg nach Berlin (+ 5068), Köln-Bonn (+ 467), München (+ 246), Frankfurt

(+ 110) und Nürnberg (+ 43), wogegen der Flugverkehr von Hamburg nach Bremen, Hannover, Düsseldorf und Stuttgart rückläufig war.

Noch ausgeprägter als der Reiseverkehr Hamburg — Berlin war — bedingt durch die Flüchtlingsbeförderung — der Verkehr in entgegengesetzter Richtung (81 057 Passagiere).

Eine Aufgliederung der von den übrigen innerdeutschen Flughäfen kommenden Passagiere nach dem Abreiseort ist dem Statistischen Landesamt wegen fehlender Angaben im Flugbericht nicht möglich, jedoch kann angenommen werden, daß die Reisetätigkeit von diesen Häfen nach Hamburg etwa die gleiche Größenordnung aufweist wie der soeben dargestellte Verkehr in entgegengesetzter Richtung.

2. Auslandsverkehr

Der Auslandsverkehr des Hamburger Flughafens war 1954 im europäischen Raum mit Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden mit über 20 000, 12 000 und 10 000 ankommenden und abreisenden Fluggästen am intensivsten. Der Luftverkehr mit Schweden, Frankreich und der Schweiz verzeichnete rd. 2500 bis 4600 ankommende und abfliegende Passagiere. Es ist anzunehmen, daß in diesen Zahlen, insbesondere in den für Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden ausgewiesenen, viele Umsteiger mitenthalten sind, die aus Übersee und Skandinavien kamen oder nach dort reisten.

Gegenüber dem Vorjahr hat der Luftverkehr von und nach europäischen Flughäfen um 43,8 bzw. 41,1 vH zugenommen, was im wesentlichen auf eine Verstärkung des Verkehrs mit Großbritannien, Dänemark und Schweden zurückzuführen war.

Im außereuropäischen Luftverkehr ist der Reiseverkehr mit den USA (4266 ankommende und 5050 abreisende Passagiere), der im Eingang rd. 78 vH und im Ausgang rd. 84 vH des außereuropäischen Luftverkehrs ausmacht, weitaus am größten. Die Vorjahrsziffern werden im direkten Verkehr mit den USA um 19,9 vH (Eingang) und 29,1 vH (Ausgang) übertroffen.

Von Hamburg nach Asien reisten 524 und von dort nach Hamburg 762 Personen, das sind 36,8 bzw. 90,5 vH mehr als im Vorjahr.

Übersicht 6

Der Personenverkehr des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel mit dem Ausland nach Herkunfts- bzw. Bestimmungsländern¹⁾

Herkunfts- bzw. Bestimmungsländer	Eingang		Ausgang	
	1953	1954	1953	1954
Nord- und Nordosteuropa	19 311	26 786	19 839	26 322
darunter				
Schweden	1 961	4 626	1 794	4 407
Norwegen	790	786	632	410
Dänemark	16 141	20 387	16 948	20 867
Westeuropa	20 164	30 185	19 867	30 459
darunter				
Großbritannien	8 067	12 871	7 958	12 637
Niederlande	7 267	10 323	6 939	11 328
Belgien	975	842	1 035	899
Frankreich	1 704	3 424	1 882	3 023
Schweiz	2 072	2 725	1 944	2 572
Süd- und Südosteuropa	578	636	1 043	727
darunter				
Spanien u. Portugal	129	206	181	239
Italien	232	278	362	374
Österreich	86	53	348	29
Griechenland	86	57	67	75
Europa zusammen	40 053	57 607	40 749	57 508
Amerika	3 744	4 584	4 271	5 353
darunter				
USA	3 557	4 266	3 911	5 050
Brasilien	59	150	121	138
Kolumbien	77	66	83	68
Afrika	56	89	303	101
darunter				
Ägypten u. Brit.-Ägypt. Sudan	12	9	45	36
Union v. Südafrika	30	68	165	39
Kenya u. Uganda	13	7	25	21
Asien	400	762	383	524
darunter				
Persien	72	290	107	248
Pakistan	38	7	43	23
Thailand	102	—	77	—
Hongkong	54	92	10	25
Indien	83	8	14	60
Japan	—	—	—	83
Australien	—	—	3	66
Außereuropa zus.	4 200	5 435	4 960	6 044
Europa und Außereuropa zusam.	44 253	63 042	45 709	63 552
Ohne Angabe	1 972	126	1 316	87
insgesamt	46 225	63 168	47 025	63 639

¹⁾ Nur direkter Verkehr, d. h. ohne Umsteigen auf anderen deutschen und ausländischen Plätzen.

III. Der Luftverkehr nach Flugzeugtypen

Am häufigsten flogen auch im Jahre 1954 die Flugzeuge vom Typ DC 3 den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel an (3561 Flüge). Gegenüber dem Vorjahr 1953 hat dieser Flugzeugtyp für Hamburg allerdings an Bedeutung verloren. Dies zeigt sich besonders an der Zahl der beförderten Fluggäste. Benutzten 1953 noch die meisten von und nach

Hamburg fliegenden Passagiere DC 3-Maschinen, so änderte sich dies im Jahre 1954. Die Maschinen des Flugzeugtyps DC 4 rangierten 1954 in der Beförderungsleistung eindeutig an der Spitze; erst an zweiter Stelle folgt die Beförderungsleistung der DC 3-Maschinen.

Übersicht 7

Der Luftverkehr in Hamburg nach Flugzeugtypen in den Jahren 1953 und 1954

Flugzeugtypen	Ankunft				Abgang			
	Zahl der							
	Flüge		Fluggäste		Flüge		Fluggäste	
	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954
Admiral, Viking	428	29	5 516	337	430	29	5 359	274
Ambassador	270	991	6 250	31 227	271	992	4 193	25 677
Anson	—	264	—	31	—	264	—	33
Breguet	128	—	—	—	128	—	—	—
Bristol	2 497	1 366	15	4	2 495	1 372	14	3
Constellation	70	213	701	1 458	70	214	630	1 333
Consul	6	—	14	—	7	—	22	—
Convair	473	801	5 433	9 792	473	799	5 751	10 865
D C 3	5 607	3 561	92 485	33 271	5 567	3 564	47 314	27 383
D C 4	1 931	2 010	57 638	67 112	1 928	2 015	39 304	54 227
D C 6	412	341	2 340	2 557	411	338	2 016	2 287
D C 6 B	627	1 185	5 159	8 722	628	1 187	4 806	7 693
K Z 7	· ¹⁾	1 382	· ¹⁾	2 921	· ¹⁾	1 383	· ¹⁾	2 923
Rapid	· ¹⁾	512	· ¹⁾	3 102	· ¹⁾	512	· ¹⁾	3 119
Scandia	250	159	5 429	2 853	250	160	5 427	2 969
Tudor	—	422	—	35	—	423	—	79
Viscount	3	335	34	2 979	3	335	23	2 715
York	3 461	2 059	1 911	663	3 489	2 069	297	820
Sonstige	3 960	870	13 451	1 141	3 972	848	13 156	1 153
insgesamt	20 123	16 500	196 376	168 205	20 122	16 504	128 312	143 553

¹⁾ 1953 in „Sonstige“ enthalten.

IV. Der Luftverkehr im jahreszeitlichen Verlauf

Die Zahl der nach Hamburg fliegenden Luftreisenden nahm vom Februar an ständig zu und erreichte im Juli (19 543 Passagiere) die Verkehrsspitze des Jahres. In den darauf folgenden Monaten sank die Verkehrsfrequenz jahreszeitlich bedingt wieder ab. Ein analoges Bild bietet die zahlenmäßige Entwicklung der in Hamburg zuge-

stiegenen und der durchgereisten Fluggäste. Es besteht nur ein Unterschied bezüglich der Verkehrsspitze des Jahres, die hier erst im August erreicht wurde.

Sieht man von der Flüchtlingsbeförderung ab, so lag die Verkehrsleistung des Jahres 1954 in jedem Monat höher als 1953.

Dr. Bahlert/Oechsle

Übersicht 8

Der Luftverkehr 1954 im jahreszeitlichen Verlauf

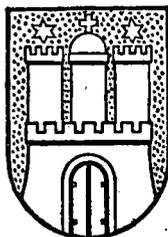
Monate 1954	Flugzeuge		Passagiere		
	Landungen	Starts	ausgestiegen	zugestiegen	im Durchgangsverkehr
Januar	1 068	1 067	9 881	7 150	1 345
Februar	1 182	1 180	8 889	6 816	1 066
März	1 235	1 234	11 579	9 488	1 624
April	1 280	1 277	13 906	10 825	2 687
Mai	1 537	1 541	14 956	12 644	3 131
Juni	1 913	1 912	17 235	14 044	3 947
Juli	1 807	1 816	19 543	16 195	4 060
August	1 705	1 706	18 259	17 315	4 441
September	1 594	1 598	16 914	16 229	3 907
Oktober	1 329	1 339	14 382	13 014	2 887
November	907	913	11 793	10 220	2 397
Décember	924	921	10 868	9 613	2 164
insgesamt	16 481	16 504	168 205	143 553	33 656

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 3. Mai 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 10

Der Wohnungsbau in Hamburg im Jahre 1954 im Vergleich zu den übrigen Ländern des Bundesgebiets

(Vorläufiges Ergebnis)

In den Hamburger Statistischen Informationen ist bereits mehrfach über den Umfang des Wohnungsbaus in Hamburg im vergangenen Kalenderjahr berichtet worden. Zuletzt in Reihe E Nr. 4 vom 12. März, wo schon die Möglichkeit bestand, auch den Bauüberhang an der Jahreswende zu berücksichtigen und damit zugleich die Größe der gesamten Bauleistung im Jahre 1954 zu berechnen. Danach waren im Jahre 1954 in Hamburg im ganzen 24 675 Wohnungen fertiggestellt worden.

Nunmehr liegen auch für das Bundesgebiet und für die einzelnen Länder des Bundes vorläufige Zahlen über das Wohnungsbauergebnis im Kalenderjahr 1954 vor (vgl. „Wirtschaft und Statistik“ Jg. 1955, Heft 3). Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen weichen für Hamburg von

der oben genannten Zahl etwas ab, da hier eine etwas andere Berechnungsweise vorgenommen ist. Für Hamburg wird hiernach ein bereinigtes Jahresergebnis im Kalenderjahr 1954 von 24 200 fertiggestellten Wohnungen ausgewiesen. Es ist damit ebenso groß wie im Vorjahre. Die etwas geringere Zahl dieses bereinigten Ergebnisses erklärt sich in der Hauptsache dadurch, daß vom Statistischen Bundesamt die Zahl der Wohnungen, welche am Jahresanfang 1954 in unfertigen Gebäuden schon fertiggestellt und bewohnt waren und im Jahre 1954 bei der Fertigstellung der entsprechenden Gebäude erneut als Zugang gezählt waren, abgesetzt worden sind, da ihre Fertigstellung nicht dem Kalenderjahr 1954 zugerechnet werden darf, wenn man die im Kalenderjahr erzielte effektive Bauleistung ermitteln will.

Übersicht 1

Fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten im Jahr 1954 nach Ländern

Länder	Monatsmeldungen	Unechter Bauüberhang in fertigen ¹⁾ unfertigen Gebäuden		Unbereinigtes Jahresergebnis	Bezogene Wohnungen in unfertigen Gebäuden am Jahresanfang ²⁾	Bereinigtes Jahresergebnis			
		2	3			4	5	6	7
Schleswig-Holstein	20 200	—	100	20 300	200	20 100	21 100	18 000	19 000
Hamburg	23 600	1 100	100	24 800	600	24 200	24 200	24 000	26 100
Niedersachsen	60 000	—	700	60 600	2 400	58 200	56 200	51 400	33 900
Bremen	7 500	1 200	0	8 700	0	8 700	8 500	7 900	9 300
Nordrhein-Westfalen	184 800	400	4 600	189 800	5 600	184 200	183 900	143 000	137 900
Hessen	48 400	—	2 300	50 700	1 600	49 100	44 700	38 700	40 100
Rheinland-Pfalz	28 800	—	1 600	30 400	1 500	28 900	26 600	23 700	16 900
Baden-Württemberg	83 100	—	1 000	84 100	1 400	82 700	76 200	62 600	63 400
Bayern	67 200	17 600	4 000	88 800	3 900	84 900	77 000	73 800	63 700
Bundesgebiet	523 600	20 300	14 400	558 300	17 200	541 100	518 400	443 100	410 300
außerdem:									
West-Berlin	16 100	2 300			100				

¹⁾ Hier wirkt sich die verschiedene Behandlung der nachträglich festgestellten Wohnungen in fertigen Gebäuden bei der Aufbereitung der Ergebnisse durch die Statistischen Landesämter vergleichsstörend aus. In manchen Ländern werden die nachträglich festgestellten Fertigstellungen noch in das Dezemberergebnis genommen und erscheinen mit in der Spalte 1, aber nicht in der Spalte 2; in anderen Ländern werden diese Wohnungen gesondert von den in den Monatsmeldungen enthaltenen Fertigstellungen gemeldet. — ²⁾ Wohnungen, welche am Jahresanfang 1954 in unfertigen Gebäuden schon fertiggestellt und bewohnt waren und im Jahre 1954 mit der Fertigstellung der entsprechenden Gebäude erneut als Wohnungen fertig gewordener Gebäude (Spalte 1 und 2) gezählt wurden. Sie sind deshalb in Spalte 4 enthalten, müssen aber zur Abstellung des Bauergebnisses auf den genauen Jahresabschnitt 1954 noch von den Zahlen in Spalte 4 abgesetzt werden.

Der Umfang der Bauleistung in Hamburg im Vergleich zu den übrigen Ländern des Bundes tritt noch deutlicher hervor, wenn man die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 10 000 Einwohner berechnet. Man kommt dann zu folgenden Werten:

Auf 10 000 Einwohner (Stand jeweils am 30. Juni) entfielen fertiggestellte Wohnungen im Jahre

	1954	1953	1952
in Bremen	141	141	135
in Hamburg	139	142	144
in Nordrhein-Westfalen	128	131	104
in Baden-Württemberg	119	113	94
im Bundesdurchschnitt	109	106	91
in Hessen	109	100	88
in Bayern	93	84	80
in Rheinland-Pfalz	89	83	75
in Niedersachsen	88	85	77
in Schleswig-Holstein	86	88	73

Diese Übersicht läßt deutlich erkennen, daß man die Bautätigkeit in einem Stadtstaat, dessen Bevölkerung überwiegend in einer Großstadt wohnt, nicht ohne weiteres mit der Bautätigkeit in anderen großräumigen Ländern vergleichen kann. Man muß hierbei beachten, daß die Großstädte zumeist einen

starken Wanderungsgewinn haben, der beim Bauvolumen mit berücksichtigt werden muß. Infolgedessen liegen die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit ihrer relativen Bauleistung erheblich über der der übrigen Länder. Leider ist ein Vergleich mit anderen Großstädten gegenwärtig nicht möglich, da hierfür noch keine Zahlen vorliegen.

Das Statistische Bundesamt bringt in seiner Untersuchung über das vorläufige Ergebnis auch einige wichtige Gliederungszahlen über den Wohnungsbau. Danach waren von den im Jahre 1954 fertiggestellten Wohnungen 62 vH durch private Bauherren errichtet; im Vorjahre waren es nur 57 vH gewesen. Demgegenüber ist der Anteil der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen absolut und relativ zurückgegangen. Für Hamburg erhält man bei den vorläufigen Ergebnissen über die Zahl der fertiggestellten Wohnungen für die privaten Bauherren einen Anteil von 54 vH, dagegen für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen einen Anteil von 45 vH. Im Vorjahre waren die entsprechenden Anteilsziffern 50 und 49 vH. Es zeigt sich also, daß im Bundesgebiet in ähnlicher Weise wie in Hamburg im vergangenen Kalenderjahr, offenbar

Übersicht 2

Baugenehmigungen für Wohn- und Nichtwohnbauten 1951 bis 1954

Bauherren Länder	Umbauter Raum ¹⁾				Veranschlagte Baukosten ²⁾				Genehmigte Wohnungen							
	1954		1953		1954		1953		1954		1953		1952		1951	
	insgesamt	darunt. Neubau	insgesamt	darunt. Neubau	insgesamt	darunt. Neubau	insgesamt	darunt. Neubau	insgesamt	darunt. Neubau	insgesamt	darunt. Neubau	insgesamt	darunt. Neubau	insgesamt	darunt. Neubau
Mill. cbm				Mill. DM				1000	vH	1000	vH	1000	vH	1000	vH	
Wohnbau nach Bauherren																
Private Bauherren	127,7	104,1	81,7	90,8	6 314	5 041	3 755	3 417	392	65,3	337	64,7	267	63,1	275	64,7
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	50,9	52,3	47,8	40,2	2 391	2 467	2 166	1 530	179	91,1	199	91,0	192	88,4	157	86,9
Öffentliche Bauherren	5,6	6,2	6,2	8,4	286	309	294	391	20	87,8	24	86,8	24	83,7	25	83,2
zusammen	184,2	162,7	135,7	139,4	8 992	7 817	6 216	5 337	591	73,9	559	75,0	483	74,2	457	73,3
davon in kreisfreien Städten ³⁾	83,6	78,9	66,1	64,2	4 238	3 949	3 164	2 580	279	59,8	284	63,1	246	63,1	221	60,6
Kreisen ³⁾	100,6	83,8	69,5	75,2	4 754	3 868	3 052	2 757	312	86,5	275	87,2	237	85,6	236	85,2
Wohnbau nach Ländern																
Schleswig-Holstein	6,0	5,5	4,4	4,4	278	245	196	171	21	81,8	22	84,8	20	87,0	19	82,7
Hamburg	6,5	6,6	4,6	5,9	358	354	239	248	24	33,2	28	73,7	20	65,4	24	58,0
Niedersachsen	21,5	17,3	13,6	15,0	973	764	567	530	68	89,1	58	87,9	49	86,4	51	82,8
Bremen	3,2	2,8	2,2	2,0	156	135	100	83	12	71,9	11	53,2	9	62,8	7	45,8
Nordrhein-Westfalen	62,3	56,2	51,0	49,5	3 048	2 686	2 233	1 798	199	65,5	191	64,9	175	65,9	147	67,1
Hessen	17,7	14,7	11,2	12,4	864	710	514	497	57	82,5	50	82,5	39	81,1	42	76,3
Rheinland-Pfalz	10,8	9,8	6,6	7,5	510	443	302	290	32	69,3	30	68,2	22	65,4	25	66,6
Baden-Württemberg	28,8	25,8	20,1	20,7	1 459	1 294	984	765	89	78,4	85	79,4	69	76,1	60	76,5
Bayern	27,4	24,1	22,0	22,0	1 345	1 185	1 082	955	89	82,2	83	83,0	81	82,2	82	81,4
Nichtwohnbau																
Nichtwohnbau zusammen	96,1	81,9	94,5	98,4	4 295	3 483	3 478	2 947	12	62,0	12	60,0	12	58,5	13	50,9
davon in kreisfreien Städten ³⁾	38,3	33,3	38,3	40,3	2 036	1 723	1 707	1 438	4	58,2	4	55,8	5	55,5	5	49,1
Kreisen ³⁾	57,8	48,6	56,1	58,1	2 259	1 760	1 770	1 509	8	64,0	7	62,5	8	60,2	9	51,9

¹⁾ Nur für ganze Gebäude. — ²⁾ Kosten der Gebäude (reine Baukosten) nach DIN 276 vom August 1943. — ³⁾ Ab 1954 statt kreisfreie Städte: „Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern“ und statt Kreise: „Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern“.

durch die stärkere Förderung des Eigenheimbaus und wahrscheinlich auch infolge einer stärkeren Bevorzugung bei der Bewilligung von öffentlichen Mitteln, die privaten Bauherren im Jahre 1954 eine größere Bautätigkeit entfaltet haben als im Vorjahre. Ein ähnliches Bild erhält man auch, wenn man die im Jahre 1954 erteilten Baugenehmigungen untersucht und diese nach der Art der Bauherren gliedert (siehe Übersicht 2). Hier ist die Tendenz der stärkeren Bevorzugung der privaten Bauherren noch ausgeprägter als bei den im Jahre 1954 fertiggestellten Wohnungen.

Eine Gliederung der fertiggestellten Wohnungen nach der Art der Baumaßnahme, d. h. insbesondere nach dem Anteil des Neubaus und des Wiederaufbaus ist für das Bundesgebiet noch nicht veröffentlicht. In Hamburg ergaben sich nach den vorläufigen Zahlen folgende Anteilsziffern in den Jahren 1954 und 1953:

	Neubau	Wiederaufbau
1954	38 vH	59 vH
1953	40 vH	55 vH

Das Bundesamt vermag vorläufig nur für die im Jahre 1954 erteilten Baugenehmigungen eine entsprechende Gliederung zu veröffentlichen. Den An-

teil des Neubaus bei den Baugenehmigungen in den einzelnen Ländern und im Bundesgebiet insgesamt in den vergangenen Jahren zeigt Übersicht 2. Hierbei ist bemerkenswert, daß der Anteil des Neubaus in Hamburg im Jahre 1954 weit geringer war als in den übrigen Ländern und daß er gegenüber den Vorjahren stark abgefallen ist. Die Erklärung für diese Entwicklung liegt jedoch nicht in einer stärkeren Bevorzugung des Wiederaufbaus in Hamburg gegenüber dem Vorjahr, sondern sie ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Richtlinien für die Bewertung eines Bauvorhabens als „Neubau“ oder „Wiederaufbau“ in Hamburg im Jahre 1954 in anderer Weise angewandt worden sind als in den Vorjahren. Durch eine feinere Untergliederung des Neubaus nach „Neubau auf nicht aufgeschlossenem Gelände“, „Neubau an ausgebauten Straßen, aber bisher nicht bebautem Gelände“ und „Neubau auf früher bebautem Grund“ war es im Jahre 1954 möglich, in Hamburg den Umfang der Wiederaufbauleistung vollständiger und richtiger darzustellen als in den Vorjahren. Man kann annehmen, daß auch in den übrigen Ländern der Umfang und Anteil des Wiederaufbaus in Wirklichkeit etwas größer ist als er durch die vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Zahlen erscheint.

Übersicht 3

Im Bau befindliche und bereits genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten nach Ländern

Länder	Im Bau befindliche Wohnungen				Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen			
	1954	1953	1952	1951	1954	1953	1952	1951
Schleswig-Holstein	9 300	9 800	9 200	10 200	6 500	5 300	5 200	3 200
Hamburg	17 800	16 500	11 800	13 800	7 600	7 600	8 400	11 500
Niedersachsen	33 900	29 300	26 100	29 500	24 900	20 400	17 100	10 700
Bremen	7 600	4 600	4 600	4 200	5 100	6 400	4 900	5 000
Nordrhein-Westfalen	118 500	119 900	113 000	92 100	53 800	43 000	40 100	41 700
Hessen	39 400	30 700	28 800	28 600	17 100	14 700	10 800	11 400
Rheinland-Pfalz	24 100	22 000	18 900	18 200	11 500	9 700	8 000	7 900
Baden-Württemberg	49 300	46 100	40 500	37 700	23 000	19 300	17 500	16 700
Bayern	43 400	40 500	42 400	45 900	25 000	21 800	25 500	26 700
Bundesgebiet	343 300	319 300	295 400	280 200	174 600	148 300	137 500	134 800

Wie die Übersicht 3 zeigt, hat sich im Bundesgebiet auch der Bauüberhang weiterhin erhöht. Am Ende des Jahres 1954 befanden sich im Bundesgebiet rd. 24 000 Wohnungen oder 7,5 vH mehr im Bau als am Ende des vergangenen Jahres; bei den bereits behördlich genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungen war die Zahl der Wohnungen um rd. 18 vH größer. Für Hamburg weichen die Zahlen über die im Bau befindlichen Wohnungen, wegen der im Abschnitt 2 bereits

geschilderten Berechnungsmethode des Statistischen Bundesamts, von den in unseren „Hamburger Statistischen Informationen“, Reihe E, vom 12. 3. 1955 veröffentlichten Zahlen etwas ab. Hiernach befanden sich in Hamburg am 31. 12. 1954 rd. 17 900 Wohnungen und am 31. 12. 1953 rd. 17 000 Wohnungen im Bau. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre betrug demnach 5,3 vH. Über die Struktur des Bauüberhangs in Hamburg wird in einem der nächsten Hefte ausführlich berichtet werden. J.

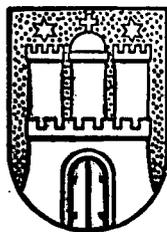
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 6. Mai 1955



Jahrgang 1955 – Heft Nr. 11

Die Ergebnisse der Wanderungsbewegung in Hamburg

In der „Wanderungsstatistik“ werden alle diejenigen Personen gezählt, die im Laufe eines Jahres ihren Wohnsitz gewechselt haben, sei es, daß sie innerhalb eines Landes umgezogen sind (Binnenwanderung), sei es, daß sie über die Landesgrenzen von außerhalb zu- oder nach außerhalb fortgezogen sind. Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik zeigen also die Veränderungen, die sich in der Zusammensetzung der Bevölkerung auf Grund der Zu-, Fort- und Umzüge ergeben, und zwar in ihrer Gliederung nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf, nach dem Ziel und der Herkunft der Wandernden sowie die regionalen Veränderungen in den Bezirken und Ortsteilen. Für das Wachstum der Großstädte und die Veränderungen in der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung spielen die Wanderungen die entscheidende Rolle. Dagegen gleichen sich die Zahlen der Geburten und Sterbefälle nahezu aus, so daß sich die Bevölkerungszahl der Großstädte aus sich heraus kaum verändern würde. Mit welchen Größenordnungen man in der Wanderungsstatistik zu rechnen hat, mögen die Ergebnisse für Hamburg seit der Volkszählung im **September 1950 bis Ende 1954** veranschaulichen. In diesen gut 4 Jahren sind **rd. 333 000 Personen** von außerhalb nach Hamburg **zugezogen** und **rd. 181 000** von Hamburg nach außerhalb **fortgezogen**, so daß die **Einwohnerzahl Hamburgs dadurch um rd. 152 000 Personen** (Wanderungsgewinn) anwuchs. Demgegenüber wurden in diesem Zeitraum **rd. 74 200** Lebendgeborene und **rd. 80 300** Sterbefälle gezählt, so daß sich hieraus ein **Sterbeüberschuß von 6100 Personen** ergab. Hamburg hat damit als einziges Land der Bundesrepublik mehr Sterbefälle als Lebendgeborene aufzuweisen. (Im gesamten Bundesgebiet dagegen lag der Wanderungsgewinn mit **885 000 Personen** unter dem Geburtenüberschuß von **936 000** Lebendgeborenen.) Außerdem wechselten seit September 1950 **rd. 900 000 Personen** (jährlich durchschnittlich **200 000**) ihre Wohnung innerhalb Hamburgs. Es handelt sich damit um insgesamt **1,4 Millionen** Wanderungsfälle in Hamburg in einem Zeitraum von gut 4 Jahren! Es ist also von Bedeutung, die Ergebnisse und die Gliederung dieser Wanderungen näher zu untersuchen, denn für die Wirtschaft und alle Zweige der Verwaltung ist es nicht gleichgültig

zu wissen, wie sich der Wanderungsgewinn nach Alter, Geschlecht, Familienstand usw. zusammensetzte und welche regionalen Veränderungen sich ergaben.

Die wandernden Personen werden auf Grund ihrer Angaben in den amtlichen Meldescheinen, also ihrer An-, Ab- und Ummeldungen gezählt. Der Genauigkeitsgrad dieser Statistik ist also davon abhängig, inwieweit die zu- oder fortziehenden Personen ihrer gesetzlichen Meldepflicht nachkommen. Schon seit jeher konnte festgestellt werden, daß insbesondere ein Teil der fortziehenden Personen es unterläßt, sich abzumelden, so daß dann die fortgeschriebene Einwohnerzahl als etwas überhöht anzusehen war. Um diese Fehlerquelle weitgehend auszuschalten, wurde vom 1. Januar 1953 ab bei den Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes ein neuer Weg beschritten, indem nur noch die Anmeldebelege für die Wanderungsstatistik ausgewertet werden. Hamburg erhält danach über alle Personen, die von Hamburg fortgezogen sind, vom Statistischen Landesamt des Zuzugslandes ein Doppel der Lochkarte mit allen Angaben über die Fortgezogenen, die es dann in seiner Statistik als Fortzug in das betreffende Land auswertet. Es ist dabei also ohne Bedeutung, ob sich die Fortgezogenen abgemeldet haben oder nicht. Abgesehen davon, daß der Genauigkeitsgrad dieser Statistik dadurch erheblich verbessert werden konnte, ist damit gleichzeitig eine nicht unerhebliche Arbeitersparnis erreicht worden, da die große Zahl der Abmeldebelege nicht mehr bearbeitet wird. Ein Beispiel möge dieses neue Verfahren veranschaulichen:

Herr Müller verzieht im Monat Januar 1955 von Hamburg nach Kiel und unterläßt seine Abmeldung. In Kiel meldet er sich aber vorschriftsmäßig im Januar an. Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein zählt diese Anmeldung als Zuzug von Hamburg nach Kiel. Gleichzeitig übersendet es ein Doppel der Hollerith-Lochkarte, die alle erforderlichen Angaben über die Person des Herrn M. enthält, an das Stat. Landesamt Hamburg. Hier wird nun Herr Müller als Fortzug von Hamburg nach Schleswig-Holstein gezählt.

Allerdings muß erwähnt werden, daß damit noch nicht alle Fehlerquellen der Wanderungsstatistik ausgeschaltet worden sind. Ein weiterer Schritt wird sein, die bestehenden Meldevorschriften, ins-

besondere hinsichtlich der Bestimmungen über mehrere Wohnsitze, den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Die Wanderungsergebnisse seit September 1950 bis Ende 1954

Jahre	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsgewinn	Auf 1000 der Bevölkerung		
				Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsgewinn
14. 9. — 31. 12. 1950	24 162	8 311	15 851	50,8	17,5	33,4
1951	72 733	35 721	37 012	44,4	21,8	22,6
1952	68 184	37 519	30 665	40,8	22,5	18,4
1953	88 908	51 105	37 803	52,1	30,0	22,2
1954	79 849	48 624	31 225	46,0	28,0	18,0
dagegen 1938	97 518	93 457	4 061	58,0	55,6	2,4

Eine Vorstellung über den Umfang der Wanderungen gibt die Zahl der Wanderungsfälle (Gesamtzahl der Zu- und Fortzüge), bezogen auf die Bevölkerung (Mobilitätsziffer). Ein Vergleich mit dem Vorkriegsjahr 1938 zeigt, daß die Bevölkerung damals erheblich mehr gewandert ist als heute. Auf 1000 der Bevölkerung kamen im Jahre 1938 fast 114 Wanderungsfälle, im letzten Jahr dagegen nur 74. Im Wanderungssaldo zeigt sich eine große Wandlung gegenüber der Vorkriegszeit. Ergab sich z. B. im letzten Jahre ein Wanderungsgewinn von 18 Personen auf 1000 der Bevölkerung, so waren es 1938 nur 2,4 auf 1000, d. h. die Zahl der Zu- und Fortzüge nach bzw. von Hamburg war vor dem Kriege — trotz der größeren Mobilität — nahezu gleich groß.

Aus den Ergebnissen der letzten Jahre ist zu ersehen, daß sich die Entwicklung allmählich wieder den Vorkriegsverhältnissen nähert: die Zahl der Wanderungsfälle wird größer, aber der Wanderungsgewinn sinkt langsam. Diese Entwicklung, die sich bereits seit 1951 anbahnte, wurde nur im Jahre 1953 unterbrochen durch einen unvorhergesehenen starken Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin nach Hamburg. Diese Flüchtlinge waren zwar überwiegend zur Aufnahme in Nordrhein-Westfalen vorgesehen, mußten aber zunächst in das Flüchtlings-Durchgangslager Kelloggstraße eingewiesen werden und verblieben dort im allgemeinen länger,

als ursprünglich vorgesehen war. Es sei hier darauf hingewiesen, daß diese Flüchtlinge — im Gegensatz zu dem Verfahren in anderen Ländern — in Hamburg meldepflichtig sind und somit zur Wohnbevölkerung gezählt werden.

Wanderungsbilanz 1954

Art der Wanderung	männl.	weibl.	zus.
Zuzüge	39 445	40 404	79 849
Fortzüge	25 598	23 026	48 624
Wanderungsgewinn	13 847	17 378	31 225
Auf 1000 der Bevölkerung			
Zuzüge	48,9	43,4	46,0
Fortzüge	31,8	24,7	28,0
Wanderungsgewinn	17,1	18,7	18,0

Die absolute Zahl der Zuzüge liegt bei Männern und Frauen annähernd gleich hoch, die Zahl der Fortzüge dagegen bei den Männern um 10 vH höher; aber erst diese Zahlen auf 1000 der männlichen bzw. weiblichen Bevölkerung bezogen (Mobilitätsziffer) geben einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse. Danach zeigen also die Männer eine größere Mobilität. Am Wanderungsgewinn waren Frauen stärker als Männer beteiligt; das bedeutet eine langsame Zunahme des Frauenüberschusses bei der hamburgischen Bevölkerung, der bereits für 1950 festgestellt worden war.

Übersicht 1 Die Zuzüge, Fortzüge und Umzüge nach Kalendermonaten im Jahre 1954

Monate	Zugezogene Personen von außerhalb Hamburgs			Fortgezogene Personen nach außerhalb Hamburgs			Wanderungsgewinn Personen			Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	
Januar	3 087	2 990	6 077	1 938	1 691	3 629	1 149	1 299	2 448	16 684
Februar	2 585	2 502	5 087	1 879	1 632	3 511	706	870	1 576	15 109
März	3 016	3 020	6 036	2 255	2 080	4 335	761	940	1 701	15 086
April	3 949	4 075	8 024	2 550	2 418	4 968	1 399	1 657	3 056	15 442
Mai	3 750	3 689	7 439	2 378	2 107	4 485	1 372	1 582	2 954	16 739
Juni	3 006	3 098	6 104	1 939	1 784	3 723	1 067	1 314	2 381	16 578
Juli	3 222	3 128	6 350	1 908	1 664	3 572	1 314	1 464	2 778	18 050
August	3 196	3 253	6 449	1 991	1 685	3 676	1 205	1 568	2 773	17 458
September	3 603	3 774	7 377	2 053	1 961	4 014	1 550	1 813	3 363	17 573
Oktober	3 582	4 066	7 648	2 114	1 994	4 108	1 468	2 072	3 540	18 582
November	3 550	3 701	7 251	2 317	2 034	4 351	1 233	1 667	2 900	18 888
Dezember	2 899	3 108	6 007	2 276	1 976	4 252	623	1 132	1 755	17 682
insgesamt	39 445	40 404	79 849	25 598	23 026	48 624	13 847	17 378	31 225	203 871

Betrachtet man den jahreszeitlichen Ablauf der Wanderungen im Jahre 1954 (Übersicht 1), so weist der Monat April sowohl hinsichtlich der Zahl der Zu- als auch der Fortzüge die höchsten Zahlen

aus. Die Zahl der Zuzüge schwankt zwischen 5000 und 8000 im Monat, dagegen bewegt sich die Zahl der Fortzüge zwischen nur 3500 und 5000 Personen.

Übersicht 2

Die Zuzüge und Fortzüge sowie der Wanderungsgewinn bzw. Wanderungsverlust nach Herkunft, Ziel und Personengruppen 1953 und 1954

Z = Zuzug, F = Fortzug, W = Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (—)

Herkunft bzw. Ziel	Art der An- gaben	Zu- bzw. Fortzüge									
		überhaupt		davon waren							
				Vertriebene ¹⁾		Zugewanderte ²⁾		Ausländer		übrige Bevölkerung	
		1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953
Schleswig-Holstein	Z	22 198	23 062	6 378	6 285	2 197	2 268	184	230	13 439	14 279
	F	12 150	12 079	2 259	2 375	1 260	1 212	166	115	8 465	8 377
	W	+ 10 048	+ 10 983	+ 4 119	+ 3 910	+ 937	+ 1 056	+ 18	+ 115	+ 4 974	+ 5 902
Niedersachsen	Z	17 210	16 780	5 121	4 856	2 185	2 086	251	200	9 653	9 638
	F	7 913	7 880	1 723	1 776	1 167	1 284	163	131	4 860	4 689
	W	+ 9 297	+ 8 900	+ 3 398	+ 3 080	+ 1 018	+ 802	+ 88	+ 69	+ 4 793	+ 4 949
Bremen	Z	1 094	961	214	147	174	187	41	22	665	605
	F	921	820	158	117	125	111	20	24	618	568
	W	+ 173	+ 141	+ 56	+ 30	+ 49	+ 76	+ 21	— 2	+ 47	+ 37
Nordrhein-Westfalen	Z	6 640	6 228	1 427	1 361	1 411	1 362	154	125	3 648	3 380
	F	10 198	14 738	2 615	4 211	3 463	6 026	161	154	3 959	4 347
	W	— 3 558	— 8 510	— 1 188	— 2 850	— 2 052	— 4 664	— 7	— 29	— 311	— 967
Hessen	Z	1 968	1 716	421	334	448	413	57	56	1 042	913
	F	2 326	2 253	397	433	530	528	53	56	1 346	1 236
	W	— 358	— 537	+ 24	— 99	— 82	— 115	+ 4	—	— 304	— 323
Rheinland-Pfalz	Z	906	906	183	212	174	205	41	28	508	461
	F	950	1 094	149	211	196	169	46	53	559	661
	W	— 44	— 188	+ 34	+ 1	— 22	+ 36	— 5	— 25	— 51	— 200
Baden-Württemberg	Z	2 471	2 048	561	446	547	420	75	68	1 288	1 114
	F	2 719	2 594	474	524	493	422	63	78	1 689	1 570
	W	— 248	— 546	+ 87	— 78	+ 54	— 2	+ 12	— 10	— 401	— 456
Bayern	Z	2 619	2 676	643	731	421	477	144	115	1 411	1 353
	F	1 943	1 911	314	321	353	352	76	81	1 200	1 157
	W	+ 676	+ 765	+ 329	+ 410	+ 68	+ 125	+ 68	+ 34	+ 211	+ 196
Berlin	Z	9 716	18 988	2 732	4 635	6 370	12 946	53	59	561	1 348
	F	1 110	889	115	86	628	523	27	23	340	257
	W	+ 8 606	+ 18 099	+ 2 617	+ 4 549	+ 5 742	+ 12 423	+ 26	+ 36	+ 221	+ 1 091
Sowjetische Besatzungszone	Z	8 264	9 001	1 928	2 345	5 033	5 719	17	12	1 286	925
	F	1 292	433	133	36	516	197	12	2	631	198
	W	+ 6 972	+ 8 568	+ 1 795	+ 2 309	+ 4 517	+ 5 522	+ 5	+ 10	+ 655	+ 727
Saargebiet	Z	92	87	3	7	52	13	3	—	34	67
	F	69	56	5	9	29	5	4	1	31	41
	W	+ 23	+ 31	— 2	— 2	+ 23	+ 8	— 1	— 1	+ 3	+ 26
Deutsche Ostgebiete unter fremder Ver- waltung (Gebiets- stand 31. 12. 1937)	Z	10	10	9	8	—	1	—	1	1	—
	F	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	W	+ 10	+ 10	+ 9	+ 8	—	+ 1	—	+ 1	+ 1	—
Ausland ³⁾	Z	5 553	5 238	549	519	449	433	3 113	2 861	1 442	1 425
	F	6 564	5 944	599	661	520	477	1 655	1 529	3 790	3 277
	W	— 1 011	— 706	— 50	— 142	— 71	— 44	+ 1 458	+ 1 332	— 2 348	— 1 852
Unbekannt	Z	1 108	1 207	181	211	229	260	84	167	614	569
	F	469	414	59	45	52	56	25	29	333	234
	W	+ 639	+ 793	+ 122	+ 166	+ 177	+ 204	+ 59	+ 138	+ 281	+ 285
insgesamt	Z	79 849	88 908	20 350	22 097	19 690	26 790	4 217	3 944	35 592	36 077
	W	+ 31 225	+ 37 803	+ 11 350	+ 11 292	+ 10 358	+ 15 428	+ 1 746	+ 1 668	+ 7 771	+ 9 415

¹⁾ Vertriebene sind Personen, die am 1. 9. 1939 in den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten (Gebietsstand 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose. —

²⁾ Zugewanderte sind Personen, die am 1. 9. 1939 in Berlin, der sowjetischen Besatzungszone oder im Saargebiet gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder, jedoch ohne Ausländer und Staatenlose. —

³⁾ Einschließlich Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft.

Für den Bevölkerungsaustausch mit Hamburg sind die angrenzenden Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone mit Berlin von besonderer Bedeutung. Von den rd. 80 000 Zugezogenen im Jahre

1954 kamen über 22 000 oder rd. 28 vH aus Schleswig-Holstein, über 17 000 (22 vH) aus Niedersachsen und fast 18 000 Personen (22,5 vH) aus dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Naturgemäß ist die Zahl der Fortzüge aus

Übersicht 3

Der Bevölkerungsaustausch 1954 zwischen Hamburg und anderen Ländern

Länder	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
Schleswig-Holstein	22 198	27,8	12 150	25,0	+ 10 048	+ 32,2
Niedersachsen	17 210	21,6	7 913	16,3	+ 9 297	+ 29,8
Nordrhein-Westfalen	6 640	8,3	10 198	21,0	- 3 558	- 11,4
Ostzone und Berlin	17 980	22,5	2 402	4,9	+ 15 578	+ 49,9
Übrige Länder des Bundesgebietes	9 058	11,3	8 859	18,2	+ 199	+ 0,6
Ausland	5 553	7,0	6 564	13,5	- 1 011	- 3,2
Sonstige Gebiete und unbekannt	1 210	1,5	538	1,1	+ 672	+ 2,1
insgesamt	79 849	100	48 624	100	+ 31 225	100

Hamburg in die sowjetische Besatzungszone und Berlin nur verhältnismäßig gering (2400 Personen), so daß sich dadurch für dieses Gebiet ein sehr hoher Wanderungsgewinn ergibt, der mit rd. 15 600 Personen fast die Hälfte des gesamten Wanderungsgewinns für Hamburg im Jahre 1954 ausmacht. An zweiter Stelle liegt mit einem positiven Wanderungssaldo Schleswig-Holstein mit rd. 10 000 Personen oder 32,2 vH, gefolgt von Niedersachsen mit einem Wanderungsgewinn von über 9000 Personen oder rund 30 vH. In die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und in das Ausland sind mehr Personen abgewandert als von dort nach Hamburg zuzogen.

Der Wanderungsverlust von über 3500 Personen gegenüber Nordrhein-Westfalen setzt sich ganz überwiegend aus Vertriebenen und Zugewanderten aus der Ostzone und Berlin zusammen (vgl. Übersicht 2), die bereits bei ihrer Aufnahme im Flüchtlings-Durchgangslager Kelloggstraße zur endgültigen Aufnahme im Lande Nordrhein-Westfalen vorgesehen waren. (Wegen der Begriffsbestimmungen der Vertriebenen und Zugewanderten wird auf die Anmerkung zu Übersicht 2 verwiesen.)

Von dem gesamten Wanderungsgewinn des Jahres 1954 entfielen — wie auch im Jahre 1953 — rd. 70 vH auf die Gruppe der Vertriebenen und Zugewanderten (vgl. Übersicht 2); außerdem befanden sich unter den 35 592 Personen der übrigen Bevölkerung, die im Jahre 1954 nach Hamburg zugezogen sind, 7979 Personen, die bereits am 1. 9. 1939 ihren Wohnsitz in Hamburg hatten. Von ihnen kamen 3643 aus Schleswig-Holstein und 2019 aus Niedersachsen. Die Zahl dieser „zurückgekehrten Hamburger“ hat sich in den letzten Jahren stetig vermindert, wie aus der nachstehenden Übersicht zu ersehen ist.

Jahre	Zuzüge von „Hamburgern“ aus:			zusammen
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	übrigen Gebieten	
1950	9 934	6 806	7 121	23 861
1951	7 933	4 973	3 994	16 900
1952	7 425	4 474	3 730	15 629
1953	5 569	3 362	3 517	12 448
1954	3 643	2 019	2 317	7 979
1950 — 1954 zusammen	34 504	21 634	20 679	76 817

Die Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und dem Ausland nach Herkunfts- und Zielländern 1954

Der Bevölkerungsaustausch mit dem Ausland zeigt insgesamt einen Wanderungsverlust (rd. 1200 Personen) für das Jahr 1954; er ist jedoch nur die Folge einer großen Zahl von Fortzügen in das außereuropäische Ausland (4185). Insbesondere sind es die Länder Australien, Kanada und die USA, in die zusammen über 3000 Personen abgewandert sind, während nur rd. 600 Personen von dort nach Hamburg zuzogen. Für die Jahre 1951 bis 1954 belief sich der Wanderungsverlust gegenüber Australien auf über 3400 Personen, gegenüber Kanada auf über 2800 Personen und gegenüber den USA auf über 2700 Personen.

Übersicht 4

Herkunfts- bzw. Zielländer	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)
Schweiz	347	292	+ 55
Österreich	403	144	+ 259
Tschechoslowakei	13	6	+ 7
Polen	5	—	+ 5
Jugoslawien	179	56	+ 123
Rumänien	5	2	+ 3
Bulgarien	13	9	+ 4
Italien	203	122	+ 81
Frankreich	357	117	+ 240
Belgien	111	74	+ 37
Niederlande	250	162	+ 88
Luxemburg	20	9	+ 11
Großbritannien und Nord-Irland	602	519	+ 83
Dänemark	216	178	+ 38
Schweden	513	449	+ 64
Übriges europäisches Ausland	201	231	- 30
Europäisches Ausland zus.	3 438	2 370	+ 1 068
Asien	523	196	+ 327
USA	423	1 080	- 657
Kanada	107	900	- 793
Brasilien	155	147	+ 8
Argentinien	115	58	+ 57
Übriges Amerika	296	247	+ 49
Südafrik. Union	77	216	- 139
Übriges Afrika	126	156	- 30
Australien	90	1 178	- 1 088
Oceanien	9	7	+ 2
Außereuropäisches Aus- land zus.	1 921	4 185	- 2 264
Unbekanntes Ausland	2	9	- 7
Ausland insgesamt	5 361¹⁾	6 564	- 1 203

1) Ohne Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft.

Der Bevölkerungsaustausch zwischen Hamburg und einigen Kreisen der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen

Einen Überblick über den Umfang der Wanderungen in den Jahren 1951 bis 1954 mit den an Hamburg angrenzenden oder in unmittelbarer Nähe liegenden Kreisen vermittelt die Übersicht 5. Allein 29 vH des Wanderungsgewinns gegenüber Schleswig-Holstein entfällt auf die unmittelbar an

Hamburg angrenzenden Kreise Pinneberg und Stormarn und weitere 26 vH auf die in Hamburgs Nähe gelegenen Kreise Herzogtum Lauenburg, Segeberg und Steinburg. Bei Niedersachsen sind es ebenso die an Hamburg unmittelbar angrenzenden Kreise Harburg und Stade, die mit über 13 000 Personen einen Anteil von rd. 32 vH des Wanderungsgewinns in den Jahren 1951 bis 1954 stellten.

Übersicht 5

Die Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und einigen Stadt- bzw. Landkreisen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen 1951 bis 1954

Länder Stadtkreise Landkreise	Zugezogene Personen					Fortgezogene Personen					Wanderungsgewinn Personen				
	1951	1952	1953	1954	1951 bis 1954 zus.	1951	1952	1953	1954	1951 bis 1954 zus.	1951	1952	1953	1954	1951 bis 1954 zus.
Schleswig-Holstein	28 062	24 314	23 062	22 198	97 636	10 921	9 938	12 079	12 150	45 088	17 141	14 376	10 983	10 048	52 548
darunter															
Landkrs. Herzogtum Lauenburg	3 168	2 813	2 546	2 564	11 091	1 764	1 172	1 376	1 337	5 649	1 404	1 641	1 170	1 227	5 442
Landkrs. Pinneberg	4 519	4 166	4 071	3 672	16 428	2 041	2 059	2 574	2 648	9 322	2 478	2 107	1 497	1 024	7 106
Landkrs. Segeberg	1 740	1 449	1 399	1 311	5 899	760	513	627	688	2 588	980	936	772	623	3 311
Landkrs. Stormarn	5 062	4 413	4 012	4 078	17 565	2 359	2 183	2 571	2 489	9 602	2 703	2 230	1 441	1 589	7 963
Landkrs. Steinburg	2 045	1 693	1 561	1 504	6 803	433	439	474	680	2 026	1 612	1 254	1 087	824	4 777
Niedersachsen	18 438	17 274	16 780	17 210	69 702	6 394	6 427	7 880	7 913	28 614	12 044	10 847	8 900	9 297	41 088
darunter															
Stadtkrs. Cuxhaven	403	462	518	516	1 899	166	170	204	203	743	237	292	314	313	1 156
Stadtkrs. Lüneburg	497	597	583	517	2 194	182	203	261	239	885	315	394	322	278	1 309
Landkrs. Lüneburg	666	621	594	567	2 448	139	165	201	186	691	527	456	393	381	1 757
Landkrs. Harburg	4 074	3 599	3 277	3 032	13 982	1 492	1 480	1 645	1 605	6 222	2 582	2 119	1 632	1 427	7 760
Landkrs. Stade	2 175	1 831	1 854	1 808	7 668	523	528	615	615	2 281	1 652	1 303	1 239	1 193	5 387
Landkrs. Hadeln	498	434	507	487	1 926	69	90	133	150	442	429	344	374	337	1 484

Die Zu- und Fortzüge nach dem Familienstand

Die Gliederung der wandernden Personen nach Familienstand und Geschlecht läßt die größere Mobilität der Ledigen sowohl bei Frauen als auch

bei Männern erkennen. Von 100 nach Hamburg zugezogenen Männern im Jahre 1954 waren rd. 59 ledig und 35 verheiratet, bei den Frauen wurden fast 55 als ledig und rd. 32 als verheiratet ermittelt. Ver-

Übersicht 6

Die zugezogenen und fortgezogenen Personen nach Geschlecht und Familienstand von der Volkszählung am 13. 9. 1950 bis Ende 1954

Jahre	Zahl der Personen überhaupt			davon waren												
				ledig			verheiratet			verwitwet			geschieden			
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	
Zugezogene																
Vom 14. 9. bis 31. 12. 1950	10 801	13 361	24 162	6 091	6 744	12 835	4 100	4 850	8 950	260	1 279	1 539	350	488	838	
1951	33 600	39 133	72 733	18 917	20 549	39 466	12 812	13 490	26 302	719	3 634	4 353	1 152	1 460	2 612	
1952	32 077	36 107	68 184	18 957	19 024	37 981	11 284	12 014	23 298	674	3 645	4 319	1 162	1 424	2 586	
1953	43 289	45 619	88 908	24 335	23 410	47 745	16 515	15 951	32 466	859	4 517	5 376	1 580	1 741	3 321	
1954	39 445	40 404	79 849	23 356	22 138	45 494	13 791	12 747	26 538	776	3 910	4 686	1 522	1 609	3 131	
zusammen	159 212	174 624	333 836	91 656	91 865	183 521	58 502	59 052	117 554	3 288	16 985	20 273	5 766	6 722	12 488	
Fortgezogene																
Vom 14. 9. bis 31. 12. 1950	4 223	4 088	8 311	2 242	2 312	4 554	1 690	1 278	2 968	96	302	398	195	196	391	
1951	19 157	16 564	35 721	10 232	9 462	19 694	7 540	5 207	12 747	396	1 115	1 511	989	780	1 769	
1952	20 061	17 458	37 519	11 651	10 196	21 847	6 910	5 159	12 069	398	1 217	1 615	1 102	886	1 988	
1953	26 620	24 485	51 105	14 914	13 437	28 351	10 154	8 405	18 559	413	1 611	2 024	1 139	1 032	2 171	
1954	25 598	23 026	48 624	14 853	13 115	27 968	9 140	7 254	16 394	375	1 589	1 964	1 230	1 068	2 298	
zusammen	95 659	85 621	181 280	53 892	48 522	102 414	35 434	27 303	62 737	1 678	5 834	7 512	4 655	3 962	8 617	
Wanderungsgewinn																
Vom 14. 9. bis 31. 12. 1950	6 578	9 273	15 851	3 849	4 432	8 281	2 410	3 572	5 982	164	977	1 141	155	292	447	
1951	14 443	22 569	37 012	8 685	11 087	19 772	5 272	8 283	13 555	323	2 519	2 842	163	680	843	
1952	12 016	18 649	30 665	7 306	8 828	16 134	4 374	6 855	11 229	276	2 428	2 704	60	538	598	
1953	16 669	21 134	37 803	9 421	9 973	19 394	6 361	7 546	13 907	446	2 906	3 352	441	709	1 150	
1954	13 847	17 378	31 225	8 503	9 023	17 526	4 651	5 493	10 144	401	2 321	2 722	292	541	833	
zusammen	63 553	89 003	152 556	37 764	43 343	81 107	23 068	31 749	54 817	1 610	11 151	12 761	1 111	2 760	3 871	

glichen mit der Zusammensetzung der hamburgischen Bevölkerung am 1. Januar 1954 zeigt sich, daß der Anteil der ledigen Männer und Frauen infolge des Wanderungsgewinns größer wird, der Anteil der Verheirateten dagegen zurückgeht. Hervorgehoben sei, daß auch der Anteil der verwitweten Frauen bei Zuzügen und Fortzügen wesentlich höher liegt als bei Männern.

Familienstand	Geschlecht	Von 100 Pers. des Jahres 1954 hatten den nebenstehenden Familienstand bei den			
		Zuzügen	Fortzügen	Wanderungsgewinn	Dagegen bei der Bevölkerung am 1.1.1954
ledig	männlich	59,2	58,0	61,4	40,9
	weiblich	54,8	57,0	51,9	35,4
verheiratet	männlich	35,0	35,7	33,6	53,0
	weiblich	31,5	31,5	31,6	46,9
verwitwet	männlich	2,0	1,5	2,9	3,5
	weiblich	9,7	6,9	13,4	13,3
geschieden	männlich	3,8	4,8	2,1	2,6
	weiblich	4,0	4,6	3,1	4,4

In dem Zeitraum von der Volkszählung am 13. 9. 1950 bis Ende des Jahres 1954 sind insgesamt 43 343 ledige Frauen mehr nach Hamburg zu- als fortgezogen; bei den ledigen Männern überwogen die Zuzüge die Fortzüge um 37 764 Personen. Bei den Verheirateten waren es 23 068 männliche und 31 749 weibliche Personen, insgesamt also 54 817 Verheiratete, die mehr nach Hamburg zu- als ab-

gewandert sind, und unter den Verwitweten stellten die Frauen einen Wanderungsgewinn von 11 151 Personen gegenüber nur 1610 verwitweten Männern.

Die zu- und fortgezogenen Personen nach Altersgruppen

Für das Wachsen einer Großstadt auf Grund des Wanderungsgewinns ist die altersmäßige Zusammensetzung der Wandernden von besonderer Bedeutung, denn es ist nicht gleichgültig, ob es überwiegend alte Leute oder aber Menschen im erwerbsfähigen Alter oder Jugendliche sind, die von außerhalb in die Großstadt kommen. In der Übersicht 7 werden die Vertriebenen, Zugewanderten aus der Ostzone und Berlin sowie die übrige Bevölkerung getrennt für einzelne Altersgruppen aufgeführt.

Altersgruppen	Von 100 Personen standen im nebenstehenden Alter		
	beim Wanderungsgewinn		bei der Bevölkerung am 31.12.1954
	1954	1953	
unter 6 Jahre	4,1	5,6	6,0
6 bis unter 15 Jahre	10,5	13,1	11,8
15 bis unter 25 Jahre	33,0	26,5	13,8
25 bis unter 45 Jahre	26,7	26,5	26,4
45 bis unter 65 Jahre	17,7	20,7	29,8
65 Jahre und älter	8,0	7,6	12,2

Übersicht 7

Die Zu- und Fortzüge im Jahre 1954 nach einigen wichtigen Alters- und Personengruppen

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsgewinn		Dagegen Wanderungsgewinn 1953	
			absolut	vH	absolut	vH
Vertriebene ¹⁾						
0 — 6	980	441	539	4,7	554	4,9
6 — 15	1 773	689	1 084	9,6	1 357	12,0
15 — 25	6 249	2 757	3 492	30,8	3 168	28,1
25 — 45	6 530	3 461	3 069	27,0	3 070	27,2
45 — 65	3 573	1 323	2 250	19,8	2 312	20,5
65 und älter	1 245	329	916	8,1	831	7,3
zusammen	20 350	9 000	11 350	100	11 292	100
Zugewanderte ¹⁾						
0 — 6	1 105	549	556	5,4	1 147	7,4
6 — 15	2 109	924	1 185	11,4	2 134	13,8
15 — 25	5 123	2 055	3 068	29,6	3 509	22,8
25 — 45	6 853	3 672	3 181	30,7	4 848	31,4
45 — 65	3 628	1 820	1 808	17,5	3 185	20,7
65 und älter	872	312	560	5,4	605	3,9
zusammen	19 690	9 332	10 358	100	15 428	100
Übrige Bevölkerung						
0 — 6	2 116	1 928	188	2,0	400	3,6
6 — 15	3 959	2 959	1 000	10,5	1 465	13,2
15 — 25	13 448	9 708	3 740	39,3	3 322	30,0
25 — 45	12 757	10 681	2 076	21,8	2 120	19,1
45 — 65	5 407	3 920	1 487	15,6	2 336	21,1
65 und älter	2 122	1 096	1 026	10,8	1 440	13,0
zusammen	39 809	30 292	9 517	100	11 083	100
Gesamtbevölkerung						
0 — 6	4 201	2 918	1 283	4,1	2 101	5,6
6 — 15	7 841	4 572	3 269	10,5	4 956	13,1
15 — 25	24 820	14 520	10 300	33,0	9 999	26,5
25 — 45	26 140	17 814	8 326	26,7	10 038	26,5
45 — 65	12 608	7 063	5 545	17,7	7 833	20,7
65 und älter	4 239	1 737	2 502	8,0	2 876	7,6
insgesamt	79 849	48 624	31 225	100	37 803	100

¹⁾ Nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939; Begriffsbestimmung siehe Anmerkung zur Übersicht 2.

Der Anteil der Jugendlichen unter 15 Jahre am gesamten Wanderungsgewinn betrug im Jahre 1954 nur noch 14,6 vH. Er ist also gegenüber dem Jahre 1953 (18,7 vH) weiter zurückgegangen und liegt damit unter dem Anteil dieser Altersgruppe an der hamburgischen Gesamtbevölkerung Ende 1954. Bemerkenswert ist, daß dabei der Anteil der 0 bis 6jährigen beim Wanderungsgewinn der Vertriebenen und Zugewanderten mehr als doppelt so hoch liegt als beim Wanderungsgewinn der übrigen Bevölkerung.

Von besonderer Bedeutung ist die Gruppe der 15- bis 25jährigen, d. h. also der Jugendlichen, die vorwiegend in der Berufsausbildung stehen sowie der Erwerbstätigen in den ersten Berufsjahren. Ihr Anteil am Wanderungsgewinn des Jahres 1954 betrug 33 vH (über 10 000 Personen), dagegen bei der hamburgischen Gesamtbevölkerung Ende 1954 nur 13,8 vH! Das bedeutet also, daß jeder Dritte der mehr Zu- als Fortgezogenen im Alter von 15 bis 25 Jahren stand, bei der Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1954 dagegen nur jeder Siebente. Hierbei lag der Anteil der Vertriebenen und Zugewanderten jedoch mit rd. 30 vH unter dem Anteil der übrigen Bevölkerung (39 vH). Der Anteil aller **unter 25 Jahre alten Personen**, der bei der hamburgischen Gesamtbevölkerung Ende 1954 31,6 vH ausmachte, liegt damit beim Wanderungsgewinn mit 47,6 vH um 50 vH höher. Dagegen ist der Anteil der 45 und älteren Personen mit 42 vH bei der ansässigen Bevölkerung wesentlich höher als beim Wanderungsgewinn mit nur 25,7 vH.

Abschließend ist also festzustellen, daß insbesondere die jüngeren im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen einen weit höheren Anteil am Wanderungsgewinn stellen als der Anteil dieser Altersgruppe an der hamburgischen Gesamtbevölkerung ausmacht.

Die Wandernden nach ihrer Religionszugehörigkeit 1952 bis 1954

Seit dem Jahre 1952 werden die Wanderungsfälle in Hamburg auch nach der Religionszugehörigkeit ausgezählt. Inwieweit sich die Zusammensetzung der hamburgischen Bevölkerung nach ihrer Religionszugehörigkeit infolge der erheblichen Zu- oder Abwanderung verändert hat, läßt sich aus der Übersicht 8 ablesen.

An dem Wanderungsgewinn von fast 100 000 Personen in den Jahren 1952 bis 1954 waren Angehörige der evangelischen Religion mit 82,6 vH beteiligt, also etwas mehr als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei der Volkszählung 1950 ausmachte (78,8 vH). Demgegenüber war der Anteil von Angehörigen der römisch-katholischen Religion mit 11,6 vH beim Wanderungsgewinn fast doppelt so hoch als bei der Gesamtbevölkerung 1950 (6,5 vH). Nur 4,9 vH des Wanderungsgewinns 1952 bis 1954 wurde für die Gruppe „freireligiös, gemeinschaftslos, ohne Angabe“ festgestellt, während ihr Anteil an der hamburgischen Bevölkerung bei der Volkszählung fast dreimal so hoch lag (14,4 vH).

Übersicht 8 Die Zu- und Fortzüge nach der Religion 1952 bis 1954

Jahre	Personen überhaupt	davon waren			
		evangelisch	römisch-katholisch	andere Religion	freireligiös oder gemeinschaftslos und ohne Angabe
Zuzüge					
1952	68 184	53 705	8 269	815	5 395
1953	88 908	71 922	10 167	851	5 968
1954	79 849	62 415	10 358	1 444	5 632
zusammen	236 941	188 042	28 794	3 110	16 995
vH	100	79,4	12,1	1,3	7,2
Fortzüge					
1952	37 519	28 747	4 973	276	3 523
1953	51 105	39 668	6 421	1 209	3 807
1954	48 624	37 317	5 838	667	4 802
zusammen	137 248	105 732	17 232	2 152	12 132
vH	100	77,0	12,6	1,6	8,8
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)					
1952	+ 30 665	+ 24 958	+ 3 296	+ 539	+ 1 872
1953	+ 37 803	+ 32 254	+ 3 746	- 358	+ 2 161
1954	+ 31 225	+ 25 098	+ 4 520	+ 777	+ 830
zusammen	+ 99 693	+ 82 310	+ 11 562	+ 958	+ 4 863
vH	100	82,6	11,6	0,9	4,9
dagegen der Bestand am 13.9. 1950 (Vz) in vH	100	78,8	6,5	0,3	14,4

Die Zu- und Fortzüge nach Einzel- und Mehrpersonengruppen

Es sind Einzelpersonen und Gruppen von mehreren Personen, die ihre Wohnung wechseln. Da

hierbei nur die auf den Meldebelegen angegebene Personenzahl ausgezählt wurde, handelt es sich nicht ausschließlich, wenn auch überwiegend, um Familienhaushaltungen, wenn von mehreren Per-

sonen die Rede ist. Wie bereits erwähnt, liegt der Schwerpunkt der Wanderungen bei den jüngeren Altersgruppen und ledigen Personen. Das wird wieder dadurch bestätigt, daß es ganz überwiegend Einzelpersonen sind, die ihren Wohnsitz wechseln. (Für eine Familie, insbesondere für größere Familien, ist eine Wohnsitzveränderung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.)

Der Anteil der Einzelpersonen an den Zuzugsmeldungen (nicht Personen!) bei den Zuzügen nach

Hamburg lag in den Jahren 1951, 1952 und 1954 zwischen 82 und 83,2 vH. Nur das Jahr 1953 bildete mit 77,3 vH eine Ausnahme, da sich die Zuwanderung von Ostzonenflüchtlings aus verhältnismäßig vielen Familien zusammensetzte.

Für die Fortzüge liegen nur für die Jahre 1951 und 1952 Angaben über die Personenzahl vor. Sie zeigen ebenfalls den wesentlich höheren Anteil der Einzelpersonen, der mit 87 bis 88 vH sogar noch über dem der Zuzüge liegt.

Übersicht 9

Die Zuzüge 1951 bis 1954, die Fortzüge 1951 bis 1952 über die Landesgrenze nach der Personenzahl

Jahre	Anzahl der Meldungen	davon Meldungen mit... Personen						Personen zusammen
		1	2	3	4	5	6 u. mehr	
Zuzüge								
a) Grundzahlen								
1951	55 907	45 862	5 675	2 629	1 245	358	138	72 733
1952	53 477	44 496	5 231	2 293	1 063	299	95	68 184
1953	62 851	48 563	7 118	4 008	2 118	765	279	88 908
1954	61 343	50 730	5 743	2 776	1 428	483	183	79 849
b) Verhältniszahlen								
1951	100	82,0	10,2	4,7	2,2	0,7	0,2	..
1952	100	83,2	9,8	4,3	2,0	0,5	0,2	..
1953	100	77,3	11,3	6,4	3,4	1,2	0,4	..
1954	100	82,7	9,4	4,5	2,3	0,8	0,3	..
Fortzüge								
a) Grundzahlen								
1951	29 426	25 610	2 215	935	504	126	36	35 721
1952	31 208	27 489	2 068	965	491	147	48	37 519
b) Verhältniszahlen								
1951	100	87,1	7,5	3,2	1,7	0,4	0,1	..
1952	100	88,1	6,6	3,1	1,6	0,5	0,1	..

Die Umzüge innerhalb Hamburgs

In den drei Jahren 1952 bis 1954 zogen rd. 614 000 Personen innerhalb Hamburgs um, also in jedem Jahre über 200 000. Damit wurde die Zahl der Umzüge in der Vorkriegszeit — 1938 z. B. wechselten 383 000 Personen in Hamburg ihre Wohnung — bei weitem nicht erreicht.

Die nachfolgende Übersicht vermittelt einen Einblick in die Umzugshäufigkeit in den einzelnen Bezirken:

Bezirke	Auf 1000 der Bevölkerung und 1 Jahr kamen 1952/54			
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Umzüge innerhalb des Bezirkes
	aus Umzügen			
Hbg.-Mitte	73,2	73,3	— 0,03	68,7
Altona	47,5	57,5	— 10,05	62,4
Eimsbüttel	61,6	69,6	— 8,00	54,9
Hbg.-Nord	66,4	56,6	+ 9,77	63,5
Wandsbek	63,1	56,0	+ 7,07	55,9
Bergedorf	23,2	37,1	— 13,85	71,5
Harburg	26,9	24,6	+ 2,28	73,0

Daraus lassen sich die besonderen Verhältnisse in den Bezirken Harburg und Bergedorf deutlich erkennen. Die Zu- und Fortzüge aus bzw. in andere

Bezirke Hamburgs sind verhältnismäßig gering, dagegen die Umzüge innerhalb dieser Bezirke zahlreicher als in den übrigen Bezirken.

Die Verteilung der rund 614 000 umgezogenen Personen auf die einzelnen Bezirke ist aus der Übersicht 10 zu ersehen. (Dabei geben die senkrechten Spalten die Fortzüge, die waagerechten Zeilen die Zuzüge wieder.) Aus dem Bezirk Hamburg-Mitte sind z. B. 114 017 Personen fortgezogen und in diesen Bezirk 113 988 Personen zugezogen einschließlich der 55 191 innerhalb des Bezirkes umgezogenen Personen. Trotz der hohen Zahl von Binnenwanderungsfällen, die den Bezirk Hamburg-Mitte betrafen, glichen sich Zu- und Fortzüge (aus Umzügen) nahezu aus.

Nur die Bezirke Hamburg-Nord, Wandsbek und Harburg haben einen Wanderungsgewinn aus Umzügen erzielt. Vergleicht man dagegen die gesamte Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken, so ist festzustellen, daß von 1952 bis 1954 nur im Bezirk Bergedorf die Bevölkerungszahl zurückgegangen ist, in allen übrigen 6 Bezirken dagegen hat die Einwohnerzahl zugenommen. Die Bevölkerungszahl in den Bezirken wird also durch die Umzüge innerhalb Hamburgs nur unwesentlich beeinflusst, da rd. 53 vH aller Umzüge im gleichen Bezirk vorgenommen werden.

Dr. Heinsohn

Übersicht 10

Die Umzüge innerhalb Hamburgs nach Ziel- und Herkunftsbezirken 1952 bis 1954

Zielbezirke	Jahre	Herkunftsbezirk							Umzüge zusammen	Wande- rungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)
		Hamburg- Mitte ¹⁾	Altona	Eimsbüttel	Hamburg- Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg		
Hamburg-Mitte ¹⁾	1952	18 898	4 222	4 235	6 124	3 263	1 045	1 322	39 109	+ 1 375
	1953	18 429	4 273	3 858	5 621	2 994	830	1 363	37 368	— 464
	1954	17 864	4 336	3 872	5 641	3 588	842	1 368	37 511	— 940
	zus.	55 191	12 831	11 965	17 386	9 845	2 717	4 053	113 988	— 29
Altona	1952	3 850	18 145	3 094	3 417	1 555	399	721	31 181	— 2 755
	1953	4 536	18 474	3 460	3 729	1 662	439	663	32 963	— 1 098
	1954	3 968	15 348	2 853	3 040	1 275	301	558	27 343	— 4 514
	zus.	12 354	51 967	9 407	10 186	4 492	1 139	1 942	91 487	— 8 367
Eimsbüttel	1952	3 517	3 499	14 638	5 972	1 813	320	554	30 313	— 1 991
	1953	3 357	3 484	13 961	6 086	1 859	325	576	29 648	— 2 348
	1954	3 640	3 413	14 035	6 342	2 175	270	558	30 433	— 1 871
	zus.	10 514	10 396	42 634	18 400	5 847	915	1 688	90 394	— 6 210
Hamburg-Nord	1952	6 921	5 183	7 498	26 717	5 287	805	1 059	53 470	+ 5 098
	1953	6 430	4 779	7 463	24 664	5 649	730	1 170	50 885	+ 4 023
	1954	6 692	4 839	7 073	24 643	6 058	718	1 173	51 196	+ 2 576
	zus.	20 043	14 801	22 034	76 024	16 994	2 253	3 402	155 551	+ 11 697
Wandsbek	1952	2 588	1 820	1 920	4 686	13 220	410	547	25 191	— 838
	1953	2 952	1 935	2 278	5 138	12 676	381	654	26 014	+ 264
	1954	4 259	2 996	3 514	7 439	13 826	598	747	33 379	+ 5 603
	zus.	9 799	6 751	7 712	17 263	39 722	1 389	1 948	84 584	+ 5 029
Bergedorf	1952	521	293	230	437	280	6 382	179	8 322	— 1 230
	1953	566	252	252	439	305	5 851	135	7 800	— 977
	1954	512	232	235	415	233	5 178	141	6 946	— 1 164
	zus.	1 599	777	717	1 291	818	17 411	455	23 068	— 3 371
Harburg	1952	1 439	774	689	1 019	611	191	13 933	18 656	+ 341
	1953	1 562	864	724	1 185	605	221	13 836	18 997	+ 600
	1954	1 516	693	722	1 100	621	203	12 208	17 063	+ 310
	zus.	4 517	2 331	2 135	3 304	1 837	615	39 977	54 716	+ 1 251
Umzüge insgesamt	1952	37 734	33 936	32 304	48 372	26 029	9 552	18 315	206 242	..
	1953	37 832	34 061	31 996	46 862	25 750	8 777	18 397	203 675	..
	1954	38 451	31 857	32 304	48 620	27 776	8 110	16 753	203 871	..
	zus.	114 017	99 854	96 604	143 854	79 555	26 439	53 465	613 788	..

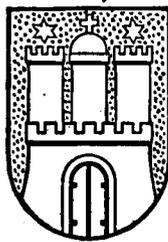
1) einschl. Schiffsbevölkerung.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 17. Mai 1955

Jahrgang 1955 – Heft Nr. 12

Wie wird Hamburg im Haushaltsjahr 1955/56 wirtschaften?

In ihrer Sitzung am 31. März 1955 hat die Bürgerschaft den Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Rechnungsjahr 1955 beschlossen und damit der hamburgischen Finanzwirtschaft für die Zeit vom 1. April 1955 bis 31. März 1956 den haushaltsrechtlichen Rahmen gegeben. **Einnahmen und Ausgaben** im neuen Rechnungsjahr (von dem inneren Verrechnungsverkehr sehen wir hier ab) sind auf **je 1666 Millionen** Deutsche Mark veranschlagt. Der Plan ist ausgeglichen.

Wie baut sich die Einnahmeseite auf?

735 Millionen Steuern vom Einkommen
198 Millionen Gewerbesteuern
44 Millionen Grundsteuern

Hamburg erwartet aus den Steuern vom Einkommen, d. h. aus der Lohnsteuer, dem Steuerabzug bei Kapitalerträgen, der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, 735 Millionen. Hamburg rechnet ferner mit 198 Millionen aus der Gewerbesteuer, 44 Millionen aus der Grundsteuer, 31 Millionen aus der Vermögen- und der Erbschaftsteuer und mit 107 Millionen aus den übrigen Steuerarten, d. s. die Kraftfahrzeug- und die Versicherungsteuer, die Lustbarkeit- und die Rennwett- und Lotteriesteuer, die Biersteuer, die Wechsel-, die Grunderwerb- und die Kapitalverkehrsteuer, schließlich die Hundesteuer und die von den Feuerversicherern zu zahlende Feuerschutzsteuer. Außerdem wird bis zum 30. September 1955 noch die Gemeindegetränksteuer erhoben. **Insgesamt wird der Ertrag der hamburgischen Landes- und Gemeindesteuern auf 1115 Millionen DM geschätzt.**

1115 Millionen sind zwei Drittel aller veranschlagten Haushaltseinnahmen. 33 vH oder 551 Millionen DM sollen aus anderen Quellen kommen. Welche sind dies?

Zuerst sind die Gebühren und Beiträge zu nennen, die im Voranschlag mit 137 Millionen DM zu Buch stehen. Aus mehreren Hundert solcher Einnahmetitel ragen heraus die Pflegegelder der Krankenhäuser mit 57, die Sichelbeiträge

und Sichelbenutzungsgebühren mit 15 und die Gebühren und Strafen der Gerichte mit 12 Millionen.

40 Millionen DM sollen aus der Bundeskasse in die hamburgische Landeskasse geleitet werden, hauptsächlich als Entschädigung für die Einziehung von Bundessteuern und als Bundesanteil an der Kriegsfolgenhilfe. 15 Millionen DM sind Erstattungen in Fürsorgesachen, die Hamburg gewissermaßen bevorschußt hatte. 13 Millionen DM stehen der hamburgischen Schuldenverwaltung von anderen Bundesländern und der Bank deutscher Länder zu, indem diese sich zu beteiligen haben an der Verzinsung und Tilgung der aus der Währungsreform stammenden Ausgleichsforderungen der Geldinstitute. Im ganzen sind es 80 Millionen, die unter den eben genannten und ähnlichen Rechtstiteln im hamburgischen Haushalt vereinnahmt werden.

33 Millionen DM sollen die wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen der öffentlichen Hand dem Haushalt zuführen, davon 19,6 Millionen die Hamburgischen Electricitätswerke A. G., 5,7 Millionen die Hamburger Hochbahn A. G. (die aber auch auf der Ausgabeseite erscheint), 2,5 Millionen die Hamburger Hafen- und Lagerhaus A. G., 2,6 Millionen die Landeszentralbank.

Mit 43 Millionen DM steht auf der Einnahmeseite des Haushalts das Kapital- und Grundvermögen Hamburgs. Zinsen und Tilgungsbeträge auf Darlehen, die Hamburg für den Wohnungsbau oder für die Zwecke der Wirtschaftsförderung gegeben hat, Mieten und Pachten für Grundstücke und Gebäude im öffentlichen Eigentum bilden die Hauptposten.

Zum andern ist Hamburg Darlehnsnehmer dem Bund gegenüber. Hamburg erwartet für die Förderung des Wohnungsbaus Darlehen in Höhe von 27 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt (Tilgung jährlich 1 vH) und 26 Millionen DM aus dem Lastenausgleichsfonds (Tilgung jährlich 2 vH).

Außer diesen 53 Millionen sieht der hamburgische Haushalt **Anleihen in Höhe von 162 Millionen DM** für die verschiedensten Zwecke vor (auf die wir bei den einmaligen und den außerordentlichen Aus-

gaben zu sprechen kommen werden). Wie weit dieser Anleihebedarf realisiert werden muß, läßt sich wahrscheinlich erst gegen Schluß des Rechnungsjahres übersehen, wenn die effektive Höhe der Einnahmen und Ausgaben sich abzeichnen beginnt. Bis dahin dürfte in gewissem Umfange auch die Möglichkeit bestehen, zeitweilig aus Kassenmitteln Ausgaben vorzufinanzieren, so daß sie insoweit erst später auf dem Kapitalmarkt gedeckt zu werden brauchen.

Das ist ein grober Umriss der Einnahmeseite.

Wie ist nun die **Planung der Ausgaben**, die ja ebenfalls (wieder abgesehen von den inneren Verrechnungen, die sich in Einnahme und in Ausgabe mit je 96 Millionen DM ausgleichen) mit **1666 Millionen DM veranschlagt** sind?

Wir haben zu beginnen mit der Unterscheidung zwischen den Ausgaben, die der Art nach regelmäßig wiederkehren — im Haushalt heißen sie die **fortdauernden** — und denen, die sich wenn überhaupt nur in längeren Zeitintervallen wiederholen können und die deshalb je nach Finanzierung entweder als **einmalige** oder als **außerordentliche** bezeichnet werden. Während die fortdauernden Ausgaben auf kurze Perioden wenig beeinflussbar sind, ist innerhalb der hierdurch bewirkten Begrenzung sowie unter dem Aspekt der Kreditmöglichkeiten über die einmaligen und die außerordentlichen Ausgaben in jedem Jahr von Grund auf neu zu befinden, mögen auch langfristige Dispositionen dafür richtunggebend sein. Denn alle Überlegungen stehen im Schatten der mehr oder weniger unvermeidbar hohen fortdauernden Ausgaben, d. h. der Dienst- und Versorgungsbezüge, der Sachausgaben für den Dienstbetrieb der ständigen Zweckausgaben (z. B. Fürsorgeunterstützungen), der Zahlungen an den Bund und andere Bundesländer, der Leistungen im Schuldendienst usw. **Die fortdauernden Ausgaben werden im Haushalt mit 1433 Millionen DM beziffert.** Das bedeutet, daß zu ihrer Deckung so gut wie alle Einnahmen aus Steuern, aus Gebühren und Beiträgen, aus den verschiedenen Erstattungsgründen, aus Betrieben und Beteiligungen, aus Kapital- und Grundvermögen benötigt werden. **Bei der Finanzierung von einmaligen und außerordentlichen Ausgaben ist Hamburg daher 1955/56 haushaltsplanmäßig zu mehr als 90 vH auf Kreditmittel angewiesen.**

In der Gliederung der **fortdauernden Ausgaben**, die wir zunächst behandeln, kommt gleichzeitig die hamburgische Verwaltungsstruktur zum Ausdruck. Anhand der Einzelpläne des Haushalts wollen wir das, soweit hier der Raum reicht, näher betrachten.

An vorderer Stelle im Haushalt finden wir unter den Fachbehörden die Polizei, die Justiz und den Strafvollzug. Für ihre fortdauernden Ausgaben sind im Einzelplan 2 rd. 119 Millionen DM bereitgestellt, davon 100 Millionen für die Besoldung der 11 000 Bediensteten und für Versorgungsbezüge.

Noch beträchtlich höhere Anforderungen an den Haushalt stellt das Schulwesen. Ungerechnet die

Universität und die wissenschaftlichen Institute, die ihren eigenen Etat haben, werden für die Schulbehörde 151 Millionen DM als fortdauernd benötigt, wovon wiederum fast 130 Millionen für Besoldung, hauptsächlich der 8700 Lehrkräfte, und für Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge auszugeben sind. Von den 151 Millionen ist fast die Hälfte den Grundschulen und Praktischen Oberschulen zuzurechnen, während auf die Technischen Oberschulen knapp 10, auf die Wissenschaftlichen Oberschulen 28 und auf die Berufs- und Fachschulen aller Grade 30 Millionen DM entfallen. In den Haushalt der Schulbehörde teilen sich auch die Volkshochschule, die Landesbildstelle, die Schulfürsorge, das Institut für Lehrerfortbildung.

Neben dem allgemeinen Schulwesen finden sich im gleichen Einzelplan die Voranschläge für die Universität und die wissenschaftlichen Institute in Höhe von zusammen 19 Millionen DM fortdauernder Ausgaben. Daran partizipieren die Universität mit 9 Millionen, das Pädagogische Institut, die Staats- und Universitätsbibliothek, das Welt-Wirtschafts-Archiv und das Institut für angewandte Botanik mit Beträgen in der Größenordnung von je 1 Million; beteiligt sind weiter u. a. die Sternwarte, das Chemische, das Physikalische, das Zoologische, das Geologische Staatsinstitut, das Institut für allgemeine Botanik und der Botanische Garten. 2 Millionen DM wendet Hamburg für Forschungseinrichtungen mit überörtlicher Bedeutung auf (u. a. für das Max-Planck-Institut).

Einen gesonderten Platz im Haushalt hat das Universitätskrankenhaus Eppendorf mit einem allgemeinen Ausgabeetat von 19 Millionen DM (denen freilich 9 Millionen DM Einnahmen gegenüberstehen).

Den Abschluß im Einzelplan 3 „Erziehung, Wissenschaft und Kultur“ bildet die Kulturbehörde, die Ausgaben in Höhe von 14 Millionen DM hat, wovon 7 Millionen für Zuschüsse an Theater und das Philharmonische Staatsorchester, 1,7 Millionen für das öffentliche Büchereiwesen, 2½ Millionen für die Museen und rund 1 Million für die Hochschule für bildende Künste bestimmt sind.

Gehen wir über auf den Einzelplan 4, so sehen wir unter „Arbeit und Wohlfahrt“ einen Ausgabehaushalt von 161 Millionen. Hier sind u. a. etatisiert die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, der Arbeitsschutz, die Versorgungsdienststellen. Der entscheidende Anteil entfällt aber mit bald 90 Millionen DM auf das Fürsorgewesen: 35 Millionen kostet die offene, 25 Millionen die geschlossene Fürsorge, etwa 18 Millionen sind darüber hinaus für die Wohlfahrtsanstalten, Wohnlager usw. bereitzustellen. Ungefähr 28 Millionen DM im Jahre betragen die Ausgaben für die Jugendwohlfahrt. Über 4 Millionen DM jährlich stehen dem Sportamt für fortdauernde Ausgaben zu.

Es reiht sich als Einzelplan 5 der Haushalt des Gesundheitswesens an, der in Ausgabe brutto (immer ohne Aufrechnung der Einnahmen)

etwa 96 Millionen DM führt; daran nehmen die öffentlichen Krankenhäuser — sie haben ungefähr 9000 Bedienstete und einen großen ständigen Sachbedarf — mit 83 Millionen teil. Über den Rest von 13 Millionen verfügen in ihren Grenzen das Veterinärwesen, die regionalen Gesundheitsämter und die zentrale Verwaltung der Gesundheitsbehörde, das Hygienische Institut, die Desinfektionsanstalt, der Hafenzärtliche Dienst usw.

Einer der vielseitigsten Einzelpläne des Haushalts ist der Plan der Baubehörde (Einzelplan 6), auf den wir im besonderen noch bei den einmaligen und den außerordentlichen Ausgaben zu sprechen kommen. Im Plan der Baubehörde sind vereinigt u. a. das Bauordnungsamt und das Vermessungsamt, das Wohnungsamt und das Melde- und Paßamt, Hochbau- und Tiefbauamt, Straßenbau, Straßenreinigung und Müllabfuhr, die Grünanlagen und die Friedhöfe, die Feuerwehr und nicht zuletzt das Sielwesen, die sogenannte Stadtentwässerung. Wir müßten zur Tabellenform übergehen (die wir hier vermeiden möchten), wollten wir in einiger Vollständigkeit die Einzelposten nennen. Im ganzen sind der Baubehörde für ihre fortdauernden Ausgaben 78 Millionen DM zur Verfügung gestellt, darunter 13 Millionen für die laufenden Arbeiten im Straßenbau, 6,8 Millionen für die Straßenreinigung, 7,8 Millionen für die Müllabfuhr, 11 Millionen für die Stadtentwässerung, 9 Millionen für die Feuerwehr usw. usw.

Organisatorisch nicht zur Baubehörde gehörig ist der Strom- und Hafenbau. Er hat seinen Platz im Einzelplan 7 „Wirtschaft und Verkehr“, wo er von 53 Millionen DM regelmäßiger Ausgaben 33 Millionen für sich beansprucht. Hieraus sind wiederum 21 Millionen für Gehälter, Löhne und Versorgungsbezüge abzutrennen; denn der Staat beschäftigt im Strom- und Hafenbau etwa 2000 eigene Arbeiter und zahlreiche technische Kräfte.



In die 53 Millionen des Einzelplans 7 sind ferner einbezogen 4,8 Millionen DM ständige Haushaltsmittel der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft, die aus diesem Etat aber den Anteil der Rennvereine am Totalisatoraufkommen, nämlich 1,7 Millionen DM, zu zahlen hat.

Unerwähnt ließen wir bis jetzt die Bezirksverwaltung, in deren Bezirks- und Ortsämtern 7900 Beamte, Angestellte und Arbeiter in den verschiedensten Fachbereichen tätig sind. Für ihre Besoldung und für Versorgungsbezüge stehen im Haushaltsplan 56 Millionen DM bereit. Der gesamte laufende Etat der Bezirksverwaltung beträgt 60 Millionen DM; die Differenz sind im wesentlichen Sachausgaben des laufenden Geschäftsbetriebs. Zweckausgaben (z. B. Straßen- und Sielunterhaltung, Fürsorgeunterstützungen) werden aus den Haushalten der jeweils zuständigen Fachbehörden bestritten.

Es bleiben noch zu erwähnen die Haushalte der Bürgerschaft, des Senats und der Senatsämter sowie des Rechnungshofs. Die Ausgaben der Bürgerschaft lauten im Voranschlag auf 787 700 DM, wovon 400 000 DM in Vergütungen an die Abgeordneten und 144 000 DM in Beiträgen an die Fraktionen bestehen. Im Haushalt des Senats finden wir mehr als 6 Millionen DM für Dienst- und Versorgungsbezüge veranschlagt. Diese Mittel stehen außer für die Mitglieder und engeren Mitarbeiter des Senats für die Bediensteten der Senatskanzlei, der Rathausverwaltung, des Personalamtes, des Organisationsamtes und für die Assessoren, Beamtenanwärter und Lehrlinge der gesamten hamburgischen Verwaltung zur Verfügung. Es folgen im Einzelplan 1 u. a. das Statistische Landesamt mit 2,5 Millionen DM fortdauernden Ausgaben, das Staatsarchiv mit einer halben Million, die Aufsichtsbehörde für die Standesämter mit 700 000 DM, der Rechnungshof mit 1,8 Millionen.

Die Finanzbehörde steht im Haushaltsplan der Hansestadt an letzter Stelle. Zunächst findet sich dort ihr eigener Etat, ihr Haus-Etat sozusagen, der mit 51,6 Millionen DM fortdauernden Ausgaben abschließt, die sich verhältnismäßig leicht charakterisieren lassen; denn es sind zu 45 Millionen die persönlichen Ausgaben (Dienst- und Versorgungsbezüge) der Oberfinanzdirektion, der Finanzämter, der hamburgischen Steuerverwaltung, der hamburgischen Finanzbehörde überhaupt, des Amtes für Besatzungskosten u. a. m. Im übrigen sind es hauptsächlich die regulären Sachkosten des Dienstbereichs, wie sie zwangsläufig bei allen Behörden vorkommen.

Aber auf diesen eigentlichen Haushalt der Finanzbehörde folgt ein zweiter Teil des Einzelplans 9, der die Überschrift „Allgemeine Finanzverwaltung“ trägt und der gerade im Hinblick auf die fortdauernden Ausgaben das allergrößte Gewicht hat. Und zwar finden wir hier die Beträge verzeichnet, die im Rahmen **finanzwirtschaftlicher Abgrenzungen zwischen Bund und Ländern und der Bundesländer untereinander** von Hamburg zu leisten sind. Da ist zuerst die **Beteiligung des Bundes an dem Ertrag der Einkommen- und Körperschaftsteuer** in Höhe von 38 vH des Aufkommens (der Bund strebt 40 vH an). 267 Millionen DM stehen dafür auf der Ausgabeseite im Einzelplan 9 Teil 2. Dazu kommt der Beitrag Hamburgs zum **Länderfinanzausgleich** (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg sind die leistenden, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern die empfangenden Länder). 93 Millionen DM sind im Hamburger Haushaltsplan unter dieser Zweckbestimmung aufgeführt, nicht gerechnet die mit 32 Millionen D-Mark veranschlagten Restzahlungen aus der bisherigen **Finanzausgleich** Zerlegung von Erträgen der Einkommen- und Körperschaftsteuer. 41 Millionen DM betragen die Zahlungen Hamburgs zum **Lastenausgleich**, darunter 6,5 Millionen als Belastung hamburgi-

schen Grundbesitzes; 4,3 Millionen sind anderweitig als Steuern und Abgaben für landeseigene Grundstücke zu zahlen. 12 Millionen DM erfordern die Verkehrsbetriebe (u. a. 3,9 Millionen DM für Betriebsanlagen der Walddörfer und der Langenhorner Bahn, 1,5 Millionen DM als Dividenden-garantie für die A-Aktien der Hamburger Hochbahn A. G., 4,6 Millionen DM als Zuschuß an die Hafen-Dampfschiffahrt A. G.).

Sehr gewichtige Ausgabeposten, die in unseren Darlegungen noch unerwähnt bleiben mußten, resultieren aus dem Schuldendienst. Allein die Verzinsung und Tilgung der Ausgleichs-forderungen der Banken, Versicherungsunter-nehmen und Bausparkassen aus Anlaß der Währungs-reform erfordern für Hamburg Ausgaben in Höhe von 45 Millionen DM (bei 13 Millionen Rückerstat-tung durch andere Bundesländer und der Bank deutscher Länder). Ferner sind im Rechnungsjahr 1955/56 15 Millionen DM im Schuldendienst für Wohnungsbaudarlehen, 9 Millionen für Hafendarlehen und 26 Millionen für den sonstigen Schuldendienst aufzubringen.

Alles in allem sind es bald 560 Millionen DM, die im Haushalt außerhalb der Verwaltungszweige stehen und die **Belastungen allgemeiner finanzwirtschaftlicher Natur** sind. Auf keinen Fall können diese Belastungen mit den anderen fort-dauernden Ausgaben, die aus den Kosten der Verwaltung und den unmittelbaren Zweckaufwänden bestehen, in einem Atem genannt werden. Wir verfahren sachgerecht, wenn wir sie von den 1433 Millionen hier abtrennen, damit erkennbar wird, daß die **Summe der fort-dauernden Ausgaben im engeren Sinne** im Haushaltsjahr 1955/56 bei 875 Millionen DM liegt.

Von den Deckungsmitteln aus gesehen, ist eine Aufspaltung des Ausgangsbetrages von 1433 Millionen allerdings unwichtig; denn der Gesamtbetrag muß seine Deckung ohne Unterschied in den ordentlichen Einnahmen finden. Daß er diese so gut wie ganz absorbiert, so daß kaum etwas übrig bleibt für die Finanzierung einmaliger Ausgaben, wurde schon im Anfang gesagt. Eine der Ursachen für diese akute Schwierigkeit liegt in der jüngsten Steuerreform, die in der ersten Zeit ihrer Wirksamkeit, also im Haushaltsjahr 1955/56, voraussichtlich zu geminderten Erträgen an Einkommensteuern führen wird. Für später wird mit einem Ausgleich, wenn nicht gar mit einem höheren Aufkommen als vor der Tarifsenkung gerechnet, weil die Senkung der Steuertarife aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer weiteren Belebung der Wirtschaft führen wird.

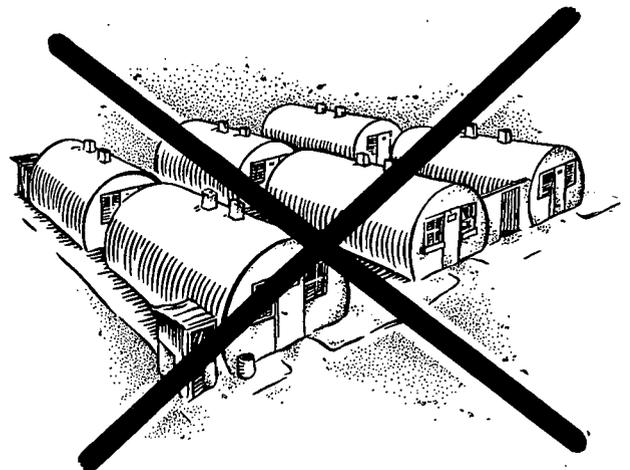
Bei dieser Sachlage mußte für 215 von 233 Millionen DM einmaliger und außerordentlicher Ausgaben im Voranschlag der **Kreditweg** freigemacht werden.

Hier aber wollen wir von den **Objekten** sprechen. Da es mehr als 200 solcher „einmaligen“ und „außerordentlichen“ Haushaltsstellen gibt, müssen wir natürlich in Gruppen zusammenfassen.

Die größte Aufmerksamkeit verdient der Wohn-bau. Für ihn sind 76 Millionen DM im hamburgischen Haushaltsplan bereitgestellt,

darunter die 53 Millionen vom Bund, die wir schon bei den Einnahmen genannt haben. Die übrigen 23 Millionen sind hamburgischen Ursprungs. Angesichts des riesigen Ausmaßes, das die Wohnungsnot trotz aller Neubauleistungen der vergan-genen Jahre auch heute noch hat, müssen die verfügbaren Mittel als verhältnismäßig beschränkt bezeichnet werden; um ihnen aber eine möglichst große Wirksamkeit zu geben, soll in diesem Haus-haltsjahr wo angängig die sogenannte Zinssubven-tion an die Stelle der Kapitalsubvention treten. Das bedeutet, daß die öffentlichen Mittel in diesen Fällen nicht dazu eingesetzt werden, um unmittel-bar als Kapital eine Finanzierungslücke zu schließen, sondern daß mit ihnen Zinserleichterungen ge-schaffen werden sollen, damit die Finanzierungslücke durch Kapitalmarktmittel ausgefüllt werden kann. Auf diese Weise wird das Geld der öffent-lichen Hand „gestreckt“, und der wieder leistungs-fähiger gewordene Kapitalmarkt erhält die Mög-lichkeit, sich stärker an der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus zu beteiligen.

Diese Entspannung für den öffentlichen Haushalt ist auch deshalb notwendig, weil programmgemäß innerhalb von drei Jahren in Hamburg Wohnraum zur Räumung von Notunter-künften, Nissen-Hütten und Wohn-lagern geschaffen werden soll. Schon von den



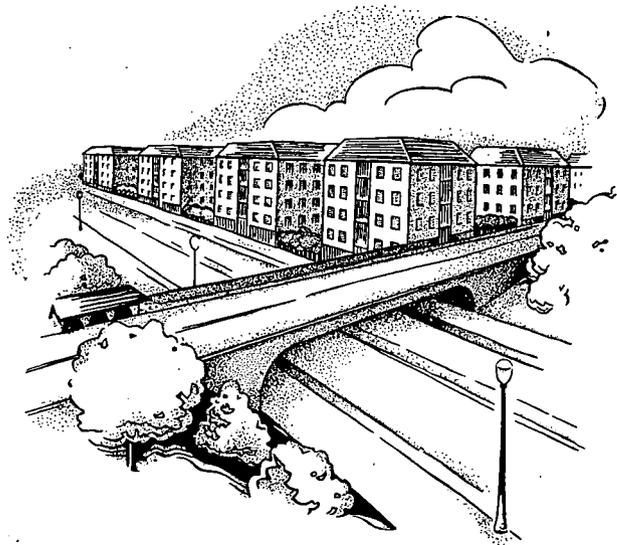
76 Millionen für 1955/56 sind 10,2 Millionen für diese Zwecke bestimmt, 200 000 DM für den Ab-bruch von Nissen-Hütten usw. kommen hinzu. Auf derselben Linie liegt es auch, daß die Stamm-kapitalien der staatlichen gemeinnützigen Woh-nungsunternehmen aus Haushaltsmitteln um 2,3 Millionen DM zu erhöhen sind; denn diese Ge-sellschaften sollen im Rechnungsjahr 1955 u. a. 1500 Wohnungen für die Bewohner von Notunter-künften errichten.

Im Zusammenhang mit den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben im Bau- und Wohn-gewesen sei noch auf die fortschreitende Auf-schließung des Aufbaugesbietes H a m m e r b r o o k hingewiesen, deren Kosten im ganzen auf 28 Mil-lionen DM geschätzt werden, wovon bislang 8 Mil-lionen realisiert wurden; im neuen Rechnungsjahr sind weitere 3,2 Millionen bewilligt, die für Auf-höhungsarbeiten, für Straßen- und Brückenbau,

für Sielbauten und die Ausbaggerung der Hammerbrookkanäle wie auch für die Abfindung einzelner Grundeigentümer Verwendung finden sollen.

Mit einigen kleineren Posten, wie z. B. Wohnungsbauprämien, Ausgaben für Trümmerbeseitigung, sind es rund 8 Millionen DM, die über die 76 Millionen DM hinaus im Bau- und Wohnungswesen veranschlagt wurden.

Die Neugestaltung Hammerbrooks ist nur ein Teil, wenn auch ein sehr wesentlicher Teil der großen stadtplanerischen Aufgaben, die von Hamburg zu lösen sind. Dazu gehören u. a. auch große Straßenbauten und eine Erweiterung des U-Bahnnetzes. Im Straßenbau steht voran der Neubau der Ost-West-Straße mit den beiden Endpunkten Millerntor und Deichtormarkt, der insgesamt (es müssen mehrere Häuserreihen niedergelegt wer-



den) ungefähr 33 Millionen DM kosten wird; mit den Mitteln aus den Haushaltsplänen 1953/54 und 1954/55 von zusammen 3,2 Millionen DM wird demnächst die erste Teilstrecke zwischen Rödingsmarkt und Grimm einschließlich einer neuen Brücke über das Nicolaifleet fertiggestellt sein. Für 1955 sind für den Ausbau der Strecke zwischen Grimm und Speersort und einer Teilstrecke zwischen Zeughausmarkt und Michaelisstraße weitere 3,2 Millionen DM von der Bürgerschaft bewilligt. Auch von einer Nord-Süd-Straße kann künftig gesprochen werden; sie hat aber im Stadtbild keinen zentralen Charakter, sondern verbindet das nördliche mit dem südlichen Wandsbek über den Wandsbeker Markt; rd. 1 Million DM sind als Teilbetrag dafür 1955/56 vorgesehen.

Im ganzen liegen die einmaligen und außerordentlichen Haushaltsmittel für den Verkehr in einer weit höheren Größenordnung, nämlich bei 33 Millionen. Von der Ost-West- und der Nord-Süd-Straße abgesehen, werden allein für Ausbau, Verbreiterung und außerordentliche Instandsetzung von Straßen und Wegen 15,8 Millionen DM benötigt; größere Bauvorhaben sind eine Straßenverbindung zwischen der nach Cuxhaven und der nach Lüneburg/Braunschweig führenden Bundesstraße (2,3 Millionen), Ausbau Lokstedter Steindamm/Wählingsallee (3 Millionen),

Ausbau der Sechslingspforte zwischen Barcastraße und An der Alster (2,3 Millionen), der Luruper Hauptstraße, der Billhorner Brückenstraße, der Barmbeker Straße, des Billwerder Elbdeichs.

Reichlich 2 Millionen erfordert die außerordentliche Instandsetzung und Erneuerung von Brücken; es sind zu nennen die Braune Brücke über die Bille, die Wulfsbrücke über die Goseelbe, die Kajenbrücke, die eine Stützmauer haben muß, und die Umgestaltung der Steintordammbrücke am Hauptbahnhof. 21 Siedlungsstraßen erhalten Asphaltdecken. 420 000 DM sind für Wege, Wegebeleuchtung und für Trinkwasserversorgung in Kleingartensiedlungen auszugeben. In verschiedenen Stadtgebieten muß die Straßenbeleuchtung verbessert werden. Neue Lichtsignalanlagen an 20 Straßenkreuzungen, der Bau von 26 km Radfahrwegen verursachen an Kosten 1,1 Millionen DM.

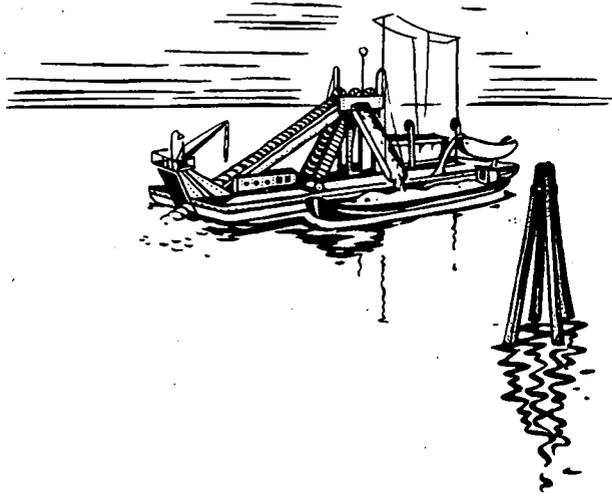
Eine der interessantesten Haushaltspositionen bezieht sich auf die Erweiterung des U-Bahnnetzes. Als I. Bauabschnitt soll zunächst die U-Bahnlinie Kellinghusenstraße/Jungfernstieg über die neue Haltestelle Meßberg bis zum Hauptbahnhof verlängert werden. Die Gesamtkosten dieses Vorhabens werden etwa 27 Millionen DM betragen, davon wird die Hamburger Hochbahn AG etwa 7 Millionen DM für die technische Ausrüstung der Strecke aufbringen. Für die Vorbereitungsarbeiten sind im hamburgischen Haushalt 2 Millionen DM als erster Teilbetrag veranschlagt. Für außerordentliche Instandsetzungen an der Walddörferbahn sind rd. 1,4 Millionen veranschlagt.

Soweit der Verkehr zu Lande. Es kommt der Ausbau des Flughafens hinzu. Die Start- und Landebahnen müssen verlängert werden, weil sie den Ansprüchen moderner Verkehrsmaschinen nicht mehr genügen. Das kostet im ganzen, einschließlich des erforderlichen Grunderwerbs, 5,4 Millionen DM. Als erste Rate hat die Bürgerschaft eine runde Million in den Haushalt eingestellt.

Wir ziehen nun eine Zwischensumme: für Bau- und Wohnungswesen und für Verkehr sind 117 Millionen DM einmaliger oder außerordentlicher Ausgaben im Haushalt veranschlagt. Es sind somit noch die Verwendungszwecke für 116 Millionen darzulegen; denn auf 233 Millionen DM lautet ja die Gesamtsumme.

Da ist zunächst der Hafen. Um ihn von den Zerstörungen des Krieges wieder freizumachen und um die Hafenanlagen darüber hinaus zu vervollkommen und zu modernisieren, hat Hamburg seit der Währungsreform 1948 260 Millionen DM investiert. Durch den Haushaltsplan 1955/56 werden 39,6 Millionen hinzugefügt. Dazu im einzelnen folgendes: 9,5 Millionen DM sind für Baggerungen und Ausbau der Kaimauern bestimmt (Wiederaufbau des Grevenhofskais und Vorbereitung des Wiederaufbaus der Fruchtschuppen 43 und 44). Für 6,2 Millionen DM müssen die Hafenanlagen sowie Straßen und Brücken im Hafengebiet (Moorburger Straße und Neuhofer, Zufahrten im Autobahnzollamt Veddel, Neuhofer Drehbrücke)

erneuert oder instandgesetzt werden. Die Kaiumschlagsanlage der Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft bedarf einer gründlichen Instandsetzung für 4,3 Millionen DM. 19 Pontons, 32 neue Kräne sind anzuschaffen, ein Konstruktionsauftrag über einen Schwimmkran mit einer Tragfähigkeit von 150 t ist zu vergeben. Gelände im Südteil des Hafens ist durch Aufhöhung für die Industrie bau-



reif zu machen. Am Bremer Kai müssen 4 Liegeplätze für tiefgehende Seeschiffe und 12 800 qm Schuppen zusätzlich geschaffen werden; das kostet 4,2 Millionen. Viele kleine Objekte in der Kostelage von mehreren hunderttausend Mark kommen hinzu. Wir lesen von Arbeiten an den St. Pauli-Landungsbrücken, von Uferbefestigungen am Steinwerder Kanal, von der Höherführung eines Schutzdeiches in Harburg, von dem weiteren Ausbau der Fischmarktanlagen in Altona, von Binnenschiffahrtsanlagen in Verbindung mit dem Ausbau des Obst- und Gemüsemarktes in Hammerbrook, von der Abschleusung der Elbe bei Geesthacht nebst Ausbau eines Kraftwerkes, von einem Beitrag zum Wiederaufbau der Schiffsbauversuchsanstalt, von Vorarbeiten zur Anpassung der Petroleumhäfen an die heutige Tankschiffahrt, von den Vorarbeiten für den Bau eines zweiten Elbtunnels zwischen Baumwall und Steinwerder. Schließlich erhält die Hafen-Dampfschiffahrt A. G. weitere 7 neue Fährdampfer und der Strom- und Hafenbau ein Fährschiff für die Strecke Waltershof — Neuhof.

Im westlichen Teil des Hafengebiets, dem Fischereihafen gegenüber, verbindet der Köhlbrand die Norder- und die Süderelbe oder Altona/St. Pauli und Harburg. Altona gegenüber liegt der Köhlbrandhöft und diese Landzunge ist dazu auszuweisen, ein großes Klärwerk aufzunehmen, dem die Abflüsse aus dem Hauptziel an der Hafenstraße zugeleitet werden. Das gesamte Bauvorhaben kostet etwa 33 Millionen DM und kann schon der Kosten wegen nur in einer Reihe von Jahren verwirklicht werden. Im Haushaltsjahr 1954/55 wurde mit einer Bewilligung von 1 Million der Anfang gemacht, 1955/56 werden 6,8 Millionen hinzugefügt.

Ebenso bedürfen in den Randgemeinden die Abwässerungsverhältnisse der Verbesserung; so in Lurup, Bramfeld, Neugraben, Volksdorf, Gr. Borstel. 1½ Millionen DM stehen dafür bereit.

Auch mit anderen größeren Investitionen bei den öffentlichen Anstalten und Einrichtungen ist zu rechnen. Für die Verlegung des Deichtormarktes — das ganze Projekt wird auf 44 Millionen DM geschätzt — sind als weitere Rate 2,5 Millionen DM bewilligt. Für den Bau eines Schlachthofes für Auslands- und Seuchenvieh erhält die Schlachthof- und Viehmarktverwaltung einen Zuschuß von 1 472 000 DM, den sie später amortisieren soll. Die Wasserwerke erhalten ein weiteres Darlehen von 1½ Millionen für die Schaffung eines Wasserrohrnetzes in Hammerbrook. Wir finden im Haushalt sodann einmalige Mittel für den Bau von Bedürfnisanstalten, für die Ausrüstung der Müllabfuhr, die Straßenreinigung, für Kinderspielplätze, für Grünanlagen, für Wochen- und Krammärkte und für bauliche Aufwendungen auf den hamburgischen Friedhöfen.

16,8 Millionen DM sind es zusammen, die für die Kläranlagen, die Märkte, die Wasserwerke und für die übrigen kommunalen Anstalten und Einrichtungen unter den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben zur Verfügung gestellt worden sind.

Für die Einrichtungen des Gesundheitswesens kommen weitere 12,3 Millionen DM hinzu. Davon sind rd. 6 Millionen für Krankenhausbauten vorgesehen: Im Universitätskrankenhaus Eppendorf wird mit den Bau eines Physiologischen Instituts begonnen; an einem anderen, 1953 begonnenen Neubau, der für die Zahn- und Kieferklinik bestimmt ist, werden die Arbeiten fortgeführt, ebenso an dem Neubau einer Kinderklinik auf dem Eppendorfer Gelände. Im Barmbecker Krankenhaus wird die neue Augenklinik fertiggestellt und im Krankenhaus St. Georg ein neues Operationshaus errichtet werden. Noch manches andere gäbe es aufzuzählen. So werden mit baulichen Maßnahmen bedacht die Schwesternunterkünfte in Eppendorf, Barmbek und im Hafenkrankehaus sowie ein Krankenhausblock in Harburg, das Krankenhaus Heidberg, das Eilbeker Krankenhaus und das Krankenhaus Rissen, wo ein besonderes Operations- und Röntgenhaus geschaffen werden soll.

1,7 Millionen DM werden für die innere Einrichtung der Krankenhäuser und ihrer Nebengebäude benötigt. Hierin sind enthalten 450 000 DM für die erstmalige Ausstattung der Kinderklinik in Eppendorf und 500 000 DM für die Ergänzung der Wäschebestände in den staatlichen Krankenhäusern (der Grundstock an Wäsche, Matratzen und Woldecken für bald 15 000 Krankenbetten wurde in den Jahren 1949 — 1954 mit einem Aufwand von 6 Millionen DM gelegt).

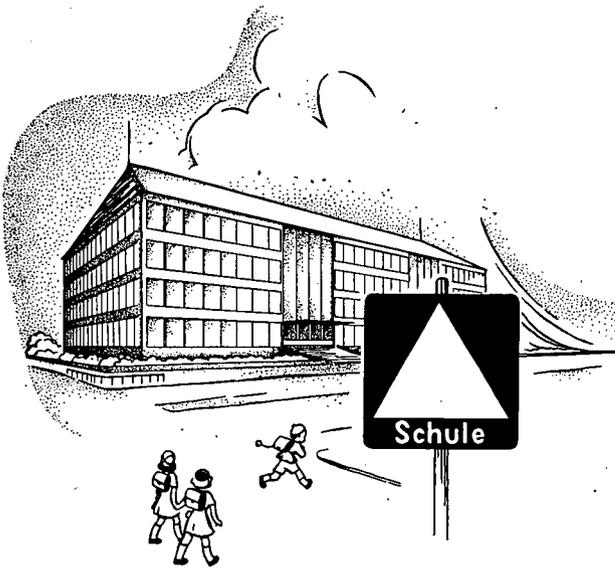
Die Beschaffung von Röntgen- und anderen ärztlichen Geräten bedingt einen Haushaltsbetrag von 627 000 DM, der Neu- und Umbau von Energieversorgungsanlagen im Eppendorfer Krankenhaus Haushaltsmittel von insgesamt 5 — 6 Millionen DM, wovon freilich durch den diesjährigen Haushaltsplan nur eine erste Rate von 1,5 Millionen bewilligt worden ist.

Die nichtstaatlichen Krankenhäuser, die mit 7100 Krankenbetten die staatlichen Kran-

kenhäuser entlasten, erhalten zur Beseitigung ihrer Kriegsschäden und zur Vervollkommnung ihrer Ausstattung eine Finanzhilfe von 1 Million DM, die in Form von Darlehen oder, wenn Darlehen auf dem Kapitalmarkt beschafft werden, als Zins- und Tilgungszuschüsse gegeben werden sollen.

Im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes wiederum ist Vorsorge zu treffen für die Unterbringung einer Mütterberatungsstelle in Rothenburgsort und einer Fürsorgestelle in Neugraben. Barmbek erhält ein Gesundheitshaus mit mehreren ärztlichen Dienststellen, ebenso der Stadtteil Stellingen.

Im Wiederaufbauprogramm der Hansestadt steht der Schulbau auf einem der vorderen Plätze. Eine schon seit mehreren Jahren gepflegte, weit gesteckte Planung soll Hamburg sobald wie möglich aus der Schulraumnot herausführen. Auf der Ausgabe Seite des Haushaltsplans 1955/56 finden wir



16 Millionen DM, die diesem Zweck zu dienen bestimmt sind; außerdem hat die Bürgerschaft den Senat ermächtigt, eine Verpflichtung in Höhe von weiteren 16 Millionen zu Lasten des Rechnungsjahres 1956 zu übernehmen, damit in der Durchführung der Pläne keine Unterbrechung eintritt. Es sind im Bezirk Hamburg-Mitte 18 Bauvorhaben, die auf der rechnungsmäßigen Basis des diesjährigen Haushaltsplans weitergeführt, begonnen oder beendet werden, während die entsprechende Zahl der Bauobjekte jeweils im Bezirk Altona 9, Eimsbüttel 12, Hamburg-Nord 18, Wandsbek 17, Bergedorf 1 und Harburg 9 beträgt. Das gibt den sehr ansehnlichen Katalog von 84 Schulbauprojekten, und zwar von 35 Neubauten, 30 Wiederaufbauten und 19 Um- und Erweiterungsbauten. Ihre Gesamtbaukosten, die über eine Reihe von Jahren verteilt sind, werden auf 115 Millionen geschätzt; davon wurden in den vergangenen Jahren 31 Millionen aufgebracht, und für 1955 stehen 8,5 Millionen dafür zu Buch. Zu den 115 Millionen tritt schon ein weiteres Schulbauprogramm, dessen Projektierung bis Ende des Haushaltsjahres 1955/56 abgeschlossen werden soll.

Außer den Arbeiten an den 84 Bauprojekten mit einem Kostenaufwand von 8,5 Millionen DM und dem schon erwähnten zusätzlichen Vorgriff auf das nächste Haushaltsjahr wird Hamburg 1955/56 noch 3,8 Millionen DM für die Aufstellung von weiteren 35 Schulpavillons aufwenden. Aus dem diesjährigen Haushalt sind weiter zu bestreiten 1,8 Millionen DM für Grunderwerbskosten und Anliegerbeiträge und 1,8 Millionen DM für die Einrichtung von 356 Klassen- und Nebenräumen sowie für die Erstaussstattung mit Lehrmitteln. Das macht zusammen jene 16 Millionen, von denen wir für 1955 ausgingen.

Ein zweiter wichtiger Programmpunkt der Schulverwaltung ist die Grundüberholung der Schulgrundstücke. Es ist hier sehr viel nachzuholen; die Gesamtkosten der Renovierungen usw. werden auf 24 Millionen DM beziffert; 7,6 Millionen waren in den beiden vorangegangenen Rechnungsjahren dafür bewilligt; für 1955/56 sind 4,5 Millionen vorgesehen. Ferner sollen für räumlich sehr beengte Schulen gegebenenfalls zerstörte Nachbargrundstücke aufgekauft und damit Erweiterungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Auf die Schulturnhallen kommen wir beim Sport zu sprechen.

Hinter den einmaligen Ausgaben für die Schulen in Höhe von etwa 21 Millionen DM (von dem Vorgriff auf das nächste Jahr abgesehen) sind entsprechende Ausgaben für die anderen Bereiche des Einzelplans 3, für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung, erst in großem Abstand zu nennen. Zu erwähnen wäre die Fertigstellung des 1953 begonnenen Neubaus für das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht (letzter Teilbetrag 1 175 000 DM), die Fortführung des Neubaus des Anatomischen Instituts, die Vorbereitung des Neubauplans der Universität. Auch den Theatern werden Zuwendungen für Bauarbeiten gemacht: das Bühnenhaus der Staatsoper muß wieder hergerichtet werden, und der Wiederaufbau des Thalia-theaters, der im ganzen 3,7 Millionen DM kostet, wird vorangebracht. Der Neubau des Helms-Museums in Harburg bekommt einen Saalanbau. Die Altonaer erhalten einen Neubau für ihre öffentliche Bücherhalle. Das Altonaer Museum vermehrt seine Sammlungen.

Es dürfte an der Zeit sein, wieder eine Zwischensumme zu ziehen. Sie lautet für Bau- und Wohnungswesen, für Hafen und Verkehr, für die öffentlichen Anstalten und Einrichtungen, für das Gesundheitswesen, für Schule, Wissenschaft und Kultur, also für alle die Verwaltungszweige, die wir bisher besprochen haben, auf 212 Millionen DM. Von der Gesamtsumme der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben — 233 Millionen DM — blieben für unsere Betrachtung somit nur noch 21 Millionen.

Sie verteilen sich über verschiedene Verwaltungsbereiche; nur wenige Millionenbeträge sind darunter. Der größte Betrag, 2 Millionen DM, ist veranschlagt für die vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen mit zusätzlichen Büroarbeiten in öffentlichen Dienststellen und mit Garten- und Wegearbeiten in den öffentlichen

Parkanlagen und Friedhöfen. Ein anderer Betrag von rd. 1 Million soll den Pflege- und Altersheimen Oberaltenallee, Farmsen und Bahrenfeld zugutekommen. Vor allem soll damit der Wiederaufbau des Pflegeheims Oberaltenallee, der im ganzen 8 Millionen kosten wird, ein weiteres Stück vorangebracht werden. Für Neubau, Umbau und Instandsetzungen von Jugend- und Kinderheimen ist ebenfalls eine runde Million bestimmt. Außerdem erhält das im hamburgischen Eigentum befindliche Kinderheim Wyk auf Föhr einen Turngymnastiksaal, einen Bestrahlungsraum, ein Musikzimmer und eine kleine Bühne, woran sich kostenmäßig der Hamburger Fußballverband beteiligt. Die Gemeinnützige Darlehnskasse erhält ein Darlehen des Staates von 200 000 DM.

Für das Ortsamt Billstedt ist der Neubau eines Verwaltungsgebäudes vorgesehen, ebenso für das Ortsamt Fuhlsbüttel. Am Hamburger Rathaus sind Schäden an den Dächern und der Steinfassade zu beseitigen. In Harburg wird im Winter 1955/56 der Neubau des Finanzamts bezugsfertig werden. Die Abschlußarbeiten am Hamburger Behördenfernnetz erfordern einen Restbetrag von 1,1 Millionen DM.

In einer Bauzeit von 2 bis 3 Jahren soll am Berliner Tor ein Neubau für das Polizeipräsidium entstehen. Die Gesamtkosten werden etwa 13 Millionen DM betragen; im Haushaltsplan 1955 ist vorerst aber nur ein kleiner Betrag für die Ausarbeitung des angenommenen Wettbewerbsentwurfs eingesetzt. 600 000 DM sind für neue Polizeifahrzeuge auszugeben. In Barmbek reift der Neubau einer Revierwache heran. Reichlich 2 Millionen kommen der Feuerwehr zugute: der Bau einer Feuerwache in Billbrook wird fortgeführt; mit dem Bau einer neuen Feuerwache in Wandsbek wird begonnen. Auch das im Kriege zerstörte Gerätehaus der freiwilligen Feuerwehr in Altenwerder wird wieder aufgebaut. Die Verbreiterung von Straßen, Erneuerung von Brücken usw. bedingen z. T. auch Kabelverlegungen der Feuerwehr; über 200 000 DM müssen 1955 dafür bereitstellen. Schließlich ist vielerlei Gerät für die Feuerwehr neu zu beschaffen, darunter eine Drehleiter 30 m Steighöhe für 90 000 DM, 2 Löschfahrzeuge je 45 000 DM, 4 Feuerlöschpumpen auf Hafenschiffen für 200 000 DM.

4 775 000 DM sind unter den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben für den Sport bewilligt. 2,5 Millionen davon entfallen auf Bau und Einrichtung von Schulturnhallen; 1,4 Millionen D-Mark sind für eine Reihe von Sportanlagen vorgesehen (Harburg, Wandsbek, Osdorf, Sinstorf, Ohlstedt, Langenhorn, Tonndorf, Finkenwerder, Barmbek, Eimsbüttel, Dockenhude). 684 000 DM sind für Sommerbäder bestimmt; das Sommerbad Wilhelmsburg wird fertiggestellt und mit den Vorbereitungen für ein Sommerbad in Barmbek-Nord am Graudenzer Weg ist begonnen worden.

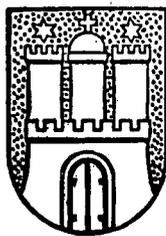
Das ist in großen Zügen ein Überblick über die einmaligen und die außerordentlichen Ausgaben des Haushaltsplans 1955/56. Abgesehen von nur wenigen und nicht entscheidend ins Gewicht fallenden Haushaltsansätzen, hatten wir es immer mit Ausgaben zu tun, die auf der Aktivseite das Vermögen Hamburgs vermehren, sei es wie z. B. bei den Schulbauten das Verwaltungsvermögen, oder wie bei den Beschaffungen von Wäsche in den Krankenhäusern das Vorratsvermögen, oder sei es das Finanzvermögen, dem die Darlehnsforderungen zuwachsen, die sich vor allem aus der öffentlichen Finanzierung des Wohnungsbaus ergeben. Über die Aktivseite der Vermögensrechnung darf freilich die Passivseite nicht übersehen werden, auf der die Verbindlichkeiten stehen, die das Land Hamburg eingeht, um die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben leisten zu können; denn den Schuldendienst übernimmt in der Regel der Steueraushalt. Finanzpolitisch kommt es deshalb in erster Linie darauf an, maßvoll in der Aufnahme von Anleihen zu sein. Zum anderen entspricht es einer alten gesunden Finanzpolitik, große Ausgaben für notwendige Bauten — und darum handelt es sich im wesentlichen — langfristig zu finanzieren, da die Baulichkeiten auch einer langen Periode zugutekommen und auf lange Zeit das Land Hamburg zu ihrem Teil in den Stand setzen, seine öffentlichen Aufgaben zu erfüllen; das gilt zeitbedingt für den Wohnungsbau, das gilt für Wirtschaft und Verkehr, für die Sozialpflege, den Gesundheitsdienst, für Schule und Kultur und für alle anderen Bereiche der vielgestaltigen Verwaltung der Hansestadt.

Dr. Urban

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 18. Mai 1955

Jahrgang 1955 – Heft Nr. 13

Der Bauüberhang am 31. Dezember 1954 in Hamburg

Vorbemerkung

Jährlich wird am 31. Dezember im gesamten Bundesgebiet nach einheitlichen Richtlinien eine Erhebung zur Feststellung des Bauüberhangs durchgeführt. Diese Erhebung ist vor allem deshalb wichtig, weil man nach der Größe und Zusammensetzung des Bauüberhangs an der Jahreswende bereits weitgehend auf die wahrscheinliche Größe des Bauerfolges im neuen Jahre schließen kann; daneben bietet sie aber auch wichtige Zahlen, um die gesamte Bauleistung während des vergangenen Jahres, die in der Zahl der fertiggestellten Wohnungen allein nicht voll zum Ausdruck kommt, richtig darstellen und würdigen zu können.

Unter Bauüberhang werden alle Bauten verstanden, die sich am Stichtag der Erhebung im Bau befinden aber noch nicht fertiggestellt sind; im erweiterten Sinne werden hierzu auch solche Bauvorhaben gerechnet, die zu diesem Zeitpunkt bereits baupolizeilich genehmigt, aber noch nicht begonnen waren. Im Rahmen der Bauüberhangserhebung werden außerdem diejenigen Gebäude

und Wohnungen ermittelt, die am 31. Dezember bereits fertiggestellt und bezogen, aber aus irgendwelchen Gründen noch nicht durch Fertigstellungszählkarten gemeldet waren. Die Feststellung dieser abgeschlossenen Bauvorhaben ist für die Ermittlung des vollständigen Jahresergebnisses an fertiggestellten Gebäuden und Wohnungen besonders wichtig. Schließlich melden die Bauämter noch die im Laufe des Jahres erloschenen Baugenehmigungen.

Die methodische Durchführung der Bauüberhangserhebung ist in unserem Bericht über die vorjährige Erhebung in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1954, Heft 12, ausführlich erläutert worden. Ein Vorbericht über die Ergebnisse der Bauüberhangserhebung am 31. Dezember 1954 ist bereits in den „Hamburger Statistischen Informationen“, Reihe E, Nr. 4, vom 12. März 1955 gegeben worden. In unserem heutigen Bericht werden nunmehr die vollständigen Ergebnisse, gegliedert nach den wichtigsten statistischen Merkmalen, veröffentlicht.

Gesamtüberblick

Am 31. Dezember 1954 befanden sich in der Hansestadt Hamburg **714 Nichtwohngebäude, 4006 Wohngebäude und 17 900 Wohnungen im Bau**, außerdem waren am Jahresende **303 Nichtwohngebäude, 1382 Wohngebäude und 7598 Wohnungen baupolizeilich genehmigt, aber noch nicht begonnen**. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich im großen und ganzen keine wesentlichen Unterschiede. Wie die Übersicht 1 zeigt, hat sich die Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen gegenüber 1953 nur um 851 oder rd. 5 vH erhöht.

Vergleicht man die Zahl der am Jahresende im Bau befindlichen Wohnungen mit der Zahl der im Jahre 1954 fertiggestellten Wohnungen (24 656), so zeigt sich, daß allein mit der Fertigstellung der am Jahresbeginn im Bau befindlichen Wohnungen bereits **Dreiviertel** des Bauerfolges vom Jahre 1954 erreicht würde. Man kann allerdings nicht damit rechnen, daß alle am Beginn des Jahres im Bau befindlichen Bauvorhaben auch im Laufe dieses Jahres fertiggestellt werden, andererseits

wird aber ein erheblicher Teil der am Jahresbeginn bereits genehmigten, aber noch nicht begonnenen Bauten sowie andere erst im laufenden Baujahr genehmigte Bauvorhaben im Laufe des Jahres 1955 noch fertiggestellt, so daß die Höhe des Bauüberhangs am Jahresbeginn im allgemeinen die unterste Grenze des zu erwartenden Bauerfolges im neuen Jahr bildet. Wenn man daneben den Überhang an bereits genehmigten Bauvorhaben und die weitere Entwicklung der Baugenehmigungen berücksichtigt, kann man schon frühzeitig die Größe des Bauerfolges im Jahre 1955 abschätzen.

Die weitere Entwicklung der Bautätigkeit hängt selbstverständlich von mancherlei Faktoren ab, die die künftige Bauaktivität günstig oder ungünstig beeinflussen können. Erwähnt sei hier u. a. das hamburgische „Gesetz über die Übernahme von Bürgschaften sowie von Annuitätsdarlehen und Annuitätzuschüssen zur Förderung des Wohnungsbaues“ vom 22. November 1954. Hiernach soll in größerem Umfange die bisherige Kapitalsubven-

tion durch Annuitätsvorschüsse bzw. -zuschüsse ersetzt werden; man hofft hierdurch mit dem gleichen Aufwand an öffentlichen Mitteln die Zahl der öffentlich geförderten sozialen Wohnungen erhöhen zu können. Weiterhin sei auf die neue Regelung

der Wohnungsbaudarlehen nach § 7c EStG hingewiesen, die sich wahrscheinlich auf den Umfang des steuerbegünstigten Wohnungsbaus ungünstig auswirken wird.

Übersicht 1

Der Bauüberhang an Gebäuden und Wohnungen am 31. Dezember 1954 und 1953

Bauzustand	1954			1953			Zu (+) oder Abnahme (-) 1954 gegenüber 1953		
	Nichtwohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohnun- gen ¹⁾	Nichtwohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohnun- gen ¹⁾	Nichtwohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohnun- gen ¹⁾
Im Bau befindlich	714	4 006	17 900	757	4 386	17 049	- 43	- 380	+ 851
davon									
bereits unter Dach	479	2 165	8 935	516	2 108	10 015	- 37	+ 57	-1 080
noch nicht unter Dach	235	1 841	8 965	241	2 278	7 034	- 0	- 437	+1 931
Genehmigt, aber noch nicht begonnen	303	1 382	7 598	210	1 145	7 590	+ 93	+ 237	+ 8

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Die im Bau befindlichen Gebäude und Wohnungen (echter Bauüberhang)

Nachdem im vorigen Abschnitt ein Gesamtüberblick über den Umfang des Bauüberhanges gegeben wurde, soll nunmehr ein Überblick über die Struktur des Überhanges gegeben werden.

Wie die Übersicht 2 zeigt, befanden sich am 31. 12. 1954 von den **4006 im Bau befindlichen Wohngebäuden und 17 900 Wohnungen bereits 2165 bzw. 8935 unter Dach**; sie waren also rohbaufertig, d. h. es fehlte nur noch der äußere und innere Ausbau. Der Anteil der Wohnungen in roh-

baufertigen Gebäuden ist mit 50 vH im Vergleich zu den vergangenen Jahren, in denen der Anteil dieser Wohnungen zwischen 54 bis 59 vH lag, verhältnismäßig gering. Gliedert man den Bauüberhang nach der Art der Baumaßnahmen, so zeigt sich, daß das Schwergewicht der Bautätigkeit nach wie vor bei dem **Wiederaufbau zerstörter Wohngebäude und Wohnungen** liegt. Der Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr sogar von 53 vH auf 61 vH erhöht. Bei den Bauvorhaben, die durch Neubau errichtet werden, handelt es sich zum großen Teil um kleinere Gebäude, denn im Durchschnitt entfallen nur 228 Wohnungen auf 100 Wohngebäude.

Übersicht 2

Die im Bau befindlichen Wohngebäude und Wohnungen am 31. Dezember 1954 nach der Art der Baumaßnahme

Baumaßnahmen	Im Bau befindliche Gebäude und Wohnungen									
	überhaupt					davon				
	Wohngebäude		Wohnungen ¹⁾		Wohnungen auf 100 Gebäude	unter Dach			noch nicht unter Dach	
	Zahl	vH	Zahl	vH		Wohn- gebäude	Wohnun- gen ¹⁾	dar. bereits bez. Wohn- ungen	Wohn- gebäude	Wohnun- gen ¹⁾
Neubau zusammen	2 850	71,2	6 503	36,3	228	1 635	3 603	32	1 215	2 900
davon										
auf nicht aufgeschlossen Gelände	788	19,7	1 518	8,5	193	366	845	7	422	673
an ausgeb. Straßen, aber bisher nicht beb. Gelände	2 062	51,5	4 985	27,8	242	1 269	2 758	25	793	2 227
Wiederaufbau	1 155	28,8	10 946	61,2	948	529	4 949	64	626	5 997
Umbau ganzer Gebäude	1	—	3	—	—	1	3	—	—	—
Wiederherstellung	—	—	151	0,8	—	—	145	3	—	6
Um-, Ausbau und Erweiterung	—	—	297	1,7	—	—	235	22	—	62
insgesamt	4 006	100	17 900	100	—	2 165	8 935	121	1 841	8 965
dagegen 1953	4 386	—	17 049	—	—	2 108	10 015	567	2 278	7 034

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Mehr als die Hälfte der im Bau befindlichen Wohnungen (55 vH) werden von **privaten Bauherren** errichtet, damit hat sich der Anteil dieser Bauherrngruppe gegenüber dem Vorjahr (44 vH) beachtlich erhöht. Diese Zunahme hat sich eindeutig auf Kosten der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen vollzogen, deren

Anteil sich von 55 vH auf 43 vH verminderte. Die Verlagerung der Anteile dürfte auf eine stärkere Förderung des Eigenheimbaues und wahrscheinlich auch auf eine stärkere Bevorzugung der privaten Bauherren bei der Zuteilung öffentlicher Mittel zurückzuführen sein.

Übersicht 3

Die im Bau befindlichen Wohngebäude und Wohnungen am 31. Dezember 1954
nach der Art der Bauherren

Bauherren	Im Bau befindliche Gebäude und Wohnungen								
	überhaupt				davon				
	Wohngebäude		Wohnungen ¹⁾		unter Dach			noch nicht unter Dach	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	dar. bereits bez. Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts	37	0,9	374	2,1	36	342	1	1	32
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen zusammen	1 472	36,7	7 615	42,5	523	3 186	35	949	4 429
davon									
Gemeinn. Wohnungsbaugenossensch.	713	17,8	3 481	19,4	224	1 386	35	489	2 095
Städt. Wohnungsbaugesellschaften	269	6,7	2 310	12,9	68	800	—	201	1 510
sonstige gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften	490	12,2	1 824	10,2	231	1 000	—	259	824
Freie Wohnungsunternehmen	371	9,3	1 977	11,0	274	996	36	97	981
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	83	2,1	690	3,9	58	433	1	25	257
Sonstige private Bauherren	2 043	51,0	7 244	40,5	1 274	3 978	48	769	3 266
insgesamt	4 006	100	17 900	100	2 165	8 935	121	1 841	8 965

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Übersicht 4

Die am 31. Dezember 1954 im Bau befindlichen Wohngebäude und Wohnungen nach dem Zeitpunkt der Baugenehmigung

Datum der Baugenehmigung	Bauvorhaben überhaupt				darunter bereits unter Dach			
	Wohngebäude		Wohnungen ¹⁾		Wohngebäude		Wohnungen ¹⁾	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
	Neubau							
1952 und früher	250	8,8	330	5,1	177	10,8	216	6,0
1. Halbjahr 1953	119	4,2	212	3,3	87	5,3	138	3,8
2. Halbjahr 1953	344	12,1	1 088	16,7	276	16,9	894	24,8
1. Halbjahr 1954	963	33,8	2 191	33,7	569	34,8	1 410	39,2
2. Halbjahr 1954	1 105	38,7	2 528	38,9	520	31,8	940	26,1
Genehmigung noch nicht erteilt	69	2,4	154	2,3	6	0,4	5	0,1
zusammen	2 850	100	6 503	100	1 635	100	3 603	100
	Wiederaufbau							
1952 und früher	100	8,7	697	6,4	69	13,0	434	8,8
1. Halbjahr 1953	61	5,3	654	6,0	14	2,7	176	3,6
2. Halbjahr 1953	120	10,4	1 229	11,2	74	14,0	752	15,2
1. Halbjahr 1954	341	29,5	3 512	32,1	181	34,2	1 990	40,2
2. Halbjahr 1954	519	44,9	4 558	41,6	191	36,1	1 595	32,2
Genehmigung noch nicht erteilt	14	1,2	296	2,7	—	—	2	0,0
zusammen	1 155	100	10 946	100	529	100	4 949	100
	Übrige Baumaßnahmen							
1952 und früher	—	—	60	13,3	—	—	50	13,1
1. Halbjahr 1953	—	—	27	6,0	—	—	24	6,3
2. Halbjahr 1953	1	100	56	12,4	1	100	51	13,3
1. Halbjahr 1954	—	—	118	26,2	—	—	95	24,8
2. Halbjahr 1954	—	—	186	41,2	—	—	161	42,0
Genehmigung noch nicht erteilt	—	—	4	0,9	—	—	2	0,5
zusammen	1	100	451	100	1	100	383	100
	Baumaßnahmen zusammen							
1952 und früher	350	8,7	1 087	6,1	246	11,4	700	7,8
1. Halbjahr 1953	180	4,5	893	5,0	101	4,7	338	3,8
2. Halbjahr 1953	465	11,6	2 373	13,3	351	16,2	1 697	19,0
1. Halbjahr 1954	1 304	32,6	5 821	32,5	750	34,6	3 495	39,1
2. Halbjahr 1954	1 624	40,5	7 272	40,6	711	32,8	2 696	30,2
Genehmigung noch nicht erteilt	83	2,1	454	2,5	6	0,3	9	0,1
insgesamt	4 006	100	17 900	100	2 165	100	8 935	100

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Übersicht 5 Die am 31. Dezember 1954 im Bau befindlichen Wohngebäude und Wohnungen¹⁾ nach Genehmigungsdaten und Bauherren
(Neubau und Wiederaufbau)

Datum der Baugenehmigung	Bauherren insgesamt				d a v o n :																					
					Behörden u. Körperschaften des öffentlichen Rechts				Gemeinnützige Wohnungsunternehmen				Freie Wohnungsunternehmen				Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen				Sonstige private Bauherren					
	unter Dach		noch nicht unter Dach		unter Dach		noch nicht unter Dach		unter Dach		noch nicht unter Dach		unter Dach		noch nicht unter Dach		unter Dach		noch nicht unter Dach							
Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Wohnungen					
a) Grundzahlen																										
Neubau																										
1952 und früher	177	216	73	114	—	—	—	—	—	2	5	40	—	—	—	—	—	—	—	177	214	68	74			
1. Halbjahr 1953	87	138	32	74	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	87	138	32	74			
2. Halbjahr 1953	276	894	68	194	22	48	—	—	96	576	24	131	12	12	—	—	—	—	—	146	258	44	63			
1. Halbjahr 1954	569	1 410	394	781	2	66	—	6	198	694	236	468	5	52	18	120	27	123	—	337	475	140	187			
2. Halbjahr 1954	520	940	585	1 588	6	15	1	23	45	142	374	1 051	201	280	11	104	15	78	1	3	253	425	198	407		
Genehmigung noch nicht erteilt	6	5	63	149	—	1	—	—	—	—	56	100	—	—	—	—	—	—	3	45	6	4	4	4		
Neubau insgesamt	1 635	3 603	1 215	2 900	30	130	1	29	339	1 414	695	1 790	218	344	29	224	42	201	4	48	1 006	1 514	486	809		
Wiederaufbau																										
1952 und früher	69	434	31	263	1	69	—	—	33	199	16	143	—	—	—	—	—	—	1	8	35	166	14	112		
1. Halbjahr 1953	14	176	47	478	—	—	—	—	—	—	19	231	—	—	7	77	2	23	3	44	12	153	18	126		
2. Halbjahr 1953	74	752	46	477	—	6	—	—	18	184	9	48	19	213	11	192	1	26	1	7	36	323	25	230		
1. Halbjahr 1954	181	1 990	160	1 522	3	131	—	—	73	860	107	968	26	309	17	199	5	44	3	27	74	646	33	328		
2. Halbjahr 1954	191	1 595	328	2 963	2	2	—	2	60	474	97	1 015	11	130	33	289	8	98	13	120	110	891	185	1 537		
Genehmigung noch nicht erteilt	—	2	14	294	—	2	—	—	—	—	6	228	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	66		
Wiederaufbau insgesamt	529	4 949	626	5 997	6	210	—	2	184	1 717	254	2 633	56	652	68	757	16	191	21	206	267	2 179	283	2 399		
b) Verhältniszahlen																										
Neubau																										
1952 und früher	10,8	6,0	6,0	3,9	—	—	—	—	—	0,1	0,7	2,2	—	—	—	—	—	—	—	—	17,6	14,1	14,0	9,2		
1. Halbjahr 1953	5,3	3,8	2,6	2,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,6	9,1	6,6	9,2		
2. Halbjahr 1953	16,9	24,8	5,6	6,7	73,3	36,9	—	—	28,3	40,7	3,5	7,3	5,5	3,5	—	—	—	—	—	—	14,5	17,0	9,0	7,7		
1. Halbjahr 1954	34,8	39,2	32,4	26,9	6,7	50,8	—	20,7	58,4	49,1	33,9	26,2	2,3	15,1	62,1	53,6	64,3	61,2	—	—	33,6	31,4	28,8	23,1		
2. Halbjahr 1954	31,8	26,1	48,2	54,8	20,0	11,5	100	79,3	13,3	10,1	53,8	58,7	92,2	81,4	37,9	46,4	35,7	38,8	25,0	6,2	25,1	28,1	40,8	50,3		
Genehmigung noch nicht erteilt	0,4	0,1	5,2	5,1	—	0,8	—	—	—	—	8,1	5,6	—	—	—	—	—	—	—	—	75,0	93,8	0,6	0,3	0,8	0,5
Neubau insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100		
Wiederaufbau																										
1952 und früher	13,0	8,8	4,9	4,4	16,7	32,9	—	—	17,9	11,6	6,3	5,4	—	—	—	—	—	—	4,7	3,9	13,1	7,6	4,9	4,7		
1. Halbjahr 1953	2,7	3,6	7,5	8,0	—	—	—	—	—	—	7,5	8,8	—	—	10,3	10,2	12,5	12,1	14,3	21,4	4,5	7,0	6,4	5,2		
2. Halbjahr 1953	14,0	15,2	7,3	7,9	—	2,9	—	—	9,8	10,7	3,6	1,8	33,9	32,7	16,2	25,4	6,3	13,6	4,7	3,4	13,5	14,8	8,8	9,6		
1. Halbjahr 1954	34,2	40,2	25,6	25,4	50,0	62,4	—	—	39,7	50,1	42,1	36,8	46,4	47,4	25,0	26,3	31,2	23,0	14,3	13,1	27,7	29,7	11,7	13,7		
2. Halbjahr 1954	36,1	32,2	52,5	49,4	33,3	0,9	—	100	32,6	27,6	38,2	38,5	19,7	19,9	48,5	38,1	50,0	51,3	62,0	58,2	41,2	40,9	65,7	64,0		
Genehmigung noch nicht erteilt	—	—	2,2	4,9	—	0,9	—	—	—	—	2,3	8,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,5	2,8		
Wiederaufbau insgesamt	100	100	100	100	100	100	—	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100		

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

In der Gruppe der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften, die städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften und die sonstigen gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaften zusammengefaßt. Eine Untersuchung über die Bautätigkeit dieser Wohnungsbaun-ternehmen zeigt, daß von 7615 im Bau befindlichen Wohnungen rd. 46 vH auf die Genossenschaften entfallen, von den städtischen Gesellschaften werden 30 vH und von den sonstigen Gesellschaften 24 vH der Wohnungen errichtet.

Ein Blick auf die Übersicht 4 zeigt, daß rd. 73 vH der am Ende des Jahres 1954 im Bau befindlichen Wohngebäude im Laufe des Jahres 1954 baupolizeilich genehmigt worden sind; rd. 16 vH der Gebäude waren bereits im Jahre 1953 genehmigt. Bemerkenswert ist aber, daß immerhin für 350 Wohngebäude mit 1087 Wohnungen, die Ende 1954 im Bau, aber noch nicht vollendet waren, bereits im Jahre 1952 oder noch früher die Baugenehmigung erteilt war.

Die genehmigten, aber noch nicht begonnenen Bauvorhaben

Die Zahl der genehmigten, aber noch nicht begonnenen Bauvorhaben am Ende des Jahres 1954 war mit 1382 Wohngebäuden und 7598 Wohnungen ebenso groß wie am Ende des Jahres 1953. Nach den Erfahrungen aus den vergangenen Jahren ist damit zu rechnen, daß etwa 80 vH dieser Wohnungen 1955 in Bau genommen werden. Bei den restlichen 20 vH dürfte es sich entweder um Bauvorhaben handeln, die aus wirtschaftlichen oder finanziellen Gründen vorerst nicht begonnen werden, für die die Baugenehmigung jedoch auf Antrag verlängert wird, oder aber um Bauvorhaben, deren baupolizeiliche Genehmigung gelöscht werden wird, weil nicht innerhalb der gesetzlichen Frist mit dem Bau begonnen wurde und für die vom Bauherrn auch kein Antrag auf Verlängerung der Genehmigung gestellt wird.

Der Umfang der erloschenen Baugenehmigungen ist jedoch nicht bedeutend. Wie die Übersicht 8

Übersicht 6

Die noch nicht begonnenen Wohngebäude und Wohnungen am Jahresende 1954 nach Genehmigungsdaten und Bauherren (Neubau und Wiederaufbau)

Datum der Baugenehmigung	Bauherren insgesamt		davon									
			Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts		Gemeinnützige Wohnungsunternehmen		Freie Wohnungsunternehmen		Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen		Sonstige private Bauherren	
	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾
a) Grundzahlen												
Neubau												
1952 und früher	27	181	—	—	18	145	—	—	—	—	9	36
1. Halbjahr 1953	9	12	—	—	—	—	—	—	—	—	9	12
2. Halbjahr 1953	134	321	—	18	98	200	1	1	—	—	34	102
1. Halbjahr 1954	147	572	—	—	21	202	14	104	4	33	108	233
2. Halbjahr 1954	437	775	46	51	25	58	21	71	2	9	343	586
zusammen . . .	754	1 861	47	69	162	605	36	176	6	42	503	969
Wiederaufbau												
1952 und früher	49	483	—	—	29	303	—	—	—	—	20	180
1. Halbjahr 1953	13	152	—	—	2	9	—	—	—	—	11	143
2. Halbjahr 1953	48	453	—	—	10	80	—	—	—	—	38	373
1. Halbjahr 1954	145	1 420	—	—	39	361	27	356	1	14	78	689
2. Halbjahr 1954	370	2 989	—	—	72	710	23	208	7	95	268	1 976
zusammen . . .	625	5 497	—	—	152	1 463	50	564	8	109	415	3 361
b) Verhältniszahlen												
Neubau												
1952 und früher	3,6	9,7	—	—	11,1	24,0	—	—	—	—	1,8	3,7
1. Halbjahr 1953	1,2	0,7	—	—	—	—	—	—	—	—	1,8	1,3
2. Halbjahr 1953	17,8	17,3	2,1	26,1	60,5	33,0	2,8	0,6	—	—	6,7	10,5
1. Halbjahr 1954	19,5	30,7	—	—	13,0	33,4	38,9	59,1	66,7	78,6	21,5	24,0
2. Halbjahr 1954	57,9	41,6	97,9	73,9	15,4	9,6	58,3	40,3	33,3	21,4	68,2	60,5
zusammen . . .	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Wiederaufbau												
1952 und früher	7,8	8,8	—	—	19,1	20,7	—	—	—	—	4,8	5,4
1. Halbjahr 1953	2,1	2,8	—	—	1,3	0,6	—	—	—	—	2,7	4,2
2. Halbjahr 1953	7,7	8,2	—	—	6,6	5,5	—	—	—	—	9,1	11,1
1. Halbjahr 1954	23,2	25,8	—	—	25,6	24,7	54,0	63,1	12,5	12,8	18,8	20,5
2. Halbjahr 1954	59,2	54,4	—	—	47,4	48,5	46,0	36,9	87,5	87,2	64,6	58,8
zusammen . . .	100	100	—	—	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Übersicht 7

Die genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohngebäude und Wohnungen am 31. Dez. 1954

Baumaßnahmen Bauherren	Bauzustand	
	genehmigt, aber noch nicht begonnen	
	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾
Neubau	754	1 861
Wiederaufbau	625	5 497
Umbau ganzer Gebäude	3	8
Wiederherstellung	—	95
Um-, Ausbau und Erweiterung	—	137
insgesamt	1 382	7 598
davon durch		
Behörden u. Körperschaften des öffentlichen Rechts	47	69
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen zusammen	314	2 079
davon durch		
Gemeinnützige Wohnungsbau- genossenschaften	198	1 140
Städtische Wohnungsbau- gesellschaften	85	574
Sonstige Wohnungsbau- gesellschaften	31	365
Freie Wohnungsunternehmen	86	740
Erwerbs- und Wirtschaftsunter- nehmen	14	152
Sonstige private Bauherren	921	4 558

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Übersicht 8

Erloschene Baugenehmigungen am 31. Dez. 1954

Datum der Baugenehmigung Bauherren	Nichtwohngebäude	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾
im Jahr 1952	21	24	89
im Jahr 1951	15	18	65
im Jahr 1950 und früher	13	41	179
insgesamt	76	153	715
davon durch			
Behörden und Körperschaften des öff. Rechts Gemeinnützige Wohnungsunternehm.	—	6	19
Freie Wohnungsunter- nehmen	1	14	108
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehm.	—	—	—
Sonstige priv. Bauherren	74	133	588

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Übersicht 9

Der unechte Bauüberhang am 31. Dezember 1954

(Am 31. Dezember 1954 bereits fertiggestellte und bezogene, aber bis dahin noch nicht statistisch erfaßte Bauvorhaben)

Bauherren	Baumaßnahmen überhaupt		davon errichtet durch							
			Neubau		Wiederaufbau		Umbau ganzer Gebäude		Wiederherstellung	Um-, Aus- bau u. Er- weiterung
	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohngebäude	Wohnungen ¹⁾	Wohnungen ¹⁾	Wohnungen ¹⁾
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts	1	13	—	2	—	3	1	8	—	—
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	138	403	134	368	4	35	—	—	—	—
Freie Wohnungsunternehmen	13	138	6	43	7	92	—	—	—	3
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	9	83	1	6	8	76	—	—	—	1
Sonstige private Bauherren	158	438	117	139	39	243	2	3	7	46
insgesamt	319	1 075	258	558	58	449	3	11	7	50

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

zeigt, sind im Laufe des Jahres 1954 die Genehmigungen für nur 76 Nichtwohngebäude, 153 Wohngebäude und 715 Wohnungen erloschen. Mißt man die Zahl der erloschenen Genehmigungen (382 Wohnungen, die im Jahre 1953 erteilt wurden), an der Zahl der in diesem Jahre erteilten Genehmigungen (28 700 Wohnungen), so zeigt sich, daß der Anteil nur etwas mehr als 1 vH beträgt.

Die regionale Gliederung des Bauüberhangs

Die regionale Streuung des Bauüberhangs ist in der Übersicht 10 nach Bezirks- und Ortsämtern dargestellt. Die Angaben liegen darüber hinaus auch für die einzelnen Ortsteile vor. Der Schwerpunkt der Bautätigkeit liegt, wie in den vergangenen Jahren, im Ortsamt **Barmbek-Uhlenhorst**. Fast ein **Fünftel** der im Bau befindlichen Wohnungen und der genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungen liegt in diesem Ortsamt. Im Kerngebiet des Bezirksamts Eimsbüttel werden rd. 12 vH und im Kerngebiet Wandsbek rd. 11 vH der im Bau befindlichen Wohnungen errichtet.

Der unechte Bauüberhang

Wie bereits am Beginn unseres Berichts gesagt wurde, werden im Rahmen der Bauüberhangserhebung auch die Gebäude und Wohnungen gemeldet, die am Jahresende bereits fertiggestellt und bezogen, aber noch nicht durch Fertigstellungszählkarten gemeldet waren. Die hierbei festgestellten Gebäude und Wohnungen werden unter dem Begriff „**unechter**“ Bauüberhang zusammengefaßt, im Gegensatz zu dem „**echten**“ Bauüberhang, der den Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben ausweist. Am 31. 12. 1954 wurden 319 Wohngebäude und 1075 Wohnungen gezählt, die bereits fertiggestellt und bezogen waren. Die Baubehörde hat die hierfür erforderlichen Fertigungs-Zählkarten im Laufe des Monats Januar nachgereicht. Diese Zählkarten werden zusammen mit den im Laufe des Jahres 1954 bereits eingegangenen Zählkarten bei der Erstellung des Jahresergebnisses berücksichtigt. Unter Berücksichtigung dieser Wohngebäude und Wohnungen beziffert sich der **effektive Bruttozu- gang im Jahre 1954 auf 5350 Wohngebäude und 24 656 Wohnungen.**

I./P.

Übersicht 10

Der Bauüberhang am 31. Dezember 1954 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirke	Gebäude und Wohnungen ¹⁾													
	im Bau									genehmigt, aber noch nicht begonnen				
	überhaupt				davon					Nicht- wohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohnungen	Zahl	vH
	Nicht- wohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohnungen	Zahl	vH	unter Dach			noch nicht unter Dach					
Nicht- wohn- gebäude						Wohn- gebäude	Wohn- nun- gen	Nicht- wohn- gebäude	Wohn- gebäude	Wohn- nun- gen				
Bezirksamt Hamburg-Mitte	133	465	3 243	18,1	86	213	1 663	47	252	1 580	39	149	1 479	19,5
davon														
Kerngebiet	70	134	1 593	8,9	46	89	1 025	24	45	568	20	84	1 003	13,2
Ortsamt Billstedt	37	264	1 237	6,9	27	78	417	10	186	820	11	59	434	5,7
Ortsamt Veddel- Rothenburgsort	19	21	192	1,1	11	—	2	8	21	190	6	—	—	—
Ortsamt Finkenwerder	7	46	221	1,2	2	46	219	5	—	2	2	6	42	0,6
Bezirksamt Altona	84	415	1 464	8,2	58	271	850	26	144	614	39	296	890	11,7
davon														
Kerngebiet	57	143	1 077	6,0	40	86	582	17	57	495	24	105	526	6,9
Ortsamt Blankenese	27	272	387	2,2	18	185	268	9	87	119	15	191	364	4,8
Bezirksamt Eimsbüttel	94	455	2 793	15,6	58	261	1 502	36	194	1 291	31	167	980	12,9
davon														
Kerngebiet	20	179	2 204	12,3	14	87	1 162	6	92	1 042	6	56	670	8,8
Ortsamt Lokstedt	52	192	360	2,0	29	117	239	23	75	121	14	77	153	2,0
Ortsamt Stellingen	22	84	229	1,3	15	57	101	7	27	128	11	34	157	2,1
Bezirksamt Hamburg-Nord	78	611	4 716	26,3	62	403	2 523	16	208	2 193	18	207	1 721	22,6
davon														
Kerngebiet	26	69	545	3,0	24	51	367	2	18	178	3	21	150	2,0
Ortsamt Barmb.-Uhlenhorst	35	295	3 396	19,0	23	152	1 666	12	143	1 730	9	165	1 450	19,0
Ortsamt Fuhlsbüttel	17	247	775	4,3	15	200	490	2	47	285	6	21	121	1,6
Bezirksamt Wandsbek	124	1 141	2 961	16,5	83	581	1 257	41	560	1 704	97	294	945	12,4
davon														
Kerngebiet	48	467	2 037	11,4	25	236	723	23	231	1 314	6	82	654	8,6
Ortsamt Bramfeld	7	62	123	0,7	5	31	54	2	31	69	73	23	47	0,6
Ortsamt Alstertal	27	217	286	1,6	23	136	194							
Ortsamt Walddörfer	21	116	210	1,1	15	86	175	6	30	35	9	54	64	0,8
Ortsamt Rahlstedt	21	279	305	1,7	15	92	111	6	187	194	5	51	68	0,9
Bezirksamt Bergedorf	44	167	299	1,7	23	81	167	21	86	132	30	27	42	0,6
davon														
Kerngebiet	15	58	157	0,9	9	42	105	6	16	52	6	8	17	0,2
Ortsamt Vier- u. Marschlande	29	109	142	0,8	14	39	62	15	70	80	24	19	25	0,4
Bezirksamt Harburg	157	752	2 424	13,6	109	355	973	48	397	1 451	49	242	1 541	20,3
davon														
Kerngebiet	50	576	1 746	9,8	38	248	707	12	328	1 039	28	172	1 316	17,3
Ortsamt Wilhelmsburg	45	65	493	2,8	22	22	124	23	43	369	8	50	176	2,3
Ortsamt Süderelbe	62	111	185	1,0	49	85	142	13	26	43	13	20	49	0,7
Hamburg insges.	714	4 006	17 900	100	479	2 165	8 935	235	1 841	8 965	303	1 382	7 598	100

¹⁾ einschließlich Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 24. Mai 1955

Jahrgang 1955 – Heft Nr. 14

Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1954

1. Verkehrsunfälle und Motorisierung

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle stieg im Jahre 1954 besonders stark an. Mit **27 379 Verkehrsunfällen** wurde die Vorjahrziffer um 5 504 oder 25,2 vH überschritten. Der entscheidende Faktor, der in dieser Richtung wirksam war, ist die gestiegene Motorisierung.

Das in der Nachkriegszeit zu verzeichnende ständige Anwachsen des Kraftfahrzeugbestandes erhielt im Jahre 1954 einen besonders starken Auftrieb, woran vor allem Personenkraftwagen und Krafträder Anteil hatten. Insgesamt betrug die **Zunahme** des Kraftfahrzeugbestandes vom 1. 7. 1953 bis zum 1. 7. 1954 rd. **18 000 Fahrzeuge**, womit der Anstieg des Kraftfahrzeugbestandes in den Vorjahren übertroffen wurde. Die gleiche Tendenz zeigt sich, wenn man die Zunahme der sich tatsächlich im Verkehr befindlichen Fahrzeuge betrachtet. Vom 1. 7. 1953 bis zum 1. 7. 1954 erfuhr die Zahl der sich tatsächlich im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge die bisher größte Steigerung (+ 16 108), woran die Personenkraftwagen mit 11 295, die Lastkraftwagen mit 406 und die Krafträder mit 4 330 Fahrzeugen beteiligt waren.

Mit der Vergrößerung der Kraftfahrzeugbestände und der damit verbundenen Verkehrshäufigkeit auf den Straßen, die seit 1948 überproportional zum Kraftfahrzeugbestand stieg¹⁾, erhöhten sich zwangsläufig auch die Unfallgefahren, die Verkehrsunfälle sowie die Zahl der Unfallverletzten und der Unfalltoten. Hieran konnten polizeiliche Maßnahmen nichts Entscheidendes ändern; dennoch muß gesagt werden, daß ohne polizeiliche Verkehrserziehung und dergl. die Unfallkurve einen noch steileren Verlauf genommen hätte. Auch die Verbesserung des Straßennetzes konnte mit der starken Intensivierung des Verkehrs nicht Schritt halten, obgleich auch hier große Anstrengungen unternommen wurden. Insgesamt weist Hamburg in der Länderfinanzstatistik in den Rechnungsjahren 1950/1953 rd. 93,5 Millionen DM für Instandhaltung, Unter-

haltung und Neubau des Straßennetzes aus, wovon rd. 31,6 auf das Rj. 1952 und rd. 30,0 Millionen DM auf das Rj. 1953 entfielen.

Bezieht man die Straßenverkehrsunfälle auf den gesamten Kraftfahrzeugbestand der Jahre 1948 bis 1954, so bewegt sich die Zahl der jährlichen Unfälle je 1000 Kraftfahrzeuge zwischen rd. 204 (1949, 1952) und rd. 225 (1951).

¹⁾ Vgl. Hamburg in Zahlen, Heft 7/54.

Übersicht 1

Straßenverkehrsunfälle auf 1000 Kraftfahrzeuge

Jahre	Kraftfahrzeugbestand ¹⁾ am 1. 7. des Jahres	Straßenverkehrsunfälle	
		insgesamt	auf 1000 Kraftfahrzeuge
1948	27 996	5 841	208,6
1949	43 479	8 877	204,2
1950	59 244	12 691	214,2
1951	76 498	17 196	224,8
1952	90 566	18 473	204,0
1953	106 714	21 875	205,0
1954	124 775	27 379	219,4

¹⁾ Kfz.-Bestand einschl. der aus steuerlichen und sonstigen Gründen vorübergehend stillgelegten Fahrzeuge.

Bezogen auf die sich tatsächlich im Verkehr befindlichen Fahrzeuge liegen die Unfälle je 1000 Kraftfahrzeuge bei gleicher Entwicklungstendenz noch etwas höher, nämlich zwischen rd. 237 im Jahre 1952 und rd. 258 im Jahre 1954.

Übersicht 2

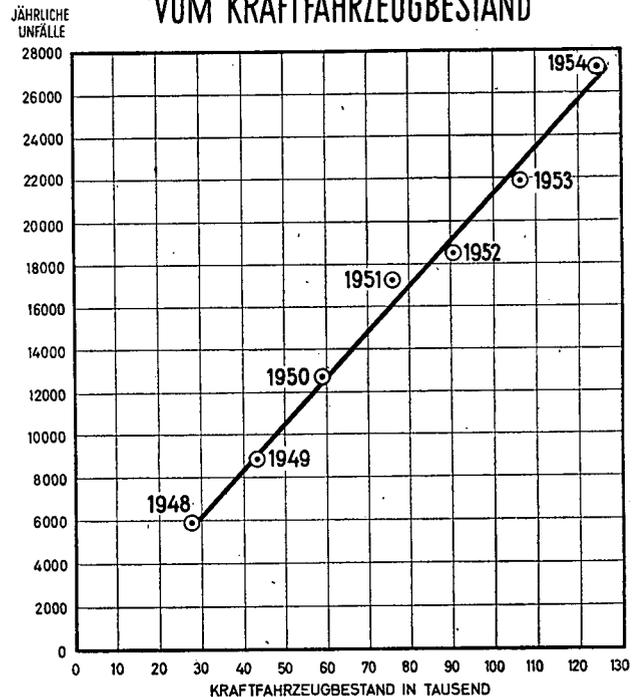
Straßenverkehrsunfälle auf 1000 der im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge

Jahre	Im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge am 1. 7. d. J.	Straßenverkehrsunfälle	
		insgesamt	auf 1000 Kraftfahrzeuge
1951	68 632	17 196	250,6
1952	77 819	18 473	237,4
1953	90 183	21 875	242,6
1954	106 291	27 379	257,6

Es bleibt also festzustellen, daß bei Außerachtlassung gewisser Schwankungen die jährlichen Verkehrsunfälle etwa proportional zum Kraftfahrzeugbestand zunahm. Eine leicht unterproportional zum Kraftfahrzeugbestand steigende Unfallhäufigkeit, wie sie sich 1952 und mit Einschränkungen auch noch 1953 abzuzeichnen schien (die Zahl der Unfälle je 1000 Kraftfahrzeuge fiel von 1951 auf 1952 von rd. 225 auf rd. 204 und erhöhte sich im Jahre 1953 nur gering auf 205), hat sich im Jahre 1954 nicht fortgesetzt, denn auf 1000 Kraftfahrzeuge des Gesamtbestandes kamen 1954 wieder 219,4 und auf 1000 im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge 257,6 Unfälle. Betrachtet man den Zeitraum vom 1. 7. 1948 bis zum 1. 7. 1954 insgesamt, ergibt sich, daß während dieses Zeitraumes ein Anwachsen des Kraftfahrzeugbestandes um 1000 Fahrzeuge im Durchschnitt 215,6 Verkehrsunfälle pro Jahr zur Folge hatte¹⁾. Dieser Durchschnittswert (215,6) wurde in den Jahren 1951 und 1954 überschritten.

¹⁾ Errechnet nach der Methode der kleinsten Quadrate, bei der die Summe der zum Quadrat erhobenen Abweichungen zwischen Trend und Ursprungswerten so klein wie möglich ist.

DIE JÄHRLICHEN UNFÄLLE IN ABHÄNGIGKEIT VOM KRAFTFAHRZEUGBESTAND



2. Die an den Straßenverkehrsunfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer

Die Zunahme der Verkehrsunfälle steht in Abhängigkeit zur Unfallbeteiligung, wobei letztere etwa doppelt so hoch ist wie die Zahl der Unfälle, weil in der Regel an einem Unfall zwei Verkehrsteilnehmer beteiligt sind.

Infolge der gestiegenen Motorisierung zeigte sich bei fast allen Fahrzeugarten ein Anstieg der Unfallbeteiligung. Die größte absolute und relative Zunahme von 1953 auf 1954 war bei den Personenkraftwagen zu verzeichnen (+ rd. 50 vH). Bei den Lastkraftwagen und Krafträdern betrug der Anstieg 18,6 bzw. 19,0 vH.

Die Unfallbeteiligung der Radfahrer erhöhte sich um 16,3 und die der Fußgänger um 8,8 vH.

Setzt man die jeweilige Zahl der an Verkehrsunfällen beteiligten Kraftfahrzeuge zu den entsprechenden Fahrzeugbeständen in Beziehung, zeigt sich, daß 1954 im Durchschnitt rd. 39 von 100 Kraftfahrzeugen an einem Verkehrsunfall beteiligt waren. Betrachtet man die einzelnen Fahrzeugarten, ergibt sich ein unterschiedliches Bild. Von 100 Lastkraftwagen waren 1954 rd. 56, von 100 Personenkraftwagen rd. 39, von 100 Krafträdern über 250 ccm Hubraum rd. 16 und von rd. 100 Krafträdern bis 250 ccm Hubraum rd. 20 im Durchschnitt an einem Unfall im Verlauf des Jahres 1954 beteiligt. Die Unterschiede in der Unfallbeteiligung (gemessen an den Kraftfahrzeugbeständen) erklären sich zur Hauptsache durch die unterschiedliche Ausnutzung der einzelnen Kraftfahrzeugarten, und zwar dürfte die Kilometer-

leistung auf das Jahr umgerechnet bei Lastkraftwagen höher liegen als bei Personenkraftwagen

Übersicht 3

An Unfällen beteiligte Verkehrsteilnehmer

Verkehrsteilnehmer	1938	1953	1954
Kraftfahrzeuge	13 635	32 451	42 211
davon			
Kraftfahrzeuge der Besatzungsmacht	—	873	421
Krafträd. bis 250 ccm } auch	1 232	3 796	4 659
Krafträd. üb. 250 ccm } m. Bei-	933	793	801
Kraftroller (Motorroller)	—	527	859
Kraftdroschken	548	1 191	1 304
Personenkraftwagen	6 393	14 283	21 096
Kraftomnibusse, auch mit Anhänger	184	378	510
Oberleitungsomnibusse, auch mit Anhänger	—	35	16
Liefer- u. Lastkraftwagen	3 956	10 185	12 079
Zugmaschinen und Sattelschlepper	324	369	446
Sonstige Kraftfahrzeuge	65	21	20
Anderer Fahrzeuge	4 686	7 301	8 422
davon			
Straßenbahnen	1 299	1 340	1 514
Eisenbahnen	24	32	51
Bespannte Fuhrwerke	180	136	120
Fahrräder o. Hilfsmotor	3 183	5 433	5 699
Fahrräder m. Hilfsmotor	—	360	1 038
Übrige Verkehrsteilnehmer	2 082	3 681	4 091
davon			
Fußgänger	1 939	3 402	3 703
Geführte oder frei herumlaufende Tiere	32	158	197
Sonst. Verkehrsteilnehmer einschl. sonst. Fahrzeuge	111	121	191

und bei Personenkraftwagen höher als bei Kraft-
rädern. Im Vergleich zu den Vorjahren 1952 und
1953 und besonders gegenüber 1938 ist die Unfall-
beteiligung (gemessen an den jeweiligen Fahrzeug-
beständen) im Jahre 1954 angestiegen.

Die Unfallbeteiligung sagt noch nichts über das
Verschulden der Verkehrsteilnehmer aus,
wenn man auch den Standpunkt vertreten kann,
daß bis zu einem gewissen Grade jeder an einem
Unfall beteiligte Verkehrsteilnehmer den Unfall
mitverursacht hat, auch wenn nach den Buchstaben
des Gesetzes kein Verschulden vorliegt. Einen tieferen
Einblick in das Unfallgeschehen bezüglich
des Verschuldens von Verkehrsunfällen liefern die
vorläufig festgestellten Unfallursachen und Um-
stände.

Übersicht 4

Die an Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer bezogen auf den Kraftfahrzeugbestand¹⁾

Verkehrsteilnehmer	Von 100 Fahrz. waren an Unfällen beteiligt		
	1938	1953	1954
Kraftfahrzeuge insgesamt	16,4	35,3	39,1
danunter			
Krafträder bis 250 ccm } auch	8,7	19,8	20,2
Krafträder üb. 250 ccm } m. Bei-	9,2	17,5	16,2
Kraftroller (Motorroller)	—	—	—
Personenkraftwagen	16,3	33,4	39,1
Liefer- u. Lastkraftwagen	23,9	48,5	56,4
Zugmaschinen u. Sattelschlepp.	24,3	24,0	28,2
Sonstige Kraftfahrzeuge	16,8	2,4	2,4

¹⁾ Die Bestandszahlen beziehen sich auf die am 1. 7. des Jahres
im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge.

3. Die Unfallursachen

Die Zahl der Unfallursachen liegt geringfügig
höher als die Zahl der Unfälle selbst, weil häufig
bei einem Unfall mehrere Ursachen mitwirken.
Am bedeutendsten war im Jahr 1954 die
Unfallursache „Falsches Überholen oder
Vorbeifahren“ (5270). Daneben waren die
Ursachenkomplexe „Nichtbeachten der
Vorfahrt (5088), falsches Einbiegen
oder Wenden (4312), zu dichtes Auf-
fahren im Verkehr (3918), übermäßige

Geschwindigkeit (2060) und unacht-
sames Zurückfahren sowie unacht-
sames Ein- und Ausfahren“ (1717), von
Bedeutung. Gegenüber dem Vorjahr ist bei die-
sen Kategorien ein erheblicher Anstieg zu ver-
zeichnen. Insgesamt gesehen, bewegt sich die
zahlenmäßige Zunahme gegenüber 1953 bei diesen
wichtigsten Ursachen zwischen 535 und 2252 Fällen.
Am stärksten stiegen die durch „Falsches Über-
holen oder Vorbeifahren“ verursachten Unfälle

Übersicht 5

Die vorläufig festgestellten unmittelbaren Unfallursachen und Umstände beim Fahrzeug oder dessen Führer im Jahre 1954

Ursachen und Umstände	a = absolut b = in vH der im Verkehr be- findlichen Kraft- fahrzeuge ¹⁾	Ursachen beim Fahrzeug oder dessen Führer				
		Krafträder	Personen- kraftwagen	Lastkraftwagen	Fahrräder	Sonstige Fahrzeuge
Ursachen und Umstände insgesamt	a	2 744	11 593	7 659	3 548	793
davon	b	9,8	21,5	35,8	.	.
1. Ursachen beim Fahrzeug und seiner Ladung (techn. Mängel)	a	36	73	272	106	36
	b	0,1	0,1	1,3	.	.
2. Ursachen beim Fahrzeugführer	a	2 708	11 520	7 387	3 442	757
	b	9,7	21,4	34,5	.	.
davon						
Nichtbeachten der Vorfahrt	a	500	2 659	1 182	665	82
	b	1,8	4,9	5,5	.	.
Falsches Einbiegen oder Wenden	a	261	1 840	1 193	911	107
	b	0,9	3,4	5,6	.	.
Falsches Überholen od. Vorbeifahren	a	470	2 006	1 876	636	282
	b	1,7	3,7	8,8	.	.
Nichtbeachten der polizeil. Verkehrs- regelung	a	62	169	59	95	12
	b	0,2	0,3	0,3	.	.
Unterlassen der vom Fahrzeugführer zu gebenden Zeichen bzw. Nicht- beachten der vom Fahrzeugführer gegebenen Zeichen	a	95	181	94	183	6
	b	0,3	0,3	0,4	.	.
Übermäßige Geschwindigkeit	a	552	1 046	383	63	16
	b	2,0	2,0	1,8	.	.
Zu dichtes Auffahren im Verkehr	a	475	1 869	1 173	256	145
	b	1,7	3,5	5,5	.	.
Unachtsames Öffnen der Wagentür	a	—	332	126	—	7
	b	—	0,6	0,6	.	.
Unachtsames Zurückfahren, unacht- sames Ein- und Ausfahren	a	30	638	924	69	56
	b	0,1	1,2	4,3	.	.
Fahrer unter Alkoholeinfluß	a	107	396	98	148	5
	b	0,4	0,8	0,4	.	.
Sonstige Ursachen beim Führer eines Fahrzeuges	a	156	384	279	416	39
	b	0,6	0,7	1,3	.	.

¹⁾ Die Bestandszahlen beziehen sich auf die am 1. 7. des Jahres im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge.

(+ 2252) an. Daneben ist die Zunahme der durch „Falsches Einbiegen oder Wenden“ (+ 1130) und durch „zu dichtes Auffahren im Verkehr“ (+ 861) verschuldeten Unfälle von relativ großem Gewicht.

Betrachtet man die Verkehrsunfälle im Hinblick auf den Verursacher, so zeigt sich, daß die meisten Verkehrsunfälle durch Personenkraftwagen (11 593) verursacht wurden. Lastkraftwagen verschuldeten dagegen 7 659, Krafträder 2 744, Fahrräder 3 548 und Fußgänger 2 881 Verkehrsunfälle.

Bezogen auf den jeweiligen Kraftfahrzeugbestand¹⁾ ergibt sich, daß im Durchschnitt von 1000 im Verkehr befindlichen Lastkraftwagen im Verlauf des Jahres 1954 rd. 358 einen Verkehrsunfall verursachten, von 1000 Personenkraftwagen dagegen im gleichen Zeitraum 215 und von 1000 Krafträdern 98. Diese unterschiedliche relative Unfallverursachung beruht sicherlich darauf, daß — wie erwähnt — die einzelnen Fahrzeugarten verschieden stark ausgenutzt werden. Ein Lastkraftwagen durchfährt im Verlauf eines Tages

oder Jahres häufiger die Straßen der Stadt als ein Personenkraftwagen und letzterer wiederum häufiger als ein Kraftrad, was mit größeren Unfallgefahren verbunden ist. So wie die Dinge liegen, werden 1000 neuzugelassene Lastkraftwagen im Verlauf eines Jahres mehr Unfälle verursachen als 1000 neuzugelassene Personenkraftwagen und letztere mehr als 1000 neuzugelassene Krafträder.

Eine Kombination der Unfallursache mit dem Verursacher zeigt, daß Lastkraftwagen am häufigsten (1876mal im Jahre 1954) durch falsches Überholen oder Vorbeifahren Unfälle verschuldeten; Personenkraftwagen dagegen am häufigsten durch Nichtbeachten der Vorfahrt (2659mal) und Krafträder am häufigsten durch übermäßige Geschwindigkeit. Im einzelnen gibt nachstehende Übersicht Aufschluß.

¹⁾ Nicht alle an Unfällen beteiligten Kraftfahrzeuge sind Hamburger Kraftfahrzeuge (rd. ein Siebtel bis ein Sechstel waren 1951 bis 1953 auswärtige). Andererseits sind Hamburger Fahrzeuge an auswärtigen Unfällen beteiligt, so daß die Beziehung zwischen Hamburger Unfällen und Hamburger Kraftfahrzeugbestand vertretbar ist.

Übersicht 6

Vorläufig festgestellte unmittelbare Unfallursachen und Umstände in den Jahren 1938, 1953 und 1954

Unfallursachen und Umstände	1938 ¹⁾	1953 ²⁾	1954 ²⁾	Veränderung 1953 - 1954 in vH
Ursachen beim Führer eines Fahrzeuges zusammen	8 027	19 086	25 814	+ 35,3
davon				
Nichtbeachten der Vorfahrt	2 119	4 481	5 088	+ 13,5
Falsches Einbiegen oder Wenden	750	3 182	4 312	+ 13,6
Falsches Überholen oder Vorbeifahren	1 146	3 018	5 270	+ 74,6
Nichtplatzmachen beim Ausweichen oder Überholtwerden	356	7	14	+ 100,0
Nichtbeachten der polizeil. Verkehrsregelung	171	284	397	+ 39,8
Unterlassen der vom Fahrzeugführer zu gebenden Zeichen bzw. Nichtbeachten der vom Fahrzeugführer gegebenen Zeichen	522	330	599	+ 69,4
Vorschriftswidriges Fahren an Straßenbahn- haltestellen	70	71	46	— 35,2
Nichtbeachten der Ablendvorschriften	22	31	22	— 29,0
Nichtbeachten der für schienengleiche Weg- übergänge geltenden Warnzeichen		62	48	— 22,6
Fahren auf der falschen oder außerhalb der Fahrbahn		275	487	+ 77,1
Verkehrswidriges Parken		88	143	+ 62,5
Nichtbenutzung des Radweges, wenn ein solcher vorhanden		129	37	— 71,3
Nebeneinanderfahren von Radfahrern		25	10	— 60,0
Übermäßige Geschwindigkeit unter Berück- sichtigung der Umstände, z. B. Straßen- beschaffenheit, Verkehrsdichte, Witterungs- verhältnisse	480	1 251	2 060	+ 64,7
Zu dichtes Auffahren im Verkehr		3 057	3 918	+ 28,2
Unachtsames Öffnen der Wagentür		336	465	+ 38,4
Unachtsames Zurück-, Ein- und Ausfahren		1 182	1 717	+ 45,3
Fahrer unter Alkoholeinfluß	299	654	754	+ 15,3
Ermüdung (auch Einschlafen) des Fahrers	4	19	12	— 36,8
Körperliche oder gesundheitliche Behinderung des Fahrers		23	30	+ 30,4
Sonstige Ursachen beim Führer eines Fahrzeuges	2 127	581	425	— 26,9
Ursachen beim Fahrzeug (technische Mängel) und seiner Ladung	223	360	523	+ 45,3
Ursachen beim Fußgänger	1 454	2 610	2 881	+ 10,4
Straßenverhältnisse	964	364	566	+ 55,5
Witterungseinflüsse	325	37	13	— 64,9
Andere Einflüsse	412	185	271	+ 46,5
Ungeklärte Ursachen bzw. Umstände	284	—	—	—
Ursachen und Umstände insgesamt	11 734	22 642	30 068	+ 32,8

¹⁾ Im Jahre 1938 sind die Angaben der gepunkteten Zeilen unter „Sonstige Ursachen beim Führer eines Fahrzeuges“ enthalten. — ²⁾ 1953 und 1954 sind die ungeklärten Ursachen unter „Andere Einflüsse“ und „Sonstige Ursachen beim Führer eines Fahrzeuges“ enthalten.

4. Personenschäden

Die große Zunahme der Verkehrsunfälle von 1953 auf 1954 hatte auch ein starkes Ansteigen der Personenschäden zur Folge, wenn auch nicht im gleichen Verhältnis wie die Unfälle zunahmen. Auf 1000 Verkehrsunfälle kamen 1954 367 Unfälle mit Personenschäden gegenüber 438 im Jahre 1953. Der starke Anstieg der Verkehrsunfälle hat sich also nicht in vollem Umfang in den Unfallfolgen bemerkbar gemacht.

Gegenüber dem Vorjahr 1953 nahm die Zahl der Unfallverletzten um 712 Personen (6,2 vH) und die Zahl der Unfalltoten um 30 (11,6 vH) zu. Verglichen mit 1938 hat die Zahl der Unfallverletzten die doppelte und die der Verkehrstoten die dreifache Höhe erreicht.

Straßenverkehrsunfälle und Unfallfolgen 1938 und 1949 bis 1954

Jahre	Zahl der Unfälle		Zahl der		Auf 1000 Verkehrsunfälle kamen		
	insgesamt	darunter mit Personenschäden	Unfalltoten	Unfallverletzten	Unfälle mit Personenschäden	Tote	Verletzte
1938	10 378	5 508	99	6 209	531	10	598
1949	8 877	3 866	130	4 317	436	15	486
1950	12 691	5 110	138	5 801	403	11	457
1951	17 196	6 582	169	7 387	383	10	430
1952	18 473	7 523	150	8 566	407	8	464
1953	21 875	9 592	258	11 486	438	12	525
1954	27 379	10 042	288	12 198	367	11	446

Die meisten Personenschäden hatten mit 3480 Verletzten oder Getöteten Personen im Jahre 1954 die **Kraftradfahrer** zu verzeichnen. Nur unwesentlich niedriger lag 1954 die Zahl der Personenschäden bei **Radfahrern** (3 385) und **Fußgängern**

Übersicht 7

Verletzte und getötete Personen nach Altersgruppen in den Jahren 1953 und 1954

Altersgruppen von ... bis ... Jahren	insgesamt		davon auf ...									
			Krafträdern ¹⁾		Kraftwagen		Fahrrädern ²⁾		Fußgänger		Andere	
	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954	1953	1954
Leichtverletzte												
unter 6 Jahre	215	218	3	6	9	11	20	17	182	179	1	5
6 bis „ 14 „	507	513	10	14	37	43	122	162	332	279	6	15
14 „ „ 25 „	2 464	2 527	1 151	1 083	286	283	731	933	242	206	54	22
25 „ „ 60 „	3 970	4 043	936	1 258	905	1 054	1 277	987	707	588	145	156
60 und älter	845	760	61	21	131	119	203	181	366	374	84	65
zusammen	8 001	8 061	2 161	2 382	1 368	1 510	2 353	2 280	1 829	1 626	290	263
Schwerverletzte												
unter 6 Jahre	104	139	—	1	1	1	5	6	98	131	—	—
6 bis „ 14 „	242	287	2	2	12	12	54	73	173	199	1	1
14 „ „ 25 „	860	1 049	377	449	47	105	307	369	117	123	12	3
25 „ „ 60 „	1 534	1 911	546	572	232	383	374	476	338	450	44	30
60 und älter	745	751	27	20	52	48	124	136	504	533	38	14
zusammen	3 485	4 137	952	1 044	344	549	864	1 060	1 230	1 436	95	48
Getötete												
unter 6 Jahre	7	11	—	—	—	—	—	—	7	11	—	—
6 bis „ 14 „	10	18	—	—	—	1	5	5	5	12	—	—
14 „ „ 25 „	33	30	19	19	5	4	4	5	5	2	—	—
25 „ „ 60 „	99	111	25	30	14	26	29	18	31	36	—	1
60 und älter	109	118	3	5	5	8	14	17	85	88	2	—
zusammen	258	288	47	54	24	39	52	45	133	149	2	1

¹⁾ einschl. Kraftroller (Motorroller). — ²⁾ einschl. Fahrräder mit Hilfsmotor.

(3 211). Demgegenüber betrug die Zahl der auf Kraftfahrzeugen verletzten oder getöteten Personen (2 098) nur knapp zwei Drittel der soeben genannten Personenschäden. Gegenüber dem Vorjahr 1953 ist die Zunahme der Personenschäden absolut und relativ bei den Kraftwagenfahrern am größten (+ 362 = 20,9 vH).

Personenschäden 1953 und 1954

	1953	1954	Veränderung 1953 - 1954	
			absolut	vH
Getötete u Verletzte insgesamt	11 744	12 486	+ 742	+ 6,3
davon				
auf Krafträdern	3 160	3 480	+ 320	+ 10,1
auf Kraftwagen	1 736	2 098	+ 362	+ 20,9
auf Fahrrädern	3 269	3 385	+ 116	+ 3,5
Fußgänger	3 192	3 211	+ 19	+ 0,6
Andere	387	312	— 75	— 19,4

Zu bemerken ist, daß die Zahl der verletzten und getöteten Kinder unter 14 Jahren wiederum angestiegen ist, und zwar ist eine Zunahme von 1 068 verletzten Kindern im Jahre 1953 auf 1 157 im Jahre 1954 zu verzeichnen; die Zahl der im Verkehr getöteten Kinder stieg im gleichen Zeitraum von 17 auf 29. Der überwiegende Teil der 1954 im Straßenverkehr getöteten Kinder waren Fußgänger und Radfahrer (96,6 vH). Noch mehr gefährdet als die Kinder sind die älteren Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr; 118 der Verkehrstoten des Jahres 1954 waren älter als 60 Jahre (41,0 vH). Bei den Kraftradfahrern stellen die 14- bis 25jährigen Personen einen beachtlichen Anteil der auf Krafträdern Verletzten (44,7 vH) und Getöteten (35,2 vH).

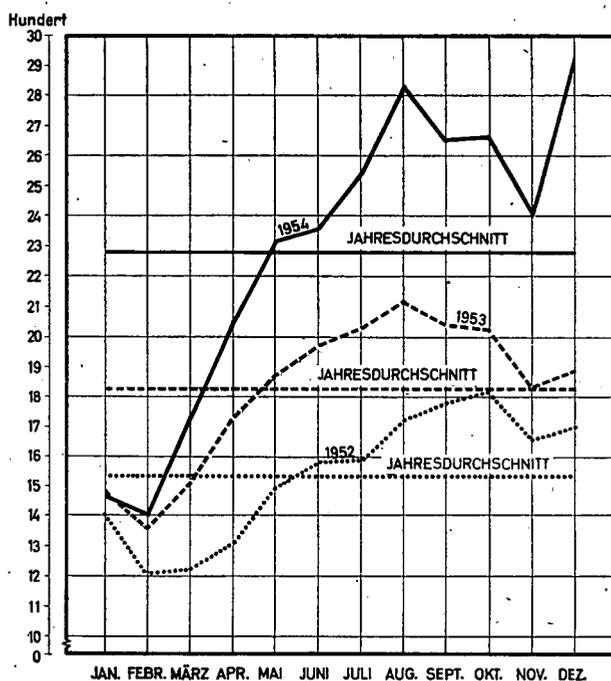
5. Die Unfälle im jahreszeitlichen Verlauf

Mit Ausnahme des Monats Januar, in dem annähernd die gleiche Unfallziffer wie im Vorjahrsmonat zu verzeichnen war, lagen die monatlichen Unfälle im Jahre 1954 bei weitem über denen des Vorjahres.

In noch stärkerem Maße als im Vorjahre nahmen die Unfallziffern von Februar an zu und überschritten mit 2 827 Verkehrsunfällen im August die

entsprechende Vorjahrsziffer um 33,2 vH. Im September und verstärkt im November setzte der jahreszeitlich bedingte Rückgang ein, der dann aber von einem erneut starken Ansteigen der Unfälle im Monat Dezember abgelöst wurde. Der Monat Dezember wies mit 2 951 Verkehrsunfällen die höchste monatliche Unfallziffer auf; die Unfälle im Dezember 1953 wurden zu 56,0 vH übertroffen.

DIE UNFÄLLE IM JAHRESZEITLICHEN VERLAUF



6. Ausblick auf 1955

Der Trend im Unfallgeschehen ist auch im Jahre 1955 nach oben gerichtet. Mit 5 925 Verkehrsunfällen im ersten Quartal 1955 wurden die des entsprechenden Vorjahrsquartals um 28,6 vH übertroffen. Die Zahl der von Januar bis März 1955 im Straßenverkehr getöteten und verletzten Personen zusammen (1929) lag um 11,2 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Im April 1955 wurden 2 455 Verkehrsunfälle im Straßenverkehr, 976 Verletzte und 23 Verkehrstote gezählt, das sind 406 Unfälle, 98 Verletzte und 6 Getötete mehr als im April 1954.

Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß die Zuwachsrate der Verkehrsunfälle im Jahre 1955 wieder sehr bedeutend sein wird.

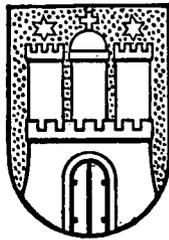
Dr. Bahlert

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 27. Juni 1955



Jahrgang 1955 — Heft Nr. 15

Die Wohnraumvergaben in Hamburg im Jahre 1954

Über die Wohnraumvergaben in den Jahren 1952 und 1953 wurden bereits im „Hamburger Statistischen Jahrbuch“ und in den „Hamburger Statistischen Informationen“, Reihe E, einige Übersichten veröffentlicht. In dem vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse der Wohnraumvergaben des Jahres 1954 unter Beigabe von Vergleichszahlen aus den Jahren 1952 und 1953 etwas eingehender dargestellt. Am Schluß unserer Ausführungen sind die Ergebnisse der Vergaben in den vergangenen 3 Jahren sodann nochmals zusammengefaßt und kurz kommentiert.

Rechtsgrundlage und Methodik

Seit dem 1. Januar 1952 wird im Bundesgebiet auf Grund der Rechtsverordnungen des Bundesministers für Wohnungsbau vom 29. 2. 1952 und 24. 3. 1953 eine **Statistik der Wohnraumvergaben** durchgeführt. Nach den amtlichen Richtlinien sind alle von den Wohnungsämtern ausgesprochenen Wohnraumzuteilungen zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Einweisungsverfügung zu registrieren. Hierdurch soll der Nachweis über die Verwendung des durch Neubau, Wiederaufbau oder sonstige Baumaßnahmen **neugewonnenen** Wohnraumes, soweit er ganz oder teilweise mit öffentlichen Mitteln im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues errichtet wurde, geführt werden. Außerdem werden die Vergaben bewirtschafteten Wohnraumes des **Altbestandes** erfaßt, um in der Statistik auch die indirekten Wirkungen der Bautätigkeit auf die Unterbringung bevorrechtigter Wohnungssuchender darstellen zu können. Nicht berücksichtigt wird in dieser Statistik der freifinanzierte, d. h. der nicht mit öffentlichen Mitteln geförderte, und der durch Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen errichtete Wohnraum, soweit er nach dem ersten Wohnungsbau-

gesetz von der Bewirtschaftung freigestellt ist. Weiterhin werden Zuweisungen von Einzelräumen in Untermiete an Einzelpersonen — sog. typische Untermietverhältnisse — ebenfalls nicht erfaßt. Dagegen werden Vergaben auf dem Tauschwege (örtlich, überörtlich oder im Ringtausch) bei jedem an dem Tausch beteiligten Partner berücksichtigt.

Einweisungen in neugeschaffenen Wohnraum, der ganz oder teilweise mit öffentlichen Mitteln errichtet wurde, werden in dieser Statistik unter **Erstvergaben** und Einweisungen in vorher bereits bewohnt gewesenen Wohnraum, soweit er der Bewirtschaftung unterliegt, unter **Wiedervergaben** ausgewiesen. Unter Wiedervergaben wird auch von den Besatzungsmächten freigegebener Wohnraum, der erstmalig wieder an deutsche Wohnparteien vergeben wird, gezählt. Für jeden einzelnen Vergabefall werden die zugewiesenen Wohnräume, die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen — hierbei wird nach Einpersonenhaushaltungen und nach Familienhaushaltungen unterschieden — und die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Personengruppe erfaßt. Außerdem werden die Wohnraumzuteilungen an kinderreiche Familien, d. s. Haushaltungen mit 4 und mehr Kindern, und Wohnraumvergaben an Haushaltungen, die auf Grund von Landesmaßnahmen umgesiedelt sind, besonders ausgewiesen.

Da die erstmalig in neugeschaffenen Wohnraum eingewiesenen Haushaltungen in der Regel Altwohnräume freigemacht haben und die in die freigewordenen Altwohnräume eingezogenen Parteien wiederum aus Altwohnräumen — d. s. im Rahmen dieser Statistik alle Wohnräume, die bereits bewohnt waren — kamen, zeigt die Statistik der **Wiedervergaben** eine mehr oder weniger

lange Kette von Umzügen an. Deshalb sind die mitgeteilten Zahlen bei den Wiedervergaben nur als **Zuweisungsfälle** anzusehen.

Die Zahl der **Wohnräume** umfaßt jeweils die Gesamtzahl der an eine Wohnpartei zugewiesenen Räume einschl. der Küchen, gleichgültig, ob sie in Hauptmiete oder Untermiete zugeteilt wurden. Dabei ist es unerheblich, ob die zugeteilten Räume nur Wohn- oder auch gewerblichen Zwecken dienen sollen. Bei Küchenmitbenutzung wird die Küche für die mitbenutzende Wohnpartei jedoch nicht als Raum gewertet. Wird eine Zuteilung von zusätzlichen Räumen an bereits mit Wohnraum versehene Wohnparteien zur Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse vorgenommen, so wird die **Gesamtzahl** der nunmehr von der Wohnpartei bewohnten Räume und die **Gesamtzahl** der darin untergebrachten Personen von der Statistik erfaßt. Die Statistik macht hierbei keinen Unterschied, ob der zusätzlich zugeteilte Wohnraum vorher schon bewohnt war oder erst durch eine Baumaßnahme (Wiederherstellung, Ausbau oder Erweiterung) neu gewonnen wurde.

Die Wohnungsämter können vielfach nicht wissen, ob die vergebenen Räume eine **abgeschlossene Wohnung** sind oder nicht. Dies zusätzlich festzustellen, würde die Ämter übermäßig belasten. Im Rahmen der Bundesstatistik hat man aus diesem Grunde von der Feststellung der vergebenen Wohnungen Abstand genommen und sich auf die Erfassung der Wohnräume beschränkt. Bei den **Erstvergaben** wird jedoch in der Regel eine in einer gemeinsamen Haushaltung zusammengeschlossene Personengruppe oder eine Einzelperson (Einpersonen-Haushaltung) in eine abgeschlossene Wohnung eingewiesen, so daß hierbei die vergebenen Wohnungen etwa der Zahl der eingewiesenen Haushaltungen entsprechen.

Die Statistik der Wohnraumvergabe unterscheidet nach folgenden Personenkreisen:

1. Vertriebene
2. Umgesiedelte Vertriebene
3. Sachgeschädigte
4. zurückgeführte Evakuierte
5. politisch, rassisch, religiös Verfolgte
6. Schwerbeschädigte
7. Spätheimkehrer
8. Zugewanderte
9. Besatzungs- u. Kasernenverdrängte
10. Sonstige

Sofern eine Haushaltung mehreren Personengruppen zuzurechnen ist, wird sie jeweils der dem Range nach höchsten Gruppe zugeordnet. Daraus

ergibt sich, daß Haushaltungen, die mehr als einer Personengruppe angehören, in der Statistik jeweils nur als 1 Fall ausgewiesen werden. Deshalb kann man mit Ausnahme der an erster Stelle stehenden Personengruppe, der Vertriebenen, aus der Statistik nicht genau entnehmen, wie häufig die anderen Personengruppen bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt sind. Die Gruppe der „sonstigen Wohnungssuchenden“ umfaßt alle die Wohnparteien, die keiner der unter 1—9 vorgesehenen Gruppen zugeordnet werden können.

Die Erstvergaben im Jahre 1954

Nach der Wohnraumvergabestatistik wurden im Jahre 1954 durch das Amt für Wohnungswesen 16 963 Haushaltungen erstmalig in neu errichtete Wohnräume eingewiesen. Es handelt sich hierbei um 15 998 Mehrpersonenhaushaltungen und 965 Einpersonenhaushaltungen. Gemessen an den Haushaltungen insgesamt war der Anteil der Einpersonenhaushaltungen mit 5,6 vH verhältnismäßig gering, er war nur im Jahre 1952 etwas höher (8 vH), während er 1953 gleich hoch war. Unterstellt man, daß jeder Haushaltung eine abgeschlossene Wohnung zugeteilt wurde, was bei der relativ geringen Größe der öffentlich geförderten Wohnungen ohne weiteres anzunehmen ist, denn es entfielen durchschnittlich nur 3,2 Wohnräume — die Küche mit eingerechnet — auf eine Haushaltung, so wurden im Jahre 1954 rd. 17 000 mit **öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen erstmalig bezogen**. Diese Wohnungen umfaßten rd. 54 600 Wohnräume einschl. Küchen; die Zahl der hierdurch untergebrachten Personen belief sich auf rd. 51 700 Personen.

Die **Wohndichte** in diesen vergebenen Wohnungen betrug im Jahre 1954 durchschnittlich 0,95 Personen je Wohnraum; im Vergleich zu den Jahren 1953 (1,00 Personen) und 1952 (1,01 Personen) ist hierbei eine bemerkenswerte Auflockerung zu beobachten. Noch größer erscheint die Auflockerung, wenn man die Wohndichtezahlen in diesen zum ersten Male bezogenen Wohnungen mit den Ergebnissen der Wohnungszählung 1950 vergleicht. Damals betrug die Wohndichte bei den Wohnräumen in Normalwohnungen durchschnittlich 1,11 Personen je Wohnraum. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnräume in den 1950 ermittelten Wohnungen zweifellos größer war, als dies bei den in den Jahren 1952 bis 1954 mit öffentlichen Mitteln geförderten Neu- und Wiederaufbauwohnungen der Fall war; deren durchschnittliche Wohnfläche im Jahre 1953 nur 47 qm und 1954 rd. 49 qm betrug. Bei den verschiedenen Personengruppen ist die

Belegungsdichte jedoch z. T. recht unterschiedlich. Am geringsten ist sie bei den Besatzungs- und Kasernenverdrängten mit 0,81 Personen je Wohnraum und am größten mit 1,41 Personen bei den kinderreichen Familien mit 4 und mehr Kindern. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Wohndichte erfahrungsgemäß mit wachsender Haushaltungsgröße stark zunimmt, so kann hiermit allein wohl die starke Belegung der Wohnungen bei den kinderreichen Familien nicht erklärt werden, vielmehr dürften die beengten Wohnverhältnisse dieser

Haushaltungen zum Teil wohl damit zu erklären sein, daß sie die Mieten für familiengerechte Wohnungen, d. h. Wohnungen, deren Raumzahl und Raumgröße der Personenzahl und Zusammensetzung der Haushaltungen angemessen ist, nicht aufbringen können und deshalb gezwungen sind, auf kleinere Wohnungen auszuweichen. Allerdings hat sich die Wohndichte dieser Personengruppe gegenüber den Erstvergaben im Jahre 1952, wo noch 1,73 Personen auf einen Wohnraum — die Küche immer mit eingerechnet — entfielen, wesentlich gebessert.

Übersicht 1

Die Erstvergaben im Jahre 1954

Personengruppen	Wohnraumvergaben an Haushaltungen			Eingewiesene Personen insgesamt	Vergebene Wohnräume insgesamt	Durchschnittlich entfielen		D a g e n					
	insgesamt	vH	darunter Einpersonenhaushaltungen			Wohnräume auf 1 Haushaltung	Personen auf 1 Wohnraum	1952			1953		
								Haushaltungen insgesamt vH	Wohnräume auf 1 Haushaltung	Personen auf 1 Wohnraum	Haushaltungen insgesamt vH	Wohnräume auf 1 Haushaltung	Personen auf 1 Wohnraum
1. Vertriebene (o. Umsiedler) . . .	2 099	12,4	74	6 491	6 984	3,3	0,93	15,3	3,1	1,03	14,3	3,1	1,04
2. Umgesiedelte Vertriebene . . .	925	5,4	22	3 168	3 027	3,3	1,05	11,7	3,0	1,08	12,5	2,9	1,07
3. Sachgeschädigte (o. zurückgeführte Evakuierte) . . .	4 918	29,0	276	14 723	15 639	3,2	0,94	45,7	2,9	1,00	34,3	3,0	1,00
4. Zurückgeführte Evakuierte . . .	1 455	8,6	101	4 408	4 479	3,1	0,98	3,5	2,9	1,01	4,7	2,8	1,07
5. Pol., rass., relig. Verfolgte . . .	9	0,1	—	28	28	3,1	1,00	0,4	2,8	1,05	0,1	3,0	0,95
6. Schwerbeschädigte . . .	102	0,6	5	292	302	3,0	0,97	0,3	3,6	1,00	0,5	3,5	0,87
7. Spätheimkehrer . . .	321	1,9	9	975	1 003	3,1	0,97	0,4	2,9	1,13	1,2	2,9	1,07
8. Zugewanderte . . .	597	3,5	1	2 430	1 748	2,9	1,39	0,1	2,9	1,13	0,1	2,8	1,41
9. Besatzungs- und Kasernenverdrängte . . .	77	0,4	14	199	245	3,2	0,81	0,1	3,0	0,86	0,2	3,1	0,82
10. Sonstige . . .	6 460	38,1	463	19 021	21 140	3,3	0,90	22,5	3,0	0,96	32,1	3,1	0,96
insgesamt	16 963	100	965	51 735	54 595	3,2	0,95	100	3,0	1,01	100	3,0	1,00
darunter kinderreiche Familien	311	—	—	1 946	1 382	4,4	1,41	—	—	—	—	—	—
dagegen													
1952 insgesamt	14 712	—	1 099	43 752	43 503	3,0	1,01	—	—	—	—	—	—
darunter kinderreiche Familien	85	—	—	552	320	3,8	1,73	—	—	—	—	—	—
1953 insgesamt	14 524	—	796	43 676	43 561	3,0	1,00	—	—	—	—	—	—
darunter kinderreiche Familien	116	—	—	738	493	4,3	1,50	—	—	—	—	—	—

Die Wohnraumvergabestatistik soll in erster Linie einen Überblick geben, welchen Personengruppen Wohnraum zugeteilt worden ist. Bei den Erstvergaben standen unter den Anwärtern die **Sachgeschädigten** mit 4918 Wohnungen oder 29 vH an erster Stelle, es folgen die **Vertriebenen** mit 2099 Wohnungen oder 12,4 vH; weiterhin ist die Zahl der **umgesiedelten** Vertriebenen mit 925 Haushaltungen zu beachten. Diesen drei Gruppen wurden insgesamt rd. 8000 Wohnungen oder 47 vH aller vergebenen Wohnungen zugeteilt. Hierdurch sind rd. 24 400 Personen in den Genuß von neuem Wohnraum gekommen. Die übrigen Personen-

gruppen sind mit weit geringeren Zahlen vertreten. Hierbei muß man aber bedenken, daß die geringen Zahlen der übrigen Gruppen sich z. T. auch daraus erklären, daß die Mitglieder dieser Gruppen vielfach schon unter den vorher genannten Gruppen gezählt sind, weil sie zugleich auch Sachgeschädigte oder Vertriebene sind. Es läßt sich deshalb nicht genau feststellen, wieviel politisch, rassisch oder religiös Verfolgte oder wieviel Evakuierte, Schwerbeschädigte, Spätheimkehrer oder Besatzungsverdrängte tatsächlich neuen Wohnraum erhalten haben. Wie die **Übersicht 1** zeigt, hat sich der Anteil der Personen, die unter dem Sammelbegriff

„sonstige“ Wohnparteien zusammengefaßt sind, seit 1952 von Jahr zu Jahr erhöht, er betrug 1954 rd. 38 vH aller zum ersten Male vergebenen Wohnungen. Hierdurch erhielten in diesem Jahre 6460 Haushaltungen mit rd. 19 000 Personen neuen Wohnraum.

Die Wiedervergaben

Die Zahl der Fälle, in denen vom Amt für Wohnungswesen im Laufe des Jahres 1954 bereits früher bewohnter Wohnraum des bewirtschafteten Sektors zum zweiten oder wiederholten Male vergeben ist, beläuft sich auf 18 130. Hierdurch sind 17 493 Familienhaushaltungen und 637 Einpersonen-

haushaltungen berücksichtigt worden. Die Zahl der in diesen Fällen in Wohnräume eingewiesenen Personen umfaßt 50 304 Personen, die Zahl der vergebenen Wohnräume 45 020. Leider kann man aus der Zahl der Wiedervergaben nicht ohne weiteres auf die Zahl der vergebenen Wohnungen schließen, da es sich hierbei weitgehend um Wohnungen handelt, die von mehr als einer Wohnpartei bewohnt waren. Vielfach war nur ein Teil der Wohnungen frei geworden und vom Amt für Wohnungswesen neu vergeben. Dies zeigt auch die relativ kleinere Haushaltsgröße bei den mit Altwohnraum versorgten Haushaltungen, die 2,5 Personen betrug gegenüber 3,2 Personen bei den Erstvergaben.

Übersicht 2

Die Wiedervergaben im Jahre 1954

Personengruppen	Wohnraumvergaben an Haushaltungen			Eingewiesene Personen insgesamt	Vergebene Wohnräume insgesamt	Durchschnittlich entfielen		Dagegen					
	insgesamt	vH	darunter Einpersonenhaushaltungen			Wohnräume auf 1 Haushaltung	Personen auf 1 Wohnraum	1952			1953		
								Haushaltungen insgesamt vH	Wohnräume auf 1 Haushaltung	Personen auf 1 Wohnraum	Haushaltungen insgesamt vH	Wohnräume auf 1 Haushaltung	Personen auf 1 Wohnraum
1. Vertriebene (o. Umsiedler) . . .	742	4,1	14	2 006	1 609	2,2	1,25	4,0	2,2	1,31	7,4	1,8	1,42
2. Umgesiedelte Vertriebene . . .	45	0,2	6	120	105	2,3	1,14	2,1	2,3	1,33	1,9	2,7	1,18
3. Sachgeschädigte (o. zurückgeführte Evakuierte) . . .	1 972	10,9	117	4 941	4 280	2,2	1,15	8,9	2,3	1,31	12,7	1,9	1,32
4. Zurückgeführte Evakuierte . . .	200	1,1	11	571	497	2,5	1,15	0,5	2,2	1,31	1,3	1,9	1,38
5. Pol., rass., relig. Verfolgte	35	0,2	1	83	61	1,7	1,36	0,2	2,2	1,18	0,4	1,6	1,45
6. Schwerverbeschädigte	85	0,5	1	225	172	2,0	1,31	0,4	2,3	1,21	0,6	1,8	1,44
7. Spätheimkehrer . .	300	1,6	5	897	828	2,8	1,08	1,1	2,0	1,34	1,6	2,4	1,18
8. Zugewanderte . .	199	1,1	—	486	297	1,5	1,64	0,2	1,7	1,45	2,0	1,5	1,63
9. Besatzungs- und Kasernenverdrängte	33	0,2	1	91	113	3,4	0,81	0,6	3,6	0,86	0,9	3,2	0,91
10. Sonstige	14 519	80,1	481	40 884	37 058	2,6	1,10	82,0	2,1	1,33	71,2	2,5	1,14
insgesamt	18 130	100	637	50 304	45 020	2,5	1,12	100	2,1	1,32	100	2,3	1,18
darunter kinderreiche Familien	26	—	—	178	111	4,3	1,60	—	3,5	1,84	—	3,5	1,74
dagegen:													
1952 insgesamt	16 559	—	494	46 249	35 005	2,1	1,32	—	—	—	—	—	—
darunter kinderreiche Familien	49	—	—	316	172	3,5	1,84	—	—	—	—	—	—
1953 insgesamt	17 495	—	425	48 418	40 997	2,3	1,18	—	—	—	—	—	—
darunter kinderreiche Familien	36	—	—	221	127	3,5	1,74	—	—	—	—	—	—

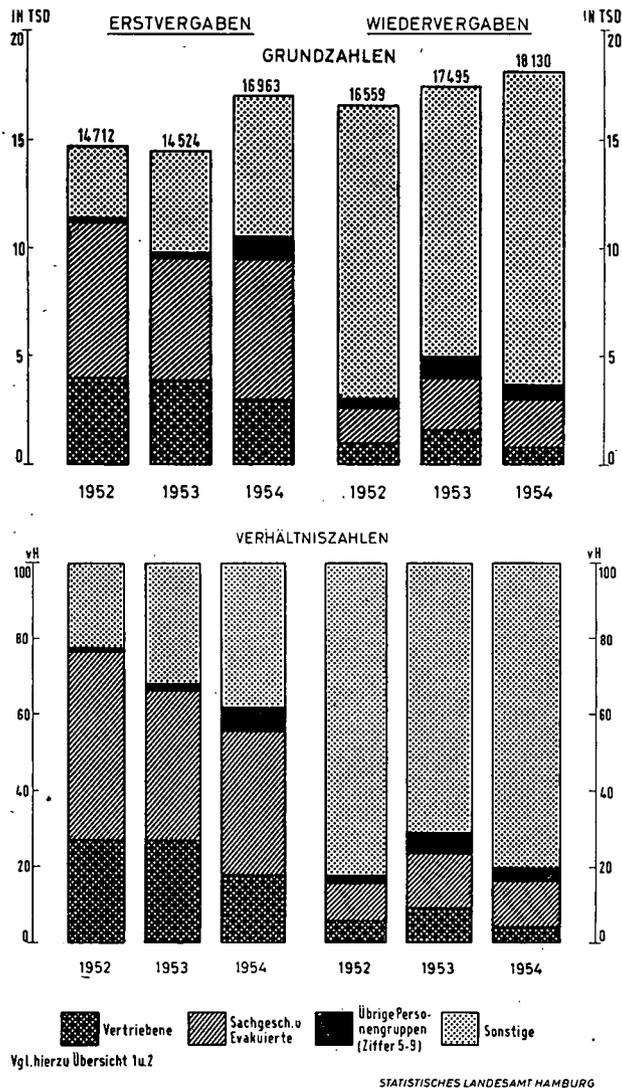
Unter den bei den Wiedervergaben berücksichtigten Personengruppen sind die Vertriebenen, Sachgeschädigten und die übrigen Personengruppen bis einschl. den Besatzungs- und Kasernenverdrängten absolut und relativ weniger häufig vertreten, als bei den Erstvergaben. Die ganz überwiegende Masse der Wiedervergaben kam der Gruppe der „sonstigen“ Wohnungssuchenden zu-

gute, von 18 130 Vergabefällen entfielen allein 14 519 oder 80 vH auf diese Gruppe.

Die **Wohndichte** zeigt auch bei den Wiedervergaben im Jahre 1954 eine merkliche Auflockerung gegenüber den beiden vergangenen Jahren. Während sich im Jahre 1952 im Durchschnitt noch 1,32 Personen mit einem Wohnraum begnügen mußten, waren es 1953 nur noch 1,18 Personen.

Für das Jahr 1954 ist eine Wohndichte von 1,12 Personen je Wohnraum errechnet worden, sie hat sich damit stark der bei den Erstvergaben ermittelten Wohndichte angenähert; hierbei muß jedoch die im allgemeinen größere Wohnfläche der Räume des Altbestandes berücksichtigt werden.

Die Erst- und Wiedervergabe von Wohnraum in Hamburg nach Personengruppen 1952 bis 1954



Gesamtüberblick über die Vergaben von neugeschaffenem Wohnraum in den Jahren 1952 bis 1953

Abschließend soll nunmehr noch kurz ein zusammenfassender Überblick über die Vergaben in den vergangenen drei Jahren gegeben werden. Die Darstellung beschränkt sich auf die Ergebnisse der Erstvergaben. Die Zahlen über die Wiedervergaben sind aus der Übersicht 2 ersichtlich.

In Hamburg wurden in der Zeit vom 1. Januar 1952 bis 31. Dezember 1954 nach der Statistik der Wohnraumvergaben im ganzen 139 163 Personen in

141 659 neugeschaffene Wohnräume des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues erstmalig eingewiesen. Davon waren 2860 Einpersonenhaushaltungen und 43 339 Familienhaushaltungen beteiligt. Die Zahl der Erstvergabefälle betrug somit 46 199. Unterstellt man aus den bereits vorher dargelegten Gründen, daß jede dieser Haushaltungen eine abgeschlossene Wohnung erhalten hat, so sind in den letzten 3 Jahren rd. 46 200 neuerrichtete Wohnungen durch das Wohnungsamt vergeben worden. Hiervon entfallen auf das Kalenderjahr 1952 rd. 14 700 Wohnungen, auf 1953 rd. 14 500 Wohnungen und auf das Jahr 1954 rd. 17 000 Wohnungen.

Übersicht 3

Die Erstvergaben vom 1. 1. 1952 bis 31. 12. 1954

Personengruppen	Wohnraumvergaben an Haushaltungen			Eingewiesene Personen insgesamt	Vergebene Wohnräume insgesamt
	insgesamt	vH	darunter Einpersonenhaushaltungen		
1. Vertriebene (ohne Umsiedler) . . .	6 415	13,9	196	20 206	20 273
2. Umgesiedelte Vertriebene . . .	4 461	9,7	229	14 315	13 378
3. Sachgeschädigte (ohne zurückgeführte Evakuierte) . . .	16 623	36,0	992	48 967	49 883
4. Zurückgeführte Evakuierte . . .	2 650	5,7	246	7 939	7 860
5. Pol., rass., relig. Verfolgte . . .	88	0,2	2	258	253
6. Schwerebeschädigte . . .	216	0,5	5	661	702
7. Spätheimkehrer . . .	565	1,2	11	1 737	1 707
8. Zugewanderte . . .	623	1,3	2	2 523	1 822
9. Besatzungs- u. Kasernenverdrängte . . .	136	0,3	25	351	427
10. Sonstige . . .	14 422	31,2	1 152	42 206	45 354
insgesamt	46 199	100	2 860	139 163	141 659

In den Jahren 1952 bis 1954 wurden nach der Statistik der Bautätigkeit insgesamt 71 800 Normal-Wohnungen fertiggestellt, hiervon sind rd. 45 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert worden. Die Zahl der geförderten Wohnungen weicht von der Zahl der in den letzten 3 Jahren durch das Amt für Wohnungswesen vergebenen 46 200 Wohnungen geringfügig ab. Dieser Unterschied dürfte in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein, daß die Erstvergaben von Neubauwohnungen zum Teil bereits kurz vor der endgültigen Fertigstellung, zum

Teil aber auch erst einige Zeit nach der Erfassung der Fertigstellung der neugeschaffenen Wohnungen erfolgen. Infolge dieser zeitlichen Unterschiede können die Meldungen über Erstvergaben und die Meldungen über fertiggestellte Neubauwohnungen für den gleichen Zeitraum nicht völlig übereinstimmen.

Erwähnt sei noch, daß unter den Personenkreisen, die erstmalig in neugeschaffenen Wohnraum ein-

gewiesen wurden, die **Sachgeschädigten** mit 16 623 Fällen oder 48 967 Personen weitaus am stärksten beteiligt waren. Mit Abstand folgen die Vertriebenen mit 6415 Fällen oder 20 206 Personen und die umgesiedelten Vertriebenen mit 4461 Fällen und 14 315 Personen. Hiernach wurden allein 27 500 Wohnungen oder rd. 60 vH der vergebenen Wohnungen diesen 3 Gruppen zugeteilt.

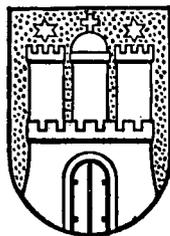
Pöhls

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Girardet & Co., Hamburg

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 27. August 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 16

Pendelwanderung und Arbeitsmarkt in Hamburg und seiner Umgebung

Bei der Untersuchung der „zentralen Orte“ — so bezeichnet der Statistiker Gemeinden, deren Einflußsphäre über ihre Grenzen hinausgreift und die wirtschaftlicher, kultureller oder politischer Mittelpunkt eines größeren Gebiets sind —, haben seit jeher Fragen der Pendelwanderung, d. h. also des durch Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte bedingten täglichen Berufsverkehrs besonderes Interesse gefunden. Hierbei sind mannigfache Methoden regionaler Abgrenzung entwickelt worden. Auf Arbeitsmarktprobleme, deren Ausdruck letzten Endes die Pendlerzahlen sind, ist man dabei allerdings weniger eingegangen. Dies sei im Folgenden an Hand einiger neuerer Daten versucht.

Bereits im Sonderheft über „Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Hamburger Gebiet“¹⁾ wurde darauf hingewiesen, daß in bestimmten Berufszweigen die Beschäftigung auswärtiger Arbeitnehmer in Hamburg einige Folgen für die Arbeitslosigkeit unter der Hamburger Wohnbevölkerung hat und daß andererseits das zusätzliche Arbeitnehmerpotential der Auswärtigen in einer Reihe von Mangelberufen entlastend wirkt. Im Rahmen einer umfassenden Darstellung der Verhältnisse des Hamburger Arbeitsmarktes konnte die Darlegung dieser Zusammenhänge naturgemäß nur kurz gehalten sein. Die nachstehenden Ausführungen sind daher in gewissem Sinne als Ergänzung der bereits vorliegenden Veröffentlichung gedacht. Das Thema ist jedoch insofern weitergefaßt, als einige Überlegungen darüber angestellt werden sollen, wie sich die Pendelwanderung nach Hamburg auf die angrenzenden Arbeitsamtsbezirke bzw. Arbeitsamtsnebenstellen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens auswirkt.

Alljährlich zum Zeitpunkt der höchsten Beschäftigung (Ende September) werden von den Landesarbeitsämtern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg die Arbeitnehmer ausgezählt, die zwar im eigenen Bezirk wohnen, jedoch in Betrieben beschäftigt sind, die im Gebiet eines anderen Landesarbeitsamtes liegen. Die Auszählungen erfolgen an Hand der Beschäftigtenkarteien, die bei den Arbeitsämtern bzw. Arbeitsamtsneben-

stellen für die dort wohnenden Arbeitnehmer geführt werden. Wie bei jeder Karteistatistik, so ist auch hier eine gewisse Überhöhung der ausgewiesenen Zahlen festzustellen, da vor allem beim endgültigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht immer eine Bereinigung der Karteiunterlagen erfolgt. Diese Überhöhung, die nach den in Hamburg gemachten Erfahrungen heute etwa mit 3 bis 4 vH anzusetzen sein dürfte, verschiebt die ausgewiesenen Größenordnungen jedoch nur unwesentlich. Im großen und ganzen vermittelt die Arbeitsmarktstatistik für Hamburg und die angrenzenden Kreise einen ausreichenden Überblick.

Die kleinsten regionalen Einheiten, für die hierbei noch Aussagen gemacht werden können, sind die Arbeitsamts- und -nebenstellen innerhalb der Arbeitsamtsbezirke. Während die Arbeitsamtsbezirke in der Umgebung Hamburgs zumeist mehrere politische Kreise umfassen, gehören zu den Haupt- bzw. Nebenstellen stets mehrere Gemeinden. Dies hat den Nachteil, daß Schwerpunkte der Pendelwanderung innerhalb der Arbeitsamtsstellen nicht hervortreten und insbesondere die Pendlergemeinden kaum zu erkennen sind. Die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik sind oftmals Durchschnitte aus Gemeinden mit sehr starker Pendelwanderung und solchen, die an ihr nicht oder nur wenig beteiligt sind. Insofern begrenzen die Unvollkommenheiten des zur Verfügung stehenden Materials die Aussage in einigen Punkten. Dies sollte jedoch nicht dazu führen, Untersuchungen über die tägliche Wanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bis zur nächsten Großzählung zu verschieben, bei der Zahlen für die einzelnen Gemeinden unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Arbeitsamt ermittelt werden, zumal die letztmalig bei der Berufszählung 1950 festgestellten Verhältnisse sich inzwischen weitgehend geändert haben.²⁾

Die Arbeitsmarktstatistik vermag in ihrer gegenwärtigen Form nur etwas über die Arbeitnehmer-

¹⁾ Sonderheft „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1954 vom 28. 6. 1954.

²⁾ Ausführlich hierzu „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1953 Heft 7: „Hamburg als Arbeitsplatz auswärts wohnender Erwerbspersonen“.

ströme auszusagen, die täglich die Hamburger Grenzen überschreiten. Die Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte ist aber auch für weite Kreise der Hamburger Wohnbevölkerung vollzogen. Für die sich hieraus entwickelnde innerstädtische Pendelwanderung kann die Arbeitsmarktstatistik keine Unterlagen beibringen. Untersuchungen hierüber sind nur im Rahmen von Großzählungen möglich, wie sie zuletzt 1950 stattfanden.¹⁾

I. Umfang und Bedeutung der Pendelwanderung

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Zahl der Einpendler nach Hamburg nahezu vervierfacht. Zum Teil hat sich diese Entwicklung bereits kurz nach der Währungsreform vollzogen. Schon um die Jahresmitte 1949 wurden etwa 41 000 Einpendler aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen ermittelt gegenüber nur 16 000 in der Vorkriegszeit. Hierunter befanden sich zu einem erheblichen Teil auch ehemalige Hamburger²⁾, die

zwar ihre Arbeitsplätze in Hamburg behalten, ihren Wohnsitz jedoch in die umliegenden Kreise Schleswig-Holsteins und Niedersachsens verlegt hatten. Nach den Unterlagen der Volks- und Berufszählung vom September 1950 stellten sie etwa 23 vH der Einpendler nach Hamburg. Hierbei ist allerdings zu bemerken, daß nach den Grundsätzen der Berufszählung auch Selbständige und Mithelfende Familienangehörige, die in Hamburg arbeiteten, aber außerhalb wohnten, zu berücksichtigen waren. Außerdem zählte man, da man von dem Begriff der „Erwerbspersonen“ ausging, auch Arbeitslose zu den Pendlern, falls sie vor ihrem Ausscheiden aus der Beschäftigung Hamburg als letzten Arbeitsort angegeben hatten. Die andere Methodik der Berufszählung verschiebt jedoch die Anteilssätze gegenüber der Arbeitsmarktstatistik nur wenig.

¹⁾ Vergl. hierzu „Die Pendelwanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in Hamburg 1950 und 1939“, „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1952, Heft Nr. 37.

²⁾ d. h. Personen, die am 1. 9. 1939 ihren Wohnsitz in Hamburg hatten.

Übersicht 1

Die im Arbeitsamtsbezirk Hamburg beschäftigten, aber in einem benachbarten Arbeitsamtsbezirk wohnenden Arbeiter, Angestellten und Beamten

(Stand: 30. September)

Wohnung in den Arbeitsamtsbezirken	1949 ¹⁾	1950	1951	1952	1953	1954	Zu- (+) oder Abnahme (-) 1954 gegenüber			
							1949		1953	
							Anzahl	vH	Anzahl	vH
männlich										
Bad Oldesloe	12 068	13 848	14 414	15 179	17 089	18 639	+ 6 571	+ 54,4	+ 1 550	+ 9,1
Elmshorn	11 461	12 453	13 641	13 354	13 534	14 406	+ 2 945	+ 25,7	+ 872	+ 6,4
Neumünster	1 082	1 203	1 287	1 363	1 589	1 817	+ 735	+ 67,9	+ 228	+ 14,3
Lübeck	613	681	911	847	762	888	+ 275	+ 44,9	+ 126	+ 16,5
LAA Schlesw.-Holstein	25 224	28 185	30 253	30 743	32 974	35 750	+ 10 526	+ 41,7	+ 2 776	+ 8,4
Lüneburg	5 287	8 188	8 375	7 666	8 004	8 417	+ 3 130	+ 59,2	+ 413	+ 5,2
Stade	1 842	1 929	2 557	2 368	2 650	2 728	+ 886	+ 48,1	+ 78	+ 2,9
LAA Niedersachsen . . .	7 129	10 117	10 932	10 034	10 654	11 145	+ 4 016	+ 56,3	+ 491	+ 4,6
insgesamt	32 353	38 302	41 185	40 777	43 628	46 895	+ 14 542	+ 44,9	+ 3 267	+ 7,5
weiblich										
Bad Oldesloe	3 849	4 633	4 626	5 021	5 456	6 035	+ 2 186	+ 56,8	+ 579	+ 10,6
Elmshorn	3 162	3 724	4 248	4 143	4 097	4 590	+ 1 428	+ 45,2	+ 493	+ 12,0
Neumünster	187	278	272	266	287	278	+ 91	+ 48,7	— 9	— 3,1
Lübeck	24	68	80	85	90	74	+ 50	+ 208,3	— 16	— 17,8
LAA Schlesw.-Holstein	7 222	8 703	9 226	9 515	9 930	10 977	+ 3 755	+ 52,0	+ 1 047	+ 10,5
Lüneburg	1 061	1 156	1 408	1 703	1 830	2 208	+ 1 147	+ 108,1	+ 378	+ 20,7
Stade	131	259	304	341	341	386	+ 255	+ 194,7	+ 45	+ 13,2
LAA Niedersachsen . . .	1 192	1 415	1 712	2 044	2 171	2 594	+ 1 402	+ 117,6	+ 423	+ 19,5
insgesamt	8 414	10 118	10 938	11 559	12 101	13 571	+ 5 157	+ 61,3	+ 1 470	+ 12,1
zusammen										
Bad Oldesloe	15 917	18 481	19 040	20 200	22 545	24 674	+ 8 757	+ 55,0	+ 2 129	+ 9,4
Elmshorn	14 623	16 177	17 889	17 497	17 631	18 996	+ 4 373	+ 29,9	+ 1 365	+ 7,7
Neumünster	1 269	1 481	1 559	1 629	1 876	2 095	+ 826	+ 65,1	+ 219	+ 11,7
Lübeck	637	749	991	932	852	962	+ 325	+ 51,0	+ 110	+ 12,9
LAA Schlesw.-Holstein	32 446	36 888	39 479	40 258	42 904	46 727	+ 14 281	+ 44,0	+ 3 823	+ 8,9
Lüneburg	6 348	9 344	9 783	9 369	9 834	10 625	+ 4 277	+ 67,4	+ 791	+ 8,0
Stade	1 973	2 188	2 861	2 709	2 991	3 114	+ 1 141	+ 57,8	+ 123	+ 4,1
LAA Niedersachsen . . .	8 321	11 532	12 644	12 078	12 825	13 739	+ 5 418	+ 65,1	+ 914	+ 7,1
insgesamt	40 767	48 420	52 123	52 336	55 729	60 466	+ 19 699	+ 48,3	+ 4 737	+ 8,5

¹⁾ Stand: 30. Juni.
Zusammengestellt aus Unterlagen der Landesarbeitsämter Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Übersicht 2

**In Hamburg wohnende, aber außerhalb Hamburgs beschäftigte
Arbeiter, Angestellte und Beamte
(Stand: 30. September)**

Arbeitsstätte in den Arbeitsamtsbezirken	1949 ¹⁾	1950	1951	1952	1953	1954	Zu- (+) oder Abnahme (-) 1954 gegenüber			
							1949		1953	
							Anzahl	vH	Anzahl	vH
männlich										
Bad Oldesloe	605	623	689	456	381	313	- 292	- 48,3	- 68	- 17,8
Elmshorn	177	135	212	230	207	258	+ 81	+ 45,8	+ 51	+ 24,6
Neumünster	7	24	18	18	43	33	+ 26	+ 371,4	- 10	- 23,3
Lübeck	22	38	34	30	45	39	+ 17	+ 77,3	- 6	- 13,3
verschiedene Arbeitsamtsbezirke	11	2	—	—	—	—	—	—	—	—
LAA Schlesw.-Holstein	822	822	953	734	676	643	- 179	- 21,8	- 33	- 4,9
Lüneburg	27	41	69	112	127	136	+ 109	+ 403,7	+ 9	+ 7,1
Stade	30	23	30	30	62	65	+ 35	+ 116,7	+ 3	+ 4,8
verschiedene Arbeitsamtsbezirke	13	7	1	—	—	—	—	—	—	—
LAA Niedersachsen . .	70	71	100	142	189	201	+ 131	+ 187,1	+ 12	+ 6,3
insgesamt	892	893	1 053	876	865	844	- 48	- 5,4	- 21	- 2,4
weiblich										
Bad Oldesloe	248	310	355	211	188	162	- 86	- 34,7	- 26	- 13,8
Elmshorn	29	56	71	123	139	202	+ 173	+ 596,6	+ 63	+ 45,3
Neumünster	—	7	4	6	5	8	+ 8	∞	+ 3	+ 60,0
Lübeck	3	2	3	9	9	8	+ 5	+ 166,7	- 1	- 11,1
verschiedene Arbeitsamtsbezirke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
LAA Schlesw.-Holstein	280	375	433	349	341	380	+ 100	+ 35,7	+ 39	+ 11,4
Lüneburg	15	16	17	20	25	21	+ 6	+ 40,0	- 4	- 16,0
Stade	6	3	10	8	15	11	+ 5	+ 83,3	- 4	- 26,7
verschiedene Arbeitsamtsbezirke	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
LAA Niedersachsen . .	23	19	27	28	40	32	+ 9	+ 39,1	- 8	- 20,0
insgesamt	303	394	460	377	381	412	+ 109	+ 36,0	+ 31	+ 8,1
zusammen										
Bad Oldesloe	853	933	1 044	667	569	475	- 378	- 44,3	- 94	- 16,5
Elmshorn	206	191	283	353	346	460	+ 254	+ 123,3	+ 114	+ 32,9
Neumünster	7	31	22	24	48	41	+ 34	+ 485,7	- 7	- 14,6
Lübeck	25	40	37	39	54	47	+ 22	+ 88,0	- 7	- 13,0
verschiedene Arbeitsamtsbezirke	11	2	—	—	—	—	—	—	—	—
LAA Schlesw.-Holstein	1 102	1 197	1 386	1 083	1 017	1 023	- 79	- 7,2	+ 6	+ 0,6
Lüneburg	42	57	86	132	152	157	+ 115	+ 273,8	+ 5	+ 3,3
Stade	36	26	40	38	77	76	+ 40	+ 111,1	- 1	- 1,3
verschiedene Arbeitsamtsbezirke	15	7	1	—	—	—	—	—	—	—
LAA Niedersachsen . .	93	90	127	170	229	233	+ 140	+ 150,5	+ 4	+ 1,7
insgesamt	1 195	1 287	1 513	1 253	1 246	1 256	+ 61	+ 5,1	+ 10	+ 0,8

¹⁾ Stand: 30. Juni.
Zusammengestellt aus Unterlagen des Landesarbeitsamts Hamburg.

Wie weit man die ehemaligen Hamburger den sogenannten „Butenhamburgern“ zurechnen kann, Personen also, die kriegsbedingt ihren Wohnsitz aus der Stadt verlegten, aber noch mit ihr verwachsen sind und wieder eine Wohnung in Hamburg beziehen möchten, ist nicht eindeutig zu klären. Oftmals erfolgte die Wohnsitzverlegung freiwillig im Zuge des normalen Bevölkerungs-

austausches zwischen den benachbarten Ländern; viele beabsichtigen heute nicht mehr, nach Hamburg zurückzukehren.

Zahlenmäßig und auch anteilmäßig bedeutsamer waren aber die Heimatvertriebenen, für die in Schleswig-Holstein und Niedersachsen nicht immer Erwerbsmöglichkeiten bereitgestellt werden konnten. Nach den Unterlagen der Berufszählung

vom Herbst 1950 machten sie etwa ein Drittel der im Hamburger Gebiet beschäftigten Auswärtigen aus. Neuere Zahlen liegen leider nicht vor.

Seit 1949 ist ein weiterer ununterbrochener Anstieg der Pendlerzahlen zu verzeichnen. Die höchste absolute Zunahme ergab sich vom September 1949 bis zum September 1950; im folgenden Jahr waren geringere Veränderungen festzustellen, aber seit 1952 zeigt sich ein erneuter kräftiger Anstieg, der die Zahl der Einpendler bis zum September 1954 auf mehr als 60 000 anschwellen ließ.

Die Entwicklung der Pendelwanderung nach der Arbeitsmarktstatistik

Monate Jahre	Einpendler	Auspender	Pendlersaldo
Juni 1938 ¹⁾	16 000	7 000	9 000
Juni 1949	40 767	1 195	39 572
Sept. 1950	48 420	1 287	47 133
Sept. 1951	52 123	1 513	50 610
Sept. 1952	52 336	1 253	51 083
Sept. 1953	55 729	1 246	54 483
Sept. 1954	60 466	1 256	59 210

Zunahme
gegenüber

1949 + 19 699 + 61 + 19 638

¹⁾ Unterlagen der Arbeitsbuch-Erhebung 1938, z. T. ergänzt durch Ergebnisse der Berufszählung vom 17. 5. 1939.

Die Zunahme der Einpendler betrug in der Zeit von

Juni 1949 bis Sept. 1950	+ 7 653 oder 18,8 vH
Sept. 1950 bis Sept. 1951	+ 3 703 oder 7,6 vH
Sept. 1951 bis Sept. 1952	+ 213 oder 0,4 vH
Sept. 1952 bis Sept. 1953	+ 3 393 oder 6,5 vH
Sept. 1953 bis Sept. 1954	+ 4 737 oder 8,5 vH

Die Masse der im Hamburger Gebiet beschäftigten Auswärtigen kommt aus den angrenzenden Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins. Ihre Zahl ist mehr als dreimal so hoch wie die der Einpendler aus Niedersachsen (46 700 : 13 700). In Schleswig-Holstein sind in erster Linie die Arbeitsamtsbezirke Bad Oldesloe und Elmshorn, in Niedersachsen die Bezirke Lüneburg und Stade beteiligt (vgl. Übersicht 1), wobei sich zwischen den Haupt- und Nebenstellen — den kleinsten Einheiten innerhalb der Arbeitsamtsbezirke — erhebliche Unterschiede ergeben (vgl. Übersicht 7).

Gegenüber diesen Zahlen spielt die Beschäftigung Hamburger Arbeitnehmer in Betrieben Niedersachsens und Schleswig-Holsteins und damit die Pendelwanderung von Hamburg nach auswärts nur eine geringe Rolle. Die Gesamtzahl der Auspendler beträgt noch nicht einmal 1300 Personen, von denen rd. 1000 täglich Arbeitsstätten aufsuchen, die in Schleswig-Holstein liegen (vgl. Übersicht 2).

Damit haben sich im Umfang und der Richtung der Pendlerströme entscheidende Veränderungen im Vergleich zur Vorkriegszeit vollzogen. Der Pendlersaldo zugunsten Hamburgs hat sich seit 1938 von rd. 9000 auf mehr als 59 000 im September 1954 erhöht. Allein aus dieser Quelle hat der Hamburger Arbeitsmarkt 50 000 Personen mehr aufgenommen als in der Vorkriegszeit.

Von den Einpendlern sind mehr als 12 000 im Handel, Geld- und Versicherungswesen tätig. Zählt man hierzu noch die im Bereich der Dienstleistungen sowie der Wirtschaftsabteilung Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse beschäftigten Arbeitnehmer hinzu, so kommt man auf rd. 20 600 Personen, die im Dienstleistungs- und Verteilungssektor tätig sind und von denen anzunehmen ist, daß sie überwiegend den Angestellten berufen zuzurechnen sind. In der Produktionswirtschaft ist die Zahl der in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung beschäftigten Einpendler mit mehr als 10 000 verhältnismäßig groß. Das Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe folgt mit nahezu der gleichen Zahl dicht auf. An dritter Stelle ist schließlich das verarbeitende Gewerbe zu nennen, in dem die Zahl der Auswärtigen nur unwesentlich über der für das Verkehrswesen ermittelten Zahl liegt (vgl. Übersicht 3). Für die Auspendler aus Hamburg finden sich die entsprechenden Angaben in der Übersicht 4.

Auf Grund der Gliederung der Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen darf man annehmen, daß sich bei den Pendlerzahlen im Laufe des Jahres Saisonschwankungen von etwa 10 bis 15 vH des Höchststandes ergeben. Hierfür spricht der verhältnismäßig hohe Anteil der im witterungsabhängigen Baugewerbe beschäftigten Arbeitnehmer. In diesem Zusammenhang ist zu bedauern, daß keine vierteljährlichen Auszählungen über die Pendelwanderung vorliegen. Sie ließen sich aus den Beschäftigtenkarteien ohne große Mühe erstellen, zumal bei dem bisherigen Verfahren ohnehin eine vierteljährliche Auszählung der Kartei — wenn auch ohne Berücksichtigung des Arbeitsorts — erfolgte. Diese Lücke macht sich bei Untersuchungen, die auf die Beschäftigung im Hamburger Gebiet abstellen, unangenehm bemerkbar und erschwert die laufende Wirtschaftsbeobachtung ungemessen. Für die Randgemeinden ist dies insofern nachteilig, als dort aus den Zugängen an Arbeitslosen nicht geschlossen werden kann, ob die betreffenden Personen in Hamburg, im eigenen Gebiet der Arbeitsamthaupt- oder -nebenstelle oder in anderen Gebieten Schleswig-Holsteins oder Niedersachsens aus der Beschäftigung ausschieden und damit evtl. Beschäftigungsschwankungen der Hamburger Wirtschaft auf die Heimatgemeinden der Pendler verlagert werden.

Zählt man zu den in Hamburg wohnenden und als beschäftigt nachgewiesenen Arbeitnehmern die Einpendler hinzu und setzt man andererseits die Auspendler ab, so ergibt sich die Gesamtbeschäftigung im Hamburger Gebiet. Sie lag im September 1954 bei 719 000 Personen und hatte damit den Stand von 1938 um mindestens 53 000, den von 1949 um 99 000 überschritten.¹⁾ Der Anteil der Auswärtigen ist seit der Vorkriegszeit von 2,4 vH auf 8,4 vH gestiegen. In einzelnen Wirtschaftsgruppen geht er jedoch beträchtlich über diesen Satz hinaus und erreicht beispielsweise im Baugewerbe nahezu 16 vH der im Hamburger Gebiet Tätigen (vgl. Übersicht 5).

¹⁾ Zur Zeit (Anfang August 1955) dürften etwa 745 000 bis 750 000 Arbeitnehmer im Gebiet der Hansestadt beschäftigt sein.

Übersicht 3 Die im Arbeitsamtsbezirk Hamburg beschäftigten, aber in einem benachbarten Arbeitsamtsbezirk wohnenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, nach Wirtschaftsabteilungen am 30. September 1953 und 30. September 1954

Wirtschaftsabteilungen	Ei n p e n d l e r i n s a m m t				d a v o n a u s										
	1953		1954		Schleswig-Holstein				Niedersachsen						
			Zu- (+) oder Abnahme (-)		1953		1954		1953		1954		Zu- (+) oder Abnahme (-)		
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	
	m ä n n l i c h														
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	413	514	+	101	+ 24,5	343	337	-	6	- 1,7	70	177	+	107	+ 152,9
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft . . .	1 018	1 010	-	8	- 0,8	857	825	-	32	- 3,7	161	185	+	24	+ 14,9
Eisen- u. Metallerzeugung u. -verarbeitung	8 665	9 309	+	644	+ 7,4	6 446	7 145	+	699	+ 10,8	2 219	2 164	-	55	- 2,5
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	5 236	5 868	+	632	+ 12,1	3 644	4 077	+	433	+ 11,9	1 592	1 791	+	199	+ 12,5
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe . . .	8 799	9 763	+	964	+ 11,0	6 729	7 457	+	728	+ 10,8	2 070	2 306	+	236	+ 11,4
Handel, Geld- u. Versicherungswesen . . .	6 772	7 087	+	315	+ 4,7	5 510	5 881	+	371	+ 6,7	1 262	1 206	-	56	- 4,4
Dienstleistungen . . .	772	835	+	63	+ 8,2	629	679	+	50	+ 7,9	143	156	+	13	+ 9,1
Verkehrswesen	7 523	8 187	+	664	+ 8,8	5 274	5 870	+	596	+ 11,3	2 249	2 317	+	68	+ 3,0
Öffentlich. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse . .	4 430	4 322	-	108	- 2,4	3 542	3 479	-	63	- 1,8	888	843	-	45	- 5,1
insgesamt	43 628	46 895	+	3 267	+ 7,5	32 974	35 750	+	2 776	+ 8,4	10 654	11 145	+	491	+ 4,6
	w e i b l i c h														
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	22	37	+	15	+ 68,2	22	32	+	10	+ 45,5	-	5	+	5	+ ∞
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft . . .	56	56	-	-	-	43	41	-	2	- 4,7	13	15	+	2	+ 15,4
Eisen- u. Metallerzeugung u. -verarbeitung	688	776	+	88	+ 12,8	606	686	+	80	+ 13,2	82	90	+	8	+ 9,8
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	3 218	3 554	+	336	+ 10,4	2 462	2 695	+	233	+ 9,5	756	859	+	103	+ 13,6
Bau- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe . . .	115	130	+	15	+ 13,0	95	100	+	5	+ 5,3	20	30	+	10	+ 50,0
Handel, Geld- u. Versicherungswesen . . .	4 647	5 302	+	655	+ 14,1	3 899	4 349	+	450	+ 11,5	748	953	+	205	+ 27,4
Dienstleistungen . . .	1 308	1 501	+	193	+ 14,8	1 117	1 227	+	110	+ 9,8	191	274	+	83	+ 43,5
Verkehrswesen	554	631	+	77	+ 13,9	467	544	+	77	+ 16,5	87	87	-	-	-
Öffentlich. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse . .	1 493	1 584	+	91	+ 6,1	1 219	1 303	+	84	+ 6,9	274	281	+	7	+ 2,6
insgesamt	12 101	13 571	+	1 470	+ 12,1	9 930	10 977	+	1 047	+ 10,5	2 171	2 594	+	423	+ 19,5
	z u s a m m e n														
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	435	551	+	116	+ 26,7	365	369	+	4	+ 1,1	70	182	+	112	+ 160,0
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft . . .	1 074	1 066	-	8	- 0,7	900	866	-	34	- 3,8	174	200	+	26	+ 14,9
Eisen- u. Metallerzeugung u. -verarbeitung	9 353	10 085	+	732	+ 7,8	7 052	7 831	+	779	+ 11,0	2 301	2 254	-	47	- 2,0
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	8 454	9 422	+	968	+ 11,5	6 106	6 772	+	666	+ 10,9	2 348	2 650	+	302	+ 12,9
Bau- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe . . .	8 914	9 893	+	979	+ 11,0	6 824	7 557	+	733	+ 10,7	2 090	2 336	+	246	+ 11,8
Handel, Geld- u. Versicherungswesen . . .	11 419	12 389	+	970	+ 8,5	9 409	10 230	+	821	+ 8,7	2 010	2 159	+	149	+ 7,4
Dienstleistungen . . .	2 080	2 336	+	256	+ 12,3	1 746	1 906	+	160	+ 9,2	334	430	+	96	+ 28,7
Verkehrswesen	8 077	8 818	+	741	+ 9,2	5 741	6 414	+	673	+ 11,7	2 336	2 404	+	68	+ 2,9
Öffentlich. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse . .	5 923	5 906	-	17	- 0,3	4 761	4 782	+	21	+ 0,4	1 162	1 124	-	38	- 3,3
insgesamt	55 729	60 466	+	4 737	+ 8,5	42 904	46 727	+	3 823	+ 8,9	12 825	13 739	+	914	+ 7,1

Quelle: Landesarbeitsamt Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen

Übersicht 4 In Hamburg wohnende, aber außerhalb Hamburgs beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Wirtschaftsabteilungen am 30. September 1953 und 30. September 1954

Wirtschaftsabteilungen	Auspendler insgesamt				davon nach										
	1953	1954	Zu- (+) oder Abnahme (-)		Schleswig-Holstein				Niedersachsen						
			Anzahl	vH	1953	1954	Zu- (+) oder Abnahme (-)		1953	1954	Zu- (+) oder Abnahme (-)				
			Anzahl	vH			Anzahl	vH							
	männlich														
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	43	37	-	6	-14,0	36	26	-	10	-27,8	7	11	+	4	+ 57,1
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	13	16	+	3	+ 23,1	10	9	-	1	-10,0	3	7	+	4	+ 133,3
Eisen- u. Metallerzeugung u. -verarbeitung	149	152	+	3	+ 2,0	128	121	-	7	- 5,5	21	31	+	10	+ 47,6
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	183	186	+	3	+ 1,6	151	149	-	2	- 1,3	32	37	+	5	+ 15,6
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	104	111	+	7	+ 6,7	79	86	+	7	+ 8,9	25	25	-	-	-
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	97	95	-	2	- 2,1	77	73	-	4	- 5,2	20	22	+	2	+ 10,0
Dienstleistungen	58	66	+	8	+ 13,8	44	51	+	7	+ 15,9	14	15	+	1	+ 7,1
Verkehrswesen	42	55	+	13	+ 31,0	27	44	+	17	+ 63,0	15	11	-	4	- 26,7
Öffentlich. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	176	126	-	50	-28,4	124	84	-	40	-32,3	52	42	-	10	- 19,2
insgesamt	865	844	-	21	- 2,4	676	643	-	33	- 4,9	189	201	+	12	+ 6,3
	weiblich														
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	39	44	+	5	+ 12,8	37	44	+	7	+ 18,9	2	-	-	2	-100,0
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	7	11	+	4	+ 57,1	7	11	+	4	+ 57,1	-	-	-	-	-
Eisen- u. Metallerzeugung u. -verarbeitung	20	25	+	5	+ 25,0	19	24	+	5	+ 26,3	1	1	-	-	-
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	70	133	+	63	+ 90,0	61	128	+	67	+109,8	9	5	-	4	- 44,4
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	2	6	+	4	+200,0	2	6	+	4	+200,0	-	-	-	-	-
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	68	54	-	14	-20,6	61	47	-	14	-23,0	7	7	-	-	-
Dienstleistungen	36	45	+	9	+ 25,0	32	40	+	8	+ 25,0	4	5	+	1	+ 25,0
Verkehrswesen	6	2	-	4	-66,7	2	2	-	-	-	4	-	-	4	-100,0
Öffentlich. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	133	92	-	41	-30,8	120	78	-	42	-35,0	13	14	+	1	+ 7,7
insgesamt	381	412	+	31	+ 8,1	341	380	+	39	+ 11,4	40	32	-	8	- 20,0
	zusammen														
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	82	81	-	1	- 1,2	73	70	-	3	- 4,1	9	11	+	2	+ 22,2
Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	20	27	+	7	+ 35,0	17	20	+	3	+ 17,6	3	7	+	4	+ 133,3
Eisen- u. Metallerzeugung u. -verarbeitung	169	177	+	8	+ 4,7	147	145	-	2	- 1,4	22	32	+	10	+ 45,5
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	253	319	+	66	+ 26,1	212	277	+	65	+ 30,7	41	42	+	1	+ 2,4
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	106	117	+	11	+ 10,4	81	92	+	11	+ 13,6	25	25	-	-	-
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	165	149	-	16	- 9,7	138	120	-	18	-13,0	27	29	+	2	+ 7,4
Dienstleistungen	94	111	+	17	+ 18,1	76	91	+	15	+ 19,7	18	20	+	2	+ 11,1
Verkehrswesen	48	57	+	9	+ 18,8	29	46	+	17	+ 58,6	19	11	-	8	- 42,1
Öffentlich. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	309	218	-	91	-29,4	244	162	-	82	-33,6	65	56	-	9	- 13,8
insgesamt	1 246	1 256	+	10	+ 0,8	1 017	1 023	+	6	+ 0,6	229	233	+	4	+ 1,7

Zusammengestellt aus Unterlagen des Landesarbeitsamts Hamburg

Übersicht 5.

Im Hamburger Gebiet beschäftigte Einheimische und Auswärtige

(Stand: 30. September)

Wirtschaftsabteilungen	1 9 5 3						1 9 5 4						Zu- (+) oder Abnahme (-) gegenüber 1953			
	überhaupt			davon			überhaupt			davon			überhaupt		und zwar	
	Einheimische Anzahl	Auswärtige vH		Einheimische Anzahl	Auswärtige vH		Einheimische Anzahl	Auswärtige vH		Einheimische Anzahl	Auswärtige vH		Einheimische Anzahl	Auswärtige vH	Einheimische Anzahl	Auswärtige vH
Landwirtschaft u. Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	10 190	9 755	95,7	435	4,3	10 739	10 188	94,9	551	5,1	549	433	4,4	116	26,7	
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	12 522	11 448	91,4	1 074	8,6	12 121	11 055	91,2	1 066	8,8	401	393	-3,4	8	-0,7	
Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	100 869	91 516	90,7	9 353	9,3	106 295	96 210	90,5	10 085	9,5	5 426	4 694	5,1	732	7,8	
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	122 686	114 232	93,1	8 454	6,9	125 163	115 741	92,5	9 422	7,5	2 477	1 509	1,3	968	11,5	
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	60 641	51 727	85,3	8 914	14,7	62 873	52 980	84,3	9 893	15,7	2 232	1 253	2,4	979	11,0	
Handel, Geld- und Versicherungswesen	143 726	132 307	92,1	11 419	7,9	153 315	140 926	91,9	12 389	8,1	9 589	8 619	6,5	970	8,5	
Dienstleistungen	57 044	54 964	96,4	2 080	3,6	60 739	58 403	96,2	2 336	3,8	3 695	3 439	6,3	256	12,3	
Verkehrswesen	82 891	74 814	90,3	8 077	9,7	86 338	77 520	89,8	8 818	10,2	3 447	2 706	3,6	741	9,2	
Öffentl. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	103 059	97 136	94,3	5 923	5,7	101 522	95 616	94,2	5 906	5,8	1 537	1 520	-1,6	17	-0,3	
insgesamt	693 628	637 899	92,0	55 729	8,0	719 105	658 639	91,6	60 466	8,4	25 477	20 740	3,3	4 737	8,5	

Zusammengestellt aus Unterlagen der Landesarbeitsämter Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Beschäftigung im Hamburger Gebiet

Monate Jahre	beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	davon			
		Einheimische		Auswärtige	
		überhaupt	vH	überhaupt	vH
Juni 1938	666 000	650 000	97,6	16 000	2,4
Juni 1949	620 122	579 355	93,4	40 767	6,6
Sept. 1950	640 174	591 754	92,4	48 420	7,6
Sept. 1951	657 579	605 456	92,1	52 123	7,9
Sept. 1952	668 873	616 537	92,2	52 336	7,8
Sept. 1953	693 628	637 899	92,0	55 729	8,0
Sept. 1954	719 105	658 639	91,6	60 466	8,4

Soweit ein allgemeiner Überblick. Wegen der Einzelheiten sei auf die vorstehenden Übersichten verwiesen.

II. Gründe der Pendelwanderung

Die langsame aber stetige Zunahme der Beschäftigung auswärtiger Arbeitnehmer in der Hamburger Wirtschaft geht auf eine ganze Reihe von Ursachen zurück, deren Bedeutung im Laufe der Jahre gewechselt hat.

Entscheidend wirkte sich in den ersten Jahren nach der Währungsreform die Zunahme der Siedlungsdichte im Raum um Hamburg aus. Die

Wohnbevölkerung der 10 im Einflußgebiet des Hamburger Arbeitsmarktes liegenden Kreise Schleswig-Holsteins und Niedersachsens stieg von 1939 bis 1950 von 671 000 auf rd. 1 235 000; zwar ist die Entwicklung nicht zuletzt infolge der organisierten Umsiedlung rückläufig, aber zu Beginn des Jahres 1954 mußte man immer noch mit 1 131 000 Einwohnern rechnen. Dies waren 460 000 oder 68,6 vH mehr als 1939. Die stärksten Zunahmen waren in Schleswig-Holstein zu verzeichnen, wo beispielsweise der Kreis Stormarn seine Einwohnerzahl verdoppelte.

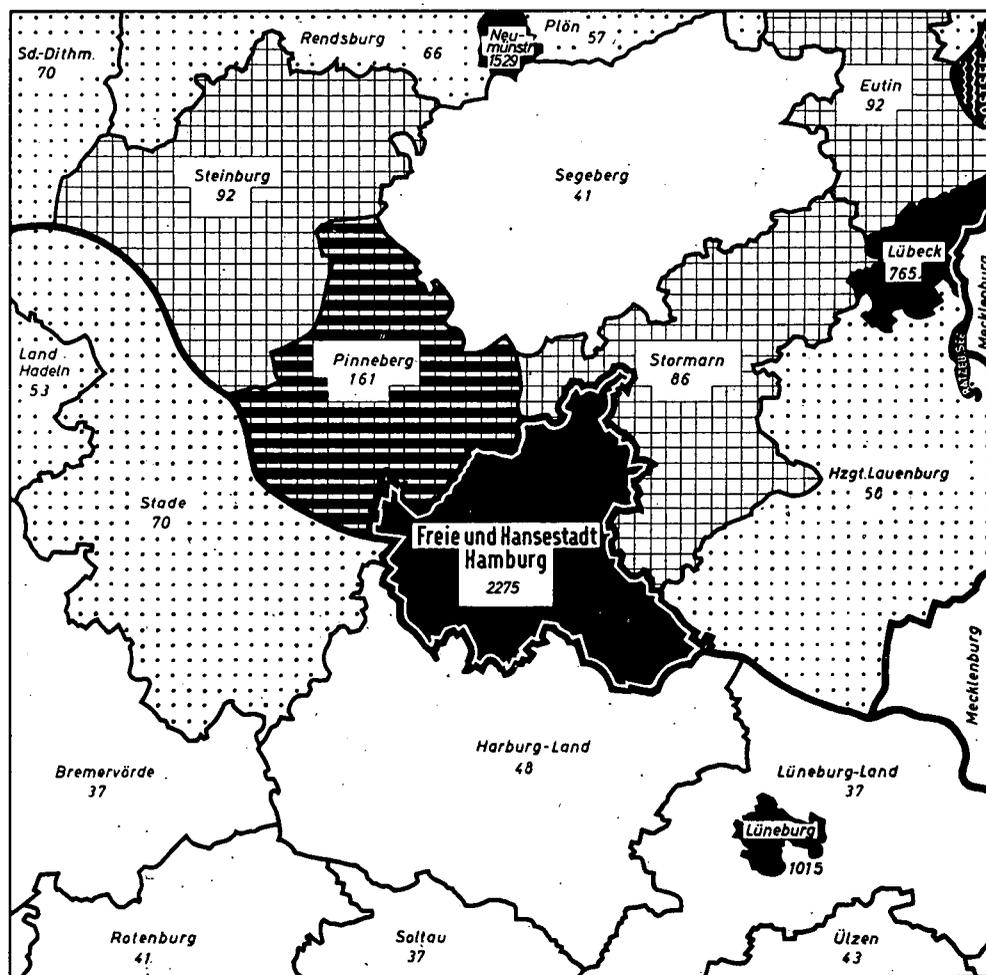
Hamburg hatte dagegen bei einem Vergleich der Stichtagszahlen der Vorkriegszeit und des Jahresendes 1953 nur eine geringe Zunahme seiner Einwohnerzahl zu verzeichnen. Ende 1953 gab es 1 723 000 Hamburger gegenüber 1 698 000 am 17. 5. 1939. Zur Zeit hat Hamburg 1 761 000 Einwohner¹⁾. Allerdings kommt bei dieser Gegenüberstellung nicht zum Ausdruck, daß die Zahlen eher die weit fortgeschrittene Wiederbesiedlung der vom Bombenkrieg schwer heimgesuchten Stadt als eine kontinuierliche Entwicklung widerspiegeln. Man darf nicht vergessen, daß 1943 noch nicht einmal 1 100 000 Einwohner gezählt wurden und daß nach

¹⁾ Stand 31. 5. 1955.

Karte 1

Die Siedlungsdichte in Hamburg und den angrenzenden Kreisen

17. 5. 1939



Erläuterungen siehe Karte 2

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

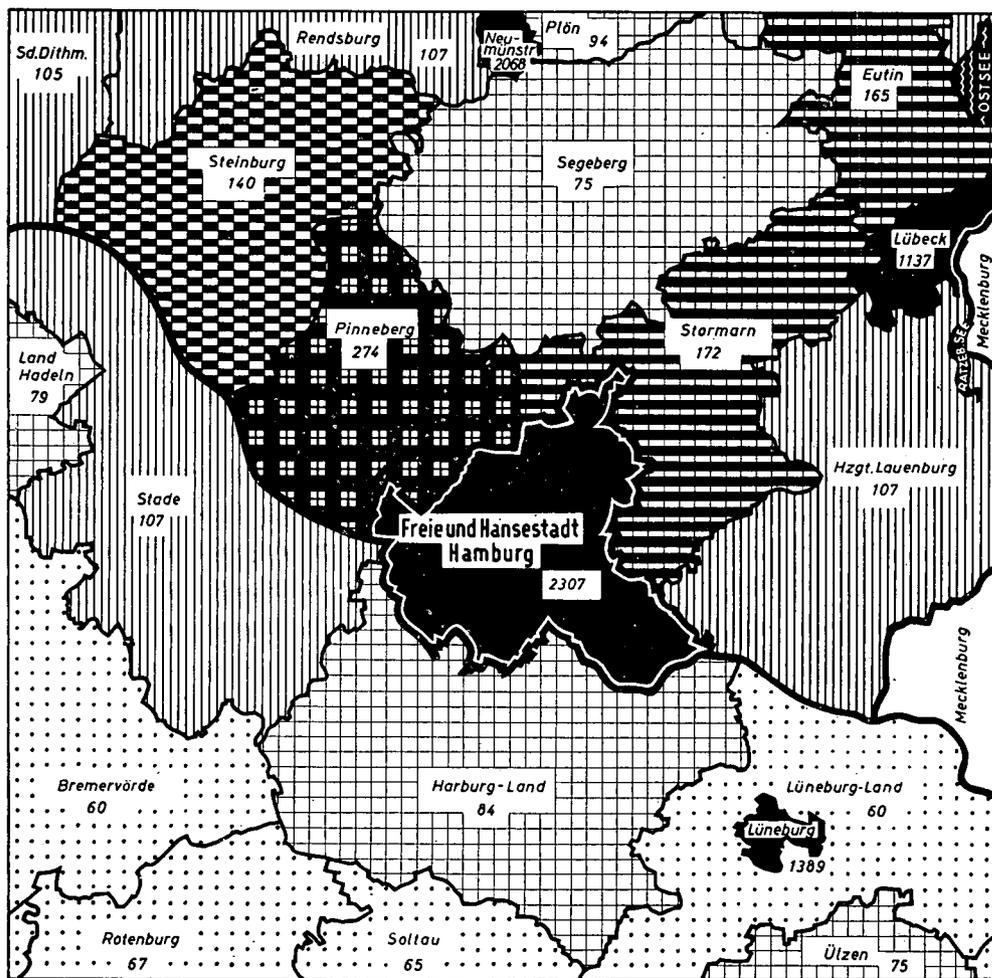
Siedlungsdichte im Raum um Hamburg

Kreise	Wohnbevölkerung			Zu- (+) oder Abnahme (-) gegenüber			
	17. 5. 1939	13. 9. 1950	31. 12. 1953	1939		1950	
				Anzahl	vH	Anzahl	vH
Pinneberg	111 413	199 853	190 165	+ 78 752	+ 70,7	- 9 688	- 4,8
Steinburg	86 141	156 045	131 240	+ 45 099	+ 52,4	- 24 805	- 15,9
Stormarn	67 889	146 431	136 040	+ 68 151	+ 100,4	- 10 391	- 7,1
Segeberg	53 736	111 312	96 994	+ 43 258	+ 80,5	- 14 318	- 12,9
Lauenburg	72 810	150 218	135 372	+ 62 562	+ 85,9	- 14 846	- 9,9
5 Kreise Schleswig-Holsteins	391 989	763 859	689 811	+ 297 822	+ 76,0	- 74 048	- 9,7
Harburg-Land	65 341	120 270	113 276	+ 47 935	+ 73,4	- 6 994	- 5,8
Lüneburg-Stadt	42 043	58 139	57 955	+ 15 912	+ 37,8	- 184	- 0,3
Lüneburg-Land	36 899	65 356	60 119	+ 23 220	+ 62,9	- 5 237	- 8,0
Stade	88 494	145 954	135 465	+ 46 971	+ 53,1	- 10 489	- 7,2
Bremervörde	46 272	81 127	74 024	+ 27 752	+ 60,0	- 7 103	- 8,8
5 Kreise Niedersachsens	279 049	470 846	440 839	+ 161 790	+ 58,0	- 30 007	- 6,4

Karte 2

Die Siedlungsdichte in Hamburg und den angrenzenden Kreisen

31. 12. 1953



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

der Kapitulation nur noch 1 370 000 Personen in Hamburg wohnten. Einige Hunderttausend waren in weniger bombengefährdete bzw. zerstörte Gebiete außerhalb der Stadt ausgewichen oder umgesiedelt.

Die Zunahme der Siedlungsdichte in den Hamburg benachbarten Kreisen Schleswig - Holsteins und Niedersachsens geht im wesentlichen auf den Flüchtlingseinstrom, in geringerem Maße aber auf die Ansiedlung eines Teils der ausgebombten Hamburger Wohnbevölkerung zurück.

Nach 1945 erhöhte die Zuwanderung der Flüchtlinge in die Gemeinden Schleswig - Holsteins und Niedersachsens das dortige Arbeitspotential weit über die Aufnahmefähigkeit dieser Gebiete hinaus. Zudem entsprach der Bevölkerungszuwachs in seiner beruflichen Gliederung nur zum Teil der Wirtschaftsstruktur der beiden Länder, insbesondere der an Hamburg angrenzenden Gemeinden. Als mit der Währungsreform der Geldschleier fiel, der die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse verborgen hatte, mußte sich schlagartig die Anziehungskraft des Hamburger Arbeitsmarktes zunächst auf jene Kräfte erhöhen, die in den Randgemeinden beruflich nicht unterzubringen waren.

Der Flüchtlingsstrom traf in den angrenzenden Kreisen Schleswig - Holsteins und Niedersachsens bereits auf eine gegenüber 1938 durch die Unterbringung evakuierter und ausgebombter Hamburger erhöhte Siedlungsdichte. Zweifellos hat auch das Ausweichen eines beträchtlichen Teils der Hamburger Wohnbevölkerung in die engere Umgebung der Stadt während des Krieges zu einer Verstärkung der Pendelwanderung beigetragen, denn häufig wurden — wie bereits angedeutet — die Hamburger Arbeitsplätze beibehalten. Man sollte dies jedoch gegenwärtig — mehr als 10 Jahre nach der Kapitulation — in seinen Auswirkungen nicht überschätzen, denn seit 1949 hat sich die Zahl der Einpendler um nahezu 20 000 erhöht. Auch dort, wo eine Übersiedlungsmöglichkeit nach Hamburg gegeben ist, zieht man es häufig vor, in den außerhamburgischen Randgemeinden wohnen zu bleiben und nimmt den täglichen Weg zur Arbeitsstätte in Kauf, zumal er häufig auch nicht länger, nicht schwieriger und nicht kostspieliger ist als im innerstädtischen Hamburger Verkehr.

Die Umsiedlung der letzten Jahre, bei der auch Hamburg rd. 25 000 Flüchtlinge und Butenhamburger aufzunehmen hatte¹⁾, sowie die Abwanderung aus Schleswig-Holstein und aus den Randgebieten Niedersachsens sind auf die Pendelwanderung ohne Einfluß geblieben. In den 10 Kreisen des Hamburger Randgebietes ging zwar die Einwohnerzahl seit 1950 um rd. 104 000 Personen zurück, aber die Pendelwanderung nach Hamburg nahm gleichzeitig um 12 000 Personen zu²⁾. Dies deutet darauf hin, daß diejenigen, die einen Arbeitsplatz in Hamburg gefunden hatten, nicht ohne weiteres bereit waren, das ungewisse Schicksal einer Umsiedlung auf sich zu nehmen und daß mit der Zeit weitere Gründe für die Bevorzugung der Hamburger Arbeitsplätze sprachen.

So machte sich das im Vergleich zur Umgebung höhere Hamburger Lohnniveau immer

stärker bemerkbar. Die Unterschiede, die sich hier ergeben, überwiegen in einigen Fällen die Mehraufwendungen für das Fahrgeld erheblich.

Die Übersicht 6 gibt einige Anhaltspunkte. So lagen im August 1954 die effektiven Stundenlöhne z. B. im Baugewerbe (rd. 9900 Einpendler) nach der amtlichen Statistik bei den Facharbeitern um 22 vH über den schleswig - holsteinischen und um rd. 25 vH über den niedersächsischen Löhnen. Gewiß, die Verhältnisse sind von Branche zu Branche verschieden, und mancher Unternehmer im Randgebiet der Stadt zahlt stillschweigend nach Hamburger Tarif, um die Abwanderung von Fachkräften zu verhüten. Aber wer sich mit dem Gedanken trägt, ob er in seiner Heimatgemeinde oder in Hamburg arbeitet, wird die Lohnunterschiede durchaus in seine Überlegungen einbeziehen.

In einer ganzen Reihe von Berufen geht zudem das höhere Hamburger Lohnniveau mit Knappheitserscheinungen am Hamburger Arbeitsmarkt einher. Qualifizierte Facharbeiter bestimmter Berufe haben heute keine Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz in Hamburg zu finden. Wenn man bedenkt, daß es im September 1954, also zum Zeitpunkt der höchsten Beschäftigung, unter der Hamburger Wohnbevölkerung nur 68 arbeitslose Maurer gab, dann wird deutlich, daß die Hamburger Wirtschaft in mehreren Sektoren trotz verhältnismäßig hoher statistischer Arbeitslosigkeit unter der Hamburger Wohnbevölkerung auf auswärtige Arbeitnehmer angewiesen ist.

Der Entschluß, in Hamburg zu arbeiten, aber außerhalb zu wohnen, wird durch die gute Verkehrserschließung der benachbarten Gemeinden³⁾, die in den letzten Jahren ständig verbessert worden ist und vor allem durch den ausgedehnten Flächenverkehr der Omnibuslinien erleichtert. Die Fahrgelder, die aufgewendet werden müssen, sind häufig auch nicht höher als das, was der Hamburger für seinen täglichen Weg zur Arbeitsstätte ausgeben muß. Auch der Zeitaufwand hält sich für viele Pendler in durchaus erträglichen Grenzen. Zum Teil liegen die Dinge hier auch nicht anders als bei den „Binnenpendlern“ innerhalb Hamburgs. Bei zahlreichen Untersuchungen des Problems ist immer wieder vergessen worden, daß gerade in der Großstadt die Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte die Normalerscheinung ist und das „Pendeln“ heute für den Großstädter zu den Selbstverständlichkeiten zählt.

¹⁾ Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein nennt für die Zeit vom 1. 4. 1949 bis zum 31. 12. 1954 21 253 Umsiedler aus ganz Schleswig-Holstein nach Hamburg gegenüber einem Umsiedlungssoll von 35 700 Personen. Vgl. Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Juli 1955, Seite 263.

Die Zahl von 25 000 dürfte etwa das Mitte 1955 erreichte Umsiedlungsergebnis wiedergeben. —

²⁾ Selbstverständlich war die Abwanderung innerhalb der Kreise von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Die an Hamburg angrenzenden Gemeinden wurden z. T. geringer berührt als die entfernteren liegenden. Solange jedoch Pendlerzahlen nur für Arbeitsamtsnebenstellen — für mehrere Gemeinden also — vorliegen, muß die Darstellung auf die wünschenswerte zonenweise Abstufung innerhalb der Kreise verzichten.

³⁾ Einige Unterlagen nach dem Stande 1950 finden sich in „Der Nahverkehr in Hamburg“, Hamburg in Zahlen, Jg. 1952, Heft Nr. 1.

Übersicht 6

**Effektive durchschnittliche Stundenlöhne¹⁾ der Industriearbeiter
in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen
im August 1954**

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Hamburg	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Hamburg gegenüber . . . in vH	
				Schlesw.-Holstein	Niedersachsen
	Pf.	Pf.	Pf.	vH	vH
Steine und Erden					
männl. Facharbeiter	208,2	181,8	188,3	+ 14,5	+ 10,6
männl. angelernte Arbeiter	181,5	171,3	178,1	+ 6,0	+ 1,9
männl. Hilfsarbeiter	172,6	158,0	158,6	+ 9,2	+ 8,8
alle männl. Arbeiter	186,1	168,5	173,0	+ 10,4	+ 7,6
Baugewerbe einschl. Baunebengewerbe					
männl. Facharbeiter	240,7	197,5	191,9	+ 21,9	+ 25,4
männl. angelernte Arbeiter	218,5	174,1	165,7	+ 25,5	+ 31,9
männl. Hilfsarbeiter	191,9	164,3	159,3	+ 16,8	+ 20,5
alle männl. Arbeiter	226,9	182,4	175,4	+ 24,4	+ 29,4
Metallverarbeitende Industrie					
männl. Facharbeiter	202,8	187,0	201,9	+ 8,4	+ 0,4
männl. angelernte Arbeiter	183,4	172,8	193,9	+ 6,1	— 5,4
männl. Hilfsarbeiter	157,0	146,3	165,5	+ 7,3	— 5,1
alle männl. Arbeiter	193,9	180,7	195,9	+ 7,3	— 1,0
weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	146,5	128,0	139,1	+ 14,5	+ 5,3
weibl. Hilfsarbeiter	133,2	118,2	116,6	+ 12,7	+ 14,2
alle weibl. Arbeiter	136,6	121,5	132,1	+ 12,4	+ 3,4
alle Arbeiter	189,1	173,7	174,4	+ 8,9	+ 8,4
darunter:					
Stahlbau					
männl. Facharbeiter	208,4	185,9	190,7	+ 12,1	+ 9,3
männl. angelernte Arbeiter	179,5	172,5	179,4	+ 4,1	+ 0,1
männl. Hilfsarbeiter	166,6	152,3	141,2	+ 9,4	+ 18,0
alle männl. Arbeiter	198,8	178,9	183,8	+ 11,1	+ 8,2
Maschinenbau					
männl. Facharbeiter	205,6	184,6	182,6	+ 11,4	+ 12,6
männl. angelernte Arbeiter	187,0	174,0	169,5	+ 7,5	+ 10,3
männl. Hilfsarbeiter	158,1	146,9	138,8	+ 7,6	+ 13,9
alle männl. Arbeiter	196,6	178,7	176,8	+ 10,0	+ 11,2
weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	(133,3)		116,7		+ 14,2
weibl. Hilfsarbeiter	121,2		(101,6)		+ 19,3
alle weibl. Arbeiter	122,5		116,7		+ 5,0
alle Arbeiter	195,6	178,7	162,1	+ 9,5	+ 20,7
Schiffbau					
männl. Facharbeiter	201,8	187,5	192,5	+ 7,6	+ 4,8
männl. angelernte Arbeiter	179,7	171,8	172,5	+ 4,6	+ 4,2
männl. Hilfsarbeiter	153,8	146,4	146,9	+ 5,1	+ 4,7
alle männl. Arbeiter	191,9	181,4	183,3	+ 5,8	+ 4,7
Straßen- u. Luftfahrzeugbau					
männl. Facharbeiter	210,4	168,0	217,1	+ 25,2	— 3,1
männl. angelernte Arbeiter	215,2	(163,8)	205,3	+ (31,4)	+ 4,8
männl. Hilfsarbeiter	185,4	(127,3)	188,7	+ (45,6)	— 1,7
alle männl. Arbeiter	206,7	164,2	210,2	+ 25,9	— 1,7
Elektrotechnische Industrie					
männl. Facharbeiter	197,7	194,6	169,5	+ 1,6	+ 16,6
männl. angelernte Arbeiter	183,7	178,2	166,1	+ 3,1	+ 10,6
männl. Hilfsarbeiter	148,1	149,6	124,7	— 1,0	+ 18,8
alle männl. Arbeiter	191,9	186,2	164,6	+ 3,1	+ 16,6
weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	147,2	131,7	127,1	+ 11,8	+ 15,8
weibl. Hilfsarbeiter	134,7	125,4	102,6	+ 7,4	+ 31,3
alle weibl. Arbeiter	139,3	127,1	117,6	+ 9,6	+ 18,5
alle Arbeiter	175,9	164,0	155,5	+ 7,3	+ 13,1

¹⁾ Eingeklammerte Zahlen: Durchschnitt von weniger als 20 erfaßten Arbeitern.

Noch: Übersicht 6

Gewerbe- und Leistungsgruppen	Hamburg	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Hamburg gegenüber . . . in vH	
				Schlesw.-Holstein	Niedersachsen
	Pf.	Pf.	Pf.	vH.	vH.
Feinmechanische und optische Industrie					
männl. Facharbeiter	193,4	189,3	191,0	+ 2,2	+ 1,3
männl. angelernte Arbeiter	176,5	169,9	166,1	+ 3,9	+ 6,3
männl. Hilfsarbeiter	150,7	137,4	132,9	+ 9,7	+ 13,4
alle männl. Arbeiter	188,4	177,9	180,0	+ 5,9	+ 4,7
weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	140,4	127,0	128,2	+ 10,6	+ 9,5
weibl. Hilfsarbeiter	120,1	90,2	122,4	+ 33,1	— 1,9
alle weibl. Arbeiter	125,4	106,9	124,6	+ 17,3	+ 0,6
alle Arbeiter	170,9	150,9	166,2	+ 13,3	+ 2,8
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenherstellung					
männl. Facharbeiter	201,2	178,9	184,8	+ 12,5	+ 8,9
männl. angelernte Arbeiter	196,3	179,3	174,1	+ 9,5	+ 12,8
männl. Hilfsarbeiter	151,8	144,5	151,2	+ 5,1	+ 0,4
alle männl. Arbeiter	189,4	173,4	174,5	+ 9,2	+ 8,5
weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	149,1	122,4	126,9	+ 21,8	+ 17,5
weibl. Hilfsarbeiter	135,4	117,0	108,6	+ 15,7	+ 24,7
alle weibl. Arbeiter	136,5	119,1	114,0	+ 14,6	+ 19,7
alle Arbeiter	163,0	149,4	157,2	+ 9,1	+ 3,7
Chemische Industrie (m. Kautschuk- und Mineralöl-Industrie)					
männl. Facharbeiter	225,4	175,4	204,9	+ 28,5	+ 10,0
männl. angelernte Arbeiter	200,0	165,9	193,3	+ 20,6	+ 3,5
männl. Hilfsarbeiter	171,6	149,0	194,8	+ 15,2	— 11,9
alle männl. Arbeiter	206,1	163,4	197,2	+ 26,1	+ 4,5
weibl. Fach- u. angel. Arbeiter	146,5	110,0	123,3	+ 33,2	+ 18,8
weibl. Hilfsarbeiter	125,0	96,0	138,0	+ 30,2	— 9,4
alle weibl. Arbeiter	133,8	107,3	133,7	+ 24,7	+ 0,1
alle Arbeiter	182,0	143,0	179,7	+ 27,3	+ 1,3

III. Pendelwanderung und Arbeitsmarkt

In welchem Maße die angrenzenden Gemeinden mit dem Hamburger Arbeitsmarkt verflochten sind, geht aus der Übersicht 7 sowie aus den beigefügten Karten hervor. Die Übersicht 7 weist aus, wie hoch der Anteil der Pendler an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer in den angrenzenden Arbeitsamtsnebenstellen ist. So sind beispielsweise von den in Garstedt und Harksheide wohnenden Arbeitnehmern 61 bzw. 63 vH in Hamburg beschäftigt, und für die Nebenstellen Glinde und Ahrensburg liegen die Anteile bei 58 bzw. 52 vH.

Karte 3 stellt das tatsächliche Gefälle der Arbeitslosigkeit um Hamburg im September 1954 dar und läßt erkennen, daß sich unter dem Einfluß der Pendelwanderung ein Kranz von Arbeitsamtsnebenstellen um Hamburg zieht, in denen die relative Arbeitslosigkeit (Arbeitslose in vH der Arbeitnehmer) geringer ist als in der Hansestadt selbst. Diese Feststellung konnte bereits für 1953 getroffen werden¹⁾. Gegenüber einer ganzen Reihe von Arbeitsamtshaupt- bzw. -nebenstellen hat sich bis zum September 1954 das Gefälle beträchtlich erhöht, weil dort ein sehr viel stärkerer Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen war als in Hamburg selbst. Während in Hamburg die Arbeitslosenquote vom September 1953 bis zum September 1954 von 10,9 auf 9,9 sank, ging sie z. B. im Gesamtgebiet des Arbeitsamtsbezirks Elmshorn von 8,8 auf 6,7 vH zurück. In einigen Nebenstellen — den kleinsten noch nachweisbaren Gebietseinheiten der Arbeitsmarktstatistik — wurden im September 1954

Arbeitslosenquoten erreicht, bei denen mangemeinlich von Vollbeschäftigung der dort wohnenden Arbeitnehmer zu sprechen pflegt. Dies galt für die Nebenstellen Glückstadt, Wedel, Harksheide und Winsen.

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit in den Randgebieten ist nur zu einem Teil auf eine Beschäftigungsausweitung in den betreffenden Arbeitsamtsbezirken selbst zurückzuführen. Die gegenüber 1953 gestiegene Beschäftigung dort wohnender Arbeitnehmer in Hamburg — mit anderen Worten die Zunahme der Pendelwanderung nach der Hansestadt — hat an der Verringerung der Arbeitslosigkeit dieser Gebiete wesentlichen Anteil. In den 4 Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins, die hier untersucht werden, ging vom September 1953 bis zum September 1954 die Arbeitslosigkeit um 8869 Personen zurück; die Pendelwanderung nach Hamburg stieg um 3823 Personen, die Beschäftigung in den Betrieben der 4 Arbeitsamtsbezirke sowie die Beschäftigung dort wohnender Personen in anderen Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins nahm um 11 140 Personen zu. Übersetzt man dies in Relativzahlen, so tritt deutlich die überdurchschnittliche Zunahme der Beschäftigung dort wohnender Arbeitnehmer in Hamburg hervor. Sie machte 8,9 vH aus gegenüber einer Zuwachsrate von 3,5 vH bei den nicht in Hamburg Beschäftigten.

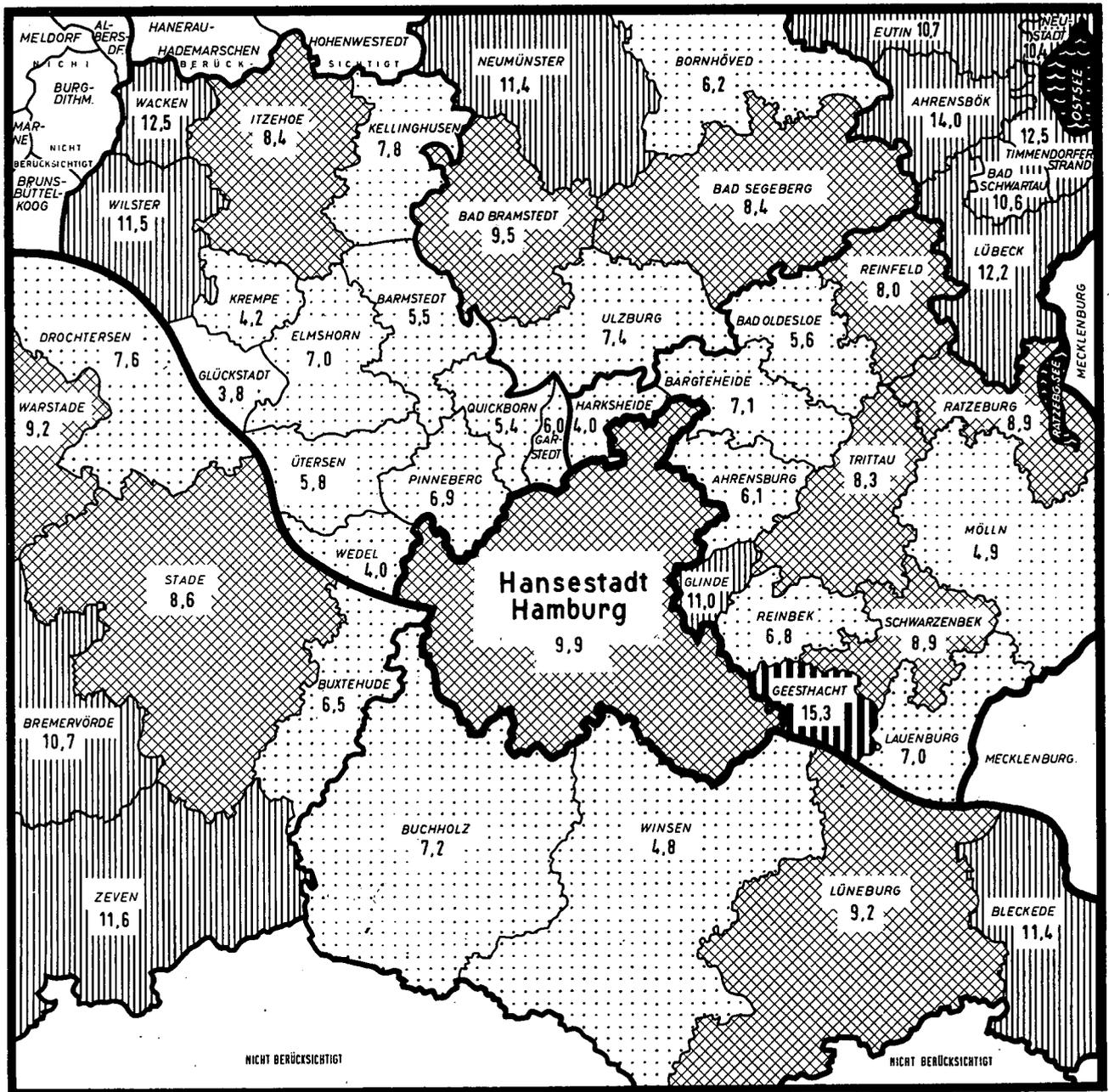
¹⁾ Sonderheft der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Hamburger Gebiet vom 28. Juni 1954, Seite 16 ff.

Übersicht 7 **Arbeitnehmer, Beschäftigte und Pendler nach Hamburg**
in den benachbarten Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins und Niedersachsens
(Stand: 30. September 1954)

Arbeitsamtsbezirke Hauptamtsbezirke Nebenstellenbezirke	Arbeitnehmer	darunter Beschäftigte		Auspender nach Hamburg in vH der Arbeitnehmer	
		Anzahl	davon Auspender nach Hamburg Anzahl vH		
4 Arbeitsamtsbezirke					
Schleswig - Holsteins	415 965	377 739	46 727	12,4	11,2
davon:					
Arbeitsamtsbezirk Bad Oldesloe	92 617	85 342	24 674	28,9	26,6
davon:					
Hauptamt Bad Oldesloe	7 554	7 131	598	8,4	7,9
Nebenstelle Ahrensburg	12 522	11 756	6 557	55,8	52,4
Nebenstelle Bargtheide	5 175	4 805	1 561	32,5	30,0
Nebenstelle Geesthacht	8 799	7 457	2 639	35,4	30,2
Nebenstelle Glinde	5 879	5 233	3 441	65,8	58,5
Nebenstelle Harksheide	4 543	4 360	2 853	65,4	62,8
Nebenstelle Lauenburg	6 925	6 437	532	8,3	7,7
Nebenstelle Mölln	9 114	8 663	70	0,8	0,8
Nebenstelle Ratzeburg	8 285	7 549	62	0,8	0,7
Nebenstelle Reinbek	7 930	7 391	3 875	52,4	48,9
Nebenstelle Reinfeld	4 341	3 995	249	6,2	5,7
Nebenstelle Schwarzenbek	5 096	4 644	1 034	22,3	20,3
Nebenstelle Trittau	6 454	5 921	1 203	20,3	18,6
Arbeitsamtsbezirk Elmshorn	107 957	100 684	18 996	18,9	17,6
davon:					
Hauptamt Elmshorn	18 105	16 832	2 511	14,9	13,9
Nebenstelle Barmstedt	5 360	5 063	546	10,8	10,2
Nebenstelle Garstedt	4 249	3 995	2 577	64,5	60,6
Nebenstelle Glückstadt	6 203	5 967	374	6,3	6,0
Nebenstelle Itzehoe	18 889	17 295	135	0,8	0,7
Nebenstelle Kellinghusen	4 501	4 149	177	4,3	3,9
Nebenstelle Krempe	2 408	2 307	107	4,6	4,4
Nebenstelle Pinnberg	20 892	19 447	6 878	35,4	32,9
Nebenstelle Quickborn	4 478	4 235	1 583	37,4	35,4
Nebenstelle Uetersen	10 689	10 073	1 446	14,4	13,5
Nebenstelle Wacken	839	734	4	0,5	0,5
Nebenstelle Wedel	7 326	7 032	2 591	36,8	35,4
Nebenstelle Wilster	4 018	3 555	67	1,9	1,7
Arbeitsamtsbezirk Lübeck	148 199	131 182	962	0,7	0,6
davon:					
Hauptamt Lübeck	89 149	78 241	669	0,9	0,8
Nebenstelle Ahrensbök	4 324	3 717	18	0,5	0,4
Nebenstelle Bad Schwartau	7 753	6 934	42	0,6	0,5
Nebenstelle Burg auf Fehmarn	3 858	3 508	14	0,4	0,4
Nebenstelle Cismar	2 858	2 381	7	0,3	0,2
Nebenstelle Eutin	11 578	10 341	37	0,4	0,3
Nebenstelle Heiligenhafen	3 058	2 788	1	0,0	0,0
Nebenstelle Neustadt	7 743	6 940	44	0,6	0,6
Nebenstelle Oldenburg	8 683	8 119	13	0,2	0,1
Nebenstelle Timmendorfer Strand	4 307	3 768	57	1,5	1,3
Nebenstelle Travemünde	4 888	4 445	60	1,3	1,2
Arbeitsamtsbezirk Neumünster	67 192	60 531	2 095	3,5	3,1
davon:					
Hauptamt Neumünster	34 489	30 554	208	0,7	0,6
Nebenstelle Bad Bramstedt	6 471	5 858	472	8,1	7,3
Nebenstelle Bad Segeberg	10 971	10 052	154	1,5	1,4
Nebenstelle Bordesholm	3 689	3 282	13	0,4	0,4
Nebenstelle Bornhöved	5 536	5 193	19	0,4	0,3
Nebenstelle Ulzburg	6 036	5 592	1 229	22,0	20,4
2 Arbeitsamtsbezirke					
Niedersachsens	173 929	159 539	13 739	8,6	7,9
davon:					
Arbeitsamtsbezirk Lüneburg	76 906	70 901	10 625	15,0	13,8
davon:					
Hauptamt Lüneburg	33 977	30 862	553	1,8	1,6
Nebenstelle Bleckede	5 518	4 891	4	0,1	0,1
Nebenstelle Buchholz	19 789	18 373	5 453	29,7	27,6
Nebenstelle Winsen/L.	17 622	16 775	4 615	27,5	26,2
Arbeitsamtsbezirk Stade	97 023	88 638	3 114	3,5	3,2
Hauptamt Stade	25 623	23 416	829	3,5	3,2
davon:					
Nebenstelle Bremervörde	9 116	8 138	37	0,5	0,4
Nebenstelle Buxtehude	9 477	8 861	1 787	20,2	18,9
Nebenstelle Cuxhaven	19 094	17 709	6	0,0	0,0
Nebenstelle Drochtersen	6 864	6 340	325	5,1	4,7
Nebenstelle Otterndorf	10 493	9 536	—	—	—
Nebenstelle Warstade	7 273	6 607	101	1,5	1,4
Nebenstelle Zeven	9 083	8 031	29	0,4	0,3

Das Gefälle der Arbeitslosigkeit im Raum um Hamburg

September 1954



ANTEIL DER ARBEITLOSEN AN DEN ARBEITNEHMERN IN vH

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG



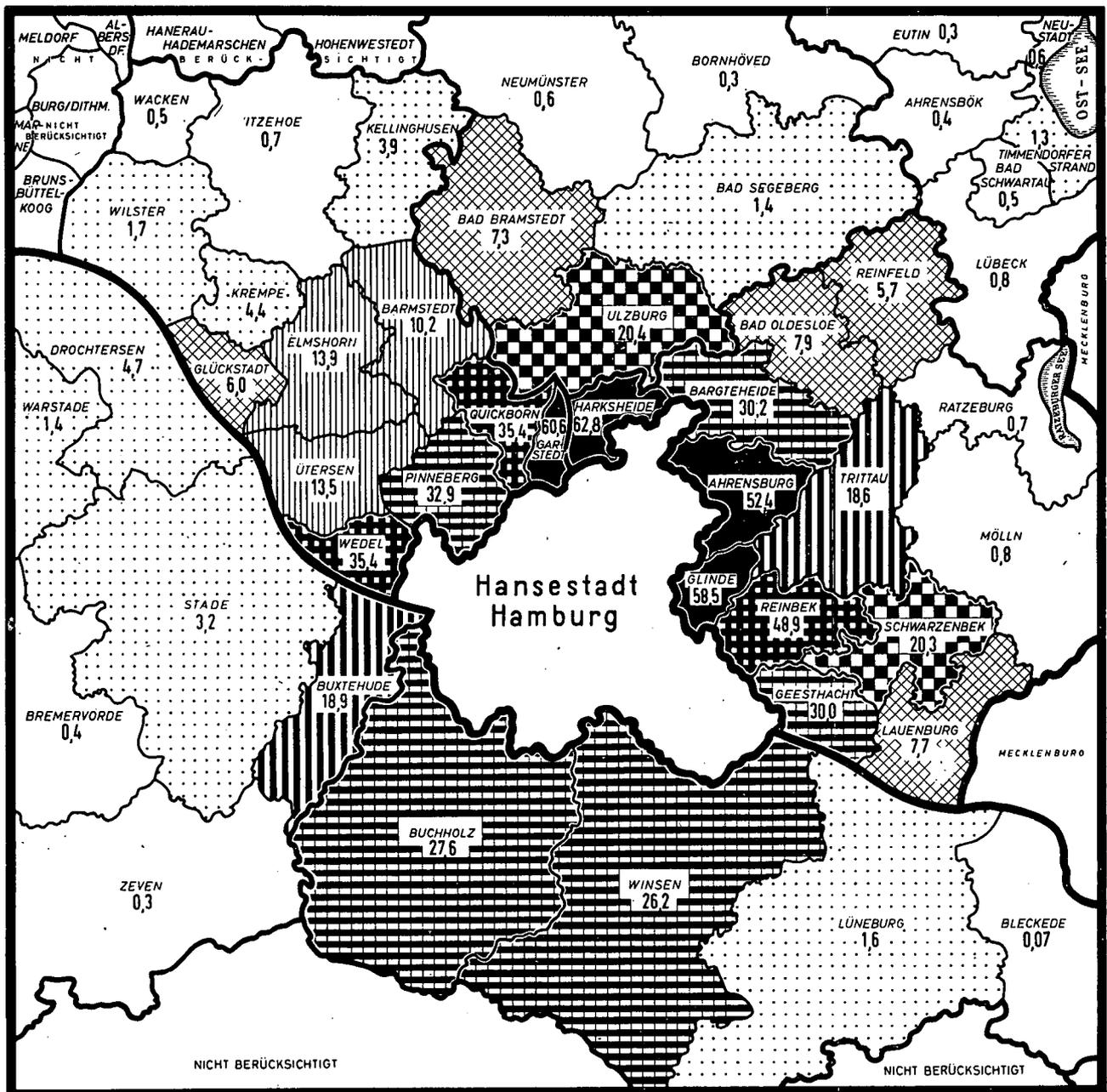
Grenzen der Landesarbeitsämter, der Arbeitsamtsbezirke, der Arbeitsamts-Haupt- u. Nebenstellen

Nun kann selbstverständlich bei diesen Unterlagen, die immer nur von der Wohnbevölkerung der betreffenden Gebietsinheit ausgehen, nicht ohne weiteres auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Betrieben und Unternehmungen des betreffenden Gebiets geschlossen werden. Falls man Beschäftigtenzahlen als Ausdruck der wirtschaftlichen Lage nimmt, so ist zu bedenken, daß auch die dortigen Betriebe ebenso wie die Hamburger Betriebe ihren Arbeitskräftebedarf durch zunehmende Pendelwanderung auswärtiger Arbeitnehmer decken können. Immerhin zeigt aber die beigelegte ausführliche Übersicht 8, wie sich im Verlauf eines Jahres die Lage für die

Wohnbevölkerung des Einzugsgebiets durch zunehmende Pendelwanderung nach Hamburg verbessert hat. In einer ganzen Reihe von Haupt- und Nebenstellen, die an sich schon sehr hohe Pendlerzahlen nach Hamburg aufzuweisen hatten, war die relative Beschäftigungszunahme dort wohnender Personen mit dem Arbeitsort Hamburg höher als bei denen, die ihren Arbeitsort im eigenen Gebiet des betreffenden Arbeitsamtes bzw. in Schleswig-Holstein hatten. Bei einigen Nebenstellen übertraf sogar die absolute Beschäftigungszunahme in Hamburg die Beschäftigungszunahme der nicht in Hamburg Arbeitenden. Dies gilt für die Nebenstellen Geesthacht, Glinde, Harksheide und Garstedt,

Der Anteil der Pendelwanderer nach Hamburg an den Arbeitnehmern der Hamburg benachbarten Arbeitsamts-Haupt- und -Nebenstellen

September 1954



ANTEIL DER PENDELER NACH HAMBURG AN DEN ARBEITNEHMERN IN vH

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG



Brenzen der Landesarbeitsämter — der Arbeitsamtsbezirke — der Arbeitsamts-Haupt- u. -Nebenstellen —

um die wichtigsten zu nennen. Ob sich die starke Zunahme der Beschäftigung in Hamburg insofern nachteilig auf die Nebenstellen auswirkt, daß ihnen Fachkräfte entzogen werden, kann aus den vorhandenen Unterlagen nicht geklärt werden. Die Grenzen des Kräfteaustausches dürften sich im Laufe dieses Jahres zeigen.

Wegen der Einzelheiten sei auf die ausführliche Übersicht 8 verwiesen, in der eine Aufgliederung der in den Arbeitsamtsbezirken wohnenden

Arbeitnehmer nach Beschäftigten und Arbeitslosen vorgenommen ist. Die Beschäftigten sind nach dem Beschäftigungsort — in Hamburg bzw. nicht in Hamburg — getrennt nachgewiesen.

Die räumlichen Ausstrahlungen des Hamburger Arbeitsmarktes treten auf der Karte 4 noch einmal deutlich hervor. Sie weist für die einzelnen Arbeitsamtsstellen jeweils den Anteil der Pendler nach Hamburg an den dort wohnenden Arbeitnehmern aus.

im Arbeitsamtsbezirk Neumünster	
im Bereich der	
Nebenstelle Ulzburg	20,4 vH
im Arbeitsamtsbezirk Lüneburg	
im Bereich der	
Nebenstelle Buchholz	27,6 vH
Nebenstelle Winsen	26,2 vH
im Arbeitsamtsbezirk Stade	
im Bereich der	
Nebenstelle Buxtehude . . .	18,9 vH

Die genannten Haupt- bzw. Nebenstellen tendieren damit stark zum Hamburger Arbeitsmarkt. Besonders eng ist die Verflechtung mit den Nebenstellen Garstedt, Harksheide, Glinde, Ahrensburg und Reinbek. Ergänzend hierzu ist aus Karte 5 jeweils die Gesamtzahl der Pendler nach Hamburg zu ersehen.

Allerdings gibt eine derartige Darstellung — gewonnen auf Grund der zum Zeitpunkt der höchsten Beschäftigung ermittelten Zahlen — nur einen Teil der arbeitsmarktmäßigen Zusammenhänge zwischen zentralem Ort und seiner Umgebung wieder. Es wurde eingangs erwähnt, daß auf Grund der Gliederung der Pendler nach Wirtschaftszweigen mit Saisonschwankungen in Höhe von etwa 15 vH des Höchststandes gerechnet werden muß. Mehr als ein Siebtel der Pendler würde also, falls in den Wintermonaten keine Beschäftigung in anderen Wirtschaftszweigen angenommen wird, in ihren Heimatgemeinden als „arbeitslos“ zu verbuchen sein. Es ist denkbar, daß sich bereits hierbei für einzelne Gemeinden eine relative Arbeitslosigkeit beträchtlichen Ausmaßes ergibt, ohne daß die Ursachen in den Betrieben und Unternehmungen der Pendlergemeinden liegen. **Damit verlagern sich Beschäftigungsschwankungen der Wirtschaft des zentralen Ortes auf die Wohngemeinden der Pendler.** Bei gleichlaufendem Saisonrhythmus im zentralen Ort und in der Pendlergemeinde ergibt sich in letzterer eine Kumulierung der Arbeitslosigkeit aus Freisetzungen der eigenen Betriebe und der des zentralen Ortes. Über das Formale hinaus berührt dies wiederum durch den damit verknüpften Ausfall an Konsumenteneinkommen die Wirtschaftslage der Pendlergemeinde. Ein Teil dieser Zusammenhänge ist dem Einfluß der Pendlergemeinde entzogen; insofern besteht ein Unterschied gegenüber Gemeinden, deren Arbeitnehmer ausschließlich im eigenen Gebiet beschäftigt sind.

Die bisherigen Überlegungen, die weitgehend von der Beschäftigungssituation der in den angrenzenden Arbeitsamtsbezirken wohnenden Arbeitnehmer ausgehen, lassen jedoch zunächst nur die eine Seite des Problems erkennen. Es bleibt noch einiges über die Wirkung der Pendelwanderung auf dem Hamburger Arbeitsmarkt zu sagen. **Hamburg vermag heute den Arbeitskräftebedarf seiner Wirtschaft nur noch zu einem Teil aus dem eigenen Potential zu decken.** Dies gilt für die Bauwirtschaft, für den Schiffbau, das Metallgewerbe und einige andere Zweige des Wirtschaftslebens. Konnte man noch etwa bis in das Jahr 1953 hinein davon ausgehen, daß die starke Zunahme der

Pendelwanderung seit 1949 zu einer Verschärfung der Konkurrenz um die Arbeitsplätze im Hamburger Gebiet geführt hatte, so trifft dies heute kaum noch zu. Gewiß sind in einer ganzen Reihe von Fällen bei den Hamburger Arbeitsämtern noch gleichwertige Kräfte als arbeitslos gemeldet — so bei den Dienst- und Wachberufen, den Hilfsberufen der Stofferzeugung und -bearbeitung und bei den Reinigungsberufen —, aber die Nachfrage nach diesen Kräften war bisher gering; außerdem muß gerade hier auf die Problematik der Hamburger Arbeitslosenzahlen hingewiesen werden¹⁾. Zur Zeit (31. Juli 1955) gibt es in Hamburg noch 51 500 Arbeitslose. Hierunter wurden 21 100 Männer gezählt, nur noch 1900 mehr als im gleichen Monat des Vollbeschäftigungsjahres 1938. Ohne in die Einzelheiten zu gehen, wird man hieraus folgern können, daß zum mindesten bei den Männern — und hier besonders bei den Fachkräften — die Grenzen des Hamburger Arbeitskräftepotentials im Laufe dieses Jahres erkennbar werden.

Bei den Fachkräften ist daher bereits seit längerer Zeit auf die für Hamburg günstigen Momente hinzuweisen, die sich aus der gegenseitigen Verflechtung des Arbeitsmarktes ergeben. Ob sie künftig an Gewicht gewinnen werden, hängt von dem weiteren Ansteigen der Beschäftigung im Hamburger Gebiet ab; es kann nicht ohne weiteres unterstellt werden, daß sich hierbei in allen Berufen das Kräfteangebot der Hamburger Wohnbevölkerung als ausreichend elastisch erweist.

Neben unbefriedigter Nachfrage nach Arbeit kennt der Arbeitsmarkt auch Spannungen, die durch unbefriedigte Nachfrage nach Arbeitskräften auftreten. Das Beispiel der Bauarbeiter (September 1954 68, Ende Juli 1955 36 arbeitslose Maurer, aber 499 freie Stellen; in den Bauberufen insgesamt 382 Arbeitslose, 1277 freie Stellen!) zeigt, daß in Hamburg Facharbeiter bestimmter Qualifikationen knapp sind und die Arbeitslosenzahlen der Hamburger Wohnbevölkerung nicht ohne weiteres als verfügbare Reserven zu werten sind. **Die Beschäftigtenzunahme der Auswärtigen ist im Hamburger Gebiet ab 1949 ihrem relativen Gewicht nach wesentlich stärker gewesen als die der Einheimischen.** Von den rund 99 000 von Mitte 1949 bis September 1954 besetzten Arbeitsplätzen wurden zwar 79 300 durch Hamburger und 19 700 durch Auswärtige besetzt, aber die **Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte in Hamburg stieg damit im gleichen Zeitraum nur um etwa 14 vH, wogegen bei den Auswärtigen ein Zugang von rund 48 vH zu verzeichnen war.** Dies deutet darauf hin, daß sich unter den Hamburger Arbeitslosen nicht immer die Kräfte finden, die tatsächlich nachgefragt werden. Durch das Einströmen von Mangelkräften ergibt sich daher in gewissen Sparten eine Entlastung des Hamburger Arbeitsmarktes. Die Versorgung der Hamburger Arbeitsstätten mit derartigen Fachkräften wird dadurch erleichtert, daß sich der übergebietliche Ausgleich bei der Vermittlung von Arbeitskräften zwischen den Hamburger Arbeits-

¹⁾ Die heutigen Arbeitslosenzahlen beruhen ganz allgemein eher auf juristischen als auf wirtschaftlichen Kategorien. Einzelheiten s. Sonderheft „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1954 „Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Hamburger Gebiet“.

Übersicht 8 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den benachbarten Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins und Niedersachsens
1953/54

Arbeitsamtsbezirke Hauptamtsbezirke Nebenstellenbezirke	Arbeit- nehmer	Beschäftigte			Arbeits- lose	
		insgesamt	davon			
			in Hamburg	nicht in Hamburg		
4 Arbeitsamtsbezirke Schleswig-Holsteins						
1953	409 871	362 776	42 904	319 872	47 095	
1954	415 965	377 739	46 727	331 012	38 226	
Zu- oder Abnahme absolut	+ 6 094	+ 14 963	+ 3 823	+ 11 140	- 8 869	
und zwar	vH	+ 1,5	+ 4,1	+ 8,9	+ 3,5	- 18,8
Arbeitsamtsbezirk Bad Oldesloe						
1953	90 025	79 712	22 545	57 167	10 313	
1954	92 617	85 342	24 674	60 668	7 275	
Zu- oder Abnahme absolut	+ 2 592	+ 5 630	+ 2 129	+ 3 501	- 3 038	
vH	+ 2,9	+ 7,1	+ 9,4	+ 6,1	- 29,5	
Hauptamt Bad Oldesloe						
1953	7 560	6 868	549	6 319	692	
1954	7 554	7 131	598	6 533	423	
Zu- oder Abnahme absolut	- 6	+ 263	+ 49	+ 214	- 269	
vH	- 0,1	+ 3,8	+ 8,9	+ 3,4	- 38,9	
Nebenstelle Ahrensburg						
1953	12 105	11 150	6 311	4 839	955	
1954	12 522	11 756	6 557	5 199	766	
Zu- oder Abnahme absolut	+ 417	+ 606	+ 246	+ 360	- 189	
vH	+ 3,4	+ 5,4	+ 3,9	+ 7,4	- 19,8	
Nebenstelle Bargteheide						
1953	5 131	4 581	1 469	3 112	550	
1954	5 175	4 805	1 561	3 244	370	
Zu- oder Abnahme absolut	+ 44	+ 224	+ 92	+ 132	- 180	
vH	+ 0,9	+ 4,9	+ 6,3	+ 4,2	- 32,7	
Nebenstelle Geesthacht						
1953	8 654	6 799	2 243	4 556	1 855	
1954	8 799	7 457	2 639	4 818	1 342	
Zu- oder Abnahme absolut	+ 145	+ 658	+ 396	+ 262	- 513	
vH	+ 1,7	+ 9,7	+ 17,7	+ 5,8	- 27,7	
Nebenstelle Glinde						
1953	5 457	4 596	3 068	1 528	861	
1954	5 879	5 233	3 441	1 792	646	
Zu- oder Abnahme absolut	+ 422	+ 637	+ 373	+ 264	- 215	
vH	+ 7,7	+ 13,9	+ 12,2	+ 17,3	- 25,0	

Arbeitsamtsbezirke Hauptamtsbezirke Nebenstellenbezirke	Arbeit- nehmer	Beschäftigte			Arbeits- lose
		insgesamt	davon		
			in Hamburg	nicht in Hamburg	
Arbeitsamtsbezirk Elmshorn					
1953	107 432	97 939	17 631	80 308	9 493
1954	107 957	100 684	18 996	81 688	7 273
Zu- oder Abnahme absolut	+ 525	+ 2 745	+ 1 365	+ 1 380	- 2 220
vH	+ 0,5	+ 2,8	+ 7,7	+ 1,7	- 23,4
Hauptamt Elmshorn					
1953	18 247	16 721	2 279	14 442	1 526
1954	18 105	16 832	2 511	14 321	1 273
Zu- oder Abnahme absolut	- 142	+ 111	+ 232	- 121	- 253
vH	- 0,8	+ 0,7	+ 10,2	- 0,8	- 16,6
Nebenstelle Barmstedt					
1953	5 505	4 944	455	4 489	561
1954	5 360	5 063	546	4 517	297
Zu- oder Abnahme absolut	- 145	+ 119	+ 91	+ 28	- 264
vH	- 2,6	+ 2,4	+ 20,0	+ 0,6	- 47,1
Nebenstelle Garstedt					
1953	3 865	3 607	2 338	1 269	258
1954	4 249	3 995	2 577	1 418	254
Zu- oder Abnahme absolut	+ 384	+ 388	+ 239	+ 149	- 4
vH	+ 9,9	+ 10,8	+ 10,2	+ 11,7	- 1,6
Nebenstelle Glückstadt					
1953	6 008	5 719	351	5 368	289
1954	6 203	5 967	374	5 593	236
Zu- oder Abnahme absolut	+ 195	+ 248	+ 23	+ 225	- 53
vH	+ 3,2	+ 4,3	+ 6,6	+ 4,2	- 18,3
Nebenstelle Itzehoe					
1953	19 241	17 243	176	17 067	1 998
1954	18 889	17 295	135	17 160	1 594
Zu- oder Abnahme absolut	- 352	+ 52	- 41	+ 93	- 404
vH	- 1,8	+ 0,3	- 23,3	+ 0,5	- 20,2
Nebenstelle Kellinghusen					
1953	4 810	4 067	187	3 880	743
1954	4 501	4 149	177	3 972	352
Zu- oder Abnahme absolut	- 309	+ 82	- 10	+ 92	- 391
vH	- 6,4	+ 2,0	- 5,3	+ 2,4	- 52,6

Nebenstelle Harksheide		1953	4 064	3 822	2 477	1 345	242	1953	2 503	2 335	82	2 253	168
		1954	4 543	4 360	2 853	1 507	183	1954	2 408	2 307	107	2 200	101
Zu- oder Abnahme absolut		vH	+ 479	+ 538	+ 376	+ 162	- 59	vH	- 95	- 28	+ 25	- 53	- 67
			+ 11,8	+ 14,1	+ 15,2	+ 12,0	- 24,4		+ 3,8	+ 1,2	+ 30,5	+ 2,4	- 39,9
Nebenstelle Lauenburg													
		1953	6 658	5 914	431	5 483	744	1953	20 140	18 844	6 019	12 825	1 296
		1954	6 925	6 437	532	5 905	488	1954	20 892	19 447	6 878	12 569	1 445
Zu- oder Abnahme absolut		vH	+ 267	+ 523	+ 101	+ 422	- 256	vH	+ 752	+ 603	+ 859	- 256	+ 149
			+ 4,0	+ 8,8	+ 23,4	+ 7,7	- 34,4		+ 3,7	+ 3,2	+ 14,3	+ 2,0	+ 11,5
Nebenstelle Quickborn													
		1953	8 709	8 093	63	8 030	616	1953	4 350	3 899	1 484	2 415	451
		1954	9 114	8 663	70	8 593	451	1954	4 478	4 235	1 583	2 652	243
Zu- oder Abnahme absolut		vH	+ 405	+ 570	+ 7	+ 563	- 165	vH	+ 128	+ 336	+ 99	+ 237	- 208
			+ 4,7	+ 7,0	+ 11,1	+ 7,0	- 26,8		+ 2,9	+ 8,6	+ 6,7	+ 9,8	- 46,1
Nebenstelle Uetersen													
		1953	8 235	7 212	50	7 162	1 023	1953	10 706	9 691	1 534	8 157	1 015
		1954	8 285	7 549	62	7 487	736	1954	10 689	10 073	1 446	8 627	616
Zu- oder Abnahme absolut		vH	+ 50	+ 337	+ 12	+ 325	- 287	vH	- 17	+ 382	- 88	+ 470	- 399
			+ 0,6	+ 4,7	+ 24,0	+ 4,5	- 28,1		+ 0,2	+ 3,9	- 5,7	+ 5,8	- 39,3
Nebenstelle Wacken													
		1953	7 762	6 884	3 655	3 229	878	1953	876	731	1	730	145
		1954	7 930	7 391	3 875	3 516	539	1954	839	734	4	730	105
Zu- oder Abnahme absolut		vH	+ 168	+ 507	+ 220	+ 287	- 339	vH	- 37	+ 3	+ 3	± 0	- 40
			+ 2,2	+ 7,4	+ 6,0	+ 8,9	- 38,6		+ 4,2	+ 0,4	+ 300,0	-	- 27,6
Nebenstelle Wedel													
		1953	4 320	3 763	224	3 539	557	1953	7 089	6 641	2 647	3 994	448
		1954	4 341	3 995	249	3 746	346	1954	7 326	7 032	2 591	4 441	294
Zu- oder Abnahme absolut		vH	+ 21	+ 232	+ 25	+ 207	- 211	vH	+ 237	+ 391	- 56	+ 447	- 154
			+ 0,5	+ 6,2	+ 11,2	+ 5,8	- 37,9		+ 3,3	+ 5,9	- 2,1	+ 11,2	- 34,4
Nebenstelle Wilster													
		1953	4 886	4 352	912	3 440	534	1953	4 092	3 497	78	3 419	595
		1954	5 096	4 644	1 034	3 610	452	1954	4 018	3 555	67	3 488	463
Zu- oder Abnahme absolut		vH	+ 210	+ 292	+ 122	+ 170	- 82	vH	- 74	+ 58	6	+ 69	- 132
			+ 4,3	+ 6,7	+ 13,4	+ 4,9	- 15,4		+ 1,8	+ 1,7	- 14,1	+ 2,0	- 22,2
Arbeitsamtsbezirk Lübeck													
		1953	6 484	5 678	1 093	4 585	806	1953	145 414	125 955	852	125 103	19 459
		1954	6 454	5 921	1 203	4 718	533	1954	148 199	131 182	962	130 220	17 017
Zu- oder Abnahme absolut		vH	- 30	+ 243	+ 110	+ 133	- 273	vH	+ 2 785	+ 5 227	+ 110	+ 5 117	- 2 442
			- 0,5	+ 4,3	+ 10,1	+ 2,9	- 33,9		+ 1,9	+ 4,1	+ 12,9	+ 4,1	- 12,5

Arbeitsamtsbezirke Hauptamtsbezirke Nebenstellenbezirke	Arbeit- nehmer	Beschäftigte			Arbeits- lose
		insgesamt	davon		
			in Hamburg	nicht in Hamburg	
Noch: Arbeitsamtsbezirk Lübeck					
Hauptamt Lübeck					
1953	86 789	74 737	637	74 100	12 052
1954	89 149	78 241	669	77 572	10 908
Zu- oder Abnahme absolut	+ 2 360	+ 3 504	+ 32	+ 3 472	- 1 144
vH	+ 2,7	+ 4,7	+ 5,0	+ 4,7	- 9,5
Nebenstelle Ahrensböck					
1953	4 350	3 843	2	3 841	507
1954	4 324	3 717	18	3 699	607
Zu- oder Abnahme absolut	- 26	- 126	+ 16	- 142	+ 100
vH	- 0,6	- 3,3	+ 800,0	- 3,7	+ 19,7
Nebenstelle Bad Schwartau					
1953	7 696	6 552	36	6 516	1 144
1954	7 753	6 934	42	6 892	819
Zu- oder Abnahme absolut	+ 57	+ 382	+ 6	+ 376	- 325
vH	+ 0,7	+ 5,8	+ 16,7	+ 5,8	- 28,4
Nebenstelle Burg/F.					
1953	3 816	3 478	5	3 473	338
1954	3 858	3 508	14	3 494	350
Zu- oder Abnahme absolut	+ 42	+ 30	+ 9	+ 21	+ 12
vH	+ 1,1	+ 0,9	+ 180,0	+ 0,6	+ 3,6
Nebenstelle Cismar					
1953	2 829	2 228	7	2 221	601
1954	2 858	2 381	7	2 374	477
Zu- oder Abnahme absolut	+ 29	+ 153	± 0	+ 153	- 124
vH	+ 1,0	+ 6,9	-	+ 6,9	- 20,6
Nebenstelle Eutin					
1953	11 271	9 773	64	9 709	1 498
1954	11 578	10 341	37	10 304	1 237
Zu- oder Abnahme absolut	+ 307	+ 568	- 27	+ 595	- 261
vH	+ 2,7	+ 5,8	- 42,2	+ 6,1	- 17,4
Nebenstelle Heiligenhafen					
1953	3 097	2 798	-	2 798	299
1954	3 058	2 788	1	2 787	270
Zu- oder Abnahme absolut	- 39	- 10	+ 1	- 11	- 29
vH	- 1,3	- 0,4	+ ∞	- 0,4	- 9,7
Nebenstelle Neustadt					
1953	7 710	6 645	18	6 627	1 065
1954	7 743	6 940	44	6 896	803
Zu- oder Abnahme absolut	+ 33	+ 295	+ 26	+ 269	- 262
vH	+ 0,4	+ 4,4	+ 144,4	+ 4,1	- 24,6

Arbeitsamtsbezirke Hauptamtsbezirke Nebenstellenbezirke	Arbeit- nehmer	Beschäftigte			Arbeits- lose
		insgesamt	davon		
			in Hamburg	nicht in Hamburg	
Nebenstelle Ulzburg					
1953	5 915	5 238	1 058	4 180	677
1954	6 036	5 592	1 229	4 363	444
Zu- oder Abnahme absolut	+ 121	+ 354	+ 171	+ 183	- 233
vH	+ 2,0	+ 6,8	+ 16,2	+ 4,4	- 34,4
2 Arbeitsamtsbezirke Niedersachsens					
1953	168 730	151 152	12 825	138 327	17 578
1954	173 929	159 539	13 739	145 800	14 390
Zu- oder Abnahme absolut	+ 5 199	+ 8 387	+ 914	+ 7 473	- 3 188
vH	+ 3,1	+ 5,5	+ 7,1	+ 5,4	- 18,1
und zwar					
Arbeitsamtsbezirk Lüneburg					
1953	74 378	67 180	9 834	57 346	7 198
1954	76 906	70 901	10 625	60 276	6 005
Zu- oder Abnahme absolut	+ 2 528	+ 3 721	+ 791	+ 2 930	- 1 193
vH	+ 3,4	+ 5,5	+ 8,0	+ 5,1	- 16,6
Hauptamt Lüneburg					
1953	33 531	29 808	484	29 324	3 723
1954	33 977	30 862	553	30 309	3 115
Zu- oder Abnahme absolut	+ 446	+ 1 054	+ 69	+ 985	- 608
vH	+ 1,3	+ 3,5	+ 14,3	+ 3,4	- 16,3
Nebenstelle Bleckede					
1953	5 544	4 909	20	4 889	635
1954	5 518	4 891	4	4 887	627
Zu- oder Abnahme absolut	- 26	- 18	- 16	- 2	- 8
vH	- 0,5	+ 0,4	- 80,0	- 0,04	- 1,3
Nebenstelle Buchholz					
1953	18 462	16 924	4 861	12 063	1 538
1954	19 789	18 373	5 453	12 920	1 416
Zu- oder Abnahme absolut	+ 1 327	+ 1 449	+ 592	+ 857	- 122
vH	+ 7,2	+ 8,6	+ 12,2	+ 7,1	- 7,9
Nebenstelle Winsen/L.					
1953	16 841	15 539	4 469	11 070	1 302
1954	17 622	16 775	4 615	12 160	847
Zu- oder Abnahme absolut	+ 781	+ 1 236	+ 146	+ 1 090	- 455
vH	+ 4,6	+ 8,0	+ 3,3	+ 9,8	- 34,9

Nebenstelle Oldenburg		1953	8 740	7 988	1	7 987	752	Arbeitsamtsbezirk Stade		1953	94 352	83 972	2 991	80 981	10 380
		1954	8 683	8 119	13	8 106	564			1954	97 023	88 638	3 114	85 524	8 385
Zu- oder Abnahme absolut vH			- 57 +	+ 131 +	+ 12 +	+ 119 +	- 188 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 2 671 +	+ 4 666 +	+ 123 +	+ 4 543 +	- 1 995 -
			- 0,7 +	+ 1,6 +	+ 1200,0 +	+ 1,5 -	- 25,0 -	Hauptamt Stade			+ 2,8 +	+ 5,6 +	+ 4,1 +	+ 5,6 -	+ 19,2 -
Nebenstelle Timmendorfer Strand		1953	4 393	3 756	53	3 703	637	Zu- oder Abnahme absolut vH		1953	24 130	21 669	775	20 894	2 461
		1954	4 307	3 768	57	3 711	539			1954	25 623	23 416	829	22 587	2 207
Zu- oder Abnahme absolut vH			- 86 +	+ 12 +	+ 4 +	+ 8 -	- 98 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 1 493 +	+ 1 747 +	+ 54 +	+ 1 693 +	- 254 -
			- 2,0 +	+ 0,3 +	+ 7,5 +	+ 0,2 -	- 15,4 -	Nebenstelle Bremervörde			+ 6,2 +	+ 8,1 +	+ 7,0 +	+ 8,1 +	- 10,3 -
Nebenstelle Travemünde		1953	4 723	4 157	29	4 128	566	Zu- oder Abnahme absolut vH		1953	8 944	7 683	16	7 667	1 261
		1954	4 888	4 445	60	4 385	443			1954	9 116	8 138	37	8 101	978
Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 165 +	+ 288 +	+ 31 +	+ 257 +	- 123 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 172 +	+ 455 +	+ 21 +	+ 434 +	- 283 -
			+ 3,5 +	+ 6,9 +	+ 106,9 +	+ 6,2 -	- 21,7 -	Nebenstelle Buxtehude			+ 1,9 +	+ 5,9 +	+ 131,3 +	+ 5,7 +	- 22,4 -
Arbeitsamtsbezirk Neumünster		1953	67 000	59 170	1 876	57 294	7 830	Zu- oder Abnahme absolut vH		1953	9 587	8 664	1 737	6 927	923
		1954	67 192	60 531	2 095	58 436	6 661			1954	9 477	8 861	1 787	7 074	616
Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 192 +	+ 1 361 +	+ 219 +	+ 1 142 +	- 1 169 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			- 110 +	+ 197 +	+ 50 +	+ 147 +	- 307 -
			+ 0,3 +	+ 2,3 +	+ 11,7 +	+ 2,0 -	- 14,9 -	Nebenstelle Cuxhaven			- 1,1 +	+ 2,3 +	+ 2,9 +	+ 2,1 +	- 33,3 -
Hauptamt Neumünster		1953	33 963	29 665	123	29 542	4 298	Zu- oder Abnahme absolut vH		1953	18 620	16 980	13	16 967	1 640
		1954	34 489	30 554	208	30 346	3 935			1954	19 094	17 709	6	17 703	1 385
Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 526 +	+ 889 +	+ 85 +	+ 804 +	- 363 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 474 +	+ 729 +	- 7 -	+ 736 +	- 255 -
			+ 1,5 +	+ 3,0 +	+ 69,1 +	+ 2,7 -	- 8,4 -	Nebenstelle Drochtersen			+ 2,5 +	+ 4,3 +	- 53,8 -	+ 4,3 -	- 15,5 -
Nebenstelle Bad Bramstedt		1953	6 369	5 615	449	5 166	754	Zu- oder Abnahme absolut vH		1953	6 765	6 082	319	5 763	683
		1954	6 471	5 858	472	5 386	613			1954	6 864	6 340	325	6 015	524
Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 102 +	+ 243 +	+ 23 +	+ 220 +	- 141 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 99 +	+ 258 +	+ 6 +	+ 252 +	- 159 -
			+ 1,6 +	+ 4,3 +	+ 5,1 +	+ 4,3 -	- 18,7 -	Nebenstelle Otterndorf			+ 1,5 +	+ 4,2 +	+ 1,9 +	+ 4,4 -	- 23,3 -
Nebenstelle Bad Segeberg		1953	11 459	10 311	180	10 131	1 148	Zu- oder Abnahme absolut vH		1953	9 980	8 801	7	8 794	1 179
		1954	10 971	10 052	154	9 898	919			1954	10 493	9 536	-	9 536	957
Zu- oder Abnahme absolut vH			- 488 -	- 259 -	- 26 -	- 233 -	- 229 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 513 +	+ 735 +	- 100,0 -	+ 742 +	- 222 -
			- 4,3 -	- 2,5 -	- 14,4 -	- 2,3 -	- 19,9 -	Nebenstelle Warstade			+ 5,1 +	+ 8,4 +	-	+ 8,4 -	- 18,8 -
Nebenstelle Bordesholm		1953	3 663	3 130	24	3 106	533	Zu- oder Abnahme absolut vH		1953	7 071	6 200	113	6 087	871
		1954	3 689	3 282	13	3 269	407			1954	7 273	6 607	101	6 506	666
Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 26 +	+ 152 +	- 11 +	+ 163 +	- 126 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			+ 202 +	+ 407 +	- 12 +	+ 419 +	- 205 -
			+ 0,7 +	+ 4,9 +	- 45,8 +	+ 5,2 -	- 23,6 -	Nebenstelle Zeven			+ 2,9 +	+ 6,6 +	- 10,6 +	+ 6,9 -	- 23,5 -
Nebenstelle Bornhöved		1953	5 631	5 211	42	5 169	420	Zu- oder Abnahme absolut vH		1953	9 255	7 893	11	7 882	1 362
		1954	5 536	5 193	19	5 174	343			1954	9 083	8 031	29	8 002	1 052
Zu- oder Abnahme absolut vH			- 95 -	- 18 -	- 23 -	+ 5 -	- 77 -	Zu- oder Abnahme absolut vH			- 172 -	+ 138 +	+ 18 +	+ 120 +	- 310 -
			- 1,7 -	- 0,3 -	- 54,8 +	+ 0,1 -	- 18,3 -				- 1,9 +	+ 1,7 +	+ 163,6 +	+ 1,5 -	- 22,8 -

ämtern und den Arbeitsämtern bzw. Arbeitsamtsnebenstellen der schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Nachbargebiete der Hansestadt direkt vollzieht (Randausgleich). Ob dies bei einem weiteren Ansteigen der Beschäftigung im Hamburger Gebiet ausreicht, die Hamburger Wirtschaft mit den erforderlichen Kräften zu versorgen, steht dahin, zumal das Fachkräftepotential dieser Nebenstellen zu einem erheblichen Teil bereits ausgeschöpft ist. Die Probleme des übergebieltlichen Ausgleichs von Arbeitskräften dürften daher in Zukunft an Gewicht gewinnen.

Wir sind am Schluß unserer Überlegungen angelangt. Es sei nicht verschwiegen, daß auf die wissenschaftlich reizvolle Erörterung einiger Zusammenhänge verzichtet werden mußte. So wurde beispielsweise nicht darauf eingegangen, in welchem Maße die Einkommenströme, die den Randlern zufließen, die Wirtschaftlage in den Randgemeinden befruchten und damit wiederum die Beschäftigung in den Wohngemeinden der Pendler ausweiten, auch fehlt die Darlegung der Wirkung dieser Einkommensübertragung auf die Hamburger Wirtschaft¹⁾. Es wurde ferner davon abgesehen, auf die Zusammenhänge zwischen den im Hamburger Gebiet für die Beseitigung der Hamburger Arbeitslosigkeit vorgenommenen Investitionen und ihrer Wirkung auf die Randgemeinden einzugehen. Hier kann bei den nun einmal gegebenen Bedingungen davon ausgegangen werden, daß sich immer nur ein Teil der Investitionen in zunehmender Beschäftigung der Hamburger Wohnbevölkerung auswirkt, ein erheblicher Teil dieser Investitionen aber auch zu steigender Beschäftigung Auswärtiger in den Hamburger Arbeitsstätten führt. Außerdem muß betont werden, daß sich die vorliegende Untersuchung auf die Darlegung arbeitsmarktmäßiger Zusammenhänge beschränkt, so daß das Thema „Pendelwanderung“ in all seinen Verästelungen keineswegs ausgeschöpft werden kann²⁾.

Der Mangel an statistischen Unterlagen auf den hier angedeuteten Gebieten läßt den Ausbau des Instrumentariums der Pendelwanderungsstatistik und einer Anpassung an den heutigen Stand wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis geboten erscheinen, da nur dann die Auswirkungen der Pendelwanderung sowie der Grad und Charakter der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen dem „zentralen Ort“ und den umliegenden Gemeinden zahlenmäßig belegt werden können.

Unabhängig von dieser Einschränkung ist durch diese Untersuchung die **starke Verflechtung des Hamburger Arbeitsmarktes mit seiner Umgebung** sowie die überragende Bedeutung Hamburgs als Arbeitsstätte für das Arbeitnehmerpotential einiger benachbarter Arbeitsamtsstellen nachgewiesen. Bei künftigen Untersuchungen des Hamburger Arbeitsmarktes wird man daher nicht darauf verzichten können, auch die Lage in den Randgemeinden Schleswig-Holsteins und Niedersachsens zu berücksichtigen.

Sobotschinski
Dipl.-Volkswirt

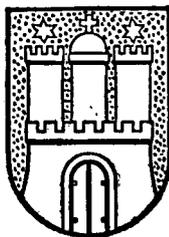
¹⁾ Gedanklich lassen sich die Zusammenhänge durch Anwendung einiger Theoreme der modernen Außenwirtschaftstheorie klären. Hierbei wären sowohl Hamburg als auch das Pendlereinzugsgebiet als geschlossene Wirtschaftsgebiete zu behandeln, zwischen denen durch die Beschäftigung von Arbeitskräften des einen Wirtschaftsgebietes im andern Wirtschaftsgebiet Einkommenströme hin und her fließen. Es ist hier nicht der Ort, darauf näher einzugehen.

²⁾ Im Rahmen einer allgemeinen Erörterung der Pendelwanderung wäre beispielsweise sehr eingehend über Fragen der Wohnraumversorgung der Pendler zu sprechen. Hierbei wäre zu berücksichtigen, daß u. U. Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsfehlbedarfs, die in den Wohngemeinden oder am Arbeitsort der Pendler getroffen werden, für beide Gemeinden eine Entlastung des Wohnungsmarktes zur Folge haben können. Durch Bauvorhaben in den Wohngemeinden der Pendler wird zugleich der Druck auf den Wohnungsmarkt ihres Arbeitsortes verringert, wenn bisher unzureichend untergebrachte Pendler in ihrer Wohngemeinde mit Wohnraum versorgt und dort festgehalten werden. Andererseits bewirkt die Bereitstellung von Wohnungen am Arbeitsort für bisher auswärts wohnende Arbeitskräfte eine unmittelbare Entlastung des Wohnungsmarktes der bisherigen Wohngemeinde. Die kommende Wohnungszählung wird sich dieses Problems für die Großstädte und ihre Umgebung besonders annehmen müssen.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 20. September 1955

Jahrgang 1955 - Heft Nr. 17

Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg in den Rechnungsjahren 1953 und 1954

INHALT

- A. Vorbemerkungen
- B. Die Ist-Einnahmen aus der Tabaksteuer
- C. Die Versteuerung der einzelnen Erzeugnisse
 - 1. Gesamtüberblick
 - 2. Zigarren
 - 3. Zigaretten
 - 4. Rauchtabak
- D. Zusammenfassung

A. Vorbemerkungen

Die vorliegende Berichterstattung über die Versteuerung von Tabakwaren schließt sich an den in unserer Schriftenreihe „Hamburg in Zahlen“, Heft Nr. 5 vom 23. März 1955 veröffentlichten Aufsatz über „Das Tabakgewerbe, der Tabakhandel und die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg in den Rechnungsjahren 1947 bis 1952 im Vergleich mit der Vorkriegszeit“ an. Im Interesse einer zeitnahen Berichterstattung enthält das vorliegende Heft nur Angaben über die Versteuerung von Tabakwaren. Die Entwicklung des Tabakgewerbes und des Tabakhandels wird in einem späteren Heft dargestellt werden.

Eine besondere Beachtung verdienen die vorliegenden Angaben deshalb, weil sie erstmalig die Auswirkungen der Tarifsenkungen der Tabaksteuer durch die am 8. 6. 1953 in Kraft getretene Neufassung des Tabaksteuergesetzes¹⁾ für einen längeren Zeitraum erkennen lassen.

Diese Neufassung des Tabaksteuergesetzes ist im wesentlichen der bisherigen Gesetzgebung angeglichen. Für das Tabakgewerbe brachte das Gesetz eine spürbare Herabsetzung der Steuersätze, für den Verbraucher eine Senkung der Kleinverkaufspreise bei Zigaretten, Feinschnitt und Pfeifentabak.

Aus der folgenden Übersicht wird deutlich, in welchem Maße die Steuerbelastung bei den einzelnen Tabakerzeugnissen vermindert wurde.

Übersicht 1

Steuerbelastung der einzelnen Erzeugnisse durch die Banderolensteuer

Erzeugnisse	Hauptpreisklassen		Anteil der Banderolensteuer am Kleinverkaufspreis			
	vor	nach	vor	nach	vor	nach
	der Steuersenkung am 8. 6. 1953					
	Pf je Stück		vH		Pf je Stück	
Zigaretten . . .	10	8 ¹ / ₃	64 ¹)	57,6	6,4 ¹)	4,8
Zigarren . . .	10	10	28	23	2,8	2,3
	20	20	28	23	5,6	4,6
Zigarettenhüllen . . .	0,9	0,5	53	20	0,48	0,1
	DM je kg		vH		DM je kg	
Feinschnitt . . .	32	27	50	37	16	10
Pfeifentabak . . .	20	16	43	28,1	8,60	4,50

¹⁾ Einschl. der vor der Steuersenkung vom 8. 6. 1953 gesondert erhobenen Materialsteuer (5,50 DM für 1 kg Zigarettenrohtabak).

Der Anteil der Tabaksteuer am Kleinverkaufspreis, also die relative Steuerbelastung, ist bei den einzelnen Tabakwaren recht unterschiedlich gesenkt worden. Am stärksten, nämlich um 62 vH, nahm die Steuerbelastung bei Zigarettenhüllen ab. Bei

¹⁾ Tabaksteuergesetz vom 6. 5. 1953 (BGBl. I S. 169) mit TabStDB vom 5. 6. 1953 (BGBl. I S. 281).

1221/6

Zigaretten wirkte sich die Senkung mit 10 vH am wenigsten aus. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß die Tabakmaterialsteuer, die bisher gesondert erhoben wurde, jetzt in die Bänderrolensteuer einbezogen worden ist. Sie betrug 5,50 DM für 1 kg in den Zigarettenherstellungsbetrieb eingebrachten Rohtabak. Rechnet man die Materialsteuer von der jetzigen Bänderrolensteuer ab, dann ergibt sich eine Steuerbelastung von rd. 50 vH, was einer Senkung von etwa 22 vH entspricht.

B. Die Ist-Einnahmen aus der Tabaksteuer

Die Tabaksteuer ist eine Verbrauchsteuer im Sinne der Reichsabgabenordnung. Die Ertragshöhe bei den Verbrauchsteuern liegt nach Art. 106 Abs. 1 GG beim Bund. Die Erträge aus der Tabaksteuer fließen daher in die Bundeskasse und dienen somit der Deckung der mannigfaltigen Ausgaben unserer obersten Gebietskörperschaft. Im Haushalt des Bundes, der 1954 mit rd. 27 174 Millionen DM in Einnahmen und Ausgaben abschloß, waren allein die Einnahmen aus der Tabaksteuer mit 2 350 Millionen DM veranschlagt, das sind 8,6 vH der Gesamteinnahmen, womit die wichtige Stellung der Tabaksteuer im Finanzgefüge des Bundes deutlich zu Tage tritt.

Der Abschluß für das Rechnungsjahr 1954 weist an Einnahmen aus der Tabaksteuer im Bundesgebiet 2 296,2 Millionen DM aus. Wenn auch das vom Bundesfinanzminister geschätzte Aufkommen nur zu 97,7 vH realisiert worden ist, so ist doch gegenüber dem Vorjahre 1953 eine Steigerung von 2,4 vH eingetreten. Damit liegen die Tabaksteuereinnahmen 1954 mit 99,1 vH des Ergebnisses 1952 in etwa wieder auf der Höhe dieses der Steuersenkung vorangegangenen Jahres. Der durch die Tarifsenkungen hervorgerufene Steuerausfall wird demnach bei gleichbleibender Entwicklung bereits im nächsten Jahre mehr als ausgeglichen sein.

Übersicht 2

Einnahmen aus der Tabaksteuer

Rechnungsjahre	Tabaksteuereinnahmen ¹⁾			
	im Bundesgebiet ²⁾		in Hamburg	
	absolut	je Kopf der Bevölkerung	absolut	in vH der Einnahmen im Bundesgebiet
	in Mio DM	in DM	in Mio DM	
1950	2 100,6	44,06	388,7	18,5
1951	2 227,6	46,22	396,4	17,8
1952	2 318,0	47,70	435,9	18,8
1953	2 242,9	45,64	461,2	20,6
1954	2 296,2	46,25	504,0	21,9

¹⁾ Kassenmäßige Einnahmen.

²⁾ ohne Berlin.

Der Anteil Hamburgs am Gesamtaufkommen an Tabaksteuer im Bundesgebiet ist seit 1951 ständig gestiegen. Er erreichte 1954 mit 21,9 vH einen neuen Höchststand. Hamburg liegt damit weiterhin,

Die Steuerbelastung der Zigaretten liegt immer noch beträchtlich höher als vor dem Kriege. (1936: 30 vH), während sie bei den übrigen Tabakerzeugnissen den Vorkriegsstand wieder erreicht oder sogar unterschritten hat. So ist die heutige Belastung des Feinschnittes mit 37 vH etwas niedriger als 1936 mit 38 vH. Bei Pfeifentabak ist die Differenz etwas größer: Heute beträgt die Belastung 28 vH, 1936 dagegen 32 vH. Zigarren werden heute wie vor dem Kriege mit 23 vH belastet.

bedingt durch seine große Zigarettenindustrie, an der Spitze der Länder des Bundesgebiets.

Übersicht 3

Tabaksteuereinnahmen im Bundesgebiet

Länder	Rechnungsjahr				Veränderung 1953-1954 in vH
	1953		1954		
	in Mio DM	in vH	in Mio DM	in vH	
Baden-Württemb.	311,5	13,9	327,4	14,3	+ 5,1
Bayern	381,6	17,0	439,5	19,1	+ 15,2
Bremen	279,4	12,5	210,8	9,2	- 24,6
Hamburg	461,2	20,6	504,0	21,9	+ 9,3
Hessen	26,7	1,2	22,0	1,0	- 17,6
Niedersachsen	261,5	11,6	278,3	12,1	+ 6,4
Nordrhein-Westf.	137,2	6,1	125,9	5,5	- 8,2
Rheinland-Pfalz	194,5	8,7	217,1	9,4	+ 11,6
Schleswig-Holstein	189,3	8,4	171,2	7,5	- 9,6
Bundesgeb. insges.	2 242,9	100	2 296,2	100	+ 2,4

Die Entwicklung des Aufkommens aus der Tabaksteuer ist in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets im Rechnungsjahr 1954 recht unterschiedlich gewesen. Die größte Steigerung — sowohl absolut wie auch relativ — weist Bayern auf, das seine Zigarettenproduktion erheblich hat steigern können. Neben Hamburg haben auch Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sowie Baden-Württemberg beachtliche Mehreinnahmen an Tabaksteuer zu verzeichnen. Dagegen ist in Bremen, dem Sitz der größten Rauchtakindustrie, ein Rückgang von rd. einem Viertel gegenüber dem Vorjahre zu beobachten.

Die bedeutende Rolle, die der Tabaksteuer in der Rangordnung aller Steuern zukommt, geht aus der Übersicht 4 deutlich hervor. Von den 3,2 Milliarden DM Steuereinnahmen, die 1954 in Hamburg aufgekomen sind, entfallen allein 15,7 vH auf die Tabaksteuer. Damit nimmt diese Steuer nach der Einkommensteuer mit ihren vier Erhebungsformen und nach der Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer den dritten Platz ein. Neben der Tabaksteuer wirken z. B. die Biersteuer mit 11,7 Millionen DM, die Kinosteuer mit 8,9 Millionen DM oder die Gemeindegetränksteuer mit 8,0 Millionen DM recht unscheinbar, ganz abgesehen von der Schaumweinsteuer, die im Rechnungsjahr 1954 in Hamburg nur gerade 55 000 DM gebracht hat.

Steuerarten	Kassenmäßige Einnahmen im Rechnungsjahr			
	1953		1954	
	Mio DM	vH	Mio DM	vH
A. Besitz- und Verkehrsteuern	930,6	32,1	1 070,3	33,4
davon				
Einkommensteuer ¹⁾	484,1	16,7	573,6	17,9
Körperschaftsteuer	278,2	9,6	296,0	9,2
Notopfer Berlin	59,8	2,1	74,4	2,3
Vermögensteuer	30,1	1,0	32,4	1,0
Kraftfahrzeugsteuer	22,9	0,8	25,5	0,8
Übrige Besitz- und Verkehrsteuern	55,5	1,9	68,4	2,2
B. Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	529,1	18,3	568,5	17,7
C. Zölle und Verbrauchsteuern	1 177,2	40,6	1 279,4	39,9
davon				
Zölle	353,4	12,2	419,0	13,1
Tabaksteuer	461,2	15,9	504,0	15,7
Mineralölsteuer	225,0	7,8	247,8	7,7
Übrige Verbrauchsteuern	137,6	4,7	108,6	3,4
D. Gemeindesteuern	260,5	9,0	287,6	9,0
davon				
Gewerbsteuer ²⁾	192,7	6,7	220,3	6,9
Übrige Gemeindesteuern	67,8	2,3	67,3	2,1
Steuereinnahmen insgesamt (A bis D)	2 897,4	100	3 205,8	100

¹⁾ Veranlagte Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Aufsichtsratssteuer.
²⁾ Einschließlich Lohnsummensteuer.

C. Die Versteuerung der einzelnen Erzeugnisse

1. Gesamtüberblick

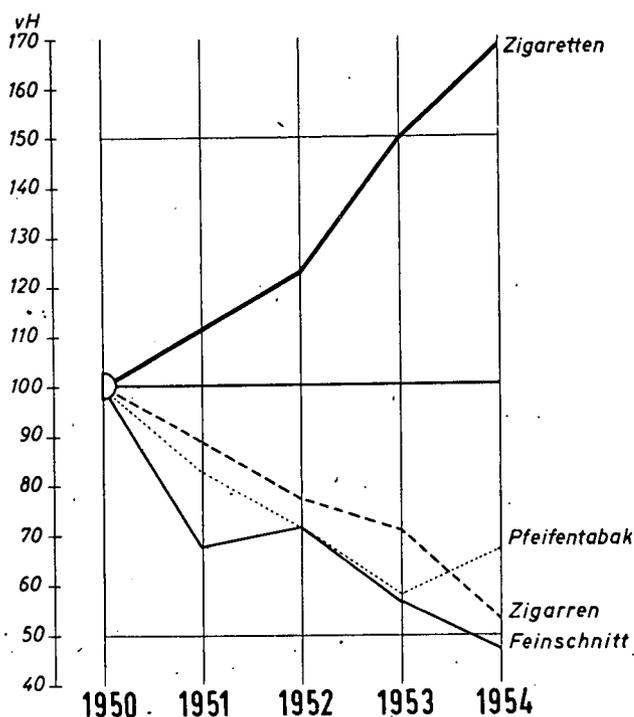
Die Ergebnisse der Tabaksteuerstatistik für das Rechnungsjahr 1954 lassen deutlich erkennen, daß sich die von den Zigarren- und Rauchtobakherstellern an die Herabsetzung der Steuerarten und Kleinverkaufspreise der Tabakwaren durch das Tabaksteuergesetz vom 6. Mai 1953 geknüpfte Erwartung einer beachtlichen Absatzsteigerung nicht verwirklicht hat. Der Rückgang der Versteuerung dieser Tabakerzeugnisse konnte nicht aufgehalten werden, wie nebenstehendes Schaubild eindeutig zeigt. Dagegen hat sich die auch in den Vorjahren bestehende Tendenz einer Konsumausweitung bei Zigaretten in den beiden letzten Jahren verstärkt fortgesetzt.

Die Menge der versteuerten Zigaretten stieg 1954 auf 168,3 vH des Ergebnisses für 1950 an, während bei Feinschnitt nur noch 47,1 vH und bei Zigarren nur 53,2 vH der Mengen dieses Vergleichsjahres versteuert worden sind.

An Umsatzzahlen liegen nur die Ergebnisse für das Rechnungsjahr 1953 aus der vierteljährlichen Umsatzsteuerstatistik vor. In dieser Statistik werden alle Betriebe mit mehr als 20 000 DM Jahresumsatz erfaßt. Danach hat die hamburgische Tabakwarenindustrie einschließlich der auswärtigen Betriebsstätten für 1 587,7 Millionen DM Tabakwaren umgesetzt. Das Handwerk — insbesondere Kleinbetriebe des Zigarrengewerbes — brachte es auf 0,5 Millionen DM. Im Großhandel mit Tabakwaren sind 113,6 Millionen DM, mit Roh- tabak 1,2 Millionen DM umgesetzt worden, während sich der Umsatz des Einzelhandels (nur Fachgeschäfte) auf 133,6 Millionen DM stellte. Ins-

gesamt sind also im Rechnungsjahr 1953 von allen Betrieben der Tabakbranche, die ihren Sitz in Hamburg haben, Umsätze in Höhe von 1,8 Milliarden DM erzielt worden.

Menge der versteuerten Tabakwaren in Hamburg in den Rechnungsjahren 1950-1954 (1950=100)



Statistisches Landesamt Hamburg

Die vom Fiskus gehegte Befürchtung, die zum Teil erheblichen Herabsetzungen der Steuersätze würden zu einer Schmälerung des Tabaksteueraufkommens führen, ist durch die Absatzsteigerung bei Zigaretten gegenstandslos geworden. Im Gegenteil, **der Steuerwert aller in Hamburg versteuerten Tabakwaren hat im Rechnungsjahr 1954 erstmalig die beachtliche Summe von mehr als ½ Milliarde DM, nämlich rd. 509 Millionen DM erreicht.**

Übersicht 5

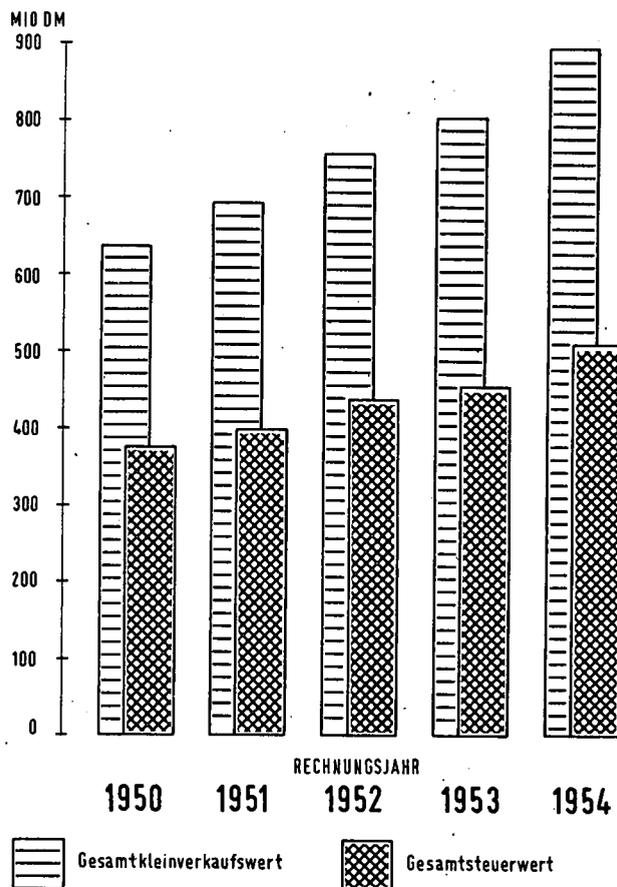
Steuerwert der in Hamburg ausgelieferten Tabaksteuerzeichen

Rechnungsjahr	Steuerwert der ausgelieferten Tabaksteuerzeichen				
	insgesamt	davon entfallen auf			
		Zigaretten	Zigarren	Feinschnitt	Pfeifentabak
	in 1000 DM				
1950	377 142	364 159	4 379	6 615	1 988
1951	401 723	392 020	3 994	4 076	1 633
1952	435 246	426 431	3 515	3 934	1 365
1953	455 884	450 488	2 511	2 127	758
1954	508 710	504 284	1 898	1 623	905
	in vH				
1950	100	96,6	1,2	1,7	0,5
1951	100	97,6	1,0	1,0	0,4
1952	100	98,0	0,8	0,9	0,3
1953	100	98,8	0,5	0,5	0,2
1954	100	99,1	0,4	0,3	0,2

Von diesen 509 Millionen⁰ DM entfallen rund 504 Millionen DM oder 99,1 vH allein auf Zigaretten. Dagegen wirken die Steuerwertzahlen von Zigarren und Rauchtobak mit zusammen rd. 5 Millionen DM recht unscheinbar. Diese Entwicklung der Steuerwerte beruht im wesentlichen auch — abgesehen von dem Größenverhältnis der versteuerten Mengen — auf der relativ sehr hohen Steuerbelastung der Zigarette (57,34 vH des Kleinverkaufspreises), wogegen Zigarren und Rauchtobak einer weit geringeren relativen Steuer unterliegen.

Der dem Steuerwert korrespondierende **Kleinverkaufswert aller in Hamburg versteuerten Tabakwaren belief sich im Rechnungsjahr 1954 auf rd. 895 Millionen DM.** Er liegt damit um 18,1 vH über dem Ergebnis des der Steuersenkung vorangegangenen Rechnungsjahres 1952 und um 11,6 vH über dem Vorjahrsergebnis. Allein bei Zigaretten ist gegenüber 1953 eine Erhöhung des Gesamtkleinverkaufswertes von 116 Millionen DM zu verzeichnen. Dagegen hat der Absatzzrückgang bei Zigarren und Feinschnitt zu einer relativ recht hohen Verminderung des Kleinverkaufswertes (—20,8 vH bzw. —19,5 vH) geführt. Auffällig ist, daß der seit Jahren in Hamburg stetig zurückgegangene Absatz von Pfeifentabak im Jahre 1954 zum ersten Male wieder angestiegen ist. Der Gesamtkleinverkaufswert des versteuerten Pfeifentabaks erfuhr dadurch eine Steigerung von rd. 25 vH gegenüber 1953.

Gesamtkleinverkaufs- und Steuerwert aller in Hamburg versteuerten Tabakwaren



Statistisches Landesamt Hamburg

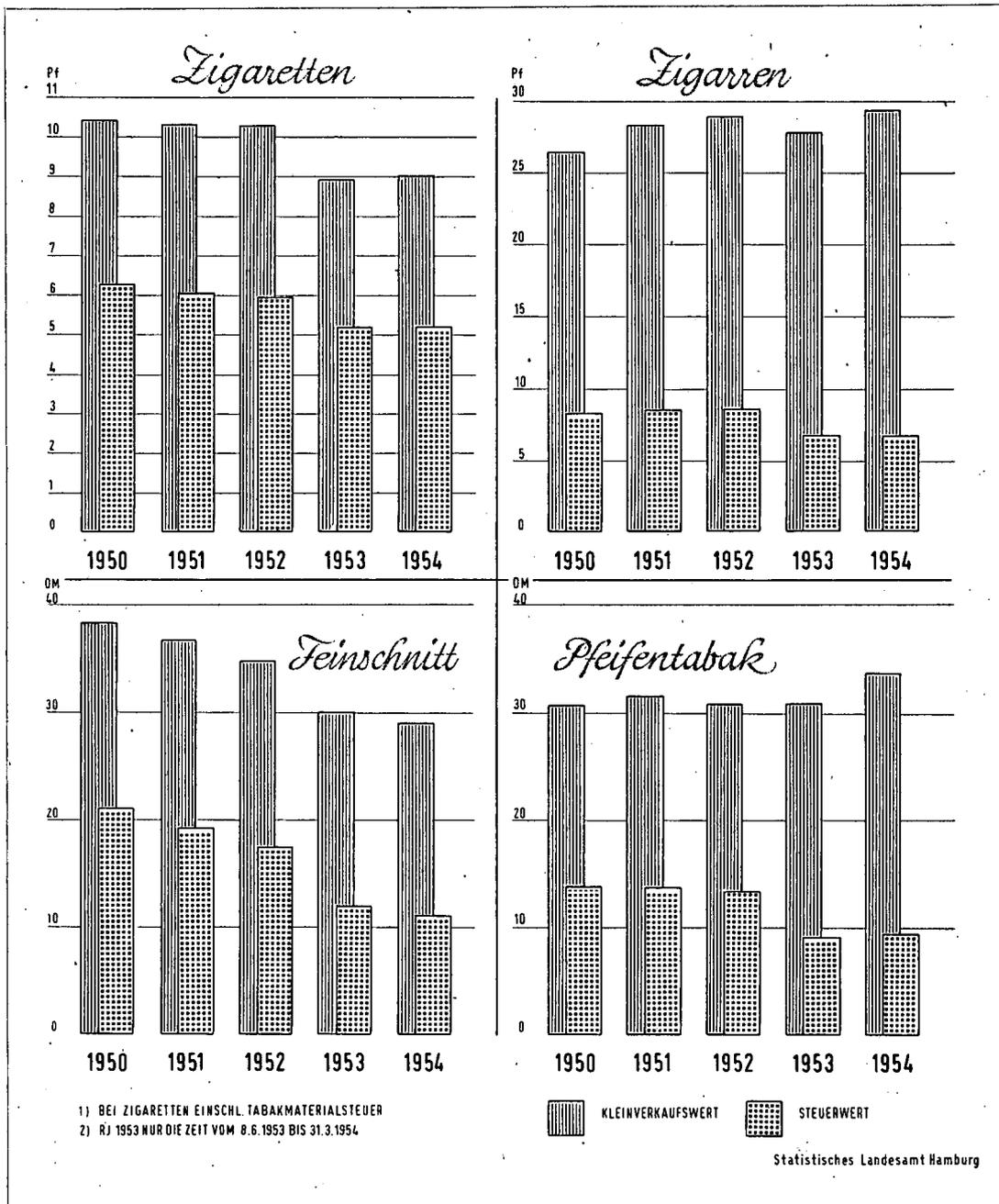
Übersicht 6

Kleinverkaufswert der in Hamburg ausgelieferten Tabaksteuerzeichen

Rechnungsjahr	Kleinverkaufswert der ausgelieferten Tabaksteuerzeichen				
	insgesamt	davon entfallen auf			
		Zigaretten	Zigarren	Feinschnitt	Pfeifentabak
	in 1000 DM				
1950	637 293	606 938	13 911	12 027	4 417
1951	695 124	670 359	13 229	7 787	3 750
1952	757 981	735 226	11 788	7 791	3 176
1953	802 011	783 676	10 422	5 320	2 593
1954	895 246	879 464	8 253	4 280	3 249
	in vH				
1950	100	95,2	2,2	1,9	0,7
1951	100	96,4	1,9	1,1	0,6
1952	100	97,0	1,6	1,0	0,4
1953	100	97,7	1,3	0,7	0,3
1954	100	98,2	0,9	0,5	0,4

Dieses bemerkenswerte Anwachsen des Kleinverkaufswertes beruht vor allem auf dem um rd. 12,3 vH gestiegenen Ausstoß von versteuerten Zigaretten. Daneben ist aber auch gegenüber dem Vorjahr (hier nur die Zeit ab Inkrafttreten des neuen Tabaksteuergesetzes) der durchschnittliche Kleinverkaufspreis bei Zigaretten um 0,17 Pf je Stück gestiegen, was sich bei einer Jahresmenge von rd. 10 Milliarden Stück wesentlich auswirkt.

Durchschnittliche Kleinverkaufspreise der in Hamburg versteuerten Tabakwaren und deren Belastung mit Tabaksteuer¹⁾ in den Rechnungsjahren 1950 bis 1954²⁾



Wie vorstehendes Schaubild erkennen läßt, haben im Rechnungsjahr 1954 die durchschnittlichen Kleinverkaufspreise bei allen Tabakerzeugnissen mit Ausnahme des Feinschnitts gegenüber dem Vorjahre angezogen, bei Zigarren und Pfeifentabak liegen sie sogar noch über den Werten von 1950. Das bedeutet, daß 1954 — alle Tabakerzeugnisse zusammengenommen — nicht nur mengenmäßig mehr geraucht worden ist, sondern auch bessere Qualitäten bevorzugt worden sind.

Im Bundesgebiet belief sich der Gesamtkleinverkaufswert aller Tabakwaren 1954 auf rund 4,7 Milliarden DM gegen 4,5 Milliarden DM im Vorjahr. Der Anteil Hamburgs hieran stellte sich 1954 auf 19,1 vH (1953: 17,9 vH).

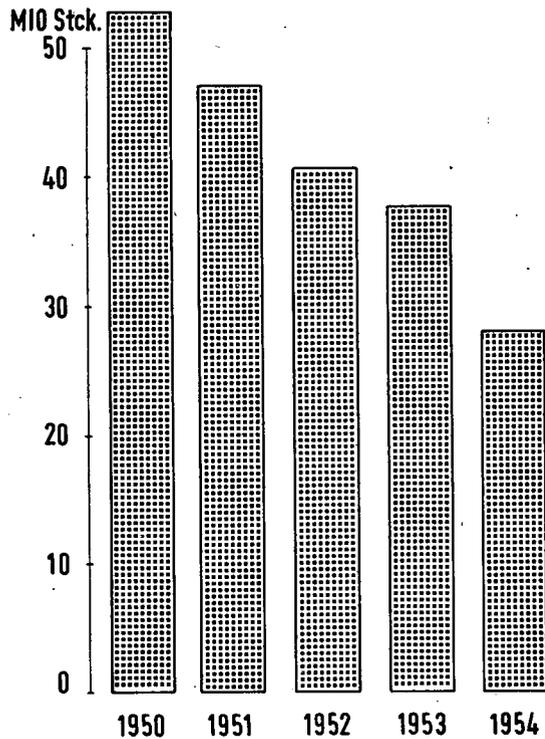
2. Zigarren

Im Gegensatz zu der Situation im Bundesgebiet, wo im Rechnungsjahr 1954 die Versteuerung von Zigarren mengenmäßig um 0,6 vH gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, hat sich die Menge der in Hamburg versteuerten Zigarren im gleichen Zeitraum um rd. ein Viertel vermindert.

Mit rd. 28 Millionen Stück lag die hamburgische Zigarrenversteuerung 1954 beträchtlich unter dem Vorkriegsstand (1936 = rd. 35 Millionen Stück). Die 1953 erfolgte Herabsetzung des Steuersatzes hat den stetigen Absatzrückgang also nicht aufhalten können. In Hamburg sind nur Klein- und Mittelbetriebe dieses Gewerbes ansässig; die wirtschaft-

liche Lage dieser Betriebe ist trotz der Erleichterungen durch die Steuersenkung weiterhin recht angespannt.

In Hamburg versteuerte Zigarren



Statistisches Landesamt Hamburg

Die Steuererleichterung hat dazu geführt, daß die durchschnittliche Steuerbelastung einer Zigarre von rd. 30 vH des Kleinverkaufspreises im Jahre 1952 auf 23 vH im Jahre 1954 zurückgefallen ist,

Übersicht 7

Versteuerte Zigarren

Rechnungs-jahre	Menge	Steuerwert	Kleinverkaufswert
	in 1000 Stück	in 1000 DM	
1950	52 712	4 379	13 911
1951	46 906	3 994	13 229
1952	40 786	3 515	11 788
1953	37 539	2 511	10 422
1954	28 051	1 898	8 253

Übersicht 8

Steuerbelastung¹⁾ der Zigarre

Rechnungs-jahre	Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für eine Zigarre		Durchschnittliche Steuerbelastung einer Zigarre		
	in Pf.	im Vergleich zu 1950 in vH	in vH des Kleinverkaufspreises	in Pfennig	
				absolut	im Vergleich zu 1950 in vH
1950	26,39	100	31,48	8,31	100
1951	28,20	106,9	30,19	8,51	102,4
1952	28,90	109,5	29,82	8,62	103,7
1953	27,76	105,2	24,09	6,69	80,5
1954	29,42	111,5	23,00	6,77	81,5

¹⁾ Nur Tabaksteuer.

oder anders gesagt, der Betrag, mit dem der Staat am Verkaufserlös jeder gerauchten Zigarre durch die Erhebung der Tabaksteuer partizipiert, hat sich von durchschnittlich 8,62 Pf im Jahre 1952 auf 6,77 Pf im Jahre 1954 reduziert.

Während die Versteuerung von Zigarren mengenmäßig auch weiterhin eine rückläufige Tendenz aufweist, hat sich der durchschnittliche Kleinverkaufspreis gegenüber der Zeit vor der Steuersenkung noch erhöht. 29,42 Pf war der Verbraucherpreis, der im Schnitt des Jahres 1954 für jede in Hamburg versteuerte Zigarre aufgewendet worden ist, während der entsprechende Wert für das ganze Bundesgebiet bei 18,87 Pf gelegen hat. In Hamburg werden also bevorzugt Zigarren in höheren Preisklassen versteuert. Die Skala der Preisklassen reichte 1954 von 10 Pf bis zu 9 DM je Stück. 1954 hat erstmalig wieder die 20-Pf-Preisklasse mit 17,8 vH aller versteuerten Zigarren die Führung übernommen, gefolgt von der 10-Pf-Preisklasse (15,4 vH), der 30-Pf-Preisklasse (15,2 vH) und der 40-Pf-Preisklasse (12,4 vH).

Eine Gegenüberstellung der versteuerten Zigarrenmengen im Bundesgebiet, nach Ländern gegliedert, zeigt die völlig untergeordnete Rolle, die Hamburg in der Versteuerung von Zigarren spielt.

Übersicht 9

Zigarrenversteuerung im Bundesgebiet

Länder	Menge der versteuerten Zigarren im Rechnungsjahr				Veränderung 1953-1954 in vH
	1953		1954		
	1000 Stück	in vH	1000 Stück	in vH	
Baden-Württemb.	1 966 352	45,7	1 986 036	45,9	+ 1,0
Bayern	258 201	6,0	214 800	5,0	- 16,8
Bremen	73 483	1,7	68 673	1,6	- 6,5
Hamburg	37 539	0,9	28 051	0,6	- 25,3
Hessen	285 523	6,6	252 691	5,8	- 11,5
Niedersachsen	110 259	2,6	110 553	2,6	+ 0,3
Nordrhein-Westfalen	1 460 574	33,9	1 571 735	36,3	+ 7,6
Rheinland-Pfalz	83 194	1,9	71 267	1,6	- 14,3
Schleswig-Holstein	31 332	0,7	27 485	0,6	- 12,3
Bundesgeb. insgesamt	4 306 457	100	4 331 291	100	+ 0,6

Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für eine Zigarre

	im Rechnungsjahr				
	1950	1951	1952	1953	1954
Bundesgebiet	19,12 Pf	18,80 Pf	18,46 Pf	18,69 Pf	18,87 Pf
Hamburg	26,39 Pf	28,21 Pf	28,90 Pf	27,76 Pf	29,42 Pf

Nur 0,6 vH der Gesamtversteuerung im Bundesgebiet machen die rd. 28 Millionen Stück Zigarren aus, die 1954 in Hamburg versteuert worden sind. Eine nennenswerte Steigerung der versteuerten Mengen weisen 1954 nur die beiden in der Zigarrenherstellung führenden Länder des Bundesgebietes

tes Baden-Württemberg (+ 20 Millionen Stück) und Nordrhein-Westfalen (+ 111 Millionen Stück) auf, während alle anderen Länder mehr oder weniger starke Absatzrückgänge bzw. einen Gleichstand aufweisen. Allerdings lassen sich aus diesen Zahlen keine exakten Rückschlüsse auf die Entwicklung der in den einzelnen Ländern hergestellten Zigarrenmengen ziehen, da in wesentlichem Umfang Zigarren aus Steuerlagern versteuert werden, die von Firmen aus verschiedenen Ländern beschickt werden.

Je Einwohner wurden 1954 im Bundesgebiet 86 versteuerte Zigarren verbraucht. Gegenüber 1938 (Reichsdurchschnitt: 133 Stück) liegt der Verbrauch immer noch um 35,3 vH niedriger, ein Zeichen dafür, daß in der Kriegs- und Nachkriegs-

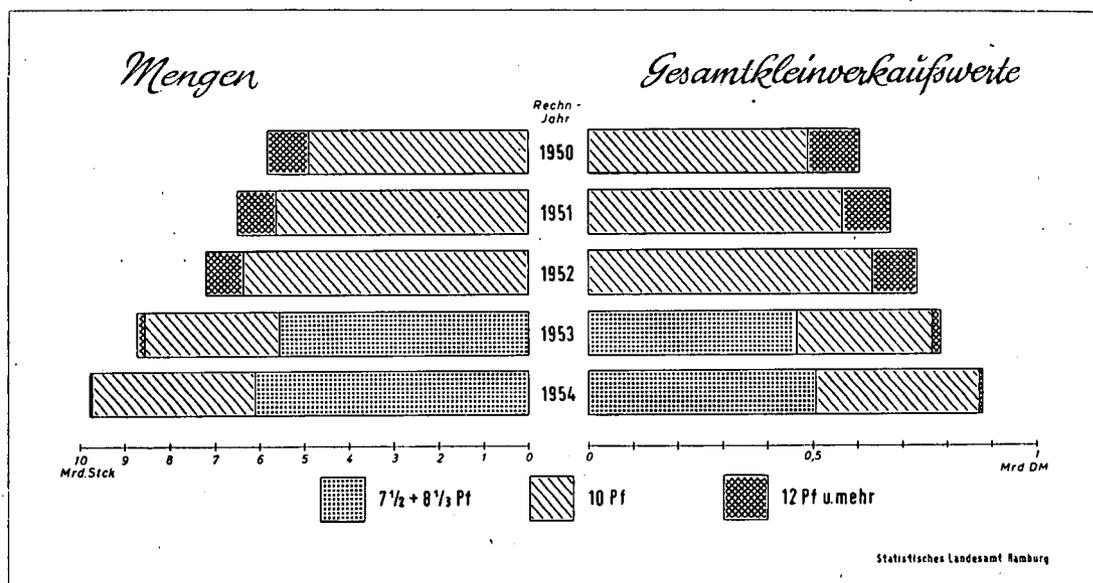
zeit ein entscheidender Wandel in der Geschmacksrichtung des deutschen Rauchers eingetreten ist.

3. Zigaretten

Fast 10 Milliarden, nämlich 9 800 Millionen, Stück Zigaretten sind im Rechnungsjahr 1954 in Hamburg versteuert worden. Diese Menge, nebeneinandergelegt, würde ein Band von rd. 82 000 km ergeben, das also zweimal die ganze Erdkugel umspannen könnte.

Die versteuerten Zigaretten repräsentieren einen Kleinverkaufswert von rd. 879 Millionen DM und bedeuten für den Fiskus eine Tabaksteuereinnahme von mehr als einer halben Milliarde DM, nämlich 504 Millionen DM.

**Mengen und Kleinverkaufswerte
der in Hamburg versteuerten Zigaretten nach Preisklassen**



Die hamburgische Zigarettensteuerung hat damit mengenmäßig den Vorkriegsstand (1936: 8,5 Milliarden Stück) um 14,7 vH und wertmäßig um 164,6 vH überschritten, während der Steuerwert aller versteuerten Zigaretten (1936: 103 Millionen DM) sich nahezu verfünffacht hat.

Übersicht 10

Versteuerte Zigaretten

Rechnungsjahre	Menge	Steuerwert	Kleinverkaufswert
	in Mio Stück	in 1000 DM	
1950	5 824,4	364 159	606 938
1951	6 486,7	392 020	670 359
1952	7 151,0	426 431	735 226
1953	8 726,2	450 488	783 676
1954	9 800,4	504 284	879 464

Wesentlich zu dieser Absatzsteigerung hat die Senkung der Kleinverkaufspreise und der Steuertarife durch das Tabaksteuergesetz vom 6. Juni 1953 beigetragen, vor allem die Herabsetzung des Verbraucherpreises in der Hauptpreisklasse von 10 Pf auf 8 1/2 Pf. Damit haben sich die von der Zigaretten-

industrie in diese Steuersenkung gesetzten Erwartungen voll erfüllt. Eine Erhöhung des Zigarettenausstoßes würde zweifellos auch ohne diesen Steuerabbau eingetreten sein, da eine Tendenz zur Absatzsteigerung auch in den Vorjahren zu verzeichnen gewesen ist, jedoch sicherlich nicht in dieser sprunghaften Form.

Außer einem steigenden Absatz ist auch eine leichte Erhöhung des durchschnittlichen Kleinverkaufspreises festzustellen. Dieser belief sich 1954 auf 8,97 Pf, während er 1953 (nur die Zeit nach der Steuersenkung gerechnet) bei 8,80 Pf je Stück gelegen hat. **Es sind also 1954 nicht nur bedeutend mehr Zigaretten geraucht worden, sondern es sind auch allgemein bessere Qualitäten bevorzugt worden.** So ist der Anteil der 10-Pf-Preisklasse im Jahre 1954 auf 37,4 vH gestiegen gegenüber 1953 (8. 6. — 31. 3.) mit nur 26,7 vH. Mit 61,9 vH der Gesamtsteuerung war die 8 1/2-Pf-Zigarette die meistgefragte, während die blonde 7 1/2-Pf-Zigarette mit rd. 26 Millionen Stück oder 0,3 vH aller versteuerten Zigaretten nur wenig Liebhaber gefunden hat (1953: rd. 40 Millionen Stück). Der vom Gesetzgeber mit der Einführung dieser Zigarette beab-

sichtigten Stützungsaktion für die kleinen und mittleren Betriebe ist also nur ein geringer Erfolg beschieden gewesen.

Die Herabsetzung der Kleinverkaufspreise und die Senkung des Steuertarifes durch das Gesetz vom 6. 5. 1953 führten zu einer wesentlichen Minderung der durchschnittlichen Steuerbelastung der Zigarette, obwohl der Steuertarif (Anteil der Steuer am Kleinverkaufspreis) nur geringfügig ermäßigt worden ist. Während 1952, dem Jahr vor der Steuersenkung, die durchschnittliche Steuerbelastung einer Zigarette 58,00 vH des Kleinverkaufspreises betragen hat, ist dieser Steueranteil 1954 mit 57,34 vH immer noch sehr hoch, gemessen am Vorkriegsstand (1936 = 30 vH). Das bedeutet, daß 1954 jede in Hamburg versteuerte Zigarette dem Fiskus 5,15 Pf eingebracht hat gegen 1,21 Pf im Jahre 1936.

Übersicht 11

Steuerbelastung der Zigarette¹⁾

Rechnungsjahre	Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für 10 Zigaretten		Durchschnittliche Steuerbelastung von 10 Zigaretten		
	in Pf	im Vergleich zu 1950 in vH	in vH des Kleinverkaufspreises	in Pfennig	
				absolut	im Vergleich zu 1950 in vH
1950	104,21	100	60,00	62,53	100
1951	103,34	99,2	58,48	60,43	96,6
1952	102,81	98,7	58,00	59,63	95,4
1953	89,81	86,2	57,48	51,62	82,6
1954	89,74	86,1	57,34	51,46	82,3

¹⁾ Ohne Tabakmaterialsteuer und ohne Tabakzoll.

Im ganzen Bundesgebiet sind 1954 rd. 40 Milliarden Stück Zigaretten mit einem Gesamtkleinverkaufswert von rd. 3,4 Milliarden DM und einem Steuerwert von rd. 2,0 Milliarden DM versteuert worden. Rund ein Viertel aller im Bundesgebiet versteuerten Zigaretten entstammen hamburgischen Betrieben. Gegenüber 1953 beträgt die Zuwachsrate der 1954 im Bundesgebiet versteuerten Zigaretten 3443 Millionen Stück, davon entfallen allein auf Hamburg 1074 Millionen Stück.

Übersicht 12

Zigarettenversteuerung im Bundesgebiet

Länder	Menge der versteuerten Zigaretten im Rechnungsjahr				Veränderung 1953-1954 in vH
	1953		1954		
	Mio Stück	vH	Mio Stück	vH	
Baden					
Württemb.	4 213,9	11,5	5 102,6	12,7	+ 21,1
Bayern	7 329,8	20,0	8 951,6	22,4	+ 22,1
Bremen					
Hamburg	8 726,2	23,8	9 800,4	24,5	+ 12,3
Hessen	216,0	0,6	145,3	0,4	- 32,7
Niedersachsen ¹⁾	8 456,2	23,1	7 912,0	19,8	- 6,4
Nordrhein-Westfalen	566,7	1,6	380,7	0,9	- 32,8
Rheinland-Pfalz	3 483,2	9,5	4 343,9	10,8	+ 24,7
Schleswig-Holstein	3 610,0	9,9	3 408,6	8,5	- 5,6
Bundesgebiet insgesamt	36 602,0	100	40 045,1	100	+ 9,4

¹⁾ Einschließlich Bremen.

Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für eine Zigarette

	im Rechnungsjahr				
	1950	1951	1952	1953	1954
Bundesgebiet	10,15 Pf	10,14 Pf	10,15 Pf	8,73 Pf	8,59 Pf
Hamburg	10,42 Pf	10,33 Pf	10,28 Pf	8,98 Pf	8,97 Pf

Neben Hamburg haben auch die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ihre Zigarettenversteuerung mengenmäßig gegenüber 1953 stark ausweiten können. Den Hauptanteil an der Aufwärtsentwicklung des Zigarettenverbrauchs trägt Bayern mit einer Mehrversteuerung von rd. 1,6 Milliarden Stück. Alle anderen Länder haben mehr oder weniger starke Einbußen zu verzeichnen.

Der Verbrauch je Einwohner im Bundesgebiet errechnet sich für 1954 auf 777 Stück, das sind 12,3 vH mehr als 1938 (692 Stück). Bei einem Durchschnittspreis von 8,59 Pf bedeutet dies, daß auf den Kopf der westdeutschen Bevölkerung im Jahre 1954 66,74 DM für Zigaretten aufgewendet worden sind.

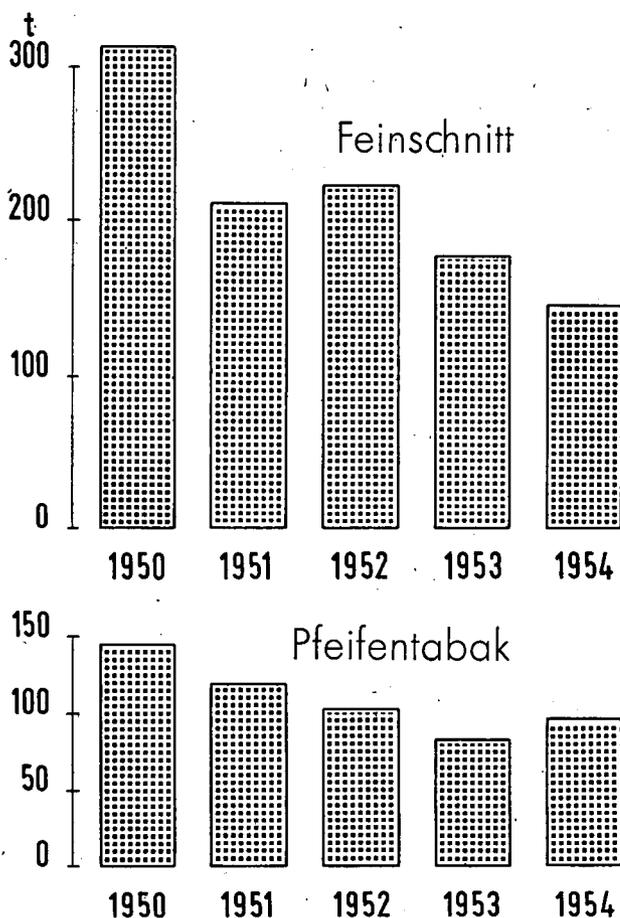
4. Rauchtabak

Der Absatz von Feinschnitt in Hamburg ist 1954 auf einem neuen Tiefstand angelangt. Nur rd. 147 000 kg sind in diesem Jahr versteuert worden. Damit hat sich in Hamburg, wie auch im übrigen Bundesgebiet, die Tendenz des Absatzrückgangs trotz der 1953 erfolgten Preis- und Steuersenkungen weiter fortgesetzt. Versteuert worden ist in der Hauptsache der steuerbegünstigte Feinschnitt, d. h. Feinschnitt mit mindestens 50 vH Inlandtabak. Der Anteil dieser Art des Feinschnitts an der Gesamtmenge hat sich 1954 auf 94 vH (1953: 92,2 vH) ausgedehnt, und zwar entfiel auf die Preisklasse 27 DM je Kilogramm ein Anteil von 62,1 vH und auf die Preisklasse 30 DM je Kilogramm ein solcher von 22,8 vH. Von dem Feinschnitt ohne Beimischung war die Preisklasse 45 DM je Kilogramm (3,7 vH der Gesamtmenge) die meistgefragte.

Der Grund für diesen Absatzrückgang bei Feinschnitt wird wohl darin liegen, daß eine größere Anzahl sogenannter „Selbstdreher“ die Selbstanfertigung von Zigaretten zugunsten der fertig gekauften Zigarette eingeschränkt hat. Bei einem durchschnittlichen Kleinverkaufspreis von 29,05 DM je Kilogramm im Rechnungsjahr 1954 versteuerten Feinschnitts belaufen sich die Kosten je selbstgedrehte Zigarette auf etwa 4 Pf das Stück. Unter Berücksichtigung des großen Qualitätsunterschiedes zur fertigen 8½-Pf-Zigarette reicht diese Differenz in vielen Fällen heute nicht mehr aus, um den Verbraucher zum Selbstdrehen in altem Umfang zu bestimmen. Der Feinschnitt ist eben im Verhältnis zur Zigarette gegenüber der Vorkriegszeit viel stärker im Preise angestiegen, obwohl das Verhältnis der Steuerbelastung des Feinschnitts zu der der Zigarette sich gerade umgekehrt entwickelt hat. So liegt der durchschnittliche Kleinverkaufspreis für 1 Kilogramm Feinschnitt in Hamburg im Rechnungsjahr 1954 gegenüber 1936 um 172,0 vH höher (die entsprechende Zahl bei der Zigarette ist 130,6 vH), während die durchschnittliche absolute Steuer-

belastung im gleichen Zeitraum sich um 169,9 vH erhöht hat (bei der Zigarette stellt sich die Zunahme auf 326,3 vH).

In Hamburg versteuerter Rauchtabak



Statistisches Landesamt Hamburg

Übersicht 13

Versteuertes Feinschnitt

Rechnungs-jahre	Menge	Steuerwert	Kleinverkaufswert
	Kilogramm	in 1000 DM	
1950	313 072	6 615	12 027
1951	212 226	4 076	7 787
1952	223 920	3 934	7 791
1953	177 589	2 127	5 320
1954	147 366	1 623	4 280

Übersicht 14

Steuerbelastung¹⁾ des Feinschnitts

Rechnungs-jahre	Durchschnittlicher Kleinverkaufswert für ein Kilogramm Feinschnitt		Durchschnittliche Steuerbelastung von einem Kilogramm Feinschnitt		
	in DM	im Vergleich zu 1950 in vH	in vH des Kleinverkaufspreises	in DM	
				absolut	im Vergleich zu 1950 in vH
1950	38,42	100	55,00	21,13	100
1951	36,69	95,5	52,34	19,20	90,9
1952	34,80	90,6	50,49	17,57	83,2
1953	29,96	78,0	39,99	11,98	56,7
1954	29,05	75,6	37,92	11,01	52,1

¹⁾ Nur Tabaksteuer.

Die in Hamburg im Rechnungsjahr 1954 versteuerten rd. 147 000 kg Feinschnitt repräsentieren einen Kleinverkaufswert von rd. 4,3 Millionen DM und einen Steuerwert von rd. 1,6 Millionen DM. Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Kleinverkaufswert von 29,05 DM je Kilogramm, der sich fast genau mit dem bundesdurchschnittlichen Kleinverkaufswert (29,02 DM) deckt, da im ganzen Bundesgebiet die Anteile der einzelnen Preisklassen an der Gesamtmenge des versteuerten Feinschnitts in etwa den in Hamburg festzustellenden entsprechen.

Übersicht 15

Feinschnittversteuerung im Bundesgebiet

Länder	Menge des versteuerten Feinschnitts im Rechnungsjahr				Veränderung 1953-1954 in vH
	1953		1954		
	dz	vH	dz	vH	
Baden-					
Württemberg	5 043	3,8	5 174	4,3	+ 2,6
Bayern	4 025	3,0	3 954	3,3	- 1,8
Bremen	81 784	61,5	72 749	59,8	- 11,0
Hamburg	1 776	1,3	1 474	1,2	- 17,0
Hessen	545	0,4	455	0,4	- 16,5
Niedersachsen	4 526	3,4	4 652	3,8	+ 2,8
Nordrhein-					
Westfalen	26 987	20,3	27 169	22,3	+ 0,7
Rheinland-					
Pfalz	8 239	6,2	5 888	4,8	- 28,5
Schleswig-					
Holstein	96	0,1	72	0,1	- 25,0
Bundesgebiet insgesamt	133 021	100	121 587	100	- 8,6

Ebenso wie in Hamburg hat sich auch im übrigen Bundesgebiet die Tendenz eines Absatzrückganges fortgesetzt. 1954 sind im Bundesgebiet rd. 122 000 dz Feinschnitt versteuert worden gegen rd. 133 000 dz im Vorjahr, was einer Verminderung von 8,6 vH entspricht. An der Gesamtmenge des im Bundesgebiet versteuerten Feinschnitts ist Hamburg nur mit 1,2 vH beteiligt.

Durchschnittlicher Kleinverkaufswert für ein Kilogramm Feinschnitt.

	im Rechnungsjahr				
	1950	1951	1952	1953	1954
Bundes-					
gebiet	36,50 DM	35,04 DM	34,42 DM	29,69 DM	29,02 DM
Hamburg	38,42 DM	36,69 DM	34,80 DM	29,96 DM	29,05 DM

Der Verbrauch je Einwohner im Bundesgebiet stellt sich für 1954 auf 246 g, das sind 7,5 vH weniger als vor dem Kriege (1938 = 266 g). Wie sehr der Verbrauch von Feinschnitt in den letzten Jahren zurückgegangen ist, macht ein Vergleich mit 1950 ersichtlich, denn in diesem Jahre sind noch 323 g je Einwohner versteuert worden. Je Einwohner wurden 1954 im Bundesgebiet 7,14 DM für Feinschnitt ausgegeben.

Bei Pfeifentabak (Groschnitt) ist 1954 in Hamburg erstmalig nach Jahren eines stetigen Absatz-

rückgangs wieder eine Zunahme der versteuerten Menge festzustellen. Die Zuwachsrate stellt sich für 1954 gegenüber 1953 mit 15,1 vH relativ recht

Übersicht 16

Versteuerter Pfeifentabak

Rechnungs- jahre	Menge	Steuerwert	Kleinverkaufswert
	Kilogramm	in 1000 DM	
1950	144 316	1 988	4 417
1951	119 264	1 633	3 750
1952	102 877	1 365	3 176
1953	84 040	758	2 593
1954	96 688	905	3 249

hoch dar. Stärker noch als die Menge ist der Kleinverkaufswert gestiegen, der 1954 mit rd. 3,2 Millionen DM um 25,3 vH über dem entsprechenden Wert für 1953 gelegen hat. Der durchschnittliche Kleinverkaufspreis für ein Kilogramm Pfeifentabak errechnet sich für 1954 auf 33,60 DM, das sind 8,9 vH mehr als im Vorjahre 1953. Seit 1948 ist dies der höchste Durchschnittswert für in Hamburg versteuerten Pfeifentabak. Im ganzen Bundesgebiet hat der durchschnittliche Kleinverkaufspreis je Kilogramm Pfeifentabak 1954 nur rd. die Hälfte des hamburgischen erreicht, nämlich 16,89 DM.

Mit 22,1 vH der Gesamtmenge des versteuerten Pfeifentabaks hat 1954 die Preisklasse 50 DM je kg in Führung gelegen, gefolgt von den Preisklassen 40 DM je kg (19,2 vH), 16 DM je kg (13,9 vH), 12 DM je kg (13,1 vH) und 35 DM je kg (12,7 vH). Im Bundesgebiet lag das Schwergewicht der Besteuerung im gleichen Zeitraum mit 59,7 vH bei Pfeifentabak zu 16 DM je kg. Der nächstgrößte Anteil entfiel mit 9,1 vH auf Pfeifentabak zu 20 DM je kg.

Übersicht 17

Steuerbelastung¹⁾ des Pfeifentabaks

Rechnungs- jahre	Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für ein Kilogramm Pfeifentabak		Durchschnittliche Steuerbelastung von einem Kilogramm Pfeifentabak		
	in DM	im Vergleich zu 1950 in vH	in vH des Kleinverkaufspreises	in DM	
				absolut	im Vergleich zu 1950 in vH
1950	30,61	100	45,00	13,77	100
1951	31,44	102,7	43,54	13,69	99,4
1952	30,87	100,8	43,00	13,27	96,4
1953	30,85	100,8	29,21	9,01	65,4
1954	33,60	109,8	27,86	9,36	68,0

¹⁾ Nur Tabaksteuer.

Die durchschnittliche Steuerbelastung beträgt für 1954 in Hamburg versteuerten Pfeifentabak 27,86 vH des Kleinverkaufspreises, liegt also noch unter dem Wert der Vorkriegszeit (1936 = 32 vH). In absoluten Zahlen ausgedrückt stellen sich die entsprechenden Anteile auf 9,36 DM je kg im Jahre 1954 und auf 1,80 RM im Jahre 1936. Nach wie vor ist es also der Pfeifentabak, der von allen Tabakwaren im Vergleich zu 1936, also gegenüber der Vorkriegszeit, am höchsten im Kleinverkaufspreis gestiegen ist (1936 = 5,62 RM, 1954 = 33,60 DM) und somit trotz herabgesetzter Steuertarife die

höchste Steigerung der absoluten Steuerbelastung zu tragen hat. 1954 hat die Steuerbelastung des Pfeifentabaks auch nach der 1953 eingetretenen Steuersenkung immer noch rd. das Fünffache des Standes von 1936 betragen.

Übersicht 18

Die Besteuerung von Pfeifentabak im Bundesgebiet

Länder	Menge des versteuerten Pfeifentabaks im Rechnungsjahr				Veränderung 1953-1954 in vH
	1953		1954		
	dz	vH	dz	vH	
Baden-					
Württemberg	2 946	7,9	2 675	7,8	— 9,2
Bayern	8 596	23,1	3 429	10,0	— 60,1
Bremen	5 528	14,9	9 626	28,2	+ 74,1
Hamburg	840	2,3	967	2,8	+ 15,1
Hessen	458	1,2	353	1,0	— 22,9
Niedersachsen	517	1,4	365	1,1	— 29,4
Nordrhein-					
Westfalen	14 344	38,5	14 416	42,2	+ 0,5
Rheinland-					
Pfalz	3 812	10,2	2 164	6,3	— 43,2
Schleswig-					
Holstein	196	0,5	188	0,6	— 4,1
Bundesgebiet insgesamt	37 237	100	34 183	100	— 8,2

Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis für ein Kilogramm Pfeifentabak

	im Rechnungsjahr				
	1950	1951	1952	1953	1954
Bundes-					
gebiet	20,57 DM	20,06 DM	19,59 DM	16,70 DM	16,89 DM
Hamburg	30,61 DM	31,44 DM	30,87 DM	30,85 DM	33,60 DM

Der Anteil Hamburgs an der Gesamtbesteuerung von Pfeifentabak im Bundesgebiet macht für 1954 nur 2,8 vH der Gesamtmenge aus. Rund 34 000 dz Pfeifentabak sind in diesem Jahr im Bundesgebiet versteuert worden. Gegenüber dem Vorjahre entspricht diese Summe einem Rückgang von 8,2 vH. Die Entwicklung der versteuerten Mengen in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets ist recht unterschiedlich. So hat Bremen seinen Absatz um 74,1 vH steigern können, während auf der anderen Seite Bayern eine Einbuße von 60,1 vH zu verzeichnen hat.

Wertmäßig stellt die 1954 im Bundesgebiet abgesetzte Menge einen Kleinverkaufswert von 57,7 Millionen DM dar, in dem die Banderolsteuer mit 15,8 Millionen DM enthalten ist. Je Einwohner sind 1954 nur noch 69 g (1953: 76 g) verbraucht worden. Damit bleibt der Verbrauch von Pfeifentabak weit unter dem Vorkriegsstand (1938: 202 g), was neben der in den letzten Jahren eingetretenen Geschmacksänderung, die das Pfeiferrauchen immer mehr in den Hintergrund drängt, vor allem auch daran liegt, daß das Hauptabsatzgebiet für Pfeifentabak in der Vorkriegszeit in den mittel- und ostdeutschen Gebieten gelegen hat. Der je Einwohner im Bundesgebiet 1954 versteuerte Pfeifentabak stellt einen Wert von 1,17 DM dar.

D. Zusammenfassung

Die Herabsetzung der Steuersätze und der Kleinverkaufspreise durch das Tabaksteuergesetz vom 6. 5. 1953 brachte der in Hamburg ansässigen Zigarettenindustrie eine beträchtliche Steigerung des Zigarettenausstoßes. Im Rechnungsjahr 1952 waren es 7,2 Milliarden Stück Zigaretten, die in Hamburg versteuert wurden, 1953 stieg die Stückzahl auf 8,7 Milliarden, wobei zu berücksichtigen ist, daß in den ersten beiden Monaten dieses Rechnungsjahres noch die höheren Steuersätze galten. 9,8 Milliarden Stück erreichte die Zigarettenversteuerung im Rechnungsjahr 1954 und überschritt damit erheblich den Vorkriegsstand.

Die beachtliche Zunahme der versteuerten Zigarettenmengen zusammen mit der Versteuerung besserer Qualitäten bewirkten einen Anstieg der Steuerwerte trotz der Senkung der Steuersätze. 426 Millionen DM betrug der Steuerwert für Zigaretten im Rechnungsjahr 1952, 450 Millionen DM 1953 und 504 Millionen DM 1954.

Die Versteuerung von Zigarren und Rauchtobak erbrachte mit rd. 5 Millionen DM nur 0,9 vH des Steuerwerts aller in Hamburg versteuerten Tabakwaren, spielte also eine gänzlich nebengeordnete Rolle. Bei Zigarren und Feinschnitt konnte die rückläufige Tendenz des Absatzes auch durch die Steuersenkung vom Juni 1953 nicht aufgehoben werden. 1952 wurden 41 Millionen Zigarren ver-

steuert; 1953 waren es noch 38 Millionen und 1954 nur 28 Millionen Stück, die zur Versteuerung kamen. Beim Feinschnitt verlief die Entwicklung ähnlich. Von 2 239 dz im Rechnungsjahr 1952 fiel die versteuerte Menge auf 1776 dz in 1953 und 1474 dz in 1954 ab. Dagegen konnte die Versteuerung von Pfeifentabak im Jahre 1954 nach dem Tiefstand im vorangehenden Jahr (840 dz) wieder auf 967 dz ausgeweitet werden.

Der Gesamtkleinverkaufswert für alle Tabakwaren belief sich auf rd. 895 Millionen DM. In diesem Betrag ist die Bänderrolensteuer mit rd. 509 Millionen DM enthalten.

Die Ist-Einnahmen aus der Tabaksteuer in Hamburg haben im Rechnungsjahr 1954 rd. 504 Millionen DM für den Bundeshaushalt gebracht.

Im ganzen Bundesgebiet sind 1954 rd. 40 Milliarden Stück Zigaretten, 4,3 Milliarden Stück Zigarren, 12,2 Millionen kg Feinschnitt, 3,4 Millionen kg Pfeifentabak und 7,2 Milliarden Blatt Zigarettenpapier versteuert worden. Der Gesamtkleinverkaufswert aller im Bundesgebiet versteuerten Tabakwaren erreicht einen Betrag von rd. 4,7 Milliarden DM. Der hierauf entfallende Steueranteil macht rd. 2,3 Milliarden DM aus.

Je Kopf der Bevölkerung im Bundesgebiet sind 1954 versteuert worden:

Art der Tabakwaren	Mengen	Durchschnittlicher Kleinverkaufspreis	Kleinverkaufswert	Steuerwert
Zigarren	86 Stück	18,87 Pf/Stück	16,23 DM	3,73 DM
Zigaretten	777 Stück	8,59 Pf/Stück	66,74 DM	38,28 DM
Feinschnitt	246 Gramm	29,02 DM/kg	7,14 DM	2,70 DM
Pfeifentabak	69 Gramm	16,89 DM/kg	1,17 DM	0,32 DM
insgesamt			91,28 DM	45,03 DM

Umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung hat jeder Einwohner der Bundesrepublik im Rechnungsjahr 1954 insgesamt 86 Zigarren, 777 Zigaretten, 246 g Feinschnitt und 69 g Pfeifentabak im Gesamtwert von 91,28 DM verbraucht. Von diesem Betrag vereinnahmte der Fiskus fast die Hälfte,

nämlich 45,03 DM. Die Rauchleidenschaft der westdeutschen Bevölkerung hat der Bundeskasse rd. 2,3 Milliarden DM eingebracht und somit einen wesentlichen Beitrag zur Deckung der vielen Ausgaben des Bundes geleistet.

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

STATISTISCHES LANDESAMT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

DIE VERSTEUERUNG VON TABAKWAREN
IN HAMBURG

IN DEN

RECHNUNGSJAHREN
1947 BIS 1954

I n h a l t

Tabelle	1	Steuer- und Zollltarife für Tabak und Tabakwaren
"	2	Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg in der Zeit vom 1. April bis 7. Juni 1953
"	3	Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg in der Zeit vom 8. Juni 1953 bis 31. März 1954
"	4	Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg im Rechnungsjahr 1953.
"	5	Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg im Rechnungsjahr 1954
"	6	Steuerwerte der in Hamburg versteuerten Tabakwaren in den Rechnungsjahren 1947 bis 1954 nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten
"	7	Kleinverkaufswerte der in Hamburg versteuerten Tabakwaren in den Rechnungsjahren 1947 bis 1954 nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten
"	8	Mengen und durchschnittliche Kleinverkaufspreise der in Hamburg in den Rechnungsjahren 1947 bis 1954 versteuerten Tabakwaren nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten
"	9	Die Versteuerung von Zigaretten in Hamburg in den Rechnungsjahren 1936 und 1947 bis 1954 nach Preisklassen
"	10	Die Versteuerung von Zigarren in Hamburg in den Rechnungsjahren 1936 und 1947 bis 1954 nach Preisklassen
"	11	Die Versteuerung von Feinschnitt in Hamburg in den Rechnungsjahren 1936 und 1947 bis 1954 nach Preisklassen
"	12	Die Versteuerung von Pfeifentabak in Hamburg in den Rechnungsjahren 1936 und 1947 bis 1954 nach Preisklassen
"	13	Einnahmen aus Bundes- und Landessteuern im Bundesgebiet und in Hamburg in den Rechnungsjahren 1952 bis 1954

Tabelle 1

Steuer- und Zolltarife ¹⁾ für Tabak und Tabakwaren

Stand 1.9.1955

Art der Abgaben	Abgaben- bemessungs- grundlage	Abgabentarif
A. Tabaksteuer für		
Zigarren	Kleinver- kaufspreis	23 vH
Zigaretten im Kleinverkaufspreise		
von 7 1/2 Pf das Stück (mit mindestens 50 vH Inlandstabak)	1000 Stück	39,50 DM
" 7 1/2 Pf " "	"	41,50 "
" 8 1/3 Pf " "	"	48,00 "
" 10 Pf " "	"	57,00 "
" 12 1/2 Pf " "	"	71,00 "
" 15 Pf " "	"	85,00 "
weitere je 5 Pf das Stück	"	28,00 "
Feingeschnittener Rauchtabak		
Feinschnitt mit mindestens 50 vH Inlandstabak		
im Kleinverkaufspreise von 24 DM das Kilogramm	Kilogramm	7,44 "
" " " 27 DM " "	"	10,00 "
" " " 30 DM " "	"	11,25 "
" " " 35 DM " "	"	13,00 "
Kau-Feinschnitt		
im Kleinverkaufspreise von 32 DM das Kilogramm	"	5,60 "
" " " 35 DM " "	"	6,20 "
Anderer Feinschnitt		
im Kleinverkaufspreise von 45 DM das Kilogramm	"	21,40 "
" " " 50 DM " "	"	23,80 "
" " " 60 DM " "	"	28,60 "
weitere je 10 DM das Kilogramm	"	4,80 "
Pfeifentabak (Grobschnitt)		
Pfeifentabak ausschließlich aus Tabakrippen		
im Kleinverkaufspreise von 5 DM das Kilogramm	"	1,25 "
" " " 7,50 DM " "	"	1,90 "
Pfeifentabak mit mindestens 50 vH Tabakrippen		
im Kleinverkaufspreise von 12 DM das Kilogramm	"	3,00 "
Strangtabak		
im Kleinverkaufspreise von 12 DM das Kilogramm	"	2,04 "
" " " 15 DM " "	"	3,15 "
" " " 20 DM " "	"	4,20 "
Anderer Pfeifentabak		
im Kleinverkaufspreise von 16 DM das Kilogramm	"	4,50 "
" " " 20 DM " "	"	5,60 "
" " " 25 DM " "	"	7,00 "
" " " 30 DM " "	"	8,40 "
weitere je 5 DM das Kilogramm	"	1,40 "

1) Tabaksteuergesetz vom 6. Mai 1953 (BGBl. I S. 169) und Zolltarifgesetz vom 16. August 1951 (BGBl. I S. 527).

Steuer- und Zolltarife 1) für Tabak und Tabakwaren

Stand 1.9.1955

Art der Abgaben	Abgaben- bemessungs- grundlage	Abgabentarif
Noch: A. Tabaksteuer für:		
Kautabak im Kleinverkaufspreise von 10 DM das Kilogramm (ausschließlich aus Tabakrippen) " 35 Pf " Stück " 40 Pf " " weitere je 5 Pf das Stück	Kilogramm 1000 Stück " "	1,00 DM 22,00 " 25,20 " 3,20 "
Schnupftabak	Kleinver- kaufspreis	12 vH
Zigarettenhüllen (mit Ausnahme der zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten)	1000 Stück	1,00 DM
B. Besteuerung von Rohtabak (Tabaksteuerausgleich)		
Rohtabak ausländischer Herkunft " inländischer "	dz dz	2 250,- DM 750,- "
C. Tabakersatzstoffabgabe	dz	200,- "
D. Tabakzoll		
Tabakblätter, unbearbeitet, und Abfälle hiervon	dz	2) 180,- "
Tabakblätter, bearbeitet, und Abfälle hiervon	"	2) 390,- "
Tabakrippen und -stengel	"	2) 18,- "
Karotten, Stangen und Rollen zur Herstellung von Schnupftabak	"	2) 100,- "
Geschnittener Rauchtobak	"	"
feingeschnittener	"	3) 9000,- "
anderer \	"	3) 5000,- "
Kautabak und Schnupftabak	"	3) 5000,- "
Zigarren, Zigarrenwickel, Zigarillos	"	3) 7500,- "
Zigaretten	"	3) 9000,- "
Tabakmehl und Tabakstaub	"	3) 5000,- "
Tabakauszüge, Tabaklaugen und Tabaksoßen	"	2) 60,- "

1) Tabaksteuergesetz vom 6. Mai 1953 (BGBl. I S. 169) und Zolltarifgesetz vom 16. August 1951 (BGBl. I S. 527)

2) Dazu kommen nach § 5 Abs. 4 der Ausgleichsteuerordnung in der Fassung vom 8. Oktober 1952 eine Ausgleichsteuer in Höhe von 6 vH des Wertes

3) desgl. 4 vH Ausgleichsteuer (§ 5 Abs. 1).

Tabelle 2

Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg in der Zeit vom 1. April bis 7. Juni 1953

Preis- klassen Pf. je St.	Steuerwerte in 1000 DM	Mengen		Klein- verkaufswerte in 1000 DM
		in 1000 Stück	in vH	
Z i g a r r e n				
10	36	1 308	20,8	131
12	6	197	3,1	24
15	28	677	10,8	101
17	1	21	0,3	3
20	63	1 125	17,9	225
22	1	17	0,3	4
25	28	401	6,4	100
27	1	9	0,2	3
30	82	973	15,5	292
35	1	12	0,2	4
40	80	711	11,3	285
50	33	198	3,2	99
60	76	383	6,1	230
70	3	13	0,2	9
80	41	157	2,5	125
90	1	2	0,0	2
100	17	52	0,8	52
120	6	15	0,3	17
130	1	3	0,0	4
150	3	5	0,1	8
200	0	1	0,0	1
250	1	0	0,0	2
über 250	1	1	0,0	2
Insges.	510	6 281	100,0	1 723
Durchschnittl. Kleinverkaufspreis für das Stück: 27,44 Pf				
Z i g a r e t t e n				
10	55 548	957 727	89,6	95 773
12	3 201	45 985	4,3	5 518
12 1/2	4 408	60 797	5,7	7 599
15	413	4 753	0,4	713
Insges.	63 570	1 069 262	100,0	109 603
Durchschnittl. Kleinverkaufspreis für das Stück: 10,25 Pf				

Preis- klassen DM je kg	Steuerwerte in 1000 DM	Mengen		Klein- verkaufswerte in 1000 DM
		in Kilogramm	in vH	
F e i n s c h n i t t				
32	225	14 082	60,1	451
36	119	6 598	28,2	237
45	41	1 723	7,3	78
50	26	974	4,2	48
60	1	40	0,2	3
Insges.	412	23 417	100,0	817
Durchschnittl. Kleinverkaufspreis für das Kilogr.: 34,88 DM				
P f e i f e n t a b a k				
15	18	2 862	35,4	43
18	6	760	9,4	14
20	11	1 235	15,3	24
25	5	419	5,2	11
30	1	44	0,5	1
35	2	162	2,0	6
40	9	537	6,7	21
45	20	1 024	12,7	46
50	1	41	0,5	2
60	22	852	10,5	51
80	3	96	1,2	8
100	2	50	0,6	5
Insges.	100	8 082	100,0	232
Durchschnittl. Kleinverkaufspreis f.d. Kilogr.: 28,73 DM				
T a b a k w a r e n i n s g e s a m t				
.	64 592	.	.	112 375

Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg in der Zeit vom 8. Juni 1953 bis 31. März 1954

Preis klassen Pf. je St.	Steuerwerte in 1000 DM	Mengen		Klein- verkaufswerte in 1000 DM	Preis- klassen DM je kg	Steuerwerte in 1000 DM	Mengen		Klein- verkaufswerte in 1000 DM
		in 1000 Stck.	in vH				in Kilogramm	in vH	
Zigarren					Feinschnitt				
10	138	5 976	19,1	597	24	63	8 557	5,6	205
12	31	1 116	3,6	134	27	937	93 674	60,8	2 529
15	119	3 432	11,0	515	30	410	36 427	23,6	1 093
17	4	93	0,3	16	35	59	4 520	2,9	158
20	266	5 779	18,5	1 156	45	152	7 090	4,6	319
22	5	107	0,3	23	50	85	3 584	2,3	180
25	133	2 316	7,4	579	60	9	320	0,2	19
27	3	46	0,2	12	insges.	1 715	154 172	100,0	4 503
30	306	4 444	14,2	1 333	Durchschnittl. Kleinverkaufspreis f. d. Kilogr.: 29,21 DM				
35	6	71	0,2	25	Pfeifentabak				
40	329	3 577	11,5	1 431	5	0	8	0,0	0
50	125	1 088	3,5	544	12	31	10 256	13,5	123
60	266	1 931	6,2	1 158	16	78	17 266	22,7	276
70	3	18	0,1	13	20	33	5 928	7,8	119
80	152	822	2,6	658	25	1	208	0,3	5
90	0	3	0,0	3	30	32	3 844	5,1	116
100	74	321	1,0	321	35	80	8 156	10,7	285
120	19	71	0,2	86	40	166	14 782	19,5	591
130	1	3	0,0	4	45	11	901	1,2	41
150	8	24	0,1	35	50	166	11 859	15,6	593
200	4	7	0,0	15	70	35	1 770	2,3	124
220	1	2	0,0	5	90	25	980	1,3	88
250	1	2	0,0	4	insges.	658	75 958	100,0	2 361
über 250	7	9	0,0	32	Durchschnittl. Kleinverkaufspreis f. d. Kilogr.: 31,08 DM				
insges.	2 001	31 258	100,0	8 699	Tabakwaren insgesamt				
Durchschnittl. Kleinverkaufspreis f. d. Stück: 27,83 Pf.					insges.	391 292	.	.	689 636
Zigaretten									
7 1/2	1 662	40 039	0,5	3 003					
8 1/3	264 985	5 520 516	72,1	460 043					
10	116 533	2 044 440	26,7	204 444					
12 1/2	3 453	48 640	0,6	6 080					
15	285	3 352	0,1	503					
insges.	386 918	7 656 987	100,0	674 073					
Durchschnittl. Kleinverkaufspreis für das Stck: 8,80 Pf.									

Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg im Rechnungsjahr 1953

Preis- klassen Pf. je St.	Steuerwerte in 1000 DM	Mengen		Klein- verkaufswerte in 1000 DM	Preis- klassen DM je kg	Steuerwerte in 1000 DM	Mengen		Klein- verkaufswerte in 1000 DM
		in 1000 Stück	in v H				in Kilogramm	in v H	
Zigarren					Feinschnitt				
10	174	7 284	19,4	728	24	63	8 557	4,8	205
12	37	1 313	3,5	158	27	937	93 674	52,8	2 529
15	147	4 109	11,0	616	30	410	36 427	20,5	1 093
17	5	114	0,3	19	32	225	14 082	7,9	451
20	329	6 904	18,4	1 381	35	59	4 520	2,5	158
22	6	124	0,3	27	36	119	6 598	3,7	237
25	161	2 717	7,3	679	45	193	8 813	5,0	397
27	4	55	0,2	15	50	111	4 558	2,6	228
30	388	5 417	14,4	1 625	60	10	360	0,2	22
35	7	83	0,2	29	Insges.	2 127	177 589	100,0	5 320
40	409	4 288	11,4	1 716	Dagegen Rj.				
50	158	1 286	3,4	643	1952/53	3 934	223 920	100,0	7 791
60	342	2 314	6,2	1 388	1951/52	4 076	212 226	100,0	7 787
70	6	31	0,1	22	1950/51	6 615	313 072	100,0	12 027
80	193	979	2,6	783	Pfeifentabak				
90	1	5	0,0	5	5	0	8	0,0	0
100	91	373	1,0	373	12	31	10 256	12,2	123
120	25	86	0,2	103	15	18	2 862	3,4	43
130	2	6	0,0	8	16	78	17 266	20,6	276
150	11	29	0,1	43	18	6	760	0,9	14
200	4	8	0,0	16	20	44	7 163	8,5	143
220	1	2	0,0	5	25	6	627	0,7	16
250	2	2	0,0	6	30	33	3 888	4,6	117
über 250	8	10	0,0	34	35	82	8 318	9,9	291
Insges.	2 511	37 539	100,0	10 422	40	175	15 319	18,2	612
Dagegen Rj.					45	31	1 925	2,3	87
1952/53	3 515	40 786	100,0	11 788	50	167	11 900	14,2	595
1951/52	3 994	46 906	100,0	13 229	60	22	852	1,0	51
1950/51	4 379	52 712	100,0	13 911	70	35	1 770	2,1	124
Zigaretten					80	3	96	0,1	8
7 1/2	1 662	40 039	0,5	3 003	90	25	980	1,2	88
8 1/3	264 985	5 520 516	63,3	460 043	100	2	50	0,1	5
10	172 081	3 002 167	34,4	300 217	Insges.	758	84 040	100,0	2 593
12	3 201	45 985	0,5	5 518	Dagegen Rj.				
12 1/2	7 861	109 437	1,2	13 679	1952/53	1 365	102 877	100,0	3 176
15	698	8 105	0,1	1 216	1951/52	1 633	119 264	100,0	3 750
Insges.	450 488	8 726 249	100,0	783 676	1950/51	1 988	144 316	100,0	4 417
Dagegen Rj.					Durchschnittl. Kleinverkaufspreise in Pf. je Stück bzw. DM je kg				
1952/53	426 431	7 151 009	100,0	735 226	Art der Tabakwaren	Rj. 1953/54	Rj. 1952/53	Rj. 1951/52	Rj. 1950/51
1951/52	392 020	6 486 733	100,0	670 359	Zigarren	27,76	28,90	28,20	26,39
1950/51	364 159	5 824 435	100,0	606 938	Zigaretten	8,98	10,28	10,33	10,42
					Feinschnitt	29,96	34,80	36,69	38,42
					Pfeifentabak	30,85	30,87	31,44	30,61

Tabelle 5

Die Versteuerung von Tabakwaren in Hamburg im Rechnungsjahr 1954

Preis- klassen Pf. je St.	Steuerwerte in 1000 DM	Mengen		Klein- verkaufswerte in 1000 DM
		in 1000 Stück	in vH	
Zigarren				
10	100	4 330	15,4	433
12	23	827	3,0	99
15	115	3 334	11,9	500
17	4	114	0,4	19
20	230	4 995	17,8	999
22	8	162	0,6	36
25	124	2 165	7,7	541
27	2	32	0,1	9
30	293	4 256	15,2	1 277
35	5	64	0,2	23
40	320	3 474	12,4	1 390
50	116	1 006	3,6	503
60	279	2 022	7,2	1 213
70	1	3	0,0	3
80	155	841	3,0	673
90	0	0	0,0	0
100	67	290	1,0	290
120	21	77	0,3	92
130	0	0	0,0	0
150	8	22	0,1	33
200	3	7	0,0	14
220	1	3	0,0	5
250	0	0	0,0	0
über 250	23	27	0,1	101
Insges.	1 898	28 051	100,0	8 253
Dagegen Rj.				
1953/54	2 511	37 539	100,0	10 422
1952/53	3 515	40 786	100,0	11 788
1951/52	3 994	46 906	100,0	13 229
Zigaretten				
7 1/2	1 062	25 596	0,3	1 920
8 1/3	291 208	6 066 834	61,9	505 570
10	208 809	3 663 306	37,4	366 331
12 1/2	2 993	42 154	0,4	5 269
15	212	2 496	0,0	374
Insges.	504 284	9 800 386	100,0	879 464
Dagegen Rj.				
1953/54	450 488	8 726 249	100,0	783 676
1952/53	426 431	7 151 009	100,0	735 226
1951/52	392 020	6 486 733	100,0	670 359

Preis- klassen DM je kg	Steuerwerte in 1000 DM	Mengen		Klein- verkaufswerte in 1000 DM
		in Kilogramm	in vH	
Feinschnitt				
24	57	7 710	5,2	185
27	915	91 518	62,1	2 471
30	377	33 548	22,8	1 006
35	75	5 760	3,9	201
45	116	5 416	3,7	244
50	77	3 214	2,2	161
60	6	200	0,1	12
Insges.	1 623	147 366	100,0	4 280
Dagegen Rj.				
1953/54	2 127	177 589	100,0	5 320
1952/53	3 934	223 920	100,0	7 791
1951/52	4 076	212 226	100,0	7 787
Pfeifentabak				
5	3	2 139	2,2	11
12	38	12 704	13,1	152
16	61	13 459	13,9	215
20	30	5 298	5,5	106
25	10	1 372	1,4	34
30	34	4 096	4,3	123
35	121	12 303	12,7	431
40	207	18 518	19,2	741
45	6	504	0,5	23
50	299	21 365	22,1	1 068
60	34	2 040	2,1	122
70	36	1 860	1,9	130
90	26	1 030	1,1	93
Insges.	905	96 688	100,0	3 249
Dagegen Rj.				
1953/54	758	84 040	100,0	2 593
1952/53	1 365	102 877	100,0	3 176
1951/52	1 633	119 264	100,0	3 750
Durchschnittliche Kleinverkaufspreise in Pf. je Stück bzw. in DM je kg				
Art der Tabakwaren	Rj. 1954/55	Rj. 1953/54	Rj. 1952/53	Rj. 1951/52
Zigarren	29,42	27,76	28,90	28,20
Zigaretten	8,97	8,98	10,28	10,33
Feinschnitt	29,05	29,96	34,80	36,69
Pfeifentabak	33,60	30,85	30,87	31,44

Tabelle 6

Steuerwerte der in Hamburg versteuerten Tabakwaren in den Rechnungsjahren 1947 bis 1954
nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten

Monate	Rechnungsjahr							
	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
I. Zigarren								
April	544 003	430 650	293 155	468 833	337 322	295 401	243 504	144 596
Mai	607 951	263 988	348 208	260 426	382 519	292 384	220 685	142 762
Juni	359 848	485 495	468 169	312 201	291 848	247 288	243 067	154 951
Juli	569 360	64 554	532 912	312 312	289 158	260 776	229 382	146 769
August	461 301	188 098	676 555	342 025	290 974	255 292	188 732	144 651
September	280 024	210 547	518 887	323 216	302 255	274 492	188 940	142 528
Oktober	694 215	387 265	578 015	358 465	317 129	287 185	186 702	145 382
November	173 207	891 404	581 828	408 858	453 446	425 470	302 192	224 952
Dezember	670 806	467 986	852 565	604 145	535 907	511 025	289 455	270 199
Januar	293 315	343 189	472 765	318 253	225 148	198 540	144 654	105 779
Februar	382 148	246 327	275 356	287 950	275 030	210 107	117 712	138 594
März	462 413	444 138	175 964	382 810	292 999	257 375	155 821	136 947
April / März	5 498 591	4 423 641	5 774 379	4 379 494	3 993 735	3 515 335	2 510 846	1 898 110
II. Zigaretten								
April	19 749 316	30 165 630	28 178 844	29 165 021	30 985 073	34 303 710	42 874 711	41 630 330
Mai	20 263 873	16 407 167	43 875 784	29 715 342	34 557 061	37 778 940	20 695 148	40 432 570
Juni	21 826 848	31 146 030	37 718 280	34 978 237	30 854 972	33 184 169	53 426 376	42 403 952
Juli	13 121 285	306 180	36 623 230	37 552 480	34 117 483	38 209 907	39 250 639	41 557 829
August	16 426 268	10 983 606	39 505 440	37 863 247	36 439 755	38 461 580	35 702 024	41 634 491
September	18 761 512	20 033 899	35 413 457	28 283 024	32 509 159	36 725 827	38 790 726	43 746 640
Oktober	24 280 147	23 230 469	36 145 435	28 662 258	33 953 516	36 129 296	37 629 099	39 525 454
November	21 083 310	44 051 137	37 361 680	29 255 449	33 419 101	32 288 631	39 059 274	45 658 614
Dezember	32 639 931	20 114 720	37 687 027	24 546 803	28 989 756	35 228 573	38 556 216	45 648 208
Januar	21 933 806	18 832 309	28 918 540	32 376 559	34 085 237	36 208 700	33 899 535	38 851 650
Februar	19 144 372	20 158 041	25 600 104	24 290 608	30 266 395	29 716 977	31 437 337	37 881 159
März	36 068 070	38 601 035	36 545 314	27 470 431	31 842 975	38 194 877	39 166 740	45 312 928
April / März	265 298 738	274 030 223	423 573 135	364 159 459	392 020 483	426 431 187	450 487 825	504 283 825
III. Feinschnitt								
April	399 694	425 287	639 042	602 696	501 607	315 335	342 446	128 807
Mai	391 179	408 888	687 933	574 173	408 931	301 964	68 937	137 527
Juni	222 703	485 666	561 389	536 567	408 392	265 969	402 928	139 581
Juli	159 891	-	879 698	724 767	587 184	346 185	177 114	137 973
August	303 625	211 779	836 762	646 364	310 906	307 096	93 294	164 768
September	210 307	152 828	923 806	498 783	174 327	345 411	150 875	122 750
Oktober	154 394	460 728	672 421	495 093	319 451	405 873	161 988	119 241
November	222 836	282 439	725 442	683 532	307 706	354 485	150 400	193 959
Dezember	273 353	306 189	699 161	332 906	181 664	276 217	143 771	141 306
Januar	231 751	314 699	969 331	634 543	248 375	387 534	152 622	111 132
Februar	562 583	254 055	376 553	403 689	305 915	286 753	130 827	104 648
März	259 275	463 030	1 118 585	481 693	321 568	340 687	152 187	121 262
April / März	3 391 591	3 765 588	9 090 123	6 614 806	4 076 026	3 933 509	2 127 389	1 622 954
IV. Pfeifentabak								
April	21 370	12 740	49 279	143 069	150 164	122 316	79 235	65 198
Mai	16 918	3 416	88 212	188 318	165 648	101 805	16 846	64 125
Juni	17 956	80 668	209 475	202 956	140 490	125 851	86 894	69 677

Noch: T a b e l l e 6

Steuerwerte der in Hamburg versteuerten Tabakwaren in den Rechnungsjahren 1947 bis 1954
nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten

Monate	R e c h n u n g s j a h r							
	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Noch: IV. Pfeifentabak								
Juli	18 138	4 144	186 970	150 503	154 065	115 379	62 977	80 176
August	19 292	49 700	218 301	189 525	128 548	133 785	47 802	67 084
September	22 554	33 824	227 159	158 502	106 363	112 139	60 215	77 573
Oktober	14 630	117 670	155 015	167 315	159 320	134 022	59 077	81 566
November	13 398	58 174	146 338	179 809	139 252	111 064	75 970	67 308
Dezember	17 892	24 932	120 286	148 944	127 753	88 857	61 658	79 072
Januar	17 514	24 218	159 288	142 369	156 540	135 532	78 537	88 034
Februar	15 624	57 902	43 558	144 650	85 508	86 486	58 099	75 673
März	11 452	60 418	188 189	171 852	119 006	98 239	70 206	89 664
April / März	206 738	527 746	1 792 070	1 987 812	1 632 657	1 365 475	757 516	905 150

V. Tabakwaren insgesamt

April	20 714 383	31 034 307	29 160 320	30 379 619	31 974 166	35 036 762	43 539 896	41 968 931
Mai	21 279 921	17 083 459	45 000 137	30 738 259	35 514 159	38 475 093	21 001 616	40 776 984
Juni	22 427 355	32 197 859	38 957 313	36 029 961	31 695 702	33 823 277	54 159 265	42 768 161
Juli	13 868 674	374 878	38 222 810	38 740 062	35 147 890	38 932 247	39 720 112	41 922 747
August	17 210 486	11 433 183	41 237 058	39 041 161	37 170 183	39 157 753	36 031 852	42 010 994
September	19 274 397	20 431 098	37 083 309	29 263 525	33 092 104	37 457 869	39 190 756	44 089 491
Oktober	25 143 386	24 196 132	37 550 886	29 683 131	34 749 416	36 956 376	38 036 866	39 871 643
November	21 492 751	45 283 094	38 815 288	30 527 648	34 319 505	33 179 650	39 587 836	46 144 833
Dezember	33 601 982	20 913 827	39 359 039	25 632 798	29 835 080	36 104 672	39 051 100	46 138 785
Januar	22 476 386	19 514 415	30 519 924	33 471 724	34 715 300	36 930 306	34 275 348	39 156 595
Februar	20 104 727	20 716 325	26 295 571	25 126 897	30 932 848	30 300 323	31 743 975	38 200 074
März	36 801 210	39 568 621	38 028 052	28 506 786	32 576 548	38 891 178	39 544 954	45 660 801
April / März	274 395 658	282 747 198	440 229 707	377 141 571	401 722 901	435 245 506	455 883 576	508 710 039

T a b e l l e 7

Kleinverkaufswerte der in Hamburg versteuerten Tabakwaren ¹⁾ in den Rechnungsjahren 1947 bis 1954
nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten

Monate	R e c h n u n g s j a h r							
	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
I. Zigarren								
April	777 147	585 505	637 293	1 495 695	1 071 573	996 078	820 915	628 678
Mai	798 921	362 684	756 974	832 564	1 216 231	984 760	745 728	620 704
Juni	476 630	669 680	1 017 759	996 127	919 032	835 652	1 013 781	673 700
Juli	749 096	92 027	1 158 504	999 484	977 309	878 337	997 313	638 126
August	576 209	263 919	1 470 772	1 088 473	982 449	863 314	820 574	628 917
September	376 554	294 442	1 128 015	1 028 977	1 022 729	923 621	821 479	619 687
Oktober	903 810	549 529	1 256 554	1 145 460	1 069 147	963 116	811 748	632 096
November	243 799	1 565 682	1 264 843	1 292 634	1 508 205	1 408 958	1 313 878	978 052
Dezember	886 966	1 011 188	1 855 000	1 887 846	1 781 451	1 683 136	1 258 500	1 174 778
Januar	400 483	746 063	1 029 262	1 011 450	758 505	671 650	628 930	459 909
Februar	513 139	535 494	702 144	915 040	932 285	710 754	511 791	602 583
März	626 413	965 517	549 250	1 216 827	989 943	868 557	677 482	595 422
April / März	7 329 167	7 641 730	12 826 370	13 910 577	13 228 859	11 787 933	10 422 119	8 252 652

Kleinverkaufswerte der in Hamburg versteuerten Tabakwaren ¹⁾ in den Rechnungsjahren 1947 bis 1954
nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten

Monate	R e c h n u n g s j a h r							
	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
II. Zigaretten								
April	26 332 385	40 240 808	46 964 740	48 608 993	51 641 788	59 144 328	73 921 915	72 570 483
Mai	27 018 452	21 887 038	73 127 160	49 526 820	57 596 768	65 136 103	35 681 290	70 471 619
Juni	29 102 389	41 536 926	62 863 800	58 297 560	51 424 953	57 214 084	93 006 810	73 881 602
Juli	17 495 032	408.240	61 039 091	62 588 092	58 823 247	65 879 150	68 338 500	72 406 486
August	21 901 691	14 644 808	65 842 400	63 106 037	62 827 164	66 313 069	62 179 779	72 563 084
September	25 015 349	26 711 865	59 022 428	47 138 373	56 050 274	63 320 314	67 584 553	76 257 071
Oktober	32 373 529	30 972 766	60 242 842	47 770 430	58 540 545	62 291 890	65 561 335	68 934 847
November	28 111 080	58 978 624	62 270 508	48 759 082	57 619 139	55 670 053	68 086 523	79 689 298
Dezember	43 526 078	32 327 639	62 811 962	40 911 338	49 982 338	60 738 919	67 224 750	79 696 181
Januar	29 294 932	31 387 380	48 197 567	53 960 932	58 767 650	62 428 793	59 060 485	67 811 179
Februar	25 535 460	33 620 061	42 667 119	40 486 013	52 183 440	51 236 167	54 778 524	66 096 587
März	48 116 880	64 335 922	60 908 857	45 784 052	54 901 681	65 853 236	68 251 694	79 085 054
April / März	353 823 257	397 052 077	705 958 474	606 937 722	670 358 987	735 226 106	783 676 158	879 463 491
III. Feinschnitt								
April	541 926	578 498	1 162 572	1 095 811	912 013	625 241	678 671	339 771
Mai	529 997	552 384	1 251 424	1 043 951	743 979	597 066	136 475	366 773
Juni	310 258	648 447	1 020 707	975 576	742 531	525 149	1 056 168	366 823
Juli	222 332	-	1 599 451	1 317 758	1 107 894	687 366	464 791	359 874
August	406 518	282 372	1 521 380	1 175 207	615 232	607 957	247 735	437 297
September	283 513	203 771	1 679 647	906 878	343 605	684 889	397 491	326 567
Oktober	206 371	614 304	1 222 583	900 169	629 887	801 598	425 811	310 512
November	297 302	403 412	1 318 985	1 242 785	601 766	698 975	383 280	513 112
Dezember	406 821	521 608	1 271 202	605 284	358 313	547 933	372 054	373 061
Januar	309 001	587 262	1 762 420	1 153 715	489 061	770 602	410 025	291 036
Februar	758 756	468 600	684 642	734 394	606 304	567 947	346 327	274 755
März	352 900	847 918	2 033 791	875 805	636 293	676 620	400 965	320 909
April / März	4 625 695	5 708 576	16 528 804	12 027 333	7 786 878	7 791 343	5 319 793	4 280 490
IV. Pfeifentabak								
April	30 528	18 200	109 509	317 930	333 700	284 456	184 267	234 181
Mai	24 168	4 880	196 027	418 484	368 107	236 756	39 177	230 982
Juni	25 651	115 240	465 500	451 013	312 200	292 677	307 296	249 682
Juli	25 911	5 920	415 378	334 451	358 291	268 323	225 563	288 475
August	27 560	71 000	485 113	421 167	298 949	311 128	171 094	240 782
September	32 220	48 320	504 798	352 227	247 356	260 788	216 374	278 639
Oktober	20 900	168 100	344 478	371 811	370 512	311 679	212 794	292 924
November	19 140	85 598	325 196	399 576	323 841	258 288	272 424	241 531
Dezember	25 560	54 293	267 302	330 987	297 100	206 647	221 350	283 600
Januar	25 020	53 818	353 973	316 376	364 047	315 191	281 625	315 885
Februar	22 320	128 671	96 796	321 444	198 856	201 130	209 294	271 112
März	16 360	134 262	418 198	381 893	276 758	228 463	251 718	321 404
April / März	295 338	888 302	3 982 268	4 417 359	3 749 717	3 175 526	2 592 976	3 249 197

Noch: T a b e l l e 7

Kleinverkaufswerte der in Hamburg versteuerten Tabakwaren 1) in den Rechnungsjahren 1947 bis 1954
nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten

Monate	R e c h n u n g s j a h r							
	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
V. Tabakwaren insgesamt								
April	27 681 986	41 423 011	48 874 114	51 518 429	53 959 074	61 050 103	75 605 768	73 773 113
Mai	28 371 538	22 806 986	75 331 585	51 821 819	59 925 085	66 954 685	36 602 670	71 690 078
Juni	29 914 928	42 970 293	65 367 766	60 720 276	53 398 716	58 867 562	95 384 055	75 171 807
Juli	18 492 371	506 187	64 212 424	65 239 785	61 266 741	67 713 176	70 026 167	73 692 961
August	22 911 978	15 262 099	69 319 665	65 790 884	64 723 794	68 095 468	63 419 182	73 870 080
September	25 707 636	27 258 398	62 334 888	49 426 455	57 663 964	65 189 612	69 019 897	77 481 964
Oktober	33 504 610	32 304 699	63 066 457	50 187 870	60 610 091	64 368 283	67 011 688	70 170 379
November	28 671 321	61 033 316	65 179 532	51 694 077	60 052 951	58 036 274	70 056 105	81 421 993
Dezember	44 845 425	33 914 728	66 205 466	43 735 455	52 419 202	63 176 635	69 076 654	81 527 620
Januar	30 029 436	32 774 523	51 343 222	56 442 473	60 379 263	64 186 236	60 381 065	68 878 009
Februar	26 829 675	34 752 826	44 150 701	42 456 891	53 920 885	52 715 998	55 845 936	67 245 037
März	49 112 553	66 283 619	63 910 096	48 258 577	56 804 675	67 626 876	69 581 859	80 322 789
April / März	366 073 457	411 290 685	739 295 916	637 292 991	695 124 441	757 980 908	802 011 046	895 245 830

1) Berechnet aus dem Steuerwert der ausgegebenen Steuerzeichen

Tabelle 8

Mengen und durchschnittliche Kleinverkaufspreise der in Hamburg in den Rechnungsjahren 1947 - 1954 versteuerten Tabakwaren ¹⁾ nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten

Monate	Rj. 1947		Rj. 1948		Rj. 1949		Rj. 1950		Rj. 1951		Rj. 1952		Rj. 1953		Rj. 1954	
	Menge	Ø Kleinverkaufspreis														
	1000 Stück	Pf														
I. Zigaretten																
April	783	99,25	808	72,46	1 659	38,41	5 952	25,13	4 112	26,06	3 607	27,62	2 983	27,52	2 275	27,63
Mai	860	92,90	562	64,53	1 962	38,58	3 325	25,04	4 757	25,57	3 542	27,80	2 728	27,34	2 273	27,31
Juni	539	88,43	999	67,04	2 276	44,72	3 949	25,22	3 162	29,06	3 067	27,25	3 838	26,41	2 466	27,32
Juli	792	94,58	216	42,61	2 707	42,80	3 974	25,15	3 536	27,64	3 223	27,25	3 872	25,76	2 250	28,36
August	691	83,39	503	52,47	3 571	41,19	4 240	25,67	3 532	27,82	3 209	26,90	3 167	25,91	2 242	28,05
September	486	77,48	539	54,63	2 801	40,27	3 874	26,56	3 800	26,91	3 261	28,32	3 141	26,15	2 196	28,22
Oktober	821	110,09	1 229	44,71	3 223	38,99	4 491	25,51	3 822	27,97	3 356	28,70	3 003	27,03	2 237	28,26
November	414	58,89	3 077	50,88	3 179	39,79	4 710	27,44	4 839	31,17	4 296	32,80	4 197	31,31	3 020	32,39
Dezember	948	93,56	2 885	35,05	4 471	41,49	5 812	32,48	5 415	32,90	4 907	34,30	3 929	32,03	3 349	35,08
Januar	579	69,17	2 086	35,77	2 764	37,24	3 938	25,68	2 748	27,60	2 524	26,61	2 272	27,68	1 593	28,87
Februar	664	77,28	1 335	40,11	2 327	30,17	3 689	24,80	3 515	26,52	2 668	26,64	1 922	26,63	2 045	29,47
März	840	74,57	2 307	41,85	2 191	25,07	4 758	25,57	3 668	26,99	3 126	27,79	2 487	27,24	2 105	28,30
April / März	8 417	87,08	16 546	46,18	33 131	38,71	52 712	26,39	46 906	28,20	40 786	28,90	37 539	27,76	28 051	29,42
II. Zigaretten																
April	150 570	17,49	222 939	18,05	438 691	10,71	472 606	10,29	493 004	10,47	575 721	10,27	720 754	10,26	814 498	8,91
Mai	164 558	16,42	121 717	17,98	673 822	10,85	479 120	10,34	556 604	10,35	632 800	10,29	348 506	10,24	793 809	8,88
Juni	165 277	17,61	231 816	17,92	584 443	10,76	562 467	10,36	498 030	10,33	557 439	10,26	1 076 172	8,64	836 481	8,83
Juli	107 229	16,32	2 452	16,65	586 963	10,40	601 184	10,41	570 322	10,31	644 072	10,23	784 404	8,71	820 969	8,82
August	129 485	16,91	85 350	17,16	635 190	10,37	606 158	10,41	610 310	10,29	647 837	10,24	709 053	8,77	817 882	8,87
September	150 484	16,62	146 200	18,27	578 075	10,21	448 847	10,50	544 469	10,29	616 783	10,27	766 568	8,82	857 133	8,90
Oktober	192 978	16,78	174 194	17,78	573 549	10,50	459 308	10,40	566 176	10,34	605 650	10,29	743 091	8,82	767 830	8,98
November	172 588	16,29	331 164	17,81	598 041	10,41	466 208	10,46	557 136	10,34	538 662	10,33	765 036	8,90	875 663	9,10
Dezember	264 970	16,43	266 296	12,14	606 421	10,36	387 567	10,56	481 892	10,37	586 602	10,35	752 231	8,94	871 306	9,15
Januar	184 639	15,87	281 994	11,13	452 454	10,65	514 161	10,49	568 043	10,35	605 441	10,31	669 578	8,82	745 398	9,10
Februar	159 890	15,97	306 567	10,97	402 059	10,61	387 637	10,44	506 827	10,30	498 337	10,28	619 838	8,84	729 862	9,06
März	298 306	16,13	562 521	11,44	578 538	10,53	439 172	10,43	533 920	10,28	641 665	10,26	771 018	8,85	869 555	9,09
April / März	2 140 974	16,53	2 733 210	14,53	6 708 246	10,52	5 824 435	10,42	6 486 733	10,33	7 151 009	10,28	8 726 249	8,98	9 800 386	8,97

Nach: T a b e l l e 8

Mengen und durchschnittliche Kleinverkaufspreise der in Hamburg in den Rechnungsjahren 1947 - 1954 versteuerten Tabakwaren ¹⁾ nach der Art der Tabakwaren und nach Monaten

Monate	Rj. 1947		Rj. 1948		Rj. 1949		Rj. 1950		Rj. 1951		Rj. 1952		Rj. 1953		Rj. 1954	
	Menge	Ø														
		Klein- ver- kaufs- preis														
	kg	RM	kg	RM/DM	kg	DM										

III. F e i n s c h n i t t

April	7 696	70,42	7 746	74,68	28 621	40,62	28 382	38,61	24 114	37,82	18 083	34,58	19 529	34,75	11 753	28,91
Mai	7 495	70,71	7 147	77,29	30 717	40,74	27 081	38,55	19 938	37,31	16 934	35,26	3 853	35,42	12 972	28,27
Juni	5 099	60,85	7 020	92,37	26 394	38,67	24 395	39,99	19 550	37,98	14 709	35,70	35 767	29,53	12 641	29,02
Juli	3 599	61,78	-	-	39 829	40,16	34 438	38,26	29 624	37,40	19 851	34,63	15 976	29,09	12 048	29,87
August	5 398	75,31	3 658	77,19	37 807	40,24	30 823	38,13	17 480	35,20	17 606	34,53	8 656	28,62	15 405	28,39
September	3 906	72,58	2 802	72,72	44 056	38,13	23 242	39,02	9 629	35,68	19 740	34,70	13 739	28,93	11 460	28,50
Oktober	2 770	74,50	7 966	77,12	31 362	38,98	24 232	37,15	17 216	36,59	22 511	35,61	14 666	29,03	10 508	29,55
November	3 810	78,03	6 480	62,25	33 336	39,57	32 422	38,33	15 809	38,06	19 867	35,18	12 500	30,66	17 107	29,99
Dezember	5 891	69,06	12 358	42,21	32 459	39,16	16 162	37,45	10 076	35,56	15 818	34,64	12 411	29,98	12 821	29,10
Januar	3 930	78,63	16 095	36,49	45 680	38,58	29 964	38,50	13 180	37,11	22 558	34,16	14 748	27,80	9 954	29,24
Februar	10 548	71,93	11 783	39,77	17 300	39,57	19 281	38,09	17 527	34,59	16 351	34,73	12 035	28,78	9 390	29,26
März	5 070	69,61	20 726	40,91	52 728	38,57	22 650	38,67	18 083	35,19	19 892	34,01	13 709	29,25	11 307	28,38
April / März	65 212	70,93	103 781	55,01	420 289	39,33	313 072	38,42	212 226	36,69	223 920	34,80	177 589	29,96	147 366	29,05

IV. P f e i f e n t a b a k

April	510	59,86	290	62,76	3 246	33,74	8 921	35,64	10 259	32,53	9 798	29,03	5 880	31,34	7 592	30,85
Mai	408	59,24	74	65,95	5 498	35,65	11 804	35,45	12 956	28,41	7 636	31,01	1 622	24,15	7 585	30,45
Juni	428	59,93	1 912	60,27	12 881	36,14	13 253	34,03	9 731	32,08	10 203	28,69	12 312	24,96	7 488	33,34
Juli	424	61,11	100	59,20	12 586	33,00	11 281	29,65	12 004	29,85	8 372	32,05	7 068	31,91	9 529	30,27
August	459	60,04	1 394	50,93	13 181	36,80	13 882	30,34	10 426	28,67	9 928	31,34	5 114	33,46	6 929	34,75
September	526	61,25	878	55,03	18 523	27,25	11 721	30,05	8 148	30,36	8 208	31,77	6 635	32,61	8 691	32,06
Oktober	338	61,83	3 270	51,41	11 212	30,72	13 253	28,05	10 835	34,20	11 082	28,12	7 206	29,53	9 279	31,57
November	320	59,81	1 694	50,53	10 704	30,38	14 517	27,52	9 668	33,50	7 888	32,74	7 893	34,51	7 006	34,47
Dezember	412	62,04	1 987	27,32	9 943	26,88	12 186	27,16	9 042	32,86	6 321	32,69	7 039	31,45	7 824	36,25
Januar	408	61,32	1 949	27,61	12 421	28,50	11 069	28,58	12 113	30,05	10 667	29,55	9 217	30,55	8 969	35,22
Februar	362	61,66	3 342	38,50	4 292	22,55	9 865	32,58	5 116	38,87	5 687	35,37	6 397	32,72	7 141	37,97
März	264	61,97	4 208	31,91	15 327	27,29	12 564	30,40	8 966	30,87	7 087	32,24	7 657	32,87	8 655	37,14
April / März	4 859	60,78	21 098	42,10	129 814	30,68	144 316	30,61	119 264	31,44	102 877	30,87	84 040	30,85	96 688	33,60

1) Berechnet aus dem Steuerwert der ausgegebenen Steuerzeichen

Tabelle 9

Die Versteuerung von Zigaretten ¹⁾ in Hamburg in den Rechnungsjahren 1936 und 1947 bis 1954 nach Preisklassen

Kleinverkaufspreis für das Stück in Rp/Pf	Rechnungsjahr																	
	1936		1947		1948		1949		1950		1951		1952		1953		1954	
	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH
2 1/2	120 517	1,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3 1/3	1 900 489	22,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	5 673 888	66,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4 1/6	533 074	6,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5	227 750	2,7	-	-	2) 2 062	0,1	2) 156	0,0	2) 254	0,0	2) 80	0,0	-	-	-	-	-	-
6	75 294	0,9	2) 1 809	0,1	2) 509	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7 1/2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	40 039	0,5	25 596	0,3
8	4 171	0,0	2) 842	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 1/3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5 520 516	63,3	6 066 834	61,9
10	5 544	0,1	-	-	808 667	29,6	5 261 233	78,4	4 898 385	84,1	5 644 983	87,0	6 346 506	88,8	3 002 167	34,4	3 663 306	37,4
3) 12	-	-	6 960	0,3	2 520	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	-	-	-	-	21 510	0,8	398 658	6,0	290 372	5,0	291 831	4,5	293 556	4,1	45 985	0,5	-	-
12 1/2	-	-	-	-	439 240	16,1	973 320	14,5	522 893	9,0	465 648	7,2	451 726	6,3	109 437	1,2	42 154	0,4
15	5	0,0	-	-	129 493	4,7	74 879	1,1	112 531	1,9	84 191	1,3	59 221	0,8	8 105	0,1	2 496	0,0
16	-	-	1 836 542	85,8	676 027	24,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20	7	0,0	294 811	13,8	652 526	23,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
über 20	-	-	10	0,0	656	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	-	-	-	-	0	0,0
Zusammen	8 540 739	100	2 140 974	100	2 733 210	100	6 708 246	100	5 824 435	100	6 486 733	100	7 151 009	100	8 726 249	100	9 800 386	100

1) Berechnet aus dem Gesamtsteuerwert des Rechnungsjahres.- 2) Zusatzversorgung der gewerblichen Tabakpflanzen.- 3) Kleinpflanzentabakwaren.

Kleinverkaufspreis für das Stück in Rpf/Pf.	Rechnungsjahr																	
	1936		1947		1948		1949		1950		1951		1952		1953		1954	
	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH	1000 Stück	vH
4	607	1,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5	1 948	5,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6	2 717	7,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7	337	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8	721	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10	16 135	45,7	-	-	-	-	2 185	6,6	10 306	19,6	8 601	18,3	7 406	18,2	7 284	19,4	4 330	15,4
12	1 904	5,4	-	-	58	0,3	268	0,8	2 163	4,1	1 728	3,7	1 607	3,9	1 313	3,5	827	3,0
13	81	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	5 702	16,1	-	-	165	1,0	1 739	5,3	6 178	11,7	5 160	11,0	4 535	11,1	4 109	11,0	3 334	11,9
16	75	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	-	-	-	-	-	-	71	0,2	267	0,5	144	0,3	164	0,4	114	0,3	114	0,4
18	99	0,3	-	-	79	0,5	49	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20	2 659	7,5	60	0,7	1 703	10,3	4 567	13,8	11 194	21,2	8 327	17,8	6 812	16,7	6 904	18,4	4 995	17,8
22	49	0,1	-	-	27	0,2	92	0,3	-	-	180	0,4	134	0,3	124	0,3	162	0,6
25	680	1,9	22	0,3	738	4,4	2 899	8,8	3 931	7,5	3 828	8,2	2 870	7,0	2 717	7,3	2 165	7,7
2) 25	-	-	-	-	-	-	27	0,1	16	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
27	-	-	-	-	-	-	136	0,4	141	0,3	58	0,1	66	0,2	55	0,2	32	0,1
30	866	2,5	1 066	12,7	3 221	19,5	4 077	12,3	6 342	12,0	6 707	14,3	6 060	14,9	5 417	14,4	4 256	15,2
35	11	0,0	-	-	465	2,8	787	2,4	714	1,3	208	0,4	151	0,4	83	0,2	64	0,2
40	402	1,2	920	10,9	3 876	23,4	5 574	16,8	5 258	10,0	5 241	11,2	4 636	11,4	4 288	11,4	3 474	12,4
45	3	0,0	-	-	110	0,7	94	0,3	61	0,1	3	0,0	-	-	-	-	-	-
50	168	0,5	1 588	18,9	2 638	15,9	4 818	14,6	2 005	3,8	1 980	4,2	1 712	4,2	1 286	3,4	1 006	3,6
60	-	-	-	-	441	2,7	2 872	8,7	2 306	4,4	2 559	5,5	2 638	6,5	2 314	6,2	2 022	7,2
65	-	-	2 983	35,4	2 195	13,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
70	-	-	-	-	47	0,3	438	1,3	132	0,3	161	0,3	121	0,3	31	0,1	3	0,0
80	-	-	64	0,8	197	1,2	1 279	3,9	1 045	2,0	1 251	2,7	1 132	2,8	979	2,6	841	3,0
90	-	-	-	-	23	0,1	53	0,2	21	0,0	39	0,1	22	0,0	5	0,0	0	0,0
100	-	-	56	0,7	111	0,7	654	2,0	351	0,7	496	1,1	495	1,2	373	1,0	290	1,0
110	-	-	-	-	8	0,0	14	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
120	169	0,5	113	1,3	102	0,6	145	0,4	107	0,2	112	0,2	126	0,3	86	0,2	77	0,3
130	-	-	-	-	-	-	47	0,1	41	0,1	24	0,0	19	0,0	6	0,0	0	0,0
150	-	-	320	3,8	122	0,7	142	0,4	95	0,2	70	0,1	48	0,1	29	0,1	22	0,1
160	-	-	-	-	-	-	43	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
180	-	-	-	-	-	-	7	0,0	-	-	-	-	1	0,0	-	-	-	-
200 u.mehr	-	-	1 225	14,5	220	1,4	54	0,1	38	0,0	29	0,1	31	0,1	22	0,0	37	0,1
Zusammen	35 333	100	8 417	100	16 546	100	33 131	100	52 712	100	46 906	100	40 786	100	37 539	100	28 051	100

1) Berechnet aus dem Gesamtsteuerwert des Rechnungsjahres.- 2) Zusatzversorgung der gewerblichen Tabakpflanzen.

Tabelle 11

Die Versteuerung von Feinschnitt 1) in Hamburg in den Rechnungsjahren 1936 und 1947 bis 1954 nach Preisklassen

Art des Feinschnitts	Kleinver- kaufspreis für das Kilogramm in RM/DM	Rechnungsjahr																	
		1936		1947		1948		1949		1950		1951		1952		1953		1954	
		kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH
A. Steuerbegünstigter Feinschnitt																			
a) Kleinpflanzertabak	14	-	-	-	-	4 960	4,8	206	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	27	-	-	10 291	15,8	2 714	2,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
b) Zusatzversorgung der gewerbl. Tabakpflanzler	16	-	-	-	-	-	-	-	-	57	0,0	64	0,0	-	-	-	-	-	-
c) mit mindestens 50 vH Inlandstabak	10	224 745	84,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	12	21 109	7,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	14	2 243	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	16	16 037	6,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	20	492	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	24	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8 557	4,8	7 710
	27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	93 674	52,8	91 518
	30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36 427	20,5	33 548
	32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	63 131	29,8	142 858	63,8	14 082	7,9	-	-
	35	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4 520	2,5	5 760	3,9
	36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35 302	16,6	54 406	24,3	6 598	3,7	-	-
d) Abfalltabak	4	-	-	-	-	5	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Steuerbegünstigter Feinschnitt zus. (Summe A)	.	264 626	99,3	10 291	15,8	7 679	7,4	206	0,0	57	0,0	98 497	46,4	197 264	88,1	163 858	92,2	138 536	94,0

1) Berechnet aus dem Gesamtsteuerwert des Rechnungsjahres

Die Versteuerung von Feinschnitt 1) in Hamburg in den Rechnungsjahren 1936 und 1947 bis 1954 nach Preisklassen

Art des Feinschnitts	Kleinver- kaufspreis für das Kilogramm in RM/DM	Rechnungsjahr																	
		1936		1947		1948		1949		1950		1951		1952		1953		1954	
		kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH
B. <u>Anderer Feinschnitt</u>	16	654	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	20	421	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	22	61	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	25	80	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	30	472	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	35	-	-	-	-	17 202	16,6	165 159	39,3	154 156	49,2	56 898	26,8	-	-	-	-	-	-
	40	37	0,0	-	-	22 534	21,7	188 634	44,9	135 669	43,4	30 661	14,5	-	-	-	-	-	-
	45	-	-	-	-	9 806	9,4	36 077	8,6	4 160	1,3	10 319	4,9	15 585	7,0	8 813	5,0	5 416	3,7
	50	80	0,0	-	-	7 462	7,2	23 632	5,6	12 490	4,0	13 861	6,5	10 418	4,6	4 558	2,6	3 214	2,2
	60	-	-	-	-	530	0,5	6 581	1,6	6 540	2,1	1 990	0,9	653	0,3	360	0,2	200	0,1
	65	34	0,0	8 460	13,0	5 782	5,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	75	-	-	35 110	53,8	17 528	16,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	über 75	-	-	11 351	17,4	15 258	14,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe B	.	1 839	0,7	54 921	84,2	96 102	92,6	420 083	100	313 015	100	113 729	53,6	26 656	11,9	13 731	7,8	8 830	6,0
Versteuerter Feinschnitt insgesamt	.	266 465	100	65 212	100	103 781	100	420 289	100	313 072	100	212 226	100	223 920	100	177 589	100	147 366	100

1) Berechnet aus dem Gesamtsteuerwert des Rechnungsjahres

Tabelle 12

Die Versteuerung von Pfeifentabak ¹⁾ in Hamburg in den Rechnungsjahren 1936 und 1947 bis 1954 nach Preisklassen

Kleinverkaufspreis für das Kilogramm in RM/DM	Rechnungsjahr																	
	1936		1947		1948		1949		1950		1951		1952		1953		1954	
	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH	kg	vH
3	84 899	26,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	87 213	27,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5	60 054	18,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	0,0	2 139	2,2	-
6	34 169	10,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7	19 852	6,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8	6 426	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	2 497	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10	9 474	2,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
11	364	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	3 100	1,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10 256	12,2	12 704	13,1	-
14	263	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	627	0,2	-	-	-	-	-	-	-	8 533	7,2	19 586	19,0	2 862	3,4	-	-	-
16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17 266	20,6	13 459	13,9	-
18	2 288	0,7	-	-	1 105	5,2	10 392	8,0	15 528	10,8	15 767	13,2	10 485	10,2	760	0,9	-	-
20	3 391	1,0	-	-	144	0,7	44 353	34,2	55 051	38,1	38 131	32,0	27 105	26,3	7 163	8,5	5 298	5,5
22	-	-	-	-	-	-	14	0,0	27	0,0	8	0,0	-	-	-	-	-	-
25	-	-	-	-	3 931	18,6	22 070	17,0	6 002	4,2	5 688	4,8	4 781	4,6	627	0,7	1 372	1,4
30	-	-	-	-	3 160	15,0	6 753	5,2	3 738	2,6	2 116	1,8	788	0,8	3 888	4,6	4 096	4,3
35	-	-	-	-	560	2,7	640	0,5	9 570	6,6	3 412	2,9	2 215	2,2	8 318	9,9	12 303	12,7
40	8 755	2,7	88	1,8	1 287	6,1	603	0,5	20 920	14,5	15 500	13,0	10 787	10,5	15 319	18,2	18 518	19,2
45	-	-	-	-	-	-	28 467	21,9	16 990	11,8	16 050	13,4	12 310	12,0	1 925	2,3	504	0,5
50	-	-	-	-	5 544	26,3	16 522	12,7	15 170	10,5	2 970	2,5	1 251	1,2	11 900	14,2	21 365	22,1
55	-	-	-	-	11	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
60	-	-	4 221	86,9	5 136	24,3	-	-	1 320	0,9	7 695	6,4	11 036	10,7	852	1,0	2 040	2,1
über 60	-	-	550	11,3	220	1,0	-	-	-	-	3 394	2,8	2 533	2,5	2 896	3,5	2 890	3,0
Z u s a m m e n	323 372	100	4 859	100	21 098	100	129 814	100	144 316	100	119 264	100	102 877	100	84 040	100	96 688	100

1) Berechnet aus dem Gesamtsteuerwert des Rechnungsjahres

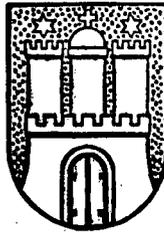
Tabelle 13

Einnahmen aus Bundes- und Landessteuern im Bundesgebiet und in Hamburg in den Rechnungsjahren 1952 bis 1954

Steuerarten	Kassenmäßige Steuereinnahmen											
	im Bundesgebiet (ohne Berlin) im Rechnungsjahr						in Hamburg im Rechnungsjahr					
	1952		1953		1954		1952		1953		1954	
	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH	Mio DM	vH
A. Besitz- und Verkehrsteuern	12 724,0	47,5	13 912,6	48,5	14 644,5	47,9	741,2	31,2	930,6	35,3	1 070,3	36,7
davon												
Einkommensteuer	7 802,7	29,1	8 242,3	28,7	8 660,5	28,3	432,8	18,2	484,1	18,4	573,6	19,7
Körperschaftsteuer	2 766,4	10,4	2 882,9	10,1	3 017,8	9,9	183,8	7,7	278,2	10,5	296,0	10,1
Notopfer Berlin	815,3	3,0	974,0	3,4	1 118,0	3,7	48,6	2,1	59,8	2,3	74,4	2,6
Vermögensteuer	159,5	0,6	556,0	1,9	509,2	1,7	8,6	0,4	30,1	1,1	32,4	1,1
Kraftfahrzeugsteuer	464,3	1,7	526,8	1,8	596,4	1,9	19,9	0,8	22,9	0,9	25,5	0,9
Übrige Besitz- und Verkehrsteuern	715,8	2,7	730,6	2,6	742,6	2,4	47,5	2,0	55,5	2,1	68,4	2,3
B. Umsatz- und Umsatzausgleichsteuern	8 145,0	30,4	8 686,1	30,3	9 631,4	31,5	487,7	20,6	529,1	20,1	568,5	19,5
C. Zölle u. Verbrauchsteuern	5 916,1	22,1	6 078,7	21,2	6 310,8	20,6	1 143,6	48,2	1 177,2	44,6	1 279,4	43,8
davon												
Zölle	1 093,2	4,1	1 285,7	4,5	1 510,3	4,9	329,8	13,9	353,4	13,4	419,0	14,4
Tabaksteuer	2 318,0	8,7	2 242,9	7,8	2 296,2	7,5	435,9	18,4	461,2	17,5	504,0	17,3
Mineralölsteuer	622,5	2,3	704,8	2,5	800,1	2,6	214,7	9,0	225,0	8,5	247,8	8,5
Branntweinmonopol	511,1	1,9	532,4	1,9	494,6	1,6	16,4	0,7	17,7	0,7	15,3	0,5
Kaffeesteuer	533,1	2,0	416,1	1,4	285,9	0,9	113,9	4,8	90,7	3,4	73,8	2,5
Zuckersteuer	333,2	1,2	358,7	1,2	375,2	1,2	15,9	0,7	12,3	0,5	4,0	0,1
Biersteuer	323,4	1,2	360,5	1,3	382,0	1,3	9,1	0,4	11,1	0,4	11,7	0,4
Übrige Verbrauchsteuern	181,6	0,7	177,6	0,6	166,5	0,6	7,9	0,3	5,8	0,2	3,8	0,1
Bundes- und Landessteuern zusammen (A bis C)	26 785,1	100	28 677,4	100	30 586,7	100	2 372,5	100	2 636,9	100	2 918,2	100

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 29. September 1955.

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 18

Der Wohnungsbau in Hamburg

INHALT

- A. Der Wohnungsbau in Hamburg im Kalenderjahr 1954 (endgültige Ergebnisse)
 - I. Die fertiggestellten Gebäude und Wohnungen
 - 1. Der Umfang des Wohnungsbaus
 - 2. Umfang und Anteil des mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbaus
 - 3. Neubau und Wiederaufbau
 - 4. Der Wohnungsbau nach der Art der Bauherren
 - 5. Der Wohnungsbau nach der Art der Gebäude
 - 6. Die Ausstattung der Wohnungen
 - II. Die Baugenehmigungen und Baubeginne
- B. Der Wohnungsbau in Hamburg im 1. Halbjahr 1955 (vorläufige Ergebnisse)
 - I. Die Baufertigstellungen
 - II. Die Baugenehmigungen

A. Der Wohnungsbau in Hamburg im Kalenderjahr 1954

I. Die fertiggestellten Gebäude und Wohnungen

1. Der Umfang des Wohnungsbaus

Das erste vorläufige Ergebnis über den Wohnungsbau in Hamburg im Kalenderjahr 1954 ist bereits am 7. Februar in den „Hamburger Statistischen Informationen“, Reihe E, Nr. 2, veröffentlicht worden. Damals war ein Bruttozugang von 5350 Wohngebäuden und 24 600 Wohnungen gemeldet worden. Nachdem auch das Ergebnis der Bauüberhangserhebung vom 31. Dezember 1954 vorlag, konnte die umfangreiche Jahresaufbereitung der Bundstabellen begonnen und damit das endgültige Jahresergebnis festgestellt werden. Es unterscheidet sich in der Größe nur wenig von dem vorgenannten vorläufigen Ergebnis. **Die Zahl der im Kalenderjahr 1954 fertiggestellten Wohngebäude beläuft sich danach auf 5350, der Bruttozugang an fertiggestellten Wohnungen auf 24 656 und der Bruttozugang an fertiggestellten Wohnräumen auf 78 342.**

Damit ist im Wohnungsbau ein etwas größeres Ergebnis erzielt worden als im Vorjahre, in dem 4777 Wohngebäude, 23 916 Wohnungen und 73 875 Wohnräume fertiggestellt waren.

Wie in dem vorjährigen Bericht über das Jahresergebnis des Wohnungsbaus 1953 ausführlich dargestellt war, werden die Zahlen über den Bruttozugang an Wohngebäuden, Wohnungen und Wohnräumen aber der Darstellung über die gesamte Bauleistung im Wohnungsbau nicht ganz gerecht, da dieses nicht allein in der Zahl der fertiggestellten Bauvorhaben zum Ausdruck kommt, sondern weitgehend auch durch die Größe und Zusammensetzung des vom Vorjahr übernommenen Bauüberhangs an bereits begonnenen, aber am Ende des Vorjahres noch nicht vollendeten Bauten sowie durch die Zahl und Größe der im Laufe des Berichtsjahres begonnenen, aber bis

Übersicht 1

**Der Zu- und Abgang an Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen
nach der Art der Baumaßnahme 1953 und 1954
(Normal- und Notbau)**

Baumaßnahmen	1954							1953						
	Wohnbauten		Nicht-wohnbauten		Wohnungen zusammen		Wohn-räume	Wohnbauten		Nicht-wohnbauten		Wohnungen zusammen		Wohn-räume
	Ge-bäude	Woh-nungen	Ge-bäude	Woh-nungen	Zahl	vH		Ge-bäude	Woh-nungen	Ge-bäude	Woh-nungen	Zahl	vH	
Brutto-Zugang	5 350	24 424	1 158	232	24 656	100	78 342	4 777	23 621	1 288	295	23 916	100	73 875
davon durch														
Neubau	3 856	9 161	749	113	9 274	37,6	31 365	3 378	9 391	861	165	9 556	40,0	30 633
Wiederaufbau	1 477	14 108	403	78	14 186	57,5	43 725	1 374	13 035	426	84	13 119	54,8	39 804
Umbau ganzer Gebäude	17	57	6	1	58	0,2	190	25	47	1	—	47	0,2	155
Wiederherstellung	—	208	—	5	213	0,9	701	—	187	—	7	194	0,8	547
Um-, Ausbau, Erweiterung	—	890	—	35	925	3,8	2 361	—	961	—	39	1000	4,2	2 736
Abgang	94	661	41	21	682	100	871	72	612	56	14	626	100	482
davon durch														
Abbruch, Brand usw.	88	181	24	11	192	28,2	630	71	131	31	4	135	21,6	392
Wiederherstellung	—	18	—	—	18	2,6	—	—	16	—	—	16	2,5	—
Um-, Ausbau, Erweiterung	6	462	17	10	472	69,2	241	1	465	25	10	475	75,9	90
Reinzugang insgesamt	5 256	23 763	1 117	211	23 974	—	77 471	4 705	23 009	1 232	281	23 290	—	73 393

Ende des Berichtsjahres noch nicht vollendeten Wohnbauten bestimmt wird. Berücksichtigt man auch diese Bauten, so erhält man die in der Übersicht 2 errechnete effektive Bauleistung für die einzelnen Kalenderjahre. Die Übersicht zeigt, daß die effektive Bauleistung im Kalenderjahr 1954 ein wenig geringer war als im Vorjahr, obgleich 1954 etwas mehr Wohnungen fertiggestellt wurden als im Jahre 1953.

Der Bruttozugang an Wohnungen ist aber an sich nicht der richtige Maßstab für den Zuwachs an Wohnungen, da hierbei auch die Zahl der

Wohnungen angerechnet ist, die lediglich durch Umbauten oder Erweiterungsmaßnahmen in ihrer Größe verändert sind; diese Wohnungen werden nach den Richtlinien der Bundesstatistik sowohl als Zugang als auch als Abgang gezählt. Setzt man sie vom Bruttozugang ab, so erhält man 1954 einen echten Zugang von 24 197 Wohnungen. Der Reinzugang an Wohnungen war aber mit 23 974 noch etwas geringer, da nach der Bau-statistik im Jahre 1954 223 Wohnungen durch Abbruch, Brand und andere Maßnahmen verloren-gingen.

Übersicht 2

**Errechnete Bauleistung an Wohnungen 1951 bis 1954
(Normal- und Notbau)**

Art der Angaben	1954	1953	1952	1951
vom Vorjahr übernommene unfertige Wohnungen	17 049	12 086	14 292	17 089
am Ende des Jahres vorhandene unfertige Wohnungen	17 900	17 049	12 086	14 292
Saldo des Bestandes an unfertigen Wohnungen am Anfang u. Ende des Jahres	+ 851	+ 4 963	— 2 206	— 2 797
Hälfte des Saldos des Bauüberhangs	+ 425	+ 2 481	— 1 103	— 1 399
Fertiggestellte Wohnungen im Kalenderjahr (Bruttozugang)	24 656	23 916	23 847	27 080
danach errechnete Bauleistung in Wohnungen im Kalenderjahr	25 081	26 397	22 744	25 681

Die Größe der Leistung des Wohnungsbaus in einem Berichtsjahr wird zwar am sinnvollsten durch die Zahl der in diesem Jahre fertiggestellten Wohnungen und Wohnräume zum Ausdruck gebracht. Daneben empfiehlt es sich aber auch, noch

andere Maßstäbe zur Beurteilung heranzuziehen, da die Wohnungen in ihrer Gliederung nach Art, Größe und Ausstattung in den einzelnen Jahren sehr verschieden sein können. Hierfür kommen neben der Zahl der Wohnungen und Wohnräume

noch die Größe des umbauten Raumes, die Gesamtgröße der erzielten Wohnfläche und die Höhe der reinen Baukosten in Frage. In der Übersicht 3 sind diese verschiedenen Komponenten berücksichtigt. Sie läßt erkennen, daß diese Merkmale eine recht verschiedene Zunahmequote gegenüber dem Vorjahr aufweisen. Als Ergebnis dieser Untersuchung zeigt sich, daß das Bauvolumen im Wohnungsbau im Jahre 1954 erheblich größer gewesen ist als im Jahre 1953.

Zunächst ist bemerkenswert, daß die Zahl der Wohnräume relativ stärker zugenommen hat als die Zahl der Wohnungen; das bedeutet, daß die durchschnittliche Raumzahl der Wohnungen größer war als im Vorjahre. Wie die Übersicht 4 erkennen läßt, weist die Gliederung des Bruttuzuganges an Wohnungen nach der Raumzahl im Jahre 1954 eine stärkere Betonung der mittleren und großen Wohnungen mit 4 und mehr Räumen auf als im Jahre 1953. Relativ noch größer als die Zunahme der Zahl der Wohn-

räume war aber die Zunahme des umbauten Raumes und der Wohnfläche. Die Wohnungen sind durchschnittlich also geräumiger geworden, sowohl hinsichtlich der Raumhöhe als auch hinsichtlich der Wohnfläche. Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen ist von 47,4 qm im Jahre 1953 auf 49,8 qm im Jahre 1954 angestiegen. Hierbei spielt natürlich das verschiedene Gewicht des Neu- und Wiederaufbaus sowie der Wohnungen in Ein- und Mehrfamilienhäusern in beiden Jahren eine Rolle. Die Unterschiede in der durchschnittlichen Größe der Wohnungen nach der Art der Bautätigkeit und der Gebäude werden in der Übersicht 5 dargestellt. Berücksichtigt man nur die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, die durch Neubau entstanden sind, so erhält man für 1954 eine durchschnittliche Wohnfläche von 47,5 qm gegenüber 45,1 qm im Jahre 1953; für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, die durch Wiederaufbau gewonnen sind, ergeben sich folgende Durchschnittsgrößen: 1954 = 49,7 qm, 1953 dagegen 47,9 qm.

Übersicht 3 **Das Bauvolumen im Wohn- und Nichtwohnungsbau 1953 und 1954**
(Normal- und Notbau)

Art der Angaben	Bauvolumen		Zu- (+) oder Abnahme (-) 1954 gegenüber 1953	
	1954	1953	überhaupt	vH
a) Wohnungsbau				
Zahl der fertiggestellten Wohnungen	24 656	23 916	+ 740	+ 3,1
Zahl der fertiggestellten Wohnräume	78 342	73 875	+ 4 467	+ 6,0
Umbauter Raum in 1000 cbm	6 154	5 625	+ 529	+ 9,4
Wohnfläche in 1000 qm	1 227	1 133	+ 94	+ 8,3
durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung	49,8	47,4	+ 2,4	+ 5,1
durchschnittliche Wohnfläche je Raum	15,7	15,3	+ 0,4	+ 2,6
Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	335 489	280 552	+ 54 937	+ 19,6
durchschnittl. Baukost. je cbm umb. Raum i. DM	54,5	49,9	+ 4,6	+ 9,2
b) Nichtwohnungsbau				
Umbauter Raum in 1000 cbm	2 850	3 093	- 243	- 7,9
Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	118 760	119 782	- 1 022	- 0,9
durchschnittl. Baukost. je cbm umb. Raum i. DM	41,7	38,7	+ 3,0	+ 7,8
c) Anteil d. Wohnungsbaus am Gesamtbauvolumen				
bezogen auf den umbauten Raum	68,3 vH	64,5 vH		
bezogen auf die veranschlagten Baukosten	73,9 vH	70,1 vH		

Übersicht 4 **Der Zugang an Wohnungen nach der Größe 1953 und 1954**
(Normalbau)

Größe der Wohnungen (einschl. Küchen)	Zugang an Wohnungen			
	1954		1953	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Von den Wohnungen hatten				
1 Wohnraum	1 904	7,8	1 863	7,8
2 Wohnräume	3 331	13,6	3 466	14,6
3 Wohnräume	9 481	38,7	10 753	45,3
4 Wohnräume	8 168	33,3	6 376	26,9
5 Wohnräume	1 168	4,8	880	3,7
6 Wohnräume	269	1,1	239	1,0
7 und mehr Wohnräume	183	0,7	157	0,7
Wohnungen in Normalbauten insges. außerdem Wohnungen in Notbauten	24 504	100	23 734	100
	152	—	182	—

Am größten war aber, wie die Übersicht 3 zeigt, die Zunahme der Summe der veranschlagten reinen **Baukosten** im Wohnungsbau. Sie ist von 280 Mio DM auf 335 Mio DM gestiegen, also um 55 Mio DM oder um 19,6 vH. Diese Zunahme wird durch verschiedene Komponenten ausgelöst: a) durch die Zunahme der im Berichtsjahr errichteten Wohnungen und Wohnräume, b) durch die Zunahme der durchschnittlichen Raumgröße und Wohnfläche, c) durch die Änderung in der Zusammensetzung des Bauvolumens nach Baumaßnahme und Gebäudeart, d) durch Verbesserungen in der Qualität der Wohnungen nach der Ausstattung und endlich durch die Steigerung der Baukosten schlechthin.

Wie die Übersicht 3 weiterhin erkennen läßt, sind die durchschnittlichen Baukosten je cbm umbauten Raumes von 49,9 DM im Jahre 1953 auf 54,5 DM im Jahre 1954, also um 4,6 DM oder um 9,2 vH gestiegen. Betrachtet man allein den Neubau,

so zeigt sich hier eine Zunahme der Baukosten um durchschnittlich 3,7 DM oder 7,3 vH (vgl. Übersicht 5). Unterscheidet man hierbei wieder Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und Wohnungen in Einfamilienhäusern, so ergeben sich ebenfalls verschiedene Zunahmequoten. Eine Zunahme der reinen Baukosten gegenüber den Vorjahren ist aber allgemein festzustellen. Es sei hier nochmals besonders betont, daß nur die veranschlagten reinen Baukosten im Rahmen der Baustatistik gewonnen werden, da die effektiven Baukosten erst nach der endgültigen Abrechnung des gesamten Bauvorhabens ermittelt werden können. Die Zunahme der veranschlagten Baukosten je cbm umbauten Raum erklärt sich nur zum Teil aus der allgemeinen Steigerung der Baukosten, wie sie in

der Bewegung des „Baukostenindex“ zum Ausdruck kommt. Der Baukostenindex ist im Jahresmittel von 1953 auf 1954 in Hamburg aber nur von 237 auf 241, also um nur 1,6 vH gestiegen. Demnach ist die Erhöhung der Baukosten je cbm ohne Zweifel weitgehend auf eine Qualitätsverbesserung der Wohnungen zurückzuführen, soweit sie sich nicht aus einer verschiedenen Gliederung nach der Art der Bautätigkeit, der Art der Gebäude, des Anteils des sozialen Wohnungsbaus bzw. des frei-finanzierten Wohnungsbaus und durch die verbesserte Ausstattung erklärt. Die letztere kommt vor allem im Anteil der Wohnungen mit Sammelheizung und Bad zum Ausdruck (vgl. Abschnitt 6 dieses Berichts).

Übersicht 5

Das Bauvolumen der Wohngebäude im Neubau und Wiederaufbau 1953 und 1954
(Normalbau)

Art der Baumaßnahmen	Baukosten in 1000 DM		Umbauter Raum in 1000 cbm		Bruttowohnfläche qm				Veranschlagte Baukosten je cbm umbauten Raumes			
					1954		1953		Durchschnittskosten in DM		Zunahme 1954 gegenüber 1953	
	1954	1953	1954	1953	absolut	je Wohnung	absolut	je Wohnung	1954	1953	in DM	in vH
Neubau insgesamt	127 499	114 183	2 352	2 261	471 346	52,1	451 839	48,9	54,2	50,5	3,7	7,3
darunter in												
Mehrfamilienhäusern	64 742	72 878	1 131	1 381	235 381	47,5	279 892	45,1	57,2	52,8	4,4	8,3
Einfamilienhäusern	62 709	41 062	1 220	874	235 832	57,6	171 274	56,4	51,4	47,0	4,4	9,4
Wiederaufbau insges.	197 660	157 038	3 558	3 125	706 774	50,1	627 537	48,1	55,6	50,3	5,3	10,5
darunter in												
Mehrfamilienhäusern	193 785	154 076	3 477	3 056	692 511	49,7	615 501	47,9	55,7	50,4	5,3	10,5
Einfamilienhäusern	3 730	2 945	78	68	13 984	85,3	11 972	67,3	47,8	43,3	4,5	10,4

Übersicht 6

Der Zugang an Wohnräumen¹⁾ nach ihrer Größe
1953 und 1954
(Normalbau)

Größe der Wohnräume	Zugang an Wohnräumen			
	1954		1953	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Zimmer mit 6 bis 10 qm	7 761	10,0	7 879	10,7
Zimmer über 10 qm	49 048	63,0	45 898	62,5
Küchen b. einschl. 10 qm	18 461	23,7	14 631	19,9
Küchen über 10 qm	2 568	3,3	5 055	6,9
Wohnräume insgesamt	77 838	100	73 463	100
Außerdem Wohnräume in Notbauten	504		412	

¹⁾ einschl. d. Einzelzimmer außerhalb von Wohnungen.

Abschließend soll hier noch ein Vergleich des Bauvolumens im Wohnungsbau und im Nichtwohnungsbau vorgenommen werden. Dieser ist nur mit den Maßstäben der Größe des umbauten Raumes und der Höhe der veranschlagten Kosten möglich. Wie die Übersicht 3 erkennen läßt, gehören im Jahre 1954 nach der Statistik der Baufertigstellungen 68 vH des Gesamtvolumens am umbauten Raum zum Wohnungsbau; hinsichtlich der Kosten beträgt der Anteil des Wohnungsbaus sogar fast 74 vH. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil des Wohnungsbaus im Jahre 1954 in beiden Fällen

etwas größer geworden. Hierbei sei vermerkt, daß im Rahmen der Baustatistik nur die Hochbauten, d. h. die Errichtung von Gebäuden erfaßt wird. Der Tiefbau ist hierbei unberücksichtigt geblieben, da sein Volumen bei der Mannigfaltigkeit seiner Erscheinungsformen nicht durch eine einheitliche Bauzählkarte erfaßt werden kann.

2. Umfang und Anteil des mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbaus

Im Vorjahre ist bereits eingehend dargelegt, daß die Baustatistik über den Umfang und Anteil des mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbaus nur wenige Angaben enthält. Sie wird in dieser Hinsicht seit 1953 durch eine besondere Statistik ergänzt, die jedes mit öffentlichen Mitteln geförderte Bauvorhaben, soweit es dem sozialen Wohnungsbau zuzurechnen ist, im Zeitpunkt der Bewilligung der öffentlichen Mittel erfaßt und dabei auch den Aufwand an öffentlichen Mitteln nachweist. Über die Ergebnisse der sog. „Bewilligungsstatistik“ für die Jahre 1953 und 1954 soll demnächst in einem besonderen Aufsatz berichtet werden. In dem vorliegenden Bericht werden zunächst nur die wichtigsten Zahlen über die im Kalenderjahr 1954 fertiggestellten Wohnungen geboten, die mit öffentlichen Mitteln gefördert sind. Wie die Übersicht 7 zeigt, bewegt sich die Zahl der öffentlich geförderten

Wohnungen seit 3 Jahren etwa auf der gleichen Höhe von rd. 15 000 Wohnungen. Da sich auch das Gesamtvolumen des Zugangs an fertiggestellten Wohnungen seit 1952 nur wenig verändert hat, ist der Anteil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen mit 62,6 vH wieder nahezu der gleiche wie im Vorjahre. Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß nur die mit öffentlichen Darlehen geförderten Wohnungen berücksichtigt werden konnten. Wohnungen, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Darlehen allein durch andere Maßnahmen der öffentlichen Hand, wie z. B. durch Bereitstellung von Zwischenkrediten, Übernahme von Bürgschaften, Bereitstellung von verbilligtem Bauland, Steuervergünstigungen u. a. m. gefördert sind, konnten im Rahmen der Baustatistik nicht ausgesondert werden. Der Anteil, den der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau nach der Größe der Wohnungen, der Art der Baumaßnahme, der Art der Gebäude, den einzelnen Bauherrngruppen und anderen Gliederungsmerkmalen der Baustatistik einnimmt, kann der folgenden S a m m e l-

übersicht 8 sowie der Übersicht 9 entnommen werden. Diese Übersichten lassen erkennen, daß die Quote des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus bei den so gebildeten Wohnungsgruppen recht große Unterschiede aufweist.

Übersicht 7

Der Zugang an Wohnungen insgesamt und im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau 1949 bis 1954 (Normal- und Notbau)

Jahre	Bruttozugang an fertiggestellten Wohnungen insgesamt	darunter mit öffentl. Mitteln gefördert		
		überhaupt	vH	darunter sozialer Wohnungsbau
1949	14 854	7 063	47,6	
1950	27 238	18 623	68,4	
1951	27 080	17 125	63,2	
1952	23 847	15 470	64,9	15 147
1953	23 916	14 911	62,3	14 631
1954	24 656	15 431	62,6	15 222

Übersicht 8

Zahl und Anteil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus nach verschiedenen Wohnungsgruppen 1953 und 1954 (Normalbau)

Merkmale der fertiggestellten Wohnungen	Geförderte Wohnungen 1954		Geförderte Wohnungen 1953	
	Zahl	Anteil vH ¹⁾	Zahl	Anteil vH ¹⁾
a) Nach der Raumzahl				
Wohnungen mit				
1 Wohnraum	492	25,8	496	26,6
2 Wohnräumen	2 052	61,6	2 585	74,6
3 Wohnräumen	6 458	68,1	7 067	65,7
4 Wohnräumen	5 512	67,5	4 043	63,4
5 und mehr Wohnräumen	708	43,7	431	33,8
b) Nach der Baumaßnahme				
Wohnungen errichtet durch				
Neubau	6 159	67,2	5 707	60,6
Wiederaufbau	8 738	61,6	8 754	66,7
Sonstige	325	28,2	161	13,4
c) Nach der Art der Gebäude²⁾				
Wohnungen in				
Mehrfamilienhäusern	11 901	62,8	12 788	67,0
Kleinsiedlerstellen	359	100	279	100
Einfamilienhäusern m. Nutzgart. und Stall	275	66,4	113	55,7
Sonstigen Einfamilienhäusern	2 362	67,5	1 223	44,5
Bauernhäusern	—	—	3	27,3
Nichtwohngebäuden	—	—	57	23,2
d) Nach der Art der Bauherren				
Wohnungen errichtet durch				
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	9 470	86,9	9 488	83,1
Freie Wohnungsunternehmen	1 281	39,2	1 035	40,2
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	105	11,8	31	10,0
Sonstige private Bauherren	4 311	46,6	3 980	43,8
Behörden u. Körperschaften des öffentl. Rechts	55	28,2	88	26,5
e) Nach der Ausstattung				
Wohnungen mit Offenheizung	12 975	75,4	13 056	68,4
darunter mit Bad	11 297	78,2	10 365	72,1
Wohnungen m. Sammelheizung	2 247	30,8	1 566	33,7
darunter mit Bad	2 186	30,7	1 485	33,8

¹⁾ Anteil an der Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen.
²⁾ Nur Wohnungen in ganzen Gebäuden.

Übersicht 9

Rohzugang an Wohngebäuden mit Wohnungen nach Bauherren und der Art der Gebäude 1954
(Normalbau)

Bauherren		Zugang an Wohngebäuden mit Wohnungen überhaupt		davon entfallen auf									
				Mehrfamilienhäuser		Kleinsiedlerstellen		Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall		Sonstige Einfamilienhäuser		Bauernhäuser	
				Geb. (Sp. 3, 5, 7, 9, 11)	Wohng. (Sp. 4, 6, 8, 10, 12)	Geb.	Wohng.	Geb.	Wohng.	Geb.	Wohng.	Geb.	Wohng.
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen . .	überhaupt	2 516	10 780	815	8 483	274	359	116	145	1 311	1 793	—	—
	öfftl. geförd.	2 274	9 365	753	7 354	274	359	111	140	1 136	1 512	—	—
Freie Wohnungsunternehmen .	überhaupt	459	3 255	280	3 073	—	—	87	87	92	95	—	—
	öfftl. geförd.	235	1 279	107	1 150	—	—	40	40	88	89	—	—
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen . .	überhaupt	90	792	72	769	—	—	—	—	18	23	—	—
	öfftl. geförd.	9	87	9	87	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige private Bauherren . .	überhaupt	2 152	8 242	702	6 487	—	—	151	178	1 296	1 574	3	3
	öfftl. geförd.	990	4 111	327	3 256	—	—	76	95	587	760	—	—
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts . .	überhaupt	.32	147	17	131	—	—	4	4	11	12	—	—
	öfftl. geförd.	8	55	7	54	—	—	—	—	1	1	—	—
Insgesamt	überhaupt	5 249	23 216	1 886	18 943	274	359	358	414	2 728	3 497	3	3
	öfftl. geförd.	3 516	14 897	1 203	11 901	274	359	227	275	1 812	2 362	—	—

3. Neubau und Wiederaufbau

Die Gliederung des Wohnungsbaus nach der Art der Baumaßnahme umfaßt außer dem Neubau und dem Wiederaufbau auch den sonstigen Zugang von Wohnungen, sei es durch Umbau ganzer Gebäude oder durch Um-, Ausbau und Erweiterung von schon bestehenden Wohnungen sowie den Zugang durch Wiederherstellung. Zahlenmäßig ins Gewicht fallen jedoch nur Neubau und Wiederaufbau. Im Vorjahre ist bereits darüber berichtet worden, daß eine saubere Trennung dieser beiden Merkmale nach den Richtlinien des Statistischen Bundesamtes nicht immer ganz einfach ist, denn bautechnisch erscheinen viele Wiederaufbauten als Neubauten. Für die Gliederung soll aber nicht der bautechnische Charakter allein maßgebend sein, sondern im Vordergrund steht der Gesichtspunkt, daß als „Wiederaufbau“ alle Gebäude gezählt werden sollen, die baulich **und** wirtschaftlich einen Ersatz für das zerstörte Gebäude darstellen. Das bautechnisch als Neubau bezeichnete Gebäude gilt aber als Wiederaufbau, wenn es nach Art, Umfang und Zweckbestimmung **nicht beträchtlich** von dem zerstörten Gebäude abweicht.

Es liegt auf der Hand, daß die von Bautechnikern ausgefüllten Zählkarten diesem Gesichtspunkt nicht immer genügend Rechnung tragen. Deshalb wird vom Statistischen Landesamt seit 1953 eine Aufgliederung der von den Bauämtern als „Neubau“ gekennzeichneten Wohnungsbauten nach der Lage des Gebäudes nach folgenden Merkmalen vorgenommen:

- a) auf nicht aufgeschlossenem Gelände,
- b) an ausgebauten Straßen, aber bisher nicht bebautem Gelände,
- c) auf früher bebautem Grund, insbesondere auf Trümmergelände.

Die letzte Gruppe dürfte in der Hauptsache echte Wiederaufbauten umfassen.

Man erhält nach dieser Gliederung folgende Werte für die beiden letzten Jahre:

	1954	1953
Zugang an Wohnungen durch:		
a) Neubauten auf nicht aufgeschlossenem Gelände	3 644	2 927
b) Neubauten an ausgebauten Straßen, aber bisher nicht bebautem Grund	5 630	6 629
c) Neubauten auf früher bebautem Grund	5 764	5 632
d) Wiederaufbauten	8 422	7 487

Bei den Gruppen a) und b) handelt es sich zweifellos um echte Neubauten, bei der Gruppe d) um echte Wiederaufbauten. Man wird aber auch die Gruppe c) den Wiederaufbauten zurechnen müssen, da es sich hierbei weitgehend um einen Ersatz von zerstörten Wohnbauten auf Trümmergelände handelt. Danach erhalten wir folgende Werte:

	1954	1953
Zugang an Wohnungen durch:		
Neubau	9 274	9 556
Wiederaufbau	14 186	13 119

Würde man jedoch die Gruppe c) dem Neubau zurechnen, erhält man folgendes Ergebnis:

	1954	1953
Zugang an Wohnungen durch:		
Neubau	15 038	15 188
Wiederaufbau	8 422	7 487

Da in den übrigen Ländern des Bundesgebiets eine derartige Untergliederung des Neubaus nicht möglich ist, dürfte es zweckmäßig sein, für Vergleichszwecke die zuletzt genannten Zahlen heranzuziehen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind Volumen und Anteil sowohl des Neubaus als auch des Wiederaufbaus im Jahre 1954 nahezu unverändert geblieben.

4. Der Wohnungsbau nach der Art der Bauherren

Für die praktische Wohnungsbaupolitik ist seit Jahren die Frage von besonderer Bedeutung, in welchem Maße die einzelnen Bauherrengruppen an dem Bau-erfolg beteiligt sind, denn, wie im Abschnitt 2 dargelegt war, sind immer noch über 62 vH der fertiggestellten Wohnungen durch Hergabe von öffentlichen Darlehen für den sozialen Wohnungs-bau finanziert worden.

Die Gliederung der im Jahre 1954 fertig-gestellten Wohnungen nach Bauherren zeigt die Übersicht 10. Bei der Gesamtzahl der im

Kalenderjahr 1954 fertiggestellten Woh-nungen ist der Anteil der von den privaten Bau-herren — wenn man hierbei die Wohnungsunter-nehmen ausschaltet — errichteten Wohnungen etwa der gleiche wie im Vorjahr. Wenn trotzdem der Anteil der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen am Bauerfolg in diesem Jahr mit rd. 46 vH gegen-über 51 vH im Jahre 1953 abgenommen hat, so liegt der entsprechende Zuwachs vor allem bei den Freien Wohnungsunternehmen, die 1954 im ganzen 3 265 Wohnungen oder 14 vH des Gesamtvolumens errichtet haben gegenüber nur 2 573 Wohnungen oder 11 vH im Vorjahre.

Übersicht 10

Der Zugang an Wohngebäuden und Wohnungen nach Bauherren 1953 und 1954 (Normalbau)

Art der Bauherren	Zugang 1954					Zugang 1953				
	Wohngebäude		Wohnungen in Wohngebäuden		Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohn-bauten	Wohngebäude		Wohnungen in Wohngebäuden		Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohn-bauten
	Zahl	vH	Zahl	vH		Zahl	vH	Zahl	vH	
Gemeinnützige										
Wohnungsunternehmen . . .	2 516	47,9	10 780	46,5	120	2 158	46,5	11 311	50,7	112
Freie Wohnungsunternehmen .	459	8,8	3 255	14,0	10	252	5,4	2 534	11,3	39
Erwerbs- und										
Wirtschaftsunternehmen . . .	90	1,7	792	3,4	101	37	0,8	251	1,1	59
Sonstige private Bauherren . .	2 152	41,0	8 242	35,5	1 009	2 156	46,4	7 964	35,7	1 132
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts . . .	32	0,6	147	0,6	48	40	0,9	266	1,2	66
Insgesamt	5 249	100	23 216	100	1 288	4 643	100	22 326	100	1 408
Von den Sonstig. privaten Bauherren waren:										
Selbständige Berufstätige . .	746	34,7	4 579	55,6	.	640	29,7	3 957	49,7	.
Beamte und Angestellte . . .	258	12,0	384	4,7	.	340	15,8	582	7,3	.
Arbeiter	160	7,4	192	2,3	.	231	10,7	287	3,6	.
Rentner und Pensionäre . . .	27	1,2	78	0,9	.	34	1,6	83	1,0	.
Personengemeinschaften . . .	79	3,7	780	9,5	.	115	5,3	1 146	14,4	.
Ohne Beruf	54	2,5	266	3,2	.	63	2,9	314	4,0	.
Ohne Angabe	828	38,5	1 963	23,8	.	733	34,0	1 595	20,0	.

Übersicht 11

Zahl und Anteil der Wohnungen in Wohngebäuden im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau nach Bauherren 1953 und 1954 (Normalbau)

Art der Bauherren	1954				1953			
	Zugang an Wohnungen in Wohngebäuden	darunter öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau			Zugang an Wohnungen in Wohngebäuden	darunter öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau		
		überhaupt	vH	Anteil vH ¹⁾		überhaupt	vH	Anteil vH ¹⁾
Gemeinnützige								
Wohnungsunternehmen . . .	10 780	9 365	62,8	86,9	11 311	9 403	65,3	83,1
Freie Wohnungsunternehmen .	3 255	1 279	8,6	39,3	2 534	1 035	7,2	40,8
Erwerbs- und								
Wirtschaftsunternehmen . . .	792	87	0,6	11,0	251	31	0,2	12,4
Sonstige private Bauherren . .	8 242	4 111	27,6	49,9	7 964	3 849	26,7	48,3
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts . . .	147	55	0,4	37,4	266	88	0,6	33,1
Insgesamt	23 216	14 897	100	64,2	22 326	14 406	100	64,5
Von den Sonstig. privaten Bauherren waren:								
Selbständige Berufstätige . .	4 579	2 062	50,2	45,0	3 957	1 667	43,3	42,1
Beamte und Angestellte . . .	384	238	5,8	62,0	582	257	6,7	44,2
Arbeiter	192	97	2,3	50,5	287	113	2,9	39,4
Rentner und Pensionäre . . .	78	53	1,3	67,9	83	27	0,7	32,5
Personengemeinschaften . . .	780	431	10,5	55,3	1 146	824	21,4	71,9
Ohne Beruf	266	169	4,1	63,5	314	202	5,3	64,3
Ohne Angabe	1 963	1 061	25,8	54,0	1 595	759	19,7	47,6

¹⁾ Anteil an der Gesamtzahl der von der Bauherrengruppe errichteten Wohnungen.

Aus der Übersicht 11 kann weiterhin der Umfang und der Anteil des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus für die einzelnen Bauherrengruppen abgelesen werden. Dem Umfang nach stehen die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen auch hier noch immer weitaus an der Spitze, denn von 14 897 geförderten Wohnungen in Wohngebäuden kommen auf diese Bauherrengruppe noch 9 365 Wohnungen oder 62,8 vH. Die Zahl der geförderten Wohnungen war bei den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen nur wenig geringer als im Vorjahr. Die Quote der geförderten Wohnungen an der Gesamtzahl der von ihnen errichteten Wohnungen war mit 86,9 vH sogar größer als im Vorjahr, in dem sie nur 83 vH ausmachte. Dies erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß im Jahre 1953 ein Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen ein besonders umfangreiches Bauprojekt (Hohnerkamp) ohne öffentliche Darlehen weitgehend mit 7c-Geldern finanziert hatte. Eine geringe Zunahme der Quote der öffentlich geförderten Wohnungen zeigt sich auch bei den „sonstigen“ privaten Bauherren. Es ist hierbei zu beachten, daß es sich um die Zahl und den Anteil

der im Jahre 1954 fertiggestellten Wohnungen handelt. In den Ergebnissen der Statistik für das Jahr 1954 konnten sich die neuen Richtlinien für die Bewilligung öffentlicher Mittel im Wohnungsbau noch nicht auswirken. Weiterhin ist zu beachten, daß die Quote der öffentlich geförderten Wohnungen bei den übrigen Bauherrengruppen in beiden Jahren weit geringer war als bei den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Es wäre aber falsch, daraus eine entsprechende Bevorzugung dieser Bauherrengruppe ablesen zu wollen, denn weitgehend erklärt sich dieser Unterschied daraus, daß die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen in erster Linie die Träger des sozialen Wohnungsbaus sein sollen, wogegen die übrigen Bauherrengruppen in stärkerem Maße Eigenheime, Dienst- und Werkwohnungen und andere Wohnungen, die nicht den Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, errichten. Wie die Übersicht 12 erkennen läßt, war der Anteil der großen Wohnungen, d. h. der Wohnungen mit 4 und mehr Räumen, bei den Gemeinnützigen und Freien Wohnungsunternehmen erheblich geringer als bei den übrigen Bauherrengruppen.

Übersicht 12

Der Bruttozugang an Wohnungen in Normalwohngebäuden nach der Größe und nach Bauherren 1954 (Normalbau)

Größe der Wohnungen (einschl. Küchen)	Gemeinnützige Wohnungsunter- nehmen		Freie Wohnungsunter- nehmen		Erwerbs- und Wirtschaftsunter- nehmen		Sonstige private Bauherren		Behörden und Körperschaften des öffentl. Rechts	
	Wohnungen Zahl	vH	Wohnungen Zahl	vH	Wohnungen Zahl	vH	Wohnungen Zahl	vH	Wohnungen Zahl	vH
Von den Wohnungen hatten:										
1 Wohnraum	1 019	9,5	265	8,2	114	14,4	421	5,1	27	18,4
2 Wohnräume	1 599	14,8	577	17,7	120	15,2	841	10,2	19	12,9
3 Wohnräume	4 204	39,0	1 269	39,0	241	30,4	3 275	39,7	40	27,2
4 Wohnräume	3 565	33,1	998	30,7	275	34,7	2 948	35,8	50	34,0
5 Wohnräume	372	3,4	138	4,2	35	4,4	472	5,7	3	2,0
6 Wohnräume	21	0,2	4	0,1	5	0,6	169	2,1	1	0,7
7 und mehr Wohnräume	—	—	4	0,1	2	0,3	116	1,4	7	4,8
Wohnungen insgesamt	10 780	100	3 255	100	792	100	8 242	100	147	100

Übersicht 13

Beteiligung der einzelnen Bauherrengruppen an den Baumaßnahmen Neubau und Wiederaufbau 1953 und 1954 (Normalbau)

Art der Bauherren	1954				1953			
	Zugang an Wohnungen in Wohngebäuden durch Neubau		Wiederaufbau		Zugang an Wohnungen in Wohngebäuden durch Neubau		Wiederaufbau	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Gemeinnütz. Wohnungsunternehmen	5 574	61,6	5 176	36,7	5 510	59,6	5 801	44,5
Freie Wohnungsunternehmen	931	10,3	2 324	16,5	626	6,8	1 908	14,6
Erwerbs- u. Wirtschaftsunternehmen	76	0,8	716	5,1	61	0,6	189	1,5
Sonstige private Bauherren	2 436	26,9	5 790	41,0	2 929	31,7	4 993	38,3
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts	37	0,4	102	0,7	122	1,3	144	1,1
Wohnungen in Wohngebäuden insges.	9 054	100	14 108	100	9 248	100	13 035	100

Die Bauaktivität der einzelnen Bauherrengruppen ist aber nicht allein nach der Zahl der von ihnen fertiggestellten Wohnungen und Wohnräume zu messen. Wertvolle Anhaltspunkte bieten dafür auch die Angaben über das Bauvolumen, gemessen an dem umbauten Raum und der Größe

der Wohnfläche sowie an der Höhe der veranschlagten reinen Baukosten. Wie die Übersicht 14 erkennen läßt, besteht bei der Gliederung nach diesen Merkmalen eine recht verschiedene Gewichtsverteilung auf die einzelnen Bauherrengruppen.

Übersicht 14

**Das Bauvolumen der Wohngebäude und Wohngebäudeteile nach der Art der Bauherren
1953 und 1954
(Normal- und Notbau)**

Art der Bauherren	Wohnungen	Wohnräume	Umbauter Raum in 1000 cbm		Wohnfläche in 1000 qm		Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	
			Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
1954								
Gemeinnützige								
Wohnungsunternehmen	10 898	33 433	2 426	39,4	502	40,9	137 736	41,0
Freie Wohnungsunternehmen	3 260	9 982	820	13,3	169	13,8	43 505	13,0
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	822	2 450	213	3,5	42	3,4	12 661	3,8
Sonstige Private Bauherren	9 281	30 591	2 635	42,8	505	41,2	138 087	41,2
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts	163	496	60	1,0	9	0,7	3 500	1,0
Insgesamt	24 424	76 952	6 154	100	1 227	100	335 489	100
1953								
Gemeinnützige								
Wohnungsunternehmen	11 368	33 580	2 476	44,0	503	44,4	128 551	45,8
Freie Wohnungsunternehmen	2 571	7 750	595	10,6	124	11,0	31 372	11,2
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	271	941	88	1,5	17	1,5	4 753	1,7
Sonstige Private Bauherren	9 138	28 803	2 383	42,4	474	41,8	111 383	39,7
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts	273	851	83	1,5	15	1,3	4 493	1,6
Insgesamt	23 621	71 925	5 625	100	1 133	100	280 552	100

5. Der Wohnungsbau nach der Art der Gebäude

Im Jahre 1953 war zum ersten Male im Rahmen der Baustatistik eine Gliederung der Wohngebäude und der darin errichteten Wohnungen nach der Art der Gebäude vorgenommen; dabei waren aus wohnungspolitischen Gründen die in der Übersicht 15 genannten 5 Gebäudearten ausgegliedert. Der Vergleich der Gebäude von 1954 und 1953 läßt erkennen, daß die Zahl der in Kleinsiedlerstellen

und Einfamilienhäusern errichteten Wohnungen gegenüber dem Vorjahr in Hamburg nicht unerheblich zugenommen hat, wogegen die Zahl der Wohnungen, die in Mehrfamilienhäusern fertiggestellt sind, ein wenig gesunken ist. Insbesondere gilt dies für den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Damit zeichnet sich auch in Hamburg ein Erfolg der stärkeren Förderung des Kleinsiedlungsbaus und Eigenheimbaus im Sinne der Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung ab.

Übersicht 15

**Zugang an Wohngebäuden mit Wohnungen nach der Art der Gebäude 1953 und 1954
(Normalbau)**

Art der Gebäude	1954						1953					
	Wohngebäude	darin Wohnungen		darunter öffentl. geförderter sozialer Wohnungsbau		Wohngebäude	darin Wohnungen		darunter öffentl. geförderter sozialer Wohnungsbau			
		Zahl	vH	Wohngebäude	darin Wohnungen		Zahl	vH	Wohngebäude	darin Wohnungen		
Mehrfamilienhäuser	1 886	18 943	81,6	1 203	11 901	79,9	2 257	19 082	85,5	1 525	12 788	88,8
Kleinsiedlerstellen	274	359	1,5	274	359	2,4	211	279	1,3	211	279	1,9
Einfamilienhäuser m. Nutzgart. u. Stall	358	414	1,8	227	275	1,8	157	203	0,9	83	113	0,8
Sonstige Einfamilienhäuser	2 728	3 497	15,1	1 812	2 362	15,9	2 012	2 751	12,3	842	1 223	8,5
Bauernhäuser	3	3	0,0	—	—	—	6	11	0,0	1	3	0,0
Insgesamt	5 249	23 216	100	3 516	14 897	100	4 643	22 326	100	2 662	14 406	100

Weitere Daten über die neuerstellten Wohngebäude sind aus den Übersichten 16 bis 18

zu ersehen.

Übersicht 16

Die Wohngebäude nach der Größe 1953 und 1954
(Normalbau)

Größe der Wohngebäude	Zugang an Wohngebäuden			
	1954		1953	
	Zahl	vH	Zahl	vH
Gebäude insgesamt . . .	5 249¹⁾	100	4 623²⁾	100
davon mit				
1 Wohnung . . .	2 454	46,8	1 549	33,4
2 Wohnungen . . .	910	17,3	1 216	26,2
3—4 Wohnungen . . .	118	2,3	131	2,8
5—9 Wohnungen . . .	1 009	19,2	946	20,4
10—19 Wohnungen . . .	670	12,8	745	16,1
20 u. mehr Wohnungen	84	1,6	53	1,1

¹⁾ Darunter 4 Wohngebäude, die im ersten Bauabschnitt noch keine Wohnungen enthalten.

²⁾ Darunter 3 Wohngebäude, die im ersten Bauabschnitt noch keine Wohnungen enthalten.

Übersicht 17

Die neuerstellten Wohngebäude
nach der Geschößzahl 1953 und 1954
(Normalbau)

Größe der Gebäude	Zugang an Wohngebäuden			
	1954		1953	
	Zahl	vH	Zahl	vH
Gebäude insgesamt	5 249	100	4 643	100
davon hatten				
1 Geschoß	1 866	35,5	2 329	50,2
2 Geschosse	1 732	33,0	796	17,2
3 Geschosse	440	8,4	498	10,7
4 Geschosse	1 045	19,9	856	18,4
5 Geschosse	136	2,6	158	3,4
6 und mehr Geschosse . . .	30	0,6	6	0,1

Übersicht 18 Der Bruttozugang an Wohngebäuden nach der Größe und nach Bauherren 1954
(Normalbau)

Größe der Wohngebäude	Gemeinnützige Wohnungsunternehmen		Freie Wohnungsunternehmen		Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen		Sonstige private Bauherren		Behörden und Körperschaften des öffentl. Rechts	
	Gebäude		Gebäude		Gebäude		Gebäude		Gebäude	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
Von den Wohngebäuden hatten:										
1 Wohnung	1 105	43,9	176	38,3	13	14,5	1 146	53,3	14	43,8
2 Wohnungen	596	23,7	3	0,7	5	5,5	305	14,2	1	3,1
3—4 Wohnungen	13	0,5	4	0,9	7	7,8	88	4,1	6	18,7
5—9 Wohnungen	526	20,9	112	24,4	32	35,6	332	15,5	7	21,9
10—19 Wohnungen	221	8,8	154	33,5	28	31,1	263	12,2	4	12,5
20 und mehr Wohnungen	54	2,2	10	2,2	5	5,5	15	0,7	—	—
Gebäude insgesamt	2 516¹⁾	100	459	100	90	100	2 152¹⁾	100	32	100

¹⁾ Einschl. der Wohngebäude, die im ersten Bauabschnitt noch keine Wohnungen enthalten.

6. Die Ausstattung der Wohnungen

Eine Untersuchung der neuerstellten Wohnungen nach ihrer Ausstattung hat zu interessanten und aufschlußreichen Ergebnissen geführt. Zunächst zeigt sich, daß sich die Zahl der mit Bad bzw. mit Sammelheizung ausgestatteten Wohnungen gegenüber dem Vorjahr absolut und relativ bemerkenswert erhöht hat. Im Jahre 1954 waren von 24 504

Wohnungen 21 561 oder 88 vH mit Bad (Voll- oder Duschbad) ausgestattet, das sind rd. 2 800 Wohnungen mehr als im Jahre 1953 in dem 18 766 Wohnungen oder 79 vH mit Bad fertiggestellt wurden. Mit Sammelheizung (Zentralheizung, Etagenheizung, Fernheizung) waren 1954 rd. 7 300 Wohnungen oder 30 vH versehen, gegenüber 4 650 oder 20 vH im Jahre 1953.

Art der Angaben	Normal-Wohnungen überhaupt	darunter mit					
		Bad			Sammelheizung		
		überhaupt	vH	dagegen 1953 vH	überhaupt	vH	dagegen 1953 vH
Wohnungen insgesamt	24 504	21 561	88,0	79,1	7 287	29,7	19,6
davon							
sozialer Wohnungsbau	15 222	13 483	88,6	81,0	2 247	14,8	10,7
übriger Wohnungsbau	9 282	8 078	87,0	75,9	5 040	54,3	33,9

Unterscheidet man hierbei nach öffentlich geförderten sozialen und dem übrigen, zumeist freifinanzierten Wohnungsbau, so zeigt sich, daß beide Gruppen in etwa gleicher Weise mit Bad ausgestattet waren. Die Ausstattung mit Sammelheizung war jedoch recht unterschiedlich, während von 9 282 freifinanzierten Wohnungen 5 040 oder 54,3 vH mit Sammelheizung versehen waren, waren es von 15 222 sozialen Wohnungen nur 2 247 oder 14,8 vH. Der geringe Anteil der Wohnungen mit Sammelheizung im sozialen Wohnungsbau dürfte im wesentlichen mit den Zielsetzungen des sozialen Wohnungsbaus zu erklären sein, dessen Hauptaufgabe es ist, Wohnungen zu errichten, die nach

Größe, Ausstattung und Miete für die breiten Schichten des Volkes geeignet und bestimmt sind. Wie die vorstehende Übersicht zeigt, hat sich andererseits jedoch der Anteil der Wohnungen mit Bad bzw. Sammelheizung auch im sozialen Wohnungsbau gegenüber dem Jahre 1953 erhöht. Nach dieser Zunahme zu schließen, dürfte in steigendem Maße von den im Wohnungsbaugesetz vorgesehenen Möglichkeiten zur Auflockerung der Richtsatzmieten Gebrauch gemacht worden sein. Eine besondere Auszählung hat ergeben, daß im Jahre 1954 allein rd. 750 Wohnungen im Rahmen des gehobenen sozialen Wohnungsbaus fertiggestellt wurden. Wohnungen, für die Zuschläge bis zu 30 vH zu den Richtsatzmieten erhoben werden,

weil sie entweder besondere Lagevorteile oder eine überdurchschnittliche Ausstattung aufweisen, dürfen weit häufiger sein, jedoch kann ihre Zahl im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik leider nicht fest-

gestellt werden. Eine Gliederung der Wohnungen nach der Größe der Gebäude und nach der Art der Bauherren zeigt zum Teil beträchtliche Unterschiede in der Ausstattung, wie die folgenden Zahlen zeigen:

Größe der Wohngebäude	Zugang an Normal-Wohnungen in Wohngebäuden 1954	darunter mit					
		Bad			Sammelheizung		
		überhaupt	vH	dagegen 1953 vH	überhaupt	vH	dagegen 1953 vH
Wohnungen in Wohngebäuden mit							
1 Wohnung	2 454	1 734	70,7	42,5	396	16,1	21,2
2 Wohnungen	1 820	1 190	65,4	61,9	180	9,9	7,2
3 und 4 Wohnungen	409	351	85,8	65,6	212	51,8	38,9
5 und mehr Wohnungen	18 533	17 508	94,5	88,3	6 096	32,9	20,8
Insgesamt	23 216	20 783	89,5	81,7	6 884	29,7	19,7

Auffallend ist, daß die Wohnungen in kleineren Wohngebäuden im Jahre 1954 in weit geringerem Maße mit Bad (70 vH) bzw. Sammelheizung (16 vH)

ausgestattet waren, als die Wohngebäude mit 5 und mehr Wohnungen (95 bzw. 33 vH).

Art der Bauherren	Zugang an Wohnbauten in Wohnbauten 1954	darunter mit					
		Bad			Sammelheizung		
		überhaupt	vH	dagegen 1953 vH	überhaupt	vH	dagegen 1953 vH
Gemeinnützige							
Wohnungsunternehmen	10 897	9 748	89,5	83,2	1 285	11,8	7,8
Freie Wohnungsunternehmen	3 260	3 122	95,8	95,3	1 480	45,4	29,5
Erwerbs- u. Wirtschaftsunternehmen	821	777	94,6	88,0	502	61,1	61,8
Sonstige private Bauherren	9 142	7 587	83,0	69,8	3 764	41,2	28,0
Behörden u. Körperschaften des öffentlichen Rechts	153	140	91,5	79,9	82	53,6	70,7
Insgesamt	24 273	21 374	88,1	79,4	7 113	29,3	19,3

Vergleicht man den Wohnungsbau hinsichtlich der Ausstattung mit den letzten fünf Jahren vor dem Kriege, so zeigt sich, daß die Zahl der mit Bad ausgestatteten Wohnungen heute bereits **erheblich über dem Vorkriegsniveau liegt**. Wie die Zahlen aus den Jahren 1934 bis 1938 zeigen, ist zu ersehen, daß die Anteile der Wohnungen mit Bad in diesen Jahren zwischen 60 und 73 vH lagen, während der Anteil im Jahre 1954, wie bereits vorher erwähnt wurde, 88 vH betrug. Die Statistik läßt leider nicht erkennen, ob und wieweit bei der Einrichtung der

Wohnungen mit Bad nur von einem Brausebad Gebrauch gemacht worden ist.

Jahre	Zugang an Wohnungen überhaupt	davon mit	
		Badezimmer in vH	Zentralheizung in vH
1934	3 804	68,2	54,7
1935	4 062	60,2	56,9
1936	6 511	72,9	54,3
1937	5 182	70,2	47,7
1938	4 261	66,4	46,0

Übersicht 19 Der Zugang an Wohnungen nach der Ausstattung der Wohnungen 1954 (Normalbau)

Art der Angaben	Wohnungen (Sp. 2, 4, 6, 8)	davon mit							
		Ofenheizung	darunter mit Bad	Zentralheizung	darunter mit Bad	Etagenheizung	darunter mit Bad	Fernheizung	darunter mit Bad
		1	2	3	4	5	6	7	8
a) Nach der Baumaßnahme und der Art der Bauherren									
Neubau	9 167	7 061	5 416	1 190	1 147	459	407	457	457
Wiederaufbau	14 186	9 241	8 677	3 284	3 284	1 356	1 351	305	305
Umbau ganzer Gebäude	55	49	3	5	5	1	1	—	—
Wiederherstellung	207	172	117	15	11	17	10	3	3
Um-, Ausbau und Erweiterung	889	694	230	127	112	68	61	—	—
Insgesamt	24 504	17 217	14 443	4 621	4 523	1 901	1 830	765	765
darunter im öff. geförd. sozialen Wohnungsbau	15 222	12 975	11 297	1 167	1 148	624	582	456	456
davon Wohnungen in Nichtwohnbauten	231	57	32	110	96	49	44	15	15
Wohnbauten ¹⁾	24 273	17 160	14 411	4 511	4 427	1 852	1 786	750	750
davon errichtet durch:									
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	10 897	9 612	8 493	194	193	635	606	456	456
Freie Wohnungsunternehmen	3 260	1 780	1 649	1 211	1 204	238	238	31	31
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	821	319	275	356	356	146	146	—	—
Sonstige private Bauherren	9 142	5 378	3 933	2 668	2 595	833	796	263	263
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts	153	71	61	82	79	—	—	—	—

Noch: Übersicht 19

Art der Angaben	Wohnung n (Sp. 2,4,6,8)	davon mit								
		Ofen- heizung	darunter mit Bad	Zentral- heizung	darunter mit Bad	Etagen- heizung	darunter mit Bad	Fern- heizung	darunter mit Bad	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
b) Nach der Größe der Wohngebäude										
Wohnungen in Wohngebäuden insges.²⁾	23 216	16 332	14 069	4 384	4 316	1 750	1 648	750	750	
davon in Wohngebäuden mit										
1 Wohnung	2 454	2 058	1 365	234	223	162	146	—	—	
2 Wohnungen	1 820	1 640	1 031	126	110	54	49	—	—	
3 und 4 Wohnungen	409	197	153	143	131	62	60	7	7	
5 und mehr Wohnungen	18 533	12 437	11 520	3 881	3 852	1 472	1 393	743	743	

¹⁾ Wohngebäude und Wohngebäudeteile.
²⁾ Ohne 1057 Wohnungen in Gebäudeteilen.

Übersicht 20

Der Zugang und Abgang an Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden nach Gebietsteilen 1954

Gebietsteile ¹⁾ (O. A. = Ortsamt)	Bruttozugang an Wohnungen insgesamt		darunter mit öffentlichen Mitteln gefördert	Von den Wohnungen insgesamt wurden errichtet durch						Abgang durch		Reinzugang an Wohnungen (Sp. 1 minus Sp. 9 u. 10)
	Zahl (Sp. 4, 7, 8)	vH		Neubau zusammen (Sp. 5 u. 6)	davon		Wieder- aufbau	Wieder- herst., Umbau, Ausbau, Erweiterung	Wieder- herst., Umbau, Ausbau, Erweiterung	Ab- bruch, Brand u. s. w.		
					Neubau auf nicht aufgeschlossenen Gelände	Neubau an ausgebauten Straßen, aber bisher nicht bebautem Gelände						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Bezirk Hamburg-Mitte	3 819	15,5	2 974	636	108	528	3 005	178	66	22	3 731	
davon												
Kerngebiet	2 650	10,8	2 166	127	1	126	2 492	31	6	7	2 637	
O.A. Billstedt	809	3,3	513	454	91	363	232	123	46	2	761	
O.A. Veddel-Roth	302	1,2	268	6	5	1	278	18	9	9	284	
O.A. Finkenwerder	58	0,2	27	49	11	38	3	6	5	4	49	
Bezirk Altona	1 861	7,5	1 001	1 025	230	795	630	206	69	54	1 738	
davon												
Kerngebiet	1 246	5,0	664	510	82	428	626	110	24	51	1 171	
O.A. Blankenese	615	2,5	337	515	148	367	4	96	45	3	567	
Bezirk Eimsbüttel	3 540	14,4	1 991	1 451	525	926	1 929	160	93	17	3 430	
davon												
Kerngebiet	2 244	9,1	1 193	490	—	490	1 731	23	8	10	2 226	
O.A. Lokstedt	777	3,2	441	558	219	339	107	112	73	5	699	
O.A. Stellingen	519	2,1	357	403	306	97	91	25	12	2	505	
Bezirk Hamburg-Nord	7 439	30,2	3 980	1 436	213	1 223	5 917	86	20	5	7 414	
davon												
Kerngebiet	1 754	7,1	424	368	2	366	1 347	39	12	—	1 742	
O.A. Barmbek - Uhl.	5 042	20,5	3 175	536	—	536	4 475	31	—	2	5 040	
O.A. Fuhlsbüttel	643	2,6	381	532	211	321	95	16	8	3	632	
Bezirk Wandsbek	5 599	22,7	3 706	3 373	2 079	1 294	1 945	281	154	3	5 442	
davon												
Kerngebiet	3 806	15,4	3 103	1 845	1 271	574	1 908	53	9	1	3 796	
O.A. Bramfeld	925	3,8	231	864	769	95	24	37	15	—	910	
O.A. Alstertal	396	1,6	150	266	31	235	6	124	90	2	304	
O.A. Walddörfer	300	1,2	160	252	3	249	2	46	31	—	269	
O.A. Rahlstedt	172	0,7	62	146	5	141	5	21	9	—	163	
Bezirk Bergedorf	611	2,5	513	550	257	293	11	50	11	46	554	
davon												
Kerngebiet	479	2,0	415	453	244	209	—	26	9	44	426	
O.A. Vier- u. Marschld.	132	0,5	98	97	13	84	11	24	2	2	128	
Bezirk Harburg	1 787	7,2	1 266	803	232	571	749	235	77	45	1 665	
davon												
Kerngebiet	1 286	5,2	953	462	49	413	702	122	40	20	1 226	
O.A. Wilhelmsburg	307	1,2	228	193	92	101	36	78	17	22	268	
O.A. Süderelbe	194	0,8	85	148	91	57	11	35	20	3	171	
Insgesamt	24 656	100	15 431	9 274	3 644	5 630	14 186	1 196	490	192	23 974	

¹⁾ Die Angaben liegen auch für die Ortsteile vor.

II. Die Baugenehmigungen und Baubeginne im Kalenderjahr 1954

Die Darstellung des Baugeschehens im Kalenderjahr 1954 wäre unvollständig, wenn man nicht auch die Baugenehmigungen und Baubeginne in dieser Zeit berücksichtigen wollte. Am Anfang des Aufsatzes über den Wohnungsbau im Jahre 1954 war bereits darauf hingewiesen worden, daß zur Beurteilung des **Bauvolumens** auch die Zahl der Baubeginne und der Grad der Fertigstellung am Ende des Berichtsjahres mit herangezogen werden muß, um das Bauvolumen der Berichtszeit richtig beurteilen zu können. In der Zahl der genehmigten Bauanträge prägt sich die Größe

des Bauwillens aus; sie ist deshalb ein wichtiges Anzeichen für die Beurteilung der Baukonjunktur und läßt gemeinsam mit den statistischen Angaben über die Baubeginne Rückschlüsse über die zu erwartende Bauentwicklung zu. Ferner erlaubt die Statistik der Baugenehmigungen und der Baubeginne schon frühzeitig einen Rückschluß darauf, ob sich in der Struktur des Wohnungsbaus neue Entwicklungen anbahnen. Einschränkend muß allerdings bemerkt werden, daß die Baugenehmigungen und Baubeginne nicht mit gleicher Zuverlässigkeit und Vollständigkeit erfaßt werden, wie die Zahl der fertiggestellten Wohnungsbauten.

**Die genehmigten Wohn- und Nichtwohnbauten
1953 und 1954
(Normal- und Notbau)**

Art der Angaben	1954	1953
Wohnbauten		
Zahl der Gebäude	5 008	6 686
Zahl der Wohnungen	24 485	28 349
Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	357 655	354 467
darunter		
Neu- u. Wiederaufbau		
Gebäude	4 995	6 667
Wohnungen	23 939	27 422
Veranschl. Baukosten in 1000 DM	347 807	342 076
Umbauter Raum in 1000 cbm	6 527	6 626
Umbauter Raum je Wohnung	273	242
Baukosten je Wohnung Baukosten je cbm umbauter Raum	14 500	12 500
	53,3	51,6
Nichtwohnbauten		
Zahl der Gebäude	1 329	1 250
Zahl der Wohnungen	276	351
Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	131 367	123 169

Im Jahre 1954 wurden **5 008 Wohngebäude und 24 761 Wohnungen** von den Bauämtern genehmigt. Gegenüber dem Vorjahre ist hierbei eine Abnahme von 1 678 Wohngebäuden oder 25 vH und 3 939 Wohnungen oder 14 vH zu beobachten. Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß die Zahl der genehmigten Wohnungen durch die Großbauvorhaben Hohnerkamp und Farmsen 1953 besonders hoch war. Trotz der starken Abnahme der genehmigten Wohnungen, ist die veranschlagte Baukostensumme etwas größer als im Vorjahr. Berücksichtigt man nur die Neu- und Wiederaufbauten, die allerdings die Hauptmasse des Baukontingents darstellen, so zeigt sich, daß das Volumen des umbauten Raumes nur wenig abgenommen hat. Berechnet man die Durchschnittsgröße je Wohnung in cbm (die Größe der Wohnfläche liegt leider nicht vor), so ist diese 1954 mit 273 cbm nicht unerheblich größer als im Vorjahre mit 242 cbm umbauten Raumes je Wohnung. Die Erhöhung der Durchschnittskosten von 51,6 auf 53,3 DM je cbm umbauten Raumes oder von 12 500 DM auf 14 500 DM der veranschlagten Kosten je Wohnung, dürfte sich aus dieser Zunahme der Wohnungsgröße erklären. Außerdem dürfte aber auch eine Verbesserung der Ausstattung und eine Erhöhung der Baukosten von Bedeutung sein (s. Übersicht 2 2).

Übersicht 22

**Die genehmigten Wohngebäude für Neu- und Wiederaufbauten
nach Bauherren und den veranschlagten Baukosten 1953 und 1954
(Normal- und Notbau)**

Bauherren	1954									1953								
	Ge- bäude	Woh- nungen	Woh- nungen je Geb.	Um- bauter Raum 1000 cbm	Um- bauter Raum jeWoh- nung	Veranschlagte Baukosten			Ge- bäude	Woh- nungen	Woh- nungen je Geb.	Um- bauter Raum 1000 cbm	Um- bauter Raum jeWoh- nung	Veranschlagte Baukosten				
						absolut 1000 DM	je Woh- nung DM	je cbm DM						absolut 1000 DM	je Woh- nung DM	je cbm DM		
Gemeinnützige Wohnungs- unternehmen	1 425	8 204	5,8	1 995	243	110 720	13 500	55,5	3 862	14 249	3,7	3 116	219	165 878	11 600	53,2		
Freie Wohnungs- unternehmen	592	3 352	5,7	833	249	42 096	12 600	50,5	404	3 130	7,7	717	229	37 579	12 000	52,4		
Erwerbs- und Wirtschafts- unternehmen	338	1 352	4,0	387	286	22 367	16 500	57,8	49	364	7,4	116	319	6 396	17 600	55,1		
Sonstige private Bauherren	2 621	10 855	4,1	3 265	301	170 547	15 700	52,2	2 289	9 389	4,1	2 597	277	126 976	13 500	48,9		
Behörden und Körper- schaften des öffentl. Rechts	19	176 ¹⁾	9,3	47	267	2 077	11 800	44,2	63	290	4,6	80	276	5 247	18 100	65,6		
Insgesamt	4 995	23 939	4,8	6 527	273	347 807	14 500	53,3	6 667	27 422	4,1	6 626	242	342 076	12 500	51,6		

¹⁾ darunter 121 Stiftswohnungen.

Die folgenden Übersichten bringen eine Gliederung der genehmigten Wohngebäude bzw. Wohnungen nach der Art der Bauherren. Die Übersicht 23 läßt erkennen, daß die Gliederung der genehmigten Wohnungen im Jahre 1954 in vieler Hinsicht eine andere gewesen ist, als die der im gleichen Berichtsjahr fertiggestellten Wohnungen. Bemerkenswert ist hierbei vor allem, daß unter den genehmigten Wohnungen die Gruppe der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen 1954 absolut und relativ erheblich weniger beteiligt war als im Vorjahr, wogegen die Zahl und der Anteil der Gruppe der „sonstigen privaten Bauherren“ eine beachtliche Zunahme aufweist. Bei den im gleichen Jahre fertiggestellten Wohnungen war diese Gewichtsverlagerung weit weniger ausgeprägt. Diese Entwicklung hängt aufs engste mit den neuen Finanzierungsrichtlinien für die Vergabe der öffentlichen Mittel im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zusammen. Nach diesen Richtlinien ist die Höhe der Eigenmittel der Bauherren für die Bereitstellung der öffentlichen Darlehen von Bedeutung, da bei größerem Eigenkapital der Bauherren die Höhe der öffentlichen Darlehen geringer gehalten werden kann, so daß die verfügbaren öffentlichen Mittel gestreckt und auf mehr Bauobjekte verteilt werden können. Nun ist hierbei zu beachten, daß die privaten Bauherren in der Regel über einen höheren Anteil an Eigenkapital verfügen, so daß sie nach den neuen Richtlinien bei der Verteilung der öffentlichen Darlehen vielfach günstiger dastehen und deshalb relativ häufiger zum Zuge kommen, als die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen. Daneben dürften aber auch andere Maßnahmen, wie z. B. die verstärkte Förderung des Eigenheimbaus nach den Richtlinien des Bundeswohnungsministeriums in gleicher Richtung wirken.

Die Zahl der im Jahre 1954 begonnenen Wohnungen hat insgesamt 24 623 betragen. Hiervon sind nach der Ermittlung der Bauüberhangsstatistik rd. 12 000 oder rd. 50 vH bis Ende des Berichtsjahres vollendet worden. Da der gesamte Brutto-

zugang an fertiggestellten Wohnungen im Jahre 1954 rd. 24 700 Wohnungen betragen hat, liegt der Baubeginn von rd. 50 vH aller Wohnungen in früheren Jahren. Die Baubeginne der in den Jahren 1953 und 1954 fertiggestellten Wohnungen verteilen sich wie folgt:

1954	
Fertiggestellte	
Wohnungen insgesamt	24 700
davon begonnen 1954	12 100
davon begonnen 1953	10 000
davon begonnen 1952 und früher	2 600

1953	
Fertiggestellte	
Wohnungen insgesamt	23 900
davon begonnen 1953	15 600
davon begonnen 1952	7 600
davon begonnen 1951 und früher	700

Bei den im Vorjahre fertiggestellten 23 900 Wohnungen war die Verteilung nach dem Zeitpunkt des Baubeginns etwas anders; wie die vorstehende Übersicht erkennen läßt. Die Unterschiede erklären sich zum Teil daraus, daß der Überhang an im Bau befindlichen Wohnungen am Beginn des Jahres 1953 erheblich kleiner war als am 1. Januar 1954. Nach dem Bauzustand gliederte sich der echte Bauüberhang in den letzten 3 Jahren wie folgt:

Bauzustand	Zahl der Wohnungen am		
	1.1.1955	1.1.1954	1.1.1953
Im Bau befindlich	17 900	17 049	12 086
davon			
bereits unter Dach . . .	8 935	10 015	6 513
noch nicht unter Dach	8 965	7 034	5 573

Übersicht 23

Die Gliederung der genehmigten und fertiggestellten Wohnungen nach Bauherren in den Jahren 1953 und 1954

(Normal- und Notbau)

Bauherren	Zahl der im Kalenderjahr 1954				Zahl der im Kalenderjahr 1953			
	genehmigten Wohnungen		fertiggestellten Wohnungen		genehmigten Wohnungen		fertiggestellten Wohnungen	
	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH
Gemeinnützige								
Wohnungsunternehmen	8 241	33,3	10 901	44,2	14 400	50,2	11 437	47,8
Freie Wohnungsunternehmen	3 362	13,6	3 265	13,3	3 185	11,1	2 573	10,8
Erwerbs- und								
Wirtschaftsunternehmen	1 483	6,0	894	3,6	426	1,5	314	1,3
Sonstige private Bauherren	11 460	46,3	9 391	38,1	10 236	35,6	9 260	38,7
Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts	215	0,8	205	0,8	453	1,6	332	1,4
Insgesamt	24 761	100	24 656	100	28 700	100	23 916	100

Übersicht 24

Die Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1953 und 1954
 (Normal- und Notbau)

Bauherren	1954						1953					
	Gebäude		Wohnungen		Veranschlagte Baukosten in 1000 DM		Gebäude		Wohnungen		Veranschlagte Baukosten in 1000 DM	
	Zahl	vH	Zahl	vH	überhaupt	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	überhaupt	vH
a) Wohnbauten												
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen . . .	1 428	28,5	8 236	33,7	110 755	31,0	3 862	57,8	14 396	50,8	167 814	47,4
Freie Wohnungsunternehmen . . .	592	11,8	3 357	13,7	42 148	11,8	404	6,0	3 184	11,2	38 300	10,8
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen . . .	338	6,8	1 374	5,6	23 378	6,5	51	0,8	375	1,3	6 519	1,8
Sonstige priv. Bauherren . . .	2 631	52,5	11 342	46,3	179 243	50,1	2 306	34,5	10 067	35,5	136 129	38,4
Behörden u. Körperschaften des öffentl. Rechts . . .	19	0,4	176	0,7	2 131	0,6	63	0,9	327	1,2	5 705	1,6
Zusammen	5 008	100	24 485	100	357 655	100	6 686	100	28 349	100	354 467	100
b) Nichtwohnbauten												
Gewerbliche und landw. Gebäude	1 253	94,3	207	75,0	90 689	69,0	1 136	90,9	222	63,2	86 637	70,3
Öffentliche Gebäude	76	5,9	69	25,0	40 678	31,0	114	9,1	129	36,8	36 532	29,7
Zusammen	1 329	100	276	100	131 367	100	1 250	100	351	100	123 169	100
c) Wohn- und Nichtwohnbauten zusammen												
Wohnbauten	5 008	79,0	24 485	98,9	357 655	73,1	6 686	84,2	28 349	98,8	354 467	74,2
Nichtwohnbauten	1 329	21,0	276	1,1	131 367	26,9	1 250	15,8	351	1,2	123 169	25,8
Insgesamt	6 337	100	24 761	100	489 022	100	7 936	100	28 700	100	477 636	100

B. Der Wohnungsbau in Hamburg im 1. Halbjahr 1955

In dem vorliegenden Bericht sind die wichtigsten Zahlen über die Bautätigkeit im 1. Halbjahr 1955 unter Beigabe von Vergleichszahlen aus dem 1. Halbjahr 1954 zusammengestellt, um einen ersten vorläufigen Überblick über das Baugeschehen in

Hamburg während der ersten Hälfte dieses Jahres zu vermitteln. Die monatlichen Ergebnisse der Bautätigkeit werden laufend in den „Hamburger Statistischen Informationen“, Reihe E, veröffentlicht.

Übersicht 25

Die fertiggestellten Gebäude und Wohnungen im 1. Halbjahr 1954 und 1955
 (Normal- und Notbauten)

Monate	1955				1954			
	Wohngebäude	Wohnungen		Wohnräume	Wohngebäude	Wohnungen		Wohnräume
		insgesamt	darunter öffentl. gefördert			insgesamt	darunter öffentl. gefördert	
Januar	94	891	595	2 388	126	823	533	2 598
Februar	170	939	598	3 111	225	1 261	924	3 779
März	96	852	574	2 678	108	914	605	2 672
April	187	832	460	3 006	119	644	280	1 923
Mai	209	1 232	781	4 087	223	1 845	1 312	5 365
Juni	248	1 673	1 304	5 612	254	1 427	783	4 033
Insgesamt	1 004	6 419	4 312	20 882	1 055	6 914	4 437	20 370

I. Die Baufertigstellungen

In den ersten 6 Monaten dieses Jahres wurden in Hamburg 1 004 Wohngebäude, 6 419 Wohnungen und 20 882 Wohnräume fertiggestellt. Dieses Ergebnis weicht nur wenig von dem des Vorjahres

ab, in dem 1 055 Wohngebäude, 6 914 Wohnungen und 20 370 Wohnräume fertiggestellt wurden. Bei einem Vergleich dieser Ergebnisse muß jedoch berücksichtigt werden, daß der durch Witterungs-

verhältnisse bedingte Arbeitsausfall in den ersten 3 Monaten des Jahres 1955 noch etwas größer war als 1954. Die Tendenz zu größeren Wohnungen hat sich auch im ersten Halbjahr 1955 fortgesetzt. Wie die folgenden Zahlen zeigen, hat sich der Anteil der bis Juni fertiggestellten Wohnungen mit 4 und mehr Räumen (einschl. Küchen) von 32,7 vH im Jahre 1954 auf 42,7 vH im Jahre 1955 erhöht.

Größe der Wohnungen	1. Halbjahr 1955		1. Halbjahr 1954	
	Wohnungen Zahl	vH	Wohnungen Zahl	vH
Wohnungen insgesamt	6 419	100	6 914	100
davon mit				
1 Wohnraum	577	9,0	748	10,8
2 Wohnräumen	778	12,1	1 335	19,3
3 Wohnräumen	2 327	36,2	2 575	37,2
4 Wohnräumen	2 264	35,3	1 946	28,2
5 u. mehr Wohnräumen	473	7,4	310	4,5

Die privaten Bauherren sind an der bisherigen Wohnbauleistung in stärkerem Maße beteiligt als im Vorjahr, wogegen bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ein starker Rückgang zu beobachten ist, dieses zeigen die folgenden Zahlen:

Bauherren	1. Halbjahr 1955		1. Halbjahr 1954	
	Wohnungen Zahl	vH	Wohnungen Zahl	vH
Behörden und Verwaltungen	254	3,9	81	1,2
Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen	2 271	35,4	3 534	51,1
Nichtgemeinnützige Wohnungsunternehm.	974	15,2	1 067	15,4
Erwerbs- und Wirt- schaftsunternehmen . . .	379	5,9	198	2,9
Private Haushaltungen . .	2 541	39,6	2 034	29,4
Insgesamt	6 419	100	6 914	100

Bei diesen Betrachtungen darf allerdings nicht unbeachtet bleiben, daß die Fertigstellungsmeldungen der Bauämter vielfach hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, so daß die Statistik gerade in der ersten Jahreshälfte mit Ungenauigkeiten rechnen muß, die sich erst im weiteren Verlauf des Jahres durch die Kulmination der Zahlen nach und nach ausgleichen.

II. Die Baugenehmigungen

Die im ersten Halbjahr 1955 erteilten Baugenehmigungen bleiben, gemessen an der Zahl der Wohnungen, etwas hinter den Genehmigungen des ersten Halbjahres 1954 zurück. Wie die Übersicht 26 zeigt, wurden in der Berichtszeit 1955 rd. 8 300 Wohnungen gegenüber rd. 9 200 Wohnungen im Jahre 1954 genehmigt. Die Zahl der genehmigten Wohngebäude hat sich dagegen gegenüber dem Vorjahr etwas erhöht. Die durchschnittliche Zahl der Wohnungen je Wohngebäude betrug 4,4 vH gegenüber 5,0 vH im 1. Halbjahr 1954. Der Anteil der kleineren Gebäude bzw. Einfamilienhäuser an den genehmigten Wohngebäuden ist demnach grö-

ßer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wie die folgenden Zahlen zeigen, ist der Anteil des Wiederaufbaus mit 60 vH im ersten Halbjahr besonders groß. Daraus ist zu ersehen, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebäude im Stadtgebiet im verstärkten Maße vorangetrieben wird.

Genehmigte Wohnungen in Wohnbauten	1. Halbjahr 1955		1. Halbjahr 1954	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH
Insgesamt	8 181	100	9 108	100
darunter				
Neubau	3 110	38	3 983	44
Wiederaufbau	4 905	60	4 865	53

Übersicht 26

Die erteilten Baugenehmigungen in den Monaten Januar bis Juni 1954 und 1955

Monat des Eingangs der Meldung	Wohngebäude	Wohnungen	Umbauter Raum (in 1000 cbm)	Wohnungen in Wohngebäude- teilen	Wohnungen in Nichtwohn- bauten	Wohnungen insgesamt Sp. 2.+4.+5
	1	2	3	4	5	6
1955						
Januar	73	328	96	15	6	349
Februar	319	1 210	342	25	6	1 241
März	338	1 509	394	27	43	1 579
April	316	1 129	353	20	7	1 156
Mai	350	1 822	556	31	21	1 874
Juni	420	2 027	604	38	10	2 075
Insgesamt	1 816	8 025	2 345	156	93	8 274
1954						
Januar	265	1 248	300	16	36	1 300
Februar	139	760	198	16	7	783
März	222	1 187	317	35	8	1 230
April	383	1 535	415	26	12	1 573
Mai	415	2 585	632	69	10	2 664
Juni	347	1 569	459	62	16	1 647
Insgesamt	1 771	8 884	2 321	224	89	9 197

In der Übersicht 27 sind die genehmigten Wohngebäude und Wohnungen nach der Art der Bauherren gegliedert. Auch hier zeigt sich, daß sich die privaten Bauherren mit 4 049 Wohnungen am stärksten im Wohnungsbau eingeschaltet haben,

und daß ihr Anteil gegenüber dem Vorjahr von 38,3 vH auf 49,5 vH gestiegen ist; bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen hat sich dagegen der Anteil von 39,8 vH auf 35,6 vH verringert.

Übersicht 27

Die erteilten Baugenehmigungen nach der Art der Bauherren im 1. Halbjahr 1954 und 1955

Bauherren	1955			1954		
	Wohn- ge- bäude	Wohnungen in Wohnbauten		Wohn- ge- bäude	Wohnungen in Wohnbauten	
		über- haupt	vH		über- haupt	vH
Gemeinnützige Wohnungs- unternehmen	577	2 909	35,6	612	3 624	39,8
Nichtgemeinnütz. Wohnungs- unternehmen	107	797	9,7	165	1 426	15,7
Erwerbs- und Wirtschafts- unternehmen	48	370	4,5	61	430	4,7
Private Haushaltungen	1 066	4 049	49,5	925	3 486	38,3
Behörden und Verwaltungen	18	56	0,7	8	142	1,5
Insgesamt	1 816	8 181	100	1 771	9 108	100

Bemerkenswert ist das Ansteigen der durchschnittlich veranschlagten Baukosten je Neubauwohnung. Während im ersten Halbjahr 1954 durchschnittlich 14 800 DM je Wohnung veranschlagt

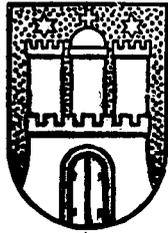
wurden, liegen die Berechnungen in den ersten Monaten dieses Jahres bei 15 900 DM, daß ist eine Zunahme von 1 100 DM oder rd. 7 vH je Wohnung.

Dr. I d e

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 8. Oktober 1955

Jahrgang 1955 – Heft Nr. 19

Das Erste Bundesmietengesetz und seine mutmaßliche Auswirkung auf den Hamburger Wohnungsmarkt

Das „Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreisrechts“ (Erstes Bundesmietengesetz) vom 27. Juli 1955, das am 1. August d. J. in Kraft getreten ist (BGBl. I Seite 458), enthält in erster Linie Bestimmungen über die Voraussetzungen und das Ausmaß der zulässigen Erhöhung der Mieten für Wohnungen. Nach der in diesem Gesetz getroffenen Regelung sind Mietzuschläge zunächst und im wesentlichen für preisgebundenen Wohnraum zugelassen, der vor dem 21. Juni 1948 bezugsfertig geworden ist, aber auch für solchen, dessen Miete bereits nach der Verordnung PR. Nr. 72/52 über einen allgemeinen „Mietzuschlag bei Wohnraum des Althausbesitzes vom 27. September 1952“ (BGBl. Nr. 40 Seite 648) um 10 vH erhöht worden ist. Je nach der Wohnungsausstattung be-

trägt der Steigerungsbetrag 10, 15 oder 20 vH; es wird also hier erstmals von einem gestaffelten Mietzuschlag Gebrauch gemacht.

Von besonderem Interesse wird es nun sein zu wissen, wieviel Wohnungen in Hamburg voraussichtlich von dieser Mieterhöhung betroffen sein können und zum anderen, wie hoch der Mietpreis vermutlich sein wird. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei vorausgeschickt, daß die für die nachstehenden Berechnungen verwandten Ergebnisse für eine exakte Darstellung nicht ausreichen. Die Zahlen können aber dazu dienen, eine ungefähre Vorstellung von den Größenverhältnissen der unter die Mietenreform fallenden Wohnungen zu vermitteln.

I. Der Bestand an Mietwohnungen

Ausgangspunkt unserer Untersuchung sollen zunächst die im Rahmen der Wohnungszählung vom 13. September 1950 ermittelten Wohnungen sein¹⁾. Hiernach belief sich in Hamburg der gesamte Wohnungsbestand auf 386 382 Wohnungen. In dieser Zahl sind eine Reihe von Wohnungen einbegriffen, die nicht unter die Bestimmungen des Mietengesetzes fallen, wie z. B.

- 95 843 Eigentumswohnungen, d. s. alle Wohnungen, die der Eigentümer oder Besitzer im eigenen bzw. gepachteten Haus selbst bewohnt,
- 6 627 mietfreie Wohnungen, d. s. alle Wohnungen, die vom Hauseigentümer kostenlos an den Wohnungsinhaber gegeben worden sind,
- 1 039 sonstige Wohnungen, d. s. zum großen Teil solche Wohnungen, bei denen überhaupt keine Vereinbarungen über die Benutzung zwischen dem Gebäudeeigentümer und dem Wohnungsinhaber vorliegen.

Setzt man diese Wohnungen von dem o. a. Gesamtwohnungsbestand ab, so kommt man auf einen Bestand von 282 873 Mietwohnungen am 13. September 1950. Hierin sind noch 25 767 Notwohnungen, wie Keller-, Bunker-, Barackenwohnungen, Wohnungen in Behelfsheimen und Nissenhütten sowie sonstige behelfsmäßige Unterkünfte eingeschlossen, die nach § 12 Abs. 2 BMG von der zugelassenen Erhöhung ausgeschlossen worden sind. Für die augenblickliche Diskussion des Mietenproblems interessieren lediglich die normalen Mietwohnungen, also unter Abzug der Notwohnungen. Die damals insgesamt erfaßten 257 106 Normal-Mietwohnungen, die allein gut drei Viertel (76,4 vH) aller Normalwohnungen ausmachten, gliedern sich in:

- 233 789 reine Mietwohnungen, d. s. solche Wohnungen, die ausschließlich zu Wohnzwecken benutzt wurden und für die keine Sondervereinbarungen galten, wie bei den Dienst-, Werks- bzw. Stiftswohnungen,

¹⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1952, Heft 20, „Die Mieten in Hamburg“.

1221/6

- 5 019 Dienst- und Werkwohnungen, d. s. solche, die von privaten Stellen oder öffentlichen Verwaltungen ihren Betriebs- bzw. Verwaltungsangehörigen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt worden sind,
- 14 799 Berufs- und Geschäftsmietwohnungen, d. s. solche, von denen ein Teil der Wohnräume zu beruflichen oder gewerblichen Zwecken benutzt wurde,
- 3 499 Stiftswohnungen, d. s. solche, die den Insassen von Heimen und Stiften zum selbständigen Wohnen überlassen worden sind.

Eingangs wurde bereits der Hinweis gemacht, daß zunächst diejenigen Wohnungsinhaber, deren Wohnraum bis zur Währungsreform hergestellt wurde, mit erhöhter Miete zu rechnen haben. Um diese Zahl feststellen zu können, müssen die in der obigen Aufstellung enthaltenen, in der Zeit vom 1. Juli 1948 bis zum 13. September 1950 errichteten Wohnungen noch abgesetzt werden, deren Zahl aus der laufenden Bautätigkeitsstatistik mit gewissen Einschränkungen zu entnehmen ist. Hiernach beträgt die Zahl der fertiggestellten Normalwohnungen

vom 1. 7. 1948 bis 31. 12. 1948	rd. 4 200
vom 1. 1. 1949 bis 31. 12. 1949	rd. 12 000
vom 1. 1. 1950 bis 31. 9. 1950	rd. 16 300
insgesamt rd. 32 500	

Über den Abgang von Wohnungen liegen nur unvollständige Angaben vor; es ist aber wohl anzunehmen, daß infolge der durch den Krieg hervorgerufenen außergewöhnlichen Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt von 1948 bis 1950 verhältnismäßig wenig Wohnraum verlorengegangen ist. Wenn man weiterhin nach vorsichtiger Schätzung annimmt, daß auch hier — wie bei der Wohnungszählung — etwa drei Viertel der erstellten Wohnungen zu den Normalmietwohnungen zu rechnen sind, so ergibt sich ein Zugang von rund 24 000 Mietwohnungen, ausschließlich des von der ehemaligen Besatzungsmacht beschlagnahmten bzw. freigegebenen Wohnraums. Setzt man diese Zahl von den o. a. 257 106 Wohnungen ab, so verbleibt am 30. Juni 1948 ein Bestand an normalen Mietwohnungen von rd. 233 000.

Die außerordentlich rege Bautätigkeit der letzten Jahre brachte eine wesentliche Vermehrung des Wohnungspotentials, wie aus folgender Übersicht zu entnehmen ist:

Zeitraum	Zugang an Normalwohnungen	
	durch Bautätigkeit	durch Freigaben der ehemaligen Besatzungsmacht
1950 (14. 9. — 31. 12.)	9 106	43
1951	25 787	588
1952	23 532	530
1953	23 734	349
1954	24 504	247
1955 (1. 1. — 30. 6.)	6 381	114
insgesamt	113 044	1 871

Seit der letzten Wohnungszählung bis Mitte dieses Jahres beträgt somit der Zugang an Normalwohnungen nach der Bautätigkeitsstatistik 113 044; außerdem wurden 1 871 durch die ehemalige Besatzungsmacht beschlagnahmte Wohnungen für die deutsche Benutzung wieder freigegeben. Daraus ergibt sich ein Bruttozugang von 114 915 Normalwohnungen, falls man die seit der Wohnungszählung neu erstellten 1 611 Notwohnungen mitrechnet, von 116 526 Wohnungen. Diese Daten sind noch Rohzugänge; erst nach Abrechnung derjenigen Wohnungen, die durch Brand, Abbruch, Umbau, Beanspruchung von Wohnraum durch die ehemalige Besatzungsmacht verlustig gingen, ergibt sich der Reinzugang an Wohnungen. Im Vergleich zur Entwicklung der Bautätigkeit ist der Abgang an Normalwohnungen verhältnismäßig gering, er beträgt in dieser Zeit rd. 3000 Wohnungen. Nicht berücksichtigt sind dagegen in diesen Zahlen die Notwohnungen, deren Zahl jedoch beträchtlich zurückgegangen ist (— 7900 Wohnungen).

Auf Grund dieser Ausführungen erhalten wir folgende Zusammenstellung, in der die Notwohnungen außer Betracht geblieben sind, da sie, wie bereits erwähnt, von der Mieterhöhung nicht betroffen werden:

Bestand	
an Normalwohnungen am 13. 9. 1950	rd. 336 000
Reinzugang an Normalwohnungen	
vom 14. 9. 1950 bis 30. 6. 1955	rd. 112 000
davon aus der Bautätigkeit	110 101
aus Freigaben durch die ehem. Besatzungsmacht	1 871
Gesamtbestand	
an Normalwohnungen am 30. 6. 1955	rd. 448 000

Im Gegensatz zu den Ergebnissen der letzten Wohnungszählung gibt das Zahlenmaterial der Bautätigkeitsstatistik keine Auskunft über die Gliederung der Wohnungen nach den Besitzverhältnissen. Es ist aber wohl anzunehmen, daß in der Nachkriegszeit und insbesondere in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Ersten Wohnungsbaugesetzes (April 1950) im Vergleich zu früher verhältnismäßig mehr Wohnungen in Mehrfamilienhäusern als in Einfamilienhäusern gebaut worden sind, denn das Ziel der wohnungspolitischen Maßnahmen ging zunächst dahin, möglichst rasch und viel neuen Wohnraum zu schaffen, um die ungewöhnlich große Wohnungsnot zu lindern. Somit dürfte sich auch der Anteil der Mietwohnungen vermehrt haben, obgleich in letzter Zeit eine verstärkte Tendenz zum Eigenheimbau erkennbar ist. So kamen z. B. von der gesamten Wohnungsproduktion des Jahres 1952 nur 11 vH auf Wohnungen in Einfamilienhäusern (Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen); dagegen betrug im Jahre 1954 der Anteil dieser Gruppe schon 17,4 vH. Die gleiche Entwicklung ist auch bei den Wohngebäuden erkennbar; 1952 waren nur 52 vH aller erbauten Wohnhäuser Einfamilienhäuser, im Jahre 1954 entfielen dagegen 64 vH des gesamten Wohnungsbaus auf die Errichtung von Einfamilienhäusern.

Unseres Erachtens wird man von der Wirklichkeit nicht allzuweit entfernt sein, wenn man von den obengenannten 112 000 Normalwohnungen, die

in der Zeit vom 13. 9. 1950 bis Mitte 1955 errichtet sind, mindestens 80 vH zu den Mietwohnungen zählen würde, d. s. rd. 90 000 Wohnungen. Es ergibt sich dann:

Bestand an Normalmietwohnungen	
am 13. 9. 1950	rd. 257 000
Zugang an Normalmietwohnungen	
vom 14. 9. 1950 bis 30. 6. 1955	rd. 90 000
Gesamtbestand an Normalmietwohnungen	
am 30. 6. 1955	rd. 347 000

Stellt man die vorhin errechnete Zahl an Normalmietwohnungen, die vor dem 20. Juni 1948 bezugsfertig geworden waren (233 000), dem Bestand von Mitte d. J. (347 000) gegenüber und berücksichtigt weiter, daß es sich bei dem zwar geringen Abgang an Normalwohnungen (rd. 3000) zum überwiegenden Teil um Wohnungen handelt, die vor der Währungsreform erstellt sind, so beträgt der Anteil der bis zum 20. Juni 1948 errichteten Wohnungen gegenwärtig rund zwei Drittel aller Normalmietwohnungen. Bezogen auf den Gesamtbe-

stand an Normalwohnungen, also einschließlich Eigentümerwohnungen, beträgt dieser Anteil rund die Hälfte. Aus diesen Zahlen darf aber nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß etwa zwei Drittel der gegenwärtig vorhandenen Inhaber von Mietwohnungen höhere Mieten an die Hauseigentümer abzuführen haben, denn es gibt noch Fälle, bei denen Mieterhöhungen ausgeschlossen sind, wie z. B.

1. bei Wohnungen, die so mit Mängeln behaftet sind, daß die Benutzbarkeit des Wohnraums erheblich beeinträchtigt ist. Diese Mängel müssen offensichtlich sein (§ 12 BMG);
2. bei Wohnungen, in denen der Mieter selbst durch notwendige Aufwendungen die Wohnung in einen bewohnbaren Zustand gebracht hat oder durch Gewährung von Zuschüssen oder in sonstiger Weise einen erheblichen Beitrag zur Schaffung und Instandsetzung der Wohnung geleistet hat (§ 19 Abs. 2 BMG).

II. Gliederung der Wohnungen nach dem Grad der Mieterhöhung

In welchem Umfang wirkt sich nun der unterschiedliche Mietzuschlag auf diesen Wohnungsbestand aus? Eine Mieterhöhung von 10 vH ist bei allen normalausgestatteten Wohnungen zulässig; die neue Nettomiete darf jedoch 130 vH der ab 1. 10. 1954 geltenden Miete des sozialen Wohnungsbaus nicht überschreiten. Der Richtsatz beträgt im sozialen Wohnungsbau in Hamburg 1,10 DM pro qm; 130 vH des Mietrichtsatzes ergibt eine Höchstgrenze von 1,43 DM je qm. Diese Obergrenze gilt aber nur für die 10%ige Mieterhöhung (§§ 5 und 13 BMG).

Daneben kann ein weiterer Zuschlag in Höhe von 5 vH — also eine Mieterhöhung um 15 vH — für abgeschlossene Wohnungen erhoben werden, welche Anschlußmöglichkeiten für einen Gas- oder Elektroherd haben, daneben neuzeitliche sanitäre Anlagen innerhalb der Wohnung, eine Badeeinrichtung mit zentralem oder besonderem Warmwasserbereiter und einen Keller oder einen entsprechenden Ersatzraum, der zur Wohnung gehört. Ist eine Badeeinrichtung nicht vorhanden, so darf der weitere Zuschlag von 5 vH dennoch erhoben werden, wenn die Wohnung mit einer betriebsfertigen Sammel- (Zentral- oder Etagen-) heizung ausgestattet ist (§ 6 Abs. 1 BMG).

Um insgesamt 20 vH ist die Mieterhöhung zugelassen, wenn neben der sonstigen für die 15%ige Erhöhung vorgeschriebenen Ausstattung sowohl Badeeinrichtung als auch Sammelheizung vorhanden sind (§ 6 Abs. 2 BMG). Von diesen beiden letzten Ermächtigungen zur Mieterhöhung darf aber nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn nicht der Mieter die Kosten für die Schaffung der Badeeinrichtung oder der Sammelheizung ganz oder überwiegend getragen hat (§ 6 Abs. 3 BMG).

Wie hoch ist nun die Zahl der Wohnungen, die jeweils von dieser unterschiedlichen Mieterhöhung betroffen sein können? Genaue Berechnungen hierüber gibt es

mangels einwandfreier statistischer Unterlagen ebenfalls nicht. Aber verschiedene Anhaltspunkte gibt uns wiederum die Wohnungszählung vom 13. September 1950, die zwar nicht genau nach den obengenannten Merkmalen aufbereitet ist, jedoch eine Gliederung der Wohnungen nach „mit und ohne Bad“ bzw. „mit und ohne Zentralheizung“ vorsieht. Von den im September 1950 errichteten bis zum 1. Mai 1945 errichteten normalen reinen Mietwohnungen, also ohne Notwohnungen, ohne Dachgeschoßwohnungen und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist, waren

ohne Bad, ohne Zentralheizung	
	113 056 Wohnungen = 62,6 vH
mit Bad, ohne Zentralheizung	
	36 855 Wohnungen = 20,4 vH
ohne Bad, mit Zentralheizung	
	4 618 Wohnungen = 2,5 vH
mit Bad, mit Zentralheizung	
	26 137 Wohnungen = 14,5 vH

Hiernach hatten 34,9 vH eine Badeeinrichtung und 65,1 vH aller Wohnungen blieben ohne Bad. Der Anteil der Wohnungen mit Bad und mit Sammelheizung betrug 14,5 vH des Gesamtbestandes der reinen Normal-Mietwohnungen.

Wird nun vorausgesetzt, daß es sich bei der 20%igen Mieterhöhung im großen und ganzen um diejenigen Wohnungen handelt, die bei der Wohnungszählung unter der Position „mit Bad, mit Zentralheizung“ geführt wurden, und bei der 15%igen Erhöhung im wesentlichen um diejenigen, die zur Gruppe „mit Bad, ohne Zentralheizung“ und „ohne Bad, mit Zentralheizung“ gezählt sind, und unterstellt man weiter, daß sich die Gliederung der in der Zeit vom 1. Mai 1945 bis zur Währungsreform erstellten Mietwohnungen nach ihrer Ausstattung nicht wesentlich von der Gliederung der bei

der Wohnungszählung erfaßten reinen Normal-Mietwohnungen unterscheidet, dann ergibt sich nach dieser Aufteilung folgendes Gesamtbild:

Der durch die Mieterhöhung nach dem BMG für die errechneten 230 000 Normal-Mietwohnungen zu zahlende Mietzuschlag wird für

- rd. 144 000 Wohnungen 10 vH
- rd. 53 000 Wohnungen 15 vH
- rd. 33 000 Wohnungen 20 vH

betragen. Zusammenfassend kann man wohl sagen, daß die Fälle einer 10%igen Erhöhung wahrscheinlich etwas häufiger sein werden als nach unserer Berechnung, denn bei dem 15—20%igen Mietzuschlag müssen die Wohnungen nicht nur ein Bad bzw. eine Zentralheizung enthalten, sondern auch die übrigen Voraussetzungen einer „Komfortwohnung“ erfüllt sein.

Es sei endlich noch darauf hingewiesen, daß eine Mieterhöhung nicht nur für die bis zur Währungsreform fertiggestellten Wohnungen möglich ist, sondern auch für Wohnungen, die in den zwischen

dem 21. Juni 1948 und dem 31. Dezember 1949 gelegenen Zeitraum bezugsfertig geworden sind (§ 10 BMG). Soweit nämlich dieser Wohnraum mit öffentlichen Mitteln gefördert worden ist, darf die Miete bis zur Höhe der in den Vorschriften der Mietenverordnung am 20. November 1950 vorgesehenen „Kostenmiete“ erhöht werden. Ein bestimmter prozentualer Steigerungssatz ist hier nicht festgelegt. Ferner ist eine Erhöhung der Miete zulässig für alle mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen, die nach dem 31. Dezember 1949 bezugsfertig geworden sind, wenn die Miete hinter der nach den Vorschriften des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 und der Mietenverordnung zugelassenen Richtsatzmiete zurückbleibt. Diese Erhöhung ist weiter zulässig für Wohnraum, der ohne öffentliche Wohnungsbaumittel errichtet, aber durch Grundsteuervergünstigungen oder -beihilfen gefördert worden ist. Wieviele Wohnungen durch eine Mieterhöhung nach dem BMG wirklich betroffen worden sind und wie sich diese auf die einzelnen Wohnungskategorien verteilen, kann endgültig nur durch eine neue Wohnungszählung festgestellt werden, bei der entsprechende Fragen eingebaut sind.

III. Die Miethöhe

Nach dem Gesetz gilt als Ausgangspunkt für die Berechnung der neuen Miete in der Regel die vor dem 1. Januar 1955 als preisrechtlich zulässig vereinbarte Miete mit der Einschränkung, daß die in der Miete enthaltenen Umlagen und Zuschläge wie

- a) Umlagen für Wasserverbrauch,
- b) Brennstoffkosten, Anfuhrkosten für Brennstoffe und Kosten der Bedienung für zentrale Heizungs- u. Warmwasserversorgungsanlagen,
- c) Umlagen für laufende Mehrbelastungen seit dem 1. 4. 1945 (z. B. erhöhte Sielbenutzungsgebühr, Schornsteinfegergebühr, Grundsteuer),
- d) Untermietzuschläge,
- e) Zuschläge wegen Nutzung von Wohnraum zu anderen als Wohnzwecken und
- f) der seit dem 1. 10. 1952 erhobene allgemeine Mietzuschlag für Wohnraum, der vor dem 1. 4. 1924 bezugsfertig geworden ist,

abzuziehen sind.

Die Grundlage für die Berechnung über die voraussichtliche Miethöhe bilden wiederum die bei der letzten Wohnungszählung ermittelten Daten über die Mieten, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß sich der Mietpreis im Laufe der letzten Jahre erhöht hat. Da es noch keine laufende Mietestatistik wieder gibt — das Statistische Landesamt stellte in den Jahren 1873—1923 alljährlich bei den Wohnungsaufnahmen die Mieten der Wohnungen und Geschäftsräume fest —, so ist es nur möglich, die Mietveränderungen mit Hilfe der Preisindexziffer für die Lebenshaltung, und zwar über den Gruppenindex „Wohnung“ festzustellen. In den Ausgabenposten für

Wohnung wird eine abgeschlossene, leer vermietete 2-Zimmer-Wohnung mit Küche berücksichtigt, für die die tatsächliche Miete — einschl. eventueller preislicher Veränderungen der Nebenkosten für Wasser, Kanalisation usw. — für Altbauwohnungen ohne Bad sowie für Neu- und Neubauwohnungen mit Bad in Ansatz gebracht wird. Die Feststellung erfolgt in vierteljährlichen Abständen durch unmittelbare Befragung bei den Wohnungsinhabern. Wenn bei der Indexberechnung auch nicht alle Wohnungstypen Berücksichtigung finden, so darf man wohl annehmen, daß die vorliegende Mietindexziffer im großen und ganzen ein der Wirklichkeit entsprechendes Bild von den zeitlichen Veränderungen der gesamten Wohnungsmieten gibt, denn der weitaus größte Teil des vorhandenen Wohnraumes unterliegt noch der staatlichen Mietpreisfestsetzung.

Die ab 1. Oktober 1952 in Kraft getretene 10%ige Anhebung der Mieten von solchen Wohnungen, die vor dem 1. April 1924 bezugsfertig geworden sind, und die Erhöhung von Wassergeld, Kehrtaxe, Sielbenutzungsgebühr u. dergl. haben bewirkt, daß die Mietpreisindexziffer für Altbauwohnungen im August 1955 um 12,7 vH und für Neubauwohnungen um 2,5 vH höher lag als im Jahre 1950. Nach unseren vorläufigen Berechnungen wird die Mieterhöhung auf Grund des BMG ein Ansteigen des Mietenindex auf der Basis 1950 = 100 von 108 auf 119 (= 10 vH) zur Folge haben; bei der Preisindexziffer für die Gesamtlebenshaltung wird voraussichtlich eine Steigerung von 1 vH zu verzeichnen sein, ohne Berücksichtigung der Preisbewegung bei anderen Gütern und Leistungen. Auf den ersten Blick mag es vielleicht überraschen, daß die eingetretenen Mietsteigerungen die Lebenshaltungskosten im ganzen nur wenig beein-

flussen werden. Dabei wird übersehen, daß sich die Preisänderungen für die Miete auf die gesamten Lebenshaltungskosten nur mit dem Anteil auswirken können, den diese Leistungen an der Gesamtaufwandssumme haben, d. i. bei der Wohnung rd. 10 vH.

Die durchschnittliche monatliche Miete stellte sich im September 1950 bei normalen reinen Mietwohnungen — also unter Abzug der Berufs- und Geschäftsmietwohnungen, Dienst- und Werkswohnungen und Stiftswohnungen sowie der ausgebauten Dachgeschoßwohnungen und der Wohnungen, deren Mieten infolge Kriegsschäden ermäßigt sind — bei Altbauten (vor dem 1. 7. 1918 erbaut) auf 47 DM und bei Neubauten (zwischen dem 1. 7. 1918 und dem 1. 5. 1945 erbaut) auf 55 DM je Wohnung. Unter Berücksichtigung der o. a. Veränderung der Mietpreisindexziffer von 12,7 bzw. 2,5 vH und der Art der Ausstattung erhält man folgende Durchschnittsmieten:

Wohnungen	Monatliche Mieten in DM in			
	Altbauwohnung.		Neubauwohnung.	
	Sept. 1950	Aug. 1955	Sept. 1950	Aug. 1955
ohne Bad, ohne Zentralhgz.	37	42	39	40
mit Bad, ohne Zentralhgz.	66	74	55	56
ohne Bad, mit Zentralhgz.	71	80	61	63
mit Bad, mit Zentralhgz.	111	125	79	81
insgesamt	47	53	55	56

Wenn man davon ausgeht, daß es sich bei der neuen 10%igen Mieterhöhung zum überwiegenden Teil um diejenigen Wohnungen handelt, die seinerzeit als Wohnungen „ohne Bad, ohne Zentralheizung“ ausgezählt sind und bei der 15%igen Erhöhung um diejenigen „mit Bad, ohne Zentralheizung“ und „ohne Bad, mit Zentralheizung“ und bei dem 20%igen Mietzuschlag um diejenigen Wohnungen „mit Bad, mit Zentralheizung“, so ergibt sich folgendes Bild:

Wohnungen Mietzuschlag	Monatl. Durchschnittsmiete in DM in			
	Altbauwohnung.		Neubauwohnung.	
	vor	nach	vor	nach
	der Mieterhöhung			
a) bei einem 10%igen Mietzuschlag o. Bad, o. Zentralheizung	42	45	40	44
b) bei einem 15%igen Mietzuschlag m. Bad, o. Zentralheizung o. Bad, m. Zentralheizung	74	84	56	64
c) bei einem 20%igen Mietzuschlag m. Bad, m. Zentralheizung	125	147	81	97

Aus den vorstehenden Zusammenstellungen ist zu entnehmen, daß nicht nur die Durchschnittshöhe der Mietpreise von den einfachen Wohnungen (ohne Bad, ohne Zentralheizung) zu den besser ausgestatteten Wohnungen (mit Bad, mit Zentralheizung) zunimmt, sondern daß auch z. T. die Altbauwohnungen bei gleicher Ausstattung höhere Durchschnittsmieten aufweisen als Neubauwohnungen. Der Grund dürfte wohl in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß die Altbauwohnungen im allgemeinen größer sind.

Zur Milderung von Härten, die sich durch die Mieterhöhung ergeben, können für Wohnungsinhaber mit geringer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit Mietbeihilfen gezahlt werden. Der Bund stellt für diesen Zweck für die Dauer der nächsten drei Jahre einen Betrag von jeweils mindestens jährlich 13 Millionen Deutsche Mark zur Verfügung, von denen Hamburg 936 000 DM erhält. Für die Gewährung von Mietbeihilfen kommen vor allem Fürsorgeempfänger, Rentner und Personen in Betracht, deren **Familieneinkommen 110 vH der örtlich geltenden Fürsorgerrichtsätze** nicht übersteigt.

Die derzeitigen monatlichen Fürsorgerrichtsätze betragen in Hamburg für

Haushaltungsvorstand	61 DM
erwachsene Angehörige	45 DM
Kinder bis 16 Jahre	35 DM

Zu diesen Richtsätzen erhält der Fürsorgeunterstützungsempfänger Mietbeihilfen in Höhe der tatsächlichen angemessenen Mieten. Als Richtsatz galt bisher für

Alleinstehende	bis 30 DM
Ehepaare	bis 40 DM
jeden Haushaltsangehörigen	5 DM

In Anbetracht der im Bundesmietengesetz festgelegten Mieterhöhung sind die Richtsätze für Mietbeihilfen wie folgt geändert:

Für Alleinstehende auf	35 DM
für Ehepaare auf	45 DM
für jeden Haushaltsangehörigen auf	6 DM

Als Ausgangspunkt für die Berechnung des Familieneinkommens in Höhe von 110 vH der örtlichen Fürsorgerrichtsätze dient der Richtsatz zur Deckung des täglichen Bedarfs zuzüglich des Betrages für die tatsächlich gewährte Miete **vor der Reform**.

Abschließend bringen wir noch in einer vergleichswisen Darstellung die Veränderungen des Teilindex „Wohnung“ im Preisindex für die Lebenshaltung in mehreren Staaten gegenüber 1950.

Länder	Veränderung in vH März 1955 gegen 1950
Dänemark	+ 24
Finnland	+ 201
Griechenland (Athen)	+ 476
Großbritannien ¹⁾	+ 18
Island (Reykjavik)	+ 9
Italien	+ 163
Luxemburg	+ 16
Norwegen ²⁾	+ 20
Österreich (Wien)	+ 171
Portugal (Lissabon)	— 6 ³⁾
Schweden	+ 21
Schweiz ²⁾	+ 15
Spanien	+ 17
Kanada	+ 21
Vereinigte Staaten von Amerika	+ 13
dagegen	
Bundesgebiet	+ 7
Hamburg	+ 8

¹⁾ Miete einschließlich Gebühren und Steuern.

²⁾ Preisindex für „Miete“.

³⁾ Februar 1965

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes, Reihe 9, Jahrgang 1955, Nr. 1.

Die Mieten für Wohnungen sind also nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland teurer geworden, sondern auch in allen aufgeführten Ländern. Mit Ausnahme von Portugal, zeigt sich eine steigende Tendenz der Ausgaben für die Wohnung, die z. T. sogar ganz beträchtlich ist. Unter Berück-

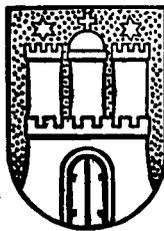
sichtigung der Auswirkungen des Bundesmietengesetzes wird — wie bereits erwähnt — der Preisindex für Wohnung in Hamburg (1950=100) auf 119 ansteigen.

H o h m a n n ,
Dipl.-Volkswirt

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 31. Oktober 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 20

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Hamburg 1950 bis 1954

1. Die Gesamtentwicklung

Die letzte Veröffentlichung — von den monatlichen Statistischen Informationen abgesehen — an die hier anzuknüpfen ist, erfolgte im Jahre 1951. Es wurde damals u. a. ausgeführt, wie der in der ersten Nachkriegszeit darniederliegende Fremdenverkehr wieder neue Impulse erhielt. Diese, sich schon 1950 und 1951 abzeichnende günstige Entwicklung des Fremdenverkehrs hat sich in den folgenden Jahren stetig fortgesetzt.

Die Gesamtzahl der Fremden stieg von 578 745 im Jahre 1950 auf 945 718 im Jahre 1954 oder um 63,4 vH. Mit dieser außerordentlich günstigen Entwicklung wurde der Vorkriegsstand des Jahres 1938 zu 97,2 vH wieder erreicht. Diese Tatsache ist um so bedeutender, da im Vergleich zu 1938 die Ver-

hältnisse im Jahre 1954 völlig andere waren. Es sei in diesem Zusammenhang an die fehlenden Ostgebiete und die Errichtung der Zonengrenze erinnert, was sich ungünstig auch auf den Inländerfremdenverkehr der Nachkriegszeit auswirken mußte. Wenn der gesamte Fremdenverkehr trotzdem fast das Vorkriegsniveau wieder erreichte, so ist dies im wesentlichen auf den gestiegenen Ausländerreiseverkehr zurückzuführen. Im Jahre 1954 wurden 371 342 Auslandsfremde gezählt, das sind 200,4 vH mehr als im Jahre 1950 und 174,2 vH mehr als im Jahre 1938. Die starke Intensivierung kommt auch in der Zahl der gemeldeten Ausländerübernachtungen zum Ausdruck, deren Anteil an der Gesamtzahl der Übernachtungen sich von 15,3 vH im Jahre 1938 auf 37,5 vH im Jahre 1954 erhöhte.

Übersicht 1

Der Anteil der Ausländer an den Fremden und Übernachtungen 1938 und 1950 bis 1954

Jahre	Fremde			Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Übernachtungen	
	insgesamt	darunter Ausländer		insgesamt	darunter Ausländer		Fremde insgesamt	darunter Ausländer
		absolut	in vH		absolut	in vH		
1938 ¹⁾	972 493	135 401	13,9	2 162 218	329 892	15,3	2,2	2,4
1950	578 745	123 636	21,4	1 237 311	273 664	22,1	2,1	2,2
1951	689 940	190 470	27,6	1 452 353	402 087	27,7	2,1	2,1
1952	797 630	277 233	34,8	1 594 021	542 852	34,1	2,0	2,0
1953 ²⁾	882 471	314 731	35,7	1 772 764	612 932	34,6	2,0	1,9
1954 ³⁾	945 718	371 342	39,3	1 869 092	700 133	37,5	2,0	1,9

¹⁾ Die Zahlen für Fremde und Übernachtungen schließen Herbergen und Krankenanstalten ein, da hier der Ausländeranteil nicht mehr ausgegliedert werden kann.

²⁾ Einschl. 15 575 Fremde und 30 966 Übernachtungen in Privatzimmern.

³⁾ Einschl. 6 850 Fremde und 40 667 Übernachtungen in Privatzimmern.

Mit der Vergrößerung des Fremdenverkehrs ging eine Ausweitung der Kapazität des Beherbergungsgewerbes einher. Am 1. 4. 1955 wurden 184 Hotels und Gasthäuser sowie 259 Fremdenheime gezählt, das sind 36 bzw. 41 Beherbergungsstätten mehr als am 1. April 1950. Die Gesamtzahl der Fremdenbetten erhöhte

sich im gleichen Zeitraum von 6187 auf 9379 oder um 51,6 vH. Daneben verfügte Hamburg am 1. 4. 1955 über 10 Heime und 2 Jugendherbergen.

Trotz der Kapazitätsausweitung hat sich der Ausnutzungsgrad des Bettenbestandes seit 1950 — im Jahresdurchschnitt gesehen — ständig ver-

bessert. Die durchschnittliche Ausnutzung des gesamten Bettenbestandes aller Fremdenverkehrsbetriebe erhöhte sich von 55 vH im Jahre 1950 auf 58,0 vH im Jahre 1954. Betrachtet man den auf die Hotels entfallenden Fremdenverkehr gesondert, so zeigt sich hier eine noch günstigere Entwicklung. Bei stark steigenden Übernachtungszahlen erhöhte

sich nämlich der Ausnutzungsgrad der Hotelkapazität von 62,4 vH im Jahresdurchschnitt 1950 auf 66,2 vH im Jahre 1954; gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der auf die Hotels entfallenden Übernachtungen von 62,4 vH (1950) auf 65,4 vH (1954)¹⁾.

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Übernachtungen in Privatquartieren.

Übersicht 2

Die Übernachtungen und der Ausnutzungsgrad in den Beherbergungsbetrieben 1950 bis 1954¹⁾

Jahre	Insgesamt		davon in					
	Übernachtungen	Ausnutzungsgrad	Hotels		Gasthäuser		Fremdenheime	
			Übernachtungen	Ausnutzungsgrad	Übernachtungen	Ausnutzungsgrad	Übernachtungen	Ausnutzungsgrad
1950	1 237 311	55,0	772 660	62,4	48 621	28,2	416 030	49,7
1951	1 452 353	56,9	929 154	64,4	67 064	31,6	456 135	50,8
1952	1 594 021	56,2	1 030 550	62,9	65 282	28,6	498 189	51,3
1953	1 741 798	57,8	1 133 668	65,6	72 793	28,8	535 337	51,8
1954	1 858 425	58,0	1 214 850	66,2	81 875	28,7	561 700	51,9

¹⁾ Zahl der Übernachtungen in vH der höchstmögl. Belegung (ermittelt auf Grund der monatl. Bettenbestände u. Übernachtungen).

2. Die Auslandsfremden

Der positive Trend des Hamburger Fremdenverkehrs ist — wie erwähnt — im wesentlichen auf die Zunahme des Ausländerbesuchs zurückzuführen, und zwar hat sich mit einigen wenigen Ausnahmen der Fremdenverkehr aus allen ausländischen Staaten seit 1950 intensiviert.

Es ist einmal der aus geschäftlichen Gründen reisende Kaufmann, der dem Auslandsreiseverkehr sein Gepräge gibt, zum anderen ist es aber auch der ausländische Tourist, und zwar hauptsächlich der Tourist aus Skandinavien, der den Hamburger Fremdenverkehr belebt.

Die Zahl der aus Schweden kommenden Gäste erhöhte sich von 1950 bis 1954 (+ 97 671 = + 569,3 vH) am stärksten, aber auch der Besucherstrom aus Dänemark (+ 69 769 = + 255,8 vH), aus Norwegen (+ 16 817 = + 398,7 vH), den USA (+ 13 708 = + 118 vH), Süd- und Mittelamerika (+ 7 144 = + 247,5 vH) und Asien (+ 5 598 = + 508,4 vH) hat sich im gleichen Zeitraum beträchtlich erhöht. Fast unverändert blieb die Zahl der aus Großbritannien und Nordirland kommenden Reisenden; einen leichten Rückgang zeigten die Besucherzahlen aus Belgien und Luxemburg. Infolge der starken Vergrößerung des Touristenstroms aus Schweden und Dänemark nahm der Anteil der auf Schweden und Dänen entfallenden Übernachtungen von 27,1 vH im Jahre 1950 auf 47,6 vH im Jahre 1954, gemessen an der Zahl der Ausländerübernachtungen, zu.

Stellt man die Ausländerübernachtungen in Hamburg (Sommerhalbjahr 1954) denen im gesamten Bundesgebiet gegenüber, so entfällt auf die Hamburger Beherbergungsbetriebe mit 10,1 vH ein bedeutender Anteil. Dieser sich im Durchschnitt ergebende Wert variiert stark, wenn man die Ausländerübernachtungen nach dem Herkunftsland der Reisenden beleuchtet. Es zeigt sich dann, daß der auf die Hamburger Fremdenverkehrsbetriebe entfallende Anteil an den Gesamtübernachtungen im Bundesgebiet bei den aus Norwegen, Schweden, Asien, Dänemark und Finnland kommenden Gästen zwischen 23 und 40 vH liegt.

Übersicht 3

Die Auslandsgäste nach Herkunftsländern 1950 und 1954

Herkunftsland ¹⁾	1950	1954	Veränderung in vH 1950=100
Zahl der Fremden insgesamt	123 636	371 342	300,4
davon aus:			
Belgien - Luxemburg	5 771	4 909	85,1
Dänemark	27 277	97 046	355,8
Finnland	1 195	7 548	631,6
Frankreich	5 112	7 773	152,1
Großbritannien und Nordirland	17 946	17 871	99,6
Italien	3 201	6 601	206,2
Niederlande	10 550	15 966	151,3
Norwegen	4 218	21 035	498,7
Österreich	2 985	5 210	174,5
Schweden	17 156	114 827	669,3
Schweiz	4 583	13 322	290,7
Afrika	674	2 181	323,6
Asien	1 101	6 699	608,4
Süd- u. Mittelamerika	2 887	10 031	347,5
USA	11 615	25 323	218,0
Sonstiges Ausland	7 365	15 000	203,7
Zahl der Übernachtungen insgesamt	273 664	700 133	255,8
davon aus:			
Belgien - Luxemburg	12 170	11 167	91,8
Dänemark	43 785	142 995	326,6
Finnland	2 579	13 104	508,1
Frankreich	11 724	16 367	139,6
Großbritannien und Nordirland	39 894	41 733	104,6
Italien	15 450	16 861	109,1
Niederlande	24 297	31 793	130,9
Norwegen	8 079	37 636	465,8
Österreich	9 424	14 508	153,9
Schweden	30 269	190 304	628,7
Schweiz	11 519	25 729	223,4
Afrika	2 251	7 099	315,4
Asien	5 652	22 261	393,9
Süd- u. Mittelamerika	10 119	33 052	326,6
USA	25 027	51 712	206,6
Sonstiges Ausland	21 425	43 812	204,5

¹⁾ Ständiger Wohnsitz der Fremden.

Übersicht 4

Ausländer-Übernachtungen im Bundesgebiet und in Hamburg im Sommerhalbjahr 1954

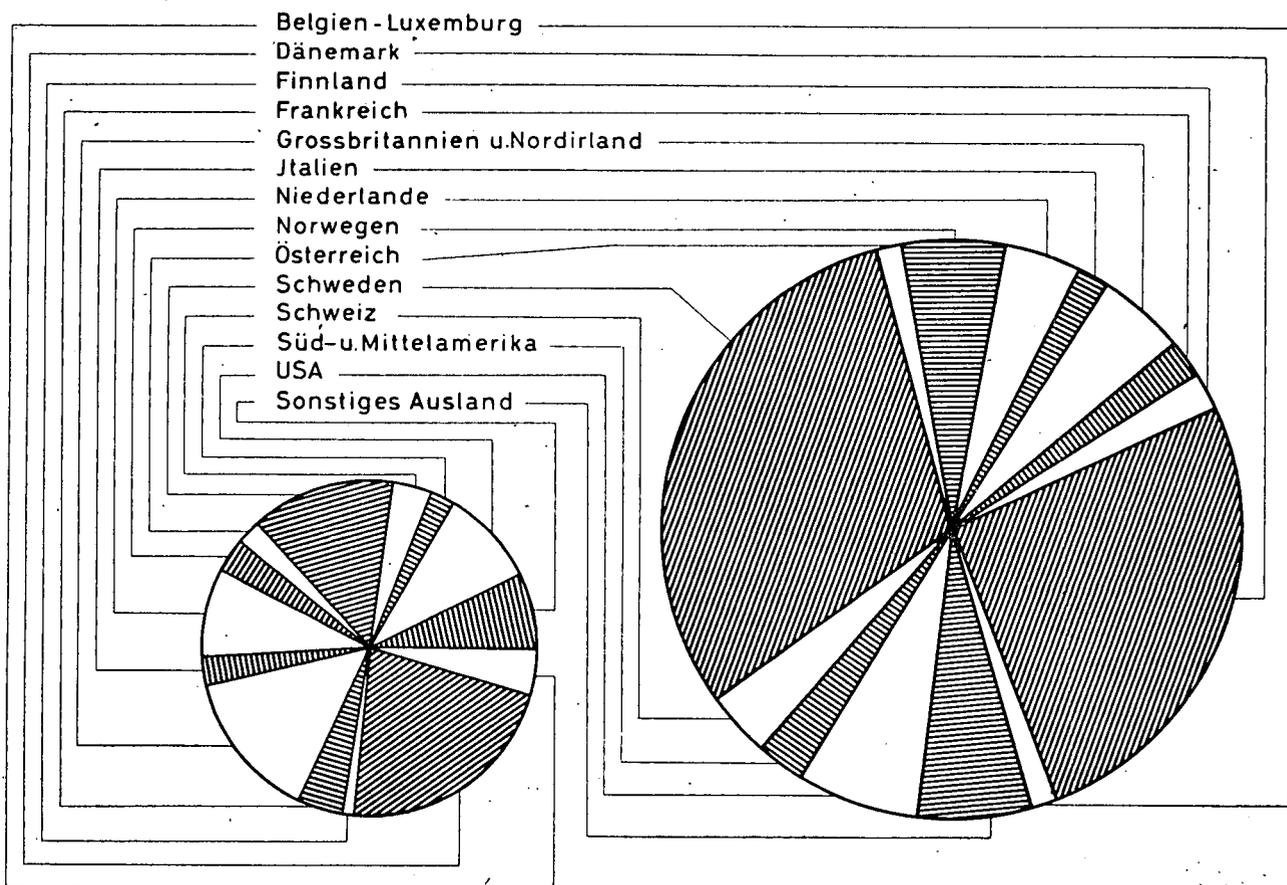
Herkunftsland ¹⁾	Zahl der Ausländer-Übernachtungen				
	im Bundesgebiet		in Hamburg		Hamburger Anteil a. Bundes- ergebnis
	absolut	vH	absolut	vH	
Belgien —					
Luxemburg . . .	436 232	8,9	7 215	1,5	1,7
Dänemark	458 468	9,4	112 087	22,8	24,4
Finnland	43 129	0,9	10 097	2,1	23,4
Frankreich	386 923	7,9	10 601	2,2	2,7
Großbritannien u. Nordirland	430 441	8,8	24 685	5,0	5,7
Italien	165 679	3,4	10 468	2,1	6,3
Niederlande	628 379	12,9	18 307	3,7	2,9
Norwegen	71 605	1,5	28 156	5,7	39,3
Österreich	203 057	4,1	8 425	1,7	4,1
Schweden	472 147	9,7	145 884	29,7	30,9
Schweiz	404 371	8,3	17 490	3,6	4,3
Übriges Europa	184 025	3,8	17 647	3,6	9,6
USA	671 666	13,7	33 586	6,8	5,0
Kanada	33 571	0,7	3 290	0,7	9,8
Süd- und Mittelamerika	133 793	2,7	21 771	4,4	16,3
Afrika	35 354	0,7	4 514	0,9	12,8
Asien	49 807	1,0	12 599	2,6	25,3
Australien	14 791	0,3	1 425	0,3	9,6
Übriges Ausland	62 889	1,3	2 851	0,6	4,5
Insgesamt	4 886 327	100	491 098	100	10,1

¹⁾ Ständiger Wohnsitz der Fremden.

Abschließend muß noch betont werden, daß der Ausländerfremdenverkehr einen günstigen Einfluß auf die Außenhandelsbilanz ausübt. **Im gesamten Bundesgebiet wurden 1954 713,4 Mio DM an Devisen aus dem Fremdenverkehr vereinnahmt, wovon auf Hamburg rd. 72 Mio DM oder rd. 10 vH entfielen.** Dies ist eine Dienstleistung, die in ihrem Umfang dem Güterexport bedeutender Industriegruppen entspricht.

Neben den in Geld abschätzbaren Devisenerlösen, die dem Fremdenverkehr direkt zurechenbar sind, ist die Tatsache zu erwähnen, daß geschäftliche und kulturelle Fäden mit dem Ausland neu geknüpft und alte Verbindungen gefestigt werden. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs greift weit über den Bereich des Fremdenverkehrsgewerbes hinaus.

Die Auslandsgäste nach Herkunftsländern 1950 und 1954



1950: 123 636

1954: 371 342

Statistisches Landesamt Hamburg

3. Der Fremdenverkehr im saisonalen Verlauf

Der Fremdenverkehr in Hamburg erhält, wie gesagt, seine Impulse einmal durch Geschäftsreisende des In- und Auslandes, die weitgehend unabhängig von der Jahreszeit die Hansestadt aufsuchen, zum anderen aber auch durch den Touristenverkehr, der sich mit Beginn des Sommers stark belebt. Von großer Bedeutung für den Fremdenverkehr sind schließlich auch die Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und Messen, die, über das ganze Jahr verteilt, doch vorwiegend während der Sommermonate stattfinden und damit die Entwicklung des Hamburger Fremdenverkehrs, insbesondere auch in saisonaler Hinsicht, entscheidend beeinflussen. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die größten nächstehenden Veranstaltungen der letzten Jahre erinnert:

1951 Mai/Juni:	Landwirtschaftl. Ausstellung
1952 Mai:	3. Deutscher Fremdenverkehrstag
August:	Internationale Motorrad- und Straßen-Meisterschaften im Hamburger Stadtpark
1953 Mai/Okt.:	Internationale Gartenbau-Ausstellung
Mai:	Deutscher Handwerkstag
2.—9. Aug.:	Deutsches Turnfest
12.—16. Aug.:	Evangelischer Kirchentag
1954 März/April:	Gastwirts- u. Konditorenmesse
Sept./Okt.:	Lebensmittelfachausstellung und Schau für die Frau
1955 Mai:	Bäckerei-Fachausstellung
Mai/Juni:	Internationaler Brotkongreß

Ferner die sich in jedem Jahr wiederholenden Veranstaltungen:

Juli:	Deutsches Derby
”	Internationales Spring- und Dressurderby in Flottbek
Juli/August:	Internationale Tennis-Meisterschaften
Frühj. u. Herbst:	Textil- und Bekleidungsmessen

Im saisonalen Verlauf des Fremdenverkehrs zeigt sich in jedem Jahr ein annähernd gleicher Rhythmus. Die Zahl der Übernachtungen steigt von Februar/März bis zur Saisonspitze (Juli/August) ständig an und fällt dann bis zum Monat Dezember wieder ab. Im Januar wird das Dezember-Niveau in etwa gehalten; im Februar sinkt die Übernachtungsziffer auf den tiefsten Stand des Jahres.

Vergleicht man die Übernachtungszahlen der einzelnen Monate im Jahre 1954 mit den entsprechenden Vorjahrszahlen, so ist eine Zunahme des Fremdenverkehrs unverkennbar, jedoch ist hervorzuheben, daß der Anstieg des Fremdenverkehrs im wesentlichen auf eine Intensivierung des Fremdenverkehrs in den Sommermonaten zurückzuführen ist. Von Jahr zu Jahr treten Saisonspitzen stärker in Erscheinung.

Dies wird besonders deutlich, wenn man die Extremwerte des Jahres (höchste und niedrigste Übernachtungsziffer) an der durchschnittlichen Übernachtungszahl der einzelnen Jahre mißt.

Übersicht 5 Niedrigste und höchste Übernachtungsziffern in den Jahren 1950 bis 1954

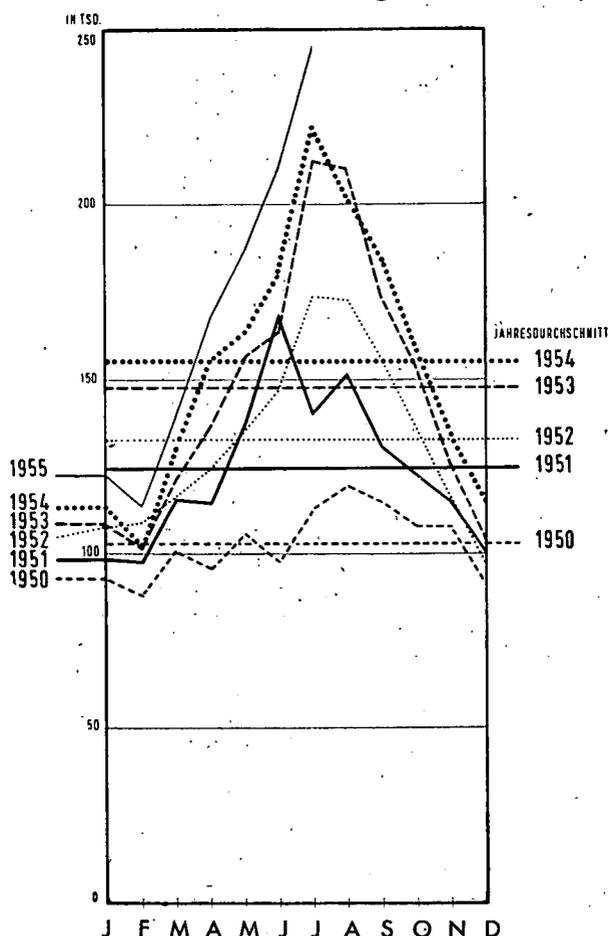
Jahre	Monatliche Übernachtungsziffer		Jahres-durchschnitt	Abweichungen der niedrigsten monatlichen Übernachtungsziffer vom Jahresdurchschnitt in vH	
	niedrigste	höchste		niedrigsten	höchsten
Beherbergungsbetriebe insgesamt¹⁾					
1950	88 075	119 897	103 109	— 14,6	+ 16,3
1951	98 222	168 778	124 677	— 21,2	+ 35,4
1952	97 900	173 952	132 835	— 26,3	+ 31,0
1953	101 940	212 786	147 730	— 31,0	+ 44,0
1954	102 769	222 650	155 758	— 34,0	+ 42,9
dagegen					
1938	108 022	219 885	153 383	— 29,6	+ 43,4
darunter					
a) Hotels					
1950	54 642	73 527	64 388	— 15,1	+ 14,2
1951	61 011	96 210	77 430	— 21,2	+ 24,3
1952	60 712	112 134	85 879	— 29,3	+ 30,6
1953	65 329	128 865	94 472	— 30,8	+ 36,4
1954	65 987	137 010	101 238	— 34,8	+ 35,3
b) Gasthäuser					
1950	2 214	5 467	4 052	— 45,4	+ 34,9
1951	4 299	7 868	5 589	— 23,1	+ 40,8
1952	3 879	7 714	5 440	— 28,7	+ 41,8
1953	3 935	9 361	6 066	— 35,1	+ 54,3
1954	4 421	10 860	6 823	— 35,2	+ 59,2
c) Fremdenheime					
1950	31 217	40 903	34 669	— 10,0	+ 18,0
1951	31 171	48 073	38 011	— 18,0	+ 26,5
1952	33 309	54 767	41 516	— 19,8	+ 31,9
1953	32 676	63 947	44 611	— 26,8	+ 43,3
1954	32 361	68 277	46 808	— 30,9	+ 45,9

¹⁾ Einschl. der Übernachtungen in Privatquartieren in den Jahren 1951, 1953 und 1954.

Im Jahre 1950 lag die monatliche Übernachtungsziffer in der Saisonspitze um 16,3 vH höher und im saisonalen Tiefpunkt um 14,6 vH niedriger als im Jahresdurchschnitt; 1954 weichen dagegen die Übernachtungsziffern in der Saisonspitze und im saisonalen Tiefpunkt um 42,9 und 34,0 vH vom Jahresdurchschnitt ab. Damit ist ein saisonaler Ablauf erreicht, der dem des Jahres 1938 weitgehend entspricht.

Dieser Verlauf in saisonaler Hinsicht spiegelt sich in den Übernachtungsziffern der Hotels und Fremdenheime wider; die schon im Jahre 1950 zu verzeichnenden starken saisonalen Schwankungen in den Übernachtungsziffern der Gasthöfe haben sich ebenfalls weiter vergrößert.

Die Zahl der Übernachtungen 1950-1955¹⁾



¹⁾ Einschl. der Übernachtungen in Privatquartieren in den Jahren 1951 und 1953 bis 1955.

Dem verstärkten Fremdenverkehr ist — wie ausgeführt — das Beherbergungsgewerbe mit einer Kapazitätsausweitung gefolgt. **Fast kontinuierlich erhöhte sich der Bettenbestand von Monat zu Monat und erreichte im Juli 1955 rd. 160 vH des Standes von Juli 1950.**

Der sich stets vergrößernde — allerdings in zunehmendem Maße starken saisonalen Schwankungen unterworfenen — Fremdenverkehr traf also auf ein sich stets vergrößerndes Angebot an Beherbergungsraum. Dies hatte zur Folge, daß der Bettenbestand in den Monaten mit geringerem Reiseverkehr (Wintermonate) in zunehmendem Maße die Nachfrage übertraf. So stieg beispiels-

Übersicht 6

Bettenbestand und Übernachtungen im Januar und Juli der Jahre 1950 bis 1955

Jahre Monate	Bettenbestand		Übernachtungen ¹⁾	
	absolut	vH	absolut	vH
1950				
Januar	5 850	100	92 977	100
Juli	6 211	100	112 620	100
1951				
Januar	6 492	111,0	99 140	106,6
Juli	7 077	113,9	140 594	124,8
1952				
Januar	7 268	124,2	107 772	115,9
Juli	7 904	127,3	173 952	154,5
1953				
Januar	7 914	135,3	108 426	116,6
Juli	8 582	138,2	201 766	179,2
1954				
Januar	8 372	143,1	113 817	122,4
Juli	8 890	143,1	216 147	191,9
1955				
Januar	9 240	157,9	122 532	131,8
Juli	10 018	161,3	241 541	214,5

¹⁾ Ohne Übernachtungen in den Privatquartieren.

weise der Bettenbestand von Januar 1950 auf Januar 1955 um 57,9 vH; die Übernachtungsziffer dagegen im gleichen Zeitraum nur um 31,8 vH, so daß der Ausnutzungsgrad des Bettenbestandes von 51,3 vH im Januar 1950 stetig auf 42,8 vH im Januar 1955 abfiel. Diese rückläufige Ausnutzung der Bettenkapazität von 1950 bis 1955 ist auch in den Monaten Februar und März sowie im November und Dezember zu verzeichnen. In den Monaten April bis Oktober ist die Situation dagegen umgekehrt; in diesem Zeitraum übertraf die Nachfragesteigerung etwa bis zum Jahre 1954 in zunehmendem Maße die Angebotserhöhung. Beispielsweise stieg hier der Bettenbestand vom Juli 1950 bis Juli 1954 um 43,1 vH, die Übernachtungsziffer aber um 91,9 vH, so daß sich der Ausnutzungsgrad der Beherbergungskapazität von 58,5 auf 78,4 vH erhöhte. Diese von Jahr zu Jahr zunehmende Ausnutzung des Bettenbestandes im Zeitraum 1950 bis 1954 ist auch, wenn auch nicht im gleichen Umfang, in den Monaten April, Mai, Juni sowie im August, September und Oktober zu verzeichnen (vgl. Übersicht 7).

Betrachtet man die Veränderung der Kapazitätsausnutzung bei den Hotels, Gasthäusern und Fremdenheimen gesondert, so zeigt sich etwa die gleiche Tendenz wie sie für die Beherbergungsstätten insgesamt aufgezeigt wurde, nämlich eine Erhöhung des Ausnutzungsgrades von Jahr zu Jahr im Zeitraum 1950 bis 1954 während der Sommermonate und eine rückläufige Kapazitätsausnutzung während des Winters.

Im Jahre 1955 hat sich die Beherbergungskapazität besonders stark erhöht, und zwar um 12,7 vH von Juli 1954 bis Juli 1955, wogegen die Übernachtungsziffer des Juli 1955 nur um 11,7 vH über der des entsprechenden Vorjahrsmonats lag.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß von Juli 1954 bis Juli 1955 allein in der Gruppe der Hotels 8 Betriebe neu eröffnet wurden mit zusammen rd. 300 Betten, darunter 2 Großhotels mit je

Übersicht 7

Übernachtungen und Kapazitätsausnutzung im saisonalen Verlauf 1950 bis 1955¹⁾

Jahre	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni		Juli		August		September		Oktober		November		Dezember		Insgesamt	
	Über- nachtun- gen	Aus- nut- zungs- grad																								
Beherbergungsstätten insgesamt																										
1950	92 977	51,3	88 075	54,5	101 318	55,8	95 552	53,0	106 033	55,7	98 342	53,0	112 620	58,5	119 897	61,3	115 033	60,6	107 967	54,7	107 909	55,9	91 588	46,1	1 237 311	55,0
1951	99 140	49,3	98 222	52,4	115 543	55,5	114 801	56,3	138 229	63,9	125 007	59,1	140 594	64,1	152 151	68,2	130 703	60,6	122 503	54,7	114 740	52,8	100 720	44,9	1 452 353	56,9
1952	107 772	47,8	108 937	51,2	117 109	50,4	124 839	54,1	135 701	56,6	146 815	62,5	173 952	71,0	173 433	70,0	155 549	64,9	135 993	55,0	116 021	48,9	97 900	40,0	1 594 021	56,2
1953	108 426	44,2	101 940	45,8	121 795	48,9	136 746	56,3	154 582	61,4	162 499	65,9	201 766	75,8	199 796	75,2	169 890	66,7	153 512	58,9	125 924	50,4	104 922	40,8	1 741 798	57,8
1954	113 817	43,9	102 769	43,4	130 957	49,4	156 251	60,1	163 907	60,9	180 293	68,8	216 147	78,4	200 824	72,8	183 743	68,3	158 765	56,7	134 671	50,0	116 281	41,7	1 858 425	58,0
1955	122 532	42,8	114 084	44,3	139 759	48,5	165 978	59,0	183 632	62,4	202 879	70,2	241 541	77,8												
davon:																										
a) Hotels																										
1950	57 877	57,7	54 642	62,2	63 563	64,7	60 222	60,4	68 233	64,0	60 864	59,1	70 150	66,0	73 527	68,7	72 073	68,8	68 609	62,8	67 953	64,2	54 947	50,5	772 660	62,4
1951	62 431	56,2	62 752	59,6	74 565	64,1	74 383	65,0	89 513	73,4	82 849	69,2	90 863	73,2	96 210	75,9	83 984	68,5	78 587	61,4	72 006	57,9	61 011	47,6	929 154	64,4
1952	68 383	53,1	69 586	57,1	74 201	56,1	81 288	60,9	89 326	64,8	95 921	70,5	112 134	79,3	111 518	77,7	102 392	73,7	89 922	62,6	75 167	54,2	60 712	42,7	1 030 550	62,9
1953	69 295	48,3	65 329	50,3	80 020	54,9	91 732	64,7	103 994	71,4	108 878	76,5	128 865	83,8	126 508	84,1	110 845	77,7	100 647	68,4	81 318	58,1	66 237	45,9	1 133 668	65,6
1954	72 793	50,1	65 987	49,5	86 013	57,1	103 837	69,2	111 096	71,6	118 940	78,9	137 010	86,6	129 032	81,5	119 772	77,6	106 144	65,8	89 691	57,5	74 535	46,3	1 214 850	66,2
1955	80 289	47,8	75 409	49,8	92 335	54,6	111 117	67,0	121 811	70,3	133 194	77,5	155 219	84,4												
b) Gasthäuser																										
1950	2 732	26,3	2 214	22,9	3 155	28,0	4 113	28,4	4 234	28,4	4 054	27,2	4 648	30,0	5 467	33,3	4 517	29,0	4 548	27,6	4 522	28,0	4 417	26,4	48 621	28,2
1951	4 515	26,9	4 299	27,6	5 292	29,9	5 042	29,4	6 215	33,9	5 551	31,0	6 455	35,4	7 868	43,2	5 752	32,7	5 342	29,0	5 324	29,7	5 409	29,3	67 064	31,6
1952	4 989	26,7	4 517	25,8	5 230	27,3	5 382	28,5	5 504	28,1	6 139	32,1	7 714	39,3	7 148	36,0	5 348	28,5	5 139	26,5	4 293	23,2	3 879	20,2	65 282	28,6
1953	4 266	22,9	3 935	22,6	5 003	25,7	5 386	28,2	5 998	28,8	6 656	33,4	8 954	41,1	9 361	40,0	6 405	27,7	6 555	28,0	5 534	24,4	4 740	20,3	72 793	28,8
1954	5 610	23,2	4 421	19,9	5 399	21,9	6 007	25,9	6 456	26,8	7 740	33,3	10 860	44,7	9 656	39,8	8 074	33,8	6 496	26,8	5 608	24,0	5 548	22,9	81 875	28,7
1955	5 106	21,3	4 829	22,9	5 849	25,0	6 452	27,7	8 371	34,1	9 084	38,5	11 010	43,6												
c) Fremdenheime																										
1950	32 368	45,8	31 219	48,8	34 600	48,0	31 217	47,3	33 566	48,8	33 424	49,3	37 822	53,4	40 903	56,8	38 443	55,2	34 810	48,6	35 434	49,8	32 224	44,2	416 030	49,7
1951	32 194	43,9	31 171	46,8	35 686	48,2	35 376	49,0	42 501	55,8	36 607	49,4	43 276	56,2	48 073	61,5	40 967	54,3	38 574	49,7	37 410	49,7	34 300	44,2	456 135	50,8
1952	34 400	44,1	34 834	47,5	37 678	46,4	38 169	48,7	40 871	49,6	44 755	56,1	54 104	64,4	54 767	65,0	47 809	58,4	40 932	48,7	36 561	45,6	33 309	40,0	498 189	51,3
1953	34 865	41,8	32 676	43,4	36 772	43,9	39 628	48,2	44 590	52,3	46 965	55,6	63 947	70,7	63 927	69,6	52 640	59,3	46 310	51,2	39 072	45,0	33 945	37,8	535 337	51,8
1954	35 414	39,3	32 361	39,7	39 545	43,9	46 407	53,5	46 355	51,5	53 613	61,0	68 277	73,4	62 136	66,5	55 897	61,7	46 125	48,9	39 372	43,6	36 198	38,6	561 700	51,9
1955	37 137	39,3	33 846	39,8	41 575	43,5	48 409	52,4	53 450	55,4	60 601	64,9	75 312	74,3												

1) Ohne Übernachtungen in Privatquartieren.

fast 100 Betten, und einige Großhotels mit bisher über 100 Betten ihre Kapazität ganz erheblich vergrößerten. Allein ein Hotel vergrößerte seinen Bettenbestand von 190 auf jetzt 460 Betten. Aber auch die Gasthäuser weisen in mehreren Betrieben eine Vergrößerung des Bettenbestandes auf; ebenso ist auch bei den Fremdenheimen eine Zunahme zu verzeichnen. Alles zusammengenommen entspricht dieses etwa einem Zuwachs von rd. 900 Betten.

Infolge der Kapazitätsausweitung kam es zu einem Absinken des Ausnutzungsgrades des gesamten Bettenbestandes im Juli 1955, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahrsmonat. Am stärksten war der Rückgang in der Ausnutzung der Hotelkapazität von 86,6 im Juli 1954 auf 84,4 vH im Juli 1955.

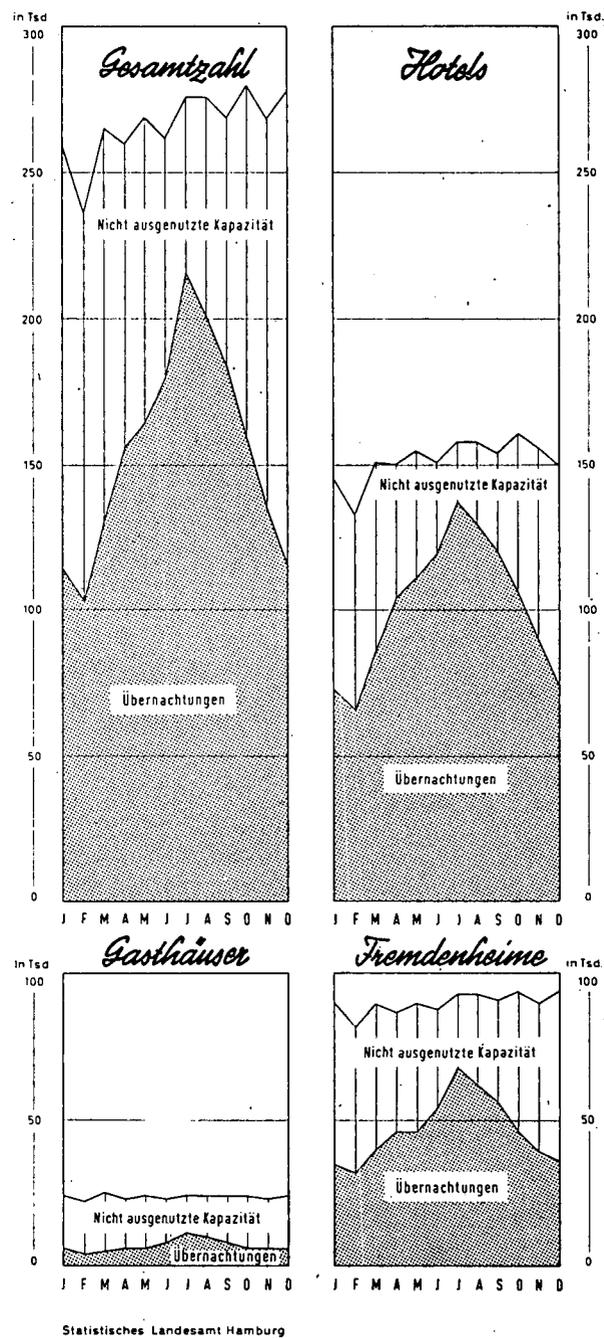
Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Anpassung der Beherbergungskapazität an die sich verstärkenden Fremdenverkehrsspitzen in den Saisonmonaten eine relativ geringe Ausnutzung des Bettenbestandes in den Wintermonaten zur Folge hat. Die Beherbergungsbetriebe sind saisonabhängiger geworden. Es läge daher im Interesse des Fremdenverkehrsgewerbes, wenn auch im Winter mehr als bisher Tagungen, Kongresse und Ausstellungen stattfänden, damit der Fremdenverkehr auch in dieser Jahreszeit besser belebt wird.

Betrachtet man die saisonale Entwicklung des Ausnutzungsgrades in den einzelnen Größenklassen der Hotels, Gasthäuser und Fremdenheimen, so wird die gleiche Tendenz, nämlich eine stark unterschiedliche Kapazitätsauslastung im saisonalen Verlauf, erkennbar, wie dies für die Gesamtheit der Betriebe aller Größenklassen zu beobachten war. Wesentliche Unterschiede bestehen allerdings in der Höhe des Ausnutzungsgrades.

Grundsätzlich liegt die Ausnutzung des Bettenbestandes in den Großhotels, den großen Gasthäusern und Fremdenheimen höher als in den kleineren Übernachtungsstätten, und zwar besonders in den Sommermonaten. Der Ausnutzungsgrad steigt mit zunehmender Größenklasse und einsetzender Saison. So wiesen die Großhotels mit über 100 Betten im Monat Juli 1954 mit 95,1 vH den höchsten Ausnutzungsgrad aus. Die Fremdenheimen der höchsten Betriebsgrößenklasse mit über 20 Betten konnten im gleichen Zeitraum einen Ausnutzungsgrad von 84,3 vH erreichen. In den kleineren Hotels und Gasthäusern ist selbst in der Saisonspitze eine bedeutend geringere Ausnutzung der Betriebe gegeben. Die Hotels mit weniger als 10 Betten wiesen 1954 mit 29,4 vH (August) und die Gasthäuser mit 34,8 vH (Juli) die höchste Kapazitätsausnutzung

aus; die Fremdenheimen mit weniger als 5 Betten erreichten 1954 mit 54,0 vH (Juli) ihren höchsten Ausnutzungsgrad.

Übernachtungen und Übernachtungskapazität im saisonalen Verlauf 1954



Übersicht 8 Die durchschnittliche Belegungsziffer in den einzelnen Betriebsgrößenklassen und Monaten der Jahre 1954 und 1955

Monate	Hotels mit					Gasthäuser mit					Fremdenheimen mit				Hotels, Gasthäuser u. Fremdenheimen insgesamt
	1-10	11-30	31-50	51-100	über 100	1-10	11-30	31-50	51-100	1-5	6-10	11-20	über 20		
	Betten					Betten					Betten				
1954															
Januar	13,7	34,3	38,7	53,8	60,0	19,3	28,8	23,4	—	34,8	36,9	38,7	43,8	43,9	
Februar	17,1	35,6	40,8	54,0	57,0	18,6	25,6	11,7	—	36,7	36,8	38,7	44,9	43,4	
März	9,9	40,2	48,6	59,7	65,8	19,4	24,0	24,6	—	31,8	41,9	42,9	50,8	49,4	
April	15,7	51,2	58,4	69,6	80,7	21,2	30,9	30,0	—	45,3	50,1	53,3	59,3	60,1	
Mai	21,4	48,8	64,1	70,8	84,1	23,8	27,9	33,3	—	42,2	48,2	50,7	58,2	60,9	
Juni	25,8	57,2	71,3	80,3	89,8	27,8	35,8	43,5	—	44,5	54,0	62,8	68,7	68,8	

Noch: Übersicht 8

Monate	Hotels mit					Gasthäuser mit				Fremdenheime mit				Hotels, Gasthäuser u. Fremdenheime insgesamt
	1-10	11-30	31-50	51-100	über 100	1-10	11-30	31-50	51-100	1-5	6-10	11-20	über 20	
	Betten					Betten				Betten				
Juli	29,1	64,3	81,3	91,2	95,1	34,8	50,5	60,7	—	54,0	65,7	73,7	84,3	78,4
August	29,4	56,7	76,7	82,3	91,8	29,8	46,8	54,6	—	51,8	60,8	64,4	78,3	72,8
September	23,3	53,8	68,0	76,2	90,8	25,7	38,7	31,9	67,1	51,9	55,8	59,7	73,1	68,3
Oktober	14,6	45,6	54,1	62,8	78,7	20,8	32,7	30,6	30,6	47,8	44,6	47,7	55,2	56,7
November	17,8	38,2	45,9	55,1	69,5	18,1	32,1	28,3	19,1	39,4	43,0	41,5	48,4	50,0
Dezember	9,4	35,4	36,6	51,2	52,2	17,9	31,2	24,1	16,8	28,6	38,2	38,1	41,8	41,7
1955														
Januar	11,0	34,8	38,0	53,5	53,8	19,5	26,8	17,1	16,5	33,8	36,7	38,1	44,6	42,8
Februar	12,6	31,6	40,9	53,1	57,6	19,9	26,4	27,1	22,4	36,8	37,7	38,7	44,1	44,3
März	13,7	36,9	48,3	58,1	61,7	20,9	32,9	25,3	21,4	42,1	38,7	43,5	48,4	48,5
April	25,0	43,5	59,3	69,4	76,4	22,4	31,3	21,0	54,7	49,9	46,6	52,1	59,3	59,0
Mai	29,5	43,0	61,0	73,4	81,6	29,7	36,3	29,3	59,0	43,3	49,7	53,8	65,8	62,4
Juni	31,4	50,5	68,2	79,6	88,3	33,1	41,1	29,0	76,4	56,1	57,7	65,1	72,8	70,2
Juli	38,9	61,2	74,8	89,2	92,9	36,4	45,5	36,5	92,9	55,8	69,8	71,0	84,5	77,8

4. Der Fremdenverkehr in Hamburg in bezirklicher Sicht

Von Interesse ist neben der Gesamtentwicklung des Fremdenverkehrs die regionale Differenzierung. Aus diesem Grunde bereitet das Statistische

Landesamt die Zahl der Gäste und Übernachtungen sowie die Beherbergungskapazität von Juli 1955 an auch nach Stadtbezirken auf.

Übersicht 9 Die Zahl der Fremden und Übernachtungen nach Bezirken im Monat Juli 1955

Ständiger Wohnsitz der Fremden ¹⁾	B e z i r k e													
	Hamburg-Mitte		Altona		Eimsbüttel		Hamburg-Nord		Wandsbek		Bergedorf		Harburg	
	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen
Hansestadt Hamburg	2 335	3 540	114	502	52	421	22	62	32	63	37	58	135	279
Übriges Deutschland	40 264	76 099	1 951	4 402	4 103	9 887	1 338	2 414	1 105	2 793	641	1 069	1 617	3 784
Deutschland zusam.:	42 599	79 639	2 065	4 904	4 155	10 308	1 360	2 476	1 137	2 856	678	1 127	1 752	4 063
Saargebiet	120	205	5	5	4	6	5	16	—	—	—	—	3	3
Belgien-Luxemburg	543	1 182	14	30	82	187	95	115	4	5	4	12	6	19
Dänemark	19 736	25 858	290	371	2 487	2 998	297	375	891	941	13	31	241	262
Finnland	1 531	2 676	19	46	97	198	40	68	86	106	—	—	—	—
Frankreich	1 455	2 139	24	35	194	371	27	40	18	20	2	6	19	19
Griechenland	352	639	7	19	14	42	2	3	—	—	—	—	—	—
Großbrit. u. Nordirl.	2 963	4 219	55	273	242	662	50	102	8	40	13	19	15	29
Irland	41	106	—	—	1	3	2	2	1	1	—	—	—	—
Island	205	331	1	4	16	75	77	98	—	—	—	—	4	5
Italien	1 162	2 019	5	5	87	237	30	47	4	16	3	46	9	13
Niederlande	2 081	3 304	23	61	246	467	181	277	17	63	13	27	32	55
Norwegen	4 450	7 552	69	110	409	673	181	244	117	124	2	17	43	43
Österreich	562	1 095	19	63	71	198	26	70	6	10	1	1	10	13
Polen	13	28	1	2	2	4	—	—	—	—	—	—	—	—
Portugal	96	203	2	10	13	80	1	1	2	16	—	—	3	3
Schweden	25 581	41 182	200	334	2 173	3 322	334	541	402	471	13	36	188	221
Schweiz	2 120	3 850	43	130	202	497	30	71	23	57	16	40	37	55
Sowjetunion	20	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Spanien	402	695	4	10	31	164	1	1	3	12	—	—	—	—
Triest	8	13	—	—	2	14	—	—	—	—	—	—	—	—
Tschechoslowakei	23	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Türkei	241	470	1	2	18	113	4	10	3	8	—	—	—	—
Übriges Europa	209	411	5	6	20	103	2	2	—	—	—	—	—	—
Afrika	431	889	9	84	45	108	13	50	—	—	—	—	—	—
Asien	1 118	2 772	8	9	94	650	15	90	4	8	—	—	2	4
Australien	199	493	3	6	15	23	2	2	—	—	—	—	2	2
Kanada	405	785	6	13	15	53	15	22	2	2	—	—	1	1
Süd- u. Mittelamerika	1 530	3 339	60	241	118	586	15	105	10	58	—	—	2	2
Verein. Staat. v. Amer.	4 790	7 809	113	286	394	950	261	452	67	115	5	12	18	102
Übriges Ausland	145	269	3	8	48	340	18	38	5	8	—	—	1	1
Ausland zusammen	72 412	114 398	984	2 158	7 136	13 118	1 719	2 826	1 673	2 081	85	247	633	849
Ohne Angab. d. Wohns.	25	181	1	1	4	17	55	57	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	115 156	194 423	3 055	7 068	11 299	23 449	3 139	5 375	2 810	4 937	763	1 374	2 388	4 915

¹⁾ Nicht Staatsangehörigkeit.

Betrachtet man den Fremdenverkehr unter diesem regionalen Aspekt, so zeigt sich, daß im Juli 1955 75,6 vH aller Inländer-Übernachtungen und 84,3 vH aller Ausländer-Übernachtungen auf den Bereich des Bezirksamtes **Hamburg-Mitte** entfielen. Erst mit weitem Abstand folgen die übrigen Bezirksämter mit 1,1 bis 9,8 vH der Inländer- und 0,2 bis 9,7 vH der Ausländer-Übernachtungen (vgl. Übersicht 9).

Zieht man einen Kreis mit einem Radius von ca. 500 m um den Hauptbahnhof, den Dammtorbahnhof und die Reeperbahn, zeichnen sich typische Stadtverkehrszentren ab, von denen das Stadtzentrum um den **Hauptbahnhof** die größte Bedeutung hat, und zwar insbesondere für den Ausländerfremdenverkehr. Von insgesamt 105 373 Inländer-Übernachtungen im Juli 1955 verbuchten die in der

Nähe des Hauptbahnhofs gelegenen Beherbergungsstätten (500 m) 43 317 oder 41,1 vH, von den Ausländer-Übernachtungen dagegen 81 325 oder 59,9 vH. In den Beherbergungsstätten beim **Dammtorbahnhof** hielten sich Inländer- und Ausländer-Übernachtungen (14 336 bzw. 14 895) in etwa die Waage, wogegen bei den Betrieben auf der **Reeperbahn** die Zahl der Inländer-Übernachtungen (13 184) um 45,4 vH höher lag als die Zahl der Ausländer-Übernachtungen (9 066). Die Fremdenverkehrszentren Hauptbahnhof, Dammtor und Reeperbahn zusammen verbuchten im Monat Juli 67,2 vH der Inländer- und 77,6 vH der Ausländer-Übernachtungen, woraus die große Bedeutung dieser Stadtgebiete für den Fremdenverkehr ersichtlich wird (vgl. Übersicht 9 u. 10).

Übersicht 10

Die Fremden und Übernachtungen nach Fremdenverkehrszentren im Monat Juli 1955

Ständiger Wohnsitz der Fremden ¹⁾	Fremdenverkehrszentren							
	Hauptbahnhof		Dammtor		Reeperbahn		Übrige Stadtgebiete	
	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen
Hansestadt Hamburg	519	821	34	113	1 446	1 838	728	2 153
Übriges Deutschland	24 416	42 496	5 896	14 223	4 822	11 346	15 885	32 383
Deutschland zusammen	24 935	43 317	5 930	14 336	6 268	13 184	16 613	34 536
Saargebiet	83	124	6	14	13	33	35	64
Belgien-Luxemburg	388	833	94	207	44	101	222	409
Dänemark	13 418	17 684	1 433	2 199	1 862	2 343	7 242	8 610
Finnland	1 298	2 192	113	273	53	118	309	511
Frankreich	1 118	1 627	305	463	29	45	287	495
Griechenland	220	402	28	58	102	179	25	64
Großbritannien und Nordirland	2 414	3 096	377	940	123	140	432	1 168
Irland	30	74	5	25	3	3	7	10
Island	176	278	7	23	17	23	103	189
Italien	936	1 462	131	249	74	127	159	545
Niederlande	1 577	2 442	229	466	168	219	619	1 127
Norwegen	3 159	5 169	497	896	398	741	1 217	1 957
Österreich	453	795	48	118	29	160	165	377
Polen	7	17	1	1	1	1	7	15
Portugal	78	172	16	31	3	3	20	107
Schweden	18 708	30 129	2 268	3 775	2 434	3 849	5 481	8 354
Schweiz	1 523	2 759	266	604	126	237	556	1 100
Sowjet-Union	7	31	—	—	2	2	11	11
Spanien	317	518	34	131	48	56	42	177
Triest	8	13	—	—	—	—	2	14
Tschechoslowakei	20	23	—	—	1	1	2	2
Türkei	193	365	34	78	11	14	29	146
Übriges Europa	124	216	10	67	16	34	86	205
Afrika	319	586	71	185	37	98	71	262
Asien	826	1 815	150	517	86	90	179	1 111
Australien	134	340	43	105	6	6	38	75
Kanada	312	588	42	139	53	82	37	67
Süd- und Mittelamerika	1 144	2 191	299	923	69	75	223	1 142
Vereinigte Staaten von Amerika	3 574	5 318	1 026	2 298	247	311	801	1 799
Übriges Ausland	97	190	23	124	8	8	92	342
Ausland zusammen	52 578	81 325	7 550	14 895	6 050	9 066	18 464	30 391
Ohne Angabe des Wohnsitzes	15	32	9	28	3	126	58	70
Insgesamt	77 611	124 798	13 495	29 273	12 334	22 409	35 170	65 061

¹⁾ Nicht Staatsangehörigkeit.

Entsprechend den soeben aufgezeigten Schwerpunkten des Fremdenverkehrs verteilt sich auch etwa die Beherbergungskapazität. Von den 453

Hamburger Beherbergungsstätten mit 10 018 Betten, die im Juli 1955 für den Fremdenverkehr zur Verfügung standen, liegen 244 Betriebe (7 331

Betten) im Bereich des Bezirksamtes Hamburg-Mitte. Fast die Hälfte des gesamten Bettenbestandes (4 462 Betten = 45 vH) befindet

Übersicht 11

Betriebe, Zimmer und Betten im Juli 1955 nach Fremdenverkehrszentren

Fremdenverkehrszentren	Betriebe	Zimmer	Betten
Hauptbahnhof	146	2 817	4 462
Dammtor	38	758	1 091
Reeperbahn	23	551	871
Übrige Stadtteile	246	2 115	3 594
Insgesamt	453	6 241	10 018

sich in der Gegend des Hauptbahnhofs, rd. 11 vH (1 091 Betten) in der Nähe des Dammtorbahnhofs und rd. 9 vH (871 Betten) in der Nähe der Reeperbahn.

Trotz der starken Konzentrierung der Beherbergungskapazität im Zentrum der Hansestadt ist in den Sommermonaten eine sehr hohe Kapazitätsausnutzung dieser Beherbergungsstätten zu verzeichnen. Im Monat Juli 1955 war im Bereich des Bezirksamtes Hamburg-Mitte die Bettenkapazität der Hotels zu 89,2 vH ausgenutzt, wogegen im Bereich der übrigen Bezirksamter die Hotels eine wesentlich niedrigere Ausnutzung des Bettenbestandes verzeichnen.

Übersicht 12

Die durchschnittliche Bettenausnutzung in den Hamburger Beherbergungsbetrieben im Juli 1955 nach Bezirken

Bezirke	Betriebe	Zimmer	Betten	Fremde	Übernachtungen	Ausnutzungsgrad
Hotels						
Hamburg-Mitte	63	3 141	4 988	84 228	137 905	89,2
Altona	10	106	193	1 661	3 292	55,0
Eimsbüttel	6	112	177	2 603	3 854	70,2
Hamburg-Nord	7	95	171	2 225	3 198	60,3
Wandsbek	5	126	168	2 136	2 958	56,8
Bergedorf	2	35	46	625	1 022	71,7
Harburg	8	105	191	1 606	2 976	50,3
Zusammen	101	3 720	5 934	95 084	155 205	84,4
Gasthäuser						
Hamburg-Mitte	24	140	245	1 824	3 773	49,7
Altona	6	33	51	385	777	49,1
Eimsbüttel	7	70	136	2 203	2 955	70,1
Hamburg-Nord	2	10	16	80	230	46,3
Wandsbek	15	70	116	570	1 297	36,1
Bergedorf	12	43	65	138	352	17,5
Harburg	22	105	186	682	1 640	28,4
Zusammen	88	471	815	5 882	11 024	43,6
Fremdenheime						
Hamburg-Mitte	157	1 311	2 098	29 104	52 745	81,1
Altona	14	95	147	1 009	2 999	65,8
Eimsbüttel	74	534	851	6 493	16 640	63,1
Hamburg-Nord	13	70	114	834	1 947	55,1
Wandsbek	2	17	28	104	682	78,6
Bergedorf	—	—	—	—	—	—
Harburg	4	23	31	100	299	31,1
Zusammen	264	2 050	3 269	37 644	75 312	74,3
Beherbergungsbetriebe insgesamt						
Hamburg-Mitte	244	4 592	7 331	115 156	194 423	85,6
Altona	30	234	391	3 055	7 068	58,3
Eimsbüttel	87	716	1 164	11 299	23 449	65,0
Hamburg-Nord	22	175	301	3 139	5 375	57,6
Wandsbek	22	213	312	2 810	4 937	51,0
Bergedorf	14	78	111	763	1 374	39,9
Harburg	34	233	408	2 388	4 915	38,9
Insgesamt	453	6 241	10 018	138 610	241 541	77,8

Auch bei den Fremdenheimen war der Ausnutzungsgrad im Bereich des Bezirksamtes Hamburg-Mitte mit 81,1 vH beträchtlich höher als in den übrigen Bezirken; der Bettenbestand der Gasthäuser war dagegen in Eimsbüttel mit 70,1 vH am stärksten ausgenutzt.

Betrachtet man die Belegung der gesamten Beherbergungskapazität im Juli 1955 (Hotels, Gasthäuser, Fremdenheime), errechnet sich ein Ausnutzungsgrad von 85,6 vH für Hamburg-Mitte; im Bereich der übrigen Bezirksämter liegt der Ausnut-

zungsgrad zwischen 65 vH (Eimsbüttel) und 38,9 vH (Harburg). Noch höher steigt der Ausnutzungsgrad des Bettenbestandes, wenn man nur die in der Nähe des Hauptbahnhofs gelegenen Übernachtungsstätten betrachtet. Hier betrug die Ausnutzung des Bestandes an Hotelbetten 94,1 vH und die Belegung der Betten der Fremdenheime 81,5 vH, aber auch die in der Nähe des Dammtor-Bahnhofs und der Reeperbahn gelegenen Hotels konnten ihren Bettenbestand zu 92,9 vH bzw. 82,0 vH ausnutzen. Eine besonders hohe Ausnutzungsziffer verzeichneten die Fremdenheime der Reeperbahn mit 89,7 vH.

Übersicht 13

Die durchschnittliche Bettenausnutzung in den Hamburger Beherbergungsbetrieben im Juli 1955 nach Fremdenverkehrszentren

Fremdenverkehrszentren	Betriebe	Zimmer	Betten	Fremde	Übernachtungen	Ausnutzungsgrad
Hotels						
Hauptbahnhof	32	2 021	3 094	58 363	90 239	94,1
Dammtor	5	487	669	8 447	19 265	92,9
Reeperbahn	9	217	429	6 130	10 901	82,0
Übrige Stadtgebiete	55	995	1 742	22 144	34 800	64,4
Zusammen	101	3 720	5 934	95 084	155 205	84,4
Gasthäuser						
Hauptbahnhof	—	—	—	—	—	—
Dammtor	—	—	—	—	—	—
Reeperbahn	7	53	85	715	1 579	59,9
Übrige Stadtgebiete	81	418	730	5 159	9 431	41,7
Zusammen	88	471	815	5 874	11 010	43,6
Fremdenheime						
Hauptbahnhof	114	796	1 368	19 248	34 559	81,5
Dammtor	33	271	422	5 048	10 008	76,5
Reeperbahn	7	281	357	5 489	9 929	89,7
Übrige Stadtgebiete	110	702	1 122	7 867	20 830	59,9
Zusammen	264	2 050	3 269	37 652	75 326	74,3
Beherbergungsbetriebe insgesamt						
Hauptbahnhof	146	2 817	4 462	77 611	124 798	90,2
Dammtor	38	758	1 091	13 495	29 273	86,6
Reeperbahn	23	551	871	12 334	22 409	83,0
Übrige Stadtgebiete	246	2 115	3 594	35 170	65 061	58,4
Insgesamt	453	6 241	10 018	138 610	241 541	77,8

5. Der Hamburger Fremdenverkehr im Vergleich mit einigen westdeutschen Großstädten

Unter den westdeutschen Großstädten erreichte Hamburg im Jahre 1954 mit 1 869 092 Übernachtungen fast die gleiche Beherbergungsziffer wie München (2 061 186 Übernachtungen), das unter

allen westdeutschen Städten hierin an der Spitze steht. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in München die Übernachtungen in Privatquartieren ein größeres Gewicht haben als in Ham-

burg. Im Ausländerfremdenverkehr jedoch ist Hamburg unübertroffen. Welche Bedeutung dem Ausländerfremdenverkehr in Hamburg zukommt, wird ersichtlich, wenn man Zahl und Anteil der Ausländerübernachtungen in

Hamburg dem Fremdenverkehr in anderen Städten gegenüberstellt: **Hamburg hat mit 37,5 vH den größten Anteil aufzuweisen** und übertrifft auch absolut München um 100 000.

Übersicht 14

Der Fremdenverkehr in einigen Großstädten im Bundesgebiet im Jahr 1954

Städte	Zahl der Übernachtungen		
	insgesamt	darunter Ausländer	
		absolut	vH
Hamburg	1 869 092	700 133	37,5
München	2 061 186	602 589	29,2
Köln	793 496	266 809	33,6
Essen	244 637	24 926	10,2
Düsseldorf	872 832	212 345	24,3
Frankfurt/Main	1 174 659	382 126	32,5
Dortmund	168 074	17 548	10,4
Stuttgart	835 980	172 559	20,6
Hannover	722 723	110 981	15,4
Bremen	370 797	73 170	19,7
Nürnberg	409 676	78 467	19,2
Wuppertal	125 271	19 163	15,3
Mannheim	248 879	40 028	16,1
Kiel	173 125	38 029	22,0
Wiesbaden	553 159	110 380	20,0
Braunschweig	150 666	11 985	8,0
Lübeck	116 322	34 057	29,3
Karlsruhe	247 314	39 443	15,9
Augsburg	213 065	27 771	13,0
Kassel	216 661	18 318	8,5
Bielefeld	186 833	14 058	7,5
Bonn	195 411	55 555	28,4
Freiburg	280 977	63 606	22,6
Heidelberg	331 054	98 725	29,8
Mainz	117 077	30 442	26,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Berichte, Dezember 1954

Dies zeigt, daß Hamburg ein Fremdenverkehrsplatz erster Ordnung geworden ist und eine besondere Stärke der Hamburger Fremdenver-

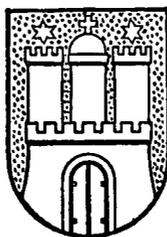
kehrswirtschaft im Ausländerreiseverkehr beruht.

Dr. Bahlert

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Hamburg in Zahlen

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt
der Freien und Hansestadt Hamburg



Hamburg, den 31. Dezember 1955

Jahrgang 1955 — Heft Nr. 21

Die Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus in Hamburg in den Jahren 1953 und 1954

I. Allgemeines

In den jährlichen Berichten des Statistischen Landesamts über den Erfolg des Wohnungsbaus in den einzelnen Kalenderjahren ist regelmäßig auch über Zahl und Anteil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen berichtet worden. Wie die folgende Übersicht erkennen läßt, war die Zahl und der Anteil dieser Wohnungen an dem Gesamtgewinn der in diesen Jahren fertiggestellten Wohnungen ziemlich unverändert.

Übersicht 1

Zugang an Wohnungen insgesamt und im öffentlich geförderten Wohnungsbau 1949 bis 1954
(Normal- und Notbau)

Jahre	Bruttozugang an fertiggestellten Wohnungen insgesamt	darunter mit öffentl. Mitteln gefördert		
		überhaupt	vH	darunter sozialer Wohnungsbau
1949	14 854	7 063	47,6	
1950	27 238	18 623	68,4	
1951	27 080	17 125	63,2	
1952	23 847	15 470	64,9	15 147
1953	23 916	14 911	62,3	14 631
1954	24 656	15 431	62,6	15 222

Es wäre nun von Interesse zu erfahren,

- wie groß die Höhe und der Anteil der öffentlichen Mittel, die in die Fertigstellung dieser Wohnungen investiert waren, gewesen ist,
- in welchem Maße und mit welchem Gewicht daneben Mittel des Kapitalmarktes oder anderer Finanzierungsquellen, insbesondere das Eigen-geld der Bauherren, eingesetzt worden sind und
- in welchem Maße schließlich die öffentliche Subventionierung des Wohnungsbaus der Kostenentwicklung im Wohnungsbau gefolgt ist.

Leider vermag die eigentliche Baustatistik, wie sie seit der Währungsreform im Bundesgebiet bearbeitet wird, diese Fragen nicht zu beantworten. Die gewünschten Daten stehen jedoch für jedes Bauvorhaben bei den für die öffentliche Subventionierung des sozialen Wohnungsbaus zuständigen Bewilligungsstellen zur Verfügung, da ihnen ein Kosten- und Finanzierungsplan eingereicht werden muß und später eine Schlußabrechnung vorzunehmen ist. Über die effektive Höhe der öffentlichen und privaten Mittel nach ihrer Quelle vermag nur diese Schlußabrechnung Kenntnis zu geben. Es liegt aber in der Natur der Dinge, daß diese Schlußabrechnung in der Regel erst lange Zeit nach der Fertigstellung und Ingebrauchnahme der Gebäude und Wohnungen vorliegen kann. Es wäre also theoretisch wohl möglich, für alle in einem Berichtsjahr fertiggestellten Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert sind, die Höhe und Art der Finanzierung festzustellen. Die Ergebnisse einer solchen Untersuchung würden in der Regel aber so spät vorliegen, daß sie für die praktischen Aufgaben der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus nur noch von historischem Wert wären. Da man aber nicht darauf verzichten kann, einen laufenden Überblick über die Finanzierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zu gewinnen, hat man sich entschlossen, diese bereits im Zeitpunkt der Bewilligung der öffentlichen Subventionierung zu erfassen. Dieser Zeitpunkt liegt in den meisten Fällen vor dem Baubeginn, da er vielfach mit der Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung gekoppelt ist. Es werden Bewilligungen von öffentlichen Mitteln aber auch erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn der Bau schon begonnen ist, ausgesprochen. In manchen Fällen hat die Bewilligung von öffentlichen Mitteln auch die Aufgabe, eine Finanzierungslücke zu schließen oder bei Bau-

vorhaben, für die bereits eine Bewilligung von öffentlichen Mitteln vor dem Baubeginn ausgesprochen war, durch eine Nachbewilligung weiterer Mittel die Vollendung des Baues sicherzustellen. Es liegt auf der Hand, daß das Gesamtbild der Finanzierung um so ungewisser ist, je früher das Stadium der Bewilligung von öffentlichen Mitteln liegt. Man kann also im Zeitpunkt der Bewilligung von öffentlichen Mitteln das Volumen und die Art der Gesamtfinanzierung noch nicht exakt erfassen. Bei der Sorgfalt, mit der die Bearbeitung der Anträge auf Zuwendung öffentlicher Mittel vorgenommen wird und den vielfältigen Unterlagen, die die Bauherren beibringen müssen, um die Wirtschaftlichkeit ihres Bauvorhabens nachzuweisen, sind diese Unterlagen aber ausreichend, um die Höhe und Art der Finanzierung des Bauvorhabens und hierbei insbesondere den Einsatz der öffentlichen Mittel im Rahmen der Gesamtfinanzierung richtig zu beurteilen. Aus diesem Grunde hat man sich auch entschlossen, die statistische Untersuchung über die Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus auf die im Zeitpunkt der Bewilligung vorliegenden Unterlagen zu stützen und nicht auf die Schlußabrechnung. Die Bewilligungsstatistik ist durch Verordnung v. 24.3.1953 als „Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau“ im Bundesgebiet angeordnet worden. Hiernach wird für jedes Bauvorhaben, das den Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus entspricht und durch öffentliche Mittel gefördert wird, im Zeitpunkt der Bewilligung von der für die Bewilligung zuständigen Dienststelle für alle von ihr erteilten Bewilligungsbescheide ein Erhebungsbogen ausgefertigt und dem Statistischen Landesamt zur Auswertung nach den Richtlinien des Statistischen Bundesamts zugeleitet. In Hamburg ist die Hamburgische Wohnungsbaukasse die hierfür zuständige Dienststelle. In anderen Ländern ist z.T. die Organisation der Bewilligungen stark dezentralisiert.

Durch die frühzeitige Erfassung der öffentlichen Förderung ist es möglich, die Erhebungsbogen auch für die Statistik der Baufertigstellungen nutzbar zu machen und dadurch mit großer Zuverlässigkeit die Zahl und den Anteil der geförderten Wohnungen unter den im Berichtsjahr fertiggestellten Wohnungen zu ermitteln.

Bevor auf die Ergebnisse und Probleme der „Bewilligungsstatistik“ näher eingegangen wird, muß noch darauf hingewiesen werden, daß hierdurch nicht alle mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauvorhaben und Wohnungen erfaßt werden, sondern nur der sogenannte soziale Wohnungsbau nach den Bestimmungen des 1. Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 und der späteren Novelle zu diesem Gesetz. Ferner müssen die öffentlichen Mittel durch Bewilligungsbescheide der hierfür zuständigen Bewilligungsstellen vergeben sein. Alle Baumaßnahmen, die nicht über die Hamburgische Wohnungsbaukasse finanziert werden, fallen nicht in den Rahmen dieser Statistik, auch wenn für die Gebäude oder Wohnungen ganz oder teilweise öffentliche Mittel zum Einsatz kommen und die erstellten Wohnungen nach Art, Um-

fang, Kosten und Miethöhe den Anforderungen des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, wie es z.B. bei Regierungsbauten oder Bauten der Bundesbahn und Bundespost der Fall sein kann. Als öffentliche Mittel werden in dieser Statistik nur die in den Etats des Bundes und der Länder ausgewiesenen allgemeinen Förderungsmittel für den sozialen Wohnungsbau, die vom Lastenausgleichsamt zur Verfügung gestellten Mittel des Lastenausgleichs, die zusammen mit Bundes-, Landes- oder Lastenausgleichsmittel eingesetzten Mittel der Gemeinden zur Wohnungsbauförderung und weitere von öffentlichen Stellen hierfür und über die Bewilligungsstellen des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellten Mittel gerechnet (vgl. auch „Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1955, Heft 5, Seite 253). Demnach werden Mittel der Gemeinden, die nicht dem sozialen Wohnungsbau zufließen oder nicht zusammen mit Bundes- und Landesmitteln über die Bewilligungsstellen eingesetzt werden, im Rahmen dieser Statistik nicht erfaßt. Immerhin erfaßt die „Bewilligungsstatistik“ weitaus den größten und wichtigsten Teil der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbauten.

Nach den bundeseinheitlichen Richtlinien wird innerhalb der Statistik unterschieden nach

- a) den vierteljährlichen Globalberichten über Finanzierung und Volumen,
- b) den Jahresergebnissen für alle vollgeforderten Bauvorhaben.

Die Aufbereitung der Jahresergebnisse ist ab 1. Januar 1953 gegenüber dem Jahre 1952 — in dem nur eine Aufbereitung der Neubauvorhaben vorgeschrieben war — auf sämtliche Bauvorhaben, soweit sie vollgefordert sind, ausgedehnt.

Ferner unterscheidet die Bewilligungsstatistik:

- a) den allgemeinen sozialen Wohnungsbau (§ 29 WoBauG) und
- b) den gehobenen sozialen Wohnungsbau (§ 30 WoBauG).

Für den „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“ darf die Richtsatzmiete 1,10 DM je qm Wohnfläche nicht übersteigen. Doch können für Mietwohnungen, die durch Wiederaufbau zerstörter oder Wiederherstellung beschädigter Gebäude geschaffen werden, und für Mietwohnungen mit besonderen Lagevorteilen oder mit überdurchschnittlicher Ausstattung Zuschläge zu der Richtsatzmiete bis zu 30 vH erhoben werden. Die für Wohnungen der genannten Art festgesetzte Höchstmiete von 1,43 DM (1,10 plus 30 vH) kann für Mietwohnungen, die durch Wiederaufbau oder Wiederherstellung auf Trümmerflächen in zerstörten Wohngebieten geschaffen werden, bis zur Höhe der Mieten überschritten werden, die vor der Zerstörung oder Beschädigung für Wohnungen vergleichbarer Art, Lage und Ausstattung in diesen Wohngebieten entrichtet worden sind (§ 29, Absatz 3 WoBauG).

Der „gehobene soziale Wohnungsbau“ unterscheidet sich vom „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“ durch eine selbstverantwortlich gebildete Miete, die für Mietwohnungen mit besonderen Lagevorteilen oder mit über-

durchschnittlicher Ausstattung auf Antrag zugelassen werden kann, wenn dadurch ein um mindestens ein Drittel niedrigeres, der nachstelligen Finanzierung dienendes öffentliches Baudarlehen benötigt wird, als bei Zugrundelegung einer Miete, die nach den Mietrichtsätzen ohne Berücksichtigung von Zuschlägen festgesetzt ist. Es darf höchstens eine Miete vereinbart werden, die den geltenden Mietrichtsatz (1,10 DM) um die Hälfte übersteigt, also höchstens 1,65 DM je qm Wohnfläche (§ 30 WoBauG).

Ein Bauvorhaben im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau kann ganz oder teilweise

gefördert sein. Diese Unterscheidung richtet sich danach, ob alle Wohnungen innerhalb des Bauvorhabens öffentlich gefördert sind oder ob sich die Förderung nur auf einen Teil der innerhalb des Bauvorhabens errichteten Wohnungen erstreckt. Wenn in Hamburg keine „teilweise geförderten Bauvorhaben“ in den vorliegenden Ergebnissen ausgewiesen werden, dann liegt dies in der Praxis der Hamburgischen Wohnungsbaukasse begründet, die den geförderten Teil eines „teilweise geförderten Bauvorhabens“ von dem Gesamtbauvorhaben abtrennt und wie ein „vollgefordertes Bauvorhaben“ behandelt.

II. Aufkommen (Quelle) der Finanzierungsmittel

Im Jahre 1954 wurden in Hamburg 19 137 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert, davon 17 695 Wohnungen im „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“ (§ 29 WoBauG) und 1442 Wohnungen im „gehobenen sozialen Wohnungsbau“ (selbstverantwortlich gebildete Miete nach § 30 WoBauG). Für den Bau dieser Wohnungen ist ein Gesamtaufwand an Finanzierungsmitteln in Höhe von rd. 314 Millionen DM erforderlich. Wie aus der nach-

folgenden Übersicht 2 zu ersehen ist, beläuft sich der Anteil der öffentlichen Mittel an den Finanzierungsmitteln auf rd. 141 Millionen DM oder 45 vH. — Die als Eingliederungsdarlehen für den Wohnungsbau bestimmten Mittel des Ausgleichsfonds (§ 254 Abs. 2 und 3 und § 259 Abs. 1 Satz 3 LAG) gelten nicht als öffentliche Mittel (§ 3 Abs. 2 a WoBauG) im Sinne dieser Statistik. Bei strenger Auslegung des Begriffs

Übersicht 2

Die Höhe der Finanzierungsmittel nach ihren Quellen 1952 bis 1954
(ohne Nachfinanzierungen)

Finanzierungsquellen	Veranschlagte Gesamtherstellungskosten in DM				
	1952	1953	überhaupt	1954	
				allgemeiner sozialer Wohnungsbau	gehobener sozialer Wohnungsbau
1. Öffentliche Mittel zusammen	127 137 891	114 618 980	141 007 160	133 375 560	7 631 600
davon					
a) Bundes-, Landes- und Lastenausgleichsmittel	127 137 891	93 624 480	141 007 160	133 375 560	7 631 600
b) Mittel der Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
c) Sonstige direkt gegebene öffentl. Mittel	—	20 994 500	—	—	—
2. Kapitalmarktmittel zusammen	57 691 176	62 292 927	96 593 428	87 032 561	9 560 867
davon					
a) Pfandbriefinstitute	—	2 013 000	1 555 500	1 405 500	150 000
b) Sparkassen	—	29 207 106	41 924 598	36 851 205	5 073 393
c) Privat- und Sozialversicherungen	—	8 007 800	14 413 976	13 538 976	875 000
d) Bausparkassen	337 726	530 913	3 520 555	3 358 405	162 150
e) Sonstige Kapitalmarktmittel	57 353 450	22 534 108	35 178 799	31 878 475	3 300 324
3. Sonstige Mittel zusammen	32 541 636	41 758 662	76 250 150	68 195 145	8 055 005
davon					
a) Arbeitgebendarlehen und -zuschüsse	743 361	1 311 788	3 430 086	3 373 916	56 170
b) Eingliederungsdarlehen aus Lastenausgleichsmitteln	—	2 916 310	6 473 045	5 903 145	569 900
c) Finanzierungshilfen aus Landesmitteln	1 616 262	1 081 700	—	—	—
d) Mieterdarlehen und -zuschüsse	7 088 572	4 670 467	12 244 654	10 550 037	1 694 617
e) Echtes Eigenkapital (Bargeld, Baustoffe, Selbsthilfe, Grundstück, Gebäuderestwert)	—	29 474 624	47 611 996	42 279 678	5 332 318
f) Unehntes Eigenkapital (gestundetes Restkaufgeld, gestundete Anliegerbeiträge, gestundete Erschließungskosten, Verwandten- und Gefälligkeitsdarlehen)	—	23 093 441	—	—	—
g) Sonstiges	—	2 303 773	6 490 369	6 088 369	402 000
Finanzierungsmittel insgesamt	217 370 703	218 670 569	313 850 738	288 603 266	25 247 472
darunter					
7c-Mittel insgesamt	—	34 635 000	30 111 000	29 204 000	907 600
von den 7c-Mitteln sind:					
Erststellig gesichert	—	1 958 000	125 500	118 500	7 000
Nachrangig gesichert	—	31 487 000	27 077 600	26 453 600	624 600
Nicht dinglich gesichert	—	1 190 000	2 907 900	2 631 900	276 000

„öffentliche Mittel“ können die unter „Sonstige Finanzierungsmittel“ ausgewiesenen Eingliederungsdarlehen in Höhe von rd. 6,5 Millionen D-Mark (im Vorjahr 2,9 Millionen D-Mark) jedoch ebenfalls als öffentliche Mittel angesehen werden, da die Geschädigten nach § 233 LAG keinen Rechtsanspruch auf diese Mittel haben, und diese deshalb auch nicht als echtes Eigengeld bezeichnet werden dürften. — Eine Unterscheidung der öffentlichen Mittel in Bundes-, Landes- und Lastenausgleichsmittel ist zum Zeitpunkt der Bewilligung nicht mehr möglich, da die Mittel bei der Wohnungsbaukasse sozusagen in einen gemeinsamen Topf fließen. In den genannten 141 Millionen DM öffentlichen Mitteln sind rd. 27 Millionen „7c-Ablösungsdarlehen“ enthalten, die an Stelle echter öffentlicher Mittel in den zweiten Beleihungsraum eingesetzt werden konnten, da die Hamburgische Wohnungsbaukasse durch die Bürgerschaft ermächtigt ist, die Ablösung dieser Mittel durch Bereitstellung zweitrangiger öffentlicher Darlehen zu Lasten der Wohnungsbaumittel der nächsten 10 Jahre, zuzusagen. Für die nachrangig eingesetzten 7c-Gelder hat die Wohnungsbaukasse die Ausbietung garantiert, sie übernimmt die Tilgung der 7c-Darlehen, bis auf ½ %, die vom Bauherrn getragen werden müssen. Die öffentlichen Mittel gelangen in diesem Falle also erst sukzessiv im Laufe der nächsten 3 bzw. 10 Jahre zum Einsatz. Das 7c-Darlehen wird somit durch die Tilgungsraten schrittweise in ein öffentliches Darlehen umgewandelt

Vergleicht man das Bauvolumen des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 1953 und 1954 nach der Höhe des veranschlagten Kapitalaufwandes, so erhält man folgende Kapitalsummen: 1953 = 218,7 Millionen DM, davon öffentliche Mittel 114,6 Millionen DM; 1954 = 313,8 Millionen DM, davon öffentliche Mittel 141,0 Millionen DM. Dies bedeutet eine Zunahme des veranschlagten Kapitalaufwandes um rd. 95 Millionen DM oder 44 vH (vgl. Übersicht 2). Die Zahl der geförderten Wohnungen ist jedoch nicht im gleichen Maße gestiegen, denn 1953 wurden für 14 821 Wohnungen Bewilligungsbescheide erteilt, 1954 dagegen für 19 137 Wohnungen; das bedeutet eine Zunahme von rd. 4300 Wohnungen oder 30 vH (siehe Übersicht 6). Hieraus ergibt sich, wie auch die Übersicht 9 zeigt, eine wesentliche Erhöhung der Durchschnittskosten je Wohnung gegenüber 1953. Bei der erheblichen Zunahme der Kapitalsumme ist zu beachten, daß sich die Höhe der im Berichtsjahr bewilligten öffentlichen Mittel von 114,6 Millionen DM auf 141,0 Millionen DM, also um mehr als 26 Millionen DM oder rd. 23 vH, erhöht haben. Da in beiden Jahren der Wohnungsbaukasse öffentliche Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in etwa der gleichen Höhe zur Verfügung gestellt waren, erklärt sich diese Zunahme im wesentlichen daraus, daß die für das Jahr 1953 zur Verfügung gestellten Mittel durch Vorgriffe, d. h. durch bereits im Jahre 1952 erteilte Bewilligungsbescheide in dieser Höhe belastet waren, wogegen die für das Jahr 1954 zur Verfügung gestellten Mittel nur durch ganz geringe Vorgriffe in Höhe von rd. 100 000 DM vermindert wurden. Infolge-

dessen waren im Berichtsjahr 1954 schon aus diesem Grunde rd. 25 Millionen DM öffentliche Mittel mehr verfügbar als im Jahre 1953. Dazu kommt noch, daß die durchschnittliche Erhöhung der Baukosten keinen verstärkten Einsatz öffentlicher Mittel je Wohnung ausgelöst hat; vielmehr ging 1954 der nominelle Betrag, der an öffentlichen Mitteln je Wohnung bewilligt wurde, um durchschnittliche 4,7 vH zurück. Durch diese Entwicklung wurde der Anteil der öffentlichen Förderungsmittel im Rahmen der Gesamtfinanzierung je Wohnung von 52 vH im Jahre 1953 auf 45 vH im Jahre 1954 gesenkt. Diese Verminderung ist durch verstärkten Einsatz von Kapitalmarktmitteln und Eigengeld ausgeglichen. Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen konnte also im Jahre 1954 aus zwei Gründen, nämlich, einmal durch die größere Höhe der noch verfügbaren öffentlichen Mittel und zum zweiten durch die geringere Zuteilung dieser Mittel je Wohnung erheblich vergrößert werden. Diese Zunahme ist demnach keine Folge größerer Mittelzuwendungen durch die öffentliche Hand, sondern durch die veränderten Förderungsmaßnahmen hervorgerufen worden.

Wie aus einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes¹⁾ zu entnehmen ist, rangiert Hamburg 1953 und 1954 an der Spitze aller Länder, wenn man diese nach der Höhe des Anteils der öffentlichen Mittel an den Finanzierungsmitteln des sozialen Wohnungsbaus insgesamt ordnet (s. Übersicht 3).

¹⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 7. Jg. N.F., Heft 5, Mai 1955, S. 255.

Übersicht 3

Die Finanzierungsmittel im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in den Ländern des Bundes 1953 und 1954

Länder	Finanzierungsmittel			
	überhaupt in Mill. DM	davon		
		Öffentl. Mittel	Kapitalmarktmittel	Sonst. Mittel
in vH				
1953				
Hamburg	218,7	52,4	28,5	19,1
Schleswig-Holstein	249,5	50,5	25,0	24,5
Nordrhein-Westfalen	2 437,9	44,5	25,8	29,7
Hessen	399,9	41,5	26,5	32,0
Niedersachsen	500,5	41,1	21,8	37,1
Bremen	91,1	40,6	34,1	25,3
Rheinland-Pfalz	261,5	39,3	23,4	37,3
Bayern	572,0	38,8	27,8	33,4
Baden-Württemberg	822,4	38,1	30,1	31,8
Bundesgebiet insgesamt	5 555,6	42,7	26,4	30,9
Außerdem West-Berlin	486,7	44,7	8,2	47,1
1954				
Hamburg	313,9	44,9	30,8	24,3
Bremen	153,6	44,5	34,9	20,6
Schleswig-Holstein	210,0	41,2	29,4	29,4
Nordrhein-Westfalen	2 227,8	39,2	27,5	33,3
Hessen	381,6	38,8	27,7	33,5
Niedersachsen	516,7	38,6	24,7	36,7
Rheinland-Pfalz	224,3	36,6	26,4	37,0
Baden-Württemberg	903,7	34,3	32,5	33,2
Bayern	616,8	34,2	28,4	37,4
Bundesgebiet insgesamt	5 548,3	38,2	28,6	33,2
Außerdem West-Berlin	357,8	59,9	10,6	29,5

Bei der Betrachtung der Finanzierungsquellen wird augenscheinlich, daß der Anteil der echten Kapitalmarktmittel, die nach den Angaben der Wohnungsbaukasse ohne Ausnahme erststellig gesichert sind, mit fast 31 vH gegenüber dem Vorjahr (28 vH) etwas angestiegen ist, aber immer noch erheblich hinter dem Anteil der öffentlichen Mittel zurückbleibt. Wie schon im Vorjahr waren die Sparkassen auch im Jahre 1954 mit Abstand die stärksten Geldgeber für die vorrangigen Hypotheken. Von 96,6 Millionen DM, die vom Kapitalmarkt für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden, entfallen 42 Millionen DM oder 43 vH auf die Sparkassen in und außerhalb Hamburgs. Inwieweit andere Kreditinstitute (Geschäftsbanken, Real- und Kommunal-kreditinstitute u. a.) an dem Aufkommen der Kapitalmarktmittel beteiligt sind, läßt sich aus den vorhandenen statistischen Unterlagen nicht ermitteln, da die Gelder dieser Institute, soweit es sich nicht um reine Pfandbriefinstitute handelt, in der Gruppe der „Sonstigen Kapitalmarktmittel“ ausgewiesen werden. Einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung haben aber auch die „Privat- und Sozialversicherungen“ geleistet. Sie sind mit 14,4 Millionen DM oder 15 vH der Kapitalmarktmittel beteiligt. Der Finanzierungsanteil der Bausparkassen hat mit rd. 3,5 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr eine bedeutsame Steigerung erfahren. Ihr Anteil ist um so beachtlicher, wenn man bedenkt, daß das Hauptbetätigungsfeld der Bausparkassen der freifinanzierte Wohnungsbau ist.

Die Gruppe der „Sonstigen Mittel“ soll die Höhe des Eigenkapitals des Bauherren und die Mittel, die in verschiedener Form als Eigengeldsurrogate dem Eigenkapital des Bauherren umfaßt im Durchschnitt der Gesamtfinanzierung 15 vH; im Rahmen der „Sonstigen Mittel“ beträgt sein Anteil im Jahre 1954 62 vH. Unter den Mitteln, die dem Bauherren als Ersatz für fehlendes Eigengeld angerechnet werden, sind besonders die Mieterdarlehen (im Jahre 1954 in Höhe von 12,2 Millionen DM oder 16 vH der sonstigen Mittel) und die Eingliederungsdarlehen aus Lastenausgleichsmitteln (1954 rd. 6,5 Millionen DM) hervorzuheben; über die zwiespältige Natur dieser Eingliederungsdarlehen ist vorhin bei der Behandlung der öffentlichen Mittel schon berichtet worden. Diese 6,5 Millionen DM umfassen allerdings nur die vom Ausgleichsamt bereits bewilligten Mittel. Die im Finanzierungsplan vorgesehenen Eingliederungsdarlehen, für die die Bewilligung des Ausgleichsamts zur Zeit der Erteilung des Bewilligungsbescheides für öffentliche Darlehen durch die Wohnungsbaukasse noch nicht vorlag, sind im Rahmen dieser „Bewilligungsstatistik“ in der Gruppe der „Sonstigen Mittel“ unter g) „Sonstiges“ ausgewiesen. Gemessen an der Größenordnung des Vorjahres, in dem sich die Summe aller Eingliederungsdarlehen auf rd. 13 Millionen DM (darunter 10 Millionen DM durch Nachbewilligungen — siehe auch weiter unten —) belief, darf angenommen werden, daß die 6,5 Millionen DM Eingliederungsdarlehen nur rd. 50 vH der gesamten vom Lastenausgleichsamt bereitgestellten Mittel

dieser Art darstellen. Der effektive Anteil dieser LAG-Mittel an der Gesamtfinanzierung läßt sich nur unter Einbeziehung der Nachbewilligungen aus dem nächsten Berichtsjahr ermitteln. Die Arbeitgeberdarlehen treten in Hamburg nicht in dem Maße in Erscheinung wie in anderen Ländern des Bundesgebietes. Im Bundesdurchschnitt waren die Arbeitgeber im Jahre 1954 mit rd. 5 vH an der Finanzierung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus beteiligt. In Hamburg bestritten die Arbeitgeber nur eben über 1 vH des gesamten Finanzierungsaufwandes.

Ein vollkommenes Bild über den Gesamtaufwand an öffentlichen Mitteln innerhalb eines Jahres kann man nur gewinnen, wenn auch die Nachbewilligungen mit in die Betrachtungen einbezogen werden. In der anschließenden Zahlenübersicht sind die nachträglich bewilligten Mittel, getrennt nach öffentlichen Mitteln und Mitteln als Ersatz für fehlendes Eigenkapital in den Jahren 1952, 1953 und 1954 aufgeführt:

Art der Mittel	1952	1953	1954
	DM	DM	DM
Nachfinanzierung aus Bundes-, Landes- u. Lastenausgleichsmitteln (Wohnraumhilfe)	5 901 142	2 313 034	2 421 600
Nachfinanzierung aus Lastenausgleichsmitteln (Finanzierungshilfen und Eingliederungsdarlehen)	4 556 054	1 516 821	10 020 585
Nachfinanzierungen insgesamt	10 457 196	3 829 855	12 442 185

Durch Nachbewilligungen kamen also im Jahre 1954 weitere 12,4 Millionen DM öffentliche Mittel zum Einsatz. Eine Zuordnung dieser Mittel zu den Erstbewilligungen ist leider nicht mehr möglich, da die betreffenden Erstbewilligungen bereits im Vorjahre erteilt und in der Bewilligungsstatistik berücksichtigt sind. Die Höhe der Nachfinanzierung aus Bundes-, Landes- und Lastenausgleichsmitteln ist im Jahre 1954 etwa die gleiche wie im Vorjahr; bei den LAG-Mitteln in Form von Eingliederungsdarlehen ist 1954 mit 10 Millionen D-Mark jedoch eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (rd. 1,5 Millionen DM) zu verzeichnen. Im Gegensatz zu den Nachbewilligungen aus Bundes-, Landes- und Lastenausgleichsmitteln (2,4 Millionen DM) dürfen die 10 Millionen DM Eingliederungsdarlehen nicht dem Finanzierungsaufwand der Vorjahre zugeschlagen werden, denn wie schon oben ausgeführt, sind diese Mittel bereits zum Zeitpunkt der Erstbewilligung in gleicher Höhe unter g) „Sonstiges“ berücksichtigt worden. Man kann sagen, daß es sich in diesem Falle nur um eine Umbuchung innerhalb des Finanzierungsplanes handelt, die notwendig geworden ist, weil die Ausgleichsämter im Laufe des Jahres 1954 Eingliederungsdarlehen in Höhe von 10 Millionen DM für Bauvorhaben aus den Jahren 1953 und früher genehmigt haben.

III. Einsatz der Mittel

Wie schon erwähnt, wurden im Jahre 1954 Mittel für den Bau von 17 695 Wohnungen mit einer Aufwandssumme von 288,6 Millionen DM im „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“ und 1442 Wohnungen mit einer Aufwandssumme von 25,2 Millionen DM im „gehobenen sozialen Wohnungsbau“ bewilligt. Die Durchschnittskosten für eine Wohnung werden hiernach im „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“ auf rd. 16 300 DM und im „gehobenen sozialen Wohnungsbau“ auf rd. 17 500 D-Mark beziffert. Die Finanzierung dieser beiden Gruppen von öffentlich geförderten Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus setzt sich wie folgt zusammen:

Art der Angaben	Allgemeiner sozialer Wohnungsbau		Gehobener sozialer Wohnungsbau	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH
Durchschnittliche Wohnungsbaukosten je Wohnung	16 300	100	17 500	100
davon				
öffentliche Mittel . . .	7 500	46	5 300	30
vorrangige Kapitalmarktmittel	4 900	30	6 600	38
sonstige Mittel (Eigengeld + Ersatz für Eigengeld)	3 900	24	5 600	32

Die vorstehenden Zahlen zeigen deutlich, daß die öffentlichen Mittel im sozialen Wohnungsbau nach wie vor eine überragende Rolle spielen. Der durchschnittliche Anteil der öffentlichen Mittel an der Finanzierung einer reinen Mietwohnung im „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“ kann noch etwas höher veranschlagt werden als mit 46 vH; er wird um 50 vH herum liegen, da in den Gesamtherstellungskosten die Kosten für gewerbliche Einrichtungen, deren Errichtung bis zu einem gewissen Grade zugelassen ist, die Durchschnittskosten je Wohnung etwas überhöhen.

Durch den Einsatz öffentlicher Mittel, für die nach den Richtlinien der Hamburgischen Wohnungsbaukasse nur ½ % Tilgung und ½ % laufende Verwaltungskosten zu entrichten sind, werden mindestens 6 % Kapitalkosten eingespart. Bei einem Darlehen von durchschnittlich 7500 DM für eine Wohnung verringert sich die Miete für diese Wohnung um jährlich 450 DM oder monatlich um 37,50 DM. Der Mieter einer 52 qm großen Wohnung, der heute im Durchschnitt eine monatliche Miete von 1,19 DM je qm (gewogenes arithmetisches Mittel aller Mietwohnungen im „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“, s. Übersicht 11), das sind monatlich 62 DM, zahlt, müßte bei voller Verzinsung des öffentlichen Darlehens rd. 100 DM monatlich, was einem qm-Preis von 1,92 DM entspricht, aufbringen. Der errechnete Mietpreis von 1,92 DM je qm ist jedoch nicht identisch mit einer echten Kostenmiete. Diese ließe sich erst entwickeln, wenn die Auflagen, die mit der Hergabe öffentlicher Mittel verknüpft werden, fortfallen. Es besteht die begründete Annahme,

Übersicht 4

Die Finanzierungsmittel nach Herkunft, Einsatz und Rangordnung 1953 und 1954

Art der Angaben	Finanzierungsmittel											
	1953				1954							
	davon		davon		überhaupt in DM		Öffentliche Mittel in DM		Kapitalmarktmittel in DM		Sonstige Mittel in DM	
Finanzierungsmittel insges.	218 670 569	114 618 980	62 292 927	41 758 662	288 603 266	25 247 472	133 375 560	7 631 600	87 032 561	9 560 867	68 195 145	8 055 005
davon												
Erstellig gesichert	62 975 327	748 700	62 226 627	—	87 155 561	9 560 867	123 000	—	87 032 561	9 560 867	—	—
Nachrangig gesichert	114 110 330	113 870 280	66 300	173 750	139 155 705	8 201 500	133 252 560	7 631 600	—	—	5 903 145	569 900
Nicht dringl. gesichert	41 584 912	—	—	41 584 912	62 292 000	7 485 105	—	—	—	—	62 292 000	7 485 105
	100	52,4	28,5	19,1	100	100	46,2	30,2	30,2	37,9	23,6	31,9

daß eine echte Kostenmiete den konstruierten Mietsatz von 1,92 DM je qm nicht unerheblich überschreiten würde.

Die Übersicht 4 läßt erkennen, daß im Jahre 1954 die Kapitalmarktmittel ausnahmslos erststellig, die öffentlichen Mittel fast ausnahmslos nachrangig und die sonstigen Mittel, mit Ausnahme der Eingliederungsdarlehen, nicht dinglich gesichert sind. Der Anteil der erststelligten Kapitalmarktmittel an den Gesamtherstellungskosten beträgt durchschnittlich 30 vH und dürfte damit die Grenze des rentierlichen Finanzierungsanteils im sozialen Wohnungsbau anzeigen, weil nur bis zu dieser Höhe eine ausreichende Verzinsung des Kapitals durch Mieterträge möglich ist. Die Grenze der Mündelsicherheit liegt dagegen heute bei 35 bis 40 vH der Gesamtherstellungskosten. Eine volle Ausschöpfung der 1. Hypothek durch vollverzinsliche Kapitalmarktmittel bis zur Grenze der Mündelsicherheit würde sich nur über eine Erhöhung der Mieten realisieren lassen.

Wenn man vom „gehobenen sozialen Wohnungsbau“ absieht, trägt das öffentliche Darlehen nach wie vor die Hauptlast der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus, um so mehr, wenn hierbei berücksichtigt wird, daß die künstliche Erhöhung der

Spitzenfinanzierung durch Erhöhung der Eigen-gelder mit Hilfe von Eingliederungsdarlehen der Lastenausgleichsämter und durch 7c-Gelder auf rd. 24 vH der Gesamtfinanzierung — gegenüber einem Anteil von 15 vH des echten Eigengeldes — bis zu einem gewissen Grade ebenfalls von der öffentlichen Hand getragen wird.

Die in den Richtlinien für den Einsatz öffentlicher Mittel vom Dezember 1954 enthaltenen neuen Finanzierungsgrundsätze der Hamburgischen Wohnungsbaukasse, die im Gegensatz zum alten Verfahren Höchstbeträge je Wohnungseinheit — gestaffelt nach Mietgruppen und Gebäudearten — vorsehen, haben in den Ergebnissen des Jahres 1954 noch keinen Niederschlag gefunden. Die öffentlichen Mittel sind grundsätzlich als Beihilfedarlehen in Form einer Kapitalsubvention eingesetzt worden; eine gewisse Sonderstellung nehmen dabei, wie auf Seite 194 näher dargelegt wurde, die 7c-Ablösungsdarlehen ein. Zins- und Tilgungssubventionen durch die Übernahme von Annuitätsdarlehen und Annuitätzuschüssen¹⁾ sind in den Ergebnissen des Jahres 1954 ebenfalls nicht enthalten.

¹⁾ Siehe „Gesetz zur Übernahme von Bürgschaften sowie Annuitätsdarlehen und Annuitätzuschüssen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus vom 22. November 1954“.

IV. Die Zusammensetzung des Bauvolumens

Den nachfolgenden Strukturuntersuchungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus liegen in der Hauptsache die in den Bundestabellen zusammengestellten Jahresergebnisse zugrunde. Diese weichen, mit Ausnahme der Tabelle 6, von den bisher genannten Zahlen, die an Hand der vier Quartalsmeldungen zusammengestellt wurden, et-

was ab, da in den Jahresergebnissen die öffentlich geförderten Wohnungen in Nichtwohngebäuden (Wohnheime und Anstalten) nicht enthalten sind. Für die Beurteilung der Zusammensetzung des Bauvolumens sind diese geringen Unterschiede aber ohne Bedeutung. Sämtliche Nachweisungen beziehen sich auf „vollgeforderte“ Bauvorhaben, da in

Übersicht 5

Die geförderten Wohnungsbauvorhaben nach Art und Größe 1953 und 1954

Art der Bauvorhaben	Bauvorhaben	darin Wohnungen	Von den Bauvorhaben umfassen . . . Wohnungen				
			1-2	3-10	11-20	21-50	über 50
1953							
Neu- und Wiederaufbau zusammen	896	14 699	531	51	113	111	90
davon Bauvorhaben, die ausschl. umfassen:							
Mehrfamilienhäuser	330	10 463	6	45	106	102	71
Kleinsiedlerstellen	23	906	8	1	4	3	7
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall	3	3	3	—	—	—	—
Sonstige Einfamilienhäuser	528	1 402	514	4	2	4	4
Gemischte Gebäudearten	12	1 925	—	1	1	2	8
Wiederherstellung, Umbau, Ausbau und Erweiterung zusammen	65	140	54	8	3	—	—
Insgesamt	961	14 839	585	59	116	111	90
1954							
Neu- und Wiederaufbau zusammen	1 716	18 481	1 072	241	171	152	80
davon Bauvorhaben, die ausschl. umfassen:							
Mehrfamilienhäuser	596	15 031	—	225	160	144	67
Kleinsiedlerstellen	16	323	7	3	2	1	3
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall	26	34	26	—	—	—	—
Sonstige Einfamilienhäuser	1 078	3 093	1 039	13	9	7	10
Gemischte Gebäudearten	—	—	—	—	—	—	—
Wiederherstellung, Umbau, Ausbau und Erweiterung zusammen	125	377	98	19	6	2	—
Insgesamt	1 841	18 858	1 170	260	177	154	80
darunter gehobener sozialer Wohnungsbau	87	1 441	—	44	19	19	5

Hamburg, wie bereits vorher erwähnt wurde, keine „teilgeförderten“ Bauvorhaben im Sinne dieser Statistik angefallen sind. Außerdem ist zu beachten, daß die Ergebnisse nur auf Grund der „Erstbewilligungen“ zusammengestellt und spätere Änderungen nicht berücksichtigt werden konnten. In einigen Tabellen war auch eine Unterscheidung zwischen „reinen Wohnbauten“ und „Wohnbauten mit gewerblichen Einrichtungen“ notwendig.

In der Übersicht 5 spiegelt sich der Umfang der einzelnen Bauvorhaben sowie die Untergliederung

auf die verschiedenen Gebäudearten wider. In der Hauptsache sind im Jahre 1954 Bewilligungsbescheide für Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen erteilt worden. Das geht daraus hervor, daß von insgesamt 1 716 Bauvorhaben im Neu- und Wiederaufbau 1 120 oder 65 vH auf Einfamilienhäuser und Kleinsiedlerstellen entfallen. Im Vorjahr war die Förderung der kleinen Gebäude nicht weniger ausgeprägt. Von 896 Bauvorhaben im Neu- und Wiederaufbau entfielen 554 oder 62 vH auf Einfamilienhäuser und Kleinsiedlerstellen.

Übersicht 6 Die geförderten Wohnungen nach Größe und Baumaßnahmen 1952 bis 1954

Art der Baumaßnahmen	Vorgesehene Wohnungen insgesamt	davon mit . . . Räumen (einschl. Küchen)						
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr
a) allgemeiner sozialer Wohnungsbau								
1952								
Baumaßnahmen insgesamt	16 225	1 067	2 908	7 840	4 233	177	—	—
darunter vH	100	6,6	17,9	48,3	26,1	1,1	—	—
Neubau	6 944	543	1 105	2 904	2 250	142	—	—
Wiederaufbau	9 062	474	1 775	4 845	1 943	25	—	—
1953								
Baumaßnahmen insgesamt	14 821	385	2 270	6 532	4 983	607	43	1
darunter vH	100	2,6	15,3	44,1	33,6	4,1	0,3	0,0
Neubau	6 801	61	959	2 717	2 532	488	43	1
Wiederaufbau	7 873	321	1 250	3 764	2 424	114	—	—
1954								
Baumaßnahmen insgesamt	17 695	80	1 062	9 777	6 282	456	31	7
darunter vH	100	0,4	6,0	55,3	35,5	2,6	0,2	0,0
Neubau	5 960	80	430	2 334	2 773	312	25	6
Wiederaufbau	11 374	—	577	7 241	3 419	132	4	1
b) gehobener sozialer Wohnungsbau								
1954								
Baumaßnahmen insgesamt	1 442	—	94	890	424	34	—	—
darunter vH	100	—	6,5	61,7	29,4	2,4	—	—
Neubau	185	—	—	83	98	4	—	—
Wiederaufbau	1 245	—	94	802	319	30	—	—

Die Übersicht 6 zeigt die Entwicklung der Wohnungsgröße, gemessen an der Zahl der Wohnräume einschließlich Küchen, in Verbindung mit der Art der Baumaßnahme. Obwohl im Jahre 1953 die Förderung auf 6- und 7-Raum-Wohnungen übergegriffen hat, läßt sich vom Wohnungstyp aus keine wesentliche Verlagerung des Schwerpunktes innerhalb der letzten 3 Jahre erkennen. Nach wie vor ist in Hamburg die 3-Raum-Wohnung der am meisten geförderte Wohnungstyp. Die Tendenz zum Bau größerer Wohnungen läßt sich erst erkennen, wenn man die Wohnfläche mit in die Untersuchungen einbezieht. Hierdurch wird sichtbar, daß die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung im Neubau in den Jahren 1952 bis 1954 wie folgt gestiegen ist:

Jahre	Zahl der Wohnungen ¹⁾	Brutto-Wohnfläche	Durchschnittliche Brutto-Wohnfläche je Wohnung
1952	4 160	178 000	43 qm
1953	4 097	193 000	47 qm
1954	4 829	253 000	52 qm

¹⁾ Nur reine Wohnbauten im Neubau.

In Verbindung mit dem oben Gesagten zeigt sich, daß dem Bedarf nach größeren Wohnungen in erster Linie durch eine Erhöhung der Wohnfläche je Raum Rechnung getragen wird.

Eine Betrachtung des Volumens nach der Art der Baumaßnahme an Hand der Übersicht 6 zeigt, daß der Wiederaufbau¹⁾ auch im Jahre 1954 den höchsten Anteil auf sich vereinigt. Von 19 137 öffentlich geförderten Wohnungen sind 12 619 oder 66 vH wiederaufgebaut und damit als unmittelbarer Ersatz für kriegszerstörte Wohnungen anzusehen. Diese weiterhin sichtbare Konzentration auf den Wiederaufbau ist neben anderen Gesichtspunkten auch aus wirtschaftlichen Gründen geboten, denn der Wiederaufbau von Wohngebäuden vollzieht sich auf bereits aufgeschlossenem Gelände, während der Neubau von Wohngebäuden schon in starkem Maße auf neu aufgeschlossenem Gelände stattfindet und durch den Bau von Straßen und Versorgungsleitungen zusätzliche Belastungen auslöst.

¹⁾ Über die Abgrenzung zwischen Wiederaufbau und Neubau siehe „Hamburg in Zahlen“ Nr. 18/55.

Übersicht 7

Die geförderten Wohnungsbauvorhaben nach Bauherren und Gebäudearten 1953 und 1954

Art der Bauvorhaben	Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen	davon werden errichtet durch											
				Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			Freie Wohnungsunternehmen			Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen			Sonstige private Bauherren		
				Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen	Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen	Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen	Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen
1953															
Neu- und Wiederaufbau zusammen	896	3 759	14 699	168	2 718	9 839	17	25	276	1	2	16	710	1 014	4 568
davon Bauvorhaben die ausschließl. umfassen:															
Mehrfamilienhäuser	330	1 081	10 463	133	704	6 471	17	25	276	1	2	16	179	350	3 700
Kleinsiedlerstellen	23	636	906	15	587	814	—	—	—	—	—	—	8	49	92
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall	3	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	3	3
Sonstige Einfamilienhäuser	528	947	1 402	10	338	650	—	—	—	—	—	—	518	609	752
Gemischte Gebäudearten	12	1 092	1 925	10	1 089	1 904	—	—	—	—	—	—	2	3	21
Wiederherstellung, Umbau, Ausbau und Erweiterung zusammen	65	—	140	2	—	12	—	—	—	—	—	—	63	—	128
Insgesamt	961	3 759	14 839	170	2 718	9 851	17	25	276	1	2	16	773	1 014	4 696
1954															
Neu- und Wiederaufbau zusammen	1 716	4 400	18 481	161	2 150	9 491	27	92	677	22	102	654	1 506	2 056	7 659
davon Bauvorhaben die ausschließl. umfassen:															
Mehrfamilienhäuser	596	1 638	15 031	130	844	7 748	26	62	647	21	66	618	419	666	6 018
Kleinsiedlerstellen	16	248	323	7	228	289	—	—	—	—	—	—	9	20	34
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall	26	26	34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	26	34
Sonstige Einfamilienhäuser	1 078	2 488	3 093	24	1 078	1 454	1	30	30	1	36	36	1 052	1 344	1 573
Wiederherstellung, Umbau, Ausbau und Erweiterung zusammen	125	—	377	6	—	109	1	—	14	—	—	—	118	—	254
Insgesamt	1 841	4 400	18 858	167	2 150	9 600	28	92	691	22	102	654	1 624	2 056	7 913
darunter gehobener sozialer Wohnungsbau	87	152	1 441	1	3	27	5	13	126	4	10	115	77	126	1 173

Die Verteilung des Volumens auf die verschiedenen Arten von Bauherren wird aus der Übersicht 7 ersichtlich. Die allgemeine Tendenz einer verstärkten Einschaltung der privaten Bauherren, die schon in den Baufertigstellungen des Jahres 1954 und noch stärker in den Baugenehmigungen des Jahres 1954 zum Ausdruck gekommen ist (s. Heft 18/55 „Hamburg in Zahlen“), wird auch hier augenscheinlich. Für die privaten Bauherren wurden im Jahre 1954 Mittel für den Bau von 7 913 Wohnungen bewilligt (im Vorjahr 4 696 Wohnungen). Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind im Jahre 1954 mit 9 600 Wohnungen am sozialen Wohnungsbau beteiligt (gegenüber 9 851 Wohnungen im Jahre 1953). Dabei ist zu beachten, daß von den durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen errichteten 1 306 Kleinsiedlerstellen und Einfamilienhäusern mit 1 743 Wohnun-

gen nur ein Teil im Eigentum der Unternehmen verbleibt, während der andere Teil der Gebäude und Wohnungen nach einer gewissen Zeit Eigentum der Bewohner wird. Für die freien Wohnungsunternehmen gilt dasselbe. Die stärkere Verlagerung der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen auf den privaten Sektor hängt mit den veränderten Richtlinien über die Zuteilung der öffentlichen Mittel für die Förderung des Wohnungsbaus zusammen, die in größerem Maße als früher die Höhe und den Anteil der Eigenleistung des Bauherrn berücksichtigen. Dies entspricht auch den Zielsetzungen der heutigen Wohnungsbaupolitik, die neben dem Wiederaufbau den Bau von Eigenheimen als besonders förderungswürdig propagiert, da diese Wohnform für die Familie als die wünschenswerteste angesehen wird.

V. Höhe und Gliederung der Herstellungskosten

In der Übersicht 8 sind die Herstellungskosten für Neubauvorhaben nach den verschiedenen Kostenarten sowie nach Gebäude-

arten aufgeschlüsselt. Hiernach entfallen von 65 Millionen DM Gesamtherstellungskosten 7,2 vH auf Baugrundstückswerte, 3,1 vH auf Erschließungs-

kosten, 83,2 vH auf die Kosten der Gebäude einschließlich der Kosten für Außenanlagen und schließlich 6,5 vH auf die Baunebenleistungen. Diese

Anteile variieren bei den verschiedenen Gebäudearten z. T. erheblich.

Übersicht 8

Zusammensetzung der Kosten für Neubauvorhaben nach Gebäudearten 1953 und 1954
(vollgeforderte reine Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau)

Gebäudearten	Zahl der			Gesamtherstellungskosten		davon							
	Bauvorhaben	Gebäude	Wohnungen	in 1000 DM		Baugrundstückswerte und Erwerbskosten in 1000 DM		Erschließungskosten in 1000 DM		Kosten der Gebäude (einschl. d. Außenanlagen) in 1000 DM		Baunebenkosten in 1000 DM	
				überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH
1953													
Mehrfamilienhäuser	43	192	1 504	20 523	100	1 160	5,6	263	1,3	17 294	84,3	1 806	8,8
Kleinsiedlerstellen mit Einliegerwohnung	3	110	220	2 320	100	129	5,6	122	5,2	2 051	88,4	18	0,8
Kleinsiedlerstellen ohne Einliegerwohnung	17	449	449	6 132	100	229	3,7	253	4,1	5 131	83,7	519	8,5
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall, mit Einliegerwohnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall, ohne Einliegerwohnung	3	3	3	45	100	4	8,9	—	—	40	88,9	1	2,2
Sonstige Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnung	133	438	877	9 730	100	390	4,0	386	4,0	8 522	87,6	432	4,4
Sonstige Einfamilienhäuser ohne Einliegerwohnung	361	468	468	9 058	100	735	8,1	211	2,3	7 865	86,9	247	2,7
Bauvorhaben insgesamt	560	1 660	3 521	47 808	100	2 647	5,5	1 235	2,6	40 903	85,6	3 023	6,3
1954													
Mehrfamilienhäuser	27	129	1 106	16 783	100	850	5,1	376	2,2	13 802	82,2	1 755	10,5
Kleinsiedlerstellen mit Einliegerwohnung	3	58	116	1 682	100	56	3,3	111	6,6	1 337	79,5	178	10,6
Kleinsiedlerstellen ohne Einliegerwohnung	7	85	85	1 401	100	23	1,7	65	4,7	1 159	82,7	153	10,9
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall, mit Einliegerwohnung	6	6	12	197	100	17	8,6	—	—	180	91,4	—	—
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall, ohne Einliegerwohnung	15	15	15	371	100	41	11,0	1	0,3	329	88,7	—	—
Sonstige Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnung	165	497	994	12 882	100	776	6,0	456	3,5	10 840	84,2	811	6,3
Sonstige Einfamilienhäuser ohne Einliegerwohnung	704	1 548	1 548	31 773	100	2 925	9,2	1 031	3,2	26 517	83,5	1 300	4,1
Bauvorhaben insgesamt	927	2 338	3 876	65 089	100	4 688	7,2	2 040	3,1	54 164	83,2	4 197	6,5

Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden von Zahlen.

Übersicht 9

Durchschnittliche Gesamtherstellungskosten für Neubauwohnungen nach der Art der Kosten und der Art der Gebäude 1953 und 1954
(vollgeforderte reine Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau)

Art der Kosten	1953						1954					
	Durchschnittskosten je Wohnung											
	Mehrfamilienhäuser		Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnung		Einfamilienhäuser ohne Einliegerwohnung		Mehrfamilienhäuser		Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnung		Einfamilienhäuser ohne Einliegerwohnung	
	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH	überhaupt	vH
Durchschnittliche Gesamtherstellungskosten in DM	13 646	100	10 984	100	16 560	100	15 174	100	13 156	100	20 355	100
davon entfallen auf:												
Baugrundstücks- und Erwerbskosten	771	5,6	473	4,3	1 052	6,4	768	5,1	757	5,8	1 814	8,9
Erschließungskosten	175	1,3	463	4,2	504	3,0	340	2,2	505	3,8	666	3,3
Kosten der Gebäude und Außenanlagen	11 499	84,3	9 638	87,8	14 170	85,6	12 479	82,2	11 013	83,7	16 993	83,5
Baunebenkosten	1 201	8,8	410	3,7	834	5,0	1 587	10,5	881	6,7	882	4,3

Die Übersicht 9 zeigt, daß sich die durchschnittlichen Gesamtherstellungskosten für Neubauwohnungen im sozialen Wohnungsbau im Jahre 1954 für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern auf 15 174 DM, für Einfamilienhäuser (einschl. Kleinsiedlerstellen) mit Einliegerwohnung auf 13 156 DM und ohne Einliegerwohnung auf 20 355 DM je Wohnung belaufen. Weiterhin sind in der Übersicht 9 die Durchschnittskosten einer Wohnung nach den verschiedenen Kostenarten gegliedert und den Kosten des Vorjahres gegenübergestellt.

Die Ergebnisse in der Übersicht 10 beziehen sich, genau wie in den Übersichten 8 und 9, nur auf die **Neubauvorhaben reiner** Wohnbauten im „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“, für die auch Angaben über Grundstückswerte und Erwerbskosten vorliegen. Durch diese

Beschränkung werden alle störenden Elemente ausgeschaltet. Die Zahlen des Jahres 1954 zeigen für sämtliche Gebäudearten ein beachtliches Ansteigen der durchschnittlichen Kosten je Wohnung gegenüber dem Vorjahr. Dagegen sind die Kosten je c b m umbauten Raumes ziemlich konstant geblieben, was im Grunde aber auch einer Erhöhung gleichkommt; bei gleichen Baukosten und gleicher Ausstattung müßte nämlich eine flächenmäßige Vergrößerung der Wohnungen eine Senkung des Kubikmeterpreises bewirken. Die beachtlichen Unterschiede bezüglich der Durchschnittskosten je Wohnung bei den Bauherrngruppen erklären sich in erster Linie aus den stark voneinander abweichenden Wohnungsgrößen. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen errichten in weit größerem Maße kleinere Wohnungen als die anderen Bauherren.

Übersicht 10

Zusammensetzung der Kosten für Neubauvorhaben nach Gebäudearten und Bauherren 1953 und 1954 (Vollgeförderte reine Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau)

Gebäudearten Bauherren	1 9 5 3							1 9 5 4						
	Anzahl der Wohnungen	Gesamtherstellungskosten in 1000 DM	darunter reine Baukosten in 1000 DM	umbauter Raum in 1000 cbm	Durchschnittl. Kosten in DM			Anzahl der Wohnungen	Gesamtherstellungskosten in 1000 DM	darunter reine Baukosten in 1000 DM	umbauter Raum in 1000 cbm	Durchschnittl. Kosten in DM		
					je c b m umbauten Raum bezogen auf Sp. 3	je Wohnung bezogen auf						je c b m umbauten Raum bezogen auf Sp. 10	je Wohnung bezogen auf	
						Spalte 2	Spalte 3						Spalte 9	Spalte 10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Mehrfamilienhäuser Kleinsiedlerstellen	1 504	20 523	17 294	317	55	13 600	11 500	1 106	16 783	13 802	261	53	15 200	12 500
Kleinsiedlerstellen o. Einliegerwohnung	220	2 320	2 051	40	51	10 500	9 300	116	1 682	1 337	27	50	14 500	11 500
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall o. Einliegerwohnung	449	6 132	5 131	104	49	13 700	11 400	85	1 401	1 159	21	55	16 500	13 600
Einfamilienhäuser mit Nutzgarten und Stall o. Einliegerwohnung	—	—	—	—	—	—	—	12	197	180	3	60	16 400	15 000
Sonstige Einfamilienhäuser o. Einliegerwohnung	3	45	40	1	40	15 000	13 300	15	371	329	6	55	24 700	21 900
Sonstige Einfamilienhäuser m. Einliegerwohnung	877	9 730	8 522	168	51	11 100	9 700	994	12 882	10 840	215	50	13 000	10 900
Sonstige Einfamilienhäuser o. Einliegerwohnung	468	9 058	7 865	154	51	19 400	16 800	1 548	31 773	26 517	489	54	20 500	17 100
Gemischte Gebäudearten	576	6 721	5 613	95	59	11 700	9 700	—	—	—	—	—	—	—
Bauvorhaben insgesamt	4 097	54 529	46 516	878	53	13 300	11 400	3 876	65 089	54 164	1 022	53	16 800	14 000
davon wurden bewilligt für: Gemeinnützige Wohnungs- unternehmen	3 009	36 543	30 780	572	54	12 100	10 200	2 318	33 853	27 293	524	52	14 600	11 800
Freie Wohnungs- unternehmen	49	809	717	14	51	16 500	14 600	30	725	630	11	57	24 200	21 000
Erwerbs- oder Wirt- schaftsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	36	659	549	13	42	18 300	15 300
Sonstige private Bauherren	1 039	17 177	15 018	292	51	16 500	14 500	1 492	29 851	25 692	474	54	20 000	17 200

Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden von Zahlen.

VI. Miete

Die Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau erfaßt auch die durch die Wirtschaftlichkeitsberechnung festgelegte

durchschnittliche Miete (Richtsatzmiete einschließlich der Zuschläge und Vergütungen nach § 29, Abs. 3 WoBauG) je Wohnung innerhalb eines Bau-

vorhabens. Eine Gliederung der Wohnungen nach der effektiven Miethöhe ist in der Bewilligungsstatistik nicht möglich. Auch kann den Mietangaben aus verschiedenen Gründen kein unbeschränkt gültiger Aussagewert zuerkannt werden, da vom Zeitpunkt der Bewilligung bis zur Fertigstellung und dem Einzug der Mieter noch sehr viel Raum für eine Veränderung der ursprünglich geplanten Miethöhe gegeben ist. Sehr störend wirkt sich auch das Fehlen von Mietwerten für Eigenheime, Kleinsiedlerstellen und Eigentümerwohnungen sowie für

öffentlich geförderte Wohnungen in der Rechtsform des Wohnungseigentums bzw. Dauerwohnrechts aus; unter diesen Umständen kann eine Durchschnittsmiete nur aus den Mietangaben für die reinen Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern errechnet werden. Weil diese Durchschnittsmiete nicht den Durchschnitt aller Mieten und Mietwerte (kalkulatorische Miete aller Wohnungen, die nicht Mietwohnungen sind) verkörpert, wurde von einer Berechnung des Mietaufkommens einschließlich der kalkulatorischen Mietwerte Abstand genommen.

Übersicht 11

Die Mieten in Mehrfamilienhäusern im Neu- und Wiederaufbau nach Bauherren 1953 und 1954 (Vollgeforderte reine Wohnbauten im allgemeinen sozialen Wohnungsbau)

Mietpreisgruppen (je qm Wohnfläche)	Bauvorhaben mit Mietangaben zusammen			d a v o n											
				Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			Freie Wohnungsunternehmen			Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen			Sonstige private Bauten		
	Ge- bäude	Woh- nungen	Brutto- wohn- fläche in 1000 qm	Ge- bäude	Woh- nungen	Brutto- wohn- fläche in 1000 qm	Ge- bäude	Woh- nungen	Brutto- wohn- fläche in 1000 qm	Ge- bäude	Woh- nungen	Brutto- wohn- fläche in 1000 qm	Ge- bäude	Woh- nungen	Brutto- wohn- fläche in 1000 qm
	1953														
1,06—1,10 DM	625	6 051	282	379	3 579	164	14	165	8	—	—	—	232	2 307	110
1,11—1,20 DM	64	550	29	59	491	26	2	25	1	—	—	—	3	34	2
Insgesamt	689	6 601	310	438	4 070	189	16	190	9	—	—	—	235	2 341	112
	1954														
1,10—1,19 DM	658	6 207	306	371	3 598	171	21	217	11	22	176	9	244	2 216	115
1,20—1,29 DM	297	2 746	144	150	1 376	71	10	119	6	9	87	4	128	1 164	62
1,30—1,39 DM	77	833	45	72	762	42	—	—	—	2	41	2	3	30	1
Insgesamt	1 032	9 786	495	593	5 736	284	31	336	17	33	304	15	375	3 410	179

Anmerkung: Gewogenes arithmetisches Mittel für sämtliche Wohnungen 1953 = 1,09 DM, 1954 = 1,19 DM. Abweichungen in den Summen durch Runden von Zahlen.

Wie aus der Übersicht 11 zu ersehen ist, beläuft sich die durchschnittliche Miete (gewogenes arithmetisches Mittel) einer Etagenhauswohnung im „allgemeinen sozialen Wohnungsbau“ auf 1,19 D-Mark je qm Wohnfläche; dagegen belief sich die durchschnittliche Miethöhe im Vorjahr auf 1,09 DM. Das bedeutet eine Steigerung von 0,10 DM

je qm oder 9,2 vH. Die effektive Durchschnittsmiete der Wohnungen wird neben der Erhöhung der Miete je qm Wohnfläche noch durch die Zunahme der durchschnittlichen Wohnungsgröße, von der bereits vorher gesprochen wurde, also in zweifacher Weise angehoben.

Dr. Ide/Putensen

Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet